

Krsto Lazarević / Franziska Tschinderle / Danijel Majić

Der Westbalkan

Im Wartezimmer der EU

bpb:
Bundeszentrale für politische Bildung


ÖSTERREICH
SLOWENIEN
Ljubljana
Maribor (Marburg)
Udine
Triest
Koper
Venedig
Ravenna
Rimini
San Marino
SAN MARINO
Ancona
Perugia
ITALIEN
L'Aquila
Pescara
Rom
Pula
Rijeka
Zagreb
Koprivnica
Bjelovar
Vitrovitica
KROATIEN
Osijek
Vukovar
Slavonski Brod
Zadar
Šibenik
Split
Brač
Hvar
Vis
Korčula
Pelješac
Lastovo
Miljet
Dubrovnik
Adria
Balaton
UNGARN
Kaposvár
Pécs
Szeged
Békéscsaba
Arad
Cluj-Napoca (Klausenburg)
Târgu Mureș (Neumarkt)
Mureș
Sibiu (Hermannstadt)
Temeswar (Timișoara)
Hunedoara
RUMÄNIEN
Reșița
Petroșani
Târgu Jiu
Drobeta-Turnu Severin
Craiova
Subotica
Sombor
Theiß
Novi Sad
Zrenjanin
Donau
Pančevo
Šabac
Belgrad
Požarevac
Save
Drina
Bosna
Prijedor
Banja Luka
Bihać
Orašje
Doboj
Brčko
Tuzla
Šipovo
Travnik
Zenica
Srebrenica
BOSNIEN-
HERZEGOWINA
Livno
Sarajevo
Pale
Foča
Mostar
Trebinje
Pljevlja
SERBIEN
Djerdap-Stausee
Kragujevac
Zaječar
Užice
Kraljevo
Kruševac
Morava
Niš
Pirot
Donau
Wraza
Sofia
BULGARIEN
Leskovac
Pristina
KOSOVO*
Gjilan
Gjakova
Vranje
Podgorica
MONTENEGRO
Bijelo Polje
Kotor
Skutari see
Bar
Ulcinj
Shkodër
Drini
Skopje
Tetovo
NORDMAZEDONIEN
Berovo
Strumica
Prilep
Ohrid
Bitola
Ohrid-see
Prespa-see
Struma
Blagoevgrad
Vardar
Axios
Serres
Saloniki
ALBANIEN
Tirana
Durrës
Elbasan
Fier
Vlora
Vjosa
Korçë
Foggia
Bari
Potenza
Brindisi
Tarent
Kozani
Aliakmon
Katerini
GRIECHEN-
LAND
Ioánnina
Trikala
Larisa
Korfu
Ägäis
Die Staaten des Westbalkans
Republik Albanien
Bosnien-Herzegowina
Republik Kosovo*
Montenegro
Republik Nordmazedonien
Republik Serbien
* Der völkerrechtliche Status der Republik Kosovo ist umstritten. Über 110 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen die Republik Kosovo als unabhängig an; Kosovo ist kein Mitglied der Vereinten Nationen.
Hauptstadt
1 : 4 145 000
0
150 km
© mr-kartographie, 2025

Krsto Lazarević / Franziska Tschinderle / Danijel Majić

Der Westbalkan

Schriftenreihe Band 11250

Krsto Lazarević / Franziska Tschinderle / Danijel Majić

Der Westbalkan

Im Wartezimmer der EU

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Krsto Lazarević, geboren 1989, ist Journalist. Er berichtete für deutschsprachige Medien aus Belgrad, Sarajevo und Wien über Südosteuropa. Außerdem arbeitete er im Europäischen Parlament und für die europäische Presseschau euro|topics. Er ist neben Danijel Majić einer der beiden Hosts des Podcasts „Neues vom Ballaballa-Balkan".

Franziska Tschinderle, geboren 1994, ist Journalistin mit dem Schwerpunkt Südosteuropa. Sie schreibt für das Außenpolitik-Ressort des österreichischen Nachrichtenmagazins *profil*. Seit 2022 lebt sie in der albanischen Hauptstadt Tirana und berichtet von dort für diverse deutschsprachige Medien.

Danijel Majić, geboren 1981, arbeitet als freier Journalist vor allem für den Hessischen Rundfunk. Zuvor war er lange Jahre Redakteur der *Frankfurter Rundschau*. Zusammen mit Krsto Lazarević produziert und moderiert er den Podcast „Neues vom Ballaballa-Balkan".

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorin und die Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2025
© Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, info@bpb.de

Projektleitung und Redaktion: Christoph Rasemann, bpb
Lektorat: Christoph Rasemann, bpb, Eik Welker, Münster
Redaktionelle Mitarbeit: Viktoria Peter, bpb

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Umschlagfoto: © picture alliance / dpa | Michael Kappeler.
Gruppenfoto der Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Westbalkan-Gipfel am 6. Dezember 2022 in Tirana

Karten: mr-kartographie, Eisenach

Satz und grafische Gestaltung: le-tex publishing services GmbH, Leipzig
Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

ISBN 978-3-7425-1250-5

www.bpb.de

Inhalt

Einleitung ... 7

Teil 1 – Geschichte

1. Wie versprochen, so gebrochen? Die Westbalkanstaaten und die EU-Erweiterung ... 15

2. Jugoslawien – eine Geschichte von Anziehung und Abstoßung ... 27

Teil 2 – Länder

3. Nordmazedonien ... 55

3.1 Wie ein Land seinen Namen für die EU änderte und nichts dafür bekam ... 56

4. Serbien ... 77

4.1 Das System Vučić ... 78

4.2 Die unvollendete Demokratiebewegung: Das andere Serbien protestiert ... 99

4.3 Serbiens Lithium: Hoffnung für Europas Energiewende oder Gefahr für die Umwelt? ... 130

5. Kosovo ... 149

5.1 Die NATO-Intervention 1999 ... 150

5.2 Die Zukunft des Kosovo entscheidet sich im Norden des Landes ... 181

6. Bosnien-Herzegowina ... 213

6.1 Wer ist hier eigentlich zuständig? ... 214

6.2 Srebrenica – erkämpftes Erinnern ... 242

7. Montenegro 257

7.1 Zwischen baldigem EU-Beitritt und Kampf um nationale Identität 258

8. Kroatien 283

8.1 Das Ende der „EU-Phorie" 284

9. Albanien 299

9.1 Exkurs in die Geschichte Albaniens im 20. Jahrhundert 300

9.2 Vom Stalinismus in den Turbokapitalismus 314

Teil 3 – Themen

10. Der große Exodus: Was die Abwanderung für den Westbalkan und Deutschland bedeutet 345

11. Die Roma: Zwischen Vorurteilen, Auswanderung und Chancen 363

12. Soft power und harte Fakten: Der russische Einfluss in der Region 381

13. Der Balkan als Pufferzone: Migrationsabkommen, Pushbacks und Zäune 405

Ausblick 434

Anmerkungen 444

Bildnachweis 483

Einleitung

Auch ein großer Geist kann sich irren oder etwas Wichtiges vergessen. So schrieb der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas im April 2022 in seinem Text „Krieg und Empörung“ für die *Süddeutsche Zeitung*, dass der kurz zuvor erfolgte russische Überfall auf die Ukraine „nach 77 Jahren ohne Krieg“ geschehen sei – wobei natürlich Krieg in Europa gemeint war.[1] Es dauerte nicht lange, bis sich Leserinnen und Leser ihrerseits über Habermas empörten, weil dieser offensichtlich die jugoslawischen Nachfolgekriege ignoriert hatte, die 1991 in Slowenien begannen und 1999 im Kosovo beziehungsweise in Belgrad endeten. Die SZ reagierte auf die Kritik und präzisierte die einleitende Formulierung zu „77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs“. Dass Habermas die Jugoslawienkriege vergessen hat, ist umso erstaunlicher, als er selbst biografische Bezüge zu der Region aufweist: So nahm er in den 1960er-Jahren an der Sommerschule der kritisch-marxistischen jugoslawischen Praxis-Gruppe auf der kroatischen Insel Korčula teil, und der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Serbiens, der 2003 ermordete Zoran Đinđić, studierte einst bei ihm.

Doch nicht nur Habermas schien ausgeblendet zu haben, was in den 1990er-Jahren in Südosteuropa geschehen war. Nur wenige Tage vor Beginn der russischen Großoffensive im Februar 2022 sagte Bundeskanzler Olaf Scholz: „Für meine Generation ist Krieg in Europa undenkbar geworden.“[2] Kurz danach äußerte die Schweizer Verteidigungsministerin Viola Amherd, dass es in Europa seit 80 Jahren keine kriegerischen Auseinandersetzungen mehr gegeben habe.[3] Offenbar haben einige Politikerinnen und Intellektuelle die Tatsache verdrängt, dass während der Kriege auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens rund 140 000 Menschen getötet und etwa vier Millionen vertrieben worden waren. Doch nicht alle litten unter dieser Amnesie: In ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament anlässlich der Aggression Russlands gegen die Ukraine am 1. März 2022 nannte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die jugoslawischen Nachfolgekriege gleich zu Beginn.[4] Noch am selben Tag empfahl das Parlament, Beitrittsgespräche mit der Ukraine aufzunehmen. Auch Moldau und Georgien erhielten kurz darauf den Status von Beitrittskandidaten. Ausgelöst durch die Aggression der Russischen Föderation wurde damit ein

Projekt wieder in den Fokus gerückt, das vielen bereits vergessen schien: die Erweiterung der Europäischen Union.

Denn mitten in der Europäischen Union klafft eine große Lücke. Umgeben von EU-Mitgliedsländern liegen dort sechs Staaten, die alle offiziell Mitglied der Staatengemeinschaft werden wollen – auf diesen Beitritt allerdings schon seit vielen Jahren warten, ohne dass der Prozess merklich vorangeschritten ist. Fünf dieser Staaten – Nordmazedonien, Serbien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Montenegro – gehörten bis zu deren Zerfall zur Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ). Der sechste ist Albanien, das sich Anfang der 1990er-Jahre langsam aus der Isolation der kommunistischen Diktatur löste und 1997 nur knapp einem Bürgerkrieg entkam (siehe Kap. 9.1).

Diese sechs Staaten werden in der Regel unter dem Ausdruck „Westbalkan" zusammengefasst – ein technischer Begriff, der vor den Jugoslawienkriegen nicht gängig war. Man spricht für gewöhnlich auch nicht vom östlichen Balkan, wenn man Bulgarien oder Rumänien meint, und auch nicht vom Südbalkan, wenn es um Griechenland oder das türkische Ostthrakien geht. Der Westbalkan ist keine Region, er ist ein Wartezimmer: ein Zustand, der beschreibt, dass sich Staaten auf dem Balkan im EU-Beitrittsprozess befinden – oder dort stecken geblieben sind. Sobald man den Warteraum verlassen und es in die EU geschafft hat – so wie Kroatien im Jahr 2013 –, gehört man „offiziell" nicht mehr zum westlichen Balkan.[5] Dem jüngsten EU-Mitglied Kroatien widmen wir in diesem Buch gleichwohl ein eigenes Kapitel, weil das Land historisch eng mit den anderen Staaten der Region verwoben ist und sein Beispiel als Vergleichsfall wichtige Lehren für den Beitrittsprozess auch der anderen Länder bereithält, mit denen es über viele Jahrzehnte einen gemeinsamen Staat bildete.

Dieses Buch nimmt sowohl die Region als Ganzes als auch die Situation in den einzelnen Ländern in den Blick. Wir, die beiden Autoren und die Autorin, bauen dabei auf eigene Analysen, Reportagen und Podcast-Folgen auf, für die wir in den vergangenen Jahren zu aktuellen Themen und Entwicklungen in der Region recherchiert haben. Dieses Buch ist somit nicht nur am Schreibtisch entstanden, sondern auch vor Ort. Wir sind durch die Region gereist, haben mit Menschen gesprochen, die dort leben, aber auch mit politischen Entscheidungsträgern und diplomatischen Quellen in Brüssel sowie den europäischen Hauptstädten. Viele von ihnen werden in den Beiträgen an verschiedenen Stellen zu Wort kommen und ihre Perspektiven auf Entwicklungen und Ereignisse vor Ort darlegen.

Wir widmen uns in den einzelnen Beiträgen sowohl der jüngeren Zeitgeschichte als auch aktuellen Entwicklungen in der Region sowie in den einzelnen Ländern. Wir beleuchten Konflikte und Akteure, die die Gesellschaft und Politik jeweils prägen, und fragen, wo die einzelnen Staaten im EU-Beitrittsprozess stehen. Dabei können wir immer nur einzelne Schlaglichter werfen und keinen Gesamtüberblick über das politische System und gesellschaftliche Entwicklungen in den Ländern der Region bieten.

Zur Orientierung beginnen wir mit einem kurzen Rückblick auf den EU-Beitrittsprozess (Kap. 1), in dem sich die Westbalkanstaaten seit nunmehr über 20 Jahren befinden. Wir skizzieren den aktuellen Stand der Verhandlungen und fragen, ob eine EU-Erweiterung in naher Zukunft aus Sicht von Brüssel, den Hauptstädten der Mitgliedsländer sowie der Region selbst überhaupt gewünscht erscheint. Anschließend (Kap. 2) folgt ein Überblick über die Geschichte Jugoslawiens – von der Idee, die südslawischen Völker in einem gemeinsamen Staat zu vereinen, über deren Umsetzung zunächst in einem Königreich („Erstes Jugoslawien") und später in einer sozialistischen Föderation („Zweites Jugoslawien") bis hin zum blutigen Zerfall des Staates in den 1990er-Jahren.

Im Anschluss daran befassen wir uns mit jedem der Länder einzeln. Im Kapitel zu Nordmazedonien (3) blicken wir auf die proeuropäischen Proteste von 2014 bis 2017, die darauffolgende Namensänderung des Landes und die große Enttäuschung darüber, dass man dem EU-Beitritt trotz großer Anstrengungen kaum näher gekommen ist. Dieses Kapitel zeigt, wie die Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union dazu führten, dass selbst ein Staat, der sich intensiv darum bemühte, die Forderungen der EU zu erfüllen, letztlich blockiert wurde.

Im Kapitel zu Serbien (4) zeichnen wir nach, wie unter Präsident Aleksandar Vučić in den vergangenen Jahren ein System entstanden ist, das sich immer weiter von demokratischen und rechtsstaatlichen Standards entfernt hat (Kap. 4.1), aber auch, wie das „andere Serbien" seit Jahrzehnten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft. So kam es im Frühjahr 2025 in Serbien zu den wohl größten anhaltenden Protesten in der jüngeren Geschichte des Landes (Kap. 4.2). Außerdem blicken wir in das Jadar-Tal im Westen Serbiens (Kap. 4.3), wo eines der größten Lithium-Vorkommen Europas unter der Erde liegt. Nicht zuletzt die deutsche Autoindustrie setzt ihre Hoffnung auf dessen Abbau. In Serbien hingegen regen sich seit Jahren Proteste dagegen.

Im Kapitel zum Kosovo (5) erklären wir, wie es 1998 zum Krieg in Serbiens ehemaliger Provinz kam, und erläutern die Hintergründe und Konsequenzen der

NATO-Intervention im Frühjahr 1999. Dazu erzählen wir auch die Geschichten einer albanischen und einer serbischen Familie, deren Angehörige gleichermaßen Opfer der NATO-Bombardierung wurden (Kap. 5.1). Außerdem widmen wir uns der Frage, wie und warum der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien bis heute schwelt (Kap. 5.2). Dafür blicken wir in den Norden des Kosovo, genauer gesagt in die vier serbisch dominierten Gemeinden nördlich der geteilten Stadt Mitrovica. Wir legen dar, was der EU-geführte Dialog zwischen Kosovo und Serbien bisher erreicht hat und warum es dennoch immer wieder zu gefährlichen Eskalationen kommt, deren vorläufiger Höhepunkt die Attacke von Banjska im September 2023 darstellte.

Bosnien-Herzegowina (Kap. 6) wiederum ist ein Sonderfall. Das Land, das seine Verfassung einem Kompromiss zwischen drei Kriegsparteien verdankt, gilt bis heute als eines der kompliziertesten Staatsgebilde der Welt. Seine politische Ordnung sichert zwar seit 30 Jahren den Frieden, erschwert aber zugleich jedwede Annäherung an die EU. Zudem erlebte Bosnien-Herzegowina Anfang 2025 die möglicherweise schwerste Verfassungskrise seit dem Ende des Krieges 1995, ausgelöst durch die sezessionistischen Bestrebungen in der Teilentität Republika Srpska (Kap. 6.1). Im Osten Bosniens wurde 1995 das wohl größte Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verübt, der Völkermord von Srebrenica. Seine Aufarbeitung wurde im Anschluss hart erkämpft (Kap. 6.2).

Montenegro (Kap. 7) gilt als das am weitesten fortgeschrittene Land im EU-Beitrittsprozess. Aber auch hier stagnierten die Verhandlungen jahrelang. Verantwortlich dafür sind unter anderem mangelnde Rechtsstaatlichkeit, politische Spannungen und Konflikte um Identitäten und Zugehörigkeiten innerhalb des multiethnischen Staates. Wir verdeutlichen dies anhand von Stimmen aus Cetinje und Herceg Novi – zwei Städten, die nur 32 Kilometer Luftlinie voneinander entfernt liegen, in denen aber sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft Montenegros vorherrschen. Zudem beleuchten wir, was das Ende der jahrzehntelangen Herrschaft von Milo Đukanović und die Machtübernahme durch neue politische Akteure für die Entwicklung des Landes bedeuten.

In Kroatien (Kap. 8), dem jüngsten, 2013 beigetretenen EU-Mitgliedsland, lässt sich beobachten, wie die ursprüngliche Euphorie über die Integration in die Strukturen der Union einer spürbaren Ernüchterung gewichen ist. Das schlägt sich auch im Wahlverhalten der Bevölkerung nieder: Bei den Europawahlen 2024 gingen gerade einmal 21,3 Prozent der wahlberechtigten

Bürgerinnen und Bürger an die Wahlurne – der mit Abstand niedrigste Wert in der gesamten EU. Wir zeigen anhand der Wahlerfolge zweier gegensätzlicher politischer Akteure – Premierminister Andrej Plenković und Präsident Zoran Milanović –, wie das Land zwischen proeuropäischer Orientierung und EU-Skepsis pendelt.

Albanien (Kap. 9) ist das einzige Land auf dem Westbalkan, dass nie Teil Jugoslawiens war. Hier ging der kommunistische Diktator Enver Hoxha fast ein halbes Jahrhundert seinen eigenen Weg und trieb das Land in bittere Armut und Isolation (Kap. 9.1). Heute ist Albanien NATO-Mitglied und führt Beitrittsgespräche mit der EU. Seit 2019 boomt außerdem der Tourismus. Wir widmen uns den Chancen, die damit einhergehen, blicken aber auch hinter die glitzernde Fassade des „neuen Albaniens". Anhand des Baus zweier Flughäfen – einer im Süden (Vlora), einer im Norden (Kukës) – erzählen wir, wie der Bauboom Albaniens Umwelt zerstört, aber auch, wie verbreitet Korruption und Geldwäsche weiterhin sind (Kap. 9.2).

Nachdem wir in die einzelnen Länder geblickt haben, gehen wir auf ausgewählte Themen ein, die für die gesamte Region relevant sind. Ein wichtiger Aspekt ist die massive Abwanderung insbesondere jüngerer Menschen aus dem Westbalkan, von denen nicht wenige im Rahmen der Fachkräftezuwanderung nach Deutschland kommen (Kap. 10). Mit der sogenannten Westbalkanregelung von 2016 beziehungsweise dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz von 2019 hat die Bundesregierung Arbeits- und Fachkräften aus der Region die Zuwanderung nach Deutschland erleichtert und bürokratische Hürden abgebaut. Doch für die Herkunftsländer bedeutet das den Verlust vieler junger Menschen – insbesondere aus dem medizinischen Bereich – an wirtschaftlich stärkere Staaten wie Deutschland.

Ein weiterer Aspekt ist die Lebenssituation der Roma (Kap. 11), die in allen Westbalkanstaaten eine zahlenmäßig nicht unerhebliche Minderheit darstellen und weiterhin verschiedenen Formen von Diskriminierung ausgesetzt sind. Außerdem betrachten wir den russischen Einfluss in der Region und hier vor allem in Serbien und bei den serbischen Minderheiten in anderen Ländern (Kap. 12). Abschließend zeichnen wir die Entwicklungen auf der sogenannten Balkanroute seit 2015 nach, erläutern, wie diese zu einem der meistdebattierten Themen der deutschen und österreichischen Politik werden konnte, und zeigen auf, wie in jüngster Zeit Italien versucht, Albanien zum „Hotspot" seiner Flüchtlingspolitik zu machen (Kap. 13).

Teil 1

Geschichte





1. Wie versprochen, so gebrochen? Die Westbalkanstaaten und die EU-Erweiterung

Die europäische Einigung war von Beginn an ein Friedensprojekt – und ist es bis heute geblieben. Die Ukraine, im Februar 2022 von Russland großflächig überfallen, wurde nur vier Monate später EU-Beitrittskandidat. Mit Georgien und Moldau kamen zwei weitere Länder hinzu, die der russischen Einflussnahme ausgesetzt sind und eine Invasion fürchten. Sechs Staaten in Südosteuropa warten bereits seit 2003 auf einen Beitritt. Ihre geografische Lage ist günstiger als die der Anwärter weiter östlich: Der Westbalkan ist von EU- und NATO-Staaten umschlossen. Die primäre Bedrohung des Friedens besteht nicht in einem russischen Angriff, sondern im Wiederaufbrechen alter Konflikte. Gerade diese hatten in den 1990er-Jahren die Aussicht auf eine EU-Zukunft so bedeutsam gemacht.

1991: Das erste Angebot an Jugoslawien

Jugoslawien stand 1991 kurz vor dem Zerfall, als der luxemburgische Außenminister Jacques Poos die „Stunde Europas" ausrief – ein diplomatischer Appell, um die sich bereits abzeichnenden Kämpfe doch noch irgendwie zu verhindern. Am 7. September 1991 lud die Europäische Gemeinschaft (EG), der Vorläufer der EU, zur Friedenskonferenz – ausgerechnet nach Den Haag. Wenige Jahre später begannen dort die Prozesse gegen Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien („Jugoslawien-Tribunal"). Im Spätsommer 1991 versuchte Europa, diesen Krieg noch abzuwenden. Es war zugleich ein erster Versuch, sich in einer neuen Rolle zu behaupten: Im Februar 1992 wandelte sich die EG mit dem Vertrag von Maastricht zu einer Union mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik. Jugoslawien wurde zu einem Testfall – der krachend scheiterte.

Der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors stellte Jugoslawien ein Assoziierungsabkommen in Aussicht. Hinzu kamen finanzielle Hilfen in der Höhe von 4,5 Milliarden Europäische Währungseinheiten (ECU, der Vorläufer des Euro).[1] Aber das Angebot kam viel zu spät, Jugoslawien war längst im Zerfall begriffen. Während in Europa nach 1989 der Eiserne Vorhang verschwand

Bild S. 14/15: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (4. v. r.) und Erweiterungskommissar Oliver Várhelyi (l.) empfangen die Staats- und Regierungschefs der Westbalkanstaaten zu einem Arbeitstreffen: Milojko Spajić, Borjana Krišto, Aleksandar Vučić, Edi Rama, Albin Kurti und Hristijan Mickoski (v. l. n. r.), 19. September 2024.

und die kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa in sich zusammenfielen, trat Jugoslawien eine „Geisterfahrt“ an, wie es der langjährige Südosteuropa-Korrespondent Norbert Mappes-Niediek beschreibt.[2] Millionen Menschen wurden durch die Kriegshandlungen ab 1991 vertrieben, über Hunderttausend wurden getötet.

Während Jugoslawien zerfiel, tat die EU das Gegenteil – sie wuchs und bereitete sich auf die größte Erweiterung ihrer Geschichte vor. Während die EU im Juni 1993 mit den sogenannten Kopenhagener Kriterien (siehe weiter unten) wirtschaftliche und politische Voraussetzungen für Beitrittskandidaten beschloss, wurde das bosnische Srebrenica zur UN-Schutzzone erklärt. Zwei Jahre später kam es dort zu einem Genozid, verübt von Einheiten der bosnisch-serbischen Armee, die systematisch mehr als 8000 Bosniaken ermordeten (siehe Kap. 6.2). Während 1998 die Beitrittsverhandlungen mit Polen begannen, eskalierte die Lage im Kosovo zum Krieg, in den schließlich auch die NATO eingriff (siehe Kap. 5.1).

Damit haben die Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie Albanien nicht nur ein Jahrzehnt an möglicher eigener Entwicklung einbüßen und ihre Bevölkerungen bitteres Leid durchleben müssen. Sie haben damit auch ein historisches Zeitfenster verpasst. Denn in den 1990er-Jahren, nach dem Ende der bipolaren Welt, befand sich „der Westen“, der aus der Systemkonfrontation des Ost-West-Konflikts als Sieger hervorgegangen war, auf dem Höhepunkt seiner politischen und wirtschaftlichen Hegemonie. Die EU-Osterweiterung von 2004 wurde noch von dieser Euphorie getragen. Die liberale Demokratie befand sich auf dem Siegeszug, auch die Rhetorik war hoffnungsvoller: Von einer Wiedervereinigung Europas und einem Zusammenwachsen des Kontinents war die Rede. Auch der Westbalkan konnte 2003 noch von dieser Aufbruchstimmung profitieren – zumindest in Form von Absichtserklärungen. Diese richteten sich nach dem Krieg allerdings nicht mehr an einen einzigen Staat mit über 20 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, sondern an eine ganze Handvoll kleiner Staaten, die aus der „Erbmasse“ Jugoslawiens hervorgegangen waren.

2003: Der Gipfel von Thessaloniki

Noch während die Bundesrepublik Jugoslawien – nunmehr bestehend aus Serbien (einschließlich Kosovo) und Montenegro – im Frühjahr 1999 von der NATO bombardiert wurde, schlug der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer vor, die gesamte Region in die EU aufzunehmen. Das klang

angesichts der Zerstörung utopisch. Eine formale Einladung ließ noch vier weitere Jahre auf sich warten.

Im Sommer 2003 kam die EU-Spitze in einer Fünf-Sterne-Hotelanlage in Griechenland zusammen, um den Staaten des westlichen Balkans sowie der Türkei die Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Union zuzusagen. Der Gipfel fand auf der Halbinsel Chalkidiki statt, aber weil der Ort niemandem ein Begriff war, wurde er nach der 100 Kilometer nördlich liegenden Hafenstadt Thessaloniki benannt. In der Abschlusserklärung hieß es unter anderem: „Die EU bekräftigt, dass sie die europäische Ausrichtung der westlichen Balkanstaaten vorbehaltlos unterstützt. Die Zukunft der Balkanstaaten liegt in der Europäischen Union."[3]

Aus Sicht der EU war das Erweiterungsangebot die einzig logische Antwort auf die eben erst beigelegten Kriege auf dem Balkan. Was könnte schließlich künftige Konflikte besser verhindern als die Einbindung der ehemaligen Kriegsparteien in das Friedensprojekt EU. Frankreich und Deutschland hatten es schließlich vorgemacht: Aus einstmals verfeindeten Staaten waren nicht nur Partner, sondern auch Motoren der europäischen Integration geworden.

Als die EU dem Balkan 2003 die Hand ausstreckte, war die Region noch eine andere, als sie es heute ist. Das heutige Nordmazedonien trat aufgrund des Namenstreits mit Griechenland noch unter der Bezeichnung „FYROM" (englische Abkürzung für „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien") auf. Albanien hatte zwar keinen Krieg erlebt – nach einem halben Jahrhundert stalinistischer Diktatur waren die 1990er-Jahre jedoch von Massenauswanderung und Chaos geprägt (siehe Kap. 9.1). 1997 implodierte die Staatsordnung aufgrund eines Volksaufstands, was das Land auch Jahre später noch zeichnen sollte. Serbien und Montenegro befanden sich 2003 in einem gemeinsamen Staatenbund,[4] dem offiziell auch noch der von den Vereinten Nationen verwaltete Kosovo angehörte.

Belgrad, das Zentrum des ehemaligen Jugoslawiens, befand sich wenige Monate vor dem Gipfel von Thessaloniki im Schockzustand: Im März 2003 erschoss ein Scharfschütze den serbischen Ministerpräsidenten und proeuropäischen Reformer Zoran Đinđić auf offener Straße (siehe Kap. 4.2). Đinđić hatte sich als Oppositionsführer nicht nur am Sturz des Autokraten Slobodan Milošević beteiligt, sondern ließ ihn als Ministerpräsident im April 2001 auch an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag ausliefern. Schon damals war klar: Serbien kann sich nur dann in die EU integrieren, wenn es seine Verantwortung für die Jugoslawienkriege aufarbeitet. Đinđić war zu diesem Schritt bereit – und riskierte damit am Ende sein eigenes Leben.

Ivan Vejvoda, Anfang der 2000er-Jahre Đinđićs außenpolitischer Berater, erinnert sich an dessen Tod als einschneidendes Erlebnis. Im Februar 2025 erzählt er im Gespräch, dass mit Đinđić für ihn auch der Traum, dass Serbien zügig der EU beitreten würde, gestorben sei: „Ich dachte damals, dass Serbien im Jahr 2008 Mitglied werden kann. Auch deswegen, weil Đinđić eine solche Entschlossenheit an den Tag gelegt hat." Nach Đinđićs Tod schied Vejvoda aus der Regierung aus und wurde Direktor des German Marshall Fund auf dem Balkan, einer US-amerikanischen Denkfabrik. Zum Gipfel in Thessaloniki, den er eigentlich mit Đinđić hatte besuchen wollen, reiste er allein an.

„Es war schön zu sehen, dass die EU das Ruder in die Hand nimmt. Europa hat im Sommer 2003 erkannt, dass es einen stärkeren Ansatz braucht, um den Kontinent zu vereinen", erinnert sich Ivan Vejvoda rückblickend. So hatte es auch der damalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi auf dem Gipfel angekündigt. Sein Credo: Der Prozess der Einigung sei nicht abgeschlossen, solange die Westbalkanstaaten nicht EU-Mitglieder sind.

Die ewigen Beitrittskandidaten

Mehr als 20 Jahre nach dem Gipfel steht die EU gegenüber den Westbalkanstaaten im Wort – und gleichzeitig auf der Bremse. Der Gipfel von Thessaloniki, schreibt der Südosteuropa-Experte Florian Bieber, stellte „den Höhepunkt europäischer Ambitionen" dar. 2003 schien die EU „unaufhaltsam" zu sein. Mittlerweile aber habe sich die Erweiterung in ein „europäisches Labyrinth" verwandelt.[5] Auf dem Weg zu einem Beitritt taten sich immer neue Sackgassen und Barrieren auf. Der Prozess schreitet viel zu langsam voran, als dass er in der Region noch als glaubwürdig angesehen werden könnte.

Das war nicht immer so. Slowenien hat fünf Jahre verhandelt, bis es 2003 ein Referendum zum EU-Beitritt abhalten konnte und diesen ein Jahr später vollzog. Im Fall der Slowakei ging es sogar noch schneller. Das Land hat die Verhandlungen im Februar 2000 begonnen und nach nur zwei Jahren erfolgreich abgeschlossen. Ungarn hat knapp drei Jahre verhandelt, Rumänien und Bulgarien jeweils gut viereinhalb Jahre.[6] Oder nehmen wir Kroatien, das jüngste EU-Mitgliedsland. Nachdem es 2004 offiziell Beitrittskandidat geworden war, konnte das Land bereits im Oktober 2005 Verhandlungen beginnen, die nach sechs Jahren abgeschlossen waren. 2013 trat Kroatien der EU bei.

Seitdem kam es zu keiner Aufnahme weiterer Länder. Noch nie seit der ersten Erweiterungsrunde der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1973

hat über so viele Jahre keine Erweiterung stattgefunden. Aus den Anwärtern auf dem Westbalkan sind „ewige Beitrittskandidaten" geworden. Im Oktober 2025 stellt sich das Bild wie folgt dar:

- Nordmazedonien, das seit 2005 und damit am längsten Beitrittskandidat ist, hat nach 20 Jahren noch immer keine Verhandlungen begonnen. Dabei hatte das Land bereits im April 2001 einen Stabilisierungs- und Assoziierungsvertrag mit der EU unterzeichnet – ein halbes Jahr früher als Kroatien.
- Serbien, das seit 2014 Verhandlungen führt, ist im Laufe der Jahre nicht wie erhofft demokratischer, sondern autokratischer geworden.
- Bosnien-Herzegowina erhielt zwar Ende 2022 offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten, hat aber noch keine Verhandlungen begonnen.
- Kosovo ist – aufgrund des ungelösten Konfliktes mit Serbien – nur ein „potenzieller Beitrittskandidat" und hat noch gar keinen offiziellen Status erhalten. Zuerst müssten noch fünf EU-Mitgliedsländer den Kosovo überhaupt als Staat anerkennen.
- Nur für Montenegro und Albanien gibt es den zarten Schimmer eines Beitritts am Horizont. Montenegro verhandelt seit 2012 und hat bereits alle 33 sogenannten Beitrittskapitel eröffnet, die verschiedene Bereiche – von Justiz und Rechtsstaatlichkeit bis hin zu Umwelt und Wettbewerbsrecht – abdecken. Sieben von ihnen konnten bereits geschlossen werden. Albanien hat seit dem Start der Verhandlungen im Oktober 2024 insgesamt 28 Kapitel eröffnet, allerdings noch keines geschlossen. Sowohl vonseiten der Regierung als auch vonseiten der Opposition gibt es den politischen Willen und die Entschlossenheit, im Prozess weiterzukommen. Das liegt auch daran, dass das Vertrauen in die EU mit 92 Prozent so hoch ist wie in keinem anderen Land auf dem Westbalkan.[7] Das ist beachtlich, wenn man bedenkt, dass sich der Prozess auch für Albanien bereits über mehr als zwei Jahrzehnte hinzieht.

Wann hat die Erweiterungsmüdigkeit begonnen?

Es ist schwer zu sagen, was zuerst da war: die Erweiterungsmüdigkeit der EU oder der Demokratieabbau in den Kandidatenländern. Sicher ist, dass beide Faktoren sich gegenseitig verstärkt haben.

Erste Anzeichen für eine Erweiterungsmüdigkeit gab es bereits 2005, als der Entwurf für eine europäische Verfassung an Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden scheiterte. Einschneidend waren auch die Finanzkrise

2008 sowie die europäische Staatsschuldenkrise ab 2010. Mit der sogenannten Flüchtlingskrise begann 2015 auch der politische Zusammenhalt Europas zu bröckeln. Der Umgang mit den Themen Asyl und Migration befeuerte den Aufstieg rechtsextremer beziehungsweise rechtspopulistischer und EU-feindlicher Parteien. 2016 entschied sich die (knappe) Mehrheit der Briten schließlich in einem Referendum für den Austritt aus der EU (2020 wurde der „Brexit" vollzogen).

Nationalisten und Rechtspopulisten in ganz Europa fühlten sich in ihrem Kurs bestärkt. Die EU erweiterte sich nicht, sie schrumpfte. Die innere Verfasstheit dieser kriselnden EU strahlte auf die Nachbarschaft aus. Zwar kam 2014 mit dem von der damaligen deutschen Kanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufenen „Berliner Prozess" ein neues Gesprächsformat für und mit den Balkanländern hinzu, das deren EU-Integrationsprozess fördern sollte. Aber bei den für politische Entscheidungen zentralen EU-Gipfeln gab es stets wichtigere Themen – vorneweg das Dauerthema Migration.

Gleichzeitig entwickelten sich einige der 2004 der EU beigetretenen Mitgliedsländer zu „Problemkindern". Es begann mit Polen, gegen das 2017 als erstes Land in der Geschichte der EU ein Artikel-7-Verfahren eingeleitet wurde, ein Sanktionsinstrument zum Schutz der EU-Grundwerte. 2018 folgte ein Verfahren gegen Ungarn, dessen Ministerpräsident Viktor Orbán aufgrund der Angriffe auf Presse und Meinungsfreiheit bereits seit Längerem in der Kritik stand. Mit diesen Sanktionen ging ein schmerzhafter Lerneffekt einher: Der Beitrittsprozess allein garantiert noch nicht, dass die EU-Mitglieder Demokratien bleiben. Wer Teil des Clubs ist, kann die Uhr auch wieder zurückdrehen – ohne mit allzu viel Widerstand rechnen zu müssen, da sich Sanktionsmechanismen bislang als wenig effektiv erwiesen haben. Ungarn mag 2004 beim Beitritt eine konsolidierte Demokratie gewesen sein, nach 2010 baute Orbán den Staat mit seinen Gefolgsleuten jedoch systematisch um. Schlimmer noch: Seine regierende Fidesz-Partei nutzt die EU als Feindbild, um die eigene Macht innenpolitisch zu zementieren und die EU außenpolitisch zu schwächen. Gleichzeitig profitierte Ungarn als Nettoempfänger massiv von den EU-Transfergeldern.

Orbáns zahlreiche Vetos bei EU-Abstimmungen lösten eine Debatte über die Ausgestaltung der EU-Institutionen und ihrer Entscheidungsverfahren aus, deren wichtigster Wortführer Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wurde. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob in mehr Bereichen qualifizierte Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeit erforderlich sein sollten. Müssen sich also nicht nur die Balkanländer, sondern muss sich parallel dazu auch die EU selbst reformieren? Wie sonst soll eine Union mit künftig über 30 Mitgliedern

handlungsfähig bleiben und Entscheidungen treffen? Die Debatte traf einen Nerv. Aber aus Sicht der Balkanländer kam sie zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt und löste in weiterer Folge einen Dominoeffekt aus.

Die Zeit der bilateralen Vetos

Bereits im April 2018 empfahl die EU-Kommission, mit Albanien und Nordmazedonien Beitrittsgespräche zu beginnen. Beide Länder hatten zuvor jeweils etwas europaweit Einzigartiges umgesetzt. Die Republik Mazedonien hatte seine Bereitschaft signalisiert, den Landesnamen in Nordmazedonien zu ändern, um den historischen Streit mit Griechenland beizulegen (siehe Kap. 3.1). Albanien hatte, als einziges Land in der Region, eine von ausländischen Fachleuten begleitete Justizreform umgesetzt, in dessen Folge viele Richterinnen und Staatsanwälte ihr Amt verlassen mussten (siehe Kap. 9.2). Beide Reformen waren mit großen innenpolitischen Herausforderungen verbunden und wurden von den Regierungen dennoch durchgesetzt. Der Dämpfer kam beim EU-Gipfel im Oktober 2019: Frankreich blockierte die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit beiden Ländern mit der Begründung, dass zuerst der Beitrittsprozess reformiert werden müsse. Das hat die Glaubwürdigkeit der EU in der gesamten Region nachhaltig beschädigt.

Ganz besonders trifft dies auf Nordmazedonien zu: Denn als Frankreich die Bremse wieder lockerte, blockierte auf einmal Bulgarien. Die bulgarische Regierung sprach Nordmazedonien de facto ab, über eine eigenständige Sprache und nationale Identität zu verfügen – Mazedonisch sei vielmehr ein bulgarischer Dialekt und müsse als ein solcher anerkannt werden (siehe Kap. 3.1).

Infolgedessen wandten sich sogar die proeuropäischsten Stimmen aus dem Land von der EU ab. Nikola Dimitrov, zwischen 2017 und 2020 Außenminister Nordmazedoniens und eine der Schlüsselfiguren auf dem Weg zur 2019 umgesetzten Namensänderung, kritisierte das bulgarische Veto in einem Interview im Jahr 2022 als „zutiefst anti-europäisch“, und zwar mit den Worten: „Man läuft doch nicht im 21. Jahrhundert herum und sagt, welcher Staat natürlich ist und welcher nicht?“[8] Die Art und Weise, wie der bulgarische Nachbar die Existenz seines Landes infrage stelle, erinnere ihn an die Rhetorik eines Wladimir Putin. Dieses aus seiner Sicht revisionistische und imperialistische Gehabe passe nicht zu den Werten der EU.

Mit seiner Kritik berührte Dimitrov einen wunden Punkt. Mit den Vetos aus Griechenland und Bulgarien wurden zum ersten Mal bilaterale Fragen von Geschichte und Identität in den Erweiterungsprozess einbezogen. Und das,

obwohl diese nichts mit den Kopenhagener Kriterien zu tun haben, die ein Land erfüllen muss, wenn es der EU beitreten möchte. Diese sehen drei Aufnahmebedingungen vor:

1. Institutionelle Stabilität und die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung. Das betrifft die Rechtsstaatlichkeit ebenso wie den Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte;
2. eine Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt standhalten kann;
3. die Übernahme des Rechtsbestands der EU.[9]

Die EU-Kommission überprüft in jährlichen Fortschrittsberichten, ob die Kandidatenländer die Kopenhagener Kriterien erfüllen. In einem leistungsorientierten Prozess müssten also einzig und allein diese Berichte darüber entscheiden, ob ein Land vorankommt oder nicht. Dem ist aber schon lange nicht mehr so. Nordmazedonien war dabei nicht der erste Präzedenzfall auf dem Balkan. Auch in Bezug auf den Kosovo hat die EU viel an Glaubwürdigkeit verspielt. Dem kleinen Land mit gerade einmal 1,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern wurde bis 2024 die Visafreiheit vorenthalten, obwohl es die von der Kommission dafür festgelegten Bedingungen seit 2018 erfüllte.

Die Vetos einzelner Staaten haben die Länder in der Region entmutigt. „Vielleicht sollten wir uns eine gigantische Schere besorgen, Nordmazedonien entlang der Grenzen aus der Karte schneiden und es irgendwo zwischen Norwegen und Schweden platzieren“, schlug der ehemalige Außenminister Nordmazedoniens Dimitrov in Bezug auf die schwierige Nachbarschaft zu Bulgarien vor.[10] Ein sarkastischer Scherz, der zeigt, wie verfahren die Situation geworden war.

Rückblickend muss man aber auch sagen: Macrons Bremse hatte eine konstruktive Seite. Nach seiner Forderung, den EU-Beitrittsprozess zu reformieren, reagierte die EU-Kommission im Rekordtempo und präsentierte bereits vier Monate später, im Februar 2020, eine sogenannte neue Methodologie und damit neue Regeln für die Beitrittskandidaten. Seitdem sind die 33 Verhandlungskapitel in sechs Themenbereiche, sogenannte Cluster, unterteilt. Verhandlungen mit Staaten, die Rückschritte verzeichnen, können eingefroren oder abgebrochen werden. Umgekehrt wird Reformeifer unterstützt, etwa durch Teilnahme an EU-Programmen oder Zugang zu EU-Mitteln. Gleichzeitig sei – so klagt eine Beamtin, die den Prozess gut kennt, im Gespräch – der Erweiterungsprozess höchst technokratisch geworden. Anders als noch beim Beitritt

von Ungarn oder Polen haben die Mitgliedstaaten viel mehr Mitspracherecht. Selbst bei kleinen Zwischenschritten (sogenannten *opening benchmarks*) müssen alle 27 Mitglieder zustimmen beziehungsweise ihre nationalen Positionen darlegen. Das zieht den Prozess in die Länge und führt dazu, dass Länder mit Partikularinteressen jederzeit ein Veto einlegen können.

Die Erweiterung ist tot. Lang lebe die Erweiterung!

Die neue Methodologie mag ein bürokratisches Ungetüm sein, aber sie zeigt: Die EU kann sich reformieren, wenn sie will. Und genau das wird sie in den kommenden Jahren auch tun müssen, wenn die Erweiterung im Osten und im Südosten tatsächlich gelingen soll. Der Krieg in der Ukraine hat hier eine neue Dringlichkeit geschaffen. Die noch größere Zäsur aber ist Donald Trump, der im Januar 2025 ins Weiße Haus zurückgekehrt ist. Mit Trumps zweiter Präsidentschaft zeichnet sich schon jetzt das Ende des Westens ab, wie wir ihn seit acht Jahrzehnten erlebt haben. Damit könnte auch eine Ära enden, die Europa Sicherheit, aber auch Wohlstand gebracht hat. Wie wird die EU darauf reagieren? Wird sie wehrhafter und selbstbewusster werden? Und wird sie die Erweiterung als sicherheitspolitische Notwendigkeit wiederentdecken?

„Es gibt die These, dass die EU in Krisenzeiten wächst", sagt der österreichische Politologe Vedran Džihić im Frühjahr 2025 im Gespräch, „und in der Suche nach einem neuen Selbstbewusstsein wird der Balkan eine wichtige Rolle spielen." Die „große Weltzäsur", die Trump mit seiner unvorhersehbar-erratischen Politik eingeleitet habe, könnte das lang ersehnte Tempo zurückbringen. Solange die USA ihr Sicherheitsnetz über Europa spannten, wurde keine wirkliche Dringlichkeit verspürt, die EU zu erweitern, um ihren geopolitischen Einfluss zu erhöhen. Damit in Zukunft die Aufnahme neuer Staaten gelingt, muss sich die EU aber auch im Innern reformieren.

Bisher hat die EU immer nur signalisiert, dass sie wachsen *will*, aber nicht gezeigt, dass sie auch wachsen *kann*. Wie bleibt eine Union handlungsfähig, die mit 36 Mitgliedern von Amsterdam über Tirana bis nach Nikosia reicht? Oft wird vergessen, dass die Kopenhagener Kriterien eigentlich nicht aus drei, sondern aus vier Pfeilern bestehen. Das vierte Kriterium betrifft die Aufnahmefähigkeit der EU selbst. Darauf haben die Beitrittskandidaten wenig Einfluss. Es ist eine innenpolitische Angelegenheit der Union.

Reformiert sich die EU – zur gleichen Zeit, wie die Westbalkanländer es tun –, würde das ein wichtiges Signal aussenden. Nämlich: Wenn ihr bereit seid,



Massenprotest gegen Korruption und Machtmissbrauch am 15. März 2025 in Belgrad

dann sind wir es auch. Dieser Wille, gepaart mit einem Beitritt Montenegros bis 2030, möglicherweise gefolgt von Albanien, könnte eine neue Dynamik und einen Wettbewerb in der Region entfachen. Die Aussicht, dass die Nachbarn bereits Mitglied sind und nicht (wie zuvor) jahrelang hingehalten wurden, könnte beispielsweise bei Serbien oder dem Kosovo einen neuen Reformwillen zutage bringen.

Noch ist dieser allerdings wenig zu spüren. Stattdessen braut sich in den Westbalkanstaaten eine demografische Krise zusammen (siehe Kap. 10). Die massive Abwanderung der jungen Generation, aber auch von Fachkräften aller Altersgruppen, hat größere Auswirkungen auf den Beitrittsprozess, als man glauben mag. Wo politisch engagierte und demokratisch gesinnte Menschen abwandern, da sinkt der gesellschaftliche Druck auf korrupte Eliten, Reformen umzusetzen. Die große Ausnahme ist hier ohne Frage Serbien, ein Land, das seit Herbst 2024 die größten Proteste in seiner jüngeren Geschichte erlebt, die auch ein Jahr später noch nicht abgeflaut sind (siehe Kap. 4.2). Dennoch: Die „Stabilokraten“, wie der Politikwissenschaftler Florian Bieber die Machthaber in der Region nennt, haben es sich im festgefahrenen Beitrittsprozess bequem gemacht. Sie signalisieren nach außen Stabilität, neigen im Innern aber zu autokratischem Regieren. Es reicht für sie aus, so zu tun, als ob sie an einer Erweiterung interessiert sind. Die EU hat es im vergangenen Jahrzehnt nicht anders vorgemacht.

Mit ihrer Abwanderung ziehen Menschen aus der Region die für sie logische Konsequenz aus diesen Entwicklungen. Nach fast einem Vierteljahrhundert im „Wartezimmer“ ist die Bevölkerung auf dem Westbalkan über ihre weit verzweigte Diaspora längst eine Realität in der EU geworden. Ganz nach dem Motto: Wenn die EU nicht auf den Balkan kommt, dann kommen wir eben zu ihr.





2. Jugoslawien – eine Geschichte von Anziehung und Abstoßung

Das Gesicht des jungen Mannes ist von Angst gezeichnet. Irgendwo in einem Waldstück in Slowenien liegt Bahrudin Kaletović auf dem Boden und hofft, dass er „irgendwie hier lebend rauskommt". Seine Uniform ist grau, seinen Helm zieren künstliche Blätter als Tarnung. Die Szene, festgehalten von den Kameras des jugoslawischen Fernsehprogramms Yutel, wirkt surreal bis gespenstisch. „So wie ich das verstehe, wollen die sich hier abspalten", sagt der 19-Jährige mit unverkennbar bosnischem Dialekt, „und wir sollen das verhindern." Drei Kameraden seien an diesem Morgen bereits gefallen. „Eigentlich wollen wir nur in die Kaserne zurück."[1]

Das kurze Interview mit dem bosnischen Wehrdienstleistenden der Jugoslawischen Volksarmee war am Abend des 27. Juni 1991 in ganz Jugoslawien zu sehen – sofern man noch von Jugoslawien sprechen konnte. Zwei Tage vor dem Interview hatte sich Slowenien, die nördlichste Teilrepublik der Sozialistischen Föderation, für unabhängig erklärt. Kurz darauf brachen Kämpfe zwischen der Territorialverteidigung Sloweniens und der Jugoslawischen Volksarmee aus: der Beginn nicht nur eines, sondern mehrerer Kriege.

Kaletovićs Aussagen stehen sinnbildlich für das Empfinden vieler Einwohnerinnen und Einwohner Jugoslawiens in jenen Tagen: Wie hatte es so weit kommen können? Dass der Staat in einer existenziellen Krise steckte, war seit Längerem klar. Doch noch ein Jahr vor Ausbruch des 10-Tage-Krieges in Slowenien hatten Umfragen ergeben, dass nur eine Minderheit gewalttätige Auseinandersetzungen für möglich hielt.[2] Nun lag ein Wehrdienstleistender aus Mittelbosnien in Slowenien, das sich soeben für unabhängig erklärt hatte, und schien nicht zu verstehen, warum auf ihn geschossen wurde und auf wen er da eigentlich schoss. Waren er und die Kämpfer auf der anderen Seite nicht bis eben noch Jugoslawen gewesen? Was hatte sich geändert?

Als die Bürgerinnen und Bürger Kroatiens am 19. Mai 1991 über die Unabhängigkeit ihres Landes von Jugoslawien entscheiden sollten, stand für fast alle Beobachter bereits fest, wie die Abstimmung ausgehen würde. Ein Jahr nach der ersten halbwegs freien Mehrparteienwahl in der Geschichte der Teilrepublik Kroatien, die der nationalistischen Kroatischen Demokratischen Union (Hrvatska

Bild S. 26/27: Der Sarg von Josip Broz Tito liegt am 8. Mai 1980 aufgebahrt im Parlamentsgebäude in Belgrad. Der Tod des langjährigen Staatspräsidenten gilt vielen als Beginn des Zerfalls Jugoslawiens.



Standbild aus einem Interview im jugoslawischen Fernsehen mit dem bosnischen Wehrdienstleistenden Bahrudin Kaletović, Juni 1991

Demokratska Zajednica, HDZ) eine absolute Mehrheit im kroatischen Parlament, dem Sabor, beschert hatte, standen die Weichen längst auf Abspaltung.

„*Za Hrvatsku*" hatte die HDZ vor der Abstimmung im Mai 1991 plakatieren lassen: „Für Kroatien". Man sollte also erwarten, dass sich auf den Stimmzetteln eine einfach formulierte Frage finden würde. Die Sloweninnen und Slowenen hatten es bereits vorgemacht: „Sind Sie dafür, dass die Republik Slowenien ein unabhängiger und souveräner Staat wird?" Ja oder nein – mehr stand beim Unabhängigkeitsreferendum in der nördlichsten Teilrepublik des zerfallenden Vielvölkerstaates nicht zur Auswahl. Die Einwohnerinnen und Einwohner Kroatiens indes konnten nur indirekt über die eigene Unabhängigkeit entscheiden – zumindest dem Wortlaut des Referendums nach:

> „Sind Sie dafür, dass die Republik Kroatien als souveräner und unabhängiger Staat, der Serben und den Angehörigen anderer Nationalitäten kulturelle Autonomie und volle Bürgerrechte garantiert, einen Bund souveräner Staaten mit den übrigen Republiken eingehen kann (gemäß dem Vorschlag der Republik Kroatien und der Republik Slowenien zur Lösung der Staatskrise in Jugoslawien)?"

Alternativ konnten die Wählerinnen und Wähler für den Verbleib Kroatiens „in Jugoslawien als einem einheitlichen Bundesstaat" stimmen.[3] Rein sprachlich ergab sich der Auftrag zur vollständigen Loslösung also nur aus der Ablehnung

des Verbleibs im einheitlichen Bundesstaat. Schließlich ist die erste Alternative mit dem Auftrag verbunden, einen neuartigen Bund mit den übrigen Republiken Jugoslawiens einzugehen. Zugespitzt könnte man sagen: Ein Votum für das Ende Jugoslawiens haben die kroatischen Wählerinnen und Wähler nie abgegeben.[4]

Natürlich würde eine solche Interpretation an den politischen Realitäten des Jahres 1991 vorbeigehen. Das verklausulierte Referendum ist den Umständen geschuldet – ein Kompromiss, den die HDZ und alle anderen Unabhängigkeitsbefürworter eingehen mussten, nicht zuletzt aufgrund des anhaltenden Drucks aus dem westlichen Ausland, das zu diesem Zeitpunkt noch auf den Erhalt Jugoslawiens pochte.

Doch lässt sich festhalten, dass selbst die Entscheidung über das Ende der gemeinsamen staatlichen Strukturen im ehemaligen Jugoslawien noch mit der Frage der zukünftigen Beziehungen zueinander gekoppelt blieb. Die Ambivalenz, die sich hier ausdrückt, ist bezeichnend für die Geschichte des jugoslawischen Projekts im 20. Jahrhundert: Wie eng sollte der Bund zwischen den auf dem Gebiet des jugoslawischen Staates lebenden Völkern sein? Bedurfte es eines Zentralstaats, um den nationalen Zentrifugalkräften entgegenzuwirken? Oder lag gerade in der weitgehenden Föderalisierung der Schlüssel zum Erfolg eines Landes „mit zwei Alphabeten, drei Sprachen, vier Religionen, fünf Nationalitäten und sechs Republiken“?[5]

Und darüber hinaus: Welche Rolle sollte dieses Gebilde auf internationalem Parkett einnehmen? Wer waren seine natürlichen Verbündeten? Sollte es sich eher nach Osten oder nach Westen orientieren? Diese Streitpunkte prägten das Schicksal Jugoslawiens von der Zeit vor seiner Entstehung bis zu seinem Ende – und das über die Grenzen politischer Systeme hinweg. Es ist daher sinnvoll, sich die Geschichte der Idee Jugoslawiens und ihrer Umsetzung noch einmal zu vergegenwärtigen.

Die Idee von einem Miteinander

Den Staaten des Balkans – insbesondere den Nachfolgestaaten Jugoslawiens – wird gelegentlich beschieden, dass ihre „Nationswerdung“ spät eingesetzt habe.[6] Vereinzelt wird die Ansicht vertreten, dass diese Nationswerdung erst mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens abgeschlossen worden sei.

Solchen Betrachtungsweisen liegen zumindest implizit konservative Vorstellungen von Nationen zugrunde: Im Gegensatz zu den sich im Laufe der vergangenen Jahrhunderte nach einem „natürlichen“ Organisationsprinzip

herausgebildeten Nationalstaaten stünden demnach „künstliche" Vielvölkerstaaten, in denen die einzelnen Nationen aufgrund innerer oder äußerer Zwänge entgegen ihrem „natürlichen" Bestreben zusammenleben müssten. Konflikte innerhalb solcher Gebilde seien demnach vorprogrammiert, wohingegen der Nationalstaat ein zumindest von ethnischen Konflikten befreites, friedliches Zusammenleben garantieren könne.

Über die Sinnhaftigkeit dieser Vorstellungen soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Festzuhalten ist lediglich, dass bei näherer historischer Betrachtung weder auf dem Balkan noch in Westeuropa viel für eine „Naturwüchsigkeit" von Nationen spricht, sind diese doch eine vergleichsweise junge „Erfindung".[7] Und doch dominiert eine solche Vorstellung die öffentlichen Diskurse in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. In diesen erscheint die heutige Aufteilung in Nationalstaaten als die Verwirklichung eines unhintergehbaren Bestrebens der Völker nach staatlicher Unabhängigkeit, das über Jahrhunderte von verschiedenen Fremdherrschern unterdrückt worden sei.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts befanden sich die Territorien der heutigen Nachfolgestaaten Jugoslawiens unter der Oberhoheit der Großmächte ihrer Zeit. Slowenien und Kroatien gehörten – von einer kurzen Episode französischer Herrschaft unter Napoleon abgesehen – dem Habsburgerreich beziehungsweise der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie an. Bosnien-Herzegowina, Serbien, Nordmazedonien, der Kosovo, Albanien und *de jure* auch Montenegro – das *de facto* als Fürstbistum weitgehend selbstverwaltet wurde – waren Teil des Osmanischen Reiches.

Die Ereignisse der folgenden Jahrzehnte wälzten die politische Landkarte des Balkans grundlegend um. In einer Reihe von Aufständen erkämpfte sich Serbien zunächst Autonomie innerhalb des Osmanischen Reiches und erlangte 1878 gemeinsam mit Montenegro schließlich seine vollständige Unabhängigkeit (ebenso wie Rumänien und etwas später Bulgarien). Bis heute werden diese Rebellionen in der romantisierenden Geschichtsschreibung zu Volksaufständen umgedeutet, die nicht selten – wie in Serbien – zu Schlüsselmomenten einer „nationalen Wiedergeburt" stilisiert werden.[8] Bei näherer Betrachtung erweisen sich die meisten Unabhängigkeits- und Autonomiebewegungen als Projekte kleinerer Gruppen aus der gesellschaftlichen Elite, denen es im Konflikt mit den jeweiligen Zentralgewalten nicht zuletzt um den Erhalt, die Festigung oder den Ausbau ihrer eigenen Machtpositionen ging.

Während im osmanischen Herrschaftsbereich der Kampf um die nationale Selbstständigkeit schon frühzeitig in gewaltsamen Auseinandersetzungen



Die Staaten der westlichen Balkanregion 1913/14

Österreichisch-ungarische Monarchie:

- Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (Cisleithanien, Österreich)
- Länder der Heiligen Ungarischen Krone (Transleithanien, Ungarn)
- Kondominium Bosnien und Herzegowina
- Königreich Serbien
- Königreich Montenegro
- Fürstentum Albanien
- Königreich Griechenland
- Königreich Rumänien
- Zarentum Bulgarien
- Staatsgrenze
- Grenze innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie
- Grenze des 1918 gegründeten Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, ab 1929 Jugoslawien
- Hauptstadt

mündete, verlief die „Wiedergeburt" der südslawischen Völker im Habsburgerreich zunächst friedlicher. Nach dem Ende der Napoleonischen Kriege (1792–1815) und inspiriert von den Nationalbewegungen in West- und Mitteleuropa, blühte spätestens ab den 1830er-Jahren in Kroatien und Slowenien die sogenannte Illyrische Bewegung auf.[9] Dem Illyrismus wird retrospektiv eine Doppelrolle zugesprochen: Einerseits gilt er in der kroatischen Geschichtsschreibung als Beginn der „nationalen Wiedergeburt", ein Fundament, auf dem die Nationswerdung Kroatiens aufbauen konnte. Zugleich aber gilt die Bewegung auch als Vorläufer des „Jugoslawismus", also jener politischen Strömung, die den Zusammenschluss der südslawischen Völker in einem gemeinsamen Staat anstrebte.

Dabei hatte die vor allem aus adligen und (bildungs-)bürgerlichen Kreisen stammende Anhängerschaft der Bewegung zunächst keineswegs den Bruch mit der Habsburger-Monarchie im Sinn. Vielmehr ging es ihr, neben der Förderung der eigenen Volkssprache und Kultur, vor allem um eine Gleichstellung der Bevölkerungsgruppen innerhalb des Reiches.[10] Ansätze jener politischen Strömung, die später als „Trialismus" bekannt wurde und die sich – neben den bestehenden österreichischen und ungarischen – für die Einrichtung eines dritten, slawischen Reichsteils einsetzte, waren hier durchaus erkennbar.

Kennzeichnend für den Illyrismus war die Betonung der sprachlichen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten zwischen allen südslawischen Ethnien des Habsburgerreiches. Ljudevit Gaj (1809–1872), der wohl prominenteste Vertreter des Illyrismus, fasste dies pointiert zusammen:

> „Die wahren Einheimischen konnten bisher sehen, dass wir keinerlei Unterschied in brüderlicher Liebe zwischen Kroaten, Serben, Slowenen, Slawoniern, Dalmatinern, Bosniern usw. machen, sondern alle zusammen in einen illyrischen Kreis einladen."[11]

Die später auch im sozialistischen Jugoslawien oft beschworene „Brüderlichkeit und Einheit" zwischen den südslawischen Völkern findet hier also erstmals einen Ausdruck, ohne sich jedoch mit dem Wunsch nach einem eigenen Staatswesen zu verknüpfen. Ein „Jugoslawismus" im Sinne des Wunsches nach einem unabhängigen jugoslawischen Gesamtstaat sollte in den intellektuellen Kreisen Kroatiens erst ab Ende des 19. Jahrhunderts Fuß fassen.

Parallel zur sich verfestigenden Eigenstaatlichkeit entwickelte sich in Serbien eine Diskussion über die künftige Rolle des noch jungen Staates auf dem Balkan sowie das Verhältnis zu den „Brudervölkern". Schon der serbische

Sprachreformer Vuk Karadžić (1787–1864) hatte alle Sprecher štokavischer Dialekte[12] als Serben angesehen.[13] Aus dieser Grundidee entstand schließlich die Idee eines „Pan-Serbismus", die Serbien sowie seiner Fürsten- und späteren Königsdynastie, dem Haus Karađorđević, die Führungsrolle bei der Einigung der südslawischen Völker zuwies[14] – ähnlich der, die Sardinien-Piemont und das Haus Savoyen bei der Einigung Italiens spielen sollten.

Ob in diesen Ideen bereits der Kern jener „Großserbischen Idee" lag, die im späten 20. Jahrhundert maßgeblich zur Brutalität der jugoslawischen Sezessionskriege beigetragen hat, oder es sich hierbei noch eher um einen „integrativen Jugoslawismus" handelte, ist umstritten. Festzuhalten bleibt jedoch, dass sich im Laufe des 19. Jahrhunderts dies- und jenseits der vielfach als „Zivilisationsgrenze" interpretierten Demarkation zwischen Mitteleuropa und dem Osmanischen Reich ein Verständnis für kulturelle und sprachliche Verwandtschaft entwickelte, das die Frage nach einer politischen Organisation dieser Gemeinsamkeit aufwarf.

Die Frage stellte sich umso dringlicher, als der Balkan im Zuge des sich abzeichnenden Zerfalls des Osmanischen Reiches immer stärker in den Fokus rivalisierender Großmächte rückte. Aus serbischer Sicht sprachen neben der ideellen Mission zur Vereinigung „aller serbischen Länder" (auch jener, deren Bewohnerinnen und Bewohner sich nicht als Serben identifizierten) auch strategische Erwägungen für eine Erweiterung des eigenen Staatsgebiets. Spätestens nach der Okkupation Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn 1878 befand man sich im offenen Konflikt mit dem deutlich größeren Nachbarn.[15]

Eigene statt fremde Monarchen

In den Jahrzehnten nach der Besetzung Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn (1878) und der Proklamation des Serbischen Königreichs (1882) sollte die „jugoslawische Frage" ihrer Beantwortung harren. Im selbstbewussten Serbien stieg die angestrebte Vereinigung mit den „Brudervölkern", die unter habsburgischer oder osmanischer Herrschaft lebten, in den Rang einer inoffiziellen Staatsdoktrin auf. In der k.u.k.-Monarchie verfestigte sich die Ansicht, dass eine Vereinigung der „Jugoslawen" nur im Rahmen der eigenen Expansionspläne erfolgen dürfe.

Der Konflikt um die Vormachtstellung auf dem Balkan drohte mehrfach in kriegerische Auseinandersetzungen umzuschlagen. Das bis heute vielfach herangezogene – und überstrapazierte – Bild vom „Pulverfass Balkan" entstammt

dieser Epoche. Einen Höhepunkt erreichten die Spannungen mit der Annexionskrise von 1908, als sich Österreich-Ungarn Bosnien und Herzegowina – völkerrechtlich bis dahin noch zum Osmanischen Reich gehörig – endgültig einverleibte.

Dass Bosnien in den Mittelpunkt der Hegemonialansprüche beider Seiten rücken würde, hatte sich bereits abgezeichnet. Die serbische und kroatische Nationalbewegung sahen die Region jeweils als Teil des eigenen historischen Siedlungs- und künftigen Staatsgebiets an und buhlten entlang konfessioneller Linien um die Sympathien der Bevölkerung. Anfang des 20. Jahrhunderts zählte sich der größte Teil der orthodoxen Bevölkerung zum Serbentum, während katholische Bosnier sich als Kroaten verstanden. Die Bosniaken – damals noch als bosnische Muslime bezeichnet – gerieten nach dem Ende der osmanischen Herrschaft zwischen diese konkurrierenden Nationalbewegungen, die ihnen keine eigene ethnische Identität zugestanden, sondern sie als islamisierte Kroaten oder Serben ansahen. Versuche der k.u.k.-Administration, ein die ethnischen Zugehörigkeiten übergreifendes bosnisches Nationalgefühl zu etablieren, blieben in Ansätzen stecken.[16]

1912 schlossen sich Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro zum Balkanbund zusammen und machten im Ersten Balkankrieg dem Osmanischen Reich seine verbliebenen Gebiete in Europa streitig – mit Erfolg. Allerdings griff Bulgarien, das mit der Gebietsaufteilung unzufrieden war, 1913 im Zweiten Balkankrieg seine ehemaligen Bündnispartner an, scheiterte dabei jedoch und musste weitere Gebiete abtreten. Serbien und Montenegro konnten hingegen ihr Territorium erweitern. Serbien verleibte sich große Teile des heutigen Nordmazedoniens, der Region Sandschak und des Kosovo ein. Der angestrebte Zugang zur Adria blieb Serbien allerdings verwehrt. Montenegro hingegen sicherte sich kleinere Gebiete im Sandschak und im Kosovo.

Das Königreich Serbien übernahm mit seiner erheblichen Gebietserweiterung Regionen, deren Bevölkerung nur teilweise serbisch war. In Nordmazedonien überschnitten sich serbische, bulgarische und griechische Ansprüche. Im Sandschak lebten überwiegend Muslime, und der Kosovo war schon damals mehrheitlich albanisch. Den Beginn der serbischen Herrschaft im Kosovo begleiteten Massaker an der albanischen Bevölkerung.[17]

Im Sommer 1914 rückte die „jugoslawische Frage“ schließlich in den Mittelpunkt des Weltgeschehens. Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Frau Sophie in Sarajevo löste die sogenannte Julikrise aus – die schließlich in den Ersten Weltkrieg mündete. Verantwortlich für das Attentat war die Organisation „Mlada Bosna“ (Junges



Der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau Sophie bei ihrem Besuch in Sarajevo kurz vor dem tödlichen Attentat, 28. Juni 1914

Bosnien), ein Geheimbund, der gegen die k.u.k.-Monarchie und für einen unabhängigen jugoslawischen Staat kämpfte. Gavrilo Princip, der Todesschütze, beschrieb sich vor Gericht so:

> „Ich bin jugoslawischer Nationalist. Mein Ziel ist die Vereinigung aller Jugoslawen in welcher staatlichen Form auch immer und ihre Befreiung von Österreich."[18]

Ob es sich bei Princip und den Anhängern von „Mlada Bosna" um Vertreter eines „integrativen Jugoslawismus" handelte, um „groß-serbische Nationalisten" oder ob sie von Letzteren instrumentalisiert wurden, ist nur eine von zahlreichen historischen Kontroversen rund um das Attentat von Sarajevo.[19]

Der blutige Weg zum gemeinsamen Staat

Der Erste Weltkrieg nimmt in der serbischen Nationalerzählung bis heute eine ambivalente Rolle ein. Zum einen gilt er als Quelle nationalen Stolzes aufgrund der Erfolge der serbischen Armee im Abwehr- und Rückeroberungskampf gegen Österreich-Ungarn. Zum anderen hinterließ er aber auch ein Trauma. Denn

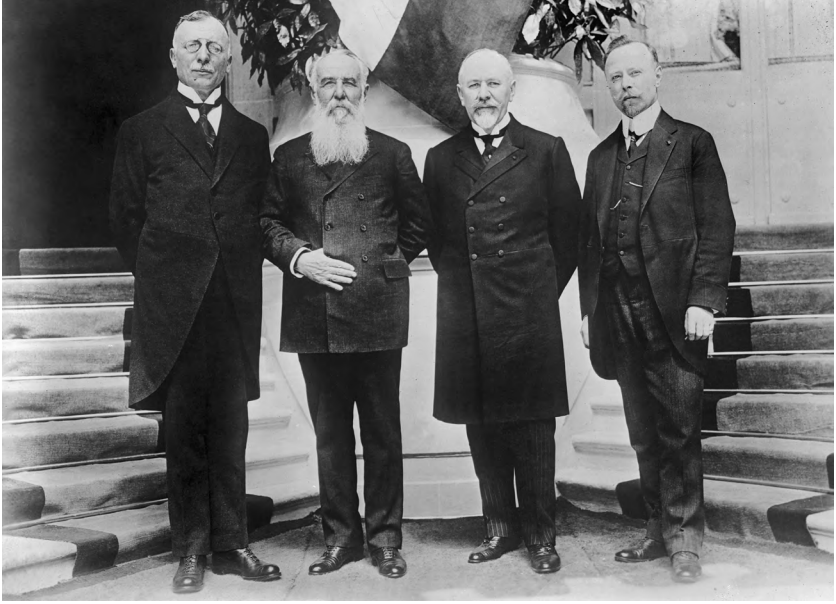
mit 1,2 Millionen Toten – darunter Hunderttausende Zivilisten – hatte Serbien den Verlust von fast einem Viertel seiner Gesamtbevölkerung zu verkraften.[20]

Bereits im Dezember 1914 hatte die serbische Regierung in der Deklaration von Niš die „Befreiung" der südslawischen Gebiete Kroatiens, Dalmatiens, Bosnien-Herzegowinas und Sloweniens von der österreichischen Fremdherrschaft und die Vereinigung „all unserer unfreien Brüder – Serben, Kroaten und Slowenen" als Ziel ausgegeben.[21] Die Deklaration stieß bei den Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich auf wenig Gegenliebe. Diese bemühten sich intensiv um einen Kriegseintritt des Königreichs Italien. Letzterem wurden im Vertrag von London (1915) die Annexion von Teilen Sloweniens, ganz Istriens, der Hafenstadt Rijeka sowie großer Teile der dalmatinischen Adriaküste in Aussicht gestellt.[22] Aus Sicht der kroatischen und slowenischen Nationalbewegung hatte dies zur Folge, dass eine Niederlage Österreich-Ungarns mitnichten zum Ende der Fremdherrschaft führen würde, sondern im Gegenteil mit der Abtretung großer Siedlungsgebiete verbunden wäre.

Nicht zuletzt als Reaktion darauf gründete sich im April 1915 unter Führung des kroatischen Rechtsanwalts Ante Trumbić im Londoner Exil das „Jugoslawische Komitee". Ziel der selbsternannten Vertreter des Südslawentums in Österreich-Ungarn war nicht weniger als eine von den Entente-Mächten Frankreich, Großbritannien und Russland sanktionierte Loslösung von der k.u.k.-Monarchie und ein Zusammenschluss mit den Königreichen Serbien und Montenegro.

Trumbić und seine Anhänger setzten sich für eine föderale Struktur des zu gründenden jugoslawischen Staates ein, die eine serbische Vorherrschaft verhindern sollte. Die serbische Seite, insbesondere die amtierende Regierung unter Nikola Pašić, favorisierte hingegen einen stark zentralisierten Staat mit Belgrad als Machtzentrum.[23]

Nach zähen, von gegenseitigem Misstrauen geprägten Verhandlungen einigten sich die Parteigänger Trumbićs und Pašićs schließlich im Juli 1917 in der Deklaration von Korfu auf die Grundzüge eines künftigen jugoslawischen Staates. Dieser sollte neben dem Königreich Serbien auch alle mehrheitlich von Südslawen bewohnten Gebiete des Habsburgerreiches unter der serbischen Königsdynastie Karađorđević vereinen. Die strittigen Fragen nach der Art des Regierungssystems und dem Grad der Autonomie der einzelnen Landesteile sollten von einer verfassungsgebenden Versammlung geklärt werden. Gleichzeitig wurde die Gleichberechtigung der unterschiedlichen Sprachen, Alphabete und Religionen garantiert.



Die einstigen Kontrahenten Ante Trumbić (l.) und Nikola Pašić (2. v. l.) gemeinsam auf der Pariser Friedenskonferenz, 1919

Dass der grundsätzliche Konflikt damit nicht beigelegt war, sollte sich schon bald zeigen. Ende Oktober 1918 erklärte zunächst das kroatische Parlament in Zagreb sämtliche staatlichen Verbindungen zu Österreich-Ungarn für beendet. Ein bereits zuvor ins Leben gerufener Nationalrat verkündete die Gründung des „Staates der Slowenen, Kroaten und Serben" in den südslawischen Gebieten der k.u.k.-Monarchie. Zugleich erklärte der Nationalrat, dass der neu gegründete Staat eine Vereinigung mit dem Königreich Serbien anstrebe. Doch diese Vereinigung drohte erneut zu scheitern. Teile des Nationalrats plädierten für eine Konföderation weitgehend souveräner Landesteile. Die serbische Regierung hielt hingegen an ihrer Vorstellung eines zentralisierten Staates fest und drohte damit, sich aus dem Einigungsprojekt zurückzuziehen und stattdessen auf die von den Entente-Mächten zugesicherte territoriale Erweiterung zu einem Großserbien zu setzen.

Derweil hatten italienische Truppen bereits Istrien und die Hafenstadt Rijeka unter ihre Kontrolle gebracht und marschierten weiter in Richtung der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. In dieser Lage schließlich entsandte der Zagreber Nationalrat Ende November 1918 eine Delegation nach Belgrad, um sich mit der Bitte um „Vereinigung" an den serbischen Monarchen zu wenden. Montenegro hatte sich bereits einige Tage zuvor dem Königreich Serbien angeschlossen. Am 1. Dezember verkündete der serbische Prinzregent Aleksandar I. Karađorđević die Errichtung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen.

Das Erste Jugoslawien

Die Idee eines jugoslawischen Staates mag ihre Wurzeln in der Epoche der Romantik haben. Ihre Umsetzung war jedoch alles andere als eine Liebesheirat. Konflikte, die durch die Dringlichkeit der Situation nach dem Ende des Ersten Weltkriegs kurzzeitig in den Hintergrund gerückt waren, traten schon bald wieder auf die Tagesordnung.

Die Verabschiedung der ersten Verfassung von 1921 („Vidovdan-Verfassung") wurde von den kroatischen und slowenischen Parteien der verfassungsgebenden Versammlung boykottiert. Diese sahen in dem Dokument alle ihre Befürchtungen bestätigt: eine zentralistische Staatsstruktur in Form einer konstitutionellen Monarchie mit weitreichenden Befugnissen für den König. Zudem wurde das Land verwaltungstechnisch in 33 Bezirke aufgeteilt. Kroatien, Slowenien, Bosnien, Mazedonien oder Montenegro existierten nicht einmal mehr als Verwaltungseinheiten, geschweige denn als autonome Untergliederungen des Gesamtstaats.

Zur wichtigsten und einflussreichsten Stimme gegen den Belgrader Zentralismus entwickelte sich schon früh die von Stjepan Radić geführte Kroatische Bauernpartei (bis 1925 Kroatische Republikanische Bauernpartei). Radić und seine Partei hatten bereits 1918 in Opposition zur Vereinigung mit dem Königreich Serbien gestanden. Stattdessen forderten sie einen losen Staatenbund, in dem Slowenien, Kroatien (und mit ihm große Teile Bosnien-Herzegowinas) weitgehende Autonomie genossen hätten und vor allem nicht Teil der Karađorđević-Monarchie geworden wären.

Obwohl Radić und seine Partei ab 1925 auf die Forderung nach einer Abschaffung der Monarchie verzichteten, erreichte der Konflikt zwischen Zentralisten und Föderalisten innerhalb Jugoslawiens ein Jahr später seinen blutigen Höhepunkt: Der montenegrinische Abgeordnete Puniša Račić eröffnete im Belgrader Parlament das Feuer auf Radić und weitere kroatische Politiker. Zwei Abgeordnete waren auf der Stelle tot, drei weitere – darunter Radić – schwer verletzt. Der Führer der Bauernpartei erlag knapp anderthalb Monate später seinen Verletzungen.

Es war die schwerste, aber längst nicht die einzige politische Gewalttat, die das Königreich heimsuchte. Längst waren im Land Gruppen aktiv, die das Projekt Jugoslawien vollständig ablehnten. Die 1919 gegründete Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) etwa agierte seit ihrem Verbot 1920 im Untergrund. Ab 1928 vertrat die KPJ die Position, dass nach einem Sieg der Revolution

Jugoslawien zerschlagen werden müsse.[24] In Mazedonien kämpfte derweil die „Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation“ (VMRO) für einen Anschluss aller mazedonischen Gebiete an ein „Großbulgarien“. Die Organisation nahm für sich in Anspruch, in den 1920er- und 1930er-Jahren mehrere Hundert Anschläge auf Repräsentanten des jugoslawischen Staates durchgeführt zu haben. Währenddessen begann der kroatische Rechtsanwalt Ante Pavelić mit dem Aufbau seiner separatistischen Terrororganisation „Ustascha“ (von *ustaša*, kroatisch für „der Aufständige“) und legte damit den Grundstein für das von ihm im Zweiten Weltkrieg angeführte faschistische Terrorregime im „Unabhängigen Staat Kroatien“ (siehe weiter unten).

Die serbische Führung um König Aleksandar reagierte auf die anhaltenden politischen Spannungen am 6. Januar 1929 mit der Außerkraftsetzung der Verfassung und der Einführung der sogenannten Königsdiktatur. Zugleich wurde der Staat nun offiziell in „Königreich Jugoslawien“ umbenannt. Doch weder die Abschaffung des Parlamentarismus noch die damit verbundene Repression gegen die Opposition vermochten ein Ende der Gewalt herbeizuführen. Im Gegenteil: König Aleksandar selbst sollte ihr prominentestes Opfer werden. Im Verbund mit der VMRO organisierten Pavelićs Ustascha-Kämpfer ein Attentat auf den Monarchen, der 1934 während eines Staatsbesuchs im französischen Marseille ermordet wurde.

Nach dem Tod König Aleksandars übernahm ein Regentschaftsrat unter Prinz Paul die Regierung des Königreichs Jugoslawien. Die Königsdiktatur und die damit verbundenen Einschränkungen politischer Freiheiten blieben bestehen. Bis 1939 hielt die Zentralregierung in Belgrad auch an ihrer kategorischen Ablehnung einer Föderalisierung des Landes fest. Entsprechend unerwartet kam es im Sommer 1939 zum sogenannten kroatisch-serbischen Ausgleich unter Federführung von Premierminister Dragiša Cvetković und dem Führer der Kroatischen Bauernpartei Vladimir Maček. Dieser sah die Schaffung einer „Banschaft Kroatien“ innerhalb des Königreichs vor: eine halbautonome Verwaltungseinheit mit eigenem Parlament, Premierminister und der Kontrolle über innere Angelegenheiten wie Bildung, Kultur, Handel und Justiz. Ende August – kaum zwei Monate nach Beginn der Verhandlungen – wurde der Ausgleich in Belgrad abgesegnet.

Mit der Errichtung der Banschaft war das Königreich den Forderungen kroatischer Föderalisten nach zwei Jahrzehnten erbitterten Streits weitgehend entgegengekommen. Das Ende des ersten jugoslawischen Staates konnten diese Zugeständnisse jedoch nicht mehr verhindern. Nicht einmal eine Woche nach



Attentat auf König Aleksandar in Marseille durch Mitglieder der VRMO und der Ustascha, 9. Oktober 1934

dem kroatisch-serbischen Ausgleich begann mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen der Zweite Weltkrieg, von dem auch der Balkan nicht lange verschont bleiben sollte.

Der Bürgerkrieg im Weltkrieg

Im Laufe der ersten beiden Kriegsjahre wuchs der Druck des NS-Regimes auf die Regierung in Belgrad, sich dem Dreimächtepakt zwischen dem Deutschen Reich, Italien und Japan anzuschließen und deutschen Truppen den Durchmarsch durch Jugoslawien zu gewähren. Am 25. März 1941 unterzeichnete die Regierung unter Prinzregent Paul den entsprechenden Vertrag. Am darauffolgenden Tag brachen in Belgrad Massenproteste unter dem Motto „Besser Krieg als Pakt“ *(bolje rat nego pakt)* aus. Am 27. März übernahm das serbische Militär, das gegen den Pakt mit Hitler war, in einem Staatsstreich die Regierungsgewalt und erklärte den erst 17-jährigen Prinzen Petar zum König. Noch am selben Abend erteilte Hitler die Weisung, Jugoslawien „so rasch als möglich“ zu zerschlagen.[25]



Besser Krieg als Pakt: Demonstrantinnen und Demonstranten in Belgrad lehnen den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt ab und unterstützen den Militärputsch, 27. März 1941.

Am 6. April 1941 griff die Wehrmacht ohne vorherige Kriegserklärung Jugoslawien an. Den Beginn des Angriffs markierte die verheerende Bombardierung Belgrads. Die technisch und zahlenmäßig unterlegene jugoslawische Armee musste bereits nach elf Tagen bedingungslos kapitulieren. Die Zerschlagung des jugoslawischen Staates hatte da längst begonnen. Dabei konnten sich die Invasoren sowohl dessen innere Zerrissenheit als auch die Begehrlichkeiten der mit Hitler-Deutschland verbündeten Nachbarländer Italien, Bulgarien und Ungarn zunutze machen.

Slowenien wurde unter Italien, Deutschland und Ungarn aufgeteilt. In den Folgejahren betrieb das NS-Regime in den deutsch besetzen Gebieten eine Germanisierungspolitik, die unter anderem auf die Aussiedlung von mindestens 200 000 Sloweninnen und Slowenen abzielte (tatsächlich wurden rund 80 000 vertrieben, um Platz für deutsche „Siedler“ zu schaffen). Kleinere Gebiete in Ostserbien und im Kosovo sowie der größte Teil des heutigen Nordmazedoniens fielen an Bulgarien. Die vorwiegend albanisch besiedelten Gebiete Kosovos, Nordmazedoniens und Montenegros wurden dem bereits seit 1939 von Italien besetzten Albanien (siehe Kap. 9.1) zugeschlagen. Montenegro selbst wurde zu einem italienischen Protektorat.

Serbien schrumpfte im Wesentlichen auf seine Grenzen vor dem Ersten Balkankrieg 1912 zurück und wurde unter deutsche Militärverwaltung gestellt. In Belgrad wurde eine Kollaborationsregierung unter Milan Nedić installiert.



Ustascha-Führer Ante Pavelić vor dem kroatischen Parlament (Sabor) in Zagreb, Februar 1942

Derweil war bereits am 10. April 1941 in Zagreb von Ustascha-Anhängern der sogenannte „Unabhängige Staat Kroatien“ (Nezavisna Država Hrvatska, NDH) unter der Führung von Ante Pavelić ausgerufen worden. Auch dieser hatte umfassende Gebietsabtretungen an Mussolinis Italien hinnehmen müssen, war jedoch mit der Einverleibung Bosnien-Herzegowinas sowie weiterer Gebiete in Serbien und Montenegro „entschädigt“ worden.

Zu Zeiten des Königreichs Jugoslawien war die Ustascha eine zwar brutale, aber meist wenig erfolgreiche Terrororganisation gewesen. Eine Massenbasis hatte die Bewegung nicht. Ihre Hoffnung auf einen von ihr initiierten kroatischen Volksaufstand hatte sich nie erfüllt. Ihre Einsetzung durch die Achsenmächte ermöglichte der Ustascha nun, vom Terror zum Staatsterror überzugehen.[26] Denn das Ustascha-Regime sah sich mit der Tatsache konfrontiert, dass gut ein Drittel der Bevölkerung auf seinem Staatsgebiet Serben waren. In der Ideologie der kroatischen Faschisten war die Ablehnung der serbischen Hegemonie längst einem rassistischen Weltbild gewichen, das die Serben an sich als Erzfeind und „Zersetzer“ des Kroatentums ansah. Um ihren Staat von diesem und anderen „Fremdkörpern“ zu reinigen, etablierte die Ustascha eine Herrschaft nach Vorbild des NS-Regimes, der bis 1945 mehr als 300 000 Serben sowie Zehntausende Roma, Juden und politische Dissidenten zum Opfer fielen.

Doch in dem Gewaltraum, der infolge der Zerschlagung des Königreichs Jugoslawien entstand, hatte die Ustascha keinesfalls das Monopol auf ethnisch



Josip Broz „Tito" (M.) gemeinsam mit weiteren Partisanenführern in ihrem Hauptquartier, einer Höhle auf der Insel Vis, 1943

motivierte Gewalt. Im Kosovo terrorisierten albanische Kollaborateure die serbische Zivilbevölkerung. Die serbisch-nationalistische Tschetnikbewegung, die sich zunächst dem Kampf gegen die deutschen Besatzer verschrieben hatte, beging insbesondere in Bosnien zahlreiche Massaker an kroatischen und bosniakischen Zivilisten mit dem erklärten Ziel der Errichtung eines ethnisch homogenen Großserbiens. Alles in allem nahm die gegenseitige Gewalt unter den Volksgruppen – von den deutschen Besatzern je nach Bedarf gefördert oder bekämpft – Züge eines Bürgerkriegs im Schatten des Weltkriegs an.[27]

Derweil gestaltete sich auch der Widerstand gegen Besatzung und Kollaboration vielseitig. Als stärkste und erfolgreichste Widerstandsbewegung etablierte sich dabei die von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) unter Josip Broz, genannt Tito, geführte Volksbefreiungsfront, deren Partisanenarmee zum Kriegsende hin mehrere Hunderttausend Kämpferinnen und Kämpfer zählte. Die Volksbefreiungsfront war – zumindest nach außen hin – als breites politisches Bündnis aller antifaschistischen Kräfte in Jugoslawien angelegt, auch wenn über den Führungsanspruch der KPJ wenig Zweifel bestand. Zentral für die Mobilisierung war die dezidiert multinationale Ausrichtung der Partisanen, die einen gemeinsamen Befreiungskampf aller Völker Jugoslawiens propagierten.

Im Laufe der Auseinandersetzung mit den Besatzern und Kollaborateuren wuchs in der KPJ die Überzeugung, dass „die Revolution" in Jugoslawien nur Bestand haben könne, wenn sich die südslawischen Gebiete zu einem gemeinsamen Staatsgebilde zusammenschlössen. Die Grundlagen für diesen zweiten Versuch zur Errichtung eines jugoslawischen Staates wurden bei der Zweiten



Dritte und letzte Sitzung des AVNOJ in Belgrad, August 1945

Konferenz des „Antifaschistischen Volksbefreiungsrates Jugoslawiens“ (AVNOJ) in Jajce im November 1943 gelegt. In dem von Delegierten aus allen Teilen des ehemaligen Königreichs gefassten Beschluss heißt es unter anderem:

> „Zur Verwirklichung des Prinzips der Souveränität der Völker Jugoslawiens, damit Jugoslawien die wahre Heimat aller seiner Völker verkörpern möge und damit es niemals wieder zur Domäne einer wie auch immer gearteten hegemonistischen Clique werden kann, wird Jugoslawien auf föderativer Grundlage geschaffen und ausgestaltet, die die volle Gleichberechtigung der Serben, Kroaten, Slowenen, Makedonier und Montenegriner bzw. der Völker Serbiens, Kroatiens, Sloweniens, Makedoniens, Montenegros und Bosnien-Herzegowinas gewährleistet.“[28]

Föderalismus unterm Roten Stern

Nach vier Jahren Besatzung, Terror und Völkermord endete der Zweite Weltkrieg auf dem Gebiet Jugoslawiens im Mai 1945. Die KPJ und Tito hielten nun die Zügel der Macht in den Händen. Am 29. November wurde die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ ausgerufen. Der neue Gesamtstaat erhielt den in Jajce versprochenen Zuschnitt: ein föderatives System mit den – zumindest auf dem Papier – weitgehend autonomen Teilrepubliken: Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien.

In der Realität war die Autonomie insbesondere in den ersten Jahren dadurch eingeschränkt, dass die – zentral von Belgrad aus gesteuerte – KPJ die tatsächliche politische Macht im Staat monopolisierte. Entsprechend skeptisch bis ablehnend wurde das neue jugoslawische Experiment im Westen betrachtet: Tito und seine Partei galten zunächst als treue Vasallen der UdSSR unter Stalin. Zudem machten die neuen Machthaber in Belgrad keinen Hehl daraus, dass sie den Zusammenschluss der südslawischen Völker nur als „Zwischenstation" verstanden. Die engen freundschaftlichen Beziehungen zu den kommunistischen Parteien in den Nachbarländern Albanien und Bulgarien mündeten schon bald in offenen Überlegungen zur Errichtung einer „Balkan-Föderation".[29]

Diese Außenpolitik Jugoslawiens wurde derweil nicht nur im Westen mit Argwohn betrachtet. Auch Stalin ging die Selbstständigkeit der Genossen in Belgrad entschieden zu weit. 1948 führte dies schließlich zum Ausschluss Jugoslawiens aus der Kominform[30] und einer totalen Wirtschaftsblockade durch den Ostblock. Der Ausschluss aus der Gemeinschaft sozialistischer Staaten hätte (auch wörtlich verstanden) das Todesurteil für Tito und die Führung der KPJ bedeuten können. Stattdessen führte der Bruch mit Stalin jedoch dazu, dass Jugoslawien nicht nur einen „eigenen Weg zum Sozialismus" beschreiten, sondern in den kommenden Jahrzehnten auch zu einem bedeutenden geopolitischen Akteur im Rahmen der Bewegung der Blockfreien Staaten aufsteigen konnte, die 1961 in Belgrad gegründet wurde und der sich zahlreiche Länder, insbesondere aus dem Globalen Süden, anschlossen.

Auf den Schock des Zerwürfnisses zwischen Tito und Stalin reagierte die KPJ mit internen Säuberungen, aber auch mit einer ideologischen Neuausrichtung. Bis dahin hatte die Sowjetunion als großes Vorbild gegolten. Nun mussten Parteitheoretiker den plötzlichen Bruch erklären. Als Hauptfehler machten sie einen „überbordenden Bürokratismus" und „Etatismus" aus, der in der Sowjetunion faktisch eine Form von Staatskapitalismus etabliert habe.[31] Die Antwort darauf war eine Abkehr Jugoslawiens von der Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild. Bezugnehmend unter anderem auf Marx' Schriften zur Pariser Kommune wurde stattdessen nun die „Arbeiterselbstverwaltung" propagiert und in mehreren Phasen eingeführt. Von der Belegschaft gewählte Arbeiterräte sollten weitgehend autonom über Geschäftstätigkeiten, Investitionen und die Verteilung des Gewinns von Betrieben entscheiden können. Damit einher ging ebenso eine Stärkung der Gemeindeverwaltungen. Deklariert wurden die Maßnahmen als „Demokratisierung" und „Pluralisierung". Diese sollte ihren Ausdruck auch in der Umwandlung der

Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) zum „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ (BdKJ) finden.

Auch in Bezug auf den inneren Föderalismus des Gesamtstaats verfolgte der BdKJ sehr konsequent eine Politik, die den Teilrepubliken immer mehr Autonomie zugestand. Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt mit der vierten und letzten jugoslawischen Verfassung von 1974. Darin wurden den Republiken so weitgehende Befugnisse übertragen, dass einige Historiker später hier schon den Übergang vom Bundesstaat zum Staatenbund verwirklicht sahen.[32] Dem eigenen Selbstverständnis nach stellte Jugoslawien einen „kooperativen Bundesstaat“ dar.[33]

Die Notwendigkeit einer solchen Anpassung der Verfassung ergab sich dabei aus dem Fakt, dass das Nationalitätenproblem nach wie vor nicht gelöst war – aller „Brüderlichkeit und Einheit“-Rhetorik zum Trotz.

Die Nation – eine ungeklärte Frage

Im Gegensatz zum Ersten Jugoslawien propagierte der Tito-Staat kein gesamtjugoslawisches Nationalgefühl. Schon seit den 1920er-Jahren hatte die KPJ die Ansicht vertreten, dass die Nationenbildung in Jugoslawien abgeschlossen sei.[34] Dass damit die Frage, was eigentlich eine „Nation“ darstellt, längst nicht beantwortet war, zeigte sich noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Diskussion um die bosnischen Muslime. Wie bereits erläutert, wurde ihr Status als eigene Nation sowohl von kroatischen als auch serbischen Nationalisten geleugnet – auch solchen innerhalb der Kommunistischen Partei. Erst ab Mitte der 1960er-Jahre sollte sich auch im BdKJ die Ansicht durchsetzen, dass die heute als Bosniaken bezeichneten bosnischen Muslime eine eigene Nation darstellen.[35]

Einer anderen, ähnlich großen ethnischen Gruppe innerhalb Jugoslawiens blieb der Wunsch nach einer eigenen Teilrepublik verwehrt: den Kosovo-Albanern. Die Terminologie des sozialistischen Jugoslawiens unterschied zwischen „Nationen“ beziehungsweise „Völkern“ *(narodi)* und „Nationalitäten“ *(narodnosti)*, wobei mit Nationalitäten all jene ethnischen Minderheiten gemeint waren, die bereits über einen Nationalstaat außerhalb Jugoslawiens verfügten.[36] Mit der Verfassung von 1974 wurden dem Kosovo und der Vojvodina dennoch ein weitreichender Grad an Autonomie innerhalb der serbischen Teilrepublik gewährt. Die anhaltenden ethnischen Spannungen im Kosovo konnte dieser Schritt jedoch bestenfalls zeitweise befrieden (siehe auch Kap. 5.1).

Auch der alte Gegensatz zwischen kroatischem Autonomiestreben und dem Zentralstaat flammte ab Ende der 1960er-Jahre wieder auf. Während des sogenannten Kroatischen Frühlings 1971 wurden bei Massenprotesten, die von der kroatischen BdKJ-Führung unterstützt wurden, Rufe nach einer noch weitergehenden Dezentralisierung der Wirtschaftspolitik, vereinzelt auch nach vollständiger Unabhängigkeit, laut.[37] Die Staatsspitze reagierte im Dezember desselben Jahres mit der Absetzung der kroatischen Parteiführung und zahlreichen Parteiausschlüssen. Prominente Vertreter des „Kroatischen Frühlings" landeten im Gefängnis. Die harsche Reaktion der Staatsführung verdeutlichte ein weiteres Mal, dass trotz aller Föderalisierung das eigentliche Machtzentrum immer noch in Belgrad lag – in der Hand der Partei.

Der Zerfall

Der Tod Titos 1980 läutete schließlich den Zerfall Jugoslawiens ein. Die 1980er-Jahre, das letzte Jahrzehnt Jugoslawiens, waren vor allem von zwei Entwicklungen geprägt: einerseits einer Liberalisierung nach innen, die eine immer offenere Kritik an Staat und Partei ermöglichte, andererseits einer schweren Wirtschaftskrise, die die Gegensätze zwischen den wirtschaftlich stärkeren Teilrepubliken (wie Slowenien, Kroatien) und den schwächer entwickelten Regionen (etwa dem Kosovo) verstärkte.

Hinzu kam seit Anfang der 1980er-Jahre der immer stärker werdende Ruf der Kosovo-Albaner nach Autonomie, der von den Sicherheitsorganen der Serbischen Teilrepublik und des Bundesstaats brutal unterdrückt wurde. In dieser Gemengelage sorgte 1986 ein Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaft und Künste (SANU) für Aufsehen. Darin wurde eine Unterdrückung und Ausbeutung der serbischen Nation innerhalb Jugoslawiens sowie ein Völkermord an den Serben im Kosovo konstatiert. So wenig die darin aufgestellten Behauptungen mit der Realität zu tun hatten, so wirkmächtig erwies sich das Narrativ.[38]

Knapp ein Jahr nach Erscheinen des Memorandums begann der Aufstieg Slobodan Miloševićs, der sich als Beschützer des Serbentums im Kosovo und darüber hinaus in ganz Jugoslawien inszenierte. Unter dem Vorwand einer „antibürokratischen Revolution", die den Serben innerhalb Jugoslawiens die vermeintlich verwehrte Gleichberechtigung bringen sollte, gelang es Milošević, 1988 die Parteiführung in der autonomen Provinz Vojvodina und Anfang 1989 die der Teilrepublik Montenegro abzusetzen und durch Gefolgsleute zu

ersetzen. Im März 1989 wurde die Autonomie des Kosovo auf Betreiben Miloševićs durch das serbische Parlament faktisch aufgehoben. Hunderte kosovarische Autonomisten landeten im Gefängnis.[39]

Aus Sicht der Parteiführungen Kroatiens und Sloweniens zeichnete sich immer deutlicher der Schatten einer neuen und intensivierten serbischen Hegemonie innerhalb des Gesamtstaats ab. Auf demokratische Reformen, wie sie von Ljubljana und Zagreb angesichts der weltpolitischen Lage angemahnt wurden, war nicht mehr zu hoffen. Der Streit zwischen den Parteiführungen eskalierte schließlich endgültig beim 14. Kongress des BdKJ Ende Januar 1990. Nachdem alle ihre Vorschläge zu einer Umwandlung Jugoslawiens in eine Konföderation durch die Mehrheit der Milošević-hörigen Delegierten aus Serbien, Montenegro, dem Kosovo und der Vojvodina abgeschmettert worden waren, verließen die slowenischen Kommunisten den Kongress. Kurz darauf folgten die Delegationen aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien.

Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens war nach 45 Jahren ununterbrochener Herrschaft zerfallen. Der Staat sollte bald folgen. Noch im selben Jahr wurden in allen Teilrepubliken Mehrparteienwahlen abgehalten. Ende 1990 beziehungsweise im Laufe des Jahres 1991 fanden die Referenden zur Unabhängigkeit Sloweniens, Kroatiens und Mazedoniens statt. Bosnien folgte im März 1992. In den sich anschließenden Sezessionskriegen sollten insgesamt mehr als 140 000 Menschen ihr Leben verlieren, über vier Millionen Menschen wurden vertrieben. Der Rest-Bund zwischen Serbien und Montenegro gab 2003 den Namen Jugoslawien auf und wurde schließlich 2006 durch den Austritt Montenegros friedlich aufgelöst.

Echos

Fast dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Zerfall Jugoslawiens lässt sich noch immer vortrefflich über die Gründe für das Scheitern dieses multinationalen und -kulturellen Projekts streiten. Was die Geschichte der jugoslawischen Idee und ihrer Umsetzung jedoch belegt, ist, dass es weder ein „natürliches“ Streben der Ethnien im Raum Ex-Jugoslawiens nach Vereinigung noch nach totaler Abgrenzung gibt. Der Westbalkan mit seinen Völkern, die sich einerseits kulturell und sprachlich so nahe stehen, andererseits – um den kroatischen Schriftsteller Miroslav Krleža zu paraphrasieren – durch das Rad der Geschichte voneinander getrennt wurden,[40] eignet sich wenig für nationalstaatliche Konzepte, die auf dem Prinzip einer ethnischen oder kulturellen Homogenität oder auch nur



Jugoslawienkriege 1991–1999

1 **10-Tage-Krieg in Slowenien (26.6.1991–7.7.1991)**
slowenische Territorialverteidigung ↔ Jugoslawische Volksarmee
Friedensschluss: Brioni-Abkommen

2 **Kroatienkrieg (31.3.1991–7.8.1995)**
kroatische Armee ↔ Armee der Republik Serbische Krajina, Jugoslawische Volksarmee
De-facto-Regime Republik Serbische Krajina (19.12.1991–12.11.1995)
Friedensschluss: Abkommen von Erdut

3 **Bosnienkrieg (6.4.1992–14.12.1995)**
Armee der Republik Bosnien-Herzegowina ↔ Kroatischer Verteidigungsrat, Streitkräfte der Republik Kroatien ↔ Armee der Republika Srpska, Jugoslawische Volksarmee
Internierungs- und Konzentrationslager
Völkermord von Srebrenica (Juli 1995)
Friedensschluss: Abkommen von Dayton

4 **Kosovokrieg (28.2.1998–10.6.1999)**
Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK), NATO ↔ Armee der Bundesrepublik Jugoslawien
Hauptziele der NATO-Bombardierung (24.3.–10.6.1999)
Friedensschluss: Abkommen von Kumanovo

Nachfolgestaaten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

8.9.1991 Unabhängigkeitserklärung

Bosnien-Herzegowina
Föderation Bosnien und Herzegowina
Republika Srpska
Brčko-Distrikt (Kondominium beider Entitäten)

Republik Slowenien

Republik Kroatien

Republik Mazedonien
(Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien)

Bundesrepublik Jugoslawien*
Serbien
autonome Provinz Serbiens
Montenegro

* Gründung als Zusammenschluss der Teilrepubliken Serbien und Montenegro am 27.4.1992

einer „Leitkultur“ aufbauen. Versuche, diese in der einen oder anderen Form durchzusetzen, endeten ausnahmslos in Gewalt.

Für die Europäische Union könnte der Blick in die Geschichte lehrreich sein. Denn wenn heute insbesondere Rechtspopulisten „Brüssel“ als Zentrum einer neuen übergriffigen Zentralmacht brandmarken, die ihre Länder wahlweise ihrer ökonomischen Ressourcen oder schlicht ihrer „Freiheit“ beraube, vernehmen Kenner der jugoslawischen Geschichte Echos aus der Vergangenheit. Tatsächlich schreibt Europa derzeit seine ganz eigene Geschichte von Anziehung und Abstoßung – mit ungewissem Ausgang.

Bahrudin Kaletović, der eingangs erwähnte bosnische Wehrdienstleistende der Jugoslawischen Volksarmee, überlebte die Kämpfe in Slowenien. Das Ende des Krieges bedeutete das für ihn nicht. In Kroatien, wohin seine Einheit nach Ende des 10-Tage-Krieges verlegt worden war, wurde er später von kroatischen Truppen festgesetzt. Nach dem Ausscheiden aus der Jugoslawischen Volksarmee kehrte er nach Bosnien zurück und musste dort an vorderster Front in der neu geschaffenen Armee Bosnien-Herzegowinas gegen serbische Separatisten kämpfen. Er starb 1998 bei einem Autounfall.

Teil 2

:ander


Добродојдовте в
Република Македон
Welcome to
Repu
Bi venus da
MegaPrint



3. Nordmazedonien

3.1 Wie ein Land seinen Namen für die EU änderte und nichts dafür bekam

Im Europagebäude am Schuman-Platz in Brüssel brennt um drei Uhr morgens noch Licht. Die meisten Journalistinnen und Mitarbeiter sind schon lange im Bett, als Ratspräsident Donald Tusk, Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere Regierungschefs auf den französischen Präsidenten Emmanuel Macron einreden. So geht das seit Stunden. Doch Macron lenkt nicht ein. Das Thema ist der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien. Den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Albanien wollen drei der damals 28 Mitgliedstaaten verhindern – Frankreich, Dänemark und die Niederlande. Gegen die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien ist nur Frankreich: 27 zu 1. Was hier auf dem Spiel steht, sind nicht nur die Beitrittsverhandlungen mit zwei Staaten, sondern die Glaubwürdigkeit der gesamten Europäischen Union. Das diplomatische Geschick der klaren Mehrheit im Europäischen Rat genügt nicht, um Macron umzustimmen. Der französische Präsident bleibt stur.

Am Nachmittag darauf, am 18. Oktober 2019, veröffentlicht der Rat eine Pressemitteilung, in der steht, dass die nötige Einstimmigkeit für den Beginn der Beitrittsverhandlungen nicht erzielt wurde. Donald Tusk erlaubt sich darin einen Satz, den man selten in den kommunikativ weichgespülten und von

Bild S. 54/55: Arbeiter überkleben am Grenzübergang Bogorodica zwischen Griechenland und Nordmazedonien den Schriftzug des alten Staatsnamens , 13. Februar 2019. Der Umbenennung in „Republik Nordmazedonien" vorausgegangen war ein langjähriger Namensstreit der beiden Nachbarstaaten.

Kompromissen geprägten Pressemitteilungen des Europäischen Rats findet: „Ich persönlich halte das für einen Fehler, aber ich werde mich nicht weiter dazu äußern."[1] Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel kommentiert, etwas zurückhaltender: „Ich bedaure das sehr."[2] Der zuständige Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, kritisiert, dass die EU ihre Versprechen breche, und der damalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker spricht wenige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit von einem „schweren historischen Fehler". Zuvor hatte Juncker noch eine Erweiterung bis 2025 in Aussicht gestellt.[3] Doch am Ende setzt sich Macron mit seiner Blockadehaltung durch. Das Veto hat viele Hoffnungen in Nordmazedonien zerstört. Damit hat die EU ein Versprechen gebrochen, an das viele Menschen in dem Balkanland glaubten.

Versprechen von Thessaloniki und der Namensstreit

Die Hotelanlage Porto Carras liegt auf der griechischen Halbinsel Chalkidiki, rund 100 Kilometer südlich von Thessaloniki. Drei fingerartige Landzungen ragen hier in die Ägäis hinein. Porto Carras, ein Fünf-Sterne-Hotel mit Weingut und Pool, liegt auf dem mittleren Finger. Hier formulierte die EU am 21. Juni 2003 ein Versprechen. Es lautete: Die Länder des Westbalkans können eines Tages Teil der EU werden (siehe Kap. 1). Ironisch ist, dass der größte Widerstand gegen eine EU-Annäherung Nordmazedoniens ausgerechnet aus dieser Gegend kam – aus dem griechischen Teil des antiken Makedoniens. So ist in dem Dokument mit dem großen Versprechen auch noch nicht von „Nordmazedonien" die Rede, sondern von der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien".[4]

Am 8. September 1991 hatten sich 75,7 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung Mazedoniens an einem Referendum zur Unabhängigkeit der jugoslawischen Teilrepublik beteiligt, wobei 96,4 Prozent dafür gestimmt hatten.[5] Teile der serbischen und albanischen Bevölkerung in Mazedonien hatten die Abstimmung boykottiert. Die Entscheidung für die Unabhängigkeit führte umgehend zu Spannungen mit Griechenland, das den Namen der Republik als implizit mit territorialen Ansprüchen auf seine nördliche Region Makedonien verbunden interpretierte. Da der kleine neue Staat militärisch keine Gefahr für das bei Militärausgaben nicht sparsame NATO-Mitglied Griechenland darstellte, darf man hier von einem vorgeschobenen Grund ausgehen. In erster Linie ging es um nationale Identitätspolitik und die Frage, wem das Erbe von Alexander dem Großen und dem antiken Makedonien zusteht.

Der junge Staat nannte sich „Republik Mazedonien“ und wählte den Stern von Vergina (siehe unten) als Emblem für die neue Nationalflagge. Für Griechenland eine Provokation sondergleichen, ist Vergina doch neben Pella einer der wichtigsten Orte der antiken makedonischen Geschichte – und beide gehören heute zu Griechenland. Nach einem Embargo durch Griechenland gab das Nachbarland dem Druck nach und ersetze im Staatswappen den sechzehnzackigen Stern von Vergina durch eine achtzackige Sonne.

Um diesen Streit besser zu verstehen, muss man weit in die Vergangenheit reisen. Mazedonien oder Makedonien ist eine historische Region, die auf ein antikes Königreich gleichen Namens zurückgeht, dessen Gebiet nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches aufgeteilt wurde und heute jeweils in Teilen zu Griechenland, Nordmazedonien und Bulgarien gehört.[6] Alexander der Große hatte im 4. Jahrhundert v. Chr. innerhalb weniger Jahre aus dem damaligen Kleinstaat Makedonien ein Weltreich gemacht, das Perserreich besiegt, sich zum Pharao küren lassen und sein Reich – und damit die hellenistische Kultur – bis auf den indischen Subkontinent gebracht.

Man kann zum besseren Verständnis des Konflikts auch nach Vergina reisen, das im griechischen Teil Makedoniens liegt. Doch das wird einem nicht leicht gemacht. Dafür, dass der Ort mit rund 1 100 Einwohnerinnen und Einwohnern eine zentrale Bedeutung in der Geschichte Griechenlands einnimmt, ist er denkbar schlecht angebunden. Nur vier Busse fahren täglich aus der nächstgrößeren Stadt Veria hierher und auch die Anbindung an Thessaloniki ist schlecht: Ohne Auto hat man keine Möglichkeit, einen Tagesausflug hierhin zu machen, wenn man nicht stundenlang an Bahnhöfen und Busstationen warten will. Immerhin wird man mit einer Fahrt über die Brücke des schönen Stausees am Fluss Aliakmonas belohnt.

Bekannt ist Vergina für zwei Dinge: eine griechische Biermarke und das Grab von Philipp II., dem Vater Alexanders des Großen. Der Ort liegt über der antiken Stadt Aigai, die bis ins Jahr 410 v. Chr. die Hauptstadt des antiken Makedoniens war – mit Heiligtümern, Gräbern von Herrschern, Theatern und einem großen Palast. Nachdem man 15 Euro Eintritt bezahlt hat, kann man das Museum beziehungsweise Mausoleum besichtigen. Am Grab von Philipp II. gibt es eine Haupt- und eine Nebenkammer, in der sich je eine Larnax – eine golden verzierte Schatulle mit sterblichen Überresten – befindet, die beide mit dem gleichen Zeichen verziert sind: dem Stern von Vergina, deutlich erkennbar an seinen 16 Zacken. Damit werde sichtbar, dass dieses königliche Symbol den Griechen zustehe und die Nachbarn aus dem Norden darauf keinen Anspruch



Goldene Larnax mit dem Stern von Vergina im Archäologischen Museum von Aigai (Vergina)

erheben, geschweige denn den Stern als nationales Symbol nutzen dürfen. Soweit die Argumentation der griechischen Regierung. Dass es umstritten ist, ob es sich bei dem Grab tatsächlich um das von Philipp II. handelt, erfährt man im Museum hingegen nicht.

Um klarzustellen, wem das Erbe des antiken Makedoniens zusteht, legte Griechenland direkt nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 Protest ein und verhinderte die internationale Anerkennung des neuen Staates unter dem Namen „Republik Mazedonien“. Eine Teilrepublik namens Mazedonien als Bestandteil Jugoslawiens waren die Griechen zähneknirschend bereit zu akzeptieren, einen eigenen Staat jedoch nicht. Griechenland setzte sich mit seiner Position durch und so wurde der junge Staat 1993 nur unter dem Namen „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ (FYROM) Mitglied der Vereinten Nationen. Alle Versuche, den Streit beizulegen, scheiterten über Jahre hinweg. Griechenland blockierte die Bemühungen Mazedoniens um einen EU-Beitritt und verhinderte auch dessen Aufnahme in die NATO.

Gruevskis autoritärer Kurs

Neben dem Namensstreit mit Griechenland gibt es aber noch einen weiteren Grund für die Verzögerung der EU-Annäherung. 2006 kam der Nationalkonservative Nikola Gruevski in Mazedonien an die Macht und etablierte einen immer autoritärer werdenden Führungsstil. Gruevski, ein studierter Wirtschaftswissenschaftler, hatte sich um die Jahrtausendwende einen Namen als wirtschaftsliberaler und proeuropäisch eingestellter Minister gemacht. Damit wurde seine Partei, die VMRO-DPMNE,[7] anschlussfähig an die europäischen Konservativen, und Gruevski machte sich Freunde unter anderem in der CDU/CSU. Ministerpräsident wurde Gruevski im Alter von gerade einmal 35 Jahren. Er versprach Wirtschaftsaufschwung, Investitionen, die Schaffung von



23 Meter hohe Statue von Alexander dem Großen im Stadtzentrum von Skopje. Seit der Einigung im Namensstreit mit Griechenland 2018 heißt die Statue offiziell nur noch „Krieger zu Pferd" – ohne Bezugnahme auf den antiken makedonischen Feldherrn.

Arbeitsplätzen sowie Stärkung der Nation. Mit der Zeit wendete sich Gruevski aber immer stärker Verschwörungstheorien zu, bezeichnete die Opposition als Handlanger des US-amerikanischen Investors und Milliardärs mit ungarisch-jüdischen Wurzeln George Soros und ließ sich regelmäßig von der Wahrsagerin und Astrologin Katerina Najdenova beraten. Aufgrund von Gruevskis Aberglauben verbreitete sich in der mazedonischen Hauptstadt Skopje die Erzählung, man lebe in einer „Astrokratie".[8]

Der Name Nikola Gruevski wird heute insbesondere mit dem Bauprojekt „Skopje 2014" verbunden. Ab 2010 wurden Dutzende Gebäude, Denkmäler und Statuen in der Hauptstadt errichtet, die dieser eine symbolträchtige Monumentalarchitektur bescheren sollten, um die nationale Identität der Mazedonier zu stärken. Darunter waren ein neoklassizistisches Regierungsgebäude, ein Triumphbogen, der dem in Paris nachempfunden wurde, und ein monumentaler Riesenbau als neue Parteizentrale von Gruevskis VMRO-DPMNE. Im Zentrum – sowohl der Stadt als auch von „Skopje 2014" – steht eine 23 Meter hohe Statue von Alexander dem Großen auf einem Pferd. Zu seinen Füßen liegen Löwen, in seiner Hand ein erhobenes Schwert. Wenige Meter entfernt zeigt eine Reihe von Statuen, wie aus Alexander ein Großer wurde: Alexander im Bauch seiner Mutter, Alexander an der Brust seiner Mutter, Alexander als kleiner Junge,

Alexander als Feldherr. Auf dem Platz gibt es auch Wasserspiele. In Gruevskis Regierungszeit wurden die Wasserfontänen bunt angestrahlt, während Richard Wagners „Ritt der Walküren" aus Lautsprechern donnerte. Kritikerinnen des Projekts warfen Gruevski vor, öffentliche Gelder zu verschwenden, die griechischen Nachbarn unnötig zu provozieren und nationalistischen Kitsch zu betreiben. Die Schriftstellerin Rumena Bužarovska kritisiert, das ganze Projekt symbolisiere „nicht nur die monumentale Manifestation eines korrupten Regimes und eines lächerlich schlechten Geschmacks", sondern auch die „Identitätskrise im Land". Das Projekt deute mit seinem „falschen Glanz" auf den „Wahnsinn, der auf den drohenden Zerfall verweist".[9]

Ab 2013 begann der allmähliche Zerfall der Regierung Gruevski. Neben den Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit „Skopje 2014" wurden Vorwürfe des Wahlbetrugs laut. Gruevskis autoritärer Führungsstil provozierte Widerstand. Unter seiner Herrschaft stürzte das Land im Ranking der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen von Rang 36 im Jahr 2007 auf Rang 116 im Jahr 2013 – die schlechteste Platzierung auf dem Balkan und einer der größten Abstiege weltweit. Um sich an der Macht zu halten, heizte Gruevski ethnische Spannungen im Land an.

Während und nach dem Kosovokrieg 1998/99 waren Kämpfer der paramilitärischen „Befreiungsarmee des Kosovo" (UÇK) nach Mazedonien eingedrungen und hatten einen Anschluss der albanischen Siedlungsgebiete an den Kosovo und Albanien gefordert. Sie eroberten Dörfer in Grenznähe, lieferten sich Kämpfe mit der Polizei und vertrieben die nicht albanische Bevölkerung aus den von ihnen kontrollierten Gebieten. Bei Kämpfen kam es zu Dutzenden Toten. Eine Eskalation zum Bürgerkrieg zwischen der albanischen Minderheit und der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung konnte 2001 gerade noch so durch das international vermittelte Rahmenabkommen von Ohrid verhindert werden. Der Inhalt des Abkommens lautete grob: Die Souveränität des mazedonischen Staates wird von den Albanern anerkannt, diese erhalten umgekehrt eine angemessene Repräsentation im Staat durch Quotenregelungen im öffentlichen Dienst, Mehrsprachigkeit in der Verwaltung und stärkere Förderung albanischsprachiger Kultur- und Bildungsinstitute.

Das Verhältnis der beiden größten ethnischen Gruppen im Land blieb aber kompliziert und herausfordernd. Gruevski distanzierte sich vom Ohrid-Abkommen und schürte nationalistische Stimmungen gegen die albanische Minderheit. Doch auch mit dieser nationalistischen Strategie konnte er die Bevölkerung nicht ruhigstellen. Die Opposition gegen Gruevskis autoritären

Führungsstil wuchs – bis er 2016 schließlich von der „Bunten Revolution“ aus dem Amt gefegt wurde.

Über mehrere Jahre hinweg hatte sich die Protestbewegung gegen Gruevski aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelt, die den Demokratieabbau in ihrem Land nicht akzeptieren wollte. Einen ersten Höhepunkt erreichten die Proteste infolge der sogenannten Bomben, die von den oppositionellen Sozialdemokraten ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden. Bei den „Bomben“ handelte es sich um geheime Mitschnitte von Gesprächen einiger Regierungsvertreter. Zoran Zaev, der Vorsitzende der Sozialdemokraten, lud regelmäßig Journalistinnen und Journalisten ein und spielte ihnen diese Mitschnitte vor. Dabei kamen mehrere Korruptionsfälle, eine massive Vetternwirtschaft sowie der Versuch der Regierung zutage, den Tod eines Demonstranten durch Polizeigewalt zu vertuschen. Schockierend waren dabei nicht nur die Inhalte der Aufnahmen selbst, sondern auch die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Mächtigen am Staatsetat bedienten, wenn sie sich unbeobachtet fühlten. Der Höhepunkt des „Bomben“-Skandals war im Februar 2015 die Enthüllung, dass bei einem Lauschangriff der Geheimdienste rund 20 000 Menschen im Land abgehört worden waren, darunter viele Journalistinnen und Journalisten.[10] Der



Aktivistinnen und Aktivisten besprühen im Frühjahr 2016 Regierungsgebäude in Skopje mit Farbe.



Polizist vor dem mit Farbe besprühten Gebäude der Finanzverwaltung, Frühjahr 2016

verantwortliche Geheimdienstchef Sascho Mijalkov war außerdem der Cousin von Nikola Gruevski – antike makedonische Dichter hätten sich eine solche Farce nicht ausdenken können.

Daraufhin nahm die „Bunte Revolution" noch mehr an Fahrt auf. Monatelang hielten die Proteste an, Zehntausende gingen auf die Straße. Die „Bunte Revolution" trägt ihren Namen, weil die Demonstrierenden die Regierungsgebäude und die pseudoantiken Monumentalbauten von „Skopje 2014" mit Farbbeuteln bewarfen. Der Begriff „Farbrevolution", der zuvor für die politischen Umstürze in anderen Ländern des postsozialistischen Raums Verwendung gefunden hatte, wurde hier wörtlich genommen. Dabei kamen auch eigens gebaute Konstruktionen wie Katapulte und lange Farbschläuche zum Einsatz. Parolen wie *„Gotov je"* (Er ist am Ende) spielten auf den Sturz des Milošević-Regimes im Nachbarland Serbien im Oktober 2000 an. Die Proteste blieben weitgehend friedlich.[11]

Die Sozialdemokraten kommen an die Macht – Gruevski flieht

Zwischen den ersten Protesten nach den Parlamentswahlen im April 2014, die Gruevskis VMRO-DPMNE unter umstrittenen Umständen noch für sich entscheiden konnte, und dem Antritt der neuen Regierung im Mai 2017 vergingen über drei Jahre. Nach dem Rücktritt Gruevkis im Januar 2016 und mehrfach verschobenen Neuwahlen, auf die ein komplizierter Regierungsbildungsprozess folgte, wurde am 31. Mai 2017 der Sozialdemokrat Zoran Zaev mit einer knappen



Der durch einen nationalistischen Mob im Parlament am Kopf verletzte Zoran Zaev, 27. April 2017

Mehrheit der Parlamentsabgeordneten zum Ministerpräsidenten gewählt – jedoch nicht, ohne dass es zuvor zu einer weiteren Eskalation kam: Am 27. April stürmte ein nationalistischer Mob das Parlament und verletzte dabei über 100 Personen, darunter 22 Polizisten und mehrere Abgeordnete. Zoran Zaev selbst wurde so stark verprügelt, dass er am Kopf blutete und im Krankenhaus behandelt werden musste. Er kommentierte den Angriff mit den Worten: „Sie wollten uns töten, das war ihr einziges Ziel."[12] Es handelte sich nicht um einen spontanen Gewaltausbruch, da die Angreifer sehr genau wussten, wen sie attackierten. Abgeordnete der nationalistischen Partei VMRO-DPMNE und regimetreue Journalisten wurden verschont. Sehr wahrscheinlich handelte es sich um einen letzten verzweifelten Versuch der VMRO-DPMNE, sich an der Macht zu halten, obwohl sie über keine Mehrheit mehr im Parlament verfügte.

Der autoritäre Ex-Ministerpräsident Nikola Gruevski musste zwar sein Amt räumen, konnte aber – dank guter Kontakte zu einem EU-Mitgliedstaat – der Justiz in seinem Heimatland entfliehen. Gruevski wurde rechtskräftig wegen Korruption verurteilt und sollte im November 2018 seine Haftstrafe antreten. Doch statt ins Gefängnis in Skopje zu gehen, begab er sich am 10. November in die ungarische Botschaft in Tirana, der Hauptstadt Albaniens. Recherchen der Deutschen Welle deuten darauf hin, dass Ungarn dem Autokraten half, aus seinem Heimatland zu fliehen – vermutlich mit Kenntnis des ungarischen

Ministerpräsidenten Viktor Orbán.[13] Demnach habe Gruevski in seinem unmittelbaren Umfeld den Eindruck erweckt, er wolle die Haftstrafe antreten, stattdessen jedoch große Summen Bargeld abgehoben. Ungarische Botschaftsmitarbeiter sollen ihn unterstützt und in einem Botschaftsfahrzeug aus Tirana über Montenegro und Serbien nach Budapest gebracht haben. Orbán und Gruevski verstanden sich gut. Der ungarische Ministerpräsident hatte Gruevski sogar in Skopje besucht und unterstützte ihn politisch sowie im Wahlkampf. Nicht zuletzt verband die beiden eine grundlegend ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten. Umso ironischer mutet es an, dass Nikola Gruevski nach nur acht Tagen politisches Asyl in Ungarn erhielt – ein Privileg, dass dort selten gewährt wird. Ein Sprecher der ungarischen Regierungspartei Fidesz begründete die Entscheidung damit, dass Gruevski von einer linken Regierung in seinem Heimatland aus politischen Gründen verfolgt werde.

Gruevski wurde inzwischen in Abwesenheit zu weiteren Haftstrafen verurteilt, scheint aber kein Interesse daran zu haben, nach Nordmazedonien zurückzukehren und diese anzutreten. Genauso wenig wie Ungarn unter Viktor Orbán ein Interesse daran hat, dem Auslieferungsgesuch aus Skopje nachzukommen. Und so verbringt der verurteilte Ex-Ministerpräsident sein Leben als anerkannter Flüchtling in Ungarn.

Das Prespa-Abkommen

Zoran Zaev machte sich nach seiner Amtsübernahme im Mai 2017 sofort daran, das Land wieder auf einen EU-Kurs zu führen. Seine neue Regierung gab der albanischen Minderheit einen zentralen Platz im Staatsgefüge, indem sie ihr wichtige politische Ämter im Gesamtstaat überließ und Albanisch zur zweiten Amtssprache neben dem Mazedonischen erklärte. Die Sozialdemokraten hatten es geschafft, viele Stimmen aus der albanischen Bevölkerung zu bekommen. Im ethnisch bis dahin rigide getrennten Parteiensystem war das keine Selbstverständlichkeit. Nachdem er sich um die inneren Konflikte gekümmert hatte, strebte Zaev nach einer Lösung im Namensstreit mit Griechenland. Eine besondere politische Konstellation hatte dessen Lösung in greifbare Nähe gerückt. Denn mit dem Sozialdemokraten Zoran Zaev und dem Linkspolitiker Alexis Tsipras waren in beiden Staaten Ministerpräsidenten an der Macht, die bereit waren, eine Lösung auch gegen immense Widerstände im eigenen Land durchzusetzen.

Im Juni 2018 erzielten die beiden Ministerpräsidenten am – touristisch wenig erschlossenen – Prespa-See jenes Abkommen, an dem Generationen

von Politikern vor ihnen gescheitert waren (sofern sie überhaupt Interesse an einer Lösung des Konflikts hatten). Der von Zaev regierte Staat sollte sich in „Nordmazedonien“ umbenennen und diesen Namen fortan bei allen offiziellen Anlässen gebrauchen. Die Bürgerinnen und Bürger des Staates könnten sich allerdings weiterhin als Mazedonier bezeichnen, ohne die Präposition „Nord“ davor. Die mazedonische Sprache sollte außerdem offiziell von der UN anerkannt werden, wobei explizit betont wurde, dass es sich um eine slawische Sprache handele. In dem Abkommen wird festgehalten, dass die Mazedonier in Nordmazedonien jedoch nichts mit den antiken Makedoniern zu tun haben und daher Symbole wie der Stern von Vergina nicht von öffentlichen Stellen verwendet werden dürfen. Außerdem sollen Schulbücher und Landkarten in beiden Staaten von irredentistischen Inhalten – also von solchen, die Gebietsansprüche über die aktuellen Grenzen hinaus markieren – befreit werden. Griechenland sicherte im Gegenzug zu, die Republik Nordmazedonien in ihren Bestrebungen, der NATO und der EU beizutreten, zu unterstützen.[14]

Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras machte sich mit diesem Schritt nicht nur Freunde in Griechenland. Unter dem Motto „Mazedonien ist griechisch“ kam es im Januar 2018 – noch während der Verhandlungen – in Athen zu einem der größten nationalistischen Proteste in der jüngeren griechischen Geschichte. Die Demonstrantinnen und Demonstranten lehnten jeden Kompromiss ab, der das Wort „mazedonisch“ beinhaltet. Neben den Neonazis der Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) mobilisierten die rechtspopulistische Regierungspartei Anexartiti Ellines (Unabhängige Griechen, ANEL) sowie Teile der konservativen Nea Dimokratia (Neue Demokratie) und der griechisch-orthodoxen Kirche insgesamt weit über 100 000 Menschen. Am Rand der Kundgebung griffen Teilnehmende das von Anarchistinnen und Anarchisten besetzte Haus Libertatia an und brannten es nieder. Eine Verurteilung der Attacke auf das linke Zentrum durch die Organisatoren der Demonstration erfolgte nicht. Bei den Angreifern handelt es sich – den Transparenten nach zu urteilen – um Anhänger der Hooligangruppe Makedones des Fußballvereins PAOK Thessaloniki.[15]

Referendum und Namensänderung

Am 30. September 2018 stimmten bei einer Volksbefragung über 94 Prozent der Wählerinnen und Wähler für eine Namensänderung ihres Staates in Nordmazedonien. Doch was zunächst nach einer überwältigenden Zustimmung

aussieht, hatte einen großen Haken: Die Wahlbeteiligung lag bei gerade einmal 36,9 Prozent. Die Namensänderung war bei den slawischen Mazedonierinnen und Mazedoniern offensichtlich so unbeliebt, dass die Regierung sich nicht einmal traute, den neuen Landesnamen auf den Wahlzettel zum Referendum drucken zu lassen. Dort wurde lediglich gefragt:

> „Sind Sie für die Mitgliedschaft in der EU und der NATO, indem Sie dem Abkommen zwischen der Republik Mazedonien und der Republik Griechenland zustimmen?"

Die niedrige Wahlbeteiligung erklärt sich auch dadurch, dass die Mehrheit der slawisch-mazedonischen Bevölkerung zwar für einen Beitritt zur NATO und EU, nicht aber für eine Änderung des Landesnamens war. Um nicht gegen einen EU- beziehungsweise NATO-Beitritt stimmen zu müssen, blieben viele einfach zu Hause. Außerdem riefen oppositionelle Kräfte zum Boykott auf, um die Wahlbeteiligung möglichst niedrig werden zu lassen und das Referendum somit als illegitim darstellen zu können. In der albanisch-mazedonischen Bevölkerung war der Landesname hingegen weniger stark mit der nationalen Identität verknüpft, weshalb sie aufgeschlossener gegenüber einer Änderung war. Die berechtigte Nachfrage, ob eine derart niedrige Wahlbeteiligung ausreiche, um den Landesnamen in Nordmazedonien zu ändern, beantwortete Ministerpräsident Zoran Zaev mit einem klaren Ja. Die Abstimmung sei ohnehin nicht bindend gewesen, sondern habe nur beratenden Charakter gehabt.

Die wirkliche Herausforderung für Zaev und seine Regierung war es nun, eine Zweidrittelmehrheit im Parlament zu organisieren, die für eine Änderung der Verfassung nötig ist. Die Stimmen der Koalition aus seinen Sozialdemokraten und mehreren albanischen Parteien allein reichten dafür nicht aus. Im Januar 2019 stimmten dann genau 81 von 120 Abgeordneten für das Prespa-Abkommen und die Namensänderung. Zaev behauptete, die denkbar knappe Zweidrittelmehrheit sei durch intensive Gespräche mit der Opposition erreicht worden, der Vorsitzende der VMRO-DPMNE, Hristjan Mickoski, beschuldigte die Sozialdemokraten jedoch, andere Abgeordnete erpresst zu haben – konkrete Beweise konnten hierzu allerdings nicht vorgelegt werden.

Eine Woche später musste das Prespa-Abkommen im Athener Parlament von einer einfachen Mehrheit angenommen werden. Auch für Alexis Tsipras, dessen nationalistische Koalitionspartner von den „Unabhängigen Griechen" (ANEL) angekündigt hatten, gegen das Abkommen zu stimmen, war dies keine

Selbstverständlichkeit. Am Ende konnten Tsipras und seine Syriza-Partei das Abkommen dennoch mit einer knappen Mehrheit von 153 zu 146 Stimmen durchsetzen. Fast 70 Prozent der Griechinnen und Griechen lehnten laut Umfragen das Prespa-Abkommen hingegen ab.[16] ANEL-Verteidigungsminister Panos Kammenos trat aus Protest von seinem Amt zurück, was zu einer Regierungskrise und schließlich dazu führte, dass Tsipras sich einem Misstrauensvotum stellen musste, das er hauchdünn mit 151 von 300 Stimmen überstand. Noch am Tag der Abstimmung versuchten Rechtsextreme, das Parlament zu stürmen.[17]

Der Preis, den sowohl Tsipras als auch Zaev für das Prespa-Abkommen zahlen mussten, war hoch. Beide hielten sich danach nicht mehr lange an der Macht. Dass es überhaupt zu einem Kompromiss kommen konnte, ist zwei progressiven Regierungschefs zu verdanken, denen wirklich an einer Lösung gelegen war und die bereit waren, diese auch gegen die nationalistischen Kräfte und Stimmungen in ihren Ländern durchzusetzen. Nach schmerzhaften



Die Ministerpräsidenten Zoran Zaev (l.) und Alexis Tsipras feiern die historische Übereinkunft ihrer beiden Länder im Abkommen von Prespa, 17. Juni 2018.

Kompromissen schien der Weg für Nordmazedonien in die EU nun endlich frei zu sein. Doch dann legte Emmanuel Macron sein Veto ein.

Macron argumentierte, dass der EU-Erweiterungsprozess reformiert werden müsse, bevor neue Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden könnten. Er forderte strengere Beitrittskriterien und eine effektivere Integration neuer Mitglieder, um sicherzustellen, dass die EU-Erweiterung sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten nachhaltig und vorteilhaft ist. Außerdem sollten Albanien und Nordmazedonien nicht getrennt voneinander verhandelt werden.[18] Auf Grundlage dessen, was Macron forderte, hätte keiner der aktuellen Beitrittskandidaten eine realistische Chance, der Union in absehbarer Zeit beizutreten. Kritiker warfen Macron zudem vor, aus innenpolitischem Kalkül zu handeln, um sich nicht von rechten Kräften vorwerfen zu lassen, er hole sozial Bedürftige, Muslime und Roma in die EU.

Nach weiteren Reformen in Nordmazedonien zog Macron sein Veto schließlich zurück. Im März 2020 fiel, fast 15 Jahre nach Verleihung des Kandidatenstatus, der Beschluss des Europäischen Rats, Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien zu beginnen. Kurz darauf wurde das Land als 30. Mitglied in die NATO aufgenommen. Alles schien in die richtige Richtung zu laufen: Jetzt, da Frankreich und Griechenland überzeugt waren, dass die Regierung unter Zaev Reformbemühungen zeige, die albanische Minderheit in alle wichtigen Entscheidungen einbezogen wurde und sogar der Landesname – gegen massiven Widerstand – geändert wurde, lag der EU-Beitritt fast schon in greifbarer Nähe. Doch dann blockierte ein weiterer EU-Staat.

Blockade Bulgariens

Die offizielle Position Bulgariens gegenüber Nordmazedonien lautet – zugespitzt formuliert –, dass es sich bei dem Land um einen historischen Irrtum handele, den es eigentlich gar nicht geben dürfe. Nach Ansicht der bulgarischen Regierung verfügt das Land weder über eine eigenständige Sprache noch eine eigene Nationalgeschichte. Ein erstes Raunen gegen die Beitrittsgespräche war bereits nach dem Prespa-Abkommen 2018 aus Sofia zu hören. Die bulgarische Regierung forderte eine Klarstellung, dass es sich bei „Nordmazedonien“ ausschließlich um das Territorium der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik handele und mit dem Namen keine Gebietsansprüche innerhalb der staatlichen Grenzen Bulgariens einhergingen.

Im November 2020 blockierte die bulgarische Regierung unter Bojko Borissow die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und nannte als offiziellen Grund die Nichteinhaltung eines bilateralen Freundschafts- und Nachbarschaftsabkommens durch Nordmazedonien. Ein zentraler Vorwurf aus Sofia lautete, dass Nordmazedonien die bulgarische Minderheit diskriminiere. Dabei ist umstritten, wie viele Bulgarinnen und Bulgaren überhaupt in Nordmazedonien leben. Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2021 gaben gerade einmal 3 504 Personen an, bulgarisch zu sein.[19] Das sind 0,19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von diesen wiederum gab nicht einmal die Hälfte an, Bulgarisch als Muttersprache zu sprechen. Diese winzige Minderheit soll nach bulgarischem Wunsch in der Präambel der Verfassung als „staatsbildendes Volk" genannt werden, wofür die nötige Zweidrittelmehrheit im nordmazedonischen Parlament aber nicht in Sicht ist.

Im bulgarischen Außenministerium will man sowieso nicht an das Ergebnis der Volkszählung glauben und argumentiert, dass mehr als 100 000 Bürgerinnen und Bürger Nordmazedoniens sich auf ihre bulgarische Herkunft bezogen haben, um eine bulgarische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Bulgarien interpretiert das so, dass all diese Menschen zur bulgarischen Minderheit in Nordmazedonien gehörten und die Zahl der dort lebenden Bulgarinnen und Bulgaren viel höher sein müsse.[20] Doch diese Schlussfolgerung ist falsch: Die Hauptmotivation der meisten Personen, die die bulgarische Staatsangehörigkeit zusätzlich zur nordmazedonischen beantragen, dürfte der damit verbundene Zugang zu einem EU-Pass sein – und nicht ihre vermeintliche Identität als ethnische Bulgaren. Da Bulgarien eine eigenständige nordmazedonische Identität und Sprache ohnehin nicht anerkennt, ist es für Mazedonierinnen und Mazedonier leicht, an einen bulgarischen Pass zu gelangen: Es reicht für die meisten Interessenten aus, sich offiziell in einem Dokument als der bulgarischen Nation angehörig zu bekennen. Im Gegenzug gibt es den bulgarischen Pass – und schon ist man EU-Bürger.

Auch die weiteren Forderungen Bulgariens gegenüber Nordmazedonien hatten es in sich. Einem entsprechenden Papier zufolge, das der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, von dem jedoch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eine Zusammenfassung veröffentlichte,[21] soll Nordmazedonien anerkennen, dass Mazedonisch nur ein bulgarischer Dialekt sei, der serbische Einflüsse aufgenommen habe. Die Regierung in Skopje soll überdies anerkennen, dass die Mazedonier kein eigenständiges Volk seien, sondern Teil des bulgarischen Volkes – beziehungsweise, dass sie sich historisch aus diesem herausgebildet

hätten. Die bulgarische Seite erhob sogar die Forderung, dass die Besatzung im Zweiten Weltkrieg durch bulgarische NS-Kollaborateure nicht „Besatzung" genannt werden solle. Letztere Forderung bezieht sich auch auf die nordmazedonischen Schulbücher.

In der ersten Jahreshälfte 2022 legte ausgerechnet die französische Ratspräsidentschaft einen sogenannten Kompromissvorschlag auf den Tisch. Der Vorschlag erweckte jedoch den Eindruck, dass es sich nicht um einen Kompromiss handelte, sondern um eine Aufforderung an Nordmazedonien, den bulgarischen Forderungen weitgehend entgegenzukommen und damit bis zu einem hohen Grad die eigene nationale Identität zu verleugnen. Er sah vor, dass eine Historikerkommission, bestehend aus mazedonischen und bulgarischen Vertreterinnen und Vertretern, über strittige Fragen entscheiden solle. Aber schon die grundlegende Prämisse, dass die Mazedonier im Grunde gar kein richtiges Volk seien und keine von Bulgarien unabhängige Nationalidentität hätten, bot keine produktive Grundlage für solch eine Kommission.

So wurde Ursula von der Leyen im Juli 2024 in ihrer Rolle als Präsidentin der EU-Kommission in Skopje eher kühl empfangen. Zwar betonte sie in ihrer Rede vor dem Parlament, dass die Zukunft Nordmazedoniens in der EU liege, doch nach über 20 Jahren mit immer neuen Forderungen und Blockaden nehmen das viele Menschen vor Ort nicht mehr ernst. Zu offensichtlich ist in dieser Zeit geworden, dass einzelne Mitgliedstaaten immer blockieren können, wenn ihnen etwas nicht passt und die EU sich im Zweifel immer hinter diejenigen stellt, die bereits Mitglied sind, und nicht hinter diejenigen, die es noch werden wollen. So unterstützt die Kommission die Forderungen aus Bulgarien, ignoriert aber die sehr berechtigten Einwände von mazedonischer Seite. Deutlich wurde mit dem vorangegangenen Veto Frankreichs zudem, dass manche Mitgliedstaaten grundsätzliche Vorbehalte gegen eine Erweiterung haben – ganz unabhängig davon, wie groß die Reformbemühungen und Fortschritte in den Kandidatenstaaten sind. Und so hören sich die Menschen in Nordmazedonien an, wie die Kommissionspräsidentin bei ihrem Besuch eine baldige Zukunft des Landes in der EU verspricht – nur glauben tut ihr das kaum noch jemand.

„Ich hoffe, wir haben etwas gelernt"

Im Gegensatz zum korrupten Ex-Ministerpräsidenten Nikola Gruevksi landete Tomislav Kezarovski im Gefängnis. Im Frühjahr 2013 – Gruevksi befand sich da noch im Amt, seine Macht begann aber bereits zu bröckeln – hatte der

Journalist gerade erste Texte über den mysteriösen Unfalltod des Verlegers Nikola Mladenov veröffentlicht. Ein Bekannter aus dem Innenministerium riet ihm, die Finger davon zu lassen. Zwei Wochen später holte ihn die Polizei früh am Morgen ab. Die offizielle Begründung: Kezarovski habe in einem Artikel den Namen eines geschützten Zeugen genannt. Die Wahrheit: Seine Recherchen störten. Die Justiz, eng verflochten mit dem autoritären Regime von Nikola Gruevski, wollte ihn zum Schweigen bringen. Im Oktober desselben Jahres verurteilte ein Gericht den Journalisten zu viereinhalb Jahren Haft. Während sich Mörder und Drogenschmuggler auf vergleichbare Strafen einstellen konnten, saß Kezarovski wegen eines Artikels ein – in einer Acht-Quadratmeter-Zelle, gemeinsam mit drei anderen Männern. Einer von ihnen war wegen Besitzes von 13 Kilogramm Heroin verurteilt worden, ein anderer wegen Kreditkartenbetrugs. Die Toilette bestand aus einem Loch im Boden.

Die Empörung über das Urteil und die Haftbedingungen war groß. Zehntausende gingen in Skopje auf die Straße, viele trugen eine Maske mit Kezarovskis Gesicht. Der Fall wurde zum Symbol für die Willkür des Gruevski-Regimes – und zum Wendepunkt. Heute gilt die Bewegung für Kezarovskis Freilassung als Anfang vom Ende des Regimes. Der Journalist kam nach acht Monaten frei, stand jedoch noch eine Zeit lang unter Hausarrest. Über seine



Demonstrierende tragen Masken mit dem Gesicht von Tomislav Kezarovski bei einem Protest vor dem Berufungsgericht in Skopje, 20. Januar 2015.

Zeit im Gefängnis schrieb er ein Buch, dessen Titel übersetzt lautet: „Mein Leben in der Schachtel“.[22]

Im September 2024 läuft der 59-Jährige wieder durch Skopje. Die Menschen erkennen ihn, grüßen, klopfen ihm auf die Schulter. Er lächelt – aber nur kurz. „Ein paar Dinge sind besser geworden“, sagt er, „aber für den EU-Beitritt fehlt es noch an sehr vielem.“ Er zeigt auf die Bauten aus dem umstrittenen Projekt „Skopje 2014“: aufblasbare Historienfassaden. „Die Gebäude verfallen, die Tiefgaragen sind überflutet, das Staatsarchiv ist nicht gesichert.“ Und Alexander der Große? Der steht noch immer auf seinem Sockel, doch offiziell heißt er jetzt nur noch „Krieger zu Pferd“. Kezarovski schaut sich um. Er wirkt nicht verbittert, aber wachsam, auch angesichts der erneuten Machtübernahme der VMRO-DPMNE im Juni 2024. „Es ist schon komisch“, sagt er, „jetzt ist wieder die Partei an der Macht, unter der ich damals im Gefängnis saß.“ Dann zieht er die Schultern hoch. „Ich hoffe, wir haben etwas gelernt.“

Der Namensstreit ist wieder da

In Skopje landet man nicht mehr auf dem Flughafen „Alexander der Große“, sondern auf dem „Skopje International Airport“. Und wer von diesem Flughafen mit dem Auto zur Reiterstatue gelangen möchte, fährt auch nicht mehr über die Autobahn „Alexander der Große“, sondern über die A1, die „Autobahn der Freundschaft“. Die Namensänderung und die völlige Ausradierung der Bezugnahme auf das antike Makedonien gefallen vielen slawischen Mazedonierinnen und Mazedoniern nicht. Die Kritik daran geht auch weit über nationalistische Akteure hinaus.

Dieses Gefühl wurde im Frühling 2024 zur wichtigsten Wahlkampfwaffe der rechtsnationalen VMRO-DPMNE. Der Parteivorsitzende Hristijan Mickoski wurde am 23. Juni 2024 zum Ministerpräsidenten Nordmazedoniens gewählt. Der Maschinenbauprofessor war bereits Berater unter Gruevski. Mickoski behauptet zwar, Nordmazedonien in die EU führen zu wollen, doch er ist derzeit nicht bereit, politisches Kapital einzusetzen, um sich den Forderungen aus Bulgarien zu beugen. Dadurch geht es erstmal nicht so richtig weiter.

Eine weitere Politikerin, die der EU-Annäherung Nordmazedoniens mit ihren Aussagen im Weg steht, kommt ebenfalls aus der VMRO-DPMNE. Gordana Siljanovska-Davkova wurde im Mai 2024 zur Präsidentin gewählt. Sie warb damit, dass sie nicht nur das Abkommen mit Bulgarien ablehne, sondern auch das Prespa-Abkommen mit Griechenland. Mit diesem Programm erreichte

sie 65 Prozent der abgegebenen Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen. (Die Wahlbeteiligung lag allerdings bei unter 50 Prozent.) Das Staatsoberhaupt wird in Nordmazedonien direkt vom Volk gewählt, hat allerdings vorwiegend repräsentative Befugnisse. Siljanovska-Davkova wartete nicht lange mit ihrer ersten Provokation gegenüber Griechenland. Schon bei ihrer Amtseinführung weigerte sie sich, von „Nordmazedonien" zu sprechen und sprach nur von „Mazedonien". Wörtlich sagte sie: „Ich erkläre, dass ich das Amt der Präsidentin Mazedoniens gewissenhaft und verantwortungsbewusst ausüben, die Verfassung und die Gesetze achten und die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit Mazedoniens schützen werde."[23]

Die Reaktion aus Griechenland folgte prompt. Aus Protest verließ die griechische Botschafterin demonstrativ den Saal, in dem die Amtseinführung stattfand. Der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis sprach von einem „rechtswidrigen und inakzeptablen Vorgang", der einen „Verstoß gegen das Prespa-Abkommen darstellt".[24] Als Konsequenz aus der Weigerung das „Nord" vor „Mazedonien" mitzusprechen, drohte er eine EU-Integration des nördlichen Nachbarn zu blockieren. Die EU stellte sich dabei klar auf die Seite des Mitgliedstaates Griechenland und gegen die neue Präsidentin des Beitrittskandidaten Nordmazedonien.

Der alte Namensstreit mit Griechenland ist somit wieder da, mit Bulgarien ist derzeit kein Abkommen in Sicht und mehrere EU-Staaten machen keinen Hehl daraus, dass sie einer EU-Erweiterung grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen.

In der Sackgasse

Viele Menschen in Nordmazedonien haben an das Versprechen der EU geglaubt und viel für eine Annäherung getan. Sie haben mit friedlichen Protesten einen Autokraten gestürzt und eine Regierung gewählt, in der mazedonische und albanische Bürgerinnen und Bürger gemeinsam ein umfangreiches Reformprogramm angegangen sind. Sie haben sogar den Namen ihres Landes von Mazedonien in Nordmazedonien geändert, um einen Streit mit Griechenland beizulegen, der für Außenstehende mitunter absurde Züge trug. Hat sich all das gelohnt? Nicht wirklich. Nordmazedonien ist der EU-Mitgliedschaft nicht viel näher gekommen. Zunächst blockierte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, dann kam Bulgarien hinzu, das von den Mazedonierinnen und Mazedoniern anzuerkennen verlangt, keine eigene Sprache, Geschichte und

Identität zu besitzen und im Grunde nur Bulgaren zu sein. Für Nordmazedonien unannehmbare Forderungen. Angesichts dieser Lage stellt sich unweigerlich die Frage, ob die EU überhaupt gewillt ist, neue Mitglieder aufzunehmen. Für Nordmazedonien stehen die Chancen jedenfalls nicht gut, in naher Zukunft Mitglied der Europäischen Union zu werden.



„Die EU mit dir" – Banner am Europahaus in Skopje





4. Serbien

4.1 Das System Vučić

Belgrad am 28. Februar 2012: Zwei Tage bevor Serbien offiziell den EU-Kandidatenstatus erhält, sitzt Aleksandar Vučić im Studio des damals noch unabhängigen Fernsehsenders B92. Im grellen Scheinwerferlicht präsentiert sich der damalige Oppositionspolitiker als moderat-konservativer Pragmatiker. Kein Anflug von Euphorie, kein Pathos. Nur eine nüchterne Einschätzung zum Kandidatenstatus: „Dieser Weg ist rational und gut für die Bürger Serbiens, Punkt." Der Moderator Jugoslav Ćosić spricht eine offensichtliche Frage an: Viele Anhängerinnen und Anhänger von Vučić stünden der EU skeptisch gegenüber, ob das nicht ein Problem bezüglich der anstehenden Parlamentswahlen sei. Vučić weicht aus und lenkt das Gespräch in eine andere Richtung. Er spricht von Reformen, von Korruptionsbekämpfung, Bürokratieabbau, dem Ende des Parteienklientelismus. Als Oppositioneller setzt er im Wahlkampf auf eine breite proeuropäische Mitte, will aber auch nicht den nationalistischen rechten Rand verprellen: „Der Kandidatenstatus allein wird das Leben der Menschen nicht verbessern. Serbien muss sich ändern", sagt Vučić.[1]

Als die EU-Beitrittsgespräche im Januar 2014 begannen, erklärte Vučić, inzwischen stellvertretender Ministerpräsident: „Wir müssen unsere Mentalität, unsere Gewohnheiten und uns selbst ändern – das ist das Wichtigste."[2] Bei der EU und westlichen Partnern war er da bereits beliebt, nicht zuletzt wegen seiner konstruktiven Rolle beim sogenannten Brüsseler Abkommen von April 2013, das die Beziehungen zum Kosovo normalisieren sollte. Obwohl weder er noch seine Wählerbasis die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannten, trug er maßgeblich zur Einigung bei. Viele nahmen ihm den Wandel ab, auch weil er seine eigene nationalistische Klientel im Zaum hielt und so die Vereinbarung erst möglich machte. Gerade aufgrund seiner Biografie schien Vučić geeignet, den einstigen Paria Serbien wieder in die europäische Wertegemeinschaft und schließlich auch in die Europäische Union zu führen. Seine Person schien

Bild S. 76/77: Wenige Tage nach dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad fordern protestierende Studentinnen und Studenten in Belgrad politische Konsequenzen und die Übernahme von Verantwortung für die Katastrophe, 3. November 2024.

genau den Wandel zu verkörpern, den man sich in der EU von Serbien erhoffte. Die serbische Regierung gab das Jahr 2020 als Ziel für einen EU-Beitritt aus,[3] die EU-Kommission war etwas vorsichtiger und nannte 2024 – beide Termine wurden bekanntlich nicht eingehalten.

2014 wurde Aleksandar Vučić zum Ministerpräsidenten gewählt. Er schaffte es, die Macht im Land innerhalb kürzester Zeit auf sich und seine Serbische Fortschrittspartei (Srpska Napredna Stranka, SNS) zu vereinen. Die Jahre seit Vučićs Wahlsieg lesen sich wie eine Anleitung für *state capture* und autoritären Staatsumbau. Seine Macht basiert nicht primär auf dem Amt und seinen Befugnissen, sondern auf informellen Netzwerken und Loyalitäten. 2017 wurde Vučić zum Präsidenten Serbiens gewählt. Laut der serbischen Verfassung hat das Präsidentenamt – ähnlich wie in Deutschland und Österreich – vor allem repräsentativen Charakter. Ob er aber wie zwischen 2014 und 2017 Ministerpräsident ist oder wie seit 2017 Präsident, macht keinen großen Unterschied für seine Machtausübung.

In Serbien werden Präsident und Parlament getrennt voneinander gewählt, doch die Wahlliste der Serbischen Fortschrittspartei bei den Parlamentswahlen 2022 hieß wie selbstverständlich: „Aleksandar Vučić – Gemeinsam können



Allseits präsent im öffentlichen Raum: Wahlwerbung für Aleksandar Vučić und die Regierungspartei SNS, Dezember 2023

wir alles“, obwohl Vučić überhaupt nicht zur Wahl stand und der amtierende Präsident sich bei Parlamentswahlen laut Verfassung neutral verhalten sollte. Aleksandar Vučić ist der starke und allgegenwärtige Mann, der entscheidet und auf den alles zugeschnitten ist. Wer den Fernseher anmacht oder Zeitungen am Kiosk aufschlägt, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auf sein Gesicht stoßen. Die Nichtregierungsorganisation CRTA analysierte für das Jahr 2024 die Präsenz der politischen Akteure in den Nachrichtenprogrammen der Sender RTS 1, TV Pink, TV Prva, TV Happy und TV B92. Ganze 57 Prozent der Sendezeit entfielen allein auf Aleksandar Vučić. Er war 354-mal live zugeschaltet und redete im Schnitt eine halbe Stunde lang. Der SNS und ihren Verbündeten kamen insgesamt 92 Prozent der Sendezeit zu, allen Oppositionsparteien zusammen nur 8 Prozent. Die Studie kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass die Opposition in 73 Prozent der Beiträge in einem schlechten Licht dargestellt wurde, während dies für Mitglieder der Regierungskoalition in gerade einmal 0,3 Prozent der Beiträge der Fall gewesen sei. Kritische Berichterstattung zu Aleksandar Vučić habe nicht stattgefunden.[4]

In der Wahlkampagne 2022 reagierte die Serbische Fortschrittspartei (SNS) mit groteskem Humor auf den naheliegenden Vorwurf, dass der Präsident in den Medien überpräsent sei. Man sieht in einem Wahlwerbevideo ein junges Paar vor dem Fernseher sitzen. Vučić erscheint auf dem Bildschirm und der Mann sagt genervt: „Oh Mann, der schon wieder.“ Die schwangere Frau steht auf, fragt, ob sie etwas aus der Küche holen soll, und sagt: „Es fehlt nur noch, dass er aus dem Kühlschrank gesprungen kommt.“ Als sie die Kühlschranktür öffnet, steht der zwei Meter große Präsident tatsächlich da, steigt aus dem Kühlschrank, läuft auf die Frau zu und sagt: „Verzeiht mir, aber es ist mir wichtig, jeden Bürger Serbiens zu erreichen.“ Dann erklärt er, warum er der richtige Mann für Serbien sei.[5]

Einparteienherrschaft, Klientelismus und gefakter Pluralismus

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Dezember 2023 traten mehr als 60 Parteien auf 18 Wahllisten an. Doch so pluralistisch, wie sie auf den ersten Blick aussieht, ist die politische Landschaft in Serbien nicht. De facto wird Serbien von einer Partei beherrscht, die weitgehend unter der Kontrolle von Aleksandar Vučić steht, auch wenn er offiziell nicht mehr ihr Parteivorsitzender ist. Die SNS hat laut eigenen Angaben zwischen 700 000 und 800 000 Mitglieder



Kragujevac, 15. Februar 2025: Ein Protest gedenkt mit leeren Stühlen den Menschen, die durch den Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad ums Leben gekommen sind (zunächst waren es 15, im März 2025 erlag der 19-jährige Schüler Vukašin Crnčević seinen Verletzungen).

und damit etwa so viele wie CDU und SPD in Deutschland zusammen – dabei hat Deutschland rund 84 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und Serbien weniger als sieben Millionen. Selbst der Bund der Kommunisten Serbiens hatte zu Zeiten des sozialistischen Jugoslawiens nie so viele Mitglieder wie die SNS heute.

Es ist nicht unbedingt ihre politische Überzeugung, die die Menschen in Scharen zu einer Mitgliedschaft bei der SNS bewegt, sondern Klientelismus – etwas überspitzt könnte man auch sagen: groß angelegte, staatlich organisierte Korruption. Die Serbische Fortschrittspartei hat sich den Staat weitgehend untertan gemacht, staatliche Strukturen werden für Privat- oder Parteiinteressen missbraucht – oft auf Kosten der Allgemeinheit, des öffentlichen Interesses und der Demokratie. Ein besonders drastischer Fall ist der Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad am 1. November 2024, in dessen Folge 16 Menschen starben und der zum Anlass der größten landesweiten Proteste der vergangenen Jahrzehnte wurde (siehe Kap. 4.2). Im Zentrum steht der Vorwurf, der Bau sei mangelhaft durchgeführt worden, um Gelder in die Taschen korrupter Akteure zu lenken – was zu dem Unglück und somit zum Tod der Menschen geführt habe. Die Machtkonzentration in informellen Strukturen erschwert es, Rechenschaft von Politikern und Institutionen einzufordern. Bei staatlichen Arbeitgebern oder staatsnahen Unternehmen ist ohne das richtige Parteibuch kaum noch Karriere zu machen. Zudem ist der Staat der größte Arbeit- und Auftraggeber. Bei Wahlen werden von Mitgliedern dann vielfach auch Beweise

dafür gefordert, dass man selbst, oft auch die gesamte Familie beziehungsweise das persönliche Umfeld, das Kreuz an der „richtigen Stelle“ gemacht hat – was man tun muss, wenn man seinen Job nicht riskieren will.[6]

Eine Alternative zu einer SNS-Mitgliedschaft kann eine Mitgliedschaft bei einer der ihr nahestehenden Parteien sein, die nicht zuletzt dazu dienen, die Fassade einer pluralen Demokratie aufrechtzuerhalten. Mit ihr nahestehenden Parteien – man könnte auch von „Systemopposition“ sprechen – geht die SNS recht freundlich um. So scheiterte die rechtsextreme, der deutschen AfD nahestehende Partei „Zavetnici“ im Dezember 2023 an der Drei-Prozent-Hürde und kam nicht ins Parlament. Trotzdem wurde die Parteivorsitzende Milica Đurđević Stamenkovski zur Ministerin für Familie und Demografie ernannt und erhielt nach dem Regierungsumbau im April 2025 eine Art Superministerium, in dem sie für Arbeit, Beschäftigung, soziale Fragen und Veteranenangelegenheiten zuständig ist.[7] Auf diese Weise versucht die SNS, die Opposition an sich zu binden und klein zu halten, bevor sie ihr gefährlich werden kann.

Aber auch vor recht offensiver Wahlbeeinflussung schreckt die SNS nicht zurück. Bei den Parlamentswahlen 2023 erhielt sie knapp eine absolute Mehrheit der Sitze, bei den zeitgleich abgehaltenen Kommunalwahlen in Belgrad kam sie auf eine knappe relative Mehrheit. Dabei machten Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter auf teils erhebliche Unregelmäßigkeiten aufmerksam. Einer von ihnen ist der grüne Bundestagsabgeordnete Boris Mijatović, der am 17. November 2023 ein Dutzend Wahllokale in Belgrad und Novi Sad besuchte. Im Gespräch berichtet er: „Bei diesen Besuchen sind mir Personen mit offiziell anmutenden Namensschildern aufgefallen. Die Personen trugen Pullover mit national-extremistischen Zeichen und Symbolen im Wahllokal, am Eingang und im Umfeld des Wahllokals. Auch erinnere ich mich an eine ältere Dame in Belgrad, die mir nach ihrer Stimmabgabe beim Rausgehen ein Foto ihres Wahlscheines auf ihrem Handy zeigte und sagte, sie hole sich jetzt ihre 5000 Dinar ab.“ Neben solchen Szenen sind Boris Mijatović auch Fahrzeuge aus dem Nachbarland Bosnien-Herzegowina in Erinnerung geblieben: „Es waren Busse mit vielen bosnischen Serben, die offensichtlich mit falschen Angaben zu ihren Wohnorten in Belgrad wählten. Die Opposition zeigte uns stapelweise Wahlbenachrichtigungen, wie sie in großen Wohnblocks auf Briefkästen einfach abgelegt wurden. Diese Stimmen dürften für das Stadtparlament in Belgrad wahlentscheidend gewesen sein.“

Der Bericht der Wahlbeobachtermission ODIHR[8] der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stellte fest, dass es keine

ausreichende Trennung zwischen SNS und Staat mehr gebe und die Bedingungen für die Opposition unfair gewesen seien. Außerdem dokumentierte er Fälle von Stimmenkauf, Angriffe auf unabhängige Wahlbeobachter und Verstöße gegen das Wahlgeheimnis. Auch die organisierten Busfahrten finden Erwähnung: Es seien Menschen aus den Nachbarstaaten, allen voran Bosnien-Herzegowina, an Orte gefahren worden, in denen sie überhaupt nicht lebten, um für die SNS zu stimmen – auffällig oft Wahlbezirke, in denen es für die Regierungspartei knapp geworden sei. Außerdem habe es eine hohe Anzahl sogenannter Geisterwähler gegeben – Personen, die an Orten registriert seien, obwohl sie nicht mehr dort lebten, überhaupt nie dort gelebt hätten oder gar nicht mehr lebten, weswegen die OSZE auch eine Aktualisierung der Wählerlisten anmahnte. Das EU-Parlament forderte mit großer Mehrheit eine internationale Untersuchung der Wahlen.[9] Das Auswärtige Amt in Deutschland erklärte, die Verstöße seien „für ein Land mit EU-Kandidatenstatus inakzeptabel".[10]

In Serbien selbst gingen Menschen auf die Straße, um zu demonstrieren, und warfen Vučić und der SNS vor, die Wahlen gestohlen zu haben.[11] Das Oppositionsbündnis „Serbien gegen Gewalt" (Srbija protiv nasilja, SPN), das infolge



„Wie lange noch?!" Protestierende in Belgrad nach den Parlaments- und Kommunalwahlen im Dezember 2023, bei denen internationale Beobachter und Opposition erhebliche Unregelmäßigkeiten anprangerten

zweier Amokläufe im Mai 2023 gegründet worden war (siehe Kap. 4.2), sprach von Betrug und forderte Neuwahlen,[12] die tatsächlich nur in 30 der rund 8 000 Wahllokale durchgeführt wurden. Vučić und die damalige Ministerpräsidentin Ana Brnabić reagierten auf die Vorwürfe, indem sie in die Offensive gingen. Sie warfen den ausländischen Beobachterinnen und Beobachtern vor, sich aus „Serbenhass" in innenpolitische Angelegenheiten zu mischen, beschimpften die Opposition als „Verräter", die mit den „Serbenhassern" gemeinsame Sache machten, und starteten Hetzkampagnen in regierungsnahen Medien. Ein Ziel dieser Hetzkampagnen wurde der österreichische SPÖ-Europaabgeordnete Andreas Schieder,[13] ein weiteres der deutsche SPD-Politiker Michael Roth, dem Vučić persönlich vorwarf: „Er ist immer gegen die Serben gewesen und der größte Serbenhasser in Deutschland."[14]

Aufgrund dieser Gesamtlage wird Serbien von vielen Analystinnen und Analysten inzwischen nicht mehr als Demokratie, sondern als „hybrides Regime" eingestuft.[15] Auch in der Privatwirtschaft spielt das *state capture* eine Rolle, berichtet Raša Nedeljkov von der Nichtregierungsorganisation CRTA: „Es gibt in Serbien nur wenige Sektoren, die nicht von öffentlichen Aufträgen abhängig sind, deswegen ist auch hier der Druck hoch, sich mit der SNS gut zu stellen", sagt der Experte im Gespräch. Laut Nedeljkov gilt das nicht nur für serbische Unternehmen: „Ausländische Unternehmen werden dazu angehalten, über bestimmte Personen und damit verbundene Gefälligkeiten ihre Geschäfte zu machen. Wer das verweigert, kann Nachteile erleiden." So gebe es eine deutsche Supermarktkette in Serbien, die nie über Lieferprobleme klage, während bei einer anderen ständig die Ware verspätet eintreffe, weil sie beispielsweise oft bei Kontrollen am Zoll stecken bleibe. Der Unterschied zwischen den beiden Unternehmen liegt laut Nedeljkov darin, dass sich eine an die von der SNS gesetzten Regeln hält und auch ordentlich Geld in Anzeigen für regierungsnahe Medien steckt, während die andere das nicht tut.

Im Ranking der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen ist Serbien inzwischen auf Rang 96 von 180 Staaten abgestürzt. Als Vučić 2014 Ministerpräsident wurde, lag Serbien noch auf Rang 54 – vor allen anderen Westbalkanstaaten und vor mehreren EU-Ländern. Inzwischen ist Serbien, gemeinsam mit dem Kosovo, das Schlusslicht in der Region. Die SNS hat in Serbien systematisch die Kontrolle über die Medienlandschaft ausgeweitet. Staatliche Institutionen nutzen Werbebudgets gezielt, um loyale Medien zu stärken. Aber auch ausländische Konzerne wie Lidl haben teure Anzeigen bei regierungsnahen Medien geschaltet und damit Hass, Hetze und Desinformation mitfinanziert.[16]

Unabhängige Medien geraten in finanzielle Not, weil sie kaum Werbeanzeigen bekommen, Angriffen von rechtsextremen und regierungsnahen Kräften ausgesetzt sind oder von der (nicht unabhängigen) Justiz gegeißelt werden. Eine beliebte Methode mit kritischen Journalistinnen und Journalisten umzugehen, ist die Diffamierung. Ein bekanntes Beispiel ist das Investigativmedium KRIK, dessen Chefredakteur Stevan Dojčinović von regierungsnahen Boulevardmedien regelmäßig massiv angegangen wird. KRIK-Journalistinnen wurden zudem fälschlicherweise mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.[17] Das Medium ist auch deswegen eine beliebte Zielscheibe, weil es konkrete Machenschaften und Verflechtungen einzelner Politikerinnen und Politiker und ihre Verbindungen zu organisierter Kriminalität aufdeckt.

Herkunft und Aufstieg von Aleksandar Vučić

Die politische Biografie Aleksandar Vučićs ist eng verwoben mit der serbischen Geschichte der vergangenen 80 Jahre. Geboren wurde er 1970 in Belgrad als Kind der Journalistin Angelika Vučić und des Ökonomen Anđelko Vučić. Väterlicherseits stammt die Familie aus dem zentralbosnischen Čipuljić bei Bugojno, wo sie während des Zweiten Weltkriegs Opfer der Verfolgung und systematischen Tötung von Serbinnen und Serben im sogenannten Unabhängigen Staat Kroatien unter Ustascha-Führer und NS-Kollaborateur Ante Pavelić wurde (siehe Kap. 2). Die Mutter stammt aus der multikulturell geprägten Stadt Bečej in der nordserbischen Region Vojvodina, wo in etwa zu gleichen Teilen Serben und Ungarn leben, aber auch Angehörige mehrerer autochthoner Minderheiten.

Aleksandar Vučić wuchs im Belgrader Stadtbezirk Novi Beograd auf, dem städtebaulichen Vorzeigeprojekt Jugoslawiens, und machte seinen Schulabschluss 1988 in Zemun, einem weiteren Belgrader Stadtbezirk auf der linken Uferseite der Save, der bis 1918 als eigenständige Stadt zu Österreich-Ungarn gehört hatte. Als Wahlfach in der Oberstufe belegte er Medien und Öffentlichkeit.[18] Seine Jugend verbrachte Vučić neben der Schule mit Schach, Fußball und Basketball. Er gehörte zur aktiven Fanszene des Fußballvereins Roter Stern Belgrad, den „Delije“, aus der heraus Anfang der 1990er-Jahre Freiwillige rekrutiert wurden, um unter dem Kommando des Hooliganführers Željko Ražnatović – besser bekannt unter seinem Spitznamen Arkan – in Bosnien und Kroatien zu kämpfen und dort schwere Kriegsverbrechen zu begehen. Am 13. Mai



Der legendäre Fußtritt des Dinamo-Zagreb-Kapitäns Zvonimir Boban gegen einen Polizisten vor dem Spiel gegen Roter Stern Belgrad, 13. Mai 1990

1990 soll der 20-jährige Aleksandar Vučić im Zagreber Maksimir-Stadion dabei gewesen sein, als die Situation vor dem Spiel Dinamo Zagreb gegen Roter Stern eskalierte und es zu Ausschreitungen mit über 100 Verletzten kam. Der Tritt des Dinamo-Kapitäns Zvonimir Boban gegen einen Polizeibeamten wurde anschließend zum heroischen Akt für den Kampf um die kroatische Unabhängigkeit verklärt.[19] Später wurde dieses Spiel, das aufgrund der Ausschreitungen nicht ausgetragen werden konnte, von einigen als Beginn der jugoslawischen Zerfallskriege mythologisiert.[20]

Wenn der junge Aleksandar Vučić gerade nicht Spiele von Roter Stern besuchte, studierte er Jura in Belgrad. Das Studium schloss er 1994 erfolgreich ab. Während des Studiums lebte er ein Jahr in Großbritannien, lernte nach eigenen Angaben Englisch in Brighton und arbeitete, so erzählte er es zumindest selbst, für zwei Pfund die Stunde für einen von einem Inder geführten kleinen Baumarkt in London.[21] Das Internetportal *Peščanik* recherchierte allerdings, dass der Baumarkt, in dem Vučić angeblich Schrauben verkaufte, zu diesem Zeitpunkt noch eine Metzgerei war und auch die Zeitangaben so nicht stimmen können.[22] Solche Zweifel und Widersprüche kommen wiederholt auf, wenn man Vučićs eigene Angaben zu seiner Biografie nachprüft.

1992, noch vor seinem Universitätsabschluss, versuchte der 22-jährige Vučić, in die Fußstapfen seiner Mutter zu treten und Journalist zu werden. Er

ging nach Pale, wo Militärs und politische Führer der bosnischen Serben die Belagerung der 15 Kilometer östlich gelegenen bosnischen Hauptstadt Sarajevo organisierten. Vučić arbeitete dort für den Propagandasender Kanal S, bereitete Nachrichtensendungen in englischer Sprache für ein internationales Publikum vor, übersetzte aber auch aus dem Englischen für ein serbischsprachiges Publikum.[23] Er war dabei ein kleines Rädchen in einer Abteilung, in der es darum ging, auf der internationalen Bühne für die Positionen des später wegen Völkermords verurteilten Präsidenten der Republika Srpska, Radovan Karadžić, zu werben. Im offiziellen Lebenslauf auf der Homepage des Präsidenten Serbiens[24] und im Lebenslauf auf der persönlichen Homepage von Aleksandar Vučić[25] ist von dieser Station aktuell nichts zu finden. Eine Zeit lang prahlte Vučić aber mit seiner Zeit bei dem Sender und behauptete, Karadžić interviewt und mit dem für den Genozid in Srebrenica verantwortlichen General Ratko Mladić eine Partie Schach gespielt zu haben.[26] Das Interview ist jedoch nicht auffindbar und die Geschichte mit dem Schachspiel wurde zwar von serbischen und internationalen Medien wiederholt, ist aber nicht belegt.

Vučićs journalistische Karriere war dann auch recht schnell beendet. Zurück in Serbien, schloss er sich 1993 der „Serbischen Radikalen Partei“ (Srpska Radikalna Stranka, SRS) an und wurde zum Schützling des Parteiführers Vojislav Šešelj. Šešelj hatte 1990 zunächst die „Serbische Tschetnik-Bewegung“ gegründet, die sich positiv auf die gleichnamige serbisch-nationalistische Miliz während des Zweiten Weltkriegs bezog, die zeitweise mit den NS-Besatzern kooperierte und Muslime und andere nicht serbische Gruppen massakrierte. Šešeljs Organisation wurde in der damals noch bestehenden jugoslawischen Föderation verboten. Daraufhin gründete dieser die ideologisch weitgehend identische SRS und warb während der Zerfallskriege in Serbien um Freiwillige, die bereit waren, in paramilitärischen Formationen zu kämpfen, die dann in Bosnien und Kroatien zahlreiche Kriegsverbrechen begangen.

Šešelj wurde zum führenden Ideologen eines „ethnisch gesäuberten“ Großserbiens, das einen Großteil des Gebiets der ehemaligen jugoslawischen Föderation umfassen sollte. Im März 1992 hielt Šešelj in Mali Zvornik am serbisch-bosnischen Grenzfluss Drina eine Rede, in der er forderte, Bosnien von den „Heiden“ zu säubern.[27] Wenige Tage später begann auf der anderen Seite des Flusses – im bosnischen Zvornik und Bijeljina – das, was die Kriegsführung der serbischen und bosnisch-serbischen Einheiten in den kommenden Jahren prägen sollte: Massaker an Bosniaken und anderen Nicht-Serben, Vertreibungen, die Umwandlung ziviler Infrastruktur in Konzentrationslager, systematische

Vergewaltigungen und die Zerstörung von Moscheen sowie Häusern und Geschäften von Muslimen, um deren jahrhundertelange kulturelle und religiöse Präsenz in der Region auszulöschen. Dabei wurde bei einigen der schlimmsten Kriegsverbrechen bewusst auf die paramilitärischen Brigaden gesetzt – wie jene, für die Šešelj warb –, damit Politiker und Militärs die Verantwortung dafür von sich weisen konnten. Was im April 1992 an der Drina begann, fand seinen Höhepunkt dreieinhalb Jahre später in Srebrenica, wo das Drina-Korps als Teil der bosnisch-serbischen Armee unter dem Oberkommando von General Ratko Mladić und der politischen Verantwortung von Radovan Karadžić, einen Genozid an der bosniakischen Bevölkerung verübte (siehe Kap. 6.2).

Vučić machte in Šešeljs Partei schnell Karriere. Während des Genozids war er bereits Generalsekretär der SRS und Abgeordneter des serbischen Parlaments. Dort hielt Vučić am 20. Juli – eine Woche nach dem Fall von Srebrenica – eine Rede, in der er weitere Massaker an der bosniakischen Bevölkerung androhte: „Wenn ihr einen Serben tötet, töten wir hundert Muslime."[28] Dabei handelte es sich um eine Anspielung auf den kommandierenden Wehrmachtsgeneral in Serbien, Franz Böhme, der 1941 die Erschießung von 100 Zivilisten für jeden toten Wehrmachtssoldaten und die von 50 Zivilisten für jeden verwundeten Wehrmachtssoldaten befahl.

Heute versucht Vučić diese Rede als „Jugendsünde" eines 25-Jährigen abzutun. Die Glaubwürdigkeit dieser Distanzierung scheitert allerdings daran, dass Vučić den später wegen Völkermord verurteilten Ratko Mladić noch im Jahr 2007 glorifizierte: Damals führte er einen Demonstrationszug an, bei dem eine Straße in Belgrad mit selbstgemachten Schildern symbolisch in „Ratko-Mladić-Boulevard" umbenannt wurde. Im selben Jahr kommentierte er im serbischen Parlament spöttisch: „Ihr werdet Mladić niemals kriegen."[29] Vier Jahre später wurde Mladić festgenommen und an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag ausgeliefert – eine zentrale Bedingung für die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit Serbien. Im Jahr 1995 besuchte Vučić auch die kroatische Stadt Glina, die zu dieser Zeit zu den von Truppen der sogenannten Republik Serbische Krajina besetzten Gebieten in Kroatien gehörte, und versprach dort, dass die Menschen in einem Großserbien leben werden, wenn sie seine SRS wählen. Im Februar 2018 mit diesen Aufnahmen konfrontiert, stellte Vučić sich als Opfer dar und behauptete, in Glina nie von einem „Großserbien" gesprochen zu haben, obwohl die Aufnahmen eindeutig das Gegenteil beweisen.[30]

Konkurrenz und Kooperation mit Slobodan Milošević

Während der jugoslawischen Zerfallskriege war das Verhältnis zwischen Šešeljs „Radikalen“ und den „Sozialisten“ unter Slobodan Milošević von wiederholter Zusammenarbeit, aber auch von Misstrauen und harten Machtkämpfen geprägt. Bei den Parlamentswahlen 1992 wurde Šešeljs SRS zweitstärkste Kraft – auch weil sie, im Gegensatz zu anderen Parteien, Reichweite in den Regimemedien erhielt. Als Dank dafür unterstützte die SRS Slobodan Milošević, damals Präsident der Republik Serbien, was allerdings nicht lange anhielt. Als Milošević 1993 begann, sich von der politischen Führung der bosnischen Serben im Nachbarland zu distanzieren und sich offen für Friedensverhandlungen zeigte, ließ Šešelj die Koalition platzen und bedachte seinen ehemaligen Verbündeten mit öffentlichen Schimpftiraden. Nachdem Milošević den Friedensvertrag von Dayton unterschrieben hatte, der den Krieg in Bosnien-Herzegowina beendete (siehe Kap. 6.1), beschimpfte ihn Šešelj sogar als „größten Verräter des serbischen Volkes“.[31] Milošević revanchierte sich, indem er Šešelj zweimal ins Gefängnis werfen ließ. Am 5. Oktober 1997 holte Šešelj schließlich sehr knapp die meisten Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen in Serbien (damals eine Teilrepublik der auch Montenegro umfassenden, 1992 gegründeten Bundesrepublik Jugoslawien). Da aufgrund eines umfassenden Wahlboykotts wichtiger Oppositionsparteien jedoch weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gegangen waren, wurde das notwendige Quorum nicht erreicht und er wurde nicht Präsident.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen gingen Miloševićs Sozialisten – mit Unterstützung der Partei von dessen Frau Mirjana Marković, der „jugoslawischen Linken“ – als stärkste Kraft hervor, brauchten aber einen Koalitionspartner. Trotz des angespannten Verhältnisses erklärten sich die Rechtsextremen unter Šešelj bereit, mit Milošević eine „Regierung der nationalen Einheit“ zu bilden. Der Posten des Informationsministers fiel dabei an die SRS – und zwar in Gestalt von Aleksandar Vučić. In dieser Rolle erließ er im Oktober 1998 ein Gesetz, das die Zensur ausweitete und es ermöglichte, gegen Medien vorzugehen, die laut Interpretation der Regierung „Angst, Panik und Defätismus“ verbreiteten, indem man ihnen hohe Geldstrafen auferlegte oder sogar die Arbeitserlaubnis entzog.[32]

Ein Opfer dieser Gesetze wurde der Herausgeber der oppositionellen Medien *Dnevni Telegraf* und *Evropljanin* Slavko Ćuruvija – passenderweise auch, weil er es wagte, genau dieses Mediengesetz in seinem mit Aleksandar Tijanić

verfassten Text „Was kommt als nächstes, Milošević?“[33] zu kritisieren. Die Tageszeitung und das Wochenmagazin erschienen bald nicht mehr, Ćuruvija wurde für seine Arbeit zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und Informationsminister Vučić drohte: „Eines Tages werde ich mich an Slavko Ćuruvija für die Lügen rächen, die Dnevni Telgraf über mich veröffentlicht hat.“[34] Am 11. April 1999, während der NATO-Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien (siehe Kap. 5.1), wurde Slavko Ćuruvija von zwei maskierten Männern vor seinem Haus mit 17 Schüssen in den Rücken ermordet. Für eine direkte Verantwortung Vučićs gibt es keine Hinweise. Doch half er mit Sicherheit dabei, eine Stimmung zu schaffen, die Journalistinnen und Journalisten einschüchterte. So wagte es kaum ein Medium, zum Mord mehr als die Meldung der Nachrichtenagentur des Regimes zu drucken.[35] Während der Bombardierung mussten alle gedruckten Zeitungen und Magazine Vučić zur Freigabe vorgelegt werden.

Die Zeit nach Milošević

Aleksandar Vučićs Amtszeit als Informationsminister endete am 5. Oktober 2000 infolge der friedlichen Revolution gegen das Milošević-Regime (siehe Kap. 4.2). Bei den ersten serbischen Parlamentswahlen nach dem Sturz Miloševićs im Dezember 2000 erreichte das breite Bündnis der „Demokratischen Opposition“ (DOS) um den Kandidaten Zoran Đinđić 64 Prozent der Stimmen und damit 176 von 250 Sitzen im Parlament, während Miloševićs Sozialisten auf 14 Prozent und die rechtsextreme SRS auf 8,8 Prozent stürzten. Deutlicher hätte der Ruf nach einem Wandel in Serbien kaum ausfallen können. Der liberale und proeuropäische Đinđić wurde im Januar 2001 zum serbischen Ministerpräsidenten ernannt. Aleksandar Vučić setzte derweil seine Karriere bei der SRS fort, wurde erneut Generalsekretär der Partei und kandidierte dreimal erfolglos für das Amt des Bürgermeisters von Belgrad.

Mit der Regierung Zoran Đinđićs verbanden sich große Hoffnungen, die sein sich rasch zersetzendes Bündnis jedoch unmöglich erfüllen konnte. Endgültig starben diese Hoffnungen mit Đinđić selbst, der am 12. März 2003 um 12.25 Uhr auf offener Straße im Belgrader Regierungsviertel von einem Heckenschützen ermordet wurde (siehe Kap. 4.2). Die ultranationalistische SRS erholte sich von ihrer Wahlniederlage und wurde – nach dem schnellen Zusammenbruch des heterogenen DOS-Bündnisses – bei den Parlamentswahlen 2003 und 2007 jeweils stärkste Kraft. Sie fand allerdings keine Koalitionspartner,



Ein Wandgemälde in Belgrad erinnert an den 2003 ermordeten Ministerpräsidenten Zoran Đinđić.

weil sie den anderen Parteien zu extrem war und für ein Serbien stand, dass die meisten anderen politischen Kräfte im Land überwinden wollten.

In der SRS etablierte sich in der Zeit ein Zweiergespann. Führend war der schon etwas ältere Parteimitgründer Tomislav Nikolić, die Nummer zwei der noch recht junge Aleksandar Vučić. Der Platz an der organisatorischen Spitze der SRS wurde vakant, weil dem weiterhin offiziellen Parteivorsitzenden Vojislav Šešelj vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag der Prozess gemacht wurde. Vučić hatte ihn am 23. Februar 2003 mit den Worten verabschiedet: „Er geht nach Den Haag, um das Serbentum zu verteidigen.“[36] Šešelj machte in Den Haag wiederholt deutlich, dass die Schaffung Großserbiens der ideologische Kern der Serbischen Radikalen Partei sei. Vučić und Nikolić wiederum dämmerte, dass sie mit solchen Positionen zwar bis zu einem Drittel der serbischen Wählerinnen und Wähler überzeugen konnten, aber keine realistische Machtoption hatten. Die anderen Parteien wollten nicht Juniorpartner der „Radikalen“ werden, die Serbien mit ihren Positionen wirtschaftlich und politisch isolieren und wieder zum Paria in Europa machen würden. Daher starteten Nikolić und Vučić im Jahr 2008 eine der erfolgreichsten „Rebranding“-Maßnahmen der serbischen Geschichte: Sie spalteten sich von der Srpska Radikalna Stranka (SRS) ab und gründeten die Srpska Napredna Stranka (SNS), die Serbische Fortschrittspartei.



Nikolić (l.) und Vučić bei einer Protestkundgebung der ultranationalistischen SRS vor der US-Botschaft in Belgrad im Dezember 2006. Mit Buttons zeigen sie ihre Solidarität mit Parteichef Šešelj, der sich zu dieser Zeit wegen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien verantworten musste.

Anlass der Spaltung war die Position zur Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union. Šešelj wies seine Partei aus Den Haag an, dagegen zu stimmen. Tomislav Nikolić und Aleksandar Vučić verweigerten sich dieser Ansage, stimmten für das Abkommen und gründeten mit anderen SRS-Abgeordneten eine eigene Fraktion, aus der schließlich die SNS hervorging. Die Initiative ging von Nikolić aus, Vučić schloss sich erst nach einer Bedenkzeit an. Ein Teil der Parteifunktionäre und Mitglieder der SRS folgte ihnen. Die Partei tauschte die ultranationalistische Rhetorik gegen einen etwas gemäßigteren serbischen Nationalkonservatismus ein – aus den alten Kriegstreibern wurden über Nacht überzeugte Europäer, die Serbien in die EU führen wollten. Im November 2009 erreichte die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in Serbien einen Höhepunkt: 73 Prozent der Serbinnen und Serben waren für einen Beitritt, nur 13 Prozent dagegen.[37]

Diese Rekordwerte wären ohne den öffentlich vorgetragenen Sinneswandel der Ultranationalisten kaum denkbar gewesen. Es kursieren mehrere Versionen darüber, warum es zum Bruch mit Šešelj und der Schaffung der SNS kam. Ein von Wikileaks veröffentlichtes Dokument[38] legt nahe, dass das

US-amerikanische State Department von folgender Version ausgeht: Die serbische Rechte habe sich neu konfiguriert, weil Nikolić und die ihn stützenden Finanzmagnaten pragmatisch anerkannten, dass die Mehrheit der serbischen Wählerschaft – auch ihrer eigenen – sich der EU zuwandte. Eine Schlüsselrolle habe dabei auch ein enger Vertrauter des damaligen, proeuropäisch und sozialdemokratisch ausgerichteten Präsidenten Boris Tadić gespielt. Laut dieser Interpretation hat die damalige serbische Regierung – die von Tadićs Demokratischer Partei (DS) geführt wurde – bewusst an der Gründung der SNS mitgewirkt, in der Hoffnung, damit eine proeuropäische Mitte-rechts-Partei zu schaffen. Sollte diese Version stimmen, muss man aus heutiger Sicht sagen, dass Tadić sich damit langfristig sein eigenes politisches Grab geschaufelt hat. Aus dem geleakten Dokument des State Department geht auch hervor, was der Westen so an der SNS schätzte: Sie schwächte die rechtsextreme SRS und warb bei einer bis weit an den rechten Rand gehenden Wählerschaft für einen EU-Beitritt. Außerdem nehme sie von Plänen eines „Großserbiens" Abstand, auch wenn sie nicht über Nacht alle nationalistische Rhetorik über Bord werfen könne. Allerdings wird in dem Bericht bereits gewarnt, dass die SNS ihr ultranationalistisches Erbe wieder hervorholen könnte, wenn proeuropäische Standpunkte bei der Bevölkerung unbeliebter werden sollten.

Die SNS strebte direkt nach ihrer Gründung an die Macht. Weil Nikolić nicht mehr bis zum regulären nächsten Wahltermin warten wollte, trat er im April 2011 sogar in den Hungerstreik, um der seiner Ansicht nach „schlechtesten Regierung der Geschichte" ein Ende zu setzen.[39] Jedoch vergebens. Nikolić begann auf Wunsch des damaligen Patriarchen der Serbisch-Orthodoxen Kirche Irinej wieder mit der Nahrungsaufnahme und musste sich bis zum offiziellen Termin für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 gedulden. Dort hatte die SNS mit ihrer Neuausrichtung großen Erfolg. Tomislav Nikolić gewann die Präsidentschaftswahlen gegen Amtsinhaber Boris Tadić knapp mit 51 zu 49 Prozent. Bei den Parlamentswahlen wurde die SNS stärkste Kraft mit 25 Prozent der Stimmen, während Šešeljs SRS an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und aus dem Parlament flog.

In vielen europäischen Hauptstädten war die Freude groß, weil keine einzige ultranationalistische und dezidiert EU-feindliche Partei mehr im serbischen Parlament vertreten war – etwas, das noch kurze Zeit vorher undenkbar schien. In Brüssel konnte man den Sieg von Nikolić offenbar kaum erwarten. Der damalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Ratspräsident Herman Van Rompuy gaben am 20. Mai 2012 um 16.45 Uhr

eine Pressemitteilung heraus, in der sie Tomislav Nikolić zu seinem Sieg gratulierten – drei Stunden und 15 Minuten bevor die Wahllokale in Serbien schlossen.[40] Man entschied sich in Brüssel, Nikolić und Vučić ihren Wandel zu Proeuropäern abzukaufen, weil sich auf diese Weise leichter Politik in der Region machen ließ: Die beiden versprachen Stabilität und schienen bezüglich des Kosovo gesprächsbereit.

Der Leiter des Zentrums für Südosteuropastudien in Graz, Florian Bieber, versteht das System Vučić daher als „Stabilokratie" und Vučić als einen „Stabilokraten". Eine Stabilokratie ist, so erläutert Bieber im Gespräch, ein „nicht demokratisches Regime, das sich an der Macht hält und dabei auch Unterstützung demokratischer Staaten erhält, weil es Stabilität verspricht". Im Jahr 2016 nahm die mächtige Europäische Volkspartei, zu der auch CDU und CSU gehören, die SNS als assoziiertes Mitglied – und damit in den Kreis konservativer und christdemokratischer Parteien Europas – auf. Bieber sagt: „Die SNS profitiert hier natürlich von der Unterstützung der stärksten Parteienfamilie in Europa und sucht deswegen die Nähe zu ihr. Das ist eine Strategie, die auch Viktor Orbán lange verfolgte." Für die Konservativen ist das laut Bieber allerdings problematisch: „Die Rhetorik aus der SNS würde man in Teilen des deutschsprachigen Raums als geradezu rechtsextrem einstufen. Vor neun Jahren, als sie noch proeuropäischer eingestellt waren, war die Aufnahme vielleicht nachvollziehbar. Heute ist es nicht mehr nachvollziehbar, dass die SNS mit einer demokratisch-konservativen Parteienfamilie assoziiert ist."

Vučićs letzte Schritte zur absoluten Macht

Der Sieg Tomislav Nikolićs bei den Präsidentschaftswahlen 2012 war ein wichtiger Schritt für Aleksandar Vučić auf seinem Weg zum mächtigsten Mann Serbiens. Im September 2012 wurde er Parteivorsitzender der SNS, der stärksten Kraft im Parlament. Diese hatte nach den Parlamentswahlen im Mai zunächst Probleme bei der Suche nach Koalitionspartnern. Das Parlament bestand aus einem SNS-Block und einem eher liberalen Block um Ex-Präsident Boris Tadić. Königsmacher waren die Sozialisten der SPS unter dem Parteivorsitzenden Ivica Dačić, dem ehemaligen Regierungssprecher Slobodan Miloševićs. Anfangs war Dačić noch eher dem liberalen Block zugeneigt, mit dem er bereits zuvor regiert hatte. Der machtpragmatische Vučić machte Dačić daraufhin ein Angebot, das dieser kaum ablehnen konnte: Obwohl die SPS nur die drittstärkste Kraft war, bot er Dačić an, Ministerpräsident zu werden. Vučić gab

sich, obwohl seine Partei die meisten Sitze errungen hatte, zunächst mit dem Posten als Vizepremier und Verteidigungsminister zufrieden.

Als im Januar 2014 die Beitrittsgespräche mit der EU offiziell begannen, nutzte Aleksandar Vučić diesen Erfolg, um vorzeitige Neuwahlen zu erzwingen. Eine Strategie, die sich in den Folgejahren etablierte: Auch 2016, 2022 und 2023 veranlasste er vorzeitige Parlamentswahlen. Der konkrete Zeitpunkt für die Neuwahlen 2014 war auch den sehr günstigen Umfragewerten der SNS geschuldet. Die Partei orientiere sich stark an Meinungsumfragen, sagt Südosteuropa-Experte Florian Bieber: „Vučić verfolgt das Meinungsbild im Land sehr genau und richtet sich auch danach." Die liberale Opposition lag am Boden und war durch interne Differenzen und allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit ihren wichtigsten Gesichtern geschwächt. Die Popularität der SNS stieg enorm durch eine Antikorruptionskampagne, die zur Verhaftung einer Reihe Prominenter führte – darunter auch Miroslav Mišković, dem damals wohl reichsten Mann in Serbien. Außerdem brachte Vučić bereits als Vizepremier viele Medien unter seine Kontrolle. Das Ergebnis war ein Erdrutschsieg der SNS, bei dem die Partei 158 von 250 Sitzen im Parlament holte.

Im April 2014 wurde Aleksandar Vučić erstmals zum Ministerpräsidenten Serbiens gewählt. Obwohl seine SNS eine absolute Mehrheit im Parlament hatte, holte er erneut die Sozialisten um Ivica Dačić in die Regierung und machte Dačić zum Außenminister. Offiziell behauptete Vučić, damit für Stabilität sorgen und internationalen Akteuren Kompromissbereitschaft signalisieren zu wollen. Bei der Einbindung der Sozialisten und anderer Parteien ging es jedoch vor allem darum, die Macht und Einflussmöglichkeiten der Opposition kleinzuhalten. Parteien, die potenziell kritisch hätten agieren können, wurden in die Regierungsarbeit eingebunden.

Die tatsächliche Opposition konnte in der Folgezeit hingegen effektiv von der Macht ferngehalten werden. Die Mittel, die dazu angewandt wurden, waren etwa systematische Diskreditierung in den regierungsnahen Medien, der Missbrauch staatlicher Ressourcen für den Dauerwahlkampf der SNS, Einschüchterung und Wahlbetrug. Heute spielt das Parlament in Serbien kaum noch eine Rolle – durch die Dominanz der SNS kann diese mit Dekreten und Verordnungen durchregieren. Damit Aleksandar Vučićs Strategie aufgeht, braucht er aber nicht nur die Unterstützung im Inneren, sondern auch von außen. Und auch die bekam er.

Eng war seine Beziehung etwa zur deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ihn unterstützte, seine Reformen lobte und wiederholt die Rolle Serbiens für Stabilität in der Region betonte. Der Journalist Andrej Ivanji bezeichnete

Vučić sogar als „politisches Ziehkind“ Angela Merkels und prangerte an, dass die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung viel Geld deutscher Steuerzahler ausgegeben habe, um ihn salonfähig zu machen.[41] Auch die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini fand viele anerkennende Worte für Vučić, insbesondere bezüglich seiner Rolle in den Normalisierungsgesprächen mit dem Kosovo, die später von Vučić selbst und vor allem von ihm nahestehenden Medien und lokalen Machthabern im serbisch dominierten Norden des Kosovo torpediert wurden (siehe Kap. 5.2). Besonders eng waren die Beziehungen zum Außenminister und späteren Bundeskanzler Österreichs, Sebastian Kurz – vor allem weil Kurz in Vučić einen wichtigen Partner für das zentrale Thema seiner Kanzlerschaft sah: die Schließung der sogenannten Balkanroute (siehe Kap. 13).

Doch nicht nur die hohe Politik, auch Journalistinnen und Journalisten halfen dabei, Vučićs Ruf im Ausland aufzupolieren. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schätzte Vučićs Wandel nach seinem Wahlsieg 2014 als glaubhaft ein,[42] der Wiener *Standard* übernahm von europäischen Diplomaten den Vergleich Vučićs mit Willy Brandt[43] und bei den Präsidentschaftswahlen 2017 beschrieben verschiedene deutschsprachige Medien und Agenturen Vučić als „proeuropäischen



Bundeskanzlerin Angela Merkel empfängt den serbischen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić mit militärischen Ehren im Kanzleramt in Berlin, Juni 2014.

Kandidaten“.[44] Dabei gab es zu der Zeit in Serbien gar keinen Wettkampf zwischen pro- und antieuropäischen Kräften. Der erfolgreichste dezidiert antieuropäische Kandidat, Vojislav Šešelj, erreichte gerade mal 4,6 Prozent der Stimmen. Als die immer autoritärer werdenden Züge der Herrschaft Vučićs offenbar wurden, passten viele Journalistinnen und Journalisten ihre Analysen an.

Von den Staats- und Regierungschefs der einflussreichsten EU-Staaten wird indes weiterhin selten Kritik am mächtigen Mann in Belgrad geübt. Stattdessen lädt Vučić hohen Besuch ins Land ein, um seinen Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass Serbien „wieder jemand ist“ in der Welt. Kritische Worte kamen weder von Olaf Scholz, der im Juli 2024 in Belgrad war, um mit einem „Memorandum of Understanding“ den Zugang zu serbischen Lithiumvorkommen für die deutsche und europäische Autoindustrie zu sichern (siehe Kap. 4.3), noch von Emmanuel Macron, der einen Monat später nach Belgrad reiste, um dem serbischen Militär zwölf Rafale-Kampfjets für rund drei Milliarden Euro zu verkaufen.[45] Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dankte im Oktober 2024 dem serbischen Präsidenten in Belgrad für seine „exzellente Reformagenda“, obwohl die Kommission selbst in der Woche darauf einen Bericht veröffentlichte, aus dem hervorgeht, dass Serbien in vielen Bereichen keine Fortschritte gemacht hatte.[46] Im März 2024 war der bayerische Ministerpräsident Markus Söder zu Gast in Belgrad, was wie ein Staatsbesuch inszeniert wurde. Kritische Worte hörte man auch von Söder nicht, stattdessen ließ er sich von Vučić den Orden am Bande der Republik Serbien verleihen, den vor ihm unter anderem Wladimir Putin, Viktor Orbán, der Schriftsteller Peter Handke und der Tennisspieler Novak Đoković erhalten hatten. Söder hielt die Auszeichnung stolz in die Kameras.[47]

Serbiens Abkehr von der EU

Westliche Regierungen, Meinungsmacher und – vor allem konservative – Politikerinnen und Politiker haben Aleksandar Vučić jahrelang unterstützt und ihn als „Proeuropäer“ verklärt, teilweise tun sie dies heute noch. Der Mann, von dem so viele sich erhofft haben, er würde den rechten Rand in Serbien pazifizieren, hat dessen Positionen vielmehr in den politischen Mainstream gerückt. Serbien ist heute weiter von einem EU-Beitritt entfernt als bei der Aufnahme der Beitrittsgespräche im Januar 2014. In den regierungsnahen Medien wird gegen den Westen im Allgemeinen und die EU im Besonderen gehetzt. Der Staat wurde weitgehend von einer korrupten Klientelpartei gekapert, während der Präsident sein eigentlich repräsentatives Amt bis zur Unkenntlichkeit

überdehnt hat. Selbstgefällig regiert er an allen demokratischen Standards vorbei und lässt die Opposition unterdrücken.

In der öffentlichen Debatte in Serbien spielt der EU-Beitritt kaum noch eine Rolle. Die Zustimmung zu einem EU-Beitritt in Serbien ist mittlerweile deutlich abgeflaut. Im Dezember 2022 veröffentlichte das serbische Ministerium für Europäische Integration eine Umfrage, laut der sich nur noch 43 Prozent der Serbinnen und Serben für einen EU-Beitritt aussprechen.[48] Danach wurde die seit 2006 regelmäßig stattfindende Umfrage eingestellt. Laut Umfragen des regionalen Kommunikationsprogramm der EU „WeBalkans" aus dem Frühjahr 2025 sind derzeit 41 Prozent der Menschen in Serbien der Ansicht, dass eine EU-Mitgliedschaft ihnen mehr Vorteile als Nachteile verschaffen würde, wobei nur 33 Prozent angeben, dass sie in einem Referendum für eine Mitgliedschaft stimmen würden. 36 Prozent glauben, dass Serbien in den kommenden 15 Jahren EU-Mitglied wird.[49]

Die EU tut so, als würde sie Serbien bald aufnehmen wollen, und die serbische Regierung tut so, als würde sie bald Mitglied werden wollen. Wirklich ernst meinen es wohl beide Seiten derzeit nicht.

4.2 Die unvollendete Demokratiebewegung: Das andere Serbien protestiert

Trotz Minusgraden und Schneefall werden die Studierenden im zentralserbischen Kragujevac wie Helden empfangen. Tagelang waren sie zu Fuß oder auf Fahrrädern aus dem ganzen Land hierhin unterwegs, nun wartet eine Menge von Tausenden Menschen und begrüßt sie lautstark mit Vuvuzelas und Trillerpfeifen. Einige der Studierenden sind bereits am Dienstag losgelaufen und erst spät am Freitag eingetroffen. Bei Kälte und Schnee. Der 21-jährige Student Vojin erklärt, warum sie hergekommen sind: „Die Regierungsmedien erzählen den Menschen auf dem Land, wir seien aus dem Ausland bezahlte Agenten. Wenn wir durch die Dörfer laufen und sie mit uns sprechen, glauben sie diese Lügen nicht mehr.“[50] Der richtige Protest beginnt am nächsten Morgen um 9 Uhr. Noch bevor die Studierenden ins Stadtzentrum kommen, haben Bauern bereits Straßenzugänge mit Traktoren blockiert. Auch der Bauer Milan Milošević aus dem 700-Einwohner-Dorf



Unterstützt den Protest der Studierenden: der Bauer Milan Milošević aus dem Dorf Viševac, der auch an einer Besetzung der kommunalen Verwaltung beteiligt war



Bauern blockieren mit Traktoren den Zugang zur Innenstadt von Kragujevac für die große Demonstration am 15. Februar 2025.

Viševac ist gekommen. Er erzählt, wie er gemeinsam mit anderen 16 Tage lang das Gebäude der kommunalen Verwaltung besetzt hielt. Jetzt stellt er sich hinter Vojin und die anderen Studierenden: „Das sind unsere Kinder und es tut uns leid, dass wir nicht früher mit dieser Mafia abgerechnet haben und sie es jetzt machen müssen.“[51]

Die Massenproteste in Serbien hatten nach dem Einsturz eines Bahnhofsvordachs mit 16 Toten in Novi Sad am 1. November 2024 begonnen. Studierende hielten seitdem die Fakultäten der Universitäten besetzt und blockierten gemeinsam mit Bikern, Taxifahrern und Bauern die Straßen. Auch in den Jahren zuvor waren Menschen auf die Straße gegangen. Gegen Lithiumabbau, gegen Korruption, gegen Gewalt oder Wahlbetrug. Aber die Proteste, denen sich der Bauer Milan Milošević und der Student Vojin angeschlossen haben, sind anders. Sie haben eine Dimension erreicht, die Serbien zuletzt vor einem Vierteljahrhundert gesehen hat, als im Oktober 2000 der vom UN-Kriegsverbrechertribunal angeklagte Autokrat Slobodan Milošević gestürzt wurde (mehr dazu weiter unten).

Kragujevac ist am 15. Februar 2025 die dritte Stadt, die im Rahmen der Protestwelle besetzt gehalten wird. Davor waren bereits Belgrad und Novi Sad

an der Reihe, danach werden es noch viele weitere sein. Noch während der Proteste in Kragujevac erklärte der autokratisch regierende Präsident Aleksandar Vučić, er werde das halbe Kabinett umbilden. Bereits im Januar hatte Regierungschef Miloš Vučević unter dem Druck der Proteste seinen Rücktritt verkündet, in den Monaten davor hatten der Infrastrukturminister Goran Vesić sowie der Handelsminister Tomislav Momirovć ihre Posten aufgegeben. Doch damit geben sich die Studierenden nicht zufrieden. Für sie handelt es sich um Bauernopfer, die ohnehin nicht viel zu sagen hatten. Sie wissen: Die Macht im serbischen Staat liegt nicht beim Regierungskabinett, sondern bei einem Mann, der laut Verfassung eigentlich ein vor allem repräsentatives Amt innehat: Präsident Vučić. Um zu verstehen, warum Hunderttausende in Serbien auf die Straße gehen, muss man in den November 2024 zurückblicken.

Das Unglück von Novi Sad

Der Auslöser der größten Protestbewegung seit mehr als zwei Jahrzehnten war der Einsturz des Bahnhofsvordachs in der zweitgrößten serbischen Stadt Novi Sad am 1. November 2024. Dabei starben 14 Personen direkt, zwei weitere Personen erlagen später im Krankenhaus ihren Verletzungen. Die Empörung war darum besonders groß, weil der Hauptbahnhof frisch renoviert worden war und Aleksandar Vučić und seine Serbische Fortschrittspartei (SNS) die Renovierung und die neue Schnellstrecke nach Belgrad als großen Erfolg im Wahlkampf verkauft hatten. Zunächst behaupteten die Verantwortlichen, das Bahnhofsvordach sei überhaupt nicht Teil der Renovierungsarbeiten gewesen. Das entpuppte sich schnell als plumpe Lüge. Das Gebäude steht mitten in der Stadt, schon bald tauchten Fotos auf, die belegen, dass dort sehr wohl Bauarbeiten stattgefunden hatten. Studierende und zivilgesellschaftliche Gruppen in Novi Sad organisierten sich rasch und begannen, Aufklärung und rechtsstaatliche Konsequenzen zu fordern, unter anderem die Veröffentlichung sämtlicher Dokumente zu den Arbeiten am Bahnhof. Die Protestierenden gehen davon aus, dass sich in den Dokumenten Belege dafür finden lassen, wie die Korruption der SNS zum Unglück führte.

Das glaubt auch Zoran Djajić, der als Ingenieur in Novi Sad tätig war. Er hatte die Behörden wiederholt auf Gefahren aufmerksam gemacht, Mängel abfotografiert und die Beweise an mehrere Stellen geschickt. Seine Einwände wurden nicht ernst genommen und sein Arbeitsvertrag nicht verlängert. Anstatt die Fehler einzugestehen oder aufzuarbeiten, beschimpft Präsident Vučić

den Whistleblower-Ingenieur als Dieb und Lügner. Die Modernisierung des Bahnhofs ist Teil der chinesischen „Seidenstraßen-Initiative“ und wurde maßgeblich durch Kredite aus China finanziert. Besonders misstrauisch ist Djajić gegenüber der serbischen Baufirma Starting, die Teil eines schwer durchschaubaren Netzwerks von Subunternehmen ist, das die Chinesen für den Bau engagierten. Djajić und andere Experten vermuten, dass dieses System der Korruption diente, indem Baukosten künstlich aufgebläht und Gelder an Politiker sowie regierungsnahe Unternehmen umgeleitet wurden. Gemeinsam mit Juristen und Ökonomen hat Djajić eine Initiative gegründet, um sämtliche Verträge mit den Chinesen und ihren Subunternehmern systematisch zu prüfen und eine Anklage wegen Wirtschaftskriminalität vorzubereiten. Djajić sagt im Gespräch mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Der direkte Schuldige, der Mörder der Menschen, die bei dem Einsturz des Vordaches in Novi Sad erschlagen wurden, ist Aleksandar Vučić.“[52] Auf Nachfrage verweist er darauf, dass das Präsidialamt nachweislich darauf bestanden habe, die Bauarbeiten sechs Monate vor dem ursprünglichen Zeitplan abzuschließen – weil Vučić Wahlkampffotos benötigte.

Die serbische Regierung reagierte mit Repressionen, Überwachung und Verschwörungserzählungen auf die Proteste. Aleksandar Vučić behauptet etwa, dass Studierende vom „Westen“ bezahlt würden, und betonte, dass er nicht wie Bashar al-Assad nach Moskau fliehen werde.[53] Den Vergleich mit dem syrischen Kriegsverbrecher hat Vučić dabei selbst gezogen, nicht seine Kritikerinnen und Kritiker. Die Proteste werden – in Anlehnung an russische Narrative – als Ergebnis ausländischer Einflussnahme dargestellt. So drangen in der Nacht zum 23. Januar 2025 Zivilpolizisten in ein Hotel ein, in dem Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „NGO Academy“ untergebracht waren, einer von der „Ersten Stiftung“ des österreichischen Sparkassenverbands organisierten Veranstaltung. Die Anwesenden wurden festgenommen, befragt und als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft – vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil unter den 13 Festgenommenen fünf kroatische Staatsbürger waren, was in die Erzählung passte, die Proteste gingen von Kroatien aus. Dieser Vorfall veranlasste das kroatische Außenministerium, von Reisen nach Serbien abzuraten.[54] Außerdem führte die serbische Polizei, ermuntert wohl durch den Wahlsieg Donald Trumps und dessen Vorgehen gegen die Entwicklungshilfe-Behörde USAID, Ende Februar 2025 eine Razzia bei verschiedenen NGOs durch.[55] Eine der betroffenen Organisationen war das „Centar za istraživanje, transparentnost i odgovornost“ (Zentrum für Forschung, Transparenz und Rechenschaft,

CRTA). Die NGO hatte im Januar 2025 eine repräsentative Studie veröffentlicht, die Vučić nicht gefallen haben dürfte: 80 Prozent der Menschen in Serbien unterstützen die Forderungen der Studierenden mehrheitlich, 64 Prozent in Gänze. Damals hatten die Studierenden sich basisdemokratisch auf vier Grundforderungen geeinigt: Alle Dokumente im Zusammenhang mit dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad sollten veröffentlicht, die Verantwortlichen rechtsstaatlich zur Verantwortung gezogen, Strafverfahren gegen die Demonstrierenden fallen gelassen und den Universitäten 20 Prozent mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden. In der Studie gaben zudem 58 Prozent an, den Studierenden Glauben zu schenken, während es bei Vučić nur 33 Prozent waren.[56] Das Narrativ der regierungsnahen Medien, wonach die Proteste vom Ausland gesteuert seien, verfängt bei der Mehrheit der Bevölkerung in Serbien nicht mehr.

Überwachung und Repression

Ein weiteres repressives Mittel offenbarte sich im Fall des Studenten Nikola Ristić, der einen Protest in Belgrad mitorganisierte und zu einem Gespräch mit dem Geheimdienst BIA geladen wurde. Er gab später an, sich während der Befragung bedroht gefühlt zu haben, und berichtete, dass sein während der Befragung abgegebenes Handy später ungewöhnliche Aktivitäten zeigte. Amnesty International identifizierte die Spyware Novispy auf seinem Mobilgerät.[57] Janik Besendorf vom Digital Security Lab von Reporter ohne Grenzen erklärt das Vorgehen: „Die serbischen Behörden haben zuvor die Staatstrojaner Predator und Pegasus genutzt, doch bei Novispy brauchen die Behörden physischen Zugang auf ein entsperrtes Smartphone." Die notwendigen Entsperr-Codes könnte die Polizei erhalten haben, indem sie die Zielperson beim Entsperren ihres Endgerätes beobachtete, oder sie nutzte Software des israelischen Unternehmens Cellebrite, um die Sperrung zu umgehen. Die serbischen Behörden hatten Zugang zu der Software, weil Norwegen die Kosten dafür im Rahmen eines UN-Projekts übernahm. Das Ziel war es, Serbien dabei zu helfen, EU-Standards bei der Bekämpfung organsierterer Kriminalität zu erreichen. Verwendet wurde es zum Ausspionieren von Demonstrierenden, Journalistinnen, Aktivisten und anderen.[58] Besendorf sagt in Bezug auf Betroffene: „Bei Novispy ist es möglich, schnell zu erkennen, ob man ausgehorcht wird, weil eine App aufs Smartphone installiert wird. Die heißt natürlich nicht Novispy, aber man kann über das Ausschlussverfahren herausfinden, ob die Software installiert wurde."



Die Studentin Doroteja Antić spricht auf einer Protestkundgebung.

Während Nikola Ristić zu einem Gespräch beim Geheimdienst geladen wurde, gab es auch Personen, die man gegen ihren Willen dorthin verschleppte. Eine von ihnen war die damals 23-jährige Doroteja Antić von der studentischen Initiative STAV.[59] Sie und ihre Freundin Mila Pajić wurden am 8. November 2024 in Novi Sad von sechs Männern in zwei Wagen gezerrt. Die Männer haben sich nicht ausgewiesen, und die beiden jungen Frauen wussten in dem Moment überhaupt nicht, in wessen Gewalt sie sich befanden. Später stellte sich heraus, dass es sich um Mitarbeiter des BIA gehandelt hatte, deren Namen sie allerdings nie erfuhren. Offiziell und nach Protokoll in Gewahrsam genommen wurden die beiden nicht. Doroteja Antić sagt: „Es ist eine sehr ungewöhnliche Situation, dass der Geheimdienst sich mit zwei jungen Frauen im Alter von 21 und 23 befasst, die zu einer Demonstration gehen. Eigentlich sollten sie sich mit anderen Themen beschäftigen, Schwerkriminelle jagen oder auch etwas gegen die Korruption unternehmen." Antić vermutet, dass der Geheimdienst die beiden auf dem Schirm hatte, weil sie bei den ersten Protesten nach dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in den Medien in Erscheinung getreten waren.[60]

Unter anderem wegen solcher Vorfälle ist es eine Strategie der Studierenden, keine Anführerinnen oder Anführer an ihre Spitze zu stellen. Sie organisieren

sich basisdemokratisch und in den Medien tauchen immer neue Gesichter auf. Denn in der Vergangenheit hatten sich regierungsnahe Boulevardmedien oft auf einzelne Wortführerinnen oder Wortführer eingeschossen. Für die Mobilisierung der Proteste in Niš am 27. Februar 2025 wurde ein Video auf Instagram gepostet mit dem Text: „Jemand hat uns als staatsfeindliche Elemente bezeichnet und gefragt, wer unser Anführer ist. Das ist unsere Antwort." Auf dem Video sieht man schnell hintereinander geschnitten viele verschiedene Gesichter, die sagen: „Ich bin der Anführer."[61]

Baseballschläger aus der Parteizentrale

Während der Proteste kam es zu zahlreichen gezielten Angriffen auf Studierende, bei denen die Angreifer später als Funktionäre der Regierungspartei SNS identifiziert wurden. Der Rücktritt von Premierminister Miloš Vučević erfolgte nach einem solchen Angriff, bei dem maskierte Männer mit Baseballschlägern aus der SNS-Parteizentrale kamen, mehrere Menschen angriffen und einer 23-jährigen Frau den Kiefer brachen.[62] Es tauchten Fotos von einem der Angreifer mit dem Sohn des damaligen Ministerpräsidenten Vučević auf, die den Druck auf ihn erhöhten. Außerdem gab es mehrere gezielte Angriffe durch Autofahrer, die absichtlich Demonstrierende rammten. Besonders drastisch war der Fall der 20-jährigen Jurastudentin Sonja Ponjavić, die am 16. Januar 2025 in Belgrad angefahren und mehrere Meter von dem Auto mitgeschleift wurde. Sie hatte Glück und konnte recht schnell wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Von dem Angriff gab es ein Video, das auf Social Media viral ging, untermalt mit einer Rede von Aleksandar Vučić, der sich nach einem ähnlichen Vorfall in Požarevac am 1. Dezember 2024 auf die Seite des Fahrers stellte, der doch nur „seines Weges gehen" wollte. Der serbische Tennisstar Novak Đoković zeigte sich solidarisch mit den Studierenden und wünschte der verletzten Ponjavić gute Besserung, während er betonte, dass seine Unterstützung stets jungen Menschen gelte, denen die Zukunft des Landes gehöre.[63] Da es sich bei Đoković um den derzeit wohl beliebtesten Prominenten in Serbien handelt, ist das für das System Vučić durchaus eine Herausforderung.

Neben der Empörung über den Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad und der fehlenden Aufarbeitung waren es auch solche Angriffe auf Demonstrierende, die die Solidarisierung mit den Studierendenprotesten förderte. Mitte Juli 2025 erklärte Aleksandar Vučić sogar, er werde die Schläger begnadigen, die der jungen Frau den Kiefer gebrochen hatten. Außerdem begnadigte er



Die von Studierenden besetzte philosophische Fakultät der Universität Belgrad im März 2025. Über dem Eingang steht der Satz: „Es ist nicht philosophisch, zu schweigen."

eine 25-jährige Autofahrerin, die bei einer Demonstration in Novi Beograd in eine Gruppe Studierender gefahren war, eine Person dabei schwer verletzt hatte und gegen die wegen versuchten Mordes ermittelt worden war. In einem Interview mit dem ihm gewogenen Propagandasender „Informer" erklärte Vučić die Demonstrierenden zu Tätern, diejenigen, die Gewalt gegen sie verüben, zu Opfern und kritisierte die Justiz dafür, überhaupt gegen die Fahrerin zu ermitteln.[64]

Wenige Wochen nach Beginn der Proteste sind fast alle Fakultäten in Serbien besetzt. Die Studierenden treffen sich zu Plenen und diskutieren dort basisdemokratisch, wie sie vorgehen werden und was sie fordern. Nach langen Diskussionen fallen die Entscheidungen oft einstimmig oder fast einstimmig aus. Sie wollen keine Revolution, sondern etwas sehr Grundlegendes: ein Ende der Korruption, eine Rückkehr zu Demokratie und funktionierenden Institutionen sowie strafrechtliche Verfolgung derer, die für den Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad und die Angriffe auf Demonstrierende verantwortlich sind. Aber Vojin, jener 21-jährige Student, der auch bei den Protesten in Kragujevac dabei war, glaubt, dass die Regierung die Forderungen nicht erfüllen

wird: „Dann würde das gesamte System zusammenbrechen und viele der Verantwortlichen würden strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden." Ein Rücktritt von Aleksandar Vučić gehört nicht zu den Forderungen der Studierenden. Blickt man in die Menge, dann sieht man, dass viele Protestschilder und Parolen direkt an ihn adressiert sind. Die Studierenden haben sich aber strategisch gegen eine Rücktrittsforderung entschieden, um zu signalisieren, dass sie seine Autorität und sein Spiel, in dem er alle wichtigen Entscheidungen trifft, gar nicht erst anerkennen.

Das gilt auch für den Umgang mit den regierungsnahen Medien, die Lügen über die Demonstrierenden verbreiten, um ihren Protest zu delegitimieren. Die Studierenden gehen nicht darauf ein und schaffen stattdessen ihre eigenen Narrative über soziale Netzwerke oder ausländische Medien. Beispielhaft dafür steht das von ihnen entwickelte Motto „Er ist nicht zuständig". Gemeint ist Präsident Vučić. Denn sein Amt sieht laut serbischer Verfassung eigentlich vor allem repräsentative Aufgaben vor (ähnlich wie das des deutschen Bundespräsidenten, auch wenn die Kompetenzen des serbischen Präsidenten etwas weitreichender sind und er direkt gewählt wird). Für die täglichen Regierungsgeschäfte ist der Präsident schlicht nicht zuständig. Eine Rückkehr zur Verfassung:



Ein Protest-Meme zeigt Präsident Vučić, der trotz der Lage im Land so tut, als habe er alles unter Kontrolle. Solche kreativen Plakate finden sich häufig bei den Studierendenprotesten.

Das ist im Kern, was die Studierenden fordern – hier in Kragujevac, der Stadt, in der genau 190 Jahre zuvor die erste serbische Verfassung verabschiedet wurde, die damals als eine der progressivsten in Europa galt.

Proteste gegen Krieg und Milošević

Der Aufstand der Studierenden reiht sich ein in eine mehr als drei Jahrzehnte währende Tradition der Demokratiebewegungen in Serbien. Im Jahr 1991 formierte sich Protest gegen den zunehmend autoritär herrschenden Präsidenten Slobodan Milošević. Dieser hatte die propagandistische Kraft des serbischen Nationalismus und die von ihm ausgerufene sogenannte antibürokratische Revolution genutzt, um hohe Ämter – auch in den anderen Teilrepubliken – mit eigenen Gefolgsleuten zu besetzen und die gesamte Macht im untergehenden Jugoslawien an sich zu ziehen. Als Slowenien und Kroatien schließlich ihre Unabhängigkeit von Jugoslawien erklärten, antwortete Milošević mit der Jugoslawischen Volksarmee. Er begann mehrere Kriege, die erst 1999 mit der Bombardierung Belgrads durch die NATO enden sollten (siehe Kap. 5.1).

Die erste Protestwelle gegen Milošević begann am 9. März 1991 und vereinte eine ideologisch heterogene Gruppe von rechten Antikommunisten und Nationalisten bis hin zu liberal-bürgerlichen und teils progressiven Kräften. An der Spitze stand der ideologisch flexible Vuk Drašković mit seiner „Serbischen Erneuerungsbewegung“ (Srpski pokret obnove, SPO), aber auch liberale Kräfte wie der spätere Premierminister Zoran Đinđić waren mit von der Partie. Anlass der Proteste war die Forderung nach freier Berichterstattung, doch der Unmut weitete sich bald aus. Zehntausende gingen auf die Straße und füllten den Platz der Republik in Belgrad. Milošević schickte die Jugoslawische Volksarmee auf die Straße, um den Protest mit Gewalt niederzuschlagen. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden Panzer in Belgrad eingesetzt, zwei Menschen wurden getötet. Doch der Widerstand ließ sich nicht ersticken. Die Studierenden schlossen sich dem Protest der Oppositionsparteien an und hatten mit ihren Forderungen teilweise Erfolg. Der Verantwortliche des Belgrader Fernsehens, Dušan Mitević, und Innenminister Radmilo Bogdanović mussten ihren Hut nehmen. Das Verbot der unabhängigen Sender B92 und Studio B wurde aufgehoben. Der Protest zeigte also Wirkung, rettete einen Rest von Pressefreiheit und signalisierte der ganzen Welt, dass es in Serbien Widerstand und Opposition gibt und nicht das gesamte Volk hinter Milošević steht.[65]



Auf Geheiß von Milošević rollen am 10. März 1991 erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg Panzer durch Belgrad, um die Protestbewegung niederzuschlagen.



Proteste der Opposition um Vuk Drašković (hier im beigen Mantel) in Belgrad am 13. März 1991

Als wenige Monate nach den Protesten der Einmarsch von Truppen der Jugoslawischen Volksarmee unter Miloševićs Kontrolle in Slowenien und Kroatien begann, kam es zu Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von serbischen Wehrpflichtigen. Rund 200 000 Serben entzogen sich durch Flucht ins Ausland ihrem Einberufungsbefehl und rund 50 000 desertierten von der Front.[66] Einer von jenen, die ins Ausland gingen statt zur Armee, ist der Journalist, Musiker und Schriftsteller Danko Rabrenović, der in Deutschland später als „Balkanizer" Bekanntheit erlangte. Er erklärt: „Ich bin geflohen, weil ich weder auf meinen serbischen Vater noch auf meine kroatische Mutter schießen wollte."[67]

Von den Zurückgebliebenen protestierten viele gegen den Krieg, vor allem in Reaktion auf konkrete Verbrechen wie die Zerstörung Vukovars, die Bombardierung Dubrovniks oder die Belagerung Sarajevos. Besonders NGOs sowie Musikerinnen und Musiker spielten eine zentrale Rolle in der Organisation und Durchführung dieser Proteste. Es formierte sich der „Beogradski krug" (Belgrader Kreis) – eine Gruppe von Intellektuellen, die sich gegen nationalistische Politik und die Kriege im ehemaligen Jugoslawien stellte. Aus diesem Kreis gaben Ivan Čolović und Aljoša Mimica einen Sammelband mit dem Titel „Das andere Serbien" *(Druga Srbija)* heraus,[68] der 80 Reden und Essays enthielt, die während öffentlicher Foren im „Studentski kulturni centar" (SKC)[69] vorgetragen worden waren. Diese waren klar progressiv und antinationalistisch gesinnt.[70] Bekannte Musiker wie Milan Mladenović aus der Band EKV und Šarlo Akrobata, Rambo Amadeus und Musiker aus Bands wie Električni Orgazam oder Partibrejkers trugen mit ihren Antikriegskonzerten zur Mobilisierung bei. Ein bedeutendes Ereignis war das Friedenskonzert unter dem Motto *„Ne računajte na nas"* (Zählt nicht auf uns) im April 1992, das zum Auftakt für zahlreiche weitere Antikriegsveranstaltungen wurde. Auch in anderen Städten Serbiens und in weiteren Nachfolgestaaten Jugoslawiens fanden ähnliche Veranstaltungen statt.[71] Doch es dauerte bis zum Herbst 1996, ehe sich eine Protestbewegung auf der Straße formierte, die das Bestehen des Milošević-Regimes tatsächlich gefährden sollte.

Proteste 1996/97

Auf den massiven Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen am 17. November 1996 folgten Massendemonstrationen in zahlreichen Städten wie Belgrad, Novi Sad, Niš und Kragujevac. In diesen Städten hatte das Oppositionsbündnis

„Zajedno“ (Gemeinsam) den Sieg gegen die von Milošević kontrollierten Sozialisten errungen, doch Letztere erkannten den Sieg der Opposition nicht an. Das breite Wahlbündnis wurde angeführt von Vesna Pešić (GSS), Vuk Drašković (SPO), Zoran Đinđić (DS) und Vojislav Koštunica (DSS). Bereits am Tag nach den Wahlen begannen erste Proteste, die sich rasch zu einer Massenbewegung entwickelten, der sich erneut auch zahlreiche Studierende anschlossen. Ein Motto der Proteste war *„Beograd je Svet“* – Belgrad ist die Welt. Zehntausende, in Belgrad zu Spitzenzeiten Hunderttausende, gingen auf die Straße, um gegen den Wahlbetrug zu demonstrieren. Neben Straßenmärschen und Kundgebungen organisierten sie kreative Protestformen wie Lärm-Demonstrationen, bei denen die Menschen mit Töpfen, Pfeifen und anderen Gegenständen lautstark ihre Ablehnung des Regimes zum Ausdruck brachten. Die Proteste blieben überwiegend friedlich, doch es kam wiederholt zu Repressionen durch die Sicherheitskräfte.

Ein entscheidender Faktor für die Mobilisierung der Bevölkerung war der unabhängige Radiosender B92, der den Demonstrierenden trotz massiver



Die Oppositionsführer Vesna Pešić und Zoran Đinđić an der Spitze eines Demonstrationszugs durch Belgrad, 5. Dezember 1996

staatlicher Zensur als Informationsquelle diente. Während die staatlich kontrollierten Medien die Proteste weitgehend ignorierten oder diffamierten, sorgte B92 mit kontinuierlicher Berichterstattung dafür, dass die Menschen in Serbien und der ganzen Welt von ihnen erfuhren. Am 24. Dezember 1996 eskalierten die Proteste in Belgrad, als Slobodan Milošević eine Kundgebung zu seiner Unterstützung abhalten ließ und regierungstreue Schlägertrupps mit Unterstützung der Polizei eine Demonstration des Oppositionsbündnisses Zajedno angriffen. Dabei wurde ein Teilnehmer der Demonstration, Predrag Starčević, getötet und einem zweiten, Ivica Lazović, wurde in den Kopf geschossen, was er trotz schwerer Verletzungen überlebte.[72] Der Druck der Straße, aber auch der internationalen Gemeinschaft wuchs an. Ein Bericht der OSZE vom 27. Dezember 1996 bestätigte offiziell die Wahlfälschungen und verstärkte den diplomatischen Druck auf Serbien.[73]

Die größte Zahl an Demonstrierenden fand sich am 27. Januar 1997, dem Fest des Heiligen Sava, zusammen, als der Patriarch der Serbisch-Orthodoxen Kirche, Pavle, eine Prozession zum Dom des Heiligen Sava in Belgrad führte und sich Tausende Menschen anschlossen. In Reaktion auf diese Demonstration der Stärke und Geschlossenheit zog sich die Polizei zum ersten Mal seit Monaten aus Teilen der Innenstadt zurück und ließ die Menschen passieren. Schließlich musste die Regierung nachgeben: Am 11. Februar 1997 verabschiedete das serbische Parlament ein Gesetz, das die Wahlergebnisse vom November 1996 anerkannte – allerdings ohne dabei ein Fehlverhalten des Regimes einzuräumen. Daraufhin übernahm die demokratische Opposition die Macht in den wichtigsten Rathäusern des Landes.

5. Oktober 2000 – der Sturz Miloševićs

Am 24. September 2000 gewann der Konservative Vojislav Koštunica die absolute Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien im ersten Wahlgang, was von der unter Miloševićs Kontrolle stehenden Wahlkommission aber nicht anerkannt wurde. Diese kündigte eine Stichwahl an und behauptete, weder Koštunica noch der bisherige Amtsinhaber Milošević habe die absolute Mehrheit erlangt. Doch diesmal sah sich Milošević einer geeinten und vorbereiteten Opposition gegenüber, der aus 18 Parteien bestehenden „Demokratischen Opposition Serbiens“ (DOS). Der offensichtliche Wahlbetrug brachte das Fass endgültig zum Überlaufen. Opposition und große Teile der Bevölkerung waren sich einig: Milošević hat fertig.[74]



„Gotov je" (Er ist fertig) lautete das zentrale Motto der Proteste gegen Milošević, hier auf einem Aufkleber, der auf das Schild eines Polizisten vor dem Belgrader Parlament geklebt wird, 5. Oktober 2000.

In den folgenden Tagen kam es zu teils eskalierenden Protesten. Die Bergleute des Kolubara-Bergwerks traten in einen Streik, um gegen die manipulierten Wahlergebnisse zu protestieren, was zu Energieengpässen führte und den Druck der Straße auf die Regierung deutlich erhöhte. Gewerkschaften und Opposition riefen zum Generalstreik auf, der das alltägliche Leben in Teilen lahmlegte. Am 5. Oktober 2000 kulminierte der Widerstand in einem gewaltigen Protestmarsch auf Belgrad. Demonstrierende aus ganz Serbien strömten in die Hauptstadt, um das Parlament zu stürmen. Inmitten dieser Proteste kam es zu einer Szene, die später als Symbol der „Bulldozer-Revolution" bekannt wurde: Der Bauunternehmer Ljubisav Đokić, genannt „Joe", fuhr mit einem Bulldozer direkt auf das Gebäude des staatlichen Fernsehens RTS zu – einem Propagandainstrument des Regimes. Ein Foto von Joe wurde zum ikonischen Bild der Revolution. Die Demonstrierenden stürmten das Parlamentsgebäude und das RTS-Gebäude. Tränengas wurde eingesetzt, doch die Protestbewegung war nicht mehr aufzuhalten. Innerhalb weniger Stunden verlor das Regime faktisch die Kontrolle. Milošević musste abtreten und wurde wenige Monate später an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert.

Die Protestbewegung gegen Milošević war in vielerlei Hinsicht kreativ. So organisierten Studierende aus Novi Sad das Exit-Festival, das 100 Tage an-



Demonstrierende vor dem brennenden Gebäude des staatlichen Fernsehsenders RTS, 5. Oktober 2000

dauerte. Eine Schlüsselrolle in der Mobilisierung spielte die Jugendbewegung „Otpor!“ (Widerstand!), die im November 2000 sogar mit dem „Free Your Mind“-Award bei den MTV Europe Music Awards ausgezeichnet wurde. Das Logo von Otpor – eine hochgestreckte schwarze Faust auf weißem Grund – wurde zu einem Symbol des Sturzes Miloševićs. Srđa Popović, einer der Mitbegründer, rief später das „Centre for Applied Nonviolent Action and Strategies“ (CANVAS) ins Leben, das bis heute besteht und weltweit Aktivistinnen und Aktivisten in gewaltfreiem Widerstand schult. In seinem Buch *Protest! Wie man die Mächtigen das Fürchten lehrt* erläutert Popović Strategien und Erfahrungen aus verschiedenen Protestbewegungen.[75] CANVAS unterstützte zahlreiche Oppositionsbewegungen, darunter auch einige, die an den „Farbrevolutionen“ in der Ukraine und Georgien sowie am „Arabischen Frühling“ beteiligt waren.

Popović und seine Arbeit bilden den wahren Kern dessen, was heute in Russland, Serbien und anderen autoritären Staaten als Verschwörungserzählungen über (tatsächliche oder vermeintliche) „Farbrevolutionen“ verbreitet wird. In Serbien selbst verlor Otpor nach der geglückten Revolution schnell an

Zustimmung, weil bekannt wurde, wie viel finanzielle Unterstützung die Organisation aus dem Ausland, vor allem aus den USA, erhalten hatte. Das kam im gerade erst von der NATO – und vor allem von US-Einheiten – bombardierten Serbien nicht gut an. Außerdem sahen viele die Aufgabe der Organisation als erfüllt an.

Ernüchterung

Es schien, als habe die Opposition gesiegt. Das breite Bündnis DOS hatte mit vereinten Kräften den autoritären Machthaber gestürzt und stellte eine demokratische und europäische Zukunft in Aussicht, in der Serbien nach den Kriegsjahren und der Bombardierung kein Paria mehr sein sollte. Doch auf den demokratischen Aufbruch folgte bald Ernüchterung. Der entscheidende Bruch kam am 12. März 2003 mit der Ermordung von Serbiens Premierminister Zoran Đinđić.

Đinđić war einer der wichtigsten Architekten eines Serbiens nach Milošević. Einst ein Linker hatte er in Deutschland bei Jürgen Habermas studiert und über Marx' kritische Gesellschaftstheorie promoviert. Durch seine Opposition zum nominell sozialistischen Regime wandelte er sich mehr und mehr zu einem Liberalen. Er gehörte – im Gegensatz zu vielen anderen Oppositionellen – zu jenen, die die von Serben begangenen Kriegsverbrechen scharf verurteilten und sich für eine Auslieferung von Kriegsverbrechern nach Den Haag stark machten.[76] Sein Kampf gegen organisierte Kriminalität, die alten Strukturen des Milošević-Regimes und seine Bereitschaft, mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zu kooperieren, brachten ihm mächtige Feinde ein.[77] Er wurde von einem ehemaligen Mitglied der Spezialeinheit „Rote Barette" erschossen – eine Tat, die zeigte, wie tief der serbische Staat weiterhin von kriminellen Netzwerken durchdrungen war. Mit Đinđićs Tod verlor Serbien seinen wichtigsten Reformpolitiker. Danach verfielen die nun tonangebenden politischen Kräfte endgültig in interne Machtkämpfe. Skandale und Korruptionsvorwürfe erschütterten die demokratischen Parteien, während die Sozialisten (SPS) und Vojislav Šešeljs Ultranationalisten der „Radikalen Partei" wieder an Einfluss gewannen (siehe Kap. 4.1).

Die Südosteuropa-Expertin Aleksandra Tomanić war zur Zeit des Umsturzes in Serbien 20 Jahre alt und aktives Mitglied bei Otpor. Sie zog damals bewusst von Bochum nach Belgrad, um sich den politischen Aktivistinnen und Aktivisten an der dortigen Universität anzuschließen. Zu den bald darauf

wiederkehrenden politischen Erfolgen der Ultranationalisten sagt sie: „Ich habe gegen Milošević demonstriert, weil er die Kriege angefangen hat. Viele haben aber nur gegen ihn demonstriert, weil er die Kriege verloren hat. Milošević war weg, aber die serbische Gesellschaft hat sich nicht grundlegend verändert."

Heute sind von dem einst so mächtigen DOS-Bündnis nur noch kleine, zersplitterte Oppositionsparteien übrig, die im Vergleich zur regierenden SNS schwach und machtlos erscheinen. Mehr als zwei Jahrzehnte nach Miloševićs Sturz sitzen einige seiner alten Kader, allen voran sein ehemaliger Informationsminister Aleksandar Vučić, wieder fest im Sessel der Macht.

Das andere Serbien reloaded – Protest gegen Vučić

Nach dem Sturz des Milošević-Regimes kam es über 15 Jahre lang zu keiner größeren Protestbewegung. Viele Ziele wurden erreicht, Angehörige der Protestbewegung übernahmen wichtige Ämter in Regierung und Staat, das gemeinsame Feindbild war besiegt. Wenn es zu großen Demonstrationen kam, dann weil serbische Nationalisten gegen die Unabhängigkeit des Kosovo demonstrierten. Erst Jahre nachdem Aleksandar Vučić 2014 als Ministerpräsident das Ruder übernommen hatte, formierte sich wieder breiter Protest. Auf der Straße sichtbar wurde dieser erstmals im April 2016, als die Aushöhlung des Rechtsstaats den Serbinnen und Serben brutal vor Augen geführt wurde. Anlass für die Proteste war der Abriss von mehreren Gebäuden im Belgrader Viertel Savamala, die dem Megaprojekt „Belgrad am Wasser" im Weg standen. Diese Gebäude wurden nicht nur ohne Genehmigung, sondern auch mitten in der Nacht abgerissen in einem dicht besiedelten Viertel im Stadtzentrum. Passantinnen und Anwohner wurden dabei von maskierten Männern massiv eingeschüchtert. Die Polizei reagierte über mehrere Stunden nicht auf Notrufe der Betroffenen, was die öffentliche Empörung noch verstärkte. Vučić behauptete, er habe nichts mit dem Abriss zu tun, nannte die Verantwortlichen „komplette Idioten" und verwies auf die Verantwortlichkeit der Stadt Belgrad.[78]

Inzwischen hat Vučić zugegeben, dass er selbst hinter dem Abriss stand. Es kam damals nicht zu Massenprotesten, aber zur Entstehung der Bewegung „Ne Da(vi)mo Beograd" (ein Wortspiel, das die Parolen „Wir lassen Belgrad nicht ertrinken" und „Wir geben Belgrad nicht her" kombiniert), aus der sich später Teile des grün-linken Bündnisses „Moramo" (Wir müssen) formten. Obwohl die Proteste den Bau des Projekts nicht stoppten, trugen sie ihren Teil dazu bei,



„Wir lassen Belgrad nicht ertrinken": Protest gegen das Megaprojekt „Belgrad am Wasser" vor dem serbischen Parlament, 11. Juni 2016

dass einige Jahre später, im April 2022, zum ersten Mal ein explizit grün-linkes Parteienbündnis ins serbische Parlament einzog.

Im Jahr 2018 gingen wieder Zehntausende gegen Vučić – nun nicht mehr Ministerpräsident, sondern Staatspräsident – auf die Straße. Auslöser war ein brutaler Angriff auf den Oppositionspolitiker Borko Stefanović durch mehrere Maskierte. Die Bewegung, die sich daraufhin formte, nannte sich „Einer von 5 Millionen" – eine Reaktion auf die Aussage Vučićs, er würde keinen Forderungen nachgeben, selbst wenn fünf Millionen Menschen protestierten (und das in einem Land mit gerade einmal sieben Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern). Die Proteste richteten sich gegen politische Gewalt, Medienzensur sowie die als autoritär empfundene Regierungspolitik und hielten bis Mitte 2020 an, als sie durch die von der Regierung in Reaktion auf die Coronapandemie beschlossenen Versammlungseinschränkungen beendet wurden.

Der widersprüchliche Umgang der Regierung mit der Pandemie löste wiederum großen Widerstand bei weiten Teilen der Bevölkerung aus – unabhängig von ihrer konkreten politischen Positionierung. In Serbien wurden mehrere Lockdowns verhängt, die mitunter zu den restriktivsten der Welt zählten. Menschen durften von Freitagabend bis Montag ihr Haus nicht verlassen. Kurz vor den Parlamentswahlen im Juni 2020 hob die Regierung dann auf einmal alle

Maßnahmen auf und erklärte die Pandemie für besiegt. Kurz nach den Wahlen machte sie abermals eine Kehrtwende und kündigte eine erneute Ausgangssperre an, was bei großen Teilen der Bevölkerung zu Unverständnis und Wut führte. Anlass für die Proteste war nicht die generelle Ablehnung von Einschränkungen, vielmehr richteten sich diese gegen das widersprüchliche Pandemiemanagement. Viele Menschen kritisierten, ihre Gesundheit sei zu einem bloßen Spielball politischer Taktiererei geworden. Die Situation eskalierte, als Sicherheitskräfte brutal gegen die Demonstrierenden vorgingen, wodurch sich der Protest immer mehr auch gegen die autoritäre Regierungsführung und Polizeigewalt richtete.[79]

Im Jahr 2021 folgten große Proteste gegen das Vorhaben, die Lithiumreserven des Landes für den Abbau freizugeben (siehe Kap. 4.3). Anders als bei früheren Protesten versammelten sich bei diesen Demonstrationen nicht nur Progressive und Umweltaktivistinnen, sondern auch Bauern, Konservative und Nationalistinnen, die sich gegen den Ausverkauf serbischen Bodens an ausländische Investoren wehrten. Tausende Demonstrierende blockierten Straßen und forderten ein Ende des Projekts, von dem sie befürchteten, dass es Gewässer und Umwelt verschmutzen würde. Nach massivem öffentlichen Druck stoppte die Regierung Vučić das Projekt Anfang 2022 (inzwischen wird jedoch wieder an seiner Umsetzung gearbeitet, siehe Kap. 4.3).

Der nächste große Protest formierte sich im Mai 2023. Am 3. Mai erschoss ein 13-Jähriger an der Vladislav-Ribnikar-Grundschule in Belgrad acht Mitschülerinnen und Mitschüler sowie einen Wachmann, am Tag darauf tötete ein 21-Jähriger in mehreren Dörfern nahe Mladenovac acht Menschen. Viele Bürgerinnen und Bürger warfen Vučić vor, durch seine Politik und Rhetorik ein Klima der Gewalt gefördert zu haben. Vučić wiederum gab der Verbreitung „westlicher Werte“ in Serbien die Schuld an der Gewalt und lies sich in der Pressekonferenz zu den Amokläufen darüber aus, wie trans Personen auf Werbetafeln traditionelle „serbische Werte“ untergraben würden[80] – was überhaupt nichts mit der Tat zu tun hatte.

Die Empörung über Vučićs Aussagen führte mit zu den Massenprotesten, die unter dem Motto „Serbien gegen Gewalt“ stattfanden und rund 100 000 Menschen allein in Belgrad auf die Straße brachten. Dieses Mal entstand aus den Protesten auch ein Parteienbündnis namens „Serbien gegen Gewalt“ (Srbija protiv nasilja, SPN), das zu den Parlamentswahlen 2023 antrat und mit 24 Prozent zweitstärkste Kraft wurde. Es handelt sich um ein sozialliberales und proeuropäisches Bündnis, dass heterogen ist, der Tendenz nach aber etwas links



„Serbien gegen Gewalt" – Großdemonstration in Belgrad am 8. Mai 2023

der Mitte steht. Fair und frei waren diese Wahlen allerdings wieder nicht, was im Dezember 2023 zu erneuten Protesten gegen die offensichtliche Wahlfälschung führte (siehe Kap. 4.1).

Zurück nach Kragujevac

Nach knapp einem Jahrzehnt der Mobilisierung zu unterschiedlichen Anlässen, wurden die Demonstrationen nach dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad zu den größten seit dem Sturz des Milošević-Regimes. Auf die Frage, woran das liegt, antwortet die für sechs Stunden vom Geheimdienst BIA entführte Aktivistin Doroteja Antić: „Die Proteste der letzten Jahre bezogen sich auf wichtige gesellschaftliche Themen, allerdings haben sie nicht die gesamte Bevölkerung erfasst. Ich glaube, dass die Arbeit, die viele Aktivistinnen und Oppositionelle in den vergangenen Jahren gemacht haben, jetzt bei diesem Thema zusammengekommen ist."

Diese Mobilisierung breiter Gesellschaftsschichten sieht man auch in Kragujevac. Noch bevor die Studierenden morgens ins Stadtzentrum kommen, haben Bauern die Straßenzugänge bereits mit Traktoren blockiert. Um 9 Uhr versammeln sich die Studierenden im Zentrum – und der Protest beginnt richtig. Sobald die Lautstärke nachzulassen droht, ruft jemand *„Pumpaj!“* (Pumpen!), und die Menge wird wieder laut. Pumpen bedeutet hier so viel wie weitermachen oder verstärken. Inspiriert ist der Begriff von einem Youtube-Video,[81] das eine serbische Hochzeit zeigt und einen Musiker, der seinen Akkordeonspieler zum Pumpen auffordert, während ein 100-Euro-Schein auf seiner schweißnassen Stirn klebt.[82] Zahlreiche Berufsgruppen und Vereine schließen sich an. Nur zwischen 11:52 Uhr und 12:07 Uhr kehrt absolute Stille ein. Genau um 11:52 Uhr war am 1. November 2024 in Novi Sad das Bahnhofsvordach eingestürzt. Für jedes der Opfer schweigt die Menge eine Minute lang. Fünfzehn leere Stühle stehen als Mahnmal für die Verstorbenen in der Mitte. Auf ihnen liegen Blumen sowie Zettel mit den Namen der Opfer in kyrillischen Lettern.



Beim Protest in Kragujevac werden weiße Rosen auf die Stühle geklebt, die an die Opfer des Einsturzes des Bahnhofsvordachs in Novi Sad erinnern und ihr Fehlen symbolisieren.

Parallel zu den Demonstrationen gegen sein System inszeniert Präsident Vučić in Sremska Mitrovica eine Gegenkundgebung. Die Hauptbotschaft: Es werde keine vom Ausland gesteuerte „Farbrevolution" in Serbien geben. Außerdem schürt Vučić Ängste vor einer Abspaltung der serbischen Region Vojvodina, obwohl es überhaupt keine nennenswerten Bestrebungen in diese Richtung gibt. Es handelt sich um eine nationalistische Inszenierung für die von seinem Regime kontrollierten Medien. Diese zeichnen das Bild eines Landes, das von äußeren Feinden bedroht wird, und verbreiten massiven Nationalismus und großserbische Ideen. Viele der Besucher dieser Gegenkundgebungen nehmen eher unfreiwillig im Rahmen von „Betriebsausflügen" teil, weil Druck auf sie ausgeübt wurde. Andere bekommen laut Medienberichten Geld, Alkohol und Essen für ihre Teilnahme.[83] Für sie hat sich im Serbischen der Begriff *sendvičari* (Sandwich-Leute) etabliert – weil sie mit kostenlosen Sandwiches versorgt werden und nicht aus wirklicher politischer Überzeugung handeln. Vučićs Strategie der organisierten Gegenkundgebungen erinnert dabei auffällig an die seines ehemaligen Chefs Slobodan Milošević.

Die Menschen in Kragujevac scheinen hingegen von der Sache überzeugt zu sein. Der Protest bringt Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, vereint durch die Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und einem Ende der Korruption. Aber neben vielen progressiven Symbolen ist auch offen zur Schau gestellter Nationalismus präsent. Vereinzelt sieht man etwa Flaggen, die behaupten, dass der Kosovo ein Teil Serbiens sei. Eine Flagge aber fehlt: der goldene Sternenkranz auf blauem Grund. Während sich Protestbewegungen in der Vergangenheit gegen eine Isolation Serbiens richteten und für eine Annäherung an die Europäische Union kämpften, sind im Jahr 2025 kaum EU-Flaggen zu sehen. Aleksandra Tomanić erklärt: „Die EU hat sich in Serbien leider von ihren eigenen Werten verabschiedet und setzt vermeintliche Stabilität vor Demokratie. Die EU wird von den Demonstrierenden schlicht nicht als Partner für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit wahrgenommen."

Anders als bei vergleichbaren Bewegungen in Georgien unterstützt die EU-Kommission die Proteste in Serbien nicht. Bei den Protesten gegen Milošević vor 25 Jahren waren durchaus EU-Flaggen zu sehen, erinnert sich Tomanić: „Damals hatten Otpor und die Opposition breite Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, das ist heute nicht so." Viele Demonstrierende empfinden es als Enttäuschung, dass die EU Vučić als Partner behandelt, anstatt die demokratischen Kräfte im Land zu stärken.[84] Und noch etwas



Vier Monate nach der Katastrophe von Novi Sad – Demonstrantinnen am Rande der Großdemonstration in Belgrad am 15. März 2025

unterscheidet die Protestbewegung 2025 in Serbien von früheren. Die Studierenden halten sich demonstrativ von allen Politikerinnen und Politikern sowie Parteien fern.

Massenprotest in Belgrad

Ein Umdenken bezüglich dieser Strategien unter den Studierenden findet im Nachgang des Massenprotestes am 15. März 2025 in Belgrad statt. Am Samstagmittag setzt sich an der Autokomanda, einem wichtigen Verkehrsknoten im Süden der Stadt, ein gewaltiger Protestzug in Bewegung. Es ist nur einer von vielen Ausgangspunkten, von denen Menschen ins Zentrum Belgrads strömen. Die Stimmung ist friedlich und feierlich. „Wer nicht springt, ist ein Ćaci“, rufen die Studierenden. Eine junge Frau erklärt, *Ćaci* seien falsche Studenten, die dem Regime hörig seien. Während an manchen Orten gesungen wird, setzen Performances politische Zeichen. Rot eingefärbte Hände stehen für die Verbrechen der Regierung. Zwischen Parlament und Präsidentensitz liegt „Ćacilend“ – eine Zeltstadt im Pionirski Park. Laut regierungsnahen Medien wurde sie von prüfungswilligen Studentinnen und Studenten errichtet, doch stehen dort in Wahrheit teils maskierte Männer, darunter Veteranen der berüchtigten „Roten Barette“. Die Drohkulisse soll die Protestierenden einschüchtern. Es ist sehr wahrscheinlich kein Zufall, dass diese am Abend vor dem 12. März, dem Jahrestag der Ermordung von Zoran Đinđić, dort aufgetaucht sind.

Auch die Anreise der am Protest Teilnehmenden wurde erschwert – der Zugverkehr steht seit Freitagmorgen wegen einer angeblichen Bombendrohung still. Doch viele lassen sich nicht aufhalten. Am Vorabend werden sie von Zehntausenden anderen und einem roten Teppich auf der Terazije (dem Hauptplatz von Belgrad) empfangen. Manche sind vier Tage lang marschiert, einige müssen direkt nach der Ankunft medizinisch versorgt werden. Um 18 Uhr



Beginn des großen Protestmarsches an der Autokomanda in Belgrad am 15. März 2025 – nur einer von mehreren Orten, von denen es losging

erreicht die Kundgebung ihren Höhepunkt an der Slavija, einem der großen Plätze in Belgrad. Ein Chor singt die Lieder *Gaudeamus igitur* und *Ovo je zemlja za nas* (Das ist das Land für uns) von EKV. Als es dunkel wird, leuchten Tausende Handylichter. Um 19 Uhr folgen 15 Schweigeminuten für die Opfer von Novi Sad – Hunderttausende Menschen verharren in stiller Einigkeit. Um 19:11 Uhr bricht Panik aus. Menschen rennen, suchen Schutz. Die Studierenden entscheiden, den Protest für diesen Tag zu beenden. Berichte sprechen vom Einsatz einer Schallkanone. Viele fühlen sich danach benommen, schlafen schlecht. Am Abend kommt es zu einer letzten Konfrontation vor der Rechtsfakultät. Polizisten mit Schutzschilden und Panzerfahrzeugen stehen bereit. Einige Demonstrierende skandieren: „Verhaftet Vučić!“ Dann zieht die Polizei plötzlich ab. Kein Schlagstock, keine Gewalt. Die Menge ruft: *„Gotov je!“* (Er ist fertig!) – ein Satz aus der Protestbewegung gegen Milošević. Isidora, eine der Studentinnen, erinnert sich an das lange Blickduell mit den Polizisten.



Am Abend des 15. März kommt es zu einem Großaufgebot der Polizei sowie verbalen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden vor der juristischen Fakultät.

„Niemand wusste, warum sie da waren. Dann gingen sie einfach." Was nun? Isidora lächelt: „Es gibt kein Aufgeben. Wir pumpen weiter." Der Druck soll bleiben.[85]

Strategiewechsel

Doch wie den Druck aufrechterhalten, wie weitermachen, wenn selbst solche Massenproteste nicht zur Erfüllung der Forderungen führen? Wenn man Hunderttausende auf die Straße bringt, im gesamten Land demonstriert wird und eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung hinter den Forderungen steht, ohne dass sich etwas grundsätzlich am System Vučić ändert? Zunächst einigten sich die Studierenden darauf, ihre Forderungen zu ergänzen. Über Monate hinweg schienen die eingangs erwähnten vier Grundforderungen wie in Stein gemeißelt. Auch wenn alle weiterhin hinter ihnen standen, raubte dies der Bewegung auch Flexibilität. Wenn man die Demonstrierenden nach den Zielen ihres Protests fragte, gaben viele diese auswendig gelernt wieder.

Zunächst wurden zwei Forderungen ergänzt. Die fünfte Forderung der Studierenden lautete, dass der mutmaßliche Einsatz der Schallkanone aufgeklärt werden solle. Der serbische Innenminister Ivica Dačić behauptete zunächst, Serbien besitze überhaupt keine Schallkanone, was schnell widerlegt wurde, woraufhin er entgegnete, Schallkanonen seien zwar im Besitz der serbischen Sicherheitsbehörden, aber diese seien an dem Tag nicht im Einsatz gewesen. Als dann Fotos auftauchten, auf denen man deutlich die Schallkanone LRAD 450 auf einem Einsatzwagen der Polizei montiert erkennen kann, gestand Dačić ein, dass sie da waren, aber behauptete allen Ernstes, diese seien nur als harmlose Lautsprecher für Durchsagen verwendet worden. Das Investigativnetzwerk BIRN veröffentlichte kurz darauf eine Recherche, aus der hervorging, dass serbische Sicherheitskräfte bereits im November 2023 Schallkanonen eingesetzt hatten, um gegen 35 Menschen auf der Flucht an der Grenze vorzugehen – obwohl der Einsatz nach serbischem Recht nicht legal ist.[86]

CRTA, die Organisation, bei der im Monat zuvor eine Razzia stattgefunden hatte, sammelte über 3 000 Zeugenaussagen von Betroffenen sowie Video- und Audiomaterial, das von der britischen Nichtregierungsorganisation Earshot in einem Bericht zusammengefasst wurde, die zu dem Ergebnis kommt, dass sehr wahrscheinlich Schallkanonen zum Einsatz kamen.[87] Trotz dieser erdrückenden Beweislast behauptet die serbische Regierung weiterhin, es seien keine Schallkanonen eingesetzt worden, und Vučić drohte sogar allen, die das Gegenteil behaupten, dass sie vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.

Die sechste Forderung bezog sich darauf, dass aufgeklärt werden solle, wer dafür verantwortlich war, dass Präsident Aleksandar Vučić nach einem verheerenden Brand in Nordmazedonien in die Intensivstation der Universitätsklinik Belgrad gegangen ist, obwohl die Patienten in Lebensgefahr schwebten. Die Brandkatastrophe in Kočani ereignete sich am Morgen des 16. März 2025 im Club Pulse und forderte mehr als 60 Tote. Die Zahl der Schwerverletzten war so groß, dass einige von ihnen nach Belgrad gebracht wurden, was Vučić gleich für eine Inszenierung nutzte. Bei den Studierenden führte dies zu Empörung, weil die Toten und Schwerverletzten Opfer von Korruption wurden, da der Nachtclub so nie hätte betrieben werden dürfen – worin eine Parallele zum Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad gesehen wird.

Nachdem die Studierenden anfangs vor allem auf sich selbst vertraut hatten, versuchten sie nun verstärkt, die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit zu gewinnen. Eine Gruppe Studierender radelte von Belgrad bis nach Straßburg, eine andere joggte sogar von der serbischen Hauptstadt bis

nach Brüssel. Als die 21 Studierenden gerade die letzten Etappen nach Brüssel bewältigten, war Präsident Aleksandar Vučić zur jährlichen Siegesparade am 9. Mai bei Wladimir Putin in Moskau, wo auch der chinesische Staatspräsident Xi Jinping zu Gast war – unzweifelhaft ein geopolitisches Statement. Von den europäischen Institutionen in Straßburg und Brüssel wurden viele der serbischen Studierenden, die dort hingelaufen oder -geradelt waren, allerdings enttäuscht. Die Zahl der Abgeordneten, von denen sie empfangen wurden, war übersichtlich. Ein Treffen mit der EU-Kommissarin für Erweiterung, Marta Kos, hinterließ bei ihnen den Eindruck: Die EU-Kommission unterstützt Vučić, nicht die Proteste.

Ein weiteres wichtiges Statement war der große Protest in der Universitätsstadt Novi Pazar am 12. April 2025, einer Stadt mit einer bosniakisch-muslimischen Bevölkerungsmehrheit, was sich auch in der Studierendenschaft der Universität spiegelt. Bei diesem Protest wurde erneut der multiethnische Charakter der Proteste betont, der seit Beginn eine wichtige Rolle spielt.

Der große Strategiewechsel kam am 5. Mai 2025. Über Social Media kommunizierten die Studierenden, dass die Regierung nach über fünf Monaten des Protests keinerlei Initiative zeige, auf die Forderungen einzugehen und man deswegen eine neue Forderung stelle: „Wir fordern die sofortige Auflösung der Nationalversammlung und die Ausrufung vorgezogener Parlamentswahlen im Einklang mit Artikel 109 der serbischen Verfassung.“[88] Das war ein Strategiewechsel, weil die Studierenden sich zuvor demonstrativ von den Oppositionsparteien und der Politik im Parlament ferngehalten hatten. Nun kündigten sie an, eine Liste aufzustellen und zu deren Wahl aufzurufen. Die Grundidee dieser Liste ist, dass Professoren, Aktivistinnen oder Personen des öffentlichen Lebens für sie kandidieren sollen, die bislang nicht hauptberuflich als Politikerinnen oder Politiker tätig waren. Diese Liste soll in vorgezogenen Parlamentswahlen gegen die Regierungspartei gewinnen und dann nicht selbst vier Jahre die Regierung stellen, sondern überhaupt erst die Bedingungen dafür schaffen, dass in Serbien wirkliche demokratische Wahlen wieder möglich werden. Von den Oppositionsparteien wird dabei recht viel verlangt: Sie sollen auf eine Teilnahme verzichten, damit die Liste der Studierenden eine bessere Chance auf eine absolute Mehrheit hat. Unabhängig von dieser voraussetzungsreichen Forderung stellt sich auch die Frage, wer konkret für die Liste kandidieren soll – ohne Zweifel sind hierbei Konflikte vorprogrammiert, die man bislang eher versuchte zu meiden.

Grünes Licht am Vidovdan

Auch nach den großen Demonstrationen im März hielten die Studierenden weiter an der Strategie der Massenmobilisierung fest und kündigten die „größte Versammlung in der Geschichte Serbiens“ für den 28. Juni an, den Vidovdan, einen Feiertag zum Gedenken an den heiligen Veit, der in Serbien besondere Bedeutung hat. Ganz so viele wurden es nicht, aber laut dem Archiv für öffentliche Veranstaltungen kamen rund 140 000 Menschen bei der Demonstration zusammen – trotz der erneuten Einstellung des Zugverkehrs im gesamten Land. Die Studierenden gaben Aleksandar Vučić ein Ultimatum bis 21 Uhr, um Neuwahlen auszurufen. Als dieses verstrich, gingen grüne Lichter an und von der Bühne erschallte eine Stimme, die verkündete: „Die Zeit ist abgelaufen – aber nicht für uns. Ab diesem Moment ist dies kein Studentenprotest mehr. Wir bleiben hier als Bürger.“ Sie endete mit den Worten: „Wir werden niemandem sagen, was er tun soll – nicht weil wir es nicht wissen, sondern weil nur ihr es wisst. Und weil die Demokratie verlangt, dass das Volk entscheidet. Nehmt die Freiheit in eure eigenen Hände. Wir glauben an euch. Ihr habt grünes Licht.“[89]

Viele Menschen in Serbien verstanden dies als Beginn einer neuen Phase des zivilen Ungehorsams und begannen Hunderte Straßenblockaden in Dutzenden Städten zu errichten – etwa durch das wiederholte, langsame Überqueren von Zebrastreifen oder den Einsatz von Müllcontainern als Barrikaden. Außerdem gründeten Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land Nachbarschaftsräte, die Entscheidungen und Forderungen, ähnlich wie die Studierenden, in basisdemokratischen Plenen abstimmten. Das System Vučić reagierte darauf mit massiven Repressionen und Hunderten Festnahmen innerhalb der darauffolgenden Tage.[90]

Es gab aber auch viel Kritik an den Reden, die zuvor bei der Vidovdan-Versammlung gehalten wurden. Auf der Bühne sprachen Redner, die offen revisionistische, völkische und teils verschwörungsideologische Narrative verbreiteten. Es wurde von „heiligem serbischen Land“ im Kosovo gesprochen, von „Genozid an Serben im Kosovo“ und davon, dass Serbiens Freiheit nicht gesichert sei, solange Serben außerhalb des Landes nicht frei seien – eine gefährliche ideologische Kontinuität zu den Großserbien-Fantasien der 1990er-Jahre. Historisch problematische Figuren wie der Hitlerverehrer Nikolai Velimirović wurden zitiert, die Regierung Vučić von rechts überholt. Teilweise klang es so, als würde die Protestbewegung in einen Ultranationalismus kippen und damit

selbst den Boden für den nächsten Autokraten bereiten. Doch später stellte sich heraus, dass ein harter Rechtsruck, vor allem in der Kommunikation der meisten Fakultäten, ausblieb.

Es scheint, als hätte man versucht, Vučić am Vidovdan, der auch der Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 ist, mit nationalistischen Parolen zu überbieten, um ganz klar dessen These zu widerlegen, die Demonstrierenden seien aus dem Ausland gesteuerte „Terroristen". Nationalisten waren bereits zuvor Teil der Proteste, allerdings eher am Rande. Um möglichst breite Bevölkerungsschichten anzusprechen, hatte man sich entschieden, alle mitzunehmen, die sich hinter die Forderungen der Studierenden stellen. Die Studierenden distanzierten sich daher zwar nicht öffentlich von ultranationalistischen Sympathisanten, zeigten aber durch ihre Praxis und Kommunikation deutlich, wo sie stehen. Am Vidovdan war das nun anders, der Ultranationalismus kam diesmal von der Bühne. Spricht man mit Studierenden, die den Protesttag mitorganisiert haben, erhält man unterschiedliche Einschätzungen: Einige sehen im Nationalismus tatsächlich kein Problem. Andere sehen diesen zwar als problematisch an, betonen aber, man müsse alle mitnehmen, um politischen Druck aufzubauen – und Vučićs Erzählung von angeblich aus dem Ausland gesteuerten „Verrätern" zu entkräften.

Der Schriftsteller Vladimir Arsenijeviić sieht das kritisch. Er erinnert an die Proteste der 1990er-Jahre, die zwar Milošević stürzten, aber dessen Gefolgsleuten später die Rückkehr zur Macht ermöglichten. Beim Massenprotest am 15. März 2025 brachte Arsenijeviić mit Freunden vier Flaggen mit: die Georgiens, Palästinas, der EU und der Ukraine. „Besonders irritiert waren die Leute von der Ukraine- und der EU-Flagge, die in Serbien fast schon tabu sind", sagt er. Wegen der Flaggen sei er angefeindet und attackiert worden. „Dahinter steht eine widersprüchliche Mischung aus Hass, Enttäuschung und Misstrauen gegenüber der EU", so Arsenijeviić. Er warnt davor, solche Reizpunkte auszuklammern: „Es heißt, jetzt sei nicht der richtige Moment für diese spaltenden Themen. Der richtige Moment werde schon kommen – nach dem Sieg, nach der Krise, nach dem Umbruch. Aber dieser Moment kommt nie einfach so. Und so bleibt alles Wesentliche unangetastet."[91]

Was bringt die Zukunft?

Was als Reaktion auf den Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad begann, hat sich zu einer landesweiten Bewegung entwickelt, der sich nicht nur Studierende, sondern auch ein großer Teil der serbischen Bevölkerung angeschlossen hat. Trotz harter Repressionen und Einschüchterungsversuche durch das System Vučić dauern die Proteste an. Politisch sind diese schwer einzuordnen, weil sie, wie der politische Philosoph Igor Štiks analysiert, in ihren Methoden eher links, in ihren Forderungen sehr liberal, aber in ihrer Rhetorik teils nationalistisch und rechts sind.[92] Der Vorwurf, die Bewegung sei vom Ausland gesteuert, greift ins Leere, weil ihre Basis tief in der serbischen Gesellschaft – und der Geschichte ihrer Protestbewegungen – verwurzelt ist. Im Gegensatz zu früheren Bewegungen fehlt jedoch der positive Bezug auf die Europäische Union. EU-Flaggen sind auf den Demonstrationen kaum zu sehen und wenn man sie doch mitbringt, zieht man leicht den Unmut anderer Demonstrierender auf sich. Während die EU andernorts demokratische Bewegungen unterstützt, behandelt sie Vučić weiterhin wohlwollend als Partner, statt jene Kräfte zu stärken, die sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzen. Das Fehlen von EU-Flaggen deutet auf eine tiefe Enttäuschung auch derer hin, die sich lange Zeit für eine EU-Integration Serbiens einsetzten – und auf die schwindende Hoffnung vieler Serbinnen und Serben auf eine Zukunft ihres Landes in der Europäischen Union.

4.3 Serbiens Lithium: Hoffnung für Europas Energiewende oder Gefahr für die Umwelt?

Der Schatz, der das serbische Wirtschaftswunder vollbringen soll, liegt etwa einen Kilometer von Vladimir Filipovićs Haus entfernt. Noch schlummert das Lithium, das so viel Aufregung in sein kleines Dorf Gornje Nedeljice gebracht hat, unter der Erde. Wenn es nach Vladimir geht, soll es für immer dort bleiben. „Gott hat Lithium nicht ohne Grund unter die Erde verfrachtet", sagt er. Der 28-jährige Serbe sitzt in seinem Garten unter einer schattenspendenden Eiche, auf dem Tisch selbstgemachter Pflaumenschnaps, eingelegte Feigen und türkischer Kaffee. Es ist Juli 2024, ein heißer Sommer auf dem serbischen Land. Hier und da hört man einen Hahn krähen, sonst ist es ruhig.[93]

Die alte Eiche, erzählt Vladimir, zeuge davon, wie lange seine Familie schon hier lebe. Er, ein Maler und Gipser, ist die fünfte Generation im Jadar-Tal, einer ländlichen Gegend mit fruchtbaren Ackerböden an der Grenze zu Bosnien-Herzegowina. Vladimirs Vater Zoran und seine Mutter Gordana, die neben ihm unter dem Baum sitzen, halten Schafe, Hühner und Schweine in einem Stall hinter dem Haus. Sie bauen Schwarzbeeren und Gemüse in ihrem Garten an sowie Soja und Mais auf ihren Feldern, die am Rande des Dorfes liegen. Aber unter der Erde lagert etwas viel Wertvolleres, nach dem die ganze Welt gräbt: Lithium, ein Schlüsselrohstoff für die Energiewende, um den ein geopolitisches Wettrennen zwischen Europa, den USA und China entbrannt ist. Lithium ist ein Leichtmetall, das sich in den Batterien von Elektroautos ebenso befindet wie in Solar- und Windanlagen. Das Element steckt in so gut wie jedem Gerät mit einer wiederaufladbaren Batterie, also auch in Smartphones und Laptops. Die für solche kleineren elektronischen Geräte benötigten Mengen sind im Vergleich allerdings verschwindend gering. Der überwiegende Teil der explodierenden



„Zutritt für Unbefugte verboten" – das Dorf Gornje Nedeljice im Jardar-Tal, in dem der Bergbaukonzern Rio Tinto bereits zahlreiche Gundstücke erworben hat

Nachfrage wird für die Batterien von Elektroautos benötigt. Für die EU ist Lithium deswegen ein sogenannter kritischer Rohstoff.

Die neue Rohstoffpolitik der EU

Lithium ist der Stoff, aus dem der „European Green Deal", der die EU bis 2050 in die Klimaneutralität führen soll, zu einem nicht geringen Ausmaß gemacht ist. Ohne Lithium kein Übergang zur E-Mobilität – und damit kein Ende des Verbrennungsmotors und keine effektive Bekämpfung des Klimawandels. Im September 2020 hat die EU-Kommission einen Aktionsplan zu kritischen mineralischen Rohstoffen veröffentlicht.[94] Darin heißt es, dass der Bedarf an Lithium für Elektrofahrzeuge in der EU bis 2030 um das 18-Fache und bis 2050 sogar um das 60-Fache steigen wird. Von „strategischer Autonomie" ist die Rede sowie von der „Diversifizierung globaler Wertschöpfungsketten". Der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Thierry Breton bemerkte: „Eine Reihe von Rohstoffen ist unerlässlich, wenn Europa beim grünen und digitalen Wandel eine Vorreiterrolle übernehmen und der weltweit führende Industriekontinent bleiben soll."[95] Im April 2024 wurde schließlich der „Critical Raw Materials Act"

(CRMA) als EU-Gesetz verabschiedet. Die vereinbarten Ziele sehen unter anderem vor, dass die EU bis 2030 in der Lage sein soll, 10 Prozent ihres jährlichen Verbrauchs an strategischen Rohstoffen zu fördern, 40 Prozent zu verarbeiten und 25 Prozent zu recyceln.[96]

Noch ist keines dieser Ziele erreicht. „Die EU ist, was Lithium betrifft, derzeit zu fast 100 Prozent von Importen abhängig. Es gibt zwar Lithium-Vorkommen in der EU und derzeit auch rund fünfzehn Bergwerksprojekte. Aber keines davon ist bisher vollständig finanziert, geschweige denn in Betrieb", sagt Michael Schmidt im Gespräch, ein deutscher Rohstoffgeologe, der für die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) arbeitet und in dieser Funktion unter anderem die Bundesregierung berät – auch in Bezug auf Serbien.

China: Eine Lithium-Großmacht

Während die EU das Thema Rohstoffe erst vor wenigen Jahren auf die Agenda gesetzt hat, investiert China seit Jahrzehnten in Bergwerke und die weiterverarbeitende Industrie. Peking habe „brutal große Kapazitäten", was Raffinerien und die Weiterverarbeitung angeht, sagt jemand, der im Rohstoffeinkauf eines Automobilherstellers tätig ist. Die Hälfte der deutschen Importe von lithiumhaltigen Produkten stammt mittlerweile aus China.[97] Diese werden zum Großteil für die Batterien von E-Autos verwendet. „Wenn die chinesische Führung entscheiden sollte, einen Exportstopp zu verhängen, dann kann man in den europäischen Automobilwerken das Licht ausmachen", sagt der Rohstoff-Experte Michael Schmidt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schätzt, dass im Falle eines solchen Szenarios 115 Milliarden Euro an Wertschöpfung verloren gehen würden. „Die Politik muss alles tun, um ein solches Worst-Case-Szenario zu verhindern. Deutschland muss endlich mehr in seine Rohstoffsicherheit investieren", forderte Siegfried Russwurm, der Präsident des BDI, in einer Rede beim Rohstoffkongress im November 2024.[98] „Wir handeln viel zu langsam und zu zögerlich. Ganz im Gegensatz zu globalen Wettbewerbern wie China. Während wir reden, gräbt und verarbeitet die zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde immer weiter, sichert sich weltweit Rohstoffe, investiert und steht auch beim Thema Recycling und Kreislaufwirtschaft bereits in den Startlöchern", warnte Russwurm.

Lithium wurde lange Zeit überwiegend in Südamerika (vor allem in Chile und Argentinien) abgebaut, beispielsweise aus Salzwasser in der Atacama-Wüste. In den vergangenen Jahren stieg Australien zum weltweit größten

Produzenten auf. Das hat mit strategischen Investitionen chinesischer Unternehmen zu tun, die schon frühzeitig Bergwerke aufgekauft haben. In Australien wird das Lithium aus Festgestein im Tagebau gewonnen, als Konzentrat nach China verschifft und in chemischen Prozessen zu Lithiumkarbonat oder Lithiumhydroxid – einem weißen Pulver – verarbeitet. Beides braucht man am Ende für die Herstellung von Batteriezellen, die wiederum in E-Autos verbaut werden. China ist heute der mit Abstand wichtigste Handelspartner für lithiumhaltige Produkte. Zwischen 70 und 80 Prozent des weltweit weiterverarbeiteten und für Batterien nutzbaren Lithiums kommt mittlerweile aus China. Fast zwei Drittel der weltweiten Lithium-Ionen-Batterien werden in China hergestellt.

Insbesondere seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hat in der EU ein Umdenken stattgefunden. Europa will in seiner Rohstoffversorgung unabhängiger werden und das nicht nur beim Öl, sondern auch bei Mineralien. „Europa kann sich bei Lithium nicht völlig von China lossagen. Aber rein ökonomisch gesprochen, macht es Sinn, Vorkommen zu nutzen, die sich in Europa befinden“, sagt Mario Holzner vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) im Gespräch.

Ausgerechnet Serbien, ein Beitrittskandidat, der in den vergangenen Jahren immer weiter vom EU-Kurs abgekommen ist und enge Verbindungen zur kommunistischen Führung in Peking pflegt, könnte der EU jetzt aus dem selbstverschuldeten Rohstoffdilemma helfen. Denn im Jadar-Tal schlummert eines der größten Lithium-Vorkommen Europas. Es liegt auch unter den Feldern der Bauernfamilie Filipović. Aber sie und ihre Nachbarn wollen die Mine verhindern. „Für keinen Preis der Welt gebe ich das Land meiner Großväter her. Lieber würde ich sterben“, sagt Vladimir, der Sohn.



Der Landwirt Goran Filipović mit seinem Sohn Vladimir auf den familieneigenen Feldern

Serbiens Wirtschaftswunder: Zwei Millionen E-Autos pro Jahr

Die serbische Regierung steckt – anders als die Bauern im Tal – große Hoffnungen in das Lithium. Wenn es nach Präsident Aleksandar Vučić geht, soll das Jadar-Tal ganz Serbien ein Wirtschaftswunder bescheren. Konkret spricht er von Investitionen in der Höhe von sechs Milliarden Euro. „Das sind die größten ausländischen Direktinvestitionen, die wir jemals in unserem Land hatten. Das sind riesige Veränderungen", kündigte der Präsident an.[99]

Bereits vor über 20 Jahren kamen Geologen im Auftrag des Bergbaukonzerns Rio Tinto nach Gornje Nedeljice, dem kleinen Dorf, in dem Familie Filipović lebt. Allerdings nicht, um nach Lithium zu graben, sondern nach Bor, einem Rohstoff, der überwiegend in der Türkei aufzufinden ist. Aber auch in Serbien soll es Vorkommen geben. Die Geologen gruben Hunderte Bohrlöcher in die Erde und stießen dabei auf etwas, mit dem sie nicht gerechnet hatten. Ein einzigartiges Mineral, das es nirgendwo sonst auf der Welt gibt. Sie gaben ihm den Namen Jadarit, benannt nach dem Tal. Aus Sicht eines Bergbaukonzerns ist Jadarit, als würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das Mineral enthält zwei kritische Rohstoffe gleichzeitig, neben Bor auch Lithium. Michael Schmidt von der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) gibt im Gespräch an, dass man mit dem Lithium aus dem Jadar-Tal pro Jahr zwei Millionen Elektroautos bauen könnte. Und so hat ein Wettlauf um die Bodenschätze in Serbien begonnen.

Juli 2024: Olaf Scholz reist nach Belgrad

Rio Tinto, einer der größten Rohstoffkonzerne der Welt, möchte im Jadar-Tal nach eigener Aussage die „modernste Lithium-Mine Europas" errichten und pro Jahr 58 000 Tonnen Lithiumkarbonat produzieren.[100] Das ist eine gewaltige Menge. Laut DERA-Experte Schmidt könnte man damit je nach Marktentwicklung zwischen 10 und 15 Prozent des Bedarfs innerhalb der EU decken. Das ist mehr als das Förderziel, das die EU ihren Mitgliedsländern insgesamt bis 2030 gesetzt hat. Serbien, ein Land mit weniger als einem Viertel der Fläche Deutschlands, könnte diese Marke im Alleingang schaffen, ohne Teil der Union zu sein.

Interessiert sich auch die Rohstoffgroßmacht China für Serbiens Lithium? Immerhin verbindet Aleksandar Vučić und Xi Jinping eine „eiserne

Freundschaft“, wie es der Staatspräsident der Volksrepublik China bei einem Besuch in Belgrad im Mai 2024 ausdrückte.[101] Ob Peking beim Wettlauf um das Lithium im Jadar-Tal mitgeboten hat, ist unklar. Serbiens Präsident Vučić, der außenpolitisch eine Schaukelpolitik zwischen dem Westen auf der einen und Russland sowie China auf der anderen Seite betreibt (siehe Kap. 12), könnte ein vermeintliches Interesse Pekings auch als Druckmittel benutzt haben. Am Ende beeilten sich die Europäer, als Allererste Präsenz zu zeigen. Dass ausgerechnet der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz der „Türöffner“ war, liegt nicht zuletzt daran, dass Deutschland der größte Autoproduzent in Europa ist. Im Jahr 2023 betrug die Bruttowertschöpfung der deutschen Automobilbranche 153 Milliarden Euro.[102] Mit dem Umstieg auf E-Mobilität ist der Sektor auf neue Rohstoffquellen angewiesen. Prognosen des Bundesverbands der Deutschen Industrie zufolge könnten im Jahr 2030 bereits vier von fünf in Deutschland produzierte Autos einen Elektroantrieb haben.[103]

Am 19. Juli 2024 flog Scholz gemeinsam mit dem stellvertretenden EU-Kommissionspräsidenten Maroš Šefčovič, zuständig für den Green Deal, nach Belgrad, um mit Präsident Vučić ein Abkommen über die strategische Partnerschaft bei nachhaltigen Rohstoffen, Batterie-Wertschöpfungsketten und Elektrofahrzeugen zu unterzeichnen.[104] Konkret handelte es sich um ein 13 Seiten umfassendes „Memorandum of Understanding“, in dem es unter anderem um die Entwicklung von Wertschöpfungsketten, Forschung und Innovation sowie Sozial- und Umweltstandards ging. Darüber hinaus wurden weitere Absichtserklärungen zwischen Serbien und privaten Unternehmen getroffen. Mercedes-Chef Ola Källenius erklärte in Belgrad, dass der deutsche Autohersteller ein „potenzieller Kunde“ für das Lithium-Projekt im Jadar-Tal sei.[105]

„Das wird für uns ein Wendepunkt sein, eine große Veränderung – ich würde sagen, ein Quantensprung in die Zukunft, etwas, von dem wir kaum glauben konnten, dass es passieren könnte“, schwärmte Vučić bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Olaf Scholz.[106] Serbiens Präsident stellte allerdings eine Bedingung: Das Lithium soll nicht nur abgebaut, sondern in Serbien weiterverarbeitet werden. Im Idealfall soll die gesamte Wertschöpfungskette – vom Bergwerk über die Aufbereitungsanlagen und Batteriefertigung bis zur E-Auto-Produktion – in Serbien verbleiben. Ist das realistisch? „Serbien träumt von eigenen E-Autos, doch dafür müssen erst die Standort-Standards stimmen. Bevor man einen Marathon läuft, sollte man joggen können – also zuerst das Bergwerk und die Lithiumverarbeitung aufbauen“, sagt der deutsche Rohstoff-Experte Michael Schmidt, der im Juli 2024 Teil der Delegation von Olaf

Scholz in Belgrad war. Was laut Schmidt für Vučićs Vision spreche: Bereits jetzt arbeiten rund 100 000 Menschen in Serbien für deutsche Unternehmen, unter anderem für die Automobilzulieferer Leoni und Bosch sowie den E-Motor-Hersteller ZF Friedrichshafen. Alle drei haben bereits Werke in Serbien eröffnet. Hinzu kommt: Serbien ist das einzige Land auf dem Balkan, das schon jetzt über eine E-Auto-Fabrik verfügt. In Kragujevac betreibt der Autohersteller Stellantis (zu dem unter anderem Opel, Fiat, Peugeot und Citroën gehören) ein Werk. Dementsprechend interessiert ist der Konzern am Lithium im nahe gelegenen Jadar-Tal.

Serbiens Proteste gegen Rio Tinto

Doch das Lithium-Projekt ist in Serbien höchst umstritten. Seit Jahren gehen Zehntausende wegen der befürchteten Umweltverschmutzung gegen den britisch-australischen Konzern Rio Tinto auf die Straße. Aleksandar Vučić kritisierte die Proteste mit scharfen Worten. So sprach er etwa vom „Terror der Minderheit gegen die Mehrheit“.[107] In einem Interview mit dem serbischen Privatsender „Prva“ beschuldigte Vučić „zwei westliche Geheimdienste“, die Proteste losgetreten zu haben. Dann machte er sich darüber lustig, dass die Demonstranten bei Protesten ihre erleuchteten Smartphones hochhielten. Diese würde es ohne Lithium, den Rohstoff der Zukunft, nämlich gar nicht geben.[108] Angefeuert wurde diese Rhetorik von regierungsnahen Boulevardmedien. So schrieb die Zeitung *Alo!* im August 2024, dass „fremde Mächte“ mit den Protesten das Ziel verfolgten, Vučić zu stürzen.[109]

Im Juli 2024 wurde Nedimo Musić, einem Umweltaktivisten aus Bosnien-Herzegowina, die Einreise nach Serbien verweigert. Er wollte zu Protesten im Jadar-Tal anreisen und geriet in stundenlange Verhöre an der Grenze. Dabei handelt es sich nicht um einen Einzelfall: Im Dezember 2024 legte Amnesty International einen Bericht vor, der dokumentiert, wie regierungskritische Journalisten und Aktivistinnen mittels Spionagesoftware abgehört wurden.[110] In dem Amnesty-Bericht finden sich auch Fälle von Umweltaktivisten, die gegen Rio Tinto protestiert hatten. Angesichts der jahrelangen Proteste und der zunehmenden Repression gegenüber Demonstrierenden fühlen sich Gegnerinnen und Gegner des Minenprojekts mehr und mehr von der EU im Stich gelassen. Verstärkt wurde dies dadurch, dass der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in Belgrad kein kritisches Wort über Vučićs Führungsstil verlor. In der serbischen Öffentlichkeit entstand bei vielen der



Protest gegen Rio Tinto in Belgrad, September 2021

Eindruck: Die EU biedert sich beim autoritär regierenden Vučić an, um sich kritische Rohstoffe zu sichern.

Dabei war das Lithium-Projekt im Januar 2022 eigentlich bereits gestoppt worden. Damals knickte die serbische Regierung unter dem öffentlichen Druck ein. Vučić fürchtete, bei den Präsidentschaftswahlen am 3. April abgestraft zu werden, und die Regierung entzog Rio Tinto kurzerhand die Genehmigung, um im Tal Bohrungen vorzunehmen. Das Projekt sei am Ende, sagte die serbische Ministerpräsidentin Ana Brnabić damals gegenüber der Presse.[111] Rio Tinto schloss aber daraufhin nicht etwa seine Niederlassungen in Serbien, sondern wartete ab. Laut Recherchen des investigativen Reporternetzwerks *Balkan Insight* erwarb der Konzern nach dem Lizenzentzug weiter Land im Wert von über 1,2 Millionen Euro im Jadar-Tal.[112] Damit konfrontiert, legte Rio Tinto dar, dass der Verkauf der Häuser mit den Besitzern bereits vor 2022 vereinbart gewesen war und man gesetzlich dazu verpflichtet sei, ihn über die Bühne zu bringen. Neue Kaufverträge habe man nicht abgeschlossen.

Am 11. Juli 2024 kam dann die überraschende Wende. Wenige Tage vor dem Besuch von Olaf Scholz machte der serbische Verfassungsgerichtshof den Lizenzentzug von Rio Tinto durch die Regierung wieder rückgängig und entschied, dass dieser verfassungswidrig gewesen sei. Der Verdacht steht im

Raum, dass das Urteil auf Zuruf von Vučić gefällt wurde. Auch eine diplomatische Quelle aus Deutschland wunderte sich damals hinter vorgehaltener Hand. „Dass der Verfassungsgerichtshof so kurz vor dem Besuch von Olaf Scholz entschieden hat, war ein ungewöhnliches Vorgehen. Das hat in Serbien nicht unbedingt den Glauben an die Rechtsstaatlichkeit gesteigert", so die Quelle.

Vučić hatte zuvor das Ende des Lithium-Projekts in einem Interview mit dem privaten TV-Sender „Pink" öffentlich bereut. Wortwörtlich bezeichnete er sich selbst als den „dümmsten Präsidenten der Geschichte", weil die Regierung vor den Protesten eingeknickt war.[113] Mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs war der Weg für die Mine schlagartig wieder frei und die EU brachte sich in Stellung. Dahinter stehen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch geopolitische Interessen. Brüssel hofft, Serbien durch das Rohstoffabkommen enger an Europa zu binden. Kann das gelingen? Oder wird es umgekehrt sein? Könnte Vučić das Lithium in Zukunft nutzen, um die EU im weiteren Verlauf des Beitrittsprozesses unter Druck zu setzen, damit sie bei nicht erfüllten Reformen ein Auge zudrückt?

Das Dilemma der deutschen Grünen

Auch das deutsche Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck unterstützte den Deal mit Serbien – was zu Spannungen innerhalb der Partei der Grünen geführt hat: Insbesondere das von Habecks Parteikollegin Annalena Baerbock geführte Außenministerium hatte sich kritisch in Bezug auf Vučićs autoritären Führungsstil positioniert. Beispielhaft dafür ist ein Posting von Baerbock auf dem Kurznachrichtendienst X nach der Parlamentswahl in Serbien am 17. Dezember 2023, die von Unregelmäßigkeiten überschattet war (siehe Kap. 4.1). Darin heißt es: „#Serbien hat gewählt, aber @osce_odihr berichtet über Missbrauch öffentlicher Mittel, Einschüchterung von Wählern und Fälle von Stimmenkauf. Dies ist für ein Land mit EU-Kandidatenstatus inakzeptabel."[114] Baerbock, die im Laufe ihrer Amtszeit als Außenministerin wiederholt Opfer von prorussischen Desinformationskampagnen wurde, kam in Teilen der serbischen Boulevardpresse alles andere als gut weg. In einer Diskussionsrunde von „Happy TV" – einem Privatsender, in dem auch Präsident Vučić regelmäßig geladen ist – wurde darüber „gewitzelt", ob Baerbock vor ihrer politischen Laufbahn als Prostituierte gearbeitet habe.[115] Dass also ausgerechnet die Grünen den Lithium-Deal mit Vučić mittrugen und öffentlich befürworteten, sorgte sowohl innerhalb der eigenen Partei als auch in Serbien für Irritationen.

„Es ist unsäglich, dass wir Vučić ein solches Geschenk machen. Es ist ja nicht so, als ob Deutschland keine eigenen Lithium-Vorkommen hätte", sagt Viola von Cramon, bis 2024 grüne Abgeordnete im EU-Parlament und Berichterstatterin für den Kosovo. Von Cramon traf Vučić in ihrer Rolle als EU-Abgeordnete auch persönlich. „Er hat immer wieder betont, dass sich die Chinesen das Lithium sichern, wenn die Europäer es nicht nehmen", erinnert sie sich im Sommer 2024 im Gespräch. Das war auch ein Argument, das Franziska Brantner nutzte, damals Staatssekretärin unter Habeck im Wirtschaftsministerium und heute Co-Vorsitzende der Grünen. In einem Interview im August 2024 sagte sie: „Wir verhindern dadurch eine verstärkte Einflussnahme Chinas auf wichtige europäische Rohstoffquellen. Denn die Frage ist ja nicht: ‚Kommt das Projekt oder kommt es nicht?' Sondern: ‚Wird das Projekt von Rio Tinto mit europäischen Partnern umgesetzt, oder machen es die Chinesen?'"[116]

Brantner zeigte sich in dem Interview optimistisch, was das Minenprojekt angeht. Der jahrelange Protest in Serbien habe dazu geführt, dass Rio Tinto sein Projekt nachjustiert beziehungsweise neu geplant habe. „So gibt es jetzt ein neues Haldenkonzept, unter anderem werden mehr Bergbaureststoffe wiederverwendet, und es soll nicht mehr in der Mitte des Flusstals liegen. Es liegt ein neues Wasserkonzept vor, und das Projekt setzt auf erneuerbare Energien", so Brantner. Die EU werde die Umweltverträglichkeitsprüfung begleiten, damit die Standards auch eingehalten werden, versprach die Staatssekretärin. Das sei am Ende auch im Interesse Deutschlands: „Auch unsere Unternehmen sind daran interessiert, dass die Umweltstandards eingehalten werden", führte sie im Interview aus. Kurzum: Brantner hofft, dass die Umweltschäden aufgrund der Beteiligung der EU minimiert werden können. All das sei besser, als das Feld den Chinesen zu überlassen, und zudem eine Chance, Bergbau in Europa nachhaltiger zu gestalten. Denn dass es wieder Bergbau in Europa brauche, das ergebe sich schon allein aus den EU-Zielen. Serbien als Leuchtturmprojekt für eine grüne Mine? So erhoffen es sich die Befürworter des Projekts. Angesprochen auf die Demokratiedefizite in Serbien und den EU-Beitrittsprozess entgegnete Brantner im Interview: „Dieser Prozess, bei dem Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zentral sind, wird durch dieses Projekt nicht beeinflusst. Es gibt keinen Lithium-Rabatt bei der Rechtsstaatlichkeit."[117]

Nicht ganz so optimistisch sieht das der Politologe Vedran Džihić vom Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip): „Olaf Scholz begeht in Serbien denselben Fehler wie einst Angela Merkel bei Russland. Man setzt auf Wandel durch Handel und hofft, ein autoritäres Regime durch enge

wirtschaftliche Beziehungen an den Westen binden zu können. Das ist ein Trugschluss. Man macht sich erpressbar“, sagt er im Gespräch. Für ihn ist der Lithium-Deal eine „halsbrecherischen Kehrtwende“ in der Politik gegenüber Serbien.

In einer Analyse für die Heinrich-Böll-Stiftung führt Džihić aus, was er damit meint: „Alles war (und ist anscheinend immer noch) vergessen. Der Wahlbetrug, der zunehmend striktere autoritäre Trend in der Innenpolitik, der bewaffnete Einmarsch serbischer paramilitärischer Kräfte in den Norden des Kosovo im September 2023, Serbiens enge Zusammenarbeit mit China und Russland, den geopolitischen Gegnern der EU, sowie die Weigerung Serbiens, sich den europäischen Sanktionen gegen das Putin-Regime anzuschließen.“[118] Noch wenige Monate vor Scholz’ Serbien-Reise, im Februar 2024, hatte der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius nach einem Besuch auf dem Balkan kritisiert, dass Serbien nicht weiter „auf zwei Hochzeiten“ tanzen könne und sich zwischen Russland und der EU entscheiden müsse.[119]

China begeht bereits Umweltsünden in Serbien

Im Juli 2024, ein halbes Jahr nach Pistorius’ Besuch in Belgrad ist Vučić ein gefragter Mann. Nachdem das Image des Präsidenten aufgrund vermuteter Wahlmanipulation zwischenzeitlich angeschlagen war, spielt ihm der Lithium-Deal in die Hände. Serbien gilt plötzlich als wichtiger europäischer Partner in der Energiewende. Und das, obwohl das Land ungeachtet des Krieges in der Ukraine einen Großteil seines Erdgasbedarfs zu Vorzugspreisen aus Russland deckt. Hinzu kommt, dass die serbischen Behörden bei Umweltskandalen systematisch wegschauen. Ein Paradebeispiel ist die Stadt Bor im Osten Serbiens, wo die chinesische Zijin Mining Group 2018 einen aus sozialistischer Zeit stammenden Kupferbergbaubetrieb aufgekauft hat und es zu einer Reihe massiver Umweltverschmutzungen kam. Abfälle landeten im Fluss, der Borska. Der Rest lagerte auf einer Halde am Rande der Stadt. „Wenn es regnet, sickert die Schlacke ins Grundwasser. Das Gemüse, das die Leute hier verzehren, ist kontaminiert“, hieß es in einem Bericht der *Frankfurter Rundschau*.[120] Die Schwefeldioxidwerte in Bor überschreiten die zulässigen Grenzwerte um mehr als das Achtfache. Das ergab eine Inspektion des serbischen Umweltministeriums im November 2019. Folgen hatte das für den Investor kaum. Das Unternehmen musste eine Strafe von 8 500 Euro bezahlen – eine mickrige Summe, wenn man bedenkt, dass es mehr als eine Milliarde Euro in die Mine investiert.[121]



Mehrere Hundert Meter tiefer Tagebau nordöstlich des Zentrums von Bor, der seit 2018 von der chinesischen Zijin Mining Group betrieben wird

Auch deswegen ist das Misstrauen im Jadar-Tal groß. Die Mine in Bor hat vielen vor Augen geführt, dass der serbische Staat und seine Kontrollinstanzen untätig bleiben, wenn es um ausländische Investoren geht. Im Jadar-Tal soll es jetzt aber angeblich ganz anders laufen als bei den Chinesen. Dubravka Đedović Handanović, Serbiens Ministerin für Bergbau und Energie, kündigte in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk an, Serbien werde die EU-Umweltstandards einhalten, obwohl man nicht Mitglied der Union sei.[122] Doch viele Menschen in Serbien vertrauen weder dem Staat noch dem ausländischen Investor. Auch Michael Schmidt, der als Rohstoff-Experte Teil der Delegation von Olaf Scholz in Belgrad war, kennt diese Bedenken. Gleichzeitig weist er jedoch darauf hin, dass die EU im Rahmen des im Juli 2024 unterzeichneten Memorandums zugesichert hat, serbische Behörden personell dabei zu unterstützen, ihre Kontrollfunktion in puncto Umweltauflagen besser einzuhalten. Der Druck werde dadurch groß sein, so Schmidts Hoffnung. Ein Diplomat, der in der Region tätig ist und sich nur anonym zitieren lässt, sieht das nüchterner. „Für Umweltstandards braucht es auch unabhängige NGOs vor Ort. Aber anstatt mit ihnen in Dialog zu treten, spielt ihnen die serbische Regierung heimlich [die Spionagesoftware] Pegasus aufs Handy“, sagt er.

Abseits des Unglücks von Novi Sad am 1. November 2024, bei dem infolge des Einsturzes eines Bahnhofsvordachs 16 Menschen ums Leben kamen (siehe

Kap. 4.2), gab es in der jüngeren Geschichte Serbiens wohl kaum ein Thema, das so viele unterschiedliche Menschen für Proteste auf der Straße mobilisiert hat wie die Mine im Jadar-Tal. Die Bewegung gegen Rio Tinto ist divers und breit aufgestellt. Sie reicht von links-grünen Stimmen bis zu ultranationalistischen Kreisen, die vor einer „Kolonialisierung Serbiens" durch den Westen warnen. In dieser Rhetorik wird der Aufkauf des Landes durch Rio Tinto mit der NATO-Bombardierung im Kosovokrieg von 1999 (siehe Kap. 5.1) in Verbindung gebracht. Das Jadar-Tal werde dem serbischen Volk vom Westen entrissen wie einst der Kosovo – so die verzerrte Wahrnehmung. In Gesprächen zieht dieser Teil der Protestierenden auch weitere historische Parallelen, etwa zu dem Überfall NS-Deutschlands auf Serbien und die damit verbundene Ausbeutung von Rohstoffen.

Auch Familie Filipović argumentiert mit historischen Vergleichen. „Die Deutschen haben 1941 in Draginac, nur sechs Kilometer von unserem Dorf entfernt, fast 3 000 Dorfbewohner ermordet", sagte Goran Filipović, der Familienvater, in einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung*. „Und jetzt kommen ihre Enkel nach Serbien, um unsere Umwelt zu zerstören und unsere Flüsse zu verpesten, damit die Deutschen elektrische Mercedes fahren können."[123] Die Filipovićs glauben nicht an die hohen Umweltauflagen, die Rio Tinto versprochen hat, und befürchten, dass sie in Zukunft keine Landwirtschaft mehr betreiben können. „Wer will Tomaten kaufen, die neben einer Lithium-Mine wachsen?", fragen sie. Deswegen weigern sie sich, ihr Ackerland an den Konzern zu verkaufen. Es liegt mitten im Epizentrum des Lithium-Projekts, also genau dort, wo Rio Tinto die Mine errichten will.

Ein gespaltenes Dorf

Das für das Bergwerk beanspruchte Gebiet umfasst rund 220 Hektar. In bis zu 650 Metern Tiefe soll die unterirdische Mine entstehen, darüber das Verarbeitungswerk, in dem das Gestein zu Lithiumkarbonat verarbeitet wird. Der Bergbaukonzern hat für das Projekt eine eigene Webseite auf Serbisch und Englisch eingerichtet.[124] Seit Juni 2024 werden dort mehrere Informationsbroschüren zum Download angeboten, die über die Umweltauswirkungen und die für den Bau verwendete Technologie aufklären. Rio Tinto hat außerdem über 2 000 Seiten an Studienentwürfen zu Umweltrisiken veröffentlicht. Es sind technische Details, über die am Ende nur Ingenieure und/oder Umweltwissenschaftlerinnen urteilen können, nicht aber die breite Öffentlichkeit.

Die Kernzone der Mine liegt nicht mitten im Ortskern, sondern etwas außerhalb: ein Flickenteppich aus Mais- und Sojafeldern, durchschnitten von kleinen, nicht asphaltierten Wegen. Oben, auf der von Obstbäumen flankierten Hauptstraße stehen die Überreste jener Häuser, die Rio Tinto bereits aufgekauft hat. Die alten Besitzer haben Türen, Fenster und vereinzelt auch Dächer abmontiert. Warum Material zurücklassen, wenn Rio Tinto die Häuser ohnehin abreißt? Die Gegend erinnert an eine Geisterstadt nach einem Erdbeben.

Rio Tinto kommuniziert auf Anfrage: Innerhalb des Kerngebiets des Projekts standen ursprünglich 75 Häuser. Davon waren 52 dauerhaft bewohnt. Bei dem Rest handelte es sich um verlassene Häuser oder Wochenendhäuser. Mit Stand Februar 2025 hat der Bergbaukonzern – bis auf fünf – alle Häuser aufgekauft. Weniger erfolgreich läuft es für Rio Tinto bei den Ackerflächen: Hier hat der Konzern erst 63 Prozent der Felder aufgekauft.

Der globale Rohstoffkonflikt hat einen Keil in die ländliche Idylle von Gornje Nedeljice getrieben. Bis vor Kurzem hat sich niemand sonderlich für dieses kleine Örtchen mit gerade einmal 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern interessiert. Jetzt reisen Wirtschaftsdelegationen, Geologen und Kamerateams von internationalen Fernsehsendern an. Während ein Teil des Dorfes protestiert, hat Rio Tinto damit begonnen, Subventionen an Bauern zu vergeben, mit denen diese landwirtschaftliche Geräte kaufen können. Seit 2022 wurden laut Angaben des Konzerns dafür 875000 Euro investiert. Im Dezember 2024 – so schreibt der Konzern auf Anfrage – wurde außerdem ein neues Programm gestartet,



Kampf um jeden Quadratmeter: Ein Landwirt aus dem Jadar-Tal zeigt auf einer Karte, wo Rio Tinto die Mine errichten will.

das sich auf die Unterstützung von Frauen, Jugendlichen und Kleinstunternehmen konzentriert und Zuschüsse von bis zu 5000 Euro pro Projekt vergibt.

Während sich die einen stur weigern, diese Subventionen anzunehmen, sehen andere darin einen Vorteil. Der lokale Fußballklub hat sich mit einer Spende von Rio Tinto ein neues, blau gestrichenes Vereinshaus gebaut. Das Dorf ist nun in Befürworter und Gegner gespalten. Familien, die sich früher gegenseitig auf Hochzeitsfeste einluden, reden nicht mehr miteinander, angeblich streiten sich sogar die beiden Priester in der Kirche über das Für und Wider der Mine. Der Wortführer des Protests ist der 49-jährige Milchbauer Zlatko Kokanović, ein großgewachsener Mann mit klobigen Wanderschuhen und kurzgeschorenen Haaren. Er hat regelmäßig in Belgrad protestiert, aber auch in Brüssel, vor dem EU-Parlament. Kokanović besitzt 30 Hektar Wald und Wiesen im Jadar-Tal und verkauft nach eigenen Angaben etwa 100000 Liter Milch im Jahr. „Womit soll ich in Zukunft meine Kühe füttern? Wer wird meine Milch kaufen, wenn die Mine erst einmal steht?“, fragt er. Er selbst sieht keinerlei Vorteile in dem Projekt, nur Unsicherheit und Zerstörung. „In Serbien können sich die Menschen keine Elektroautos leisten. Die sind für das Ausland, damit die junge Generation in Westeuropa eine gesunde und grüne Zukunft hat“, glaubt er. Journalisten empfängt Kokanović in einer Holzhütte



Milchbauer Zlatko Kokanović, der die lokalen Proteste gegen die Pläne von Rio Tinto anführt

auf einem Feld, vor der eine Fahne hängt. *„Ne damo Jadar!“* (Wir geben Jadar nicht her!) steht darauf. An der Wand in der Holzhütte hängt das Konterfei von Gavrilo Princip – jenem Attentäter, der am 28. Juni 1914 den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo ermordete (siehe Kap. 2). „Wir sind alle ein bisschen wie Gavrilo“, sagt Zlatko Kokanović, „weil auch wir gegen ein Imperium kämpfen.“ Er meint damit Rio Tinto.

Und was sagt Rio Tinto?

Der Sitz des Bergbaukonzerns, der die Mine bauen will, befindet sich in einem spiegelverglasten Bürogebäude in Novi Beograd, einst das Vorzeigebeispiel sozialistischer Stadtplanung in Jugoslawien. Emil Atanasovski, ein groß gewachsener Mann im weißen Hemd und Turnschuhen, empfängt Besucherinnen und Besucher in den oberen Stockwerken. Über dem Empfangstresen wächst grünes Moos, dazwischen prangt der Schriftzug des Konzerns. Atanasovski, gebürtig aus Nordmazedonien, stellt sich als Direktor für externe Angelegenheiten vor. Zum Interview im Juli 2024 hat er eine Gesteinsprobe aus Jadar mitgebracht und eine Power-Point-Präsentation vorbereitet. Bevor er zu Rio Tinto gewechselt ist, war er für die britische „Westminster Foundation for Democracy“ tätig. Er arbeitet seit 20 Jahren mit der Zivilgesellschaft auf dem Balkan zusammen. „Aktivismus ist gut, weil er Standards einfordert. Aber im Fall der Lithium-Mine war der Dialog mit den Organisationen schwierig, weil sie sich weigern, mit uns zu sprechen“, sagt er. Rio Tinto habe sogar Anzeigen in Lokalzeitungen geschaltet, um die Zivilbevölkerung zu einem Dialog zu bewegen. In der Öffentlichkeit kursiere eine Menge Falschinformation über die Mine. Es gebe Petitionen, in denen stehe, dass die Wälder in einem Radius von 20 Kilometern niedergebrannt und 20 000 Menschen umgesiedelt werden müssten. „Das stimmt nicht“, sagt Atanasovski, „in Wahrheit müssen 150 Menschen umgesiedelt werden. Sie haben bereits ihre Häuser verkauft.“ Rio Tinto wolle „auf Basis von Fakten“ über das Projekt sprechen. Aber gegen die Emotionen komme man nicht mehr an.

So gibt es auch eine deutsche Unternehmensberatung wieder, die von Rio Tinto mit der externen Kommunikation beauftragt wurde. Sie arrangiert die Interviews in Serbien, verschickt Pressematerial und verweist auf die Informationsseite im Internet. Im Vorfeld erkundigt sich ein Mitarbeiter aber auch nach der Ausrichtung des journalistischen Beitrags, fragt, welche Interviewpartner sonst noch zu Wort kommen und ob die Journalistin plane, „objektiv über das

Thema zu berichten“. Man merkt: Rio Tinto will reden, aber man ist auch misstrauisch geworden.

Am 24. Juli 2024 erschien im britischen Fachmagazin *Nature* ein Text über die Mine im Jadar-Tal, an dem unter anderem auch Mitglieder der Serbischen Akademie der Wissenschaften mitgewirkt haben.[125] Darin heißt es: „Mit der Eröffnung der Mine werden sich die Probleme durch Absetzteiche, Minenabwasser, Lärm, Luftverschmutzung und Lichtverschmutzung vervielfachen, was das Leben zahlreicher Anwohner und Anwohnerinnen gefährdet und ihre Süßwasserquellen, landwirtschaftlichen Flächen, Viehbestände und Vermögenswerte zerstört.“ Rio Tinto verlangte daraufhin eine Korrektur. Fakten seien falsch wiedergegeben, Vergleiche irreführend gezogen worden. Der Text führe sowohl „die wissenschaftliche Gemeinschaft als auch die Öffentlichkeit über die möglichen Umweltauswirkungen des Projekts in die Irre“, heißt es in einem Statement.[126]

Emil Atanasovski beginnt seine Präsentation. „Wir wollen die modernste Mine in Europa bauen, mit Kosten von ungefähr drei Milliarden Euro“, sagt er. Rio Tinto habe „nichts zu verstecken“ und wolle mit allen in Dialog treten: der Zivilbevölkerung, Wissenschaftlern, der Industrie und der Politik. Die Mine werde komplett unter der Erde liegen, mit einem 200 Kilometer langen Netzwerk aus Schächten, einer „kleinen unterirdischen Stadt“, wie es Atanasovski ausdrückt. Die Fahrzeuge, die das Material transportieren, sollen elektrisch betrieben werden. Bei der Planung der Minenabfalldeponie habe man Szenarien wie Überschwemmungen oder Erdbeben mitbedacht. „Der Schutz ist doppelt so hoch wie bei einem Atomkraftwerk“, spult Atanasovski seinen Text routiniert herunter. Das Werk für die Herstellung des Lithiumkarbonats werde 1 300 Jobs für Ingenieure, Mechanikerinnen, Fahrer, Anwältinnen und andere Berufsgruppen schaffen. Für den Bau der Mine rechnet Rio Tinto mit einem Bedarf von 3 500 Arbeitskräften.

Werden die Menschen im Tal weiter Landwirtschaft betreiben können? Das ist die zentrale Frage, die die Menschen vor Ort umtreibt. Den Milchbauer Zlatko Kokanović ebenso wie die Familie Filipović mit ihren Mais- und Sojafeldern. Atanasovski ist auf die Frage vorbereitet und gibt eine klare und schnelle Antwort: „Die Menschen können ihre Felder rund um die Mine weiter bebauen. Wir würden das sogar begrüßen. Denn aufgrund des Zuzugs von Arbeitskräften steigt der Bedarf an landwirtschaftlichen Gütern wie Milch, Eiern und Gemüse.“ Auch deswegen vergebe Rio Tinto Subventionen an Bauern, damit sie sich Saatgut und Agrarmaschinen kaufen können. „Wir wollen, dass die Menschen bleiben, und nicht, dass sie umziehen“, sagt Atanasovski. Nach

40 Jahren, wenn die Mine zum Erliegen kommt, wolle man das Land „genauso an die Menschen zurückgeben, wie es heute ist", verspricht er. Auch Jakob Stausholm, der CEO von Rio Tinto, beteuerte gegenüber dem *Spiegel*: „Wir würden keine Mine betreiben, die das Trinkwasser der Flüsse verschmutzt oder die Landwirtschaft unmöglich macht. So etwas könnten wir uns gar nicht leisten."[127]

Der Milchbauer Zlatko Kokanović glaubt nicht an solche Versprechen. Angesprochen darauf, was er Rio Tinto während eines Treffens fragen würde, weiß er rasch eine Antwort: „Wann werdet ihr Serbien verlassen?"

Ausblick

Bis zur Fertigstellung des Buches war unklar, ob Rio Tinto die Mine errichten wird. Der politische Wille dafür ist gegeben. Am 4. Juni 2025 veröffentlichte die EU-Kommission eine Liste von strategisch wichtigen Projekten mit kritischen Rohstoffen in Drittstaaten.[128] Darauf findet sich auch das Projekt in Jadar. Damit hat der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić ganz klar einen Sieg eingefahren. Nicht nur weil das Projekt nun auch offiziell Rückendeckung der EU hat, sondern auch weil der Status schnellere Genehmigungsverfahren und einfacheren Zugang zu Finanzmitteln bedeutet, etwa durch die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.[129]

Gleichzeitig zeigen die Studierendenproteste, die Serbien 2025 in Atem halten (siehe Kap. 4.2), welche Wucht Demonstrationen im Land entfalten können. Rein formal sind noch eine Reihe von Schritten und Auflagen nötig, bevor mit dem Bau der Mine begonnen werden kann. Rio Tinto muss zunächst eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei den serbischen Behörden einreichen. Im November 2024 hat das serbische Ministerium für Umweltschutz hierfür den ersten Schritt getan und den Umfang dieser Prüfung festgelegt. Eine staatliche Kommission muss dann die von Rio Tinto eingereichte Studie prüfen und eine Empfehlung an das serbische Umweltministerium abgeben. Wenn das Projekt den Standards entspricht, bekommt Rio Tinto die Baugenehmigung. Dann wird es, nach Berechnungen des Unternehmens, fünf Jahre dauern, bis die Mine fertig errichtet ist. Vor 2030 ist also nicht mit einer Inbetriebnahme der Mine zu rechnen.





5. Kosovo

5.1 Die NATO-Intervention 1999

Ein Fischrestaurant in Prizren, der zweitgrößten Stadt des Kosovo, Europas jüngstem Staat. Hasan Ahmetaj, 68 Jahre, bestellt Bruschetta mit Shrimps und Pasta mit Muscheln. Das „Marina“ ist ein albanisches Familienrestaurant, wie es viele im osmanisch geprägten Prizren gibt. Hasans jüngerer Sohn Agon ist der Koch, der ältere, Genci, serviert. Die Managerin ist Hasans Frau Zyrafete.

Hasan und Zyrafete hatten noch einen dritten Sohn, auch er hieß Agon. Er war zehn Jahre alt, als er am 13. Mai 1999 bei einem Bombardement durch das westliche Militärbündnis NATO ums Leben kam. Es ist ein Schicksalsschlag, der nicht so recht in den kollektiven Erinnerungsdiskurs der Kosovo-Albanerinnen und -Albaner passen will. Denn die NATO wird im Kosovo als Befreier gefeiert, ohne den das Land heute wohl kein unabhängiger Staat wäre.

Die Operation Allied Force

Insgesamt 78 Tage dauerte die sogenannte Operation Allied Force. Vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 griff das westliche Bündnis militärische Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien (bestehend aus dem heutigen Serbien, Montenegro und Kosovo) von der Luft aus an. Die USA und weitere NATO-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland,[1] wollten der Gewalt an der albanischen Bevölkerungsmehrheit in der damals noch zu Serbien gehörenden Provinz Kosovo ein Ende setzen. Von einer „humanitären Intervention“ war die Rede.

Die jugoslawische Armee und serbische Paramilitärs hatten ab 1998 „ethnische Säuberungen“ im Kosovo durchgeführt, Häuser niedergebrannt und

Bild S. 148/149: Nationalgardisten hissen zum Unabhängigkeitstag am 17. Februar 2023 in Pristina die Kosovo-Flagge im Beisein unter anderem von Ministerpräsident Albin Kurti (2. v. r.) und Präsidentin Vjosa Osmani (4. v. r.).

Hunderttausende Menschen in die Wälder oder die Nachbarländer vertrieben. Nachdem Friedensverhandlungen mit dem serbischen Machthaber Slobodan Milošević gescheitert waren, griff der Westen militärisch ein. Ein Verbrechen wie der Völkermord von Srebrenica (siehe Kap. 6.2) sollte sich in Europa nicht mehr wiederholen. Für die deutsche Bundeswehr war es der erste Kampfeinsatz überhaupt und – nach Bosnien-Herzegowina 1995 – einer ihrer ersten Auslandseinsätze. Konkret ging es um rund 500 deutsche Soldaten, die zum Einsatz kommen sollten.[2] In der deutschen Öffentlichkeit wurde all das kontrovers diskutiert. Während CDU und CSU die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung forderten, sprachen sich eher pazifistisch eingestellte Kräfte innerhalb der SPD und der Grünen gegen jeden Einsatz außerhalb des NATO-Gebiets aus. Ausgerechnet jene beiden Parteien bildeten ab Oktober 1998 eine Regierungskoalition mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler und Joschka Fischer als Vizekanzler und Außenminister. Insbesondere für die Grünen mit ihren Wurzeln in der Friedensbewegung war der NATO-Einsatz politisch brisant. Kamen doch zu der Problematik von Auslandseinsätzen im Allgemeinen – insbesondere solchen, die nicht durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrats gedeckt



Brennende Häuser im Dorf Seçishtë im Süden Kosovos am 27. März 1999 nach einem Angriff durch serbische Panzer. Die albanischen Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes waren seit Beginn der Kämpfe auf der Flucht.



Bundesaußenminister Joschka Fischer nach der Farbbeutel-Attacke auf dem Sonderparteitag am 13. Mai 1999

sind – noch die Verbrechen, die die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg in der Region verübt hatte. So hatte Hitlers Luftwaffe 1941 Belgrad bombardiert – und jetzt sollten also wieder Luftangriffe geflogen und deutsche Soldaten in einen Krieg auf dem Balkan geschickt werden?

Auf einem Sonderparteitag in Bielefeld am 13. Mai 1999 war die Stimmung innerhalb der Parteibasis der Grünen derart erhitzt, dass Außenminister Fischer mit einem Farbbeutel beworfen wurde, der ihm nicht nur das rechte Ohr rot einfärbte, sondern auch das Trommelfell zerriss und einen Hörschaden verursachte. Unter Buhrufen und Pfeifengetriller, aber auch immer wieder aufbrandendem Applaus, hielt Fischer eine 20-minütige Rede, in der er den Einsatz im Kosovo rechtfertigte. „Ich hätte mir nie träumen lassen, dass Rot-Grün mit im Krieg ist. Aber dieser Krieg geht nicht erst seit 51 Tagen, sondern seit 1992 meine lieben Freundinnen und Freunde!“, so Fischer. Er verstehe nicht, wie das, was in Jugoslawien passiere, von einem linken Standpunkt aus geduldet werden könne. Vielleicht, fragte Fischer, weil Milošević, der formal einer sozialistischen Partei angehörte, nicht in das übliche Feindbild passe? Dabei führe der serbische Nationalist einen ethnischen Krieg und vertreibe ein Volk – das albanische. Frieden mit Milošević setze voraus, dass Menschen nicht ermordet, vertrieben und vergewaltigt werden, so der Außenminister weiter. Umstritten waren nicht zuletzt die Parallelen, die Fischer zur deutschen Geschichte zog. „Auschwitz ist unvergleichbar. Aber ich stehe auf zwei Grundsätzen. Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Völkermord! Nie wieder Faschismus!“[3]

Am Ende blieb vor allem dieser kurze Ausruf im Gedächtnis. Fischers umstrittene Assoziation hat linke wie rechte Verschwörungstheorien angeheizt, wonach der Westen bloß Ausreden gesucht habe, um in den Konflikt eingreifen zu können. Letzteres ist ebenso falsch, wie Fischers Bezugnahme auf Auschwitz im Kontext des Kosovokriegs unpassend war.

Zäsur für das Völkerrecht: Illegal, aber legitim?

Die Intervention im Kosovo 1999 war – nach begrenzten Luftoperationen 1995 in Bosnien – der erste umfassende Kampfeinsatz der NATO seit ihrer Gründung 1949. Dieser richtete sich gegen einen Staat, der kein Mitglied des nordatlantischen Bündnisses bedroht hatte – es handelte sich also nicht um einen Verteidigungsfall im Sinne des NATO-Vertrags. Besonders umstritten ist die Intervention bis heute, weil sie ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats erfolgte. Russland und China, als ständige Mitglieder im Sicherheitsrat mit einem Veto ausgestattet, hätten einem Angriff auf Jugoslawien niemals zugestimmt. Also handelte der Westen im Alleingang – und damit am Völkerrecht vorbei. War das rechtens? Darf man mit Bomben Frieden erzwingen? Soll man den Tod unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten in Kauf nehmen, um größeres Leid zu verhindern? Diese Fragen spalten bis heute die internationale Gemeinschaft.

Ja, argumentierte der damalige deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD). Er sprach von „Nothilfe in einer extremen Situation."[4] Der deutsche Journalist Erich Rathfelder, der in den 1990er-Jahren über die Kriege auf dem Balkan berichtete, fasst das Dilemma wie folgt zusammen: „Die Frage, ob die Durchsetzung von Menschenrechten höher einzuschätzen sei als die Respektierung der Machtverhältnisse im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen, ist letztlich eine Gewissensentscheidung."[5] Der Journalist Norbert Mappes-Niediek zieht in seiner Darstellung der jugoslawischen Zerfallskriege den folgenden Vergleich heran: „Zwang das Völkerrecht wirklich zuzuschauen, wenn ein Regime irgendwo auf der Welt unter dem Schutz einer Großmacht eine Minderheit misshandelte? Übertragen auf das Verhältnis zwischen Individuen, hätte das bedeutet: Bevor ich einem Menschen in Not beispringen darf, muss ich erst dessen Vorgesetzten fragen."[6] Der österreichische Diplomat Wolfgang Petritsch, damals EU-Chefverhandler bei den Friedensgesprächen in Rambouillet, drückt es in einem Interview so aus: „Die Bomben waren illegal, [...] weil sie ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates erfolgten. [...] Gleichzeitig war die Intervention aus humanitären Gründen legitim, weil ein Genozid an den Albanern im Kosovo drohte."[7]

Unabhängig von ihrer Bewertung war die Intervention eine Zäsur für das Völkerrecht, ja mehr noch: ein „Testfall für die Weltpolitik nach dem Kalten Krieg", wie es Norbert Mappes-Niediek ausdrückt.[8] Der Kosovokrieg löste eine anhaltende Debatte zu der Frage aus, welche Verantwortung die internationale Gemeinschaft trägt, um Menschenrechtsverletzungen innerhalb eines Staates zu verhindern. Die Luftangriffe der NATO waren auch ein Paradigmenwechsel

in den Beziehungen zwischen Russland und den USA, die einander nach dem Ende des Kalten Krieges zunächst zögerlich die Hände gereicht hatten. Moskau, das die Intervention nie mitgetragen hätte, sah sich durch den Alleingang des Westens brüskiert und von der neuen Weltordnung ausgegrenzt. „Russland ist zutiefst empört über die NATO-Militäraktion gegen Jugoslawien, die nichts anderes ist als nackte Aggression", erklärte Präsident Boris Jelzin in einer Ansprache am 31. März 1999.[9] „Wir haben es in der Tat mit dem Versuch der NATO zu tun, das 21. Jahrhundert in der Uniform des Weltpolizisten zu beginnen. Russland wird das niemals akzeptieren", führte er fort. Symbolisch für diesen Bruch zwischen Moskau und Washington ist eine Anekdote um den damaligen russischen Ministerpräsidenten Jewgeni Primakow: Er saß in einem Flugzeug in Richtung Washington, als er über Funk vom Beginn der NATO-Intervention erfuhr. Daraufhin wies Primakow den Piloten an, umzukehren und nach Moskau zurückzufliegen.

Der Einsatz im Kosovo, schreibt der Südosteuropa-Experte Florian Bieber, war „der Höhepunkt westlicher militärischer Hegemonie".[10] Zwei Jahre später, nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, griffen die USA mit ihren Verbündeten Afghanistan und 2003 schließlich den Irak an. Auch letzterer Einsatz erfolgte ohne UN-Mandat und damit völkerrechtswidrig. Gleichzeitig schlug in Russland die Stunde jener Politiker „die sich nicht mehr unweigerlich am Westen orientierten".[11] Zwei Monate nach dem Ende der NATO-Intervention im Kosovo wurde Wladimir Putin – zuvor Leiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB – zum Premierminister ernannt und übernahm zum Jahreswechsel 1999/2000 das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation. In den folgenden Jahren zog er die Kosovo-Intervention immer wieder als Präzedenzfall heran, um eigene militärische Eingriffe zu legitimieren. So etwa im Georgienkrieg im August 2008, bei der Annexion der Krim im März 2014 sowie zuletzt im Februar 2022 beim Überfall auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine. Dabei unterscheidet sich die Konfliktgeschichte des Kosovo grundlegend von derjenigen postsowjetischer Staaten wie der Ukraine oder Georgien.

Verbrechen im Kosovokrieg

Im Kosovokrieg 1998/99 wurden über 90 Prozent der Kosovo-Albanerinnen und -Albaner aus ihren Häusern vertrieben. Rund die Hälfte der Bevölkerung floh in die Nachbarländer. Laut der serbischen Nichtregierungsorganisation Humanitarian Law Center (HLC), die Büros in Belgrad und Pristina unterhält, starben oder



Kosovo-Albanerinnen und -Albaner halten bei einer Gedenkveranstaltung am 1. August 1999 die Fotos ihrer getöteten Angehörigen in den Händen, die zuvor aus einem Massengrab exhumiert worden waren.

verschwanden zwischen Januar 1998 und Dezember 2000 insgesamt 13 517 Menschen.[12] In dieser Berechnung sind allerdings auch Soldaten beider Seiten enthalten. Blickt man ausschließlich auf die zivilen Opfer, ergibt sich laut HLC das folgende Bild: 8 661 Albanerinnen und Albaner, 1 797 Serbinnen und Serben sowie 447 Roma und Romnja wurden getötet oder gelten als vermisst.

Wie viele Menschen starben als direkte Folge der NATO-Angriffe? Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) sprach nach dem Krieg von 500 zivilen Opfern.[13] Das HLC beziffert deren Zahl mit 454. Sämtliche Namen, inklusive Herkunft, Geschlecht sowie Ethnie, sind auf einer Liste im Internet aufrufbar.[14] Das HLC dokumentiert: 219 Albaner, 207 Serben, 14 Roma sowie 14 Menschen anderer Herkunft. Die jugoslawische Regierung hingegen sprach nach dem Krieg von 1 200 bis 5 700 zivilen Opfern.[15] Auch die aktuelle serbische Regierung unter Aleksandar Vučić kommuniziert deutlich höhere Opferzahlen, als sie von den NGOs dokumentiert wurden. In der Fachliteratur gelten die von HLC und HRW dokumentierten Zahlen als maßgeblich.[16]

In diesem Kapitel soll unter anderem die Geschichte einer albanischen und einer serbischen Opferfamilie geschildert werden. Neben dem eingangs erwähnten Hasan Ahmetaj aus Prizren kommt auch Stela Jovanović zu Wort, eine ehemalige Journalistin aus Niš im Süden Serbiens.[17] Ihr Ehemann Radomir saß in einem Zug, der am 12. April 1999 von NATO-Bomben getroffen wurde. Eine Serbin aus Niš und ein Albaner aus Prizren – beide in etwa gleich alt, beide geboren und aufgewachsen in einem Vielvölkerstaat, den es heute nicht mehr gibt: Jugoslawien. Sie hat ihren Ehemann durch die NATO-Bomben verloren, er seinen Sohn sowie 40 weitere Mitglieder seiner weitverzweigten Familie. Was lässt sich aus ihren Biografien über den Krieg im Kosovo lernen – den letzten Sezessionskrieg im ehemaligen Jugoslawien? Warum fielen 1999 überhaupt Bomben? Wie war der Kosovo, eine Provinz am Rande Jugoslawiens, zum Zentrum der Weltpolitik geworden?

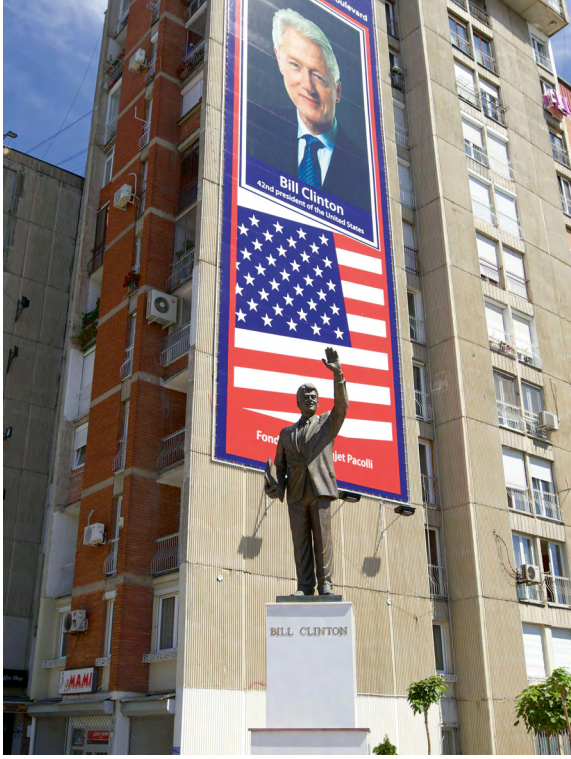
Befreier vs. Aggressor

Reist man heute, ein Vierteljahrhundert nach den Bombenangriffen, durch Kosovo und Serbien, wird man unterschiedliche Antworten auf diese Fragen finden. Während das offizielle Serbien die NATO-Intervention als einen illegalen Angriff auf einen souveränen Staat brandmarkt, spricht der Großteil der Menschen im Kosovo von einem Befreiungsschlag. Sieht man von den USA selbst ab, gibt es wohl kein Land auf der Welt, das so US-freundlich eingestellt ist wie der Kosovo – und das, obwohl es sich um ein mehrheitlich muslimisches Land handelt. Im jüngsten Staat Europas sind Straßen nach dem ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton benannt, in dessen Amtszeit die Bombardierung stattgefunden hat.

Im Juni 2019 besuchte der in die Jahre gekommene Ex-Präsident Clinton Pristina. Entlang des Boulevards hatte die Menge eine übergroße US-Flagge aufgespannt. Die Stühle vor dem Podium waren so angeordnet, dass sie aus der Luft betrachtet das Zeichen der NATO ergaben. Kosovos Präsident Hashim Thaçi empfing Clinton mit den Worten: „Willkommen zu Hause“. In seiner Rede sagte Clinton: „Es war die größte Ehre für mich, mit euch gegen die ethnischen Säuberungen und für die Freiheit gestanden zu haben.“[18]

In deutlichem Kontrast dazu steht eine Szene aus Belgrad im März 2022. Vor der russischen Botschaft in der serbischen Hauptstadt versammelten sich Menschen. Sie riefen „Fuck, Fuck NATO-Pakt!“ und vereinzelt auch „Wladimir Putin“. Auf einem Banner stand: „Madeleine Albright, burn in Hell!“[19] Albright,

die Tochter eines tschechoslowakischen Diplomaten, war 1999 Bill Clintons Außenministerin. Sie starb am 23. März 2022, also just einen Tag, bevor in Serbien routinemäßig an den Beginn der Intervention erinnert wird. Deswegen auch der Slogan: Albright solle in der Hölle schmoren. In Pristina hingegen wurde ihr zu Ehren eine Statue errichtet. Das zeigt, wie weit die beiden Gesellschaften in Bezug auf die Erinnerungskultur auseinanderliegen.



In Pristina erinnern Statue und Banner an die Rolle Bill Clintons als US-Präsident während des Kosovokriegs, August 2019.

Für Serben ist die NATO der Aggressor, für Kosovo-Albaner ist es Serbien. Auch die Frage, wann der Krieg begann, wird von serbischer und kosovo-albanischer Seite mit unterschiedlichen Jahreszahlen beantwortet. Für die Kosovo-Albanerinnen und -Albaner begann die Welle der Repression spätestens 1989, als Milošević der Provinz den Autonomiestatus entzog. Für viele Serbinnen und Serben waren die Bombenangriffe der NATO das erste reale Gewalterlebnis im Laufe der Jugoslawienkriege. Bis dahin hatten die Kämpfe andernorts stattgefunden: im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, Kroatien oder Slowenien. Dass die Intervention eine mehr als zehn Jahre zurückreichende Vorgeschichte hat, wird im offiziellen serbischen Narrativ ausgeblendet. Die Bomben werden als ein isoliertes Ereignis dargestellt – als wären sie wie aus dem Nichts über Serbien niedergegangen.

Auch im Kosovo herrscht ein sehr einseitiges Bild vor. Das Narrativ von der NATO als Befreier lässt wenig Raum für Grautöne. Nur wenige wissen etwa, dass mehr albanische als serbische Zivilistinnen und Zivilisten durch NATO-Angriffe getötet wurden. Unter ihnen war auch der zehnjährige Agon Ahmetaj. Hasan, sein Vater, gibt heute nicht der NATO die Schuld an dessen Tod, sondern dem serbisch-jugoslawischen Aggressor. Serbische Polizisten



Protestierende in Belgrad verfluchen die kurz zuvor verstorbene ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright, die sie für die NATO-Intervention 1999 verantwortlich machen, März 2022.

hätten, so sagt er, albanische Flüchtlinge gezielt in eine Falle getrieben und als menschliche Schutzschilde missbraucht. Um besser zu verstehen, was geschehen ist, muss man in Ahmetajs Heimatdorf reisen, das auf Albanisch Korisha und auf Serbisch Koriša heißt. Es ist zwanzig Minuten von Prizren, der zweitgrößten Stadt des Kosovo, entfernt.

Korisha liegt am Hang eines Gebirges, in dem an einem Herbsttag im Oktober 2024 tiefer Nebel hängt. Von der Hauptstraße führt die „Rruga 13 Maj" (Straße des 13. Mai) hinauf in den Wald, wo sie zu einer Rumpelpiste wird, die man nur mit einem Geländewagen befahren kann. Hasan Ahmetaj hat so ein Auto, einen alten Land Rover mit beigen Ledersitzen. „Alles Familie. Alles Ahmetaj", sagt er, während er an den Gärten vorbeifährt: große Einfamilienhäuser hinter hohen, blickdichten Mauern, umgeben von Feldern. Hier wurde Hasan Ahmetaj 1964 geboren und wuchs zusammen mit sechs Brüdern und zwei Schwestern auf. Er absolvierte seinen Militärdienst in Kroatien und arbeitete Anfang der 1980er-Jahre als Gemüsehändler in Slowenien. Das war die Zeit, als der Zusammenhalt im Vielvölkerstaat zu bröckeln begann.

Im Kosovo begann der Zerfall Jugoslawiens

Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches wurde das Gebiet des heutigen Kosovo auf der Londoner Botschafterkonferenz 1912/13 – anders als von den führenden Protagonisten der albanischen Nationalbewegung erhofft (siehe Kap. 9.1) – nicht dem neuen Nationalstaat Albanien, sondern Serbien

zugesprochen. In der Ära des jugoslawischen Innenministers Aleksandar Ranković (1945–1966) wurde 1946 die albanische Flagge verboten und Serbokroatisch als alleinige Amtssprache eingeführt. Der Druck führte auch dazu, dass zwischen 1953 und 1966 schätzungsweise 100 000, als „Türken" gebrandmarkte, muslimische Albaner in die Türkei abwanderten.[20]

Wirtschaftlich gesehen war der Kosovo das Schlusslicht im Vielvölkerstaat. 1981 betrug die Arbeitslosenrate 29 Prozent.[21] Obwohl die damalige Provinz reich an Rohstoffen war, galt der Kosovo als das „Armenhaus" Jugoslawiens und hinkte dem entwickelteren Norden bei staatlichen Investitionen hinterher. Trotz Transferleistungen aus den wirtschaftsstärkeren Teilrepubliken ging diese Schere im Laufe der Jahre immer weiter auseinander. 1945 war das Pro-Kopf-Einkommen in Slowenien dreimal so hoch wie im Kosovo, 1989 bereits neunmal so hoch.[22]

Gleichzeitig gab es – insbesondere nach der Entmachtung Rankovićs – auch positive Errungenschaften. Die kosovarische Gesellschaft durchlief nach 1945 einen radikalen Wandel. So ging die Analphabetenrate von 62 Prozent im Jahr 1948 auf 17,6 Prozent im Jahr 1981 zurück. Vor 1953 waren gerade einmal 5 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in Industrie und Bergbau beschäftigt sowie weitere 5,6 Prozent in der Verwaltung. In den 1960er- und 1970er-Jahren wurden dann Zehntausende Arbeitsplätze in der Staatswirtschaft geschaffen. 1945 gab es im Kosovo gerade einmal 21 Ärzte und 15 Apotheker. Ende der 1960er-Jahre wurde die Universität Pristina gegründet und dort eine medizinische Fakultät eingerichtet, die eine neue Generation an medizinischem Fachpersonal für das Gesundheitssystem hervorbrachte. Die Lebenserwartung stieg an, während die Säuglingssterblichkeit sank. 1952 wurden Frauen im Kosovo durchschnittlich nur 45 Jahre alt, 1967 waren es bereits 62 Jahre.[23]

Im Kosovo, so lässt sich rückblickend feststellen, begann der Zerfall Jugoslawiens. Bereits 1981, zehn Jahre vor der Abspaltung der Teilrepubliken Slowenien und Kroatien, schwelten in Serbiens südlicher Provinz ethnische Spannungen. 1980 starb der jugoslawische Langzeitpräsident Josip Broz Tito. Ihm war es, bei allen Problemen, gelungen, die ethnische Frage innerhalb des sozialistischen Vielvölkerstaates mit dem Leitspruch „Brüderlichkeit und Einheit" geschickt auszubalancieren.

Stela Jovanović, die ehemalige Journalistin aus Niš, glaubte an diese Idee. „In Jugoslawien gab es keine Grenzen. Wir fühlten uns überall zu Hause", sagt sie. Die heute 67-Jährige wurde in den 1950er-Jahren geboren und wuchs in Niš auf, eine Stadt im Süden Serbiens und ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt.

Ihr Vater war Kroate aus Dalmatien, ihre Mutter Serbin aus der Vojvodina. Aber ihre Eltern hätten sich weder als das eine noch das andere gefühlt, sondern einfach als Jugoslawen. Bereits als Kind lernte Jovanović in Niš ihren späteren Ehemann Radomir kennen. Weil ihre Eltern zu den wenigen im Wohnblock gehörten, die einen Fernsehapparat besaßen, kam er mit anderen Nachbarskindern regelmäßig zu Besuch. Im Teenageralter – sie war 16, er 19 Jahre alt – liefen sie einander wieder über den Weg, verliebten sich und heirateten sechs Jahre später. 1980 – dem Todesjahr Titos – kam ihre erste Tochter auf die Welt. „Ich habe immer an die Idee Titos geglaubt, aber sie war künstlich – und nichts, das künstlich ist, hält für immer", sagt Jovanović heute. Und in der Tat: Nach dem Tod Titos traten im Kosovo bald ethnische Konflikte zutage.

Das hing auch mit der föderalen Struktur Jugoslawiens zusammen. Anders als beispielsweise das benachbarte Mazedonien war Kosovo nie eine eigene Teilrepublik, sondern eine Provinz Serbiens. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stellten ethnische Albanerinnen und Albaner die Mehrheit, und ihr Anteil an der Bevölkerung stieg im Laufe des 20. Jahrhunderts weiter an.[24] Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten im Kosovo rund 68,5 Prozent Albaner und 27,5 Prozent Südslawen (Serben und Montenegriner). 1981 lag der Anteil der Albaner bereits bei 77,4 Prozent gegenüber 14,9 Prozent Südslawen. Neben der höheren Geburtenrate albanischer Frauen (im Sozialismus war die Kindersterblichkeit rapide zurückgegangen) lag dies auch daran, dass zwischen 1971 und 1981 rund 100 000 Serben und Montenegriner aus dem Kosovo abwanderten. Über die Gründe wurde in den 1980er-Jahren zunehmend erhitzt diskutiert. „Während Vertreter der albanischen Seite die serbische Abwanderung mit überwiegend wirtschaftlichen Gründen erklärten, sprechen serbische Analysten von einem erzwungenen Exodus", schreibt dazu der Südosteuropa-Historiker Oliver Jens Schmitt.[25]

Titos Verfassung von 1974

Politisch stand der Kosovo unter der direkten Kontrolle Serbiens. Das sollte sich 1974 ändern. Tito sicherte den Albanerinnen und Albanern im Kosovo mittels einer Verfassungsreform weitgehende Selbstverwaltungsrechte zu. Fortan war der Kosovo eine sogenannte autonome Provinz mit eigenständigem Parlament, eigener Regierung und einer eigenen Polizei. In Pristina war bereits 1969 eine zweisprachige Universität gegründet worden. Ab Mitte der 1970er-Jahren folgte eine Reihe von repräsentativen Gebäuden – im für Jugoslawien typischen brutalistischen Stil errichtet –, darunter ein überdimensional großer Sportpalast

sowie das „Grand Hotel“. Der 1977 eröffnete Sportpalast trug den Namen „Boro-Ramiz“, benannt nach zwei jugoslawischen Partisanen aus dem Zweiten Weltkrieg: dem Serben Boro Vukmirović und dem Albaner Ramiz Sadiku. Der Name des Gebäudes steht symbolisch für den Versuch Titos, eine Einheit zwischen den Ethnien zu schaffen. Albaner stiegen außerdem in die Betriebsleitung von Kombinaten sowie in Führungspositionen im Staatsapparat auf, wo bis dahin Serben und Montenegriner deutlich überrepräsentiert gewesen waren: Im Jahr 1953 hatten diese noch 68 Prozent der Führungsposten im Kosovo besetzt.[26] Die jugoslawische Führung unter Tito versuchte, hier ein Gleichgewicht herzustellen. Dadurch änderte sich die ethnische Zusammensetzung von Polizei, Verwaltung und den Fabriken merklich. Bei der serbischen Bevölkerung führte das zu Ängsten und Irritationen, teilweise auch zu offenem Hass (der später von Slobodan Milošević gezielt instrumentalisiert werden sollte). Der Historiker Oliver Jens Schmitt schreibt dazu: „Die Entstehung albanischer Konkurrenz bei der Verteilung der Führungspositionen rief bei der südslawischen Bevölkerung Ängste hervor [...]. Bedroht fühlten sich besonders serbische Eliteangehörige, die in den staatlichen Einrichtungen bislang deutlich übervertreten waren.“[27]



Der 1977 eröffnete Sportpalast „Boro-Ramiz“ in Pristina, Aufnahme von 2020

Was Titos Reform von 1974 (bewusst) nicht vollzogen hatte, war die Aufwertung des Kosovo zu einer eigenen Teilrepublik mit Sezessionsrecht. „Weil es bereits ein Land namens Albanien gab, hatte das albanische Volk nach jugoslawischer Lesart sein Selbstbestimmungsrecht schon konsumiert“, schreibt dazu Norbert Mappes-Niediek.[28] Die Provinz blieb eine Teileinheit Serbiens, wogegen sich im Kosovo zunehmend Widerstand formierte. Denn die Albaner waren nach Serben und Kroaten die drittgrößte Volksgruppe innerhalb Jugoslawiens. Sie lebten nicht nur im Kosovo, sondern machten auch ein Viertel der Bevölkerung Mazedoniens aus, bildeten die Mehrheit in zwei südserbischen Gemeinden und waren zudem im Südosten Montenegros vertreten. Dementsprechend sensibel reagierte Belgrad auf die Rufe nach einer eigenen Republik.

Die Proteste von 1981

1981 gingen in Pristina zunächst 2000 Studierende, später Zehntausende Menschen auf die Straße. In Korisha, dem Heimatdorf von Hasan Ahmetaj, erinnert bis heute eine Straße an diese Ereignisse. Sie heißt „Pranvera 81“ (Frühling 1981). Auslöser des Aufstands waren soziale Fragen. Eine hohe Geburtenrate hatte zu einem rasanten Bevölkerungswachstum geführt, während die Zahl der Arbeitsplätze nicht schritthalten konnte. Am Anfang protestierten die Studierenden gegen das schlechte Essen in der Mensa. Aber schon bald wurden die Forderungen deutlich politischer: „Kosovo Republik!“, „Wir sind Albaner, keine Jugoslawen!“ und auch Slogans zugunsten einer Vereinigung mit Albanien waren zu hören.[29]

Die Proteste alarmierten die Behörden, weil sie auf andere Städte übergriffen, darunter Ferizaj, Podujevo und Gjakova. Belgrad ließ die Aufstände der aus seiner Sicht separatistischen Albaner mit Panzern niederschlagen und verhängte den Ausnahmezustand über die Provinz. Das Lehrpersonal der Universität musste ein Bekenntnis zu Jugoslawien unterzeichnen und Bücher aus Albanien wurden verboten. Zeitgleich radikalisierte sich die Debatte in Belgrad. Serbische Eliteangehörige und Intellektuelle forderten, dem Kosovo den Autonomiestatus zu entziehen. Die Serbische Akademie der Wissenschaften und Künste heizte die antialbanische Stimmung mit einem 1986 veröffentlichten, 74 Seiten umfassenden Memorandum weiter an. Darin war davon die Rede, dass am serbischen Volk im Kosovo ein „physischer, politischer, rechtlicher und kultureller Genozid“ verübt werde.[30] Die hohe Geburtenrate der Albanerinnen wurde als „biologische Waffe“ bezeichnet.



In die Schweiz ausgewanderte Kosovo-Albanerinnen und -Albaner solidarisieren sich am 1. Mai 1982 in Zürich mit den Protesten, die im Jahr zuvor in ihrem Heimatland ausgebrochen waren.

Der Aufstieg Miloševićs

In diesem Klima der ethnischen Spannungen schlug die Stunde von Slobodan Milošević. Der ehemalige Bankenmanager war seit 1986 Vorsitzender des Bundes der Kommunisten Serbiens und stieg am 8. Mai 1989 zum Präsidenten der Teilrepublik Serbien auf. In der Kosovofrage erkannte er schon früh ein wirkungsvolles Instrument zur politischen Mobilisierung.

Bereits im April 1987 war Milošević nach Pristina gereist, wo es zu einem Schlüsselereignis in seiner Laufbahn als Anführer der serbischen nationalistischen Bewegung kommen sollte. Ein Treffen mit der Parteispitze in der Ortschaft Fushë Kosova (serbisch: Kosovo Polje, deutsch: Amselfeld) stand an. Die Veranstaltung wurde durch Demonstrationen von Kosovo-Serben gestört. Sie forderten Milošević auf, sie vor angeblichen Übergriffen der Albaner im Kosovo zu schützen. „Sie schlagen uns“, hieß es. Milošević trat vor das Tagungsgebäude, um die Menge zu beruhigen. Dabei fiel auch jener Satz, der später vom Staatsfernsehen verbreitet und dadurch berühmt wurde. Er lautete: „Keiner soll es wagen, euch zu schlagen!“ Dabei handelte es sich keineswegs um eine spontane Reaktion, sondern um eine bewusste Inszenierung.

Aus dem farblosen Apparatschik und braven Parteisoldaten sollte in den folgenden Jahren ein strammer Nationalist und Autokrat werden. Als Vorsitzender

des Bundes der Kommunisten Serbiens betrieb Milošević ab 1988 die Entmachtung der politischen Führung zweier Teilgebiete Jugoslawiens und ersetzte sie durch eigene Gefolgsleute: die der autonomen Provinz Vojvodina im Norden Serbiens sowie der Republik Montenegro. Damit kontrollierte er nun drei von den acht Stimmen im Präsidium Jugoslawiens, das nach dem Tod Titos die kollektive Staatsspitze des föderalen Staates bildete. Das Gremium setzte sich aus Vertretern der sechs Teilrepubliken und der beiden autonomen Provinzen Serbiens (Kosovo, Vojvodina) zusammen. Für Stimme Nummer vier fehlte Milošević nur noch die Kontrolle über die politische Führung in Pristina. Also begann er, kosovo-albanische Parteikader zu entmachten, darunter auch Fadil Hoxha, einen ehemaligen Partisanen und engen Vertrauten Titos. Hoxha wurde seiner Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Der Druck auf die kosovo-albanische Parteispitze war schließlich so hoch, dass sie am 17. November 1988 geschlossen zurücktrat.

Das Ende der Autonomie

Am 23. März 1989 umstellten die jugoslawische Armee und Polizei das Parlamentsgebäude in Pristina. Aufgrund des sich anbahnenden Endes der Autonomie waren Massenproteste ausgebrochen. Milošević verhängte den Ausnahmezustand über die Provinz und entsandte das Militär. Unter diesem Druck wurde eine Verfassungsänderung durchgepeitscht, die den Autonomiestatus des Kosovo tatsächlich aufhob. Tausende albanische Arbeiter des berühmten Bergwerkes Trepça/Trepča in Mitrovica traten in den Hungerstreik. Solidarität erfuhren sie aus Slowenien, der nördlichsten Teilrepublik, die sich zwei Jahre später von Jugoslawien lossagen sollte. Knapp eine halbe Million Sloweninnen und Slowenen unterzeichneten eine Solidaritätserklärung mit den streikenden Bergleuten im Kosovo, denn auch Slowenien fürchtete sich zunehmend vor den serbischen Hegemoniebestrebungen. Diese sollten auch in Bosnien-Herzegowina und Kroatien bald darauf deutlich spürbar werden.

Vorerst aber feierte Milošević seine Machtübernahme im Kosovo. Am 28. Juni 1989 landete er mit einem Helikopter auf dem historisch bedeutsamen Amselfeld nahe Pristina. Es war der 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld, einem zentralen Ort in der serbischen Erinnerungskultur. Hier traf 1389 das Heer des osmanischen Sultans Murat I. auf ein serbisch-bosnisch-albanisches Heer unter Fürst Lazar. Die Schlacht endete ohne eindeutigen Sieger, die Anführer beider Streitmächte kamen zu Tode. In der serbischen

Geschichtsschreibung wurde die Schlacht zum heroischen, christlichen Opfer verklärt und Fürst Lazar heilig gesprochen. Aus der vermeintlichen Niederlage entstand ein Mythos, mit dem serbische Nationalisten bis heute territoriale Ansprüche auf den Kosovo als eine Art „serbisches Jerusalem" ableiten. Heldenlieder und nicht zuletzt die Serbisch-Orthodoxe Kirche spielten darin eine wichtige Rolle. Die Schlacht auf dem Amselfeld, so der Historiker Jens Reuter, wurde in den folgenden Jahrhunderten zur „alles entscheidenden Schicksalsschlacht" hochstilisiert und entgegen der Tatsachen mit dem „Untergang des serbischen Reiches" gleichgesetzt.[31]

Auf jenem historisch bedeutsamen Amselfeld also sprach Milošević 1989 zu einem Massenpublikum. In seiner Rede pries er das sozialistische Jugoslawien als „multinationale Gemeinschaft", in der Bürger unterschiedlicher Nationalitäten und Religionen zusammenlebten.[32] Dabei war es Milošević, der in den kommenden Jahren gezielt ethnische Konflikte anheizen sollte. Während der Eiserne Vorhang 1989 löchrig wurde, zog Milošević in Jugoslawien neue Mauern hoch. Während Europa zusammenwuchs, schlitterte Jugoslawien in den Krieg.

Die Aufhebung der Autonomie des Kosovo hatte gravierende Folgen für die Albaner. „Polizeiwillkür kennzeichnete ein Jahrzehnt lang, von 1989 bis 1999, den Alltag im Kosovo", schreibt dazu Norbert Mappes-Niediek.[33] Belgrad führte den serbischen Lehrplan ein, während albanische Bücher aus den öffentlichen Büchereien verschwanden. Fernsehsender strahlten ihr Programm auf Serbisch aus und verkürzten das albanische auf ein Minimum. Das Theater wurde in „Serbisches Nationaltheater" umbenannt und albanische Mitarbeiter wurden entlassen. Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich weigerten, eine Loyalitätserklärung zum serbischen Staat zu unterzeichnen, verloren ihren Job. In den ersten drei Jahren der „Serbisierung" waren davon schätzungsweise 115 000 Menschen betroffen – was 90 Prozent der in der Staatswirtschaft beschäftigten Albanerinnen und Albaner ausmachte. Im Innenministerium mussten 3 705 Albanerinnen und Albaner ihren Schreibtisch räumen, das Bergwerk von Trepça verließen 4 820 albanische Arbeiter.[34]

Weil die staatliche Wirtschaft und Verwaltung von Serben dominiert war, blieb vielen Familien nichts anderes übrig, als eigene Geschäfte zu eröffnen. Zwischen 1989 und 1995 stieg die Zahl kleiner Familienbetriebe von 1 700 auf 18 000 an.[35] Auch Hasan Ahmetaj gründete 1991 mit seinen Brüdern eine Firma namens „Antika". Sie vertrieben Tonträger des japanischen Herstellers TDK und lieferten Kassetten und später CDs nach ganz Jugoslawien.

Der Schattenstaat

Der Widerstand der albanischen Bevölkerung blieb jahrelang gewaltfrei. Ein Schattenstaat entstand – mit eigenem Schulsystem, Parlament und sogar einer Regierung im Exil in Bonn. Nachdem die albanischen Abgeordneten im Juli 1990 von der serbischen Polizei daran gehindert worden waren, das Parlament zu betreten, organisierten sie sich andernorts. Im September desselben Jahres riefen sie die „Republik Kosova" aus, die allerdings – außer von Albanien – von keinem Staat anerkannt wurde. Im Mai 1992 wurde der Schriftsteller Ibrahim Rugova zum Präsidenten des Schattenstaates gewählt. Die Stimmzettel wurden neben Albanisch auch auf Türkisch und Serbisch ausgestellt, um andere ethnische Gruppen nicht auszuschließen. Für die südslawische Bevölkerung sah der Schattenstaat sogar 14 Sitze im ebenfalls 1992 gewählten kosovarischen Parlament vor. Diese konnten aufgrund des Boykotts der serbischen Bevölkerung allerdings nicht vergeben werden. Wahlsieger war Rugovas Demokratische Liga des Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës), kurz LDK, die 76 Prozent der Stimmen erhielt.

Belgrad hatte die Wahl für illegal erklärt, die Abstimmung, die in privaten Häusern stattfand, aber zugelassen. Milošević war mit dem Krieg in Bosnien beschäftigt und der friedliche Widerstand Rugovas stellte aus seiner Sicht keine echte Gefahr dar. Dessen Kurs war streng pazifistisch, was Rugova die Bezeichnung „albanischer Gandhi" einbrachte.[36] „Selbst wenn ich bis zu den Knien im Blut stehe, werde ich nicht zu den Waffen greifen", soll er zu seinen Mitstreitern gesagt haben.[37] Doch Rugovas gewaltfreier Widerstand führte im Laufe der 1990er-Jahre zu keinem Ende der Diskriminierung, sodass schließlich der radikalere, bewaffnete Widerstand in Form der „Befreiungsarmee des Kosovo" (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) entstand. Zentrales Schlüsselereignis dafür war das Abkommen von Dayton 1995 (siehe Kap. 6.1).

Der Frieden in Bosnien wurde verhandelt, ohne dass die Situation der Albaner im Kosovo überhaupt auf der Tagesordnung gestanden hätte. „In Dayton nicht einmal am Katzentisch zu sitzen, bedeutete, von den Mächtigen der Welt nicht erstgenommen zu werden", fasst es der Journalist Erich Rathfelder zusammen.[38] Der Kosovo wurde als innerserbische Angelegenheit angesehen und die Forderungen der Kosovo-Albaner wurden vom Westen weitgehend ignoriert. 1996, wenige Monate nach Unterzeichnung des Dayton-Vertrags, erkannten zuerst Frankreich, dann auch Österreich, Großbritannien und Deutschland die Bundesrepublik Jugoslawien an, ohne dass der Status des Kosovo thematisiert wurde. Nach Dayton lockerte der Westen außerdem seine wirtschaftlichen

Sanktionen gegen Serbien. Milošević saß damit noch fester im Sattel. Er konnte sich als Friedensbringer inszenieren, der erfolgreich im Bosnienkrieg vermittelt hatte. Rugovas Ziel, die Kosovo-Frage zu internationalisieren, war krachend gescheitert. Die Kosovo-Albaner waren „die Vergessenen von Dayton".[39]

So wuchs die UÇK weiter an – eine Guerilla-Gruppe im Untergrund, die von vielen Staaten zunächst als Terrororganisation eingestuft wurde. Auch Hasan Ahmetaj, der Unternehmer aus Korisha/Koriša, trat den selbsterklärten Befreiungskämpfern bei.

Der Beginn des Krieges

Auf dem Land existierte, anders als in den Städten, eine stärkere Bereitschaft, in den bewaffneten Widerstand zu treten. In der Diaspora, die den Schattenstaat im Kosovo mit einer Drei-Prozent-Steuer am Leben hielt, herrschte ebenfalls eine radikalere Haltung vor. Die UÇK war keine Volksarmee, sondern eine Guerilla ohne feste Struktur. Sie entstand aus den Dorfwehren, die sich aus den Männern der Großfamilien rekrutierten. Aber auch Kämpfer aus der Diaspora sowie Offiziere, die früher in der Jugoslawischen Volksarmee gedient hatten, liefen über. Darunter etwa Agim Çeku, der 1991 desertierte und Generalleutnant in der kroatischen Armee wurde. Ab 1996 begann die UÇK mit Angriffen auf serbische Polizeistationen und Stellungen der Armee. Am 28. November 1997 traten zwei ihrer Kämpfer zum ersten Mal öffentlich bei dem Begräbnis eines getöteten Lehrers auf. Norbert Mappes-Niediek bezeichnet dieses Begräbnis, das 20 000 Menschen besuchten, als Wendepunkt: „Ein Aktivist mit Sturmmaske und dem roten Emblem mit dem schwarzen Adler darauf verlas eine Erklärung. Die Zeit des gewaltfreien Widerstandes war folgenlos verstrichen. Jetzt floss Blut."[40]

Ein halbes Jahr später soll die UÇK bereits 6 000 Kämpfer umfasst haben.[41] Militärisch blieb sie der serbisch-jugoslawischen Armee, die auf die Waffenarsenale der Jugoslawischen Volksarmee zurückgreifen konnte, weit unterlegen. Serbische Soldaten beschossen Dörfer mit Artillerie und legten an der Grenze zu Albanien Minengürtel an. 1998 nahmen die jugoslawisch-serbischen Streitkräfte gezielt Großfamilien von UÇK-Kämpfern ins Visier. Im März töteten sie im Dorf Prekaz mit Adem Jashari einen der führenden Köpfe der UÇK und löschten neben ihm mehr als 50 weitere Familienmitglieder aus, darunter auch Frauen und Kinder. Die Leichen wurden öffentlich aufgebahrt. Damit brach Belgrad den kosovo-albanischen Widerstand jedoch nicht, sondern

heizte ihn weiter an. Jashari wurde zu einem Märtyrer der UÇK. Rund 30 000 Menschen besuchten das Begräbnis seiner Familie.[42]

Den Kämpfern kam zugute, dass in Albanien 1997 der Staat implodierte und Chaos ausbrach (siehe Kap. 9.1). Fortan wurden Grenzorte im gebirgigen Norden wie Kukës oder Bajram Curr als Drehscheibe für Waffen zwischen Albanien und dem Kosovo genutzt. Währenddessen erhöhte Belgrad den Druck. Am 21. Juni 1998 schaffte es der Journalist Erich Rathfelder mit einer Reihe weiterer internationaler Reporter, nach Deçani zu gelangen, der Hochburg der UÇK und dem Heimatort des späteren Präsidenten des Kosovo Hashim Thaçi. Er schreibt dazu: „Gähnende Fensterhöhlen starrten dem Besucher entgegen, ausgebrannte Häuser und ausgeraubte Geschäfte säumten die Straße. Wo noch vor wenigen Wochen alles voller Leben war, wo Cafés und Restaurants zum Verweilen einluden, herrschte eine gespenstische Stille [...]. Nur eine Moschee stand noch."[43]

Die Schilderung zeigt: Vertreibungen und ethnische Säuberungen begannen im Kosovo nicht erst mit der NATO-Bombardierung im Frühjahr 1999, sondern Monate zuvor. Bereits im Herbst 1998 waren rund 2 000 Kosovo-Albaner



Junge Kosovo-Albaner mit Bildern des getöteten UÇK-Kommandanten Adem Jashari während eines Protests in Rambouillet (Frankreich) im Zuge der dortigen Friedensverhandlungen, Februar 1999

getötet, 40 000 Häuser zerstört sowie rund 400 000 Menschen zur Flucht gezwungen worden.[44] Auch die UÇK entführte und tötete serbische Zivilistinnen und Zivilisten. Nach dem Krieg wurden beispielsweise in einem Massengrab nahe Orahovac die Leichen von 42 entführten Serben gefunden.[45]

Milošević schwor die serbische Gesellschaft immer mehr auf Krieg ein. Im Winter 1996/97 hatten Hunderttausende im Land gegen ihn demonstriert (siehe Kap. 4.2). Um kritische Stimmen zum Verstummen zu bringen, ließ er am 20. Oktober 1998 ein drakonisches Informationsgesetz verabschieden. „Dieses erlaubte es, gegen Verlage, Zeitschriften und unabhängige Journalistinnen und Journalisten, die in den Augen des Staates Angst, Panik und Defätismus verbreiteten, mit Geld- und Gefängnisstrafen vorzugehen oder ihnen gar gänzlich die Arbeitserlaubnis zu entziehen", schreibt dazu die Historikerin Elisa Satjukow.[46] Informationsminister zu jener Zeit war der gerade einmal 28 Jahre alte Aleksandar Vučić, der seit 2017 amtierende Präsident Serbiens (siehe Kap. 4.1).

Am 13. Oktober 1998 gelang es dem US-Diplomaten Richard Holbrooke, der bereits in Dayton vermittelt hatte, ein Abkommen mit Milošević zu schließen. Im Anschluss an eine UN-Sicherheitsratsresolution wurde daraufhin eine unbewaffnete OSZE-Mission („Kosovo Verification Mission") unter dem US-Amerikaner William Walker zur Überwachung der Einstellung der Kampfhandlungen in den Kosovo entsandt. Doch trotz des Abkommens kam es weiter zu Vertreibungen der albanischen Zivilbevölkerung. Eine Zäsur war das Massaker von Reçak/Račak am 15. Januar 1999, bei dem 45 Albaner, darunter auch drei Frauen und ein zwölfjähriger Junge, getötet wurden. Während die serbische Seite das Geschehen als Gefecht mit der UÇK darstellte, sprach William Walker von der OSZE-Mission von einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit".[47] Später bestätigte eine Kommission unter der Leitung einer finnischen Rechtsmedizinerin, dass es sich bei den allermeisten Toten um unbewaffnete Zivilisten gehandelt habe und nicht, wie von Belgrad behauptet, um eine Inszenierung der UÇK.[48] In der Berichterstattung hielten sich die Gerüchte aber weiter hartnäckig. So veröffentlichte der *Spiegel* noch im Januar 2001 einen Artikel mit dem Titel: „Keine Beweise für Massaker von Racak".[49] Die Ereignisse waren auch deswegen so politisch aufgeladen, weil Reçak/Račak zu einem „Gamechanger" im Konflikt wurde, wie Norbert Mappes-Niediek schreibt.[50] Ähnlich erinnert sich Wolfgang Petritsch, damals EU-Sondergesandter im Kosovokrieg, im Gespräch: „Die Amerikaner meinten nach Reçak/Račak, dass wir jetzt sofort militärisch intervenieren müssen. Aber wir Europäer sagten damals: Das ist jetzt der Moment, an dem wir harte Verhandlungen führen."

Die Verhandlungen in Rambouillet

Der Ort, an dem im Februar 1999 verhandelt wurde, war Rambouillet, ein edles Jagdschloss in einem Vorort von Paris. Von Korisha aus verfolgte Hasan Ahmetaj die Verhandlungen über Satellitenfernsehen. Ähnlich wie in Dayton wollte man die verfeindeten Delegationen an einem Ort zusammenbringen und von außen abschotten. Miteinander in Kontakt kamen sie trotzdem nicht. „Die serbische und die albanische Delegation trafen sich kein einziges Mal, aßen getrennt und gingen sich auf den Korridoren stumm aus dem Wege“, erinnert sich Norbert Mappes-Niediek.[51] Vermittler war die sogenannte Kontaktgruppe bestehend aus Vertretern der USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland und Italien.

Der kosovo-albanischen Delegation gehörten sowohl der zivile (LDK) als auch der militärische Flügel (UÇK) des kosovarischen Widerstands an und daneben auch weitere Akteure wie der Verleger und Journalist Veton Surroi. Nur ein Mann glänzte durch seine Abwesenheit: Slobodan Milošević war nicht vor



Die kosovo-albanische Verhandlungsdelegation unterschreibt den in Rambouillet ausgehandelten Abkommensentwurf. V. l. n. r.: Veton Surroi, Ibrahim Rugova, Hashim Thaçi und Rexhep Qosja

Ort und schickte lediglich Abgesandte. EU-Chefverhandler war der bereits erwähnte Wolfgang Petritsch. Zu Beginn legte dieser einen Grundlagenkatalog vor, der die Voraussetzung für den Beginn von Verhandlungen bildete. Beide Seiten stimmten diesem zu. Der Katalog sah keine Unabhängigkeit des Kosovo vor, sondern lediglich eine weitgehende Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien – ähnlich dem Status unter Titos Verfassung von 1974, allerdings mit dem Unterschied, dass der Kosovo vorübergehend ein internationales Protektorat der UNO werden sollte.

Die Kontaktgruppe war sich einig: Die territoriale Integrität Jugoslawiens sollte nicht angetastet werden. Für die Albaner war dies nur schwer zu akzeptieren, weil sie ursprünglich eine vollständige Unabhängigkeit angestrebt hatten. Hinzu kam, dass der schließlich ausgehandelte Friedensvertrag die Entwaffnung der UÇK vorsah. Den politischen Sprecher der UÇK und späteren Präsidenten des Kosovo, Hashim Thaçi, versetzte das in Panik. Im Interview erinnert sich Petritsch wie folgt daran: „Er hat realisiert, dass er seine eigene Organisation auflösen muss. Er hatte Angst, dass sie ihn erschießen, wenn er mit diesem Resultat in den Kosovo zurückkehrt." Am Ende gab Thaçi nach – nicht zuletzt auf Druck der US-Außenministerin Albright. Die kosovo-albanische Verhandlungsdelegation unterzeichnete den Friedensvertrag am 18. März 1999.

Serbien verweigerte hingegen seine Unterschrift aufgrund des sogenannten Annex B, der die militärische Implementierung regelte und um den in weiterer Folge ein – mithin von Mythen umrankter – Konflikt entbrannte. Die serbisch-jugoslawische Seite weigerte sich, überhaupt darüber zu verhandeln. Streitpunkte waren die Bewegungsfreiheit von NATO-Flugzeugen und -Fahrzeugen in ganz Jugoslawien sowie eine vertraglich zugesicherte Immunität der NATO-Truppenangehörigen. Ähnliche Formulierungen hatte es bereits im Dayton-Vertrag gegeben, dem Milošević 1995 zugestimmt hatte. Die Kontaktgruppe hatte Dayton bewusst als Vorlage genutzt, um eine Lösung im Kosovo zu erleichtern. Dennoch weigerte sich Belgrad, dem Annex zuzustimmen, weil man eine Besetzung der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien fürchtete.

War die Befürchtung berechtigt? Der US-Diplomat Henry Kissinger unterstützte diese Argumentation. Er bezeichnete Rambouillet nicht als Verhandlung, sondern als eine „Provokation", ja sogar als „Ausrede", die Serbien unmöglich hätte akzeptieren könne.[52] Der Südosteuropa-Historiker Karl Kaser, der die Verträge analysiert hat, argumentierte anders: „Von einer Besetzung des ganzen Landes zu sprechen, wie dies vielerorts getan wird, ist unzulässig. Es ging um einen gewissen Aktionsradius von Truppenbewegungen, deren Ziel

jedoch klar definiert war: Nicht die Okkupation Jugoslawiens, sondern die Implementierung des politischen Abkommens von Rambouillet in Kosovo."[53]

Vergleicht man die im Abkommen enthaltene Regelungen mit dem heutigen Status quo, muss man feststellen, dass Belgrad eine Reihe von Handlungsmöglichkeiten verspielt hat. So sah der Friedensvertrag vor, dass die Bundesrepublik Jugoslawien wie gewohnt Grenzkontrollen nach Mazedonien und Albanien durchführen kann, was heute nicht mehr der Fall ist. Die NATO-Bombardierung hat eine neue Realität geschaffen. Am 23. März 1999 flog der EU-Chefverhandler Wolfgang Petritsch von Paris nach Belgrad, um ein letztes Mal mit Milošević zu sprechen. Mit dabei waren auch ein US-amerikanischer sowie ein russischer Vermittler. Für das Trio war es nach den gescheiterten Verhandlungen in Rambouillet die allerletzte Chance. Und Petritsch hatte ein letztes Ass im Ärmel, zumindest glaubte er das.

Die Geschichte mit Peter Handke

Dieses Ass war Peter Handke, der wie Petritsch aus Kärnten in Österreich stammte. Der Schriftsteller hatte in seinen Texten immer wieder Solidarität mit Serbien bekundet und dabei Kriegsverbrechen relativiert oder geleugnet.[54] Handke lebte damals in der Nähe von Rambouillet. Petritsch stattete ihm am Vorabend des Gesprächs mit Milošević einen Besuch ab. Petritsch erinnert sich daran, wie sie gemeinsam Pilzragout mit Kartoffeln aßen, Rotwein tranken und über Jugoslawien sprachen. „Er hat die NATO als Gauner und Verbrecher bezeichnet und ich habe versucht, ihm die Zusammenhänge zu erklären. Also, dass es um keine Unabhängigkeit geht, sondern um eine Autonomie des Kosovo und eben auch um die Rechte der dort lebenden Serben", erinnert sich Petritsch. Am Ende fragte er den Schriftsteller, ob er mit nach Belgrad kommen wolle. Vielleicht könne Handke Milošević ja überzeugen, seine Unterschrift unter den Friedensvertrag zu setzen?

Am Ende blieb Handke in seinem Wohnort bei Paris. Petritsch reiste, gemeinsam mit dem US-amerikanischen und dem russischen Vermittler, nach Serbien. Das Diplomaten-Trio traf Milošević ein letztes Mal im Präsidentenpalast. Petritsch kam gegenüber Milošević auf seinen Abend mit Peter Handke zu sprechen. „Ich wollte damit sein Gemüt aufhellen", erzählt er, „aber Milošević hat nur mit einer wegwerfenden Handbewegung reagiert." Die Verhandler fassten noch einmal die wichtigsten Punkte zusammen. Der Russe bot sogar an, die Verhandlungen neu zu beginnen, was Petritsch als „Schrecksekunde"

beschreibt. Denn die Kosovo-Albaner hatten den Friedensvertrag bereits unterschrieben. Aber nicht einmal auf den Neustart sei Milošević eingegangen. „Wir sind mit dem Angebot auseinandergegangen, dass wir weiterhin in Belgrad sind und jederzeit zur Verfügung stehen“, so Petritsch. Aber zu einem weiteren Treffen kam es nicht.

Der Beginn der Intervention

Am 24. März, dem Tag, als die Intervention begann, packte Petritsch auf Anordnung aus Wien seine Sachen und schloss die österreichische Botschaft in Belgrad. Am Nachmittag fuhr der Konvoi los. Petritsch befand sich auf der Autobahn in Ungarn, als er aus dem Radio von dem Beginn der Intervention erfuhr. „Ich konnte es nicht fassen – Krieg. Eine dumpfe Resignation, ein elendiges Gefühl des Versagens machte sich in mir breit. Jenseits aller rationalen Überlegungen empfand ich die Bomben als persönliches Scheitern“, schreibt er rückblickend.[55] Am selben Tag hielt US-Präsident Bill Clinton eine Ansprache im Fernsehen. Darin fiel der Satz: „Wenn Präsident Milošević keinen Frieden will, dann werden wir seine Fähigkeiten, Krieg zu führen, einschränken.“[56] In der Realität führten die Bomben zu einer Eskalation der Gewalt. „Am 24. März begann der Terror. Noch am selben Tag griff die serbische Armee mein Dorf an“, erinnert sich Hasan Ahmetaj aus Korisha. Er selbst dachte, dass die Bombardements nur eine Woche dauern würden.

Am Ende dauerten sie 78 Tage. Die NATO flog über 37 000 Einsätze und bombardierte 900 Ziele.[57] Der Großteil der Angriffe fand nachts statt. Gleichwohl waren die Menschen unmittelbar betroffen. „Die Gefahr bestand derweil nicht so sehr darin, einem der zielgenauen Projektile der NATO-Flugzeuge zum Opfer zu fallen, wenngleich auch dieser Fall durchaus eintreten konnte, sondern vielmehr, durch Detonationen und umherfliegende Granatsplitter ganz unvermittelt zu einem ungewollten Kollateralschaden zu werden“, schreibt die Historikerin Elisa Satjukow.[58]

Die Eisenbahnbrücke von Grdelica

In Niš wurde Stela Jovanovićs Mann Radomir, ein Elektroingenieur, als Reservist in die Armee eingezogen. Am 12. April 1999 sollte er sich bei seiner Einheit zum Einsatz in Vranje, einer Stadt in der Nähe zur Grenze des Kosovo, melden. „Ich rief am Busbahnhof an, um nach dem Fahrplan zu fragen, aber niemand hob ab“,



Der zerstörte Zug nach dem NATO-Angriff auf die Eisenbahnbrücke von Grdelica, 12. April 1999. Laut Human Rights Watch wurden bei dem Angriff mindestens 20 Menschen getötet oder galten seitdem als vermisst.

erinnert sich Stela.[59] Also nahm Radomir die Bahn. Am selben Tag, kurz vor 12 Uhr, überquerte der Zug die Eisenbahnbrücke von Grdelica, einer Ortschaft südlich von Niš. Aus Sicht der NATO war die Brücke ein militärstrategisches Ziel. Wer sie zerstört, unterbindet Waffenlieferungen in den Kosovo, so das Kalkül.

Warum der Pilot die Bombe genau in jenem Moment abfeuerte, als ein Zug über die Brücke fuhr, und warum die NATO den Einsatz daraufhin nicht stoppte, sondern eine zweite Bombe auf den brennenden Zug abwarf, ist bis heute umstritten. Die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International haben die Bombardierung der Grdelica-Brücke scharf kritisiert. Im Bericht von Amnesty heißt es: „Die NATO scheint keine ausreichenden Vorsichtsmaßnahmen getroffen zu haben, um sicherzustellen, dass sich in der Nähe der Brücke kein ziviler Verkehr befand."[60]

Stela Jovanović erfuhr aus den Nachrichten vom Tod ihres Mannes: „Als ich die Bilder im Fernsehen sah, wusste ich sofort, dass es sein Zug war." Sie fuhr mehrmals an den Tatort, sah den ausgebombten Zug, als er noch rauchte und später, als die Waggons ausgekühlt waren. Die Überreste ihres Mannes

wurden nie gefunden. Sie sagt heute: „Nach seinem Tod war ich beides: Mutter und Vater, später Großmutter und Großvater. Ich wünschte, er könnte das alles sehen. Ich wünschte, ich könnte all das mit ihm teilen."

Die Eisenbahnbrücke von Grdelica war nur eines von mehreren kontroversen Zielen der NATO in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien. Am 23. April wurde das Hauptstadtbüro des serbischen Staatssenders RTS getroffen, aus NATO-Sicht ein Teil der Kriegsmaschinerie Miloševićs. Der Direktor des Senders hatte zwar alle Journalisten evakuieren lassen, nicht aber das technische Personal. Von den 120 Menschen, die sich zum Zeitpunkt des Angriffs im Gebäude befanden, starben 16.[61] Am 7. Mai 1999 trafen Bomben die chinesische Botschaft in Belgrad. Drei Journalisten wurden getötet und 20 Menschen verletzt. Die NATO bezeichnete den Vorfall als Irrtum. Nach einer internen Untersuchung entschuldigte sich Bill Clinton bei dem damaligen Staatspräsidenten Chinas Chiang Tse-min.

Die Bombardierung von Korisha

Die NATO-Bomben heizten den Terror gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo weiter an. Die internationalen Beobachter zogen ab und serbische Paramilitärs, die bereits im Bosnienkrieg schlimmste Verbrechen begangen hatten (siehe Kap. 6.2), rückten ein. Der Milizenführer Željko Ražnatović, besser bekannt unter seinem Spitznamen Arkan, rief im Fernsehen dazu auf, im Kosovo zu kämpfen. Zwischen dem 20. März und dem 14. Juni 1999 kamen 6 901 albanische Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben.[62] Darauf folgte, was die Südosteuropa-Historikerin Marie-Janine Calic als „eine der größten Flüchtlingsbewegungen der europäischen Nachkriegsgeschichte" bezeichnet.[63] Bereits eine Woche nach Beginn der Bombardements zählte das UN-Flüchtlingshilfswerk 230 000 Flüchtlinge aus dem Kosovo. Vier Wochen später waren dann 650 000 und auf dem Höhepunkt schließlich 800 000 Menschen auf der Flucht – fast die Hälfte der Bevölkerung.[64]

„In unserem Dorf brannten 90 Prozent der Häuser", sagt auch Hasan Ahmetaj, während er in seinem Land Rover durch Korisha fährt. Am 14. April 1999 kamen 2 000 serbisch-jugoslawische Soldaten in das Örtchen. „Sie gingen von Haus zu Haus und brannten alles nieder, auch meine Lagerhalle und Fabrik", erinnert er sich. Die Dorfbevölkerung floh in die umliegenden Wälder und ließ ihre Habseligkeiten im Tal zurück. Mehr als 600 Menschen harrten über Monate unweit einer Wasserquelle in den Bergen aus. Gelegentlich

schlich sich einer der Männer ins Tal, um aus den Kellern der Häuser Nahrung zu besorgen. „Jeden Tag gab es Nachrichten, dass die Serben in die Berge kommen“, erinnert sich Ahmetaj, „also beschlossen wir irgendwann, nach Albanien zu fliehen.“

Am 13. Mai 1999 bewegte sich eine Flüchtlingskolonne von bis zu 700 Menschen nach unten ins Tal, darunter auch Hasans Frau Zyrafete mit den beiden Söhnen Agon und Genci, die damals zehn und fünf Jahre alt waren. Sie erzählt die Geschichte später wie folgt: An der Straße wurde der Flüchtlingszug von serbischen Sicherheitskräften einen Tag lang festgehalten, ihre Namen wurden erfasst. In der Nacht hat man sie dann auf ein umzäuntes Gelände gebracht, das als Kommandoposten genutzt wurde. Man hat ihnen versprochen, dass sie am nächsten Tag über die Grenze nach Albanien fliehen dürften. Dann wurde die Gruppe eingesperrt.

Um 23:30 Uhr fielen zwei lasergelenkte Bomben auf das Areal. Zwei Minuten später folgten zwei weitere und darüber hinaus sechs Freifallbomben. So steht es in einem Bericht des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien. Insgesamt 87 Menschen starben und 60 wurden verletzt.[65]



Zerstörungen nach dem NATO-Bombenabwurf in Korisha, bei dem 87 Menschen getötet und 60 verletzt wurden, 15. Mai 1999

Hasans Frau überlebte mit schweren Verbrennungen, aber sie musste ihren zehn Jahre alten Sohn in den Trümmern zurücklassen. Einige Wochen später, in einem Flüchtlingscamp in Albanien angekommen, erzählte sie einem Reporter der *New York Times* ihre Geschichte.[66] In der Nacht des Angriffs, berichtet Zyrafete Ahmetaj im daraus entstandenen Artikel, habe sie unter einem Traktorwagen geschlafen, in dem ihre beiden Söhne sowie sechs weitere Kinder und zwei Erwachsene untergebracht waren. Im Artikel wird sie mit dem Satz zitiert: „Ich wollte zurückgehen und ihn holen. Aber die anderen Leute ließen mich nicht zurückgehen und meinen Sohn mitnehmen. Die Serben haben geschossen. Aber ich weiß, dass ich ihn verlassen habe. Er war dort und er lebte."[67]

Hasan Ahmetaj hat den Artikel nach dem Krieg unzählige Male gelesen. Auch Genci, sein heute 31 Jahre alter Sohn, der im Fischrestaurant in Prizren als Kellner arbeitet, kennt ihn auswendig.

Am 15. Mai äußerte sich die NATO auf einer Pressekonferenz zu dem Vorfall in Korisha. „Es handelte sich um ein legitimes militärisches Ziel", hieß es. Aus Geheimdienstinformationen sei bekannt gewesen, dass auf dem Posten ein Schützenpanzer und zehn Artilleriegeschütze gelagert wurden. Angesprochen auf die zivilen Opfer, sagte der General auf der Pressekonferenz: „Für den Piloten, der den Angriff führte, war es ein legitimes Ziel. Fairerweise müssen wir sagen: Wir reden hier von einem Angriff in der Nacht. Wenn irgendwo in einem Haus jemand schläft, kann man das aus Perspektive eines Piloten nicht sehen." So steht es im Abschlussbericht des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien. Dort findet sich als Schlussfolgerung auch der folgende Satz: „Offenbar wurde eine sehr große Zahl an Zivilisten getötet. Bei diesen Zivilisten scheint es sich entweder um zurückkehrende Flüchtlinge zu handeln oder um Personen, die von den Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien als menschliche Schutzschilde genutzt wurden. Oder um beides."[68]

Hasan Ahmetaj sah die Attacke von den Bergen aus. „In dem Moment dachte ich, dass niemand überlebt hat", sagt er.

Das Ende der Operation

Nach 78 Tagen lenkte Milošević schließlich ein. Am 9. Juni 1999 unterzeichneten serbische Generäle auf einem Militärflugplatz in der Nähe der mazedonischen Stadt Kumanovo ein Abkommen mit der NATO. Es sah den Rückzug der serbisch-jugoslawischen Armee aus allen Teilen des Kosovo vor. Am Tag darauf

verabschiedete der UN-Sicherheitsrat – unter Zustimmung Russlands – die Resolution 1244. Sie regelt die Einrichtung einer Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) sowie die Stationierung internationaler Bodentruppen der Kosovo Force (KFOR). Die Frage, welcher Status der vormaligen serbischen Provinz Kosovo in Zukunft zukommen sollte, blieb ungeklärt – und führt bis heute zu Spannungen mit Serbien.

Am 12. Juni überschritten die ersten KFOR-Soldaten die Grenze zum Kosovo. Unter den rund 42 500 Soldaten befanden sich auch 6 400 Angehörige der deutschen Bundeswehr.[69] Die Soldaten wurden mit Jubel empfangen, Menschen warfen Blumensträuße auf die einrückenden Panzer. Die KFOR teilte den Kosovo in fünf Besatzungszonen auf. Die deutschen Soldaten rückten nach Prizren, die Italiener nach Peja, die Franzosen nach Mitrovica und die Briten nach Pristina ein. Die US-Amerikaner dominierten den Südosten, wo sich in Ferizaj bis heute eine Militärbasis namens „Bondsteel“ befindet. Die Russen



Deutsche KFOR-Soldaten werden am 16. Juni 1999 in Prizren im Süden des Kosovo von Kindern und Jugendlichen feierlich begrüßt.

bekamen keine eigene Besatzungszone, stationierten aber Soldaten in mehreren Zonen. Hunderttausende Geflüchtete kehrten daraufhin in ihre Häuser zurück. Unter ihnen auch Familie Ahmetaj.

Angesichts der Bilder jubelnder Albanerinnen und Albaner darf man nicht vergessen, dass es der KFOR misslang, ethnisch motivierte Verbrechen sowie Racheaktionen an Serben und Roma zu verhindern. Allein in Prizren wurden bis Oktober 1999 etwa 300 serbische Häuser in Brand gesetzt. Mindestens 120 000 Serben und Montenegriner wurden zwischen Juni 1999 und November 2000 vertrieben.[70] Der Journalist Erich Rathfelder beschreibt eine solche Szene aus Prizren. Albanische Rückkehrer hatten sich schwarze Uniformen und UÇK-Embleme besorgt und wollten ein serbisches Rentner-Ehepaar ausrauben: „Mein Argument, diese beiden alten Menschen hätten nicht ihr Eigentum gestohlen und auch niemanden umgebracht, wurde mit einem Achselzucken zur Kenntnis genommen. Die Serben sollten jetzt kollektiv bestraft werden."[71]

Fazit

Die NATO-Intervention im Kosovo und die Bombenangriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien haben nicht nur die internationale Gemeinschaft gespalten, sondern werden auch auf dem Balkan sehr unterschiedlich erinnert – je nachdem, wen und wo man fragt. Während Serbinnen und Serben in der Regel von einem völkerrechtswidrigen, illegitimen und brutalen Angriff auf ein souveränes Land sprechen, sehen Albanerinnen und Albaner aus dem Kosovo die Intervention überwiegend als einen Akt der Befreiung und der Verhinderung weiterer Vertreibungen und ethnischer Säuberungen. Den realen Opfern – denjenigen, die aufgrund der NATO-Bomben nahe Angehörige verloren haben – fällt es oft schwer, ein persönliches Erinnern abseits der nationalen Narrative zu finden.

Stellvertretend hierfür stehen die Biografien von Stela Jovanović und Hasan Ahmetaj. Was wurde aus den Orten, an denen ihre Liebsten aus dem Leben gerissen wurden? Die Eisenbahnbrücke von Grdelica wurde wieder aufgebaut. Als Serbiens Präsident Aleksandar Vučić vor einigen Jahren einen Kranz niederlegte, blieb Stela Jovanović der Veranstaltung fern. „Da marschierten jene Politiker auf, die für den Tod meines Mannes verantwortlich sind", sagt sie.

Hasan Ahmetaj hat in seinem Dorf eine Gedenkstätte für die Opfer des Bombardements vom 13. Mai 1999 angelegt. Der Vorfall wird als „Massaker von Korisha" erinnert. Jedes Jahr hält er eine Rede an den Gräbern. Im Mai 2024 war die Präsidentin des Kosovo, Vjosa Osmani, anwesend. Auf der



Gedenkstätte für die Opfer des Bombenangriffs in Korisha

Webseite ihrer Präsidentschaftskanzlei heißt es dazu: „Vor 25 Jahren haben die Sicherheitskräfte von Serbiens genozidalen Regime hier 77 Menschen getötet. [...] Möge es ewige Erinnerung und Ehre für jene geben, die für unsere Freiheit gestorben sind.“[72] Dass es – jenseits der Frage der konkreten Verantwortlichkeit – Bomben der NATO waren, die ihren Tod verursacht hatten, bleibt unerwähnt.

Unter umgekehrten Vorzeichen wird das Gedenken an die NATO-Bombardements in Serbien unter Präsident Aleksandar Vučić wieder stärker in den Fokus gerückt. Die Ruine des zerbombten ehemaligen Generalstabs der Jugoslawischen Volksarmee steht bis heute als Mahnmal in Belgrad. Jetzt plant ausgerechnet der US-Investor Jared Kushner, Schwiegersohn von US-Präsident Donald Trump, dort ein Luxushotel zu errichten. Seit 2015 finden jedes Jahr staatlich organisierte Gedenkveranstaltungen an die Bombenabwürfe in Serbien statt. Am 24. März 2024, zum 25. Jahrestag, sprach Vučić in der Stadt Prokuplje, wo die erste NATO-Bombe einschlug: „Es ist 25 Jahre her und wir sind immer noch standhaft. Wir weigern uns immer noch, der Zersplitterung Serbiens zuzustimmen“[73] – eine Anspielung auf den Kosovo, dessen 2008 erklärte Unabhängigkeit Serbien bis heute nicht anerkennt.

5.2 Die Zukunft des Kosovo entscheidet sich im Norden des Landes

Womit beginnt man eine Geschichte über den seit Jahrzehnten schwelenden Konflikt zwischen Kosovo und Serbien – zwei verfeindeten Nachbarn, von denen der größere (Serbien) die 2008 erklärte Unabhängigkeit des kleineren (Kosovo) nie anerkannt hat?

Man kann die Geschichte des Konflikts anhand eines Ölgemäldes erzählen, das im zweiten Stock eines mit EU-Geldern finanzierten Gemeindeamtsgebäudes hängt. Hinter der Tür mit der Nummer 14 liegt das geräumige Büro von Erden Atiq, 41 Jahre alt, ein Mann im Anzug und mit millimeterkurz getrimmtem, grau meliertem Haar. Seit April 2023 ist er der Bürgermeister von Nord-Mitrovica, der nördlichen Hälfte einer Stadt, die seit dem Ende des Kosovokriegs 1999 geteilt ist.

Von seinem Büro aus kann man auf die ockerfarbenen Plattenbauten aus der Zeit des sozialistischen Jugoslawiens blicken. Auch seine Eltern lebten einst in einer dieser vom Staat zur Verfügung gestellten Wohnungen. Sie arbeiteten, wie der Großteil der Familien in Mitrovica, für Trepča/Trepça, damals eines der wichtigsten Bergwerke im sozialistischen Vielvölkerstaat. 22 000 Menschen waren um 1980 in den Minen und Fabriken tätig, davon 14 000 aus Mitrovica selbst.[74]

Atiqs Vater war Elektrotechniker, die Mutter arbeitete in einem chemischen Labor. Das Bergwerk sponserte einen Fußballverein, in dem Spieler unterschiedlicher Ethnien kickten und der in den 1970er-Jahren sogar in die erste jugoslawische Liga aufstieg. Zu jener Zeit wurde auf einem Hügel in Mitrovica ein Denkmal in brutalistischem Stil errichtet: zwei horizontale Pfeiler, die mit einer Art Schale verbunden sind. Das Denkmal würdigt serbische und albanische Partisanen, die im Zweiten Weltkrieg gegen die Faschisten kämpften.

Heute ist von dieser Einheit nichts mehr zu spüren. Seit dem Ende des Kosovokriegs ist Mitrovica gespalten. Es gibt zwei Fußballvereine, zwei Bürgermeister und damit auch zwei Gemeindeämter. Im Süden leben überwiegend Albaner, im Norden mehrheitlich Serben. Im Süden weht die blau-goldene Fahne, mit der der Kosovo am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt hat. Im Norden hängt die Trikolore der Republik Serbien. Auf einer Brücke, die sich zwischen den Hälften spannt, patrouillieren Soldaten der NATO-Schutztruppe KFOR, die seit Ende des Kosovokriegs 1999 im Land stationiert ist. Ihre Präsenz ist zum Symbol der Teilung geworden. Solange die Soldaten auf der Brücke stehen, um den Frieden zu bewachen, gilt der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien als ungelöst.

Erden Atiq erinnert die Brücke von Mitrovica an die Berliner Mauer. „Je eher die Brücke geöffnet wird, umso besser. Dann wären alle Bürger frei, auch die Serben. Die Brücke ist ein Überbleibsel der Vergangenheit“, sagt er. Nach dem Interview möchte er noch etwas zeigen: ein gerahmtes Ölgemälde, dass ihm ein befreundeter Maler vor einigen Tagen geschenkt habe. „Ein optimistisches Bild unserer schönen Stadt“, sagt er. Auf dem Bild sind keine Soldaten



Symbol der Teilung: KFOR-Soldaten sichern im Februar 2000 die Brücke in Mitrovica zwischen dem mehrheitlich albanischen Süden und dem serbisch dominierten Norden der Stadt.

zu sehen. Die Brücke ist offen, als hätte sich der Konflikt in Luft aufgelöst. Autos können vom Süden in den Norden fahren und umgekehrt. Im August 2024 schlug Albin Kurti, der Ministerpräsident des Kosovo, vor, die Brücke zu öffnen. „Zu lange hat uns diese Brücke auf Distanz gehalten", so Kurti.[75] Doch im Norden wurden diese versöhnlich klingenden Worte als Drohung wahrgenommen. Für viele Serben im Kosovo ist die Brücke kein gewöhnliches Bauwerk, sondern eine Grenze.

Mit der Regierung in der kosovarischen Hauptstadt Pristina wollen viele Serben im Norden des Kosovo so wenig wie nur möglich zu tun haben. Auch den neuen Bürgermeister Erden Atiq, ein treuer Gefolgsmann des seit 2021 regierenden Albin Kurti und ein langjähriger Aktivist von dessen links-nationalistischer Partei „Vetëvendosje!" (Selbstbestimmung!), lehnen sie ab. Die Vetëvendosje hatte als Oppositionspartei mit brachialen Methoden dagegen protestiert, einen Dialog mit Serbien zu führen. Ihre Abgeordneten warfen aus Protest dagegen sogar Tränengaspatronen in den Plenarsaal des Parlaments in Pristina. Atiq, der sich im Interview selbst als Linken, als Feminist und Sozialdemokrat bezeichnet, gibt sich moderat: „Ich glaube an alle Bürgerinnen und Bürger in meiner Stadt, ganz egal welchen ethnischen Hintergrund sie haben." Nach seiner Amtsübernahme habe er Einladungen an alle zivilen Organisationen im Norden geschickt, um gemeinsam an einem Tisch zu diskutieren. „Sie haben nicht geantwortet und waren nicht bereit, mich und mein Team zu treffen", sagt Atiq.

Die serbische Bevölkerung im Norden des Kosovo hat die Lokalwahlen von April 2023, im Zuge derer Atiq ins Amt kam, kollektiv boykottiert. Am Ende gaben nur 3,47 Prozent der insgesamt 45 095 Wahlberechtigten in den vier serbisch dominierten Gemeinden ihre Stimme ab – überwiegend Albanerinnen und Albaner.[76] Atiq wurde mit gerade einmal 519 Stimmen ins Amt befördert – bei insgesamt rund 18 000 Wahlberechtigten in Nord-Mitrovica. Dementsprechend unpopulär ist Atiq – und das, obwohl er neben Albanisch auch fließend Serbisch spricht.

Der Norden ist anders

Auch Aleksandar Arsenijević hat ein Problem mit Atiq. Wenn der Bürgermeister sein Büro verlässt, dann trillert er ihm mit einer roten Pfeife hinterher. Viele Kosovo-Serben kennen den 32-jährigen Jungpolitiker aus dem Internet, wo er auf Instagram, TikTok und X Videos von seinen Protestaktionen hochlädt.

Auch heute, an einem auffallend warmen Herbsttag im Oktober 2024, trägt Arsenijević die rote Trillerpfeife um den Hals. Er setzt sich an den Boulevard von Nord-Mitrovica, eine von Cafés und Restaurants flankierte Fußgängerzone, die hinunter zur Brücke führt. „Mein ganzes Leben hat sich hier abgespielt", sagt Arsenijević. Er ist gut vernetzt und beliebt bei vielen Gleichaltrigen in seiner Stadt. Er hat als Chemielehrer gearbeitet und gibt Reitunterricht, hat eine Disco betrieben, dann eine Kneipe und schließlich eine Bürgerbewegung namens „Srpski Opstanak" (Serbisches Überleben) gegründet, aus der im November 2023 die Partei „Srpska demokratija" (Serbische Demokratie, SD) hervorgegangen ist. Seine Chancen, bei der nächsten Kommunalwahl einen Posten in der Gemeinde zu bekommen, stehen gut. Während des Interviews kommt ein junges Pärchen an seinen Tisch und fragt, ob es ein Foto mit ihm machen könne.

Aber solange Erden Atiq der Bürgermeister ist, möchte Arsenijević nicht für die Gemeinde tätig sein. Die Idee von Ministerpräsident Kurti, die Brücke zu öffnen, hält er für gefährlich. „Eines Tages vielleicht", sagt er, „aber nicht jetzt. Fünfzig Meter von der Brücke entfernt liegt ein Sportstadion. Was, wenn albanische Hooligans in den Norden kommen und Serben attackieren?"

Hooligans sind auf dem Boulevard heute Mittag keine zu sehen. Die Restaurants sind gut besucht, bis auf eines. „Heb's", die kosovarische Version von Kentucky Fried Chicken, ein Fast-Food-Lokal, das Burger, frittierte Hühnerkeulen und Zwiebelringe verkauft. Das Unternehmen existiert seit 2019 und hat Restaurants in jeder größeren Stadt des Kosovo. Nur im serbisch dominierten Norden fehlte davon jede Spur – bis im September 2024 auch dort ein Laden öffnete. Seitdem Erden Atiq das Bürgermeisteramt übernommen hat, ergreifen kosovo-albanische Geschäftsleute die Initiative, um im Norden Supermärkte, Tankstellen und Lokale zu eröffnen. Das ist vielen Serben ein Dorn im Auge. Sie sprechen von einer Okkupation.

Der Burgerladen ist nigelnagelneu und liegt gleich gegenüber von dem Café, in dem Arsenijević sitzt. „Ich war noch nie dort und auch sonst kenne ich niemanden, der dort essen würde", sagt er. Arsenijević ist es wichtig, zu betonen, dass er prinzipiell kein Problem damit habe, bei Albanern einzukaufen. Die Bäckerei seines Vertrauens zum Beispiel habe albanische Besitzer. Aber dieser Burgerladen sei ein politisches Projekt, ist er überzeugt. Der kosovarische Innenminister Xhelal Sveçla war bei der Eröffnung anwesend und auch Albin Kurti besuchte das Lokal, um dort – unter Aufsicht seiner Bodyguards – zu essen. Warum ein Regierungschef überhaupt Zeit dafür habe, einen Burgerladen zu eröffnen, fragt Arsenijević.



Polizistinnen patrouillieren vor der Filiale des Burgerladens „Heb's" in Nord-Mitrovica, September 2024.

Hinzu kommt ein Werbeposter, das Heb's vor der Eröffnung auf Facebook gepostet hat und das mittlerweile gelöscht wurde. Es zeigt die geöffnete Brücke von Mitrovica und auf der nördlichen Seite einen übergroßen Kübel voller Hühnerkeulen. Am Geländer der Brücke steht in Großbuchstaben „Kurti". Der Besitzer der Fast-Food-Kette versuchte zu beschwichtigen und erklärte, die Kampagne sei als Wortwitz zu verstehen gewesen (*kur ti* bedeutet aus dem Albanischen übersetzt „wenn du"). Arsenijević, der serbische Jungpolitiker, glaubt nicht an solche Zufälle. Die Regierung von Albin Kurti sei dabei, den Norden zu besetzen, sagt er.

Um zu verstehen, warum ein Burgerladen für so viel Wirbel in einer ehemaligen Bergwerksstadt sorgt, muss man sich näher mit dem Gebiet beschäftigen, in dem Arsenijević aufgewachsen ist. Hier, im Norden des Kosovo, droht der Streit mit Serbien immer wieder aufzubrechen – wie eine Wunde, die nie verheilt ist. Im Norden liegt aber auch der Schlüssel, mit dem sich dieser jahrzehntealte Konflikt lösen lassen könnte.

Wo die Minderheit die Mehrheit ist

Serben sind im mehrheitlich von Albanern bewohnten Kosovo eine Minderheit. Eine exakte Zahl zu nennen, ist unmöglich, da die serbische Bevölkerung den Zensus von 2011 und 2024 boykottierte. Die Demografie ist eine politisch heikle Frage. Aus diesem Grund hat die Denkfabrik European Stability Initiative im Februar 2024 einen Bericht veröffentlicht, der sich unter anderem auf die offiziellen Statistiken zur Schülerzahl an serbischen Schulen im Kosovo

stützt. Demnach belaufe sich die Anzahl der im Kosovo lebenden Serben und Serbinnen schätzungsweise auf 95 000 bis 100 000.[77]

Im Norden des Kosovo stellen allerdings nicht Albaner, sondern Serben die Mehrheit. Der Norden, das sind die vier Gemeinden Nord-Mitrovica, Zubin Potok, Leposavić und Zvečan. Etwa die Hälfte der Kosovo-Serben, rund 50 000 Menschen, lebt hier. Die Geografie spielt dabei eine entscheidende Rolle: Während die andere Hälfte der Serbinnen und Serben des Kosovo auf verschiedene Enklaven im Süden des Landes verteilt lebt, bildet der Norden eine kompakte Einheit, die direkt an das „Mutterland" Serbien angrenzt. Dementsprechend groß ist der Einfluss Belgrads. Viele der Kosovo-Serben im Norden haben die 2008 erklärte Unabhängigkeit des Kosovo nie akzeptiert. Manche, darunter auch der Jungpolitiker Aleksandar Arsenijević, sehen sich gar im Widerstand gegen die Regierung von Albin Kurti in Pristina. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, den Norden, der aus ihrer Sicht lange als „rechtsfreie Zone" galt, in die Institutionen des Gesamtstaats zu integrieren. Dort sollen nun dieselben Regeln gelten wie im Rest der Republik Kosovo. Auf dieser Forderung baute auch der Wahlkampf Albin Kurtis für die Parlamentswahlen im Februar 2025 auf. Den damals verwendeten Slogan *„cep më cep"* könnte man auf Deutsch mit „Ecke um Ecke" übersetzen. Damit ist aus Sicht Kurtis gemeint: Der Kosovo ist ein souveräner Staat, und zwar bis in die letzte Ecke seines Territoriums – also auch im Norden. Aber wie soll das gelingen, wenn die Mehrheit der dort lebenden Menschen die Republik Kosovo nicht anerkennt?

Seit Ende des Krieges 1999 gelten die vier mehrheitlich serbischen Gemeinden im Norden des Kosovo als Einflusszone Belgrads – und als Konfliktherd, an dem die Gewalt immer wieder aufflammt. „Eine Beilegung des Streits wäre ein Segen für die Stabilität auf dem westlichen Balkan und in Europa", schreibt die International Crisis Group, eine Nichtregierungsorganisation, die Analysen zu internationalen Konflikten anbietet.[78] Der Norden ist und bleibt eine der größten Hürden im EU-geführten Dialog zwischen Serbien und Kosovo. Seit 2011 strebt Brüssel eine Normalisierung der Beziehungen der beiden Seiten an.[79] Dabei geht es um die Frage, wann und unter welchen Bedingungen Serbien die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen könnte. Verhandlungsgegenstand sind auch die im Kosovo lebenden Serben. Sie sollen – über die in der Verfassung des Kosovo bereits verankerten Minderheitenrechte hinaus (20 der 120 Sitze im Parlament sind für Minderheiten reserviert, davon zehn für die Kosovo-Serben) – zusätzliche Autonomierechte erhalten. Möglich wäre das etwa im Rahmen eines sogenannten Gemeindeverbands, der die Interessen der

mehrheitlich von Serben bewohnten Gemeinden im Gesamtstaat vertritt. Die kosovarische Regierung stimmte diesem Vorschlag bereits im April 2013 zu. Umgesetzt wurde er dann allerdings nie. Pristina befürchtet, dass sich der Verband als „Trojanisches Pferd" beziehungsweise als „Staat im Staat" entpuppen könnte, ähnlich der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina (siehe Kap. 6.1).

Die EU hat 2023 einen Entwurf für den Gemeindeverband vorgelegt. Doch Ministerpräsident Albin Kurti, der bereits als Oppositioneller gegen den Gemeindeverband mobilisiert hatte, wollte in seinen ersten beiden Amtszeiten nicht einlenken. Auch die Mehrheit der kosovarischen Oppositionsparteien lehnt das Projekt ab, etwa die Demokratische Partei (PDK), deren einstiger Gründungsvater Hashim Thaçi dem Verband in seiner Rolle als Ministerpräsident (2008–2014) auf internationalen Druck hin schon einmal zugestimmt hatte. Serbien auf der anderen Seite ist nicht bereit, weitere Zugeständnisse im Dialog zu machen, solange der Gemeindeverband nicht Realität wird. Die verfahrene Situation führt dazu, dass der schwelende Konflikt immer wieder aufflammt. Wenn es auf dem Balkan – abseits vom bosnischen Banja Luka – einen



Ein Plakat in Nord-Mitrovica wirbt für die Etablierung des serbischen Gemeindeverbands – und heißt die Vorbeigehenden bereits in einem solchen willkommen, November 2022.

Ort gibt, an dem ein militärischer Konflikt gegenwärtig wieder möglich erscheint, dann ist es der Norden des Kosovo, also das Gebiet rund um die geteilte Stadt Mitrovica.

Für Belgrad ist der Norden ein wichtiges Faustpfand. Es ist der letzte „serbische Zipfel" der alten Provinz, die man auch nach der NATO-Intervention nie ganz aufgegeben hat. Serbiens Präsident Aleksandar Vučić gibt dieses Pfand nur widerwillig aus der Hand. Ähnlich wie es Russlands Präsident Wladimir Putin mit den abtrünnigen Regionen Transnistrien in der Republik Moldau beziehungsweise Abchasien und Südossetien in Georgien tut, nutzt Vučić den Norden des Kosovo als Instrument, um Einfluss auf ein Nachbarland auszuüben, dessen Souveränität er nicht anerkennt.

Ungelöste Statusfrage

Ab Juli 2022 kam es wiederholt zu Eskalationen im Norden, die sich an scheinbar alltäglichen Fragen entzündeten. Welches Kennzeichen hat mein Auto? Welches Dokument zeige ich an der Grenze? Wird das Diplom meiner Universität anerkannt? Welches Gemeindeamt stellt die Geburtsurkunde meines Kindes aus? All diese Fragen rühren an einem grundlegenden Problem: der ungelösten Statusfrage des Kosovo.

Der Kosovo ist Europas jüngster Staat. 117 Länder auf der Welt haben seine am 17. Februar 2008 einseitig erklärte Unabhängigkeit anerkannt, darunter Deutschland und die Mehrheit der EU-Mitgliedsländer.[80] Fünf Ausnahmen gibt es in der EU: Griechenland, Zypern, Slowakei, Rumänien und Spanien. Diese Länder erkennen den Kosovo nicht an, teils um Sezessionsbewegungen innerhalb des eigenen Landes – im Fall von Spanien etwa Katalonien – vorzubeugen. Auch Russland und China, die im UN-Sicherheitsrat über ein Veto verfügen, haben den Kosovo nie anerkannt und sehen ihn weiterhin als Teil Serbiens an. Das verhindert die Mitgliedschaft des Kosovo in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, Interpol, UNESCO oder dem Europarat. Die ungelöste Statusfrage hält aber auch Belgrad in Geiselhaft. Denn die EU hat klargemacht: Solange Serbien und Kosovo ihre Beziehungen nicht normalisieren, kann keiner der beiden der EU beitreten.

Heute sind noch etwa 4300 Soldatinnen und Soldaten aus 29 Staaten im Kosovo stationiert, darunter rund 300 aus Deutschland.[81] Im Rahmen der NATO-geführten Schutztruppe KFOR sichern sie den Frieden ab. Grundsätzlich kann aber festgehalten werden, dass der Konflikt heute nicht mehr auf

militärischer, sondern auf diplomatischer Ebene ausgetragen wird. Wie bereits erwähnt, kommen beide Seiten seit 2011 im Rahmen eines EU-geführten Dialogs zu Verhandlungen zusammen. Insbesondere in den ersten Jahren gab es eine Reihe von Fortschritten bei technischen Fragen, die das Leben im Norden zum Besseren gewandelt haben.

Der EU-Dialog: Fort- und Rückschritte

Seit 2012 verwalten kosovo-serbische und -albanische Polizisten gemeinsam die Grenzübergänge im Norden – ein wichtiger Schritt, wenn man bedenkt, dass der Kosovo laut serbischer Verfassung gar keine Staatsgrenze zu Serbien hat. Die KFOR spricht deswegen bis heute offiziell von einer „Administrative Boundary Line" (ABL).

2013 begannen sich kosovo-serbische Polizistinnen und Polizisten in die regulären Polizeieinheiten des Kosovo zu integrieren. Zuvor hatte das serbische Innenministerium im Norden des Kosovo eigene Sicherheitsstrukturen unterhalten. Auch das Justizpersonal, also Richterinnen und Staatsanwälte, wurden in das kosovarische Rechtssystem überführt. Beide Integrationsschritte waren Meilensteine. Denn fortan patrouillierten serbische Beamte in Uniformen der kosovarischen Republik und serbische Richterinnen schworen einen Eid auf die Verfassung des jungen Staates Kosovo. Im November 2013 wurden erstmals Kommunalwahlen im Norden abgehalten, damals allerdings ohne staatliche Symbole des Kosovo auf den Wahlurnen. 2016 bekam der Kosovo mit der Ziffer +383 eine eigene internationale Telefonvorwahl. Bis dahin musste Pristina die Vorwahl von Monaco oder Slowenien nutzen, was den jungen Staat Millionen kostete.

In den Anfangsjahren des EU-Dialogs war der Wille auf beiden Seiten noch groß, Vereinbarungen umzusetzen. Eine Rolle spielte dabei auch, dass Serbien EU-Beitrittsgespräche eröffnen wollte, was 2014 auch geschah. Doch spätestens ab 2018 geriet der Dialog in eine Sackgasse, aus der er sich nicht mehr befreien konnte. Seitdem muss man von einer klaren Verschlechterung der Beziehungen sprechen. Höhepunkt war die sogenannte Attacke von Banjska am 24. September 2023, einer der schwerwiegendsten Sicherheitsvorfälle seit Ende des Krieges. In Banjska, einem Dorf nördlich von Mitrovica, griff eine 30 Mann starke serbische Kampftruppe eine kosovarische Polizeieinheit an und verletzte dabei einen Beamten tödlich. Anschließend verschanzte sie sich in einem orthodoxen Kloster, von wo aus sie sich weitere Gefechte mit der Polizei lieferte. Davon



Bewaffnete und maskierte serbische Angreifer vor dem Kloster von Banjska, 24. September 2023

wird in diesem Kapitel später noch detailliert die Rede sein. Ein Jahr später, im Dezember 2024, wurde ein für die Energieversorgung zentraler Kanal nahe des Ortes Zubin Potok im Nordkosovo zum Ziel einer Sabotageaktion.

In Pristina zeigte sich die politische Führung angesichts des Krieges in der Ukraine bereits zuvor alarmiert. „Die Menschen im Kosovo fürchten sich davor, dass Putins Krieg auf den Balkan überschwappen könnte“, warnte Albin Kurti in einem Interview mit Sky News im März 2022.[82] Vjosa Osmani, die Präsidentin des Kosovo, wurde noch deutlicher, indem sie warnte: „Vučić spielt nach Putins Drehbuch.“[83] Im Zentrum von Pristina, an der Fassade des Grand Hotel, wurde bald darauf ein übergroßes Banner entrollt, auf dem „Free Ukraine“ stand.

Die Warnungen von Kurti und Osmani wirkten anfangs überzogen, doch mit der Attacke von Banjska im September 2023 wendete sich das Blatt. Sicherheitsexperten, darunter der Politologe Agon Maliqi, zogen bereits wenige Tage nach der Attacke eine Parallele zu den „kleinen grünen Männchen“, die Russland im März 2014 als nicht deklarierte Einheiten auf die Krim geschickt hatte – was schließlich in der Annexion der Halbinsel mündete.[84] Solche Truppen ohne Hoheitsabzeichen tauchten auch in anderen Gebieten im Osten der Ukraine auf und unterstützten Separatisten bei der Ausrufung sogenannter Volksrepubliken.



„Kosovo ist Serbien – die Krim ist Russland". Nationalistisches Wandgraffito in Nord-Mitrovica, das mehrere Jahre zu sehen war, mittlerweile jedoch übermalt wurde

Russland spricht der Ukraine, ebenso wie Serbien dem Kosovo, die Existenzberechtigung ab. Im Norden des Kosovo, so Maliqi wenige Tage nach der Attacke von Banjska im Interview mit dem österreichischen Nachrichtenmagazin *profil*, gebe es einen Nährboden für Annexionsfantasien: „Das Ziel der Angreifer könnte sein, die Spannungen so weit zu eskalieren, bis die NATO oder das serbische Militär eingreifen. Der Vorfall [...] war in meinen Augen der Versuch, ein Klima zu schaffen, in dem militärische Maßnahmen gerechtfertigt sind."[85] In Mitrovica prangte jahrelang ein meterhohes Graffito an einer Wand, das die russische und die serbische Flagge ineinander verschlungen zeigte, darunter die unheilvolle Botschaft: „Kosovo ist Serbien – die Krim ist Russland". Aus dem Nichts kam die Banjska-Attacke also nicht. Bereits ein Jahr zuvor war es zu einer Reihe von Eskalationen gekommen.

Krieg der Kennzeichen

Weil Serbien die Unabhängigkeit des Kosovo und damit auch seine Grenzen nicht anerkennt, kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen in verwaltungstechnischen Detailfragen. Im Jahr 2022 eskalierte der Streit aufgrund von Autokennzeichen. Zuvor galt die Regel: Kosovarische Bürger, die nach Serbien einreisen, bekommen ein provisorisches Ausweispapier ausgestellt,

weil Serbiens Behörden ihre Dokumente nicht anerkennen. Zudem mussten sie ihr Kfz-Kennzeichen mit der Aufschrift „RKS“ (Republik Kosovo) abmontieren oder überkleben. Ministerpräsident Albin Kurti, damals ein Jahr im Amt, führte eine Gegenmaßnahme ein, die auf dem Prinzip der Reziprozität, also der Gegenseitigkeit beruhte. Die serbische Minderheit wurde dazu aufgefordert, ihre veralteten Kennzeichen abzumontieren und neue der Republik Kosovo anzubringen. Als Stichtag setzte Kurti den 31. Oktober 2022 fest. Kosovos Ministerpräsident veröffentlichte ein Video, in dem er die Bürgerinnen und Bürger auf Serbisch ermutigte, der Aufforderung nachzukommen. Er versprach ihnen im Gegenzug sogar Steuererleichterungen von bis zu 5000 Euro.

Viele Serbinnen und Serben im Norden des Kosovo wollten Kurtis Angebot trotzdem nicht annehmen. Als Übergangslösung überklebten sie ihre Kfz-Kennzeichen mit weißen Stickern, anstatt sich völlig von ihnen zu trennen. Das zeigt: Die Nummerntafeln sind mehr als ein Stück Blech. Sie symbolisieren, wie sich der Norden seit 2008 der Staatlichkeit des Kosovo entzieht und seine eigenen, parallelen Institutionen unterhält. Neben Schulen, Kindergärten



Ministerpräsident Kurti wirbt am 20. September 2021 im kosovarischen Parlament für das Prinzip der Reziprozität, wonach serbische Kennzeichen ihre Gültigkeit im Kosovo verlieren und ausgetauscht beziehungsweise überklebt werden müssen.

und Krankenhäusern gibt es auch Postfilialen, Banken und Gemeindeämter, die außerhalb des kosovarischen Gemeinwesens existieren. Viele Serbinnen und Serben im Norden sind von diesen Einrichtungen abhängig. Die Wirtschaft im Norden ist schwach. Der wichtigste Arbeitgeber ist der serbische Staat: Beamte, Lehrerinnen, Ärzte oder Postboten beziehen ihr Gehalt sowie ihre Sozialversicherung aus Belgrad. Dasselbe gilt für Pensionen.

Die Autokennzeichen sind ein Produkt dieser Abhängigkeit. Die serbischen Gemeindeämter im Norden stellten nach 2008 keine Kfz-Kennzeichen mit der Aufschrift „RKS" und den Symbolen der Republik Kosovo aus, sondern weiterhin solche, auf denen „KM" stand. Das Kürzel steht für „Kosovska Mitrovica", die serbische Schreibweise für Mitrovica. Pristina hat diese Kennzeichen jahrelang toleriert. Erst mit Albin Kurti griff der Staat in dieser Angelegenheit durch.

Die Srpska Lista

Gleich gegenüber der Kneipe von Aleksandar Arsenijević, die der bereits erwähnte kosovo-serbische Jungpolitiker in Nord-Mitrovica eröffnet hat, liegt das Büro seiner Bürgerbewegung. Die Räumlichkeiten sind spärlich eingerichtet. Anstatt die Tür abzuschließen, rollt Arsenijević einfach einen Stein davor. Hier trifft sich im Herbst 2022 seine noch kleine Oppositionsbewegung, die im Jahr darauf zur Partei anwachsen sollte und sich einen mächtigen Feind ausgesucht hat: die eng mit Belgrad verbundene „Srpska Lista" (Serbische Liste), die in der Regel mit großem Abstand jede Wahl hier im Norden Kosovos gewinnt. „Es ist wie in Nordkorea, nur mit internationalen Beobachtern", witzeln die Studierenden in den Bars von Nord-Mitrovica, wenn man sie auf die Wahlen im Norden anspricht. Tatsächlich gewann die Serbische Liste bei den Kommunalwahlen am 17. Oktober 2021 mit weitem Abstand alle vier Gemeinden im Norden. In Zubin Potok erreichte die Partei 81 Prozent der Stimmen, in Nord-Mitrovica 89 Prozent, in Zvečan 96 Prozent und in Leposavić sogar 97 Prozent.[86]

In seinem Büro erzählt der Oppositionelle Arsenijević, dass es für ihn sogar schwierig geworden sei, Plakate aufzuhängen. Die Srpska Lista würde sie mit ihren gut organisierten Strukturen wieder herunterreißen. Offenbar will man keine unabhängige Opposition im Norden dulden. Die 2014 gegründete Srpska Lista kontrolliert das Leben der Kosovo-Serben auf kommunaler wie nationaler Ebene. Seit 2017 wurden die zehn Sitze im kosovarischen Parlament, die für

die serbische Minderheit reserviert sind, fast ausschließlich von Abgeordneten der Srpska Lista besetzt. Oppositionelle, die sich der omnipräsenten Partei in den Weg stellen, leben mitunter gefährlich.

So wie der gemäßigte serbische Oppositionelle Oliver Ivanović. Er wurde im Januar 2018 vor seinem Haus in Mitrovica erschossen. Der Politikwissenschaftler Vedran Džihić schrieb über seinen Tod: „Oliver Ivanović war ein Politiker, der kein Blatt vor den Mund nahm. Im September 2017 hatte er Serbiens Präsident Aleksandar Vučić und die Aktivitäten der von ihm kontrollierten serbischen Partei im Norden des Kosovo hart kritisiert. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem ‚unglaublichen Gefühl der Bedrohung und der Angst' im serbisch besiedelten Norden des Kosovo. Von kriminellen serbischen Gangs und von Lokalstrukturen, die im Niemandsland zwischen Serbien und dem meist albanisch besiedelten Restkosovo ihr Unwesen treiben."[87]

Vier Jahre nach dem Tod von Oliver Ivanović will Arsenijević frischen Wind in die Politik im Norden bringen. Um in den Süden des Kosovo reisen zu können, hat er sein serbisches Kennzeichen abgenommen und ein kosovarisches montiert. „Ich bin nicht froh darüber, aber so ist es eben. Ich möchte die Serben südlich des Flusses Ibar besuchen und mir ihre Probleme anhören", sagt er.

Rückzug aus den Institutionen

Der Streit um die Kfz-Kennzeichen wuchs sich im Laufe des Herbstes 2022 zu einer größeren Krise aus, die über Jahre anhielt und dem Kosovo Sanktionen der EU einbrachte, die bis heute (Stand Oktober 2025) in Kraft sind. Alles begann im November 2022, als die Srpska Lista eine folgenschwere Entscheidung traf: Sie trat aus Protest den Rückzug aus den kosovarischen Institutionen an. Grund für diesen Schritt war ein Kräfteringen um die Polizei im Norden. Ein ranghoher Polizeidirektor im Norden war vom Dienst suspendiert worden, weil er sich weigerte, die neue Kfz-Regelung umzusetzen.[88] Aus Protest traten serbische Stadträte von ihren Ämtern zurück. Die serbischen Abgeordneten verließen das nationale Parlament, Richterinnen und Staatsanwälte die Gerichte und auch die Polizisten legten ihre Uniform ab. „Wir geben den Kampf für die Freiheit, für das Zusammenleben nicht auf. Aber wenn wir das institutionell nicht schaffen, werden wir den Kampf auf andere Weise fortsetzen", erklärte der damalige serbische Bürgermeister von Nord-Mitrovica Milan Radojević, der ebenfalls seinen Posten abgab.[89] Er gehört der Srpska Lista an, die zum Boykott aufgerufen hatte. Erden Atiq, der mittlerweile Radojevićs Amt übernommen

hat, bezweifelt rückblickend, dass der Boykott der Serben freiwillig über die Bühne gegangen ist: „Die Menschen im Norden stehen unter großem Druck. Wenn sie nicht das machen, was Belgrad verlangt, dann verlieren sie ihre Jobs oder Sozialleistungen."

Die Rücktritte und der Boykott hinterließen im Norden ein gefährliches Vakuum. Eigentlich sollten am 25. Dezember 2022 Kommunalwahlen abgehalten werden. Aber nachdem militante Serben Straßenblockaden errichtet und Wahllokale angegriffen hatten, ließ die Präsidentin des Kosovo, Vjosa Osmani, den Urnengang auf April 2023 verschieben. Inmitten der Krise wagte die EU einen neuen Anlauf und präsentierte ein auf Initiative Frankreichs und Deutschlands ausgearbeitetes Abkommen. Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatten zwei ihrer Spitzendiplomaten damit beauftragt. Diese arbeiteten eng mit Miroslav Lajčák zusammen, einem slowakischen Diplomaten, der von 2020 bis 2024 EU-Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina war. Der deutsch-französische Vorschlag wurde schließlich offiziell von der EU übernommen und den Konfliktparteien vorgelegt.[90]

März 2023: Ein Abkommen ohne Unterschrift

Am 18. März 2023 kamen Kurti und Vučić im nordmazedonischen Ohrid zusammen, um über die Implementierung des von der EU vorgelegten Abkommens zu verhandeln. Nach einer langen Nacht trat schließlich der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell vor die Kameras und verkündete: „Endlich, nach über zwölf Stunden Verhandlungen, haben wir einen Deal!"[91] Nachdem sich die Spannungen über den Jahreswechsel verschärft hatten, wirkten diese Worte wie ein zarter Hoffnungsschimmer. Nähern sich die verfeindeten Nachbarn ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Krise wieder an?

Das in Ohrid vorgestellte Abkommen lehnte sich an Konzepte aus der Zeit des Kalten Krieges an, als Europa in Ost und West geteilt war. Vorbild war der sogenannte Grundlagenvertrag, den die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik 1972 unterzeichnet hatten. Die Bundesrepublik hatte die DDR nie als einen unabhängigen Staat anerkannt. De facto hatte sie aber akzeptiert, dass Ost-Deutschland wie ein unabhängiger Staat handelte. Mit *de facto* wird im internationalen Recht ein Zustand benannt, der als allgemein anerkannt gilt, obwohl er formal-rechtlich *(de jure)* nicht anerkannt worden ist. BRD und DDR einigten sich auf Punkte wie „gutnachbarliche Beziehungen auf gleichberechtigter Basis" (Artikel 1) oder auf den Umstand, dass

„keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten kann“ (Artikel 4). Ähnlich sollte es jetzt auch auf dem Balkan mit Serbien und Kosovo laufen. Was bedeutete das im Detail?

Serbien sollte den Kosovo also nicht *de jure*, sondern *de facto* anerkennen. Eine Änderung der serbischen Verfassung, die Kosovo noch immer als Teil des eigenen Staatsgebietes sieht, wäre dafür nicht nötig. Serbien sollte aber gewisse Merkmale der Staatlichkeit des Kosovo anerkennen, also zum Beispiel Kfz-Kennzeichen, Pässe oder Universitätsabschlüsse. Belgrad sollte außerdem aufhören, gegen die Mitgliedschaft des Kosovo in internationalen Organisationen zu lobbyieren. Kosovo sollte sich im Gegenzug dazu verpflichten, den bereits erwähnten serbischen Gemeindeverband zu etablieren.

Doch was auf dem Papier so einfach klang, erwies sich als schwierig umzusetzen. Aleksandar Vučić verweigerte seine Unterschrift. Er unterstrich dies mit den Worten, dass er angeblich „einen unerträglichen Schmerz“ in seiner rechten Hand verspüre.[92] Der Grund für diese Ausrede hat, wie fast immer im Kosovo-Konflikt, mit der ungelösten Statusfrage zu tun. Albin Kurti hatte darauf bestanden, dass bei der formellen Zeremonie zur Unterzeichnung des Abkommens in Ohrid beide Staatsflaggen zu sehen sind. So erzählt es Miroslav Lajčák, jener EU-Diplomat, der damals die Verhandlungen führte. Für Vučić war Kurtis Vorschlag inakzeptabel. „Wir haben zwei Stunden darüber verhandelt und verschiedene Vorschläge gemacht, wie eine Unterzeichnung ohne staatliche Symbole stattfinden könnte“, erinnert sich Lajčák im Interview. Schließlich einigte man sich darauf, dass das Abkommen mündlich angenommen werde, damit aber rechtlich bindend sei. Doch anstatt mit der Umsetzung zu beginnen, entbrannte ein Streit um die Frage, welche Seite wann welche Punkte umsetzen sollte.

Vučić forderte von Pristina ein, mit der Etablierung des Gemeindeverbands zu beginnen – wohl wissend, dass Kurti diesen nicht umsetzen wollte. Kurti wiederum machte Vučićs fehlende Unterschrift in einer Rede im UN-Sicherheitsrat zum Thema – wohl wissend, dass Serbiens Präsident nicht einlenken würde. „Mit anderen Worten: Beide Seiten suchen Wege, wie sie einer Annahme des Abkommens ausweichen können“, fasst es die Balkan-Expertin Marina Vulović in einer Analyse für die deutsche Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) zusammen.[93] Die EU feierte das Ohrid-Abkommen dennoch als Erfolg und lud beide Verhandlungsteams zu regelmäßigen Treffen in Brüssel ein. Währenddessen kündigte sich in Mitrovica eine Reihe von Krisen an, die das Jahr 2023 zu einem der gefährlichsten im Konflikt zwischen Kosovo und Serbien seit der Unabhängigkeit 2008 machen sollten.

April 2023: Die boykottierten Kommunalwahlen

Am 23. April 2023 fanden die eigentlich für Dezember 2022 geplanten Kommunalwahlen im Norden des Kosovo schließlich statt. Doch die serbische Bevölkerungsmehrheit boykottierte den Urnengang kollektiv, nachdem die Srpska Lista dazu aufgerufen hatte. Das Fernbleiben der Serben führte zu einer Situation, die es in den nördlichen Gemeinden noch nie gegeben hatte: Erstmals wurden Kandidaten kosovo-albanischer Parteien in die Gemeindeämter gewählt.

So kam es, dass der Kurti-Vertraute Erden Atiq Bürgermeister von Nord-Mitrovica wurde. In der Gemeinde Leposavić gewann mit Lulzim Hetemi ebenfalls ein Kandidat der Partei Vetëvendosje. Von ihm wird später noch die Rede sein. In den Gemeinden Zvečan und Zubin Potok gewann jeweils ein Kandidat der Demokratischen Partei des Kosovo (PDK). Die Amtsübernahme war eine Zäsur. Alle vier Gemeinden waren zuvor von der Srpska Lista kontrolliert worden, die als verlängerter Arm Belgrads gilt und enge Verbindungen zur serbischen Regierung pflegt. Jetzt zogen Politiker in die Ämter ein, die nicht nach Belgrad, sondern nach Pristina blickten. Angesichts der geringen Wahlbeteiligung war aber von Anfang an klar: Diese Wahlen konnten keinerlei langfristige politische Lösung für den Norden bringen. „Wir müssen unbedingt zu einer Situation zurückkehren, in der die Kosovo-Serben aktiv an der lokalen Regierung, der Polizei und der Justiz im Norden des Kosovo beteiligt sind“, so ein Sprecher des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell.[94]

Mai 2023: Angriff auf die NATO

Die vier neuen, albanischen Bürgermeister hatten sich keinen einfachen Job ausgesucht. Vor ihren Büros versammelten sich serbische Aufständische. Lulzim Hetemi, der Bürgermeister von Leposavić, verbarrikadierte sich über Monate im Gemeindeamt. Die Bewohnerinnen und Bewohner seiner Gemeinde witzelten darüber, ob er sich dort drinnen überhaupt duschen könne. Die Proteste kamen nicht unerwartet. Die internationale Gemeinschaft hatte Albin Kurti zuvor davor gewarnt, die Bürgermeister mit Polizeigewalt in ihre Ämter bringen zu lassen. Der US-Botschafter im Kosovo, Jeffrey Hovenier, schlug etwa vor, dass diese von einem anderen Ort aus arbeiten sollten.[95]

Kurti wies die Sonderpolizei am Ende trotz aller Warnungen an, die Bürgermeister in ihre neuen Büros im Norden zu eskortieren. Aus Sicht Pristinas war

dies der einzig konsequente nächste Schritt. Die Wahl war im Dezember 2022 bereits einmal verschoben worden. Die serbische Bevölkerung hatte sich dazu entschlossen, den Urnengang zu boykottieren. Angesichts der Spannungen stellte es aus Sicht Pristinas ein Sicherheitsrisiko dar, die vier Gemeindeämter über Monate hinweg unbesetzt zu lassen.

Westliche Vertreter versuchten dennoch, auf die Regierung in Pristina einzuwirken. Man habe Kurti „auf Knien angebettelt", die Bürgermeister nicht in den Norden zu schicken, so ein hochrangiger Vermittler, der nicht namentlich genannt werden will. Kurti soll daraufhin sein Handy ausgeschaltet haben. Für den Westen war dies eine völlig neue Situation. Kurtis Vorgänger waren gegenüber den USA deutlich willfähriger aufgetreten. Allen voran die lange Zeit prägende Figur des jungen Staates: der Ministerpräsident (2008–2014) und spätere Präsident (2016–2020) Hashim Thaçi (PDK), ein ehemaliger Kommandant der Guerilla-Organisation UÇK, der sich seit Juni 2020 wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen während des Kosovokriegs vor einem Sondergericht mit Sitz in Den Haag verantworten muss.

Kurti, der in den 1990er-Jahren Anführer der Studierendenproteste in Pristina war und später als politischer Gefangener nach Serbien verschleppt wurde, verkörpert einen neuen Politikertypus. „Vetëvendosje", Selbstbestimmung: Der Name seiner Partei bedeutet im Selbstverständnis von Kurti, sich auch von jenen zu emanzipieren, denen der Kosovo seine Unabhängigkeit zu verdanken hat: dem Westen. Als Kurti noch nicht Ministerpräsident, sondern Oppositionsführer war, hatte er die internationale Gemeinschaft mit Kolonialherren verglichen.[96] Kosovo möge seine Unabhängigkeit erklärt haben, sagte er 2011 dem *Spiegel*, aber souverän sei das Land nicht.[97] Der Kosovo habe sich von einem „Gefangenen Serbiens" zu einem „Patienten der internationalen Gemeinschaft" gewandelt. Im Jahr 2018 sagte er in einem Interview: „Ich glaube nicht, dass man einen Staat von außen aufbauen kann. Demokratie lässt sich nicht so leicht importieren."[98] Im selben Interview kritisierte er die kosovarische Verfassung, die es dem Land verunmögliche, sich mit dem Nachbarn Albanien zu vereinigen, sowie die Flagge des Kosovo, die maßgeblich von der internationalen Gemeinschaft entworfen worden war. „Unsere Flagge hat keine Geschichte und sie wurde nie demokratisch gewählt", so Kurti damals. Aufgrund seiner Protestaktionen, bei denen es immer wieder zu gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei kam und die sich unter dem Slogan *„Jo negociata"* (Keine Verhandlungen) gegen jeglichen Dialog mit Serbien richteten, hatte Kurti wiederholt unter Hausarrest gestanden.



Festnahme von Albin Kurti nach einer Protestaktion in Pristina, bei der Demonstrierende *„Fund"* (Ende) auf UN-Fahrzeuge gesprüht hatten, 19. Oktober 2005

Nachdem er 2021 Ministerpräsident des Kosovo wurde, trat er diplomatischer auf. Er, der als Oppositioneller das Ende des Dialogs mit Serbien forderte, saß jetzt selbst mit Vučić am Verhandlungstisch in Brüssel. Als die beiden Staatschefs am 15. Juni 2021 zum ersten Mal aufeinandertrafen, war die Stimmung eisig. So erzählen es Augenzeugen, die mit ihnen im Raum waren. Kurti soll bei diesem ersten Treffen den Satz gesagt haben: „Ich will, dass Serbien den Kosovo anerkennt, damit wir euch wegen Genozid vor Gericht bringen können." In Pristina kommt dieses Aufbegehren gegenüber Vučić gut an, auch weil sich Serbien offiziell nie für die im Krieg verübten Verbrechen entschuldigt hat.

Diesen kurzen Exkurs in die Biografie Albin Kurtis muss man im Hinterkopf behalten, um seinen Alleingang mit den vier albanischen Bürgermeistern im Mai 2023 zu verstehen. Vučić kam dieser Affront gerade recht. Serbiens Präsident sah sich mit einer der größten Krisen seiner Amtszeit konfrontiert. Nach zwei Amokläufen in Serbien mit 18 Toten gingen Zehntausende gegen seinen zunehmend autoritären Regierungsstil auf die Straße (siehe Kap. 4.2). Die Eskalation im Nordkosovo kam da gerade gelegen, um vom Unmut in der eigenen Bevölkerung abzulenken. Vučić konnte sich als Schutzherr der serbischen Minderheit im Norden des Kosovo inszenieren und ließ Serbiens Armee in erhöhte Alarmbereitschaft versetzen sowie Truppen in den Süden verlegen.



Ausschreitungen vor dem von KFOR-Soldaten abgesicherten Gemeindeamt in Zvečan, 29. Mai 2023

Nach der Vereidigung der Bürgermeister kam es in allen vier Gemeinden zu gewalttätigen Protesten. Doch nirgendwo war die Lage so angespannt wie in Zvečan. Die ehemalige Minenstadt liegt unweit des Bergwerks Trepča/Trepça im Schatten eines hohen Fabrikturms. Hier wurden die Eltern des berühmten serbischen Tennisspielers Novak Đoković geboren. Dieser hatte die Stimmung im Frühjahr 2023 zusätzlich angeheizt, indem er beim Tennisturnier French Open den Satz „Kosovo ist das Herz Serbiens. Stoppt die Gewalt!“ auf die Linse einer Fernsehkamera geschrieben hatte. „Als Serbe tut es mir weh, was im Kosovo passiert. Unsere Leute wurden aus dem Gemeindeamt vertrieben“, sagte Đoković auf einer Pressekonferenz.[99] Ein irreführender Satz, wenn man bedenkt, dass die Serben im Norden die Wahl boykottiert und damit ihren Anspruch auf politische Führung aus der Hand gegeben hatten.

In Zvečan setzten militante Serben Autos der kosovarischen Polizei in Brand. Diese konterte mit Tränengas. Die NATO-geführte Schutztruppe KFOR ging dazwischen und sicherte den Eingang zum Gemeindeamt. Am Ende wurden mehr als

90 KFOR-Soldaten verletzt, einige von ihnen schwer.[100] Ein ungarischer Soldat verlor seine Beine. Schon lange nicht mehr war es zu einem so schweren Angriff auf NATO-Soldaten auf dem Balkan gekommen. Daran beteiligt waren mehrere Männer, die vier Monate später bei der Attacke von Banjska eine unrühmliche Rolle spielen sollten.

24. September 2023: Die Attacke von Banjska

Banjska, ein Dorf mit rund 300 Einwohnerinnen und Einwohnern, liegt eingebettet zwischen Wäldern und Hügeln im Norden Kosovos. Für zwei Dinge ist es berühmt: das auf der Anhöhe gelegene serbisch-orthodoxe Kloster aus dem 14. Jahrhundert und die Heiltherme im Dorfkern. Banjska ist ein Ort, der für Ruhe, Wellness und Erholung steht. Doch mit dieser Idylle war es in der Nacht auf Sonntag, den 24. September 2023, schlagartig vorbei. Eine serbische Kampftruppe versperrte die Dorfbrücke mit zwei Lastwagen, die mit Stacheldraht und Sprengsätzen versehen waren. Als sich eine kosovarische Streife näherte, wurde der Polizist Afrim Bunjaku getötet.

Bunjaku sprach Serbisch und Albanisch und war es gewohnt, in ethnisch-gemischten Teams auf Streife zu gehen. Sein Posten war, wenn man so will, ein Produkt des EU-Dialogs, im Zuge dessen ab 2013 multiethnische Polizeieinheiten im Norden eingerichtet worden waren. Afrim Bunjaku wurde in den 1970er-Jahren in Zvečan geboren. Heute lebt seine Familie in einem Dorf etwa 20 Minuten weiter südlich. „Es tut mir im Herzen weh, dass seine Kinder ohne ihn aufwachsen müssen“, sagt ein Nachbar im Gespräch.[101] Es ist nicht schwer, Bunjakus Haus zu finden. Alle wissen, wo der Polizist gelebt hat. Im Wohnzimmer ist die gesamte Familie versammelt und trauert. In der Ecke steht ein Foto von Bunjaku in Uniform. „Ich habe Afrim geliebt wie meinen Bruder“, sagt seine Schwägerin, die draußen am Gartentor steht. Sie lebt seit 30 Jahren in Deutschland und ist für das Begräbnis angereist. „Ich hätte nicht gedacht, dass so etwas heute noch möglich ist“, sagt sie. Und bringt damit die Tragik des Vorfalls auf den Punkt. Für Afrim Bunjakus Familie war es undenkbar, dass er – ein albanischer Polizist – 24 Jahre nach Ende des Krieges in den Norden aufbricht und dort zu Tode kommt.

Bunjaku kam durch die Sprengsätze ums Leben, die an einem Lastwagen angebracht waren, der die Dorfbrücke versperrte. Die serbische Kampftruppe drang in das Dorf Banjska ein, verbarrikadierte sich im Kloster und lieferte sich stundenlange Gefechte mit den kosovarischen Spezialeinheiten. Den ganzen

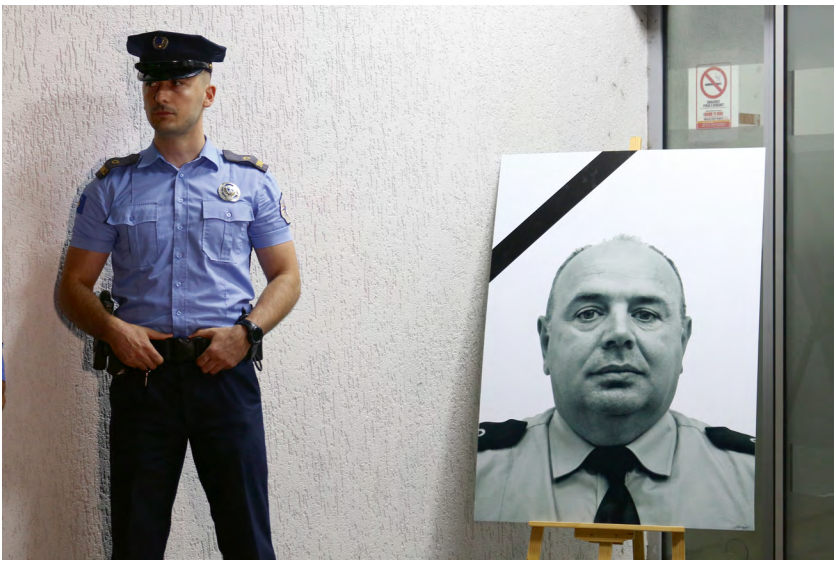


Bild des bei der Attacke von Banjska getöten Polizisten Afrim Bunjaku

Sonntag über waren in Banjska Schüsse zu hören. Ein Bewohner aus der nahe gelegenen Stadt Mitrovica erzählt, dass er in jener Nacht eine SMS erhalten habe, in der stand: „In Banjska herrscht Krieg." Für einige Stunden war unklar, was genau vor sich ging. „Meine Mutter dachte, dass das serbische Militär einmarschiert sei", erzählt Dejan, ein Bewohner von Banjska. Für Dejan ist klar, dass der serbische Staat hinter der Attacke steckt. Er sagt über die Angreifer: „Das waren junge Männer, die von Serbien bewaffnet wurden."[102]

Dejan spekuliert über eine Frage, die bis heute ungeklärt ist. Wie eng waren die Verbindungen der Angreifer zum serbischen Staat? Albin Kurti beschuldigte die Regierung in Belgrad, in den Vorfall verwickelt zu sein. Die EU hüllt sich diesbezüglich in Schweigen. Nur in Hintergrundgesprächen äußern sich Vermittler dazu und sagen, dass der Angriff nicht ohne das Wissen serbischer Sicherheitskreise möglich gewesen wäre.

Erst gegen Abend gelang es den kosovarischen Polizeieinheiten, das Kloster zu stürmen. Drei der serbischen Paramilitärs wurden dabei getötet. Die EU sprach von den Angreifern als Terroristen, ebenso Pristina. Wer sich in den Wochen nach der Banjska-Attacke im Norden des Kosovo umhörte, stieß aber auf eine ganz andere Geschichte.

Keine Terroristen, sondern Märtyrer

Petar bringt seinen kleinen Sohn zum Interview in eine Bar im Norden Mitrovicas mit. Draußen ist es schon dunkel. Es ist Oktober 2023, wenige Wochen nach der Attacke von Banjska. Der 33-jährige Serbe heißt eigentlich anders, will aber nur reden, wenn sein Name nicht in den Medien auftaucht. Der Grund: Petar war mit einem der drei getöteten Paramilitärs befreundet. Sein Name war Stefan Nedeljković, ein Mann Anfang 30, verheiratet und Vater von drei Töchtern. Er hatte sich an den gewalttätigen Protesten in Zvečan beteiligt und sich anschließend nach Serbien abgesetzt, aus Angst, von der kosovarischen Polizei verhaftet zu werden. Im Zuge der Banjska-Attacke kehrte er zurück – und zwar in Kampfmontur. „Für mich ist er ein Held und Märtyrer, weil er den Mut hatte, nach Kosovo zurückzukehren", sagt Petar. Stefan habe die Situation „satt gehabt" und den „Terror" aus Pristina nicht länger ertragen wollen, sagt er.

Auch anderorts auf dem Balkan wurde Nedeljković als Held gefeiert. In der bosnischen Teilentität Republika Srpska tauchte nach der Banjska-Attacke ein Wandgemälde auf. Es zeigt Nedeljković mit drei Fingern zum serbischen Gruß erhoben, einer ursprünglich religiösen Geste, die heute vor allem nationalistisch aufgeladen ist. Hooligans hissten dasselbe Banner in einem Fußballstadion in Belgrad. Nedeljković war Fan des Clubs Roter Stern Belgrad. Dessen Fankurve ist für ihre nationalistischen Chöre bekannt. Im Juli 2023 enthüllten sie ein Banner, auf dem die Textzeile stand: „Wenn die Armee in den Kosovo zurückkehrt".[103]

Mittlerweile ist bekannt, wer die Truppe in Banjska angeführt hat. Kurz nach dem Vorfall machte der kosovarische Innenminister Xhelal Sveçla Drohnenvideos öffentlich, die Serbiens Präsidenten Vučić in Erklärungsnot brachten.[104] Sie zeigen einen Mann namens Milan Radoičić im Kreise der Kämpfer in Banjska. Radoičić ist eng mit Vučić verbunden und im Norden eine Art informeller Herrscher. Er war der Vizevorsitzende der Srpska Lista. Radoičić, der nach der Attacke nach Serbien floh, hat sich über seinen Anwalt zu seiner Beteiligung an der Aktion bekannt. Er wurde vorübergehend festgenommen, aber nach zwei Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Pristina fordert seine Auslieferung, aber viele bezweifeln, dass das jemals passieren wird. „Er hat der Regierung in Serbien viele nützliche Dienste erwiesen. Ich glaube nicht, dass sie ihn einsperren würden", sagt eine diplomatische Quelle. Petar, der Freund von einem der verstorbenen Kämpfer, hat eine einfachere Erklärung: „Serbien kann Radoičić nicht an den Kosovo ausliefern, denn das wäre der Beweis, dass wir Kosovo als Staat anerkennen."

Oktober 2024: Das Ende der parallelen Institutionen

Ein Jahr später, im Oktober 2024, ist die Situation in Zvečan sowie im Rest des Nordens eine völlig andere. Nach der Attacke von Banjska hat die Srpska Lista massiv an Einfluss eingebüßt. In den vier Gemeindeämtern hängen zum ersten Mal Bilder der kosovarischen Präsidentin Vjosa Osmani, vor der Tür die blaugoldene Flagge der Republik Kosovo. Das Wandbild im Norden Mitrovicas, das den Kosovo mit der Krim gleichsetzt, wurde weiß übermalt. Daneben hat die kosovarische Supermarktkette Meridian eine Filiale eröffnet. Viele Serbinnen und Serben boykottieren das neue Geschäft, obwohl die Mitarbeitenden auch Serbisch sprechen. Vielleicht aber auch nur, weil dort ausschließlich in Euro gezahlt werden kann?[105] Seit Februar 2024 ist der serbische Dinar, der im Norden eine inoffizielle Parallelwährung war, nicht mehr als Zahlungsmittel zugelassen. Bars, Restaurants oder Gemüseverkäufer nehmen inoffiziell aber immer noch Dinar-Noten an.

Wer im Herbst 2024 in den Norden reist, stößt immer wieder auf leere Verwaltungsgebäude, die mit gelbem Band umspannt sind. Vor einigen von ihnen patrouillieren kosovarische Polizisten. Früher unterhielt Serbien in diesen Gebäuden seine parallelen Institutionen: Gemeindeämter, administrative Gebäude für Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Filialen der Serbischen Post und der Serbischen Bank. Ministerpräsident Kurti ist dabei, diese systematisch abzubauen und durch kosovarische Vertretungen zu ersetzen. Aber anders als beim Streit um die Kfz-Kennzeichen im Jahr 2022 hat Kurti 2024 kein Video auf Serbisch aufgenommen, um die Schließungen anzukündigen.

Die Maßnahmen kamen überraschend. Im Norden ist ein administratives Chaos ausgebrochen, das den Frust der serbischen Bevölkerung gegen Kurti weiter nährt. Die größte Veränderung: Wer eine staatliche Pension oder ein Gehalt aus Serbien bezieht – was für die Mehrheit der Serben im Norden gilt –, muss über die Grenze in die Stadt Raška fahren. Zuvor konnte man sein Gehalt bei einer Filiale der Serbischen Bank im Norden des Kosovo abheben. Ältere Bewohner bekamen ihre Pensionen zum Teil per Scheck über die Serbische Post ausgeliefert. Bank und Post waren so etwas wie die Nabelschnur zum „Mutterland“ Serbien, die Kurti nun durchtrennt hat.

„Ich war überrascht“, sagt Bojan, 25 Jahre alt, der zur Zeit der Post-Schließung im August 2024 gerade einen Job als Fahrer dort angefangen hatte. „Bewaffnete Polizisten haben mich aufgehalten und die Fracht in meinem Auto durchsucht. Ich musste die Briefe öffnen, obwohl das eigentlich nicht erlaubt



„Vorübergehende Unterbrechung der Tätigkeit": Im August 2024 ließ die Regierung Kurti Filialen der Serbischen Post, wie hier in Nord-Mitrovica, schließen – und seitdem wurden sie auch nicht wiedereröffnet. Parallele Strukturen in den mehrheitlich serbischen Gemeinden sollen systematisch abgebaut werden, was für viele Serbinnen und Serben ein herber Schlag ist.

ist", sagt er. Bojans Gehalt belief sich auf 650 Euro im Monat und es wurde ihm zugesichert, dass es noch mehrere Monate bis zum Auslaufen des Vertrags weiter ausgezahlt werde, obwohl er nicht mehr arbeitetete. An der Tür des geschlossenen Postamts im Norden Mitrovicas hängt jetzt ein rot umrandeter Zettel mit dem Wappen der Republik Kosovo. Darauf steht auf Albanisch: „Vorübergehende Unterbrechung der Tätigkeit". Eine serbische Übersetzung gibt es nicht. Ersetzt wurde das alte Postamt durch eine neue, dottergelbe Filiale der kosovarischen Post. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprechen beide Sprachen, auch sonst sind alle Informationen auf Serbisch und Albanisch verfügbar. Der Bürgermeister Erden Atiq ermutigt ehemalige Mitarbeiter der Serbischen Post, sich dort zu bewerben.

Bojan würde das gern tun, aber er hat keinen Pass der Republik Kosovo. Seine Eltern hatten es versäumt, ihn nach der Unabhängigkeit von 2008 – die von den Serben im Norden nicht anerkannt wurde – anzumelden. Er hat ausschließlich eine serbische Staatsbürgerschaft, was sich jetzt, da die serbischen Institutionen systematisch aufgelöst werden, rächt. „Ich möchte Staatsbürger der Republik Kosovo werden, damit ich normal funktionieren kann", sagt Bojan. Aber seit 2019 werde sein Antrag nicht bearbeitet. Eigentlich ist es das Ziel von Pristina, dass Serben die kosovarische Staatsangehörigkeit annehmen. Bojan aber sagt, dass die Behörden in seinem Fall den Prozess verzögern.

Auch Milica, 30 Jahre, eine ehemalige Volksschullehrerin, ist von dem Durchgreifen Pristinas irritiert. Sie lebt nahe der Stadt Leposavić, in einem einstöckigen Haus mit Garten. Sie hat sich von ihrem Mann getrennt, erzählt sie, nachdem er ihr gegenüber gewalttätig wurde. Milica hat zwei kleine Töchter und ist arbeitslos. Ihre Mutter erhält staatliche Bezüge aus Serbien. Sie arbeitet in der Wäscherei eines Kindergartens – das einzige Erwerbseinkommen der Familie. Milica bekommt Kindergeld, Sozialhilfe sowie Zuschüsse für ihre Schwester, die körperlich schwer behindert ist und rund um die Uhr Betreuung benötigt. „Wir sind auf die von Serbien geführten Schulen und Krankenhäuser angewiesen", sagt Milica. Kurtis Politik habe ihre Situation noch prekärer gemacht. Früher konnte ihre Mutter das Gehalt direkt in Leposavić abholen. Jetzt muss sie sich einen Tag freinehmen, weil die Autoschlange an der Grenze zu Serbien so lang ist, klagt sie. Fragt man sie nach dem neuen, albanischen Bürgermeister in ihrer Stadt, winkt Milica frustriert ab.

Ein Mittagessen mit Lulzim Hetemi

Der Name des Bürgermeisters von Leposavić ist Lulzim Hetemi. Im Herbst 2024 sitzt er in einem Restaurant gegenüber vom Gemeindeamt und isst zu Mittag. An seiner Seite hat ein albanischer Geschäftsmann aus Pristina Platz genommen, der in Leposavić eine Bank eröffnen will. Außerdem sitzen da noch einige uniformierte Beamte der kosovarischen Sonderpolizei sowie zwei Mitarbeiter eines Ministeriums in Pristina. Auf dem Smartphone von einem von ihnen klebt ein strahlend roter UÇK-Sticker. Hetemi trägt einen Ring, auf dem der albanische Doppeladler prangt. All das ist für den Norden eine Zäsur. Vor einigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass der Bürgermeister von Leposavić in so einer Runde zu Mittag isst. Die Stimmung ist gut, man feiert den Beginn einer neuen Ära. Der Kellner entkorkt einen Rotwein und bringt Holzplatten voller Speisen und zum Nachtisch Torte.

Beim anschließenden Interview im Gemeindeamt erzählt Hetemi seine Geschichte. Er stammt aus dem kleinen Dorf Bistrica im äußersten Norden des Kosovo in der Gemeinde Leposavić. Etwa 40 albanische Familien lebten dort, erzählt er. Sein Vater arbeitete als Albanischlehrer und verlor später seinen Job. Während des Krieges lebte die Familie für einige Zeit in Frankfurt am Main. Nach der Rückkehr fand Hetemi sein Dorf niedergebrannt vor und musste fünf Jahre in einem Zeltlager der Vereinten Nationen leben. Später arbeitete er als Lehrer in einer Schule. Vor drei Jahren begann er sich in der Kommunalpolitik

zu engagieren und trat der Partei Vetëvendosje bei. Der Posten als Bürgermeister ist sein erstes politisches Amt. Er klammerte sich buchstäblich daran fest. In den ersten sieben Monaten verließ Hetemi sein Büro nicht, weil sich draußen Aufständische versammelt hatten und er befürchtete, dass man ihn nicht mehr hineinlassen würde.

Jetzt sei alles besser, meint er sichtlich zufrieden. Die parallelen serbischen Institutionen würden abgebaut und immer mehr Bürgerinnen und Bürger kämen in sein Gemeindeamt, um kosovarische Dokumente zu beantragen. Der Großteil seiner 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien Serben, mit denen er auch Serbisch spreche. Hetemi möchte in Leposavić ein Schwimmbad bauen, neue Straßen und ein Sportzentrum. Er hat Ministerpräsident Albin Kurti vorgeschlagen, im ehemaligen serbischen Gemeindeamt eine Geburtsklinik zu eröffnen.

Seine Stellvertreterin, Marina Bogojević, betritt den Raum. Sie ist Serbin, erkenne den Kosovo aber an. Sie sagt: „Seit 24 Jahren wissen wir nicht, wo wir hingehören. In den Kosovo oder nach Serbien." Vučić interessiere sich nicht für die Serben in ihrer Gemeinde. Sie hätte nichts dagegen, wenn die Finanzierung aus Belgrad eines Tages versickern würde und alle Kinder auf kosovarische Schulen gingen. Für die Mehrheit der Serben im Norden aber ist genau das die alles entscheidende rote Linie. „Wenn sie die Krankenhäuser und Schulen schließen, dann gibt es Krieg", sagt ein Bürger von Nord-Mitrovica. Aus diesem Grund hat Brüssel einen Kompromissvorschlag vorgelegt.

Der Gemeindeverband als Lösung?

Der Kompromissvorschlag der Europäischen Union ist in einem Statut festgehalten, das jedoch nicht öffentlich zugänglich ist. Das Papier liegt in einem schmucklosen Konferenzraum gegenüber der EU-Kommission in Brüssel. Im vierten Stock hat Miroslav Lajčák, der Sondergesandte für den sogenannten Belgrad-Pristina-Dialog, sein Büro. Es ist der 9. Oktober 2024 und in wenigen Monaten wird der Slowake seinen Sessel räumen. Allzu traurig dürfte Lajčák über den Wechsel nicht sein. Der EU-geführte Dialog zwischen Serbien und Kosovo ist in eine Sackgasse geraten, manche sagen auch, er sei längst tot. Davon zeugt auch ein Schild, das vor Lajčáks Büro hängt. Darauf steht: *„Deja Poo. If you go through the same shit every day."* Der Vermittler macht aus seiner Frustration offenbar kein Geheimnis.

Lajčák und sein Team haben, nach Konsultation mit Völkerrechtlern sowie Expertinnen des Europarats, einen Lösungsvorschlag für den Konflikt zwischen

Kosovo und Serbien vorgelegt. Dieser Vorschlag ist nicht neu, sondern wurde bereits im Jahr 2013 im Rahmen des sogenannten Brüsseler Abkommens definiert. Die Regierung in Pristina soll der serbischen Minderheit im Zuge eines sogenannten Gemeindeverbands gewisse Autonomierechte zugestehen. Der Verband hätte seine eigene Flagge, einen Präsidenten oder eine Präsidentin sowie ein Plenum, in das Vertreterinnen und Vertreter jener Gemeinden entsandt werden, die mehrheitlich von Serben bewohnt sind. Über diesen Verband könnten die von Serbien finanzierten Schulen und Krankenhäuser also erhalten bleiben. Diese wären allerdings im kosovarischen Rechtssystem verankert und die Finanzierung liefe nicht mehr über intransparente Kanäle. Bei Beschwerden könnte sich der Verband an ein Schiedsgericht wenden, eine Klausel, die von kosovarischer Seite kritisch gesehen wird.

Lajčák weist die Kritik, der Gemeindeverband könnte zu einem „Staat im Staat" werden, vehement zurück. „Wir haben bewusst eine Lösung gewählt, die auch in einem EU-Mitgliedsland funktionieren würde", sagt er. Der Gemeindeverband könne weder Gesetze auf den Weg bringen, noch Entscheidungen der Regierung blockieren. Ebenso wenig könne er seine eigene Polizei oder gar ein Militär bilden. „Der Gemeindeverband ist Teil der kosovarischen Institutionen. Er kann nicht außerhalb des Systems existieren", versichert Lajčák.

Spricht man mit der serbischen Bevölkerung im Norden über den Gemeindeverband, hört man viel Skepsis. Viele wissen auch gar nicht, was konkret damit gemeint ist. Die Idee, dass der Norden eines Tages Serbien einverleibt werden könnte, ist da schon populärer. Vielleicht auch weil diese – anders als die Idee des Gemeindeverbands – einfach zu verstehen ist.

Trump und die Zukunft des Kosovo

Bereits 2018 machte die Idee eines Gebietsaustausches zwischen Serbien und Kosovo die Runde. Serbiens Präsident Vučić und sein damaliger Amtskollege Hashim Thaçi sprachen darüber sogar öffentlich bei einem Auftritt am „Forum Alpbach" in den Tiroler Bergen. Demnach sollte der Nordkosovo an Serbien angegliedert werden und das mehrheitlich von Albanern besiedelte Preshevo-Tal in Südserbien an den Kosovo gehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich damals gegen eine solche Lösung aus. „Die territoriale Integrität der Staaten des westlichen Balkans ist verbürgt und unantastbar. Das muss immer wieder und wieder gesagt werden, weil es wieder und wieder Versuche gibt, über die Grenzen zu sprechen, und wir können das nicht tun", warnte Merkel.[106]

Nachdem Hashim Thaçi aufgrund seiner Vergangenheit als UÇK-Kommandant wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurde und 2021 Albin Kurti an die Macht kam, war die Idee eines Gebietsaustausches zunächst vom Tisch. Aber der Druck aus den USA, einer Lösung zuzustimmen, könnte mit der erneuten Präsidentschaft Donald Trumps wieder zunehmen. Das hat auch mit Richard Grenell zu tun. Trumps ehemaliger Botschafter in Berlin war in dessen erster Amtszeit zum US-Sondergesandten für den Dialog zwischen Pristina und Belgrad ernannt worden. Kurti ist für Grenell ein Dorn im Auge. Das zeigt eine Reihe von Postings, die der Trump-Vertraute über die Jahre auf dem Kurznachrichtendienst X veröffentlicht hat. Im Dezember 2023 warf er Deutschland vor, „auf der falschen Seite in der Geschichte" zu stehen, weil man den „Faschisten" Kurti unterstütze.[107] Bei der Parlamentswahl im Kosovo im Februar 2025 setzte Grenell demonstrativ auf die Oppositionsparteien und warb für eine Regierung ohne Einbindung von Vetëvendosje.

Am Ende wurde Kurtis Partei mit 42 Prozent wieder zur stärksten Kraft gewählt. Fortan ist er jedoch auf Koalitionspartner angewiesen, deren Suche sich als alles andere als leicht erwiesen hat. Über Monate konnte weder eine Regierung noch ein Parlament gebildet werden. Stattdessen kam es zu einer rekordverdächtigen Pattsituation: Die Wahl der von Vetëvendosje vorgeschlagenen Parlamentspräsidentin Albulena Haxhiu scheiterte mehr als 50-mal, bis man sich mit der Opposition Ende August schließlich auf einen alternativen Kandidaten einigen konnte und Dimal Basha (Vetëvendosje) ins Amt gewählt wurde. Aber damit war die Blockade noch immer nicht vorbei. Denn für ein funktionstüchtiges Parlament braucht es neben dem Parlamentspräsidenten auch fünf Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Vier wurden gewählt, der oder die Fünfte, aus den Reihen der serbischen Minderheit, blieb ausständig. Als Dimal Basha den Prozess trotzdem für beendet erklärte, zogen serbische Vertreter vor das Verfassungsgericht. Die Fronten sind nicht zuletzt deswegen verhärtet, weil Kurtis Partei die Srpska Lista von den Kommunalwahlen am 12. Oktober 2025 ausschließen möchte. Ein Schritt, der selbst den Partner USA vor den Kopf stieß. Seitdem sind die diplomatischen Beziehungen zwischen Pristina und Washington auf einem neuen Tiefpunkt angelangt. Kurzfristig sind im Kosovo zwei Fragen entscheidend: Wie geht der Kampf um die Srpska Lista aus und was bedeutet das für den Ausgang der Kommunalwahlen im Oktober, die auch im serbisch dominierten Norden abgehalten werden? Und wird es Kurti gelingen, die Pattsituation im Parlament zu beenden und eine handlungsfähige Regierung zu bilden?

Eine solche wäre – auch im Hinblick auf die erratische Außenpolitik Washingtons – dringend vonnöten. Darauf weist auch Ramadan Ilazi vom „Kosovo Center for Security Studies“ (KCSS) im Gespräch hin. Im August 2025 beobachtet er mit Sorge die politische Blockade in seinem Land. „Wir waren einmal der Posterboy des Westens“, sagt er, „aber derzeit sind wir alles andere als eine funktionierende Demokratie. Für unser Ansehen ist das sehr schädlich.“

Ilazi beobachtet den EU-geführten Dialog mit Serbien seit vielen Jahren und war 2015/16 sogar ein Jahr lang Kosovos stellvertretender Minister für europäische Integration. Heute sagt er: „Kosovo sollte den serbischen Gemeindeverband umsetzen. Nur so lässt sich der Norden in den Gesamtstaat integrieren.“ Ilazi hebt dessen strategische Bedeutung in den Verhandlungen mit Serbien hervor. „Der Gemeindeverband ist unsere letzte Trumpfkarte im Dialog“, sagt er, „und man sollte sie nicht leichtfertig aus der Hand geben.“ Er fordert: Kurti hätte die schrittweise Umsetzung des Gemeindeverbands an Bedingungen knüpfen sollen. So etwa die Forderung, dass alle EU-Mitgliedsländer den Kosovo als Staat anerkennen, wenn der Gemeindeverband Realität wird.

Scheitert die Lösung rund um den Gemeindeverband langfristig, dann könnte eine leicht verständliche, schnelle Lösung aus der Schublade geholt werden. Die Verhandlungen um die Ukraine zeigen, dass US-Präsident Trump solche „Deals“ bevorzugt. Ein Gebietsaustausch oder gar eine einseitige Abtrennung des Nordens stünde jedoch gegen sämtliche Prinzipien, die der EU-geführte Dialog seit 2011 im Kosovo umzusetzen versucht. Dieser hatte nämlich zur Grundlage, dass es für einen friedlichen Kosovo keine neuen Grenzziehungen und ethnisch homogene Nationalstaaten brauche, sondern moderne Minderheitenrechte, die einen multiethnischen Staat garantieren.

Fazit

Weder Kurti noch Vučić scheinen derzeit ernsthaft interessiert an einer nachhaltigen Lösung des Konflikts zu sein. Beide spielen auf Zeit. Kurti hofft, im Alleingang Fakten zu schaffen und den Norden auch ohne Gemeindeverband unwiderruflich in den Gesamtstaat integrieren zu können. Wiederkehrende krisenhafte Ereignisse – etwa die Attacke von Banjska im September 2023 – treiben ihn dabei an. Vučić wiederum hat aus der Banjska-Attacke eine Lehre über die Schwäche des Westens gezogen. Trotz NATO-Präsenz konnten serbische Paramilitärs ein Waffenarsenal in den Norden des Kosovo schmuggeln. Obgleich der Strippenzieher der Banjska-Attacke nachweislich Verbindung

zur Regierung in Belgrad unterhält, gab es für Präsident Vučić keine Konsequenzen. Stattdessen wurde der Kosovo mit Sanktionen belegt. Kurz darauf unterzeichnete die EU mit Vučić ein Abkommen zum Rohstoffabbau in Serbien (siehe Kap. 4.3). Bei der politischen Führung in Pristina hat das zu einer Entfremdung vom Westen, dem traditionellen Alliierten, geführt. In Serbien wiederum könnten radikale Kräfte das Schweigen nach der Attacke von Banjska als Aufforderung sehen, den Norden des Kosovo durch eine „Guerillataktik" zu destabilisieren. Seitdem Donald Trump wieder US-Präsident ist, könnte die alte Lösung, den Norden auf diplomatischem Wege vom Kosovo abzutrennen, zurückkehren.



6. Bosnien-Herzegowina



6.1 Wer ist hier eigentlich zuständig?

Es sind Szenen wie aus einem Katastrophenfilm. Anfang Oktober 2024 sind nach heftigen Regenfällen in großen Teilen Bosnien-Herzegowinas Flüsse über die Ufer getreten. In der Nacht auf den 4. Oktober gerät an einem Berghang südlich von Jablanica im Kanton Herzegowina-Neretva das aufgeweichte Erdreich ins Rutschen. Eine Schlamm- und Gerölllawine bahnt sich ihren Weg talabwärts in den Ortsteil Donja Jablanica. Die Einwohnerinnen und Einwohner werden im Schlaf überrascht, mehrere Häuser stürzen ein, 19 Menschen kommen ums Leben.

Als am nächsten Tag die Sonne aufgeht, zeigt sich am Hang oberhalb des Dorfes ein ebenso bemerkenswerter wie erschreckender Anblick. Von den Ruinen im Tal aus führt eine Spur aus weißem Geröll rund 500 Meter den teils entwaldeten Berg hinauf – bis zu der Stelle, an der tags zuvor noch ein Steinbruch betrieben wurde. Als hätte die Natur noch einmal darauf hinweisen wollen, woher sie das Material für ihr Zerstörungswerk genommen hat.

Die Karton-Revolution

Betrachtet man Donja Jablanica als Tatort eines Verbrechens, dann führt die Geröllspur aus Sicht von Adi Selman direkt zu den Tätern. Wenige Tage später formuliert Selman zusammen mit seinem Mitstreiter Nedim Musić die Anklage: „Die Menschen in Donja Jablanica wurden nicht allein von der Flut getötet, sondern auch durch den illegalen Steinbruch eines lokalen Tycoons, dem ein verkommenes System erlaubt hat, weiterzumachen.“ Adi Selman spricht diese Worte in eine Handykamera, während er und Musić an verrosteten

Bild S. 212/213: Von Panzerschüssen durchlöchertes Haus in Nedžarići, einem Vorort von Sarajevo, am 23. April 1996. Wenige Monate zuvor war der Bosnienkrieg durch das Abkommen von Dayton beendet worden.



Rettungskräfte suchen im Schutt nach Überlebenden in Donja Jablanica, wo tags zuvor eine Gerölllawine massive Zerstörungen angerichtet hat, 5. Oktober 2024.

Schüttgutwaggons vorbeilaufen, die irgendwo in Bosnien-Herzegowina auf einem Abstellgleis stehen. „Die Katastrophe hätte verhindert werden können, wenn die Vertreter des verkommenen Systems ihre Arbeit gemacht hätten. Was sie aber nicht taten“, ergänzt Musić. Die beiden jungen Männer klingen wütend, aber beherrscht. Es ist nicht das erste Mal, dass sie solche Vorwürfe formulieren. Am Ende des Videos steht ein Versprechen: Man werde „die Feiglinge, Heuchler und korrupten Politiker“ so lange bekämpfen, bis sie im Gefängnis säßen. Und das werde schon sehr bald sein. „Denn dieses System wird nicht mehr lange bestehen“, verspricht Selman abschließend. Über ihren Köpfen ist eine stilisierte geballte Faust zu sehen – das Symbol der „Karton Revolucija“.[1]

Vier Monate nach der Katastrophe von Jablanica sitzt Selman in einem kleinen abgedunkelten Büro in Bosniens drittgrößter Stadt Tuzla und bereitet sich auf eine Konferenz zum Thema Umweltschutz vor. Der Sitz der „Karton-Revolution“ ist ein unscheinbares, dreigeschossiges Gebäude in einer in die Jahre gekommenen Arbeitersiedlung an der Rudarska Ulica. Ein Büro, ein kleiner Lagerraum und ein etwas größeres Zimmer, in dem ein großer Aufsteller und ein Rednerpult mit den Logo von Karton Revolucija ihres Einsatzes harren: „Wir brauchen nicht viel“, sagt Selman.

Das Video zur Katastrophe in Donja Jablanica wurde inzwischen hunderttausendfach in den sozialen Medien geteilt. Allein im Januar und Februar 2025,



Die beiden „Karton-Revolutionäre" Adi Selman (l.) und Nedim Musić machen mit ihrem Social-Media-Videos und Protestaktionen auf Missstände im Land aufmerksam.

berichtet Selman, hätten die Social-Media-Beiträge von Karton Revolucija mehr als sechs Millionen Abrufe verzeichnet. Mehr als 300 000 Followerinnen und Follower zählen die „Karton-Revolutionäre" auf Plattformen wie Instagram, TikTok und Facebook. Der hochgewachsene Selman, 32 Jahre alt, mit Undercut-Frisur, ist inzwischen nicht nur in Bosnien-Herzegowina eine Berühmtheit. Unlängst beschuldigte Serbiens Präsident Aleksandar Vučić ihn bei einem Fernsehauftritt, bei den anhaltenden Studierendenprotesten in Serbien (siehe Kap. 4.2) seine Finger mit im Spiel zu haben.[2]

Die Aktionen und Aufklärungsvideos legen den Finger in offene Wunden. Alles begann 2021, als Selman und Musić zu Ohren kam, dass das örtliche Gesundheitszentrum von Tuzla über kein eigenes Mammografie-Gerät verfügte, sodass Einwohnerinnen der Stadt weite Wege zurücklegen mussten, um sich auf Brustkrebs untersuchen zu lassen. Ihre Wut war besonders groß, weil sich kurz zuvor bei den Kommunalwahlen in Bosnien Politikerinnen und Politiker einmal mehr mit Wahlkampfversprechen überboten hatten. Kurzerhand schrieben Selman und Musić das Wort „Mammograf" auf einen Pappkarton, posierten damit vor dem Krankenhaus und stellten Fotos und Videos davon ins Netz – der Beginn eines modernen Medienphänomens. Die Protestaktion mit dem einfachen Schild aus Pappkarton gab der Bewegung ihren Namen. Wenige Wochen später wurde das lange versprochene Mammografie-Gerät geliefert.

Heute zählt Karton Revolucija in ganz Bosnien-Herzegowina eigenen Angaben zufolge an die 4000 Aktivistinnen und Aktivisten. Sie schlagen dort auf, wo ihrer Überzeugung nach der Staat versagt, wo Nepotismus und Korruption den einfachen Bürgerinnen und Bürgern das Leben schwer machen: auf illegalen Mülldeponien, die das Grundwasser verseuchen, in Wäldern, in denen wiederrechtlich Holz geschlagen wird, oder in potenziellen Lithium-Abbaugebieten, wo Anwohnerinnen und Anwohner um die Zukunft ihrer Dörfer bangen. „Im Grunde", sagt Adi Selman im Gespräch, „machen wir nur sichtbar, was allenthalben bekannt ist: ein verkommenes System."

Was damit gemeint ist, erläutert Selman am Beispiel von Donja Jablanica. 25 Jahre lang sei der illegale Steinbruch betrieben worden, ohne dass eine Behörde eingeschritten sei: „Die Kantonalregierung hätte das genehmigen müssen. Hat sie aber nicht. Also hätte die Polizei eingreifen müssen. Die hat auch nichts getan. Die Staatsanwaltschaft auch nicht. Erst recht nicht die Regierung in Sarajevo", erläutert Selman. „Im Prinzip will mal wieder niemand zuständig gewesen sein. Wir haben einen Staat, in dem niemand für irgendetwas zuständig ist."

Journalistinnen und Politikwissenschaftler würden Selman in diesem Punkt vielleicht widersprechen. Denn zumindest dem Papier nach dürfte es in kaum einem anderen europäischen Staat so viele „Zuständigkeiten" geben wie in Bosnien-Herzegowina. Die deutschsprachige Berichterstattung kommt selten ohne den Hinweis aus, dass es sich um eines der „kompliziertesten Staatsgebilde der Welt"[3] handele; zu viele Ebenen, zu viele Zuständigkeiten, zu viele widerstreitende Interessen und natürlich: zu viel Nationalismus. Ein immer wieder herangezogenes Erklärungsmuster, das Bosnien-Herzegowina als grundsätzlich „unregierbar" erscheinen lässt. Dass Zuständigkeit in dem Balkanstaat nicht mit Verantwortungsübernahme gleichzusetzen ist, weiß auch Selman: „Unser politisches System hier ist so aufgebaut, hat so viele Regierungsebenen, dass am Ende niemand sagen kann, wer eigentlich wofür zuständig ist. Buchstäblich ein Staat, in dem Korruption und kriminelle Machenschaften vorprogrammiert sind."

Was Selman und die „Karton-Revolutionäre" ansprechen, ist ein weitverbreitetes Gefühl in der Bevölkerung: auf der einen Seite ein aufgeblasener Staatsapparat, auf der anderen Seite Institutionen, die ihre grundlegendsten Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht erfüllen. Dass dieses Gefühl nicht ganz unbegründet ist, belegen mehrere internationale Vergleichsindizes. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International ist Bosnien-Herzegowina nicht nur das am schlechtesten beurteilte Land des Westbalkans, sondern belegt zusammen mit Belarus auch den letzten Platz

unter den europäischen Ländern.[4] Immerhin im Mittelfeld des weltweiten Rankings landet Bosnien-Herzegowina beim Rule-of-Law-Index des World Justice Projects. Dieser bescheinigt dem Land vergleichsweise gute Werte in Sachen öffentliche Sicherheit und fundamentale Menschenrechte, etwas schlechter schneidet das Land hingegen beim zivilen Rechtsschutz, transparenter Regierungsarbeit sowie der Durchsetzung von Regulierungen ab.[5]

Der Verweis auf die zahlreichen Regierungs- und Verwaltungsebenen kann indes wohl nicht allein erklären, warum das „Land der zahllosen Zuständigkeiten" an einer endemisch anmutenden Dysfunktionalität staatlicher Institutionen leidet. Denn bei näherer Betrachtung ist der Staatsaufbau Bosnien-Herzegowinas gar nicht so ungewöhnlich. Laut der bosnischen Verfassung besteht der Gesamtstaat aus zwei „Entitäten": der serbisch dominierten Republika Srpska und der vorwiegend von Bosniaken und Kroaten bewohnten Föderation Bosnien und Herzegowina. Dass hier nicht von Landesteilen, Bundesländern oder Teilstaaten gesprochen, sondern der ungewöhnliche Begriff „Entität" verwendet wird, deutet jedoch bereits an, dass die Dinge etwas komplizierter liegen.

Mit dieser Sprachregelung sollte von Anfang an vermieden werden, irgendeine Form von Eigenständigkeit oder gar Eigenstaatlichkeit der beiden Landesteile zu suggerieren. Doch allen semantischen Spitzfindigkeiten zum Trotz handelt es sich bei der bosniakisch-kroatischen Föderation und der Republika Srpska faktisch um Teilstaaten eines Bundesstaates. Sowohl die Entitäten als auch der Gesamtstaat verfügen über je eine eigene Exekutive, Legislative und Judikative, sprich: Regierung, Parlament und Gerichte. Die Republika Srpska ist dabei zentralstaatlich organisiert. Unterhalb der Entitätsebene bestehen nur noch die Gemeinden als Organe der kommunalen Selbstverwaltung. Im Gegensatz dazu ist die bosniakisch-kroatische Föderation zusätzlich in zehn weitgehend autonome Kantone unterteilt, die ihrerseits über eigene Gesetzgebungsorgane (Kantonalversammlungen), eine Regierung und Gerichte verfügen.[6] Eine Besonderheit stellt der Distrikt Brčko im Norden des Landes dar: eine selbstverwaltete Gebietskörperschaft, die formal zu beiden Entitäten gehört, aber de facto direkt dem Gesamtstaat unterstellt ist. Zusammengefasst besteht Bosnien-Herzegowina somit aus 14 Gebietskörperschaften mit eigenen Institutionen: dem Gesamtstaat, zwei Entitäten, zehn Kantonen und einem Distrikt – also insgesamt 14 Regierungen und 14 Parlamenten.

Dass es regelmäßig zu Interessenkonflikten zwischen den verschiedenen administrativen Ebenen kommt, liegt in der Natur eines solchen Staatsaufbaus. Doch auch das allein kann nicht erklären, warum das Land als besonders



Bosnien-Herzegowina, politisch-administrative Gliederung und Ethnien

- Staatsgrenze
- Grenze zwischen den Entitäten Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska
- Kantonsgrenzen innerhalb der Föderation Bosnien und Herzegowina
- Gemeindegrenze
- Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas, der Föderation Bosnien und Herzegowina und des Kantons Sarajevo
- Hauptstadt der Republika Srpska
- Verwaltungsitz eines Kantons
- Hauptstadt des Brčko-Distrikts

Bevölkerungsmehrheit in den Gemeinden der Föderation Bosnien und Herzegowina in %

<50	50–75	75–90	>90	
				Bosniaken
				Kroaten
				Serben

Bevölkerungsmehrheit in den Gemeinden der Republika Srpska und im Distrikt Brčko in %

<50	50–75	75–90	>90	
				Serben
				Bosniaken

Brčko-Distrikt:

Kondominium der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska, direkt dem Gesamtstaat unterstellt

Quelle: Statistikamt Bosnien und Herzegowina, Volkszählung 2013 (veröffentlicht 2016, seither keine weitere Volkszählung)

„kompliziert“ und „unregierbar“ gilt. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat schließlich Exekutiv- und Legislativorgane auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die nicht selten unterschiedliche Interessen verfolgen und in Konflikt miteinander geraten. Ein Teil der Komplexität des politischen Systems in Bosnien-Herzegowina lässt sich sicherlich auf die vergleichsweise schwache Rolle der Zentralregierung in Sarajevo zurückführen. Tatsächlich obliegen dem Gesamtstaat nur wenige Politikfelder exklusiv (etwa die Außen- und Währungspolitik sowie seit 2006 die Verteidigungspolitik).

Doch föderative Staaten mit einer vergleichsweise schwachen Zentralregierung existieren überall auf der Welt. Belgien mit seinen unterschiedlichen Landesteilen, ethnischen Gemeinschaften und der Zentralregierung in Brüssel ist vielleicht das naheliegendste Beispiel. Auch dort gestaltet sich die Regierungsbildung bisweilen schwierig, jedoch ohne dass die grundlegenden Funktionen der staatlichen Verwaltung lahmgelegt würden. Das eigentliche Problem liegt nach Ansicht vieler Kritikerinnen und Kritiker in einem Grundprinzip der Verfassung Bosnien-Herzegowinas begründet: dem Konzept konstitutiver Völker.

Die Macht der Ethnien

„Wissen Sie?“, sagt Adil Kulenović, „Sarajevo hat eine lange Geschichte. Eine Geschichte des Zusammenlebens verschiedener Kulturen. Das macht den Kern der Stadt aus.“ Von seinem Büro aus blickt der Vorsitzende der Intellektuellen-Vereinigung „Krug 99“ auf den südlich des Flusses Miljacka gelegenen Teil der Stadt. Direkt gegenüber liegt das Sport- und Kulturzentrum Skenderija, erbaut im brutalistischen Stil in den Zeiten des Wirtschaftsbooms der 1960er-Jahre im sozialistischen Jugoslawien. Dahinter überziehen großflächig Siedlungen aus mehrgeschossigen Einfamilienhäusern die Hänge, die die bosnische Hauptstadt umsäumen. In östlicher Richtung reihen sich historische Bauten aneinander, wie Kugeln an einer Gebetskette: Lateinerbrücke, Alte Hauptsynagoge, die im Bosnienkrieg zerstörte und später wieder aufgebaute Nationalbibliothek. Dazwischen zu sehen sind Einkaufszentren, Neonwerbung und moderne Architektur: Sarajevo im Jahr 2025 ist eine lebendige, pulsierende Metropole, zu deren größten Problemen Luftverschmutzung und Verkehrschaos gehören.

Es ist der neu aufgetragene Glanz einer Stadt, die im Bosnienkrieg 1 425 Tage lang belagert und schwer zerstört wurde. Von den Hängen um den Talkessel herum beschossen damals die Truppen der bosnisch-serbischen Armee hauptsächlich zivile Ziele. Die Menschen befassten sich nicht mit der Luftqualität

oder Verkehrsproblemen, sondern mit der Frage, wie sie an Grundnahrungsmittel und Heizmaterial kommen sollten, ohne von serbischer Artillerie oder Scharfschützen ins Visier genommen zu werden. Mehr als 11 000 Einwohnerinnen und Einwohner starben.

„Das waren die Umstände, unter denen wir damals zusammengekommen sind", erinnert sich Adil Kulenović. Im belagerten Sarajevo wollten er und einige Mitstreiter einen Raum für politische Debatten offen halten. Sie hatten bereits vor Kriegsausbruch zunächst einen kleinen lokalen Fernsehsender und eine Radiostation ins Leben gerufen. Als kurze Zeit später der Strom zur knappen Ressource wurde, konnte nur noch „Radio 99"[7] weiterbetrieben werden. Schnell wurde der Sender zu einer Art Forum für jene Intellektuellen, die in der Stadt zurückgeblieben waren. Bei allen Differenzen stimmten sie in einem Punkt überein: Bosnien-Herzegowina sollte als multiethnischer, demokratischer Staat erhalten bleiben. „Wir waren der Überzeugung, dass die Zukunft Bosnien-Herzegowinas nur auf diesen Prinzipien aufgebaut werden kann. Und nicht auf den Visionen der ethnopolitischen Eliten, die mit Krieg ihre Absichten durchzusetzen suchten."



Sarajevo hat sich nach Krieg und Belagerung wieder zu einer lebendigen Metropole entwickelt, vorn mittig: die wieder aufgebaute Nationalbibliothek.

Ob Bosnien-Herzegowina den Zerfall Jugoslawiens als einheitliches Staatsgebilde überleben würde, war lange Zeit ungewiss. Nach dem Unabhängigkeitsreferendum 1992 – das von den bosnischen Serben boykottiert wurde – begann ein militärischer Konflikt, der teils als Bürgerkrieg,[8] teils äußere Aggression durch Serbien (und zeitweise auch Kroatien) interpretiert wird.[9] Tatsächlich war er wohl beides zugleich. Unter der politischen Führung von Radovan Karadžić eroberten die bosnisch-serbischen Separatisten mit Unterstützung der serbischen Regierung unter Slobodan Milošević zeitweise 70 Prozent des Staatsgebiets. Auf der anderen Seite des Konflikts standen die bosnische Armee (Armija Republike Bosne i Hercegovine, ARBiH) und das Militär der bosnischen Kroaten (Hrvatsko vijeće obrane, HVO), das seinerseits massiv von der gerade erst unabhängig gewordenen Republik Kroatien unterstützt wurde.

Es folgten über drei Jahre Krieg. Sarajevo wurde belagert. In Ostbosnien verübte die Armee der bosnischen Serben einen Genozid an der bosniakischen



Radovan Karadžić (M.), der für den Völkermord von Srebrenica und viele weitere Kriegsverbrechen politisch verantwortliche Anführer der bosnischen Serben, marschiert 1995 mit Soldaten durch Banja Luka.

Bevölkerung, der mit der Ermordung von mehr als 8 000 Menschen in Srebrenica seinen Höhepunkt erreichte (siehe Kap. 6.2). Zwischenzeitlich versuchte auch die Führung der bosnischen Kroaten, ein eigenes autonomes Staatswesen auf bosnisch-herzegowinischem Staatsgebiet – die Republika Herceg-Bosna – mit Waffengewalt durchzusetzen. Die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas unter den – ebenfalls miteinander verfeindeten – Nachbarstaaten Kroatien und Serbien schien nur eine Frage der Zeit.[10] In der Folge bekämpften sich auch die ursprünglich miteinander verbündeten Streitkräfte der kroatischen HVO und der bosnischen ARBiH fast ein Jahr lang vor allem in Mittelbosnien. Insgesamt kamen zwischen 1992 und 1995 mehr als 100 000 Menschen ums Leben, darunter 40 000 Zivilistinnen und Zivilisten. Rund 80 Prozent der zivilen Opfer waren Bosniakinnen und Bosniaken.[11]

Bereits vor Ausbruch der Kampfhandlungen hatte sich die politische Landschaft Bosnien-Herzegowinas nach ethnischen Gesichtspunkten neu geordnet. Die bosnischen Serben sammelten sich in Karadžićs Serbischer Demokratischer Partei (SDS), die Kroaten um die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ BiH, im Weiteren: HDZ). Stärkste Partei unter den Bosniaken – damals noch vorwiegend unter der Bezeichnung bosnische Muslime bekannt[12] – wurde die Partei der Demokratischen Aktion (SDA) unter Führung von Alija Izetbegović. Zwei dieser Parteien – die SDA und die HDZ – prägen mit einer dezidiert ethnonationalistischen Agenda bis heute das politische Geschehen in Bosnien-Herzegowina. Karadžićs SDS hingegen ist in der Republika Srpska mittlerweile von dem nicht minder nationalistisch orientierten Bund der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) von Milorad Dodik als führende politische Kraft abgelöst worden.

Beim Unabhängigkeitsreferendum von Februar/März 1992 sei die Frage nach der Ausgestaltung des postsozialistischen Staatswesens in Bosnien-Herzegowina bereits beantwortet worden, ist der Vorsitzende von Krug 99, Adil Kulenović, überzeugt. Eine überwältigende Mehrheit von mehr als 99 Prozent der Teilnehmenden – die Serben hatten wie erwähnt nicht teilgenommen – habe für ein „souveränes und unabhängiges Bosnien-Herzegowina als Staat gleichberechtigter Bürger“ gestimmt. Für einen Staat also, der nach dem grundlegendenden demokratischen Prinzip „ein Mensch, eine Stimme“ eingerichtet sei. „Doch leider gab es da noch ein paar Kommata“, so Kulenović, „und auf diesen Kommata baut so manche Interpretation auf.“

Denn schon die Referendumsfrage betonte die Bedeutung ethnischer Kollektive im Land. Auf die Formulierung „Staat gleichberechtigter Bürger“ folgte ein Verweis auf die „Völker Bosniens und Herzegowinas“, die als „Muslime,

Serben, Kroaten und Angehörige anderer Völker, die in ihm leben“ aufgezählt wurden.[13] Die Frage, ob nun eigentlich die „Bürger Bosnien-Herzegowinas“ oder vielmehr die „Völker“ als ethnische Kollektive Träger des Staatswesens sein sollten, wurde in den Folgejahren nicht an den Wahlurnen beantwortet, sondern zunächst auf dem Schlachtfeld – und nach hunderttausendfachem Tod schließlich am Verhandlungstisch.

Der Krieg endete im Dezember 1995 mit dem Vertrag von Dayton, benannt nach dem US-Luftwaffenstützpunkt, an dem im Monat zuvor die Friedensverhandlungen stattgefunden hatten. Es handelte sich um eine vor allem von der US-Regierung erzwungene Einigung, die zwei Ziele verfolgte: das Ende der Kampfhandlungen und den Erhalt Bosnien-Herzegowinas als geeintes, unabhängiges Staatsgefüge. Keine einfache Aufgabe – hatten doch zwei von drei Verhandlungsparteien zumindest zeitweise die Zerschlagung eben dieses Staates als Kriegsziel verfolgt, auch wenn die kroatische und serbische Staatsführung dies nie öffentlich erklärten.

„Was die internationale Gemeinschaft hier aufgebaut hat, ist ein Staat, den so niemand haben wollte“, fasst Adi Selman von Karton Revolucija das Ergebnis im Gespräch zusammen. Selman selbst wurde 1993 geboren, mitten im Krieg. Wie seine ganze Generation muss er sich mit einem politischen System herumschlagen, das aus dem Kompromiss dreier widerwillig an einen Tisch gezwungener Kriegsparteien hervorgegangen ist.

Bereits 1994 hatten sich Bosniaken und Kroaten unter internationaler Vermittlung auf die Gründung der „Föderation Bosnien und Herzegowina“ in den von ihnen kontrollierten Gebieten geeinigt. Damit war die Grundlage für eine der beiden späteren Entitäten gelegt. Mit den Dayton-Verhandlungen sollten nun auch die bosnischen Serben unter das Dach eines von ihnen nicht gewollten gesamtbosnischen Staates gezwungen werden. Dass es dazu kam, war das Resultat veränderter Kräfteverhältnisse: Nachdem Belgrad seine Unterstützung für die bosnischen Serben weitgehend eingestellt hatte, wendete sich im Laufe des Jahres 1995 das Kriegsglück. Nach NATO-Luftschlägen im Sommer und einer gemeinsamen Offensive der wieder verbündeten kroatischen und bosniakischen Streitkräfte standen im Oktober rund 60 Prozent des Landes unter Kontrolle der Regierung in Sarajevo.

Im November 1995 begannen schließlich die Staatschefs von Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina mit Friedensverhandlungen auf dem Luftwaffenstützpunkt in Dayton, Ohio.[14] Mitte November einigten sich die Delegationen auf einen Vertrag, der am 14. Dezember in Paris unterzeichnet wurde. Dem



Die Staatschefs Slobodan Milošević (l.), Alija Izetbegović (M.) und Franjo Tuđman (r.) bei den Friedensverhandlungen in Dayton, 21. November 1995

Abkommen angefügt sind zahlreiche Anhänge. Einer davon – Annex IV – enthält die (bis heute gültige) Verfassung Bosnien-Herzegowinas. Die politische Grundordnung des modernen bosnisch-herzegowinischen Staates ist also im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr als das Anhängsel eines Friedensvertrags.

„Letztlich hat der Dayton-Vertrag diejenigen belohnt, die dieses Land in Schutt und Asche gelegt haben", stellt Adil Kulenović von Krug 99 mit hörbarer Verbitterung fest, „denn er erhebt die ethnische Spaltung zum Grundprinzip – in Form der konstitutiven Völker." Im Gegenzug für die Integration in einen Gesamtstaat wurden den bosnischen Serben 1995 rund 49 Prozent des Staatsgebiets zugesprochen, auf denen die weitgehend autonome Teilentität Republika Srpska eingerichtet wurde. In der 51 Prozent des Staatsgebiets umfassenden bosniakisch-kroatischen „Föderation Bosnien und Herzegowina" erhielten wiederum die einzelnen Kantone weitreichende Selbstverwaltungsbefugnisse, was die Position der jeweiligen ethnischen Mehrheit stärkte.

Die Verfassung sichert den drei konstitutiven – sprich staatstragenden – Völkern absolute Gleichberechtigung zu. Jedoch nicht im Sinne eines individuellen Rechts auf Schutz vor Diskriminierung. Vielmehr geht es um das kollektive Recht der Ethnien auf gleichberechtigten – dreigeteilten – Zugriff auf alle Schaltstellen politischer Machtausübung. Unabhängig von der tatsächlichen demografischen Verteilung müssen alle wichtigen Ämter und Positionen

paritätisch mit Bosniaken, Kroaten und Serben besetzt sein. So besteht die Staatsspitze Bosnien-Herzegowinas aus einem dreiköpfigen Staatspräsidium. Zwei Mitglieder werden in der bosniakisch-kroatischen Föderation gewählt, das dritte in der Republika Srpska. Damit soll gewährleistet sein, dass die Präsidiumsmitglieder gewissermaßen durch das kollektive Votum ihres konstitutiven Volkes legitimiert sind. Dass dies in der Praxis nicht immer der Fall ist, wird weiter unten noch näher erläutert.

Diese Dreiteilung setzt sich auch auf exekutiver und legislativer Ebene fort. Der neunköpfige Ministerrat, der als Regierung des Gesamtstaats fungiert, soll in seiner Zusammensetzung eine angemessene Repräsentanz der drei konstitutiven Völker gewährleisten, was in der Praxis bedeutet, das ihm jeweils drei Bosniaken, Kroaten und Serben angehören. Auf Ebene der Parlamente – sowohl im Gesamtstaat als auch in den beiden Entitäten – drückt sich das Prinzip der ethnischen Repräsentation in einem Zweikammersystem aus. Dabei steht den direkt und nach Verhältniswahlrecht gewählten Repräsentantenhäusern jeweils ein „Haus der Völker" (Gesamtstaat, Föderation) beziehungsweise „Rat der Völker" (Republika Srpska) als zweite Kammer gegenüber. In diesen haben alle drei konstitutiven Völker die gleiche Anzahl an Sitzen und bilden sogenannte ethnische „Klubs" oder „Fraktionen". In den Entitäten werden die Delegierten für das Haus der Völker von den Fraktionen im Repräsentantenhaus (Republika Srpska) beziehungsweise den Kantonalversammlungen (Föderation) entsandt. Im Gesamtstaat werden die Delegierten auf serbischer Seite durch die Mehrheit im Parlament der Republika Srpska und auf kroatischer und bosniakischer Seite durch das Haus der Völker auf Föderationsebene bestimmt.

Dies führt zu einer durchaus beabsichtigten Überrepräsentation der kleineren Volksgruppen. Die bosnischen Kroaten etwa stellen in Bosnien-Herzegowina rund 15 Prozent der Bevölkerung, haben jedoch einen Anspruch auf ein Drittel der Mitglieder des gesamtstaatlichen Ministerrats und des Staatspräsidiums. Noch krasser ist die Diskrepanz im Haus der Völker auf Ebene der Föderation Bosnien und Herzegowina. Obwohl Serben in dieser Entität nur noch gut 2,5 Prozent der Bevölkerung stellen, entsenden sie genauso viele Delegierte wie die Bosniaken, die rund 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Diese gewollte Nichtproportionalität soll sicherstellen, dass keines der konstitutiven Völker eine dominante Position im Staatsapparat erhält – unabhängig von den jeweiligen demografischen Kräfteverhältnissen.

Ihre Entstehungsgeschichte mag erklären, warum die bosnische Verfassung in erster Linie die kollektiven Rechte der konstitutiven Völker schützt. Gedacht war

sie als Provisorium, um den Krieg zu beenden. Zugleich war mit ihr die Hoffnung verbunden, dass mit der Zeit die ethnische Spaltung in den Hintergrund treten würde und damit Raum für die allmähliche Etablierung einer auf dem Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichheit basierenden Demokratie entstünde. Doch nach Ansicht von Adil Kulenović ist das Gegenteil eingetreten. „Der Dayton-Vertrag hat festgeschrieben, dass es in diesem Land drei separate Machtzentren gibt", erklärt er. „Statt eine Demokratie aufzubauen, haben wir mit Dayton eine Ethnokratie etabliert. Das Schlimmste dabei ist, dass wir eines der Grundprinzipien der Demokratie dabei mit Füßen treten: ein Mensch, eine Stimme."

Tatsächlich hat der Schutz kollektiver Rechte in Bosnien-Herzegowina zur Folge, dass individuelle politische Beteiligungsrechte im Zweifel zurücktreten müssen. So ist die Zugehörigkeit zu einer der drei konstitutiven Volksgruppen Voraussetzung, um überhaupt für das Staatspräsidium kandidieren zu können. Grundsätzlich ist dafür zwar nichts weiter erforderlich, als sich selbst als Bosniaken, Kroaten oder Serben zu deklarieren – denn trotz der überragenden Bedeutung, die die Verfassung ethnischen Kollektiven zugesteht, wird die Zugehörigkeit nirgends offiziell dokumentiert.[15] Jedoch leben in Bosnien-Herzegowina auch Menschen, die sich keinem der drei konstitutionell privilegierten ethnischen Kollektive zuordnen *wollen*. Dazu zählen etwa Juden oder Roma, aber auch Bürgerinnen und Bürger, die sich schlicht als Bosnierin oder Bosnier identifizieren, weil sie sich in erster Linie als Staatsbürger und nicht als Angehörige einer bestimmten Ethnie verstehen. Die Verfassung bezeichnet alle diese Menschen als *„Ostali"* (die Übrigen). Ihnen gemein ist, dass sie de facto von den höchsten Staatsämtern ausgeschlossen sind.

Diese Diskriminierung der *Ostali* hat bereits mehrfach den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) beschäftigt. Bereits 2006 klagten der Roma-Aktivist Dervo Sejdić und der Präsident der jüdischen Gemeinde Bosnien-Herzegowinas Jakob Finci gegen den Staat. Das Gericht verkündete im Dezember 2009 sein Urteil, nach dem die Verfassung und das Wahlgesetz des Landes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen, weil sie Angehörige der nationalen Minderheiten in Bosnien-Herzegowina diskriminieren.[16] Der EGMR trug seinerzeit den staatlichen Institutionen auf, innerhalb von sechs Monaten Abhilfe zu schaffen. Passiert ist seitdem nichts. Im August 2023 folgte ein weiteres Urteil des EGMR. Dieses Mal ging es um das aktive Wahlrecht. Geklagt hatte der Politikwissenschaftler und Politikberater Slaven Kovačević. Er beanstandete, dass er aufgrund der in der Verfassung festgeschriebenen territorialen und ethnischen Anforderungen nicht für die

Kandidaten seiner Wahl stimmen könne.[17] Auch in diesem Fall entschied der EGMR zunächst erstinstanzlich, dass das bosnisch-herzegowinische Wahlrecht gegen das Recht auf Nichtdiskriminierung verstößt. Im Juni 2025 jedoch wurde dieses Urteil in zweiter Instanz aufgehoben.[18] Der EGMR kam zu dem Schluss, dass Kovačevićs Klage nicht zulässig sei.

Die Diskriminierung der *Ostali* durch das Wahlrecht gehört zu jenen Absurditäten des politischen Systems in Bosnien-Herzegowina, die gelegentlich auch in westlichen Medien thematisiert werden, vermutlich weil sie das plakativste Beispiel für die von Kulenović beklagte „Ethnokratie" ist. Doch so skandalös diese Diskriminierung und so beklagenswert das mit ihr verbundene Demokratiedefizit auch sein mögen – der Auslöser für die immer wiederkehrenden politischen Blockaden im Land sind sie nicht. Denn auch um Bosnien-Herzegowina ganz oder teilweise lahmzulegen, muss man einem der drei konstitutiven Völker angehören.

Lücken und Blockaden

Am Abend des 7. Oktober 2018 muss Željko Komšić das merkwürdige Kunststück vollbringen, seinen eigenen Wahlsieg zu rechtfertigen. Soeben ist er zum dritten Mal als Vertreter der Kroaten in das dreiköpfige Staatspräsidium Bosnien-Herzegowina gewählt worden. Auf einer kleinen Bühne wird er von einem Dutzend Anhängern beklatscht. Auf dem Rednerpult prangt in dicken Lettern sein Wahlkampfmotto *„BiH pobjeđuje!"* (Bosnien-Herzegowina siegt!). Doch statt sich bei seinen Wählerinnen und Wählern zu bedanken, richtet er seine ersten Worte an „die Kroaten in der Westherzegowina, Mittelbosnien und überall in Bosnien-Herzegowina". „Sie sollen wissen", erklärt Komšić, „dass es unser Verfassungssystem möglich gemacht hat, dass ich mich erneut in dieser Position wiederfinde. Sie sollen auch wissen, dass sie keinen Grund zur Angst oder zur Sorge haben."[19]

Der Vorsitzende der sozialliberalen Partei Demokratische Front (DF) – Sohn eines kroatischen Vaters und einer serbischen Mutter – hat sich in diesem Wahlgang einmal mehr durchgesetzt und Dragan Čović von der nationalistischen HDZ – der mit Abstand stärksten Kraft in den vorwiegend kroatisch bewohnten Teilen des Landes – auf Platz zwei verwiesen. Dasselbe Kunststück war ihm bereits 2006 und 2014 gelungen. Doch Komšić weiß, ebenso wie seine Gegner, dass dies nicht auf einen Stimmungsumschwung innerhalb der kroatischen Wählerschaft zurückzuführen ist. Vielmehr hat seine – überwiegend



Rechtfertigt seinen Wahlsieg: Željko Komšić von der Demokratischen Front (DF) nach dem Erringen des kroatischen Sitzes im Staatspräsidium von Bosnien-Herzegowina, 7. Oktober 2018

bosniakische – Anhängerschaft eine Lücke im System der bosnisch-herzegowinischen „Ethnokratie“ genutzt.

Im Staatspräsidium gilt es als gesetzt, dass das serbische Präsidiumsmitglied von Milorad Dodiks SNSD oder einer anderen nationalistisch orientierten Partei aus der Republika Srpska gestellt wird. Die bosniakische Wählerschaft hingegen schwankt regelmäßig zwischen Vertretern der ethnonationalistischen SDA und jenen staatsbürgerschaftlich orientierter Parteien, beispielsweise den Sozialdemokraten (SDP BiH). Die HDZ hingegen stellte trotz ihrer politischen Dominanz in den kroatisch bewohnten Gebieten des Landes letztmals 2010 ein Mitglied des Staatspräsidiums. Bei allen darauffolgenden Urnengängen (so auch 2022) gewann Željko Komšić – obwohl es als sicher gilt, dass ihn die Mehrheit der kroatischen Wählerinnen und Wähler nicht gewählt hat.

In der Föderationsentität können die Wählerinnen und Wähler nämlich selbst entscheiden, ob sie ihre Stimme für das bosniakische oder das kroatische Mitglied des Staatspräsidiums abgeben. Kroatische Wählerinnen und Wähler können, wenn es ihnen beliebt, das bosniakische Mitglied des Präsidiums wählen und umgekehrt bosniakische Wählerinnen und Wähler das kroatische. Davon profitiert Komšić. Denn Nachwahlanalysen haben



Kroatische Nationalisten protestieren gegen den Wahlsieg Komšićs, den sie als Untergang der Demokratie in Bosnien-Herzegowina bezeichnen, 11. Oktober 2018.

ergeben, dass ein Großteil seiner Stimmen aus Gemeinden mit relativ geringem kroatischen Bevölkerungsanteil stammen – und sehr oft die Anzahl der für ihn abgegebenen Stimmen die Zahl der in der Gemeinde lebenden Kroaten übersteigt.[20]

Für die HDZ sind die Wahlsiege Komšićs skandalös, unterlaufen sie doch aus ihrer Sicht die austarierte Machtverteilung zwischen den konstitutiven Völkern. Konsequent verweigern HDZ-Politiker daher die Zusammenarbeit mit ihm. Schließlich sei er nicht durch das „kroatische Volk in Bosnien-Herzegowina" legitimiert.[21] Schwerer als die regelmäßige Niederlage bei den Wahlen zum Staatspräsidium wiegt für die HDZ jedoch eine weitere „Lücke", die ihre Einflussmöglichkeiten untergräbt. Diese hat mit der Entsendung der Delegierten ins Haus der Völker, der zweiten Parlamentskammer, in der Föderationsentität zu tun.

Wie bereits erläutert steht jedem der drei konstitutiven Völker in dieser zweiten Parlamentskammer die gleiche Anzahl an Delegierten zu. Hinzu kommt eine kleinere Zahl an Delegierten für die „Übrigen". Die Delegierten werden von den zehn Kantonalversammlungen entsendet, wobei jeder Kanton für jede Volksgruppe mindestens einen Delegierten entsenden muss. Dabei soll sich die ethnische Zusammensetzung der Entsendeten zumindest grob an der Bevölkerungsverteilung des Kantons orientieren. Kantone, in denen Kroaten

die Bevölkerungsmehrheit stellen, sollen also grundsätzlich mehr kroatische Delegierte entsenden als jene, in denen die Kroaten nur eine Minderheit stellen.

In den kroatisch geprägten Kantonen verfügt die HDZ in der Regel über komfortable Mehrheiten. Dies führt dazu, dass die Partei, die bei Direktwahlen zum Repräsentantenhaus in der Föderation meist auf 10 bis 15 Prozent der Stimmen kommt, nicht selten mehr als zwei Drittel der kroatischen Delegierten im Haus der Völker der Föderation stellt. Dies wiederum eröffnet ihr weitreichende Möglichkeiten, Gesetzesvorhaben auf Entitätsebene zu blockieren. Denn damit ein Gesetz in der Föderation verabschiedet werden kann, müssen beide Parlamentskammern zustimmen. Im Haus der Völker reicht dafür jedoch nicht die Zustimmung einer einfachen Mehrheit der Delegierten. Auch in jeder einzelnen Fraktion muss mindestens ein Drittel der Delegierten zustimmen. Umgekehrt heißt das: Stimmen in nur einer der ethnischen Fraktionen mehr als zwei Drittel der Delegierten dagegen, ist das Gesetzesvorhaben gescheitert.

Doch ähnlich wie bei der Wahl des Präsidiumsmitglieds auf gesamtstaatlicher Ebene taten sich bei der Wahl der Delegierten zum Haus der Völker auf Föderationsebene in der Vergangenheit Möglichkeiten auf, das Quasi-Monopol der HDZ in der kroatischen Fraktion zu unterlaufen. Da niemandem vorgeschrieben werden kann, ob er sich nun selbst als Kroate, Bosniake, Serbe oder *Ostali* definiert, ist es immer wieder vorgekommen, dass aus Kantonen mit relativ geringem kroatischen Bevölkerungsanteil Politikerinnen und Politiker anderer Parteien, etwa aus dem Umfeld der bosniakischen SDA, in die kroatische Fraktion entsandt wurden. Stellen diese „Maulwurf"-Delegierten mehr als ein Drittel der Fraktion, verliert die HDZ die Möglichkeit, Gesetzesvorhaben nach Belieben zu blockieren.

In der Kommunikation nach außen beklagt die Partei dies nicht einfach als eigenen Machtverlust, sondern als eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des kroatischen Volkes in Bosnien-Herzegowina.[22] Ihre Volksgruppe – deren wahre Interessen ihrer Lesart zufolge ausschließlich von der HDZ vertreten werden – werde durch Tricks der bosniakischen Seite „majorisiert", soll heißen: von einer bosniakischen Mehrheit überstimmt.

Dieser Konflikt um die vermeintliche oder tatsächliche Verletzung der kollektiven Rechte der Kroaten in Bosnien-Herzegowina, der auch durch die Regierung des Nachbarlandes Kroatien weiter angeheizt wurde, spitzte sich im Jahr 2018 so weit zu, dass die HDZ ihre Zustimmung zur Bildung einer Entitätsregierung in der Föderation verweigerte. Ein Ende der Blockade machte sie von einer Reform des Wahlrechts abhängig, die der „Majorisierung" der Kroaten ein Ende bereiten sollte. Langwierige Verhandlungen zwischen HDZ und

SDA folgten, ohne dass ein Kompromiss gefunden werden konnte. Im Ergebnis blieb die eigentlich gerade abgewählte Regierung der Föderation weitere vier Jahre provisorisch im Amt.

Die Kompromisslosigkeit von HDZ und SDA ist symptomatisch für ein politisches System, das zumindest indirekt Parteien privilegiert, die ethnische Klientelpolitik betreiben. Denn die politische Blockade eines ganzen Landesteils blieb für beide Parteien zunächst folgenlos, konnten sie doch auf ihre Machtbastionen in den Kantonen zählen, in denen sich die Auswirkungen in Grenzen hielten. Wo Parteien für sich in Anspruch nehmen, als einzige die „vitalen Interessen" ihrer ethnischen Gemeinschaft gegen die Begehrlichkeiten eines anderen Kollektivs zu verteidigen, wird jeder Kompromiss schnell als Verrat gedeutet.

Dass es zu derartigen Blockadesituationen kommen könnte, war bereits den Autorinnen und Autoren des Dayton-Vertrags von 1995 bewusst. Um sicherzustellen, dass solche Konflikte nicht zu erneutem Blutvergießen und einem Zusammenbruch des Staates führen, wurde durch Annex X des Vertrags ein Amt geschaffen, dessen Vollmachten zumindest in der westlichen Welt ihresgleichen suchen: das des Hohen Repräsentanten der Internationalen Gemeinschaft für Bosnien-Herzegowina.

Der „König von Bosnien"

Im Vergleich zu seinem Amtstitel wirkt der Sitz des Hohen Repräsentanten in Sarajevo auf beinahe unpassende Weise nüchtern. Auf halber Strecke zwischen den Stadtteilen Skenderija und Grbavica gelegen, ragt unweit des Ufers des Flusses Miljacka hinter weiß gestrichenen Mauern ein eher unscheinbares Bürogebäude in die Höhe. Wachleute kontrollieren die Eingänge. Alles in allem wirkt der Sitz des mächtigsten Mannes in Bosnien-Herzegowina wie ein überdimensionierter Wachturm, der versehentlich im Tal statt auf einem der Berge um Sarajevo errichtet wurde.

Seit Sommer 2022 finden vor dem Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) regelmäßig Demonstrationen statt. Inzwischen sind es selten mehr als 100 bis 200 Menschen, die gegen dessen Entscheidungen protestieren. Zu Hochzeiten belagerten jedoch mehrere Tausend Demonstrantinnen und Demonstranten den „weißen Wachturm", weil sie durch die Eingriffe des OHR die Demokratie in Bosnien-Herzegowina bedroht sahen. „Wir wollen normal leben", stand auf Transparenten geschrieben. Auf einem Banner war schlicht das Wort „*Građanska*" (bürgerlich) in dicken roten Lettern zu lesen. Aufgerufen hatten zunächst die

staatsbürgerlich orientierteren Parteien der Sozialdemokraten und der Demokratischen Front von Željko Komšić sowie – nach einigem Zögern – auch die bosniakisch-nationalistische SDA. Eine merkwürdige Koalition, die wenig mehr einte als die Ablehnung jener Maßnahmen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht mehr waren als Planspiele im „Wachturm" des OHR.



Protest vor dem Büro des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, 26. Juli 2022

Bereits im Frühjahr 2022 hatten bosnische Medien berichtet, der Hohe Repräsentant – seit 2021 übt der CSU-Politiker und ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt dieses Amt aus – plane, das Wahlrecht und die Verfassung der Föderationsentität per Dekret abzuändern. Erklärtes Ziel sei ein Ende der Blockade durch die HDZ. Um dies zu erreichen, werde der Hohe Repräsentant die Regeln zur Entsendung von Delegierten ins Haus der Völker anpassen – zugunsten der HDZ. Am Abend des 2. Oktober 2022 war es schließlich soweit. An diesem Tag fanden die Parlamentswahlen auf gesamtstaatlicher und auf Entitätsebene statt sowie die Wahl der Mitglieder des Staatspräsidiums. Kurz nachdem die Wahllokale geschlossen hatten, ließ das OHR verkünden, dass die Zahl der Delegierten im Haus der Völker der Föderation erhöht wird. Die ethnischen Fraktionen der konstitutiven Völker sollten künftig aus 23 Mitgliedern bestehen, die Fraktion der „Übrigen" aus elf. Ein klares Zugeständnis an die kroatische HDZ. Denn durch die Erhöhung der Gesamtzahl der Delegierten verschiebt sich das Gewicht innerhalb der kroatischen Fraktion zugunsten jener Kantone, in denen die HDZ die stärkste politische Kraft ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Blockademehrheit von zwei Dritteln künftig durch „Majorisierung" unterlaufen werden kann, sank damit beträchtlich.[23]

„Nichts anderes als Appeasement", sei diese Reform gewesen, ist Adil Kulenović von Krug 99 überzeugt. Ein weiteres Zugeständnis an die Ethnokratie. Auch seine Intellektuellen-Vereinigung hat mehrfach Proteste vor dem OHR organisiert. Denn das „Appeasement" gegenüber den Nationalisten hat aus seiner Sicht einen Namen: Christian Schmidt.

Mitte Februar 2025 sitzt der Mann, der in den Augen Kulenovićs und zahlreicher anderer Kritikerinnen und Kritiker einen Deal mit den Nationalisten abgeschlossen hat, am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz in einem Café am Odeonsplatz. Christian Schmidt fällt in der Masse der Menschen nicht weiter auf. Ein gedrungener Mann mit lichten Haaren, leicht verlegenem Lächeln und großer Brille. Zwei Teenagern, Bruder und Schwester, fällt er dann doch ins Auge. „Könnten wir ein Selfie machen?", fragt das Mädchen. Schmidt stimmt zu. „Woher kommen Sie?", fragt der 67-Jährige und wirkt dabei ein wenig wie ein Oberstufenlehrer, der sich noch nicht ganz daran gewöhnt hat, seine Schüler zu siezen. „Aus Sarajevo", antwortet das Mädchen.

An diesem Sonntagnachmittag im Februar 2024 ist der Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina ausnahmsweise nicht vorrangig mit der innenpolitischen Situation des Westbalkanstaates beschäftigt. Wie alle Teilnehmer der Sicherheitskonferenz versucht er sich einen Reim auf den Auftritt von US-Vizepräsident JD Vance zu machen, der nach einhelliger Meinung zwei Tage zuvor die Jahrzehnte währende transatlantische Partnerschaft zwischen Europa und den USA aufgekündigt hat. Welche Auswirkungen das für Bosnien haben wird, kann Schmidt noch nicht sagen.

Über die Auswirkungen seiner eigenen Entscheidungen ist sich Christian Schmidt durchaus bewusst: „Wenn der Vorwurf an mich lautet, dass ich das bestehende System nur stabilisiert habe, dann nehme ich das an." Aus seiner Sicht handelt es sich um gar keinen Vorwurf. Denn um das System von Dayton zu stabilisieren, die Einhaltung des Abkommens zu überwachen, wurde seine Position überhaupt erst geschaffen. Der Hohe Repräsentant ist so etwas wie der örtliche „Oberaufseher", eingesetzt vom Friedensimplementierungsrat – dem 55 Länder und internationale Organisationen angehören – und ausgestattet mit weitreichenden Vollmachten, den sogenannten Bonner Befugnissen („Bonn-Powers"). Der Hohe Repräsentant kann Gesetze und Verordnungen erlassen, die Verfassungen der Entitäten ändern, Amtsträger, einschließlich der Staatspräsidenten, entlassen und gewählte Abgeordnete abberufen – solange es der Aufrechterhaltung des Dayton-Abkommens dient.[24]

Bevor Schmidt im Mai 2021 das Amt übernahm, hatten es bereits acht andere ausländische Politiker inne. Die Regierungsbildung in der Föderation wurde zum Zeitpunkt seines Amtsantritts schon seit fast drei Jahren von der HDZ blockiert. Mit seinen Wahlrechtsänderungen vom Oktober 2022 habe er einen „erfolgreichen Versuch die Funktionalität in der Föderation wiederherzustellen" unternommen, erklärt er im Gespräch. Tatsächlich konnte nach den

Wahlen 2022 eine neue Regierung in der Föderation gebildet werden – unter Ausschluss der SDA und mit Beteiligung der HDZ. Für viele Kritikerinnen und Kritiker nur ein weiterer Hinweis, dass Schmidt, der bereits vor seinem Amtsantritt gute Kontakte zur Mutterpartei der HDZ in Kroatien unterhielt, einseitig für die kroatischen Nationalisten Partei ergreife.[25] Schmidt reagiert mittlerweile auf solche Vorwürfe gelassen. „Jede Entscheidung, die ich treffe, wird als Nachweis gewertet, dass ich gegen den oder jenen arbeiten würde."

Im Sommer 2022 hatte Schmidt diese Gelassenheit noch nicht. Seine ungehaltene und in radebrechendem Englisch vorgetragene Antwort auf die Frage einer Reporterin, ob er sich mit den – seinerzeit nur angedachten – Änderungen des Wahlrechts nicht auf die Seite der HDZ schlagen würde, erfuhr nicht zuletzt durch den Satiriker Jan Böhmermann weite Verbreitung, der die Wutrede Schmidts in seiner Sendung „ZDF-Magazin Royale" genüsslich aufgriff.[26] Für seine Kritiker innerhalb und außerhalb Bosniens war der unfreiwillig komisch anmutende Auftritt ein weiterer Beleg für die Ungeeignetheit Schmidts für das Amt, dem jetzt nicht nur einseitige Parteinahme, sondern auch mangelnde Selbstbeherrschung und fehlendes diplomatisches Geschick unterstellt wurde.



Seit 2021 im Amt: der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt

Wenn er auf das Amt des Hohen Repräsentanten angesprochen werde, fühle er sich manchmal wie „Buridans Esel“, sagt Adil Kulenović von Krug 99. Jenes arme Tier aus der Fabel, das zwischen zwei gleich großen Heuhaufen steht und letztlich verhungert, weil es sich nicht für einen entscheiden kann. „Einerseits glauben wir, dass das Amt des Hohen Repräsentanten weiterhin notwendig ist für den Erhalt Bosnien-Herzegowinas. Denn in Krisensituationen, die die Existenz des Staates bedrohen – bei der Sezession eines Landesteils etwa –, haben wir keine Institutionen, die darauf adäquat reagieren können.“ Andererseits zeige sich gerade unter Schmidts Ägide, dass das Amt eingerichtet worden sei, um den „ethnokratischen Status quo“ aufrechtzuerhalten. „Letztlich ist das ein kolonialistisches Prinzip“, meint Kulenović, „die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit.“

Der Vorwurf, dass die internationale Gemeinschaft Bosnien-Herzegowina in ein Protektorat[27] verwandelt hat, dem eine Art Kolonialbeamter vorsteht, ist nicht neu. Der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, und seine Anhänger führen ihn schon seit Jahren im Munde. Tatsächlich beschwört das Amt eines vom Ausland eingesetzten Kontrolleurs mit fast unbeschränkter Machtfülle den Vergleich geradezu herauf: Selbst die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt in diesem Kontext, dass „mitten in Europa“ Kolonialismus betrieben werde.[28]

Wer mit dem „Kolonialismus“ des Hohen Repräsentanten hadert oder nicht, scheint indes vor allem davon abzuhängen, wem seine Entscheidungen nutzen und wem nicht. Ein Beispiel: Im Frühjahr 2023 verhinderte Schmidt per Dekret eine erneute Blockade der Regierungsbildung in der Föderation durch einen von der SDA gestellten Vizepräsidenten. Die HDZ, die zuvor selbst vier Jahre lang die Regierungsbildung in der Entität blockiert hatte, lobte die Entscheidung, während die Vertreter der SDA einen Angriff auf die Verfassung beklagten. Dieselbe SDA allerdings hatte zwölf Jahre zuvor noch Schmidts Amtsvorgänger Valentin Inzko bejubelt, als er eine ähnliche Blockade durch die HDZ per Dekret auflöste und dafür sogar Entscheidungen der offiziellen Wahlkommission aufhob,[29] während die HDZ seinerzeit von einem Angriff auf die Souveränität des kroatischen Volkes in Bosnien-Herzegowina sprach.[30]

Er habe durchaus Verständnis für „zivilgesellschaftliche Bedenken“, sagt Schmidt im Februar 2025. „Aber da müssten wir eine Grundsatzdiskussion über Bosnien-Herzegowina als Staat führen.“ Der Grundgedanke von Dayton sei es nun mal gewesen, eine Balance zwischen den verschiedenen Ethnien herzustellen. „Dass das langfristig ein Problem sein kann, sehe ich natürlich auch.“ Nur lösen könne er das in seiner Position nicht. Denn selbst die Macht des „Königs

von Bosnien“, wie die FAZ Schmidt betitelte,[31] hat eine Grenze – und die heißt Dayton. Der Überwacher des Vertrags darf den Vertrag selbst nicht antasten und damit auch nicht das in der Verfassung verankerte System ethnischer Parität.

Das politische System Bosnien-Herzegowinas in eine staatsbürgerschaftlich orientierte Demokratie zu überführen, sei daher eigentlich die Aufgabe der einheimischen Politikerinnen und Politiker, ist Schmidt überzeugt. Diese könnten sich beispielsweise darauf verständigen, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Dass dies auf absehbare Zeit nicht geschehen wird, ist indes nicht nur Schmidt klar. Denn die größten politischen Profiteure der „Ethnokratie“ in Bosnien, die nationalistischen Klientelparteien, zeigen wenig Interesse an einer grundsätzlichen Reform, die sie zwangsläufig ihre privilegierte Stellung kosten würde.

„Überhaupt hätte ich meine Zweifel, ob wir in diesem Augenblick das Experiment ‚ein Mensch, eine Stimme‘ angehen sollten, in einer Situation, in der über die Auflösung des Landes gesprochen wird“, sagt Schmidt. Was er damit meint, wird im Frühjahr 2025 nirgends deutlicher als in der Republika Srpska.

Die nächste Sezessionskrise

Eines der Wörter, die Adi Selman in den Videos der „Karton-Revolution“ am häufigsten in den Mund nimmt, lautet *obmana*. Es kann Schwindel, Täuschung oder Betrug bedeuten. Etwas, das vom Wesentlichen ablenkt und verhindert, dass man die Wahrheit erkennt. Davon gebe es in Bosnien mehr als genug, sagt er. „Denn wann immer sich in diesem Land Widerstand formiert, werden ethnische Spannungen angeheizt.“

Der Morgen des 26. Februar 2025 hält für die Einwohnerinnen und Einwohner von Sarajevo eine ziemlich unangenehme „Ablenkung“ parat. Aus den Leitungen kommt nur kaltes Wasser, Heizungen funktionieren nicht, Gasherde springen nicht an. Die Hauptgaspipeline ist unterbrochen. Ein Leck unweit von Zvornik rund 140 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt sei die Ursache, teilt der Betreiber Sarajevo-Gas mit. Eine Reparatur vor dem nächsten Werktag sei leider ausgeschlossen. Schließlich befände sich ein Großteil der Belegschaft in Banja Luka, der Hauptstadt der Republika Srpska, bei einer Kundgebung zur Unterstützung von Präsident Dodik.

Sarajevo-Gas hat seinen Sitz in Ost-Sarajevo, einer eigenständigen Gemeinde wenige Kilometer östlich der bosnischen Hauptstadt auf dem Gebiet der Republika Srpska. Die Firma betreibt die einzige Erdgaspipeline des Landes.

Ob es tatsächlich ein Leck gab, bleibt unklar. Dass die Weigerung, die Störung zeitnah zu beseitigen, als Provokation zu verstehen ist, steht für die bosnische Presse indes fest.[32]

Denn für den Nachmittag desselben Tages wird eigentlich eine ganz andere Nachricht erwartet. Das höchste Gericht Bosnien-Herzegowinas soll sein Urteil im Strafprozess gegen Milorad Dodik bekannt geben. Dem Präsidenten der Republika Srpska wird vorgeworfen, Beschlüsse des Hohen Repräsentanten nicht umgesetzt zu haben. Der Angeklagte und seine Anwälte bleiben der Urteilsverkündung demonstrativ fern. Tags zuvor hatte Dodik sich vor mehreren Tausend Anhängerinnen und Anhängern in Banja Luka in einer Schimpftirade über die „muslimischen Richter und Ankläger" in Sarajevo und „den Deutschen Schmidt" ergangen: „1941 kamen sie mit Panzern und jetzt schicken sie irgendeinen Schmidt, der sagt: Wenn du nicht machst, was ich sage, landest du im Gefängnis!" Zum Abschluss stimmt der Politiker den Schlager-Klassiker *Ne*



Milorad Dodik hält am 25. Februar 2025 vor seinen Anhängern eine Rede, in der er massiv gegen die Justiz im Land sowie gegen den Hohen Repräsentanten Schmidt austeilt.

možemo nam niko ništa an.[33] Der Refrain lautet: „Niemand kann uns etwas! Wir sind stärker als das Schicksal."

Der Strafprozess in Sarajevo ist der Höhepunkt einer sich seit Jahren zuspitzenden Konfrontation zwischen Dodik, den Institutionen des Gesamtstaates und der Internationalen Gemeinschaft. Immer wieder hatten er und der von ihm geführte SNSD in der Vergangenheit nicht nur mit Sezession gedroht, sondern auch handfeste Schritte zur Abkopplung der Republika Srpska von Bosnien-Herzegowina unternommen. Dazu gehörten symbolische Provokationen wie die alljährlich wiederkehrende Feier zum Tag der Republika Srpska am 9. Januar. Diese war vom bosnischen Verfassungsgericht mehrfach untersagt und trotzdem durchgeführt worden.[34] Dazu zählten aber auch sehr konkrete Maßnahmen wie der Rückzug der Republika Srpska aus gesamtstaatlichen Institutionen – etwa der gemeinsamen Steuererhebung.[35] Dabei beruft sich Dodik nicht selten auf den Dayton-Vertrag beziehungsweise „das ursprüngliche Dayton", wie er es nennt. In seiner Interpretation holt sich die Republika Srpska lediglich Kompetenzen zurück, die ihr vom Gesamtstaat unrechtmäßig genommen worden seien. Dass derselbe Dayton-Vertrag keine Sezession eines Landesteils vorsieht, ignoriert er geflissentlich.

Dass es nun vor dem höchsten Gericht zum „Showdown" zwischen Milorad Dodik und Christian Schmidt kommt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Ohne das Eingreifen eines Amtsvorgängers Schmidts wäre der heute 66-jährige Dodik wohl nie zum „starken Mann" der serbisch geprägten Teilentität aufgestiegen. Im März 1999 hatte der damalige Präsident der Republika Srpska Nikola Poplašen versucht, Dodik – zu diesem Zeitpunkt gerade mal ein Jahr im Amt – als Ministerpräsidenten ablösen zu lassen.[36] Doch es kam anders. Der seinerzeit amtierende Hohe Repräsentant Carl Westendorp nutzte seine Bonner Befugnisse und setzte stattdessen Poplašen ab. Dodik, der damals noch als gemäßigter Politiker galt, erklärte, dass das Eingreifen Westendorps durch den Dayton-Vertrag legitimiert sei.[37] Etwas mehr als ein Vierteljahrhundert später bestreitet derselbe Dodik, dass der Hohe Repräsentant das Recht habe, sich in die Politik „seiner" Entität einzumischen.

Dass dieser Streit nun vor Gericht ausgetragen wird, ist die Folge eines weiteren Eingriffs des Hohen Repräsentanten. Anfang Juli 2023 ergänzte Christian Schmidt das bosnische Strafgesetzbuch um den Artikel 203a. Darin wird die Nichtumsetzung von Entscheidungen des Hohen Repräsentanten zur Straftat erklärt. Fünf Tage später unterzeichnete Dodik ein bereits im Vormonat vom Parlament der Republika Srpska verabschiedetes Gesetz, in dem festgelegt

wurde, dass Entscheidungen des Hohen Repräsentanten nicht mehr im Amtsblatt der Entität veröffentlicht werden – und damit dort nicht gültig seien. Genau dieses Gesetz allerdings hatte Schmidt bereits nach der Parlamentsabstimmung für nichtig erklärt. Mit seiner Unterschrift machte Dodik sich strafbar.

Schmidt hätte es seinem Amtsvorgänger gleichtun und Dodik absetzen können. Stattdessen hat er dafür gesorgt, dass die gesamtstaatliche Justiz auf direkten Konfrontationskurs mit dem Präsidenten der Republika Srpska gehen muss. Die Hoffnung mag gewesen sein, dass ein Gerichtsurteil in der Bevölkerung mehr Legitimität genießt als ein erneutes Eingreifen des vom Ausland eingesetzten „Oberaufsehers". Am Ende lautete das Urteil: ein Jahr Freiheitsstrafe. Zudem darf Dodik sechs Jahre keine öffentlichen Ämter ausüben. Noch am selben Tag kündigte Dodik vor mehreren Tausend Anhängern an, nicht juristisch, sondern politisch gegen das Urteil vorgehen zu wollen. „Hierauf haben wir gewartet", verkündet er auf offener Bühne, „ab heute gibt es kein Bosnien-Herzegowina mehr."[38] Am darauffolgenden Tag verabschiedete das Parlament der Republika Srpska Gesetze, mit denen dem obersten Gericht Bosnien-Herzegowinas, der Staatsanwaltschaft und der gesamtstaatlichen Ermittlungsbehörde SIPA jedwede Tätigkeit in der Entität verboten wird. Bosnien-Herzegowina steckt also mitten in einer Sezessionskrise – wieder einmal.

Ethnokratie oder EU

Adil Kulenović von Krug 99 macht wenige Tage vor dem Richterspruch keinen Hehl daraus, dass er sich eine Verurteilung Dodiks wünscht. Es sei wichtig, die Ethnonationalisten in die Schranken zu weisen. Das Urteil gegen Dodik könnte ein erster Schritt sein, egal wie hoch die Risiken für die Stabilität des Landes sein mögen. „Wir können nicht weiter als Staat in Geiselhaft funktionieren", ist der Vorsitzende der Intellektuellen-Vereinigung überzeugt. „Als Ethnokratie können wir nie vollwertiges EU-Mitglied werden."

Unabhängig vom Ausgang der neuerlichen Krise stehen die Aussichten Bosnien-Herzegowinas auf eine Vollmitgliedschaft in der EU mehr denn je in den Sternen. Seit dem 15. Dezember 2022 ist das Land offiziell Beitrittskandidat – und wird es nach Einschätzung von Christian Schmidt auch noch eine Weile bleiben: „Wenn wir den reinen klassischen Weg der EU-Mitgliedschaft gehen, also unter Erfüllung aller Anforderungen und Auflagen, wird das nach

menschlichem Ermessen noch ein relativ langer Weg sein." Realistischer sei eine schrittweise Beteiligung an europäischen Strukturen, etwa die Integration in den Binnenmarkt, am besten allerdings ohne volle Freizügigkeit für Arbeitskräfte. Denn das würde seiner Meinung nach nur den bereits bestehenden Braindrain in Richtung Westeuropa verstärken. „Mit solchen Zwischenschritten wäre es möglich, das Glas in relativ kurzer Zeit zumindest halb voll zu bekommen", ist Schmidt überzeugt. Wichtig seien weitere Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung und im Rechtsstaatsbereich. Und mittelfristig die Abschaffung seines Amtes: „Ich kann nicht die Mitgliedschaft in der EU anstreben und gleichzeitig da einen Chefkorrektor ohne parlamentarische Anbindung haben", so Schmidt.

Im Grunde genommen steckt Bosnien-Herzegowina einmal mehr in seiner Geschichte in einem mehrfachen Dilemma. Das politische System reproduziert seit gut 30 Jahren eben jene ethnische Spaltung, die seinerzeit dessen Einrichtung notwendig gemacht hat. Die Wandlung von einer Ethnokratie zu einer staatsbürgerlichen Demokratie ist darin nicht vorgesehen. Die Hoffnung, dass durch die allmähliche Integration in europäische Strukturen ein stufenweiser Wandel zu einer Demokratie nach westeuropäischem Vorbild stattfinden könnte, hat sich bislang nicht erfüllt. Stattdessen steht das Land wieder einmal am Rande der Unregierbarkeit.

„Vielleicht", sagt Adi Selman, „ist die beste Lösung für diesen Staat, damit aufzuhören, Lösungen vorzuschlagen." Das prominente Gesicht von Karton Revolucija meint das keineswegs ironisch. Sicher würde auch er ein anderes politisches System bevorzugen, eines, das die Bürgerinnen und Bürger nicht nach Ethnien unterteilt. „Aber wenn ich jetzt schreie: Ich will ein bürgerliches Bosnien, lasst uns die Entitäten abschaffen! Ist doch klar, dass das gleich wieder zu Spannungen führt. Genau wie wenn jemand umgekehrt mit Sezession droht."

Die „Karton-Revolutionäre" wollen sich mit dem Status quo nicht zufriedengeben. Aber sie akzeptieren, dass sie einstweilen darin operieren müssen, weil sie von Politikerinnen und Politikern sowie Parteien nicht allzu viel erwarten. „Was die Menschen brauchen, ist, dass die Institutionen ihre Arbeit machen. Dass das Rechtssystem funktioniert. Wenn das alles einmal funktioniert, bekommen wir es hier schon allein hin, den Staat einzurichten, wie er sein sollte", sagt Adi Selman.

6.2 Srebrenica – erkämpftes Erinnern

Es waren nur zwei Beinknochen, die Kada Hotić beisetzen konnte. Mehr ist ihr von ihrem Sohn Samer nicht geblieben. „Er bestand doch aus mehr als nur diesen beiden Knochen. Wo ist sein Kopf? Wo sein Rücken? Die Rippen?“ Es sind rhetorische Fragen. Die 80-Jährige weiß, dass niemand sie beantworten kann. „Ich habe meinen Frieden damit gemacht, immerhin ein Grab zu haben“, sagt sie. Nach wie vor sei vielen Müttern in Bosnien-Herzegowina nicht einmal das vergönnt.



Kada Hotić auf dem Friedhof des Srebrenica Memorial Centers in Potočari, wo auch ihr Sohn Samer begraben liegt

Ein schlanker weißer Grabstein, *nišan* genannt, ziert das Grab ihres Sohnes Samer Hotić. Auf der Rückseite ist ein Koranvers eingraviert, auf der Vorderseite Name, Geburts- und Sterbedatum. Bis auf die persönlichen Angaben des Toten unterscheidet er sich in nichts von den anderen mehr als 6 500 Grabsteinen um ihn herum. Sie bedecken einen Hang am Rande der ostbosnischen Ortschaft Potočari. Weiße Stecknadeln im satten Grün.

Bosnien-Herzegowina mangelt es nicht an Friedhöfen. In den 1990er-Jahren tobte hier der blutigste der jugoslawischen Sezessionskriege, dem rund 100 000 Menschen zum Opfer fielen. Damals wurden zahlreiche neue Gräberfelder angelegt – an den Rändern von Dörfern, aber auch in ehemaligen Parks in Städten wie Sarajevo oder Mostar. Potočari aber ist anders. Nicht nur wegen seiner Größe, nicht nur weil die Witterung den marmornen Grabsteinen noch nicht zugesetzt hat, sondern weil jeder einzelne *nišan* dasselbe Todesjahr ausweist: 1995.

Potočari ist ein Dorf mit etwas mehr 4 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, umgeben von einer hügeligen Landschaft mit dichten Wäldern, die von Landstraßen durchschnitten werden. Ein Ort, den selbst in Bosnien-Herzegowina kaum jemand kennen würde, wäre er nicht untrennbar mit einem nationalen Trauma verbunden: der systematischen Ermordung von mehr als 8 000 überwiegend männlichen Bosniaken durch die Armee der bosnischen Serben im Sommer 1995. Das schlimmste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch obwohl Potočari der Ausgangspunkt für das Verbrechen war, steht heute ein anderer Name synonym für den Genozid an den Bosniaken: Srebrenica.

Die Lebenden und die Toten

Srebrenica liegt etwa sieben Kilometer südlich von Potočari. Im Juli 1995 ist die ostbosnische Stadt eine Enklave umgeben von Feindesland. Schätzungen zufolge drängen sich mehr als 37 000 Menschen in Srebrenica, das vor Kriegsausbruch gerade einmal 5 700 Einwohnerinnen und Einwohner zählte.[39] Es sind fast ausschließlich Bosniakinnen und Bosniaken, die sich aus den umliegenden Städten und Dörfern, die in den Jahren zuvor von der bosnisch-serbischen Armee erobert worden waren, in das von bosniakischen Truppen gehaltene Stadtgebiet geflüchtet haben. Drei Jahre lang war die Stadt belagert, bombardiert und ausgehungert worden, obwohl die UN sie im April 1993 zur Schutzzone erklärt hatte. Ein niederländisches Bataillon mit rund 350 Soldaten soll sicherstellen, dass die bosnisch-serbische Armee nicht einrückt.

Doch ab dem 6. Juli 1995 geschieht genau das. Mit der „Operation Krivaja“ will die Militärführung der bosnischen-serbischen Streitkräfte unter General Ratko Mladić eines der letzten Gebiete in Ostbosnien, das noch von Bosniaken bewohnt wird, unter ihre Kontrolle bringen. Mladić, ein kräftiger Mann mit militärischem Kurzhaarschnitt, Jahrgang 1942, befindet sich auf dem Höhepunkt seiner Machtfülle. Seine Truppen sind im Sommer 1995 in weiten Teilen Bosnien-Herzegowinas nicht weniger als die Gebieter über Leben und Tod. Mladić hat eine jahrzehntelange Karriere in der Jugoslawischen Volksarmee hinter sich. Einstmals darauf vereidigt, die „Brüderlichkeit und Einheit“ zwischen den Völkern Jugoslawiens zu verteidigen, schließt er sich nach Ausbruch des Krieges zunächst den serbischen Separatisten in Kroatien und später der Armee der Serbischen Republik Bosnien-Herzegowina an (Vojska Srpske Republike Bosna i Hercegovina, VRS) an, deren Oberbefehlshaber er schließlich wird. Wo seine Armee die Kontrolle gewinnt, liegt es in seiner Hand, die Ziele der politischen Führung der bosnischen Serben unter Radovan Karadžić durchzusetzen. Dazu zählt: ein „ethnisch bereinigtes“ Gebiet zu schaffen, in dem keine Nicht-Serben mehr zurückbleiben. In Kroatien wie in Bosnien-Herzegowina bedeutet das: Vertreibung und im Zweifelsfall „Liquidierung“ der nicht serbischen Bevölkerung.

Anfang Juli 1995 rücken Mladićs Truppen auf Srebrenica vor. Die schlecht ausgerüsteten Verteidiger haben ihnen kaum etwas entgegenzusetzen. Sie hoffen auf ein Eingreifen der UN-Schutztruppen. Doch das niederländische Bataillon verharrt weitgehend untätig an seinem Stützpunkt, einer ehemaligen Batteriefabrik im Vorort Potočari. Als sich der Fall Srebrenicas abzeichnet, flüchten bis zu 25 000 Menschen nach Potočari in der Hoffnung auf Schutz durch die UN-Truppen. Etwa 4 000 werden auf das Gelände der Batteriefabrik vorgelassen. Der Rest harrt in sengender Sonne und Angst vor den serbischen Truppen vor den Toren aus. Wohl mehr als 10 000 bosniakische Männer und Jungen haben derweil – ahnend, welches Schicksal sie nach der Eroberung der Stadt erwarten würde – beschlossen, einen Fußmarsch durch serbisch besetztes Gebiet bis nach Tuzla zu wagen. Nicht mehr als 3 000 werden diesen Todesmarsch überleben.[40]

Zu den Tausenden, die an jenem Tag in Potočari Schutz suchen, gehört auch Kada Hotić. Als sie bei der ehemaligen Batteriefabrik ankommt, ist das Bataillonslager der UN-Truppen bereits überfüllt. Sie und ihr Mann müssen vor den Toren ausharren. Irgendwo in dem Gedränge verabschiedet sie sich von ihrem 28-jährigen Sohn Samer und ihrem Bruder Mustafa. Beide wollen sich dem Marsch durch die Wälder anschließen. Es ist das letzte Mal, dass Hotić



Niederländische Blauhelm-Soldaten sitzen auf einem Mannschaftswagen in Potočari, während geflüchtete Bosniakinnen und Bosniaken versuchen, auf das Gelände der ehemaligen Batteriefabrik zu gelangen, 13. Juli 1995.

beide lebend zu Gesicht bekommt. Mit Tausenden anderen lagert sie unter freiem Himmel, als Mladićs Truppen eintreffen.

Nicht ganz 30 Jahre später, im Februar 2025, sitzt Kada Hotić im Büro der Organisation „Mütter von Srebrenica und der Enklave Žepa“ in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo und rekapituliert ihre Geschichte: „Diese zwei Nächte in Potočari, ich dachte wirklich, das ist das Ende der Welt.“ Sie schildert ihre Erinnerungen in einem kleinen Konferenzraum. An den Wänden hängen dicht an dicht Auszeichnungen und eingerahmte Zeitungsausschnitte. Zeugnisse eines inzwischen Jahrzehnte währenden Kampfes um Erinnerung und Anerkennung. Hotić gehört zu den bekanntesten Gesichtern der „Mütter von Srebrenica“. Bekannt ist sie auch als „Schneiderin von Srebrenica“, weil sie während der Belagerung der Stadt mit einer fußbetriebenen Nähmaschine Kleidung aus Fallschirmen herstellte, an denen zuvor Hilfsgüter über der Stadt abgeworfen worden waren. Zum Termin erscheint sie in einem eleganten, grau-schwarz gemusterten Kostüm. Eine drahtige Frau mit rot gefärbten Haaren, bei der man genau hinsehen muss, um zu erahnen, dass bald ihr neuntes Lebensjahrzehnt anbricht.

Hotićs Erinnerungen decken sich mit den Schilderungen weiterer Überlebender. Kaum haben die bosnisch-serbischen Truppen Potočari erreicht, beginnen unter den Augen der niederländischen Blauhelm-Soldaten die Übergriffe. Auf dem Feld vor der UN-Basis werden Männer erschossen, Mädchen und Frauen vergewaltigt. Die niederländischen Blauhelme, deren Hoffnung auf Luftunterstützung durch die NATO nicht erfüllt wurde, sehen tatenlos zu. Teils weil sie – nicht zu Unrecht – davon ausgehen, gegen die zahlenmäßig deutlich überlegenen Truppen der VRS nicht viel ausrichten zu können, teils weil ihr Mandat ihnen den Gewalteinsatz nur zur Selbstverteidigung erlaubt – und teils wohl aus Angst um das eigene Leben.[41]

Als die serbischen Truppen in Potočari eintreffen, ist Selma Jahić erstaunt, Menschen vor sich zu sehen. Sie ist damals sieben Jahre alt und gewissermaßen im Krieg groß geworden. „Wir hatten uns die serbischen Soldaten immer wie Ungeheuer vorgestellt", erinnert sie sich. Drei Jahre ihres jungen Lebens hat sie zusammen mit ihrer Mutter, ihrem Bruder und den Großeltern in der Enklave von Srebrenica verbracht. Der Vater, der vor dem Krieg in Belgrad gearbeitet hatte, lebt zu diesem Zeitpunkt schon in Österreich. Als der Krieg ausbrach und Srebrenica von der Außenwelt abgeschnitten wurde, wurde auch die Familie voneinander getrennt. Weder konnte der Vater zu ihnen noch sie zu ihm. Ein Zufall, der dafür gesorgt hat, dass Selma Jahić heute noch einen Vater hat. Sie selbst lebt inzwischen ebenfalls seit fast drei Jahrzehnten in Österreich. Seit einigen Jahren spricht sie öffentlich über ihre Erfahrungen.



Die sechsjährige Selma Jahić zusammen mit ihrer Mutter in ihrem ostbosnischen Heimatdorf Blječeva, 1994

Es ist eine Kindheit im Bomben- und Kugelhagel. Anderswo auf der Welt lernen Kinder in ihrem Alter Fahrradfahren und Schwimmen. Selma Jahić muss lernen, in Deckung zu gehen und die Entfernung von Granateinschlägen abzuschätzen. Der Feind bleibt unsichtbar, schießt aus weit entfernten

Stellungen. Als er dann am 11. Juli in Potočari in Form meist junger Männer in Uniformen vor ihr steht, ist sie zunächst erleichtert. Doch dann habe sie in das Gesicht ihrer Mutter gesehen und bemerkt, wie diese sie immer fester an sich drückt. „Da habe ich, glaube ich, zum ersten Mal richtig Angst bekommen."

An diesem Tag inszeniert sich Armeechef Mladić vor laufenden Fernsehkameras als Wohltäter, versichert den Frauen von Srebrenica, dass sie nichts zu befürchten hätten, und verteilt Süßigkeiten an Kinder. Alle dürften abziehen, „egal ob klein, groß, jung oder alt", verspricht der General. „Wer will, kann bleiben, es werden Busse kommen, für die, die gehen wollen."[42] Einige Stunden zuvor hatte er beim Einzug in das beinahe menschenleere Srebrenica noch ganz anders geklungen. Es sei nun endlich der Moment gekommen, „um uns an den Türken in diesem Gebiet zu rächen", erklärte er vor der Kamera eines serbischen Reporters.[43]

Was damit gemeint ist, wird der heute 80-jährigen Kada Hotić am darauffolgenden Tag klar. Erst wird einer ihrer Brüder von einem serbischen Soldaten, einem Bekannten der Familie aus Vorkriegszeiten, aus der Menge gezogen. Dann – als tatsächlich, wie von Mladić angekündigt, Busse zum Abtransport der Wartenden eintreffen – werden Männer und Frauen voneinander getrennt. Es ist das letzte Mal, dass Hotić ihren Mann Sead lebend zu Gesicht bekommt. Die damals siebenjährige Selma Jahić kann derweil zusammen mit ihrer Mutter und ihrem Bruder einen Lkw besteigen, der sie auf sicheres Territorium bringen soll. Die Großeltern bleiben zurück. Ihre Großmutter wird Jahić in einem Flüchtlingslager in Tuzla wiedersehen. Ihren Großvater nie wieder.

Was in den darauffolgenden Tagen geschieht, ist inzwischen durch zahlreiche Berichte und Gerichtsverfahren dokumentiert. Die Männer aus Potočari werden in leer stehenden Gebäuden oder auf Sportplätzen in der Umgebung interniert, gefoltert und anschließend meist in kleinen Gruppen zur Exekution abgeführt. Manchmal machen sich die Mörder nicht einmal die Mühe, sie zu erschießen, sondern werfen Granaten in überfüllte Schulhallen.[44] Derweil werden die Flüchtenden, die sich dem Marsch durch die Wälder angeschlossen haben, von serbischen Truppen gezielt unter Feuer genommen. Wer sich ergibt, wird gefangen genommen und später hingerichtet.[45] Die Leichen werden in Massengräbern verscharrt, die sich zunächst meist in Nähe der Hinrichtungsstätten befinden. Als erste Medienberichte und Luftaufnahmen[46] die großflächigen Aushubarbeiten für die Massengräber belegen, beginnen die Täter damit, die Leichen auf sogenannte sekundäre und tertiäre Massengräber in der Umgebung zu verteilen.

„Viele von uns haben sich damit abgefunden, das beizusetzen, was gefunden und identifiziert wurde“, sagt Kada Hotić. In ihrem Fall bedeutet das: Die Überreste ihres Mannes und eines ihrer Brüder konnten vollständig beigesetzt werden, bei ihrem zweiten Bruder fehlte der Schädel und bei ihrem Sohn sind es lediglich zwei Beinknochen, die gefunden und beigesetzt wurden. Bei dem Versuch, ihre Verbrechen zu vertuschen, zeigten die Täter so wenig Pietät wie zuvor Empathie. Auch die Überreste von Selma Jahićs Großvater wurden in verschiedenen Massengräbern gefunden. Erst 2007 konnte er beigesetzt werden.

Die Politik des Leugnens

Seit mehreren Jahren kursiert in den sozialen Medien ein knapp neunsekündiger Videoausschnitt. Im Jahr 2007 sitzt ein etwas feister, leicht schläfrig dreinblickender Mann mit dichtem braunen Haar im Studio des bosnischen Fernsehsenders Hayat und sagt Folgendes: „Ich weiß ganz genau, was war. In Srebrenica gab es einen Genozid. So hat das Gericht in Den Haag entschieden und das ist nun einmal ein juristisch unumstrittener Fakt.“[47] Der Kontext, in dem diese Aussage fiel, lässt sich nicht ohne Weiteres nachvollziehen. Weder auf der Seite des TV-Senders noch auf den einschlägigen Videoportalen ist das ganze Gespräch auffindbar. Doch für die Wirkung ist das nicht weiter von Belang. Viel bedeutender ist, von wem die Aussage stammt. Denn der Mann aus dem Video ist Milorad Dodik.

Der Präsident der Teilentität Republika Srpska ist heute bekannt für seine markigen Sprüche, seine Nähe zu autoritären Staatslenkern wie Aleksandar Vučić in Serbien oder Wladimir Putin in Russland sowie seine ständigen Sezessionsdrohungen (siehe Kap. 6.1). Vor einem Vierteljahrhundert hingegen galt Dodik noch als gemäßigter Vertreter der bosnischen Serben, mit dem perspektivisch an einer Aussöhnung zwischen den Volksgruppen und einer gemeinsamen Zukunft für Bosnien-Herzegowina gearbeitet werden könne – auch weil er die Verbrechen in Srebrenica nicht leugnete. Inzwischen hat sich der Wind längst gedreht. Das bosnische Internetportal *Detektor.ba* hat allein im Zeitraum von 2021 bis 2024 mindestens 23 Fälle dokumentiert, in denen Milorad Dodik leugnete, dass in Srebrenica ein Genozid stattgefunden habe.[48]

So erklärte er am 21. August 2021 im Gespräch mit der Zeitung *Srpski Telegraf*: „Ich würde lieber ins Gefängnis gehen, als etwas einzugestehen, das es nicht gab. Und damit meine ich den angeblichen Genozid in Srebrenica.“ Etwas später ergänzte er: „Es gibt nur eine Wahrheit, und zwar dass es keinen Genozid

gab.“[49] Die Andeutung, dass er für seine Aussage im Gefängnis landen könnte, ist dabei durchaus mehr als die Selbststilisierung eines nationalistischen Politikers zum Märtyrer. Seit Ende Juli 2021 steht die Leugnung des Genozids von Srebrenica (und anderer Genozide) in Bosnien-Herzegowina unter Strafe. Eine entsprechende Ergänzung der Strafrechtsvorschriften hatte der seinerzeit amtierende Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft Valentin Inzko per Dekret verfügt.[50] Einige Wochen später schied er aus seinem Amt aus. Die Durchsetzung der von ihm verfügten Strafrechtsnorm überließ er anderen. Bis heute wurde Milorad Dodik in keinen einzigen Fall wegen Genozid-Leugnung auch nur angeklagt.



Fahndungsplakate in Sarajevo für die vom UN-Tribunal angeklagten Radovan Karadžić und Ratko Mladić stellen eine Belohnung von fünf Millionen US-Dollar für Hinweise in Aussicht, die zu ihrer Ergreifung führen, 20. Januar 2001.

Mit der Frage, ob es sich bei dem Massenmord in und um Srebrenica um einen Genozid handelt, haben sich allerdings bereits mehrere Gerichte befasst. Man könnte auch sagen: Sie ist längst beantwortet. Als wegweisend gilt das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) gegen den serbischen General Radislav Krstić aus dem Jahr 2001. In der offiziellen Pressemitteilung dazu heißt es wörtlich, die Prozesskammer sei „ohne berechtigten Zweifel davon überzeugt, dass in Srebrenica das Verbrechen des Völkermords begangen wurde“.[51] Auch in weiteren Urteilen, unter anderem gegen den politischen Führer der bosnischen Serben während des Krieges Radovan Karadžić (2016) und gegen den militärischen Oberbefehlshaber Ratko Mladić (2017), bestätigte das Tribunal die Auffassung, dass in Srebrenica ein Genozid verübt wurde. Zudem seien Karadžić und Mladić Teil eines „gemeinsamen kriminellen Unterfangens“ gewesen, das zum Ziel gehabt habe, alle Nicht-Serben aus den von den bosnischen Serben beanspruchten Territorien zu vertreiben.[52]

Dass der Massenmord von Srebrenica einen Genozid darstellt, ist also – um den Dodik aus dem Jahr 2007 zu zitieren – ein juristisch unumstrittener Fakt. Doch das bedeutet noch lange nicht, dass er überall anerkannt wird. „Das Haager Tribunal hat die Verantwortlichen verurteilt. Das ist natürlich positiv“, resümiert Kada Hotić von den „Müttern von Srebrenica“, „aber in der Republika

Srpska, mit der die Aggressoren in diesem Krieg ja belohnt wurden, weigert man sich weiterhin, Verantwortung zu übernehmen."

Hotićs Ansicht, dass die Führung der bosnischen Serben für den Genozid an den Bosniakinnen und Bosniaken mit einer eigenen Teilentität „belohnt" wurde, entspricht einem weitverbreiteten Empfinden unter den Überlebenden. Unabhängig davon, ob man dieser These zustimmt oder nicht, lässt sich festhalten, dass die Bereitschaft zur historischen Aufarbeitung in der Republika Srpska tatsächlich kaum vorhanden ist. Dodiks Verlautbarungen entsprechen einer nicht nur bei den politischen Eliten weitverbreiteten Haltung in der Republika Srpska. Dies gilt auch für seinen Schwenk von einer Anerkennung des Genozids (zumindest im juristischen Sinne) hin zu dessen offener Leugnung. Noch 2004 bestätigte der zweite Untersuchungsbericht der Republika Srpska zu Srebrenica, dass im Juli 1995 mindestens 7000 Jungen und Männer in Srebrenica von serbischen Truppen getötet wurden, und erkannte die „Hintergründe und Fakten" aus dem Urteil gegen Radislav Krstić an.[53]

Mittlerweile wurde der Report auf Betreiben des Parlaments der Republika Srpska zurückgewiesen. 2021 kam eine von der Republika Srpska 2018 ins Leben gerufene „Untersuchungskommission zum Leiden aller Volksgruppen in der Region Srebrenica zwischen 1992 und 1995" zu dem Schluss, dass das Morden in Srebrenica zwar ein Verbrechen, aber keinen Genozid darstellte.[54] Der 2021 veröffentlichte Report der Untersuchungskommission enthielt eine Relativierung der Opferzahlen, wonach nicht mehr als 3715 Bosniaken in Srebrenica umgekommen seien – bei denen es sich vorwiegend um Soldaten gehandelt habe.[55] Obwohl der Leiter der Kommission, der israelische Historiker Gideon Greif, diese Angaben später als „Fehler" bezeichnete und ankündigte, sie zu revidieren,[56] hatte der Skandal um den Kommissionsreport Auswirkungen bis nach Deutschland. Eine zunächst geplante Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz, mit der Greif für seine langjährige Forschung zur Shoa geehrt werden sollte, wurde Ende 2021 zurückgenommen.[57]

Die Leugnung und Relativierung des Genozids in Srebrenica ist zu einem internationalen Phänomen geworden. Autoren wie der serbische Propagandist Alexander Dorin galten lange Zeit vor allem in linken Kreisen, die sich als „antiimperialistisch" verstehen, als salonfähig. So durfte er etwa 2010 in der *Jungen Welt* unwidersprochen behaupten, dass von bosniakischer Seite „2000 Gefechtstote" fälschlicherweise als Opfer eines Genozids ausgegeben würden.[58] Der politisch von Links- nach Rechtsaußen gewanderte Publizist Jürgen Elsässer konnte in den 2000er-Jahren in fast allen linken Tageszeitungen Deutschlands

Ausmaß und Charakter des Genozids in Srebrenica leugnen – womit er heute in der von ihm gegründeten rechtsradikalen Zeitschrift *Compact* fortfährt.[59] Der nach wie vor international bekannteste Relativierer der Verbrechen in und um Srebrenica dürfte indes der österreichische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Peter Handke sein. In seinen Schriften zu Serbien bezeichnet er Srebrenica als „Rachemassaker" und insinuiert damit, dass es sich um eine Reaktion auf zuvor begangene Verbrechen von Bosniaken gehandelt habe,[60] die er an anderer Stelle als „serbisch-stämmige Muselmanen Bosniens"[61] bezeichnet.

Für Dodik ist die Leugnung des Genozids Teil einer nationalen Mobilmachung in der von ihm regierten serbischen Teilentität. Mehr oder minder geschickt verknüpft er dabei die Frage nach dem Charakter des Massenmords von Srebrenica mit der nach dem Existenzrecht der Republika Srpska. „Der Genozid ist eine erfundene Form, mit der sie versuchen, das gesamte serbische Volk zu dämonisieren und durch individuelle Verurteilungen, die in Den Haag erfolgt sind, die kollektive Verantwortung auf ein Volk abzuschieben",[62] erklärte er beispielsweise im April 2024 nach einem Treffen mit Serbiens Präsident Aleksandar Vučić in Belgrad. Vučić selbst stieß im Vorfeld der Abstimmung zur Srebrenica-Resolution der Vereinten Nationen im Mai 2024 ins selbe Horn.[63] Sollte die Resolution durchkommen, würde der nächste Schritt die Forderung nach einer Abschaffung der Republika Srpska sein: „Mit der Begründung, dass ein Konstrukt, das auf einem Genozid aufgebaut wurde, nicht existieren dürfe."[64]

Beide Behauptungen sind hanebüchen. Weder ist in den Urteilen von Den Haag von einer „kollektiven Verantwortung des serbischen Volkes" die Rede, noch ist es möglich, durch eine UN-Resolution auf die Abschaffung der Republika Srpska hinzuwirken. Dass solche Bedrohungsszenarien bei großen Teilen der Anhängerschaft Dodiks verfangen, liegt zum Teil daran, dass das Existenzrecht der Republika Srpska im innerbosnischen Diskurs tatsächlich des Öfteren in Abrede gestellt wird – und zwar unter Verweis auf den „genozidalen Hintergrund" ihrer Entstehung.[65] Aus Sicht der serbischen Nationalisten in Banja Luka käme das Eingeständnis des Genozids somit einer Selbstdelegitimierung der „serbischen Autonomie" in Bosnien-Herzegowina gleich. Verstärkt wird dies dadurch, dass sich der Genozid-Vorwurf vielfach nicht mehr ausschließlich auf den Massenmord von Srebrenica bezieht, sondern inzwischen oftmals weiter gefasst von einem „Genozid an den Bosniaken" die Rede ist.[66]

Es sei frustrierend, dass der Begriff „Genozid von Srebrenica" oft den Blick auf die anderen planmäßigen Verbrechen durch die bosnisch-serbische Armee verdecke, sagt etwa die Srebrenica-Überlebende Selma Jahić im Gespräch.

Verbrechen wie jene in Prijedor, wo die nicht serbische Bevölkerung gezwungen wurde, weiße Armbänder zu tragen, um so deren Internierung und Ermordung zu erleichtern. Oder die Massaker von Višegrad, bei denen bis zu 3 000 Menschen[67] von Einheiten der bosnisch-serbischen Armee sowie paramilitärischen Kräften ermordet wurden. Bosnisch-serbische Militärs betrieben während des Krieges Lager, in denen systematisch gefoltert, vergewaltigt und getötet wurde. All das falle unter den Tisch, wenn man den Genozid-Begriff allein auf die Ereignisse im Sommer 1995 anwende, glaubt Jahić: „Das ist Augenwischerei. Als wollte man das Thema möglichst schnell abgeben. Ja, in Ordnung, diese kleine Periode erklären wir zum Genozid, dafür gebt ihr dann Ruhe und wir können zum Tagesgeschäft übergehen."

Gegner der These eines umfassenderen Genozids an den Bosniaken verweisen auf die Tatsache, dass der IStGHJ ausschließlich die Vorgänge in Srebrenica im Sommer 1995 als Genozid anerkannt hat. Andere Gerichte – darunter auch deutsche – haben jedoch in mehreren Strafverfahren gegen ehemalige Soldaten und Kommandeure der bosnisch-serbischen Armee festgestellt, dass auch an anderen Orten in Bosnien begangene Verbrechen als Teil eines Völkermords zu werten sind.[68]

Dass die Aggressoren des Krieges durch die Einrichtung der Republika Srpska für ihre Taten „belohnt" wurden, wie Kada Hotić von den „Müttern von Srebrenica" meint, entspricht dabei einem weitverbreiteten Gefühl nicht nur in der bosniakischen Bevölkerung, sondern auch unter den Anhängerinnen und Anhängern einer staatsbürgerschaftlich orientierten Ordnung in Bosnien-Herzegowina. Tatsächlich ist die Teilentität, die sich über weite Teile des Nordens und Ostens Bosnien-Herzegowinas erstreckt, seit Kriegsende ein ethnisch weitgehend homogenes Gebiet. Nach offiziellen Statistiken machen Serben heute 80 Prozent der Bevölkerung der Republika Srpska aus.[69] Vor Kriegsausbruch war das heutige Gebiet dieses Landesteils ethnisch noch deutlich heterogener.

Das gilt insbesondere für Ostbosnien, die Grenzregion zu Serbien, in der auch Srebrenica liegt – heute Teil der Republika Srpska. Bis 1992 wiesen große Teile der Region noch eine bosniakische Bevölkerungsmehrheit auf. In Zvornik, dem Nachbarbezirk von Srebrenica, machten Bosniakinnen und Bosniaken rund 56 Prozent der Einwohnerschaft aus, Serbinnen und Serben rund 40 Prozent. 2013 hatte sich das Verhältnis mehr als umgekehrt. Serbinnen und Serben machten rund 65 Prozent der Bevölkerung aus, Bosniakinnen und Bosniaken nur noch rund 34 Prozent. Die Anzahl der im Bezirk lebenden Serbinnen und Serben wuchs in diesem Zeitraum von rund 27 000 auf 39 000 an, während die

ursprünglich mehr als 38 000 Menschen zählende bosniakische Bevölkerung auf unter 20 000 geschrumpft ist.[70]

Aus den demografischen Folgen des Krieges allein lässt sich jedoch noch nicht der Vorwurf des Genozids herleiten. Die Abgrenzung zu anderen schwerwiegenden Kriegs- und Menschheitsverbrechen erfolgt gemäß Paragraf 6 des Völkerstrafgesetzbuchs über das Tatbestandsmerkmal der „Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören". Für Srebrenica hat der IStGHJ diese Absicht im Verfahren gegen Radislav Krstić festgestellt.

„Anfangs dachte ich, dass sie [die Serben] das alles eines Tages akzeptieren würden. Ich dachte: Die Deutschen haben schließlich auch die Wahrheit akzeptiert, haben sich bei den Juden entschuldigt, haben Verantwortung übernommen", sagt Kada Hotić resigniert, „aber unsere Täter hier werden das nie tun". Tatsächlich hat sich über die letzten drei Jahrzehnte gezeigt, dass die Urteile internationaler Institutionen von breiteren Teilen der bosnisch-serbischen Öffentlichkeit nicht akzeptiert werden. Nach wie vor zieren Wandbilder von verurteilten Kriegsverbrechern wie Radovan Karadžić und Ratko Mladić Hausfassaden in der Republika Srpska.

Dabei war es ausgerechnet der später wegen des Genozids verurteilte Ratko Mladić, der lange vor dem Massaker von Srebrenica das Kind beim Namen nannte. Am 12. Mai 1992 tagte das Separatisten-Parlament der bosnischen Serben in Banja Luka. Radovan Karadžić, Präsident der erst im Januar proklamierten Republika Srpska, wollte durch dieses die von ihm aufgestellten sechs Kriegsziele legitimieren lassen. Neben den territorialen Ansprüchen wurde darin auch eine „Trennung von den beiden anderen Volksgruppen" als „Ziel des serbischen Volkes" gefordert. Der offenkundig irritierte Armeechef Mladić ergriff das Wort: „Wir können doch nicht säubern. Wir haben doch kein Sieb zum Aussieben, sodass nur Serben übrig bleiben oder Serben durchfallen und der Rest hängen bleibt." Direkt an Karadžić und Parlamentspräsident Momčilo Krajišnik gerichtet sagte er schließlich: „Ich weiß nicht, wie Herr Krajišnik und Herr Karadžić das der Welt erklären wollen. Leute, das ist Völkermord!"[71]

Berichten im Namen der Toten

Sie habe ein gutes Leben in Srebrenica gehabt, erinnert sich Kada Hotić, die Schneiderin von Srebrenica. In ihrer Arbeitersiedlung seien die meisten Bewohner Serben gewesen und Religion abseits von Feiertagen kein großes Thema.

„Wir hatten unsere Bräuche, sie die ihrigen. Niemals hätten wir gedacht, dass sich irgendein Volk hier bedroht fühlen könnte." Doch dann begannen ihre serbischen Kolleginnen und Kollegen über eine vermeintliche Bedrohung durch bosniakische und kroatische Nationalisten zu sprechen. Das diente schließlich als Rechtfertigung für das, was folgen sollte.

Die bosnisch-serbische Propaganda griff im Krieg auf unterschiedliche Feindbilder zurück. Zu Beginn der Auseinandersetzungen wurden etwa die schlecht ausgerüsteten bosniakischen Milizen in Srebrenica noch als „Ustascha-Horden" tituliert – eine Anspielung auf die kroatischen Faschisten, die im Zweiten Weltkrieg tatsächlich einen Völkermord an den Serben begangen hatten.[72] Später wurde dieses Narrativ durch ein anderes abgelöst: das von einer drohenden muslimischen Vorherrschaft oder gar Islamisierung Bosniens. Die serbische Propaganda wirkt bis heute nach. Seit einigen Jahren haben etwa auch in Deutschland rechte und rechtsextreme Publikationen ihre Sympathie für das „serbische Volk" als vermeintliche frühe Widerstandskämpfer gegen den Islamismus entdeckt.[73]

Dass die Organisatoren des Völkermords in Bosnien-Herzegowina selbst an ihre Propaganda glaubten, kann mit gutem Grund angezweifelt werden. Der Journalist Norbert Mappes-Niediek etwa hält in seinem Buch *Krieg in Europa* fest, dass beispielsweise Radovan Karadžić über Jahrzehnte hinweg aufs Engste mit Bosniakinnen und Bosniaken zusammengearbeitet hatte. Ihm müsse bewusst gewesen sein, wie gering die kulturellen Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen in Bosnien Anfang der 1990er-Jahre ausgeprägt gewesen seien.[74] Der Völkermord, so Mappes-Niedieks Schluss, entsprang letztlich den strategischen Erwägungen der bosnisch-serbischen Führung, die sich einen „ethnisch reinen" Korridor zum „Mutterland" Serbien wünschte.

Die offizielle Propaganda verfing dennoch. So waren es am Ende ehemalige Nachbarn, Arbeitskollegen, in manchen Fällen sogar Familienmitglieder, die die Belagerung und den Genozid von Srebrenica ermöglichten und durchführten. „Es würde, glaube ich, alles nicht so wehtun und nicht so schmerzlich für uns alle sein, wenn es eine fremde Macht gewesen wäre aus irgendeinem entfernten Land", sagt Selma Jahić heute – 30 Jahre nachdem sie ihre Heimat Bosnien-Herzegowina verlassen hat. „Aber es waren unsere eigenen Leute, so sehe ich das zumindest."

„Mein Sohn leidet nicht mehr", sagt Kada Hotić. Manchmal treibe sie noch die Frage um, ob er vor seinem Tod habe leiden müssen und ob er verletzt in einem Massengrab gelandet und begraben worden sei. Sie und ihre Mitstreite-



Neu ausgehobenes Grab auf dem Friedhof des Srebrenica Memorial Centers in Potočari, 11. Juli 2024

rinnen werden auch in den kommenden Jahren noch Grabsteine in Potočari aufstellen lassen. Jahr für Jahr werden weitere Opfer von Srebrenica gefunden. Kleine grüne Holztafeln markieren erst kürzlich angelegte Gräber, die noch keinen *nišan* erhalten haben. Mehr als 6500 solcher Grabsteine zieren den Hügel gegenüber der ehemaligen Batteriefabrik – heute der Sitz des Srebrenica Memorial Centers – bereits. „Platz haben wir für 10000", betont Hotić.

Sie habe früher gezögert, wenn Leute sie gefragt hätten, woher sie stamme, erinnert sich Selma Jahić: „Wenn ich dann Srebrenica gesagt habe, hat sich was in den Gesichtern der Leute verändert. Sie wussten nicht, wie sie reagieren sollen." Lange habe sie nicht über das Erlebte sprechen können. Seit einigen Jahren aber ist sie vor allem in Österreich eine gefragte Zeitzeugin. Sie empfinde es als ihre Pflicht zu berichten – im Namen derer, die es nicht mehr können.



7. Montenegro



7.1 Zwischen baldigem EU-Beitritt und Kampf um nationale Identität

Der schwarze Rauch verbrannter Autoreifen frisst sich in die Morgenluft Cetinjes. In einer engen Straße, die zum Kloster führt, bauen Männer und Frauen Barrikaden. Die Polizei antwortet mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen. Manche der Demonstrierenden tragen Montenegro-Flaggen bei sich: rot mit goldenem Rand und goldenem doppelköpfigen Adler in der Mitte. Sie schreien im Chor: *„Ovo nije Srbija!"* – Hier ist nicht Serbien. Sie haben sich versammelt, um zu verhindern, was sie für eine nationale Demütigung halten: die Inthronisation des neuen Metropoliten Joanikije in ihrer historischen Hauptstadt. Der Metropolit ist ähnlich wie ein Bischof für ein bestimmtes Gebiet, in diesem Fall für „Montenegro und das Küstenland", verantwortlich. Viele sehen den Schritt nicht als kirchliche Zeremonie, sondern als eine Art Besatzung durch die eng mit Belgrad verbundene Serbisch-Orthodoxe Kirche. *„Živjela Crna Gora!"* – Lang lebe Montenegro – schallt es durch die Stadt, während weiter oben am Himmel ein Hubschrauber kreist. Nur so, aus der Luft, werden Patriarch Porfirije, das Oberhaupt der Serbisch-Orthodoxen Kirche, und Metropolit Joanikije es an diesem Tag schaffen, den Belagerungsring zu umgehen.

Es ist der Morgen des 5. September 2021, und was hier geschieht, ist der Höhepunkt eines tieferen Konflikts zwischen überzeugten Montenegrinerinnen und Montenegrinern auf der einen und der Serbisch-Orthodoxen Kirche auf der anderen Seite, aber auch zwischen dem damaligen Präsidenten Milo Đukanović und der Regierung unter Premierminister Zdravko Krivokapić. Während

Bild S. 256/257: Anhänger der Partei „Bewegung Europa Jetzt!" feiern den Sieg ihres Kandidaten Jakov Milatović bei der Stichwahl um das Präsidentenamt in Montenegro, 2. April 2023.



Demonstrant vor brennenden Barrikaden aus Autoreifen bei den Protesten gegen die Inthronisierung von Metropolit Joanikije in Cetinje, 5. September 2021

Đukanović die Proteste unterstützt und die Regierung für die Inthronisation des Metropoliten Joanikije in Cetinje scharf kritisiert, spricht Krivokapić von „versuchten terroristischen Akten" seitens der Demonstrierenden.[1]

In Montenegro ist die Frage der nationalen Identität ein zentraler Konflikt innerhalb der Bevölkerung: 41,1 Prozent identifizieren sich als Montenegriner, während 32,9 Prozent sich als Serben deklarieren.[2] Diese Spaltung betrifft nicht nur persönliche Identitätsfragen, sondern prägt auch politische Lager – mit einer eher proeuropäischen Strömung auf der einen und einer serbisch-nationalistischen, an Belgrad orientierten Strömung auf der anderen Seite. Dieser Grundkonflikt zeigt sich in Debatten über Sprache, Kirche und nationale Zugehörigkeit, und er spaltet das Land.

Ende 2019 hat Milo Đukanović mit seiner damals regierenden Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) ein Gesetz verabschiedet, das es dem Staat ermöglichen sollte, sämtlichen Grundbesitz der Serbisch-Orthodoxen Kirche zu verstaatlichen, den diese nach 1918 erworben hat. Die einstige Montenegrinisch-Orthodoxe Kirche und ihr Besitz wurden damals in die Serbisch-Orthodoxe Kirche überführt – für national gesinnte Montenegrinerinnen und Montenegriner eine historische Ungerechtigkeit, die es zu korrigieren gilt. Die Serbisch-Orthodoxe Kirche wiederum sah in diesem Gesetz einen gezielten



Metropolit Joanikije (vorn mit Kette) und Patriarch Porfirije (rechts dahinter) müssen bei der Inthronisation am 5. September 2021 in Cetinje von Sicherheitspersonal abgeschirmt werden.

Angriff auf ihre Jahrhunderte währende Präsenz in Montenegro. Es folgten monatelange Massenproteste, die schließlich zur Abwahl der DPS-Regierung 2020 beitrugen.

Cetinje, eine Kleinstadt in den Bergen, ist der Sitz der Serbisch-Orthodoxen Kirche in Montenegro. Die Inthronisation des neuen Metropoliten war die erste seit 1990 – Joanikijes Vorgänger Amifilohije hatte sein Amt noch im sozialistischen Jugoslawien angetreten. Zugleich ist Cetinje aber auch das Zentrum der montenegrinischen Identität. Von den rund 14 500 Einwohnerinnen und Einwohnern bezeichnen sich 91 Prozent als Montenegriner und nur 4,8 Prozent als Serben.[3] Beim Unabhängigkeitsreferendum 2006 stimmten hier 86 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner für die Loslösung von Serbien – ein deutliches Signal. Nur in den mehrheitlich von Bosniaken und Albanern bewohnten montenegrinischen Gemeinden Rožaje und Ulcinj lag die Zustimmung noch höher.

Cetinje

Marko Špadijer hat damals für die Unabhängigkeit Montenegros gestimmt. Der 86-Jährige Historiker sitzt drei Jahre nach der Eskalation vom September 2021 in seinem Garten und sagt zu den Ausschreitungen: „Wenn sie uns als Nation

nicht anerkennen, können sie nicht erwarten, mit Blumen empfangen zu werden." Er lebt in einem zweistöckigen Haus unweit des historischen Zentrums, in dem noch viele ehemalige Botschaftsgebäude aus der Zeit stehen, als Cetinje die Hauptstadt Montenegros war.[4] Der pensionierte Historiker ist Mitglied der „Matica crnogorska" – einer Kulturinstitution, die die nationale und kulturelle Identität wie auch die eigene montenegrinische Sprache fördert.

Špadijer sieht den Kern der eigenständigen Geschichte und nationalen Identität Montenegros im Widerstand gegen das Osmanische Reich begründet – frei und isoliert von Serbien oder anderen Mächten. Fragt man ihn, ob die montenegrinische Geschichte nicht auch Teil der serbischen sei, antwortet Špadijer: „Das ist serbischer Chauvinismus – Propaganda, die die montenegrinische Identität negiert." Als „Vater der Montenegriner" sieht Špadijer den Fürsten Ivan Crnojević, der im 15. Jahrhundert die Hauptstadt Cetinje gründete und dem Vordringen der Osmanen entschlossen entgegentrat. Sein Reich, sagt er, habe die christliche Identität Montenegros geprägt.

Die Osmanen beherrschten weite Teile des Landes, doch die schwer zugängliche Bergregion blieb ihnen weitgehend verschlossen. Während das Osmanische Reich die Küsten kontrollierte, entstand im Hinterland ein Fürstentum, in dem Stammesverbände einen „Vladika" wählten – einen Fürstbischof, der in Cetinje sowohl geistliches als auch weltliches Oberhaupt war. Die Osmanen griffen Cetinje mehrfach an und zerstörten 1692 sogar das Kloster, konnten die Stadt jedoch nicht dauerhaft halten.

Während die Nachbarvölker unter osmanischer oder habsburgischer Herrschaft standen, lebten die Montenegriner in weitgehend autonomen Stammesverbänden – mit einer eigenen Mentalität und Weltsicht, so Špadijer. „Ein Montenegriner würde den Tod der Sklaverei vorziehen", sagt er. Das sei auch der große Unterschied zu den Serben. Da Serbien jahrhundertelang unter osmanischer Herrschaft stand, habe sich dort eine „unterwürfige Mentalität" entwickelt – die Menschen hätten sich daran gewöhnt, dass fremde Soldaten mit ihren Frauen und Töchtern schliefen und Söhne an das Osmanische Reich abgegeben wurden. Für die Montenegriner in den Bergen sei das undenkbar gewesen: „Hier steht die individuelle Freiheit im Mittelpunkt, die Leute lassen sich nichts gefallen."

Es sind auch solche problematischen Erzählungen, die herangezogen werden, wenn Montenegriner erklären sollen, was sie von den Serben unterscheidet, wo doch Sprache und Religion sich wenig bis gar nicht unterscheiden. Brüderlichkeit sei eine weitere Grundlage der montenegrinischen Nation, so Špadijer weiter. In der Stammesgesellschaft des Berglands hätten die Clans



Mausoleum für Petar II. Petrović-Njegoš auf dem Berg Lovćen

Entscheidungen über Krieg, Frieden und Ressourcen gemeinsam getroffen und den Vladika als geistliches und weltliches Oberhaupt gewählt. In dieser Tradition ähnelten sie laut Špadijer eher den albanischen Stämmen in den Bergen als den Serben.

Als bedeutendster Vladika gilt Petar II. Petrović-Njegoš. Ihm wurde auf dem Berg Lovćen, unweit von Cetinje, ein Mausoleum errichtet, von dem aus man bei klarem Wetter weite Teile Montenegros überblicken kann. Njegoš prägte das Land nicht nur als Herrscher, sondern auch als Dichter. In den 1830er-Jahren modernisierte er die Verwaltung, brachte eine Druckerpresse ins Land, gründete Schulen und stärkte die diplomatischen Beziehungen zu Europa. Seine größte Hinterlassenschaft aber ist das Epos *Der Bergkranz*, das Špadijer als „die Essenz der montenegrinischen Weltsicht" bezeichnet. Mit der 1878 erfolgten internationalen Anerkennung Montenegros als unabhängiger Staat und dem Zugang zum Meer in Bar endete die Isolation des Landes – und zugleich wuchs der serbische Einfluss. Das zu dieser Zeit ebenfalls erfolgte „nationale Erwachen" in Serbien habe, so Špadijer, den Anspruch wachsen lassen, Montenegro als Teil der serbischen Identität zu vereinnahmen. Und das halte bis heute an. Den Einfluss mache Serbien vor allem über die Kirche geltend und daher, so sieht es der Historiker, sei es kein Wunder, dass es so kracht, wenn ein serbisch-orthodoxer Metropolit inthronisiert werden soll.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde Montenegro Teil des neu gegründeten Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Königreich Jugoslawien, siehe Kap. 2) und gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg der Sozia-

listischen Föderativen Republik Jugoslawien an. Länger als die anderen Teilrepubliken blieb Montenegro im Verbund mit Serbien und wurde erst 2006 als eigener Staat wieder unabhängig.

Europa jetzt?

„Wir haben Lebewohl gesagt zu einem gefährlichen Regime und zum letzten Diktator in Europa“, schreit der Wahlsieger Jakov Milatović in der Nacht zum 2. April 2023 in die Mikrofone.[5] Um ihn herum stehen Parteifreunde, die mit Sekt auf ihren Sieg anstoßen. Seine Anhänger schreien „Jakov, Jakov“ und „Milo, Dieb, Milo, Dieb“. Milo, das ist Milo Đukanović, der bisherige Dauerregent Montenegros, der dieses Mal bei der Stichwahl um das Präsidentenamt seinem Herausforderer unterlag. Als Đukanović im Jahr 1991 erstmals Premierminister wurde, war Jakov Milatović gerade einmal vier Jahre alt. Das Wahlprogramm von Milatović und seiner Partei „Bewegung Europa Jetzt!“ (Pokret Evropa sad!, PES) lässt sich wie folgt zusammenfassen: schneller EU-Beitritt,



Jakov Milatović lässt am 19. März 2023 die Korken knallen, um seinen Sieg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen zu feiern. Rechts daneben steht Milojko Spajić, der ursprünglich kandidieren sollte und seit Oktober 2023 Ministerpräsident ist.

höhere Löhne, Verkürzung der täglichen Regelarbeitszeit auf sieben Stunden. Das ambitionierte Ziel lautete, bis 2028 Mitglied in der Europäischen Union zu werden. Bei der Bevölkerung Montenegros kam das gut an. Milatović gewann die Präsidentschaftswahl mit 58,9 Prozent. Im bevölkerungsärmsten Nachfolgestaat Jugoslawiens ist somit gelungen, was viele nicht zu hoffen gewagt hatten: der demokratische und gewaltfreie Übergang der Macht auf einen Politiker der Opposition nach mehr als 30 Jahren der Herrschaft von Đukanović und seiner DPS. Der Wahlverlierer erkannte seine Niederlage sichtlich enttäuscht an und trat auch vom Amt des Parteivorsitzenden der DPS zurück. Noch am Abend sagte er: „Ich wünsche dem neuen Präsidenten, dass er sich des Vertrauens, dass ihm ausgesprochen wurde, als würdig erweist, dass er erfolgreich ist und dass er zur demokratischen und ökonomischen Entwicklung unseres Staates beiträgt."[6] Im Vergleich zu jemandem wie Aljaksandar Lukaschenka aus Belarus wirkt Đukanović an diesem Abend so gar nicht wie der „letzte Diktator Europas".

Eigentlich war es nicht Jakov Milatović, sondern PES-Parteichef Milojko Spajić, der Đukanović im Präsidentenamt ablösen sollte. Doch die Wahlkommission schloss ihn kurz vor der ersten Wahlrunde aus, da er neben der montenegrinischen auch die serbische Staatsbürgerschaft besitze, was gegen das Wahlgesetz in Montenegro verstoße (wobei manche hinter der Entscheidung auch eine Beeinflussung der Kommission durch Đukanović vermuteten, um einen populären Herausforderer aus dem Rennen zu nehmen). So trat Milatović zur Wahl an, der eigentlich Bürgermeister der montenegrinischen Hauptstadt Podgorica werden sollte. Dieses Amt wiederum übernahm seine Parteikollegin Olivera Injac. Nach den Parlamentswahlen wurde Spajić im Oktober 2023 schließlich Premierminister.

Innerhalb nur eines Jahres besetzte die PES somit das Amt des Präsidenten, des Premierministers und der Bürgermeisterin von Podgorica – beachtlich für eine Partei, die erst im Juni 2022 gegründet worden war. Sie ist keine klassische Partei mit festem ideologischen Profil, sondern lässt sich am ehesten als (wirtschafts-)liberal charakterisieren, hat aber zugleich einen starken Fokus auf Sozialpolitik. Entstanden ist sie – entgegen ihres Namens – nicht als Bewegung, sondern als Elitenprojekt: ein Zusammenschluss von Ministern einer technokratischen Expertenregierung, die nach Antiregierungsprotesten 2020 eingesetzt wurde.

Es waren genau jene Proteste, die sich am Kirchenstreit zwischen der Serbisch-Orthodoxen Kirche und der montenegrinischen Regierung entzündet hatten. Sie waren eingebettet in einen Konflikt um Identitäten, in dem die

Zugehörigkeiten komplizierter sind, als sie zunächst erscheinen. Obwohl sich die größte Gruppe im Land als Montenegriner definiert, gibt eine Mehrheit der Menschen Serbisch und nicht Montenegrinisch als ihre Erstsprache an – ein Distinktionsmerkmal, da beide Sprachen nahezu identisch sind. 71,1 Prozent der Bevölkerung sind christlich-orthodox, Muslime machen knapp 20 Prozent aus.[7] Volkszählungen unterscheiden jedoch nicht zwischen der Zugehörigkeit zur Serbisch-Orthodoxen beziehungsweise Montenegrinisch-Orthodoxen Kirche (die von anderen orthodoxen Kirchen nicht kanonisch anerkannt wird). Zwar fehlen genaue Daten, doch die meisten Orthodoxen besuchen serbisch-orthodoxe Kirchen für Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen. Wie stark sie mit deren Werten und Weltsicht übereinstimmen, ist unklar. Doch der Kirchenstreit ging auch einigen gläubigen Montenegrinern zu weit. Đukanović verlor letztlich seinen Kampf gegen die Serbisch-Orthodoxe Kirche: Diese behielt ihr Eigentum, er verlor seine Regierungsmehrheit und später auch das Präsidentenamt.

Die Ära Đukanović

Milo Đukanović hielt in wechselnden Rollen – ob als Präsident, Premierminister oder Vorsitzender der dominierenden Partei DPS – über drei Jahrzehnte die Fäden der Macht in Montenegro in der Hand und polarisierte dabei stark. Er gilt als typischer „Stabilokrat" auf dem Balkan: prowestlich und proeuropäisch, zugleich aber verantwortlich für ein System mit fragwürdigen demokratischen Standards, schwacher Rechtsstaatlichkeit und eingeschränkter Pressefreiheit. Trotz zahlreicher Korruptionsvorwürfe und mutmaßlicher Verbindungen zur organisierten Kriminalität wurde er im Westen als Garant für Montenegros Unabhängigkeit und Westbindung hofiert – auch aus Angst, dass proserbische und prorussische Kräfte seine Nachfolge antreten könnten. Đukanović führte das Land 2006 in die Unabhängigkeit, 2012 in die EU-Beitrittsverhandlungen und 2017 in die NATO – 18 Jahre nachdem Montenegro (damals noch als Teil der Bundesrepublik Jugoslawien) selbst Ziel der Bombardierung durch das Militärbündnis wurde (siehe Kap. 5.1).

Als Milo Đukanović in den 1980er-Jahren seine Karriere begann, war nicht absehbar, dass er sich später prowestlich ausrichten würde. Er startete als Kommunist und Gefolgsmann des serbischen Autokraten Slobodan Milošević während dessen sogenannter antibürokratischer Revolution, mit der Milošević in den jugoslawischen Teilrepubliken seine Anhänger an die Macht brachte (siehe Kap. 2, 4.2 sowie 5.1). In Montenegro war dies ein Dreigestirn: Momir



Führte das Land an den Westen heran: Milo Đukanović, hier mit dem damaligen Bundesaußenminister und EU-Ratsvorsitzenden Joschka Fischer am 17. Mai 1999 in Brüssel

Bulatović, Svetozar Marović und eben Milo Đukanović. Sie führten die DPS, die aus dem Bund der Kommunisten Montenegros hervorgegangen war und 1990 bei den ersten freien Wahlen 58,3 Prozent der Stimmen sowie 83 von 125 Parlamentssitzen gewann. 1991 wurde Đukanović mit 29 Jahren erstmals Premierminister Montenegros, das noch Teil der zerfallenden Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien war. Als Schiffe der Jugoslawischen Volksarmee 1991 von den Häfen Montenegros ausliefen, um die historische Altstadt Dubrovniks zu beschießen, stand auch Đukanović hinter dieser Aggression gegen den Nachbar Kroatien. So stellte er die existierenden Grenzen der jugoslawischen Nachfolgestaaten infrage und behauptete, diese seien von nicht ausgebildeten „bolschewistischen Kartografen“ festgelegt worden.[8] Es gehe nun darum, die Demarkationslinie zu Kroatien endgültig zu bestimmen. Er schürte die Kriegslust dadurch, dass er Hoffnungen darauf weckte, Montenegro könnte sich einen Teil der dalmatinisch-kroatischen Küste einverleiben.

Die wohl absurdeste Aussage Đukanovićs aus dieser Zeit ist, dass er nie wieder Schach spielen wolle, weil das kroatische Staatswappen ein Schachbrett

beinhalte.[9] Als er Jahre später von einer Reporterin darauf angesprochen wurde, rechtfertigte er sich: „Diese Äußerungen, inklusive der von ihnen erwähnten, waren sehr milde im Vergleich zu vielen anderen Äußerungen auf allen Seiten damals."[10] Hinweise auf eine direkte Verantwortung Đukanovićs für Kriegsverbrechen sind nicht bekannt. Da er nicht für die Streitkräfte verantwortlich war, musste er – anders als andere Führungspersönlichkeiten der Region – nicht befürchten, vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zu landen.

Ab Mitte der 1990er-Jahre distanzierte sich Đukanović von Milošević und verfolgte eine zunehmend unabhängige Politik für Montenegro. 1996 unterstützte er die Proteste gegen Milošević in Serbien (siehe Kap. 4.2) und spaltete die DPS damit in zwei Fraktionen, eine für und eine gegen Milošević. Während Staatspräsident Momir Bulatović zur ersteren gehörte, stand Premierminister Đukanović in Opposition zu ihm. Im Juli 1997 gewann Đukanović knapp den parteiinternen Machtkampf und löste Bulatović als DPS-Chef ab. Vier Monate später traten beide bei der Präsidentschaftsstichwahl gegeneinander an – obwohl sie immer noch der gleichen Partei angehörten. Die Wahl war eine Richtungsentscheidung: enge Bindung an Serbien oder Westorientierung. Ein Wahlplakat zeigte Đukanović beim Handschlag mit Bill Clinton – für proserbische Kräfte eine Provokation. In der ersten Runde lag Bulatović vorn, doch in der Stichwahl siegte Đukanović knapp mit 50,8 zu 49,2 Prozent. Bulatović wurde daraufhin Staatspräsident der Bundesrepublik Jugoslawien – ein weitgehend auf repräsentative Funktionen beschränktes Amt.

1997 wagte Đukanović noch nicht den offenen Bruch mit Belgrad, sondern förderte stattdessen ein eigenständiges montenegrinisches Nationalbewusstsein. Unterstützung erhielt er von den USA und der EU, die ihn als pragmatischen Gegenspieler Miloševićs ansahen. Im Kosovokrieg 1999 wurde ihm zugutegehalten, sowohl serbische als auch albanische Geflüchtete aus dem Kosovo aufgenommen zu haben. Miloševićs Sturz im Oktober 2000 war für Đukanović zunächst eine Herausforderung – ohne den Autokraten konnte er sich nicht mehr als dessen Gegenspieler inszenieren. Nach dem Wahlsieg der demokratischen und proeuropäischen Kräfte in Serbien wurde internationale Kritik an Belgrad weniger opportun. Đukanović passte seine Strategie an und forcierte Montenegros Unabhängigkeit. Er stützte sich auf eine knappe Mehrheit aus überzeugten Montenegrinerinnen und Montenegrinern sowie ethnischen Minderheiten wie Bosniaken, Albanern und Kroaten, die Serbien skeptisch gegenüberstanden. 2003 wurde die Bundesrepublik Jugoslawien in den losen Staatenbund „Serbien und Montenegro" umgewandelt.



Befürworterinnen und Befürworter der Unabhängigkeit Montenegros unterstützen kurz vor dem Referendum den Kurs von Premierminister Đukanović, 4. Mai 2006.

Doch Đukanović war damit noch nicht am Ziel. Am 21. Mai 2006 stimmten die Montenegrinerinnen und Montenegriner in einem Referendum über die Unabhängigkeit ihres Landes ab. Die Europäische Union hatte im Vorfeld zur Bedingung gemacht, dass 55 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Unabhängigkeit ausfallen müssten, damit der neue Staat anerkannt würde. Hätten weniger für die Unabhängigkeit gestimmt, wäre Montenegro im Staatenbund mit Serbien verblieben. Vor allem der damalige EU-Außenbeauftrage Javier Solana galt als kein großer Befürworter einer Unabhängigkeit Montenegros und setzte sich für das Quorum und ein möglichst spätes Abhalten des Referendums ein. Đukanović nahm die Herausforderung an und gewann wieder denkbar knapp: 55,49 Prozent stimmten für die Unabhängigkeit, 44,51 Prozent dagegen. 230 661 Befürwortern standen 185 002 Gegner gegenüber – eine Spaltung, die das Land bis heute prägt.

Mit der Unabhängigkeit 2006 festigte Đukanović seine Position als dominierende politische Figur des Landes. In den Jahren nach der Unabhängigkeit – in denen er zweimal selbst das Amt des Premierministers innehatte (2008–2010 und 2012–2016) verfolgte er eine Politik der Annäherung Montenegros an die NATO und die EU. Widerstände dagegen kamen vor allem von Russland, Serbien und der serbischen Minderheit im Land. Am Tag der Parlamentswahlen im Oktober 2016 soll es sogar zu einem Putschversuch gekommen sein,

um den NATO-Beitritt Montenegros zu verhindern. Die montenegrinische Staatsanwaltschaft beschuldigte zwei russische Staatsbürger als Drahtzieher des Plans, der angeblich die Ermordung des damaligen Premierministers Milo Đukanović sowie die Ausrufung eines anderen Wahlsiegers zum Ziel hatte. Noch am Wahltag wurden 20 Personen festgenommen. Ihnen wurde der Prozess gemacht, doch im Juli 2024 wurden alle Angeklagten freigesprochen.[11] Was bei diesem mutmaßlichen Putsch wirklich passiert ist, ist bis heute unklar.

Montenegro ist aktuell der Westbalkanstaat, der in den Verhandlungen mit der EU am weitesten vorangekommen ist: Alle 33 Kapitel wurden eröffnet. Kein anderes Land hat aktuell so gute Chancen, das nächste Mitglied der Europäischen Union zu werden. Doch der Abschluss der meisten dieser Kapitel scheiterte bislang vor allem an Reformen im Bereich Justiz und Rechtsstaatlichkeit, die ausgerechnet der Mann blockierte, der gleichzeitig immer behauptete, Montenegro in die EU führen zu wollen – Đukanović.

Kritiker warfen Đukanović während dessen Amtszeiten eine autoritäre Regierungsführung vor. Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit blieben weit hinter EU-Standards zurück. Dutzende Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten führten dazu, dass Montenegro 2015 in der Rangliste von Reporter ohne Grenzen auf Platz 114 von 180 Staaten abrutschte. Während die Behörden akribisch verfolgten, wer Informationen an die Presse weitergab, blieben die aufgedeckten Skandale oft unaufgearbeitet. Die Justiz in Podgorica galt als von einer Vetternwirtschaft geprägt, in der sich die Machtelite gegenseitig Gefallen erwies. Đukanović wurde eine direkte Beteiligung an kriminellen und korrupten Machenschaften vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft im italienischen Bari ermittelte sieben Jahre lang wegen Zigarettenschmuggels gegen ihn, weil zwischen 1994 und 2002 monatlich rund eine Milliarde Zigaretten vom Hafen Bar in den italienischen Hafen Bari gebracht worden sein sollen.[12] Đukanović gibt offen zu, dass Zigarettenhandel im großen Maße über montenegrinische Häfen abgewickelt wurde, behauptet aber, dass dieser mit den Gesetzen in Jugoslawien und Montenegro zur damaligen Zeit vereinbar gewesen sei.[13] Mit italienischem Recht sehr wahrscheinlich zwar nicht, aber da Đukanović während eines Großteils dieser Ermittlungen entweder Premierminister oder Präsident von Montenegro war, genoss er diplomatische Immunität, was ihn vor strafrechtlicher Verfolgung schützte. 2009 gaben die Behörden in Bari auf und Italien stellte die Ermittlungen offiziell ein.

Đukanović gehört zu den reichsten Männern Montenegros, doch wie hoch sein Vermögen ist und woher es genau kommt, ist nicht bekannt. Bekannt ist

durch die „Pandora Papers“ – 2021 geleakte Dokumente über Steueroasen – und die Arbeit montenegrinischer Journalistinnen und Journalisten, dass er sehr großen Aufwand betrieben hat, um sein Vermögen zu verschleiern, und dass sein Sohn Blažo Đukanović dabei eine zentrale Rolle spielte.[14] Das Journalistennetzwerk „Organized Crime and Corruption Reporting Project“ wählte Đukanović im Jahr 2015 sogar zur Person des Jahres – ein Preis, den laut dem Netzwerk jene erhalten, „die am meisten tun, um Verwüstung auf der ganzen Welt durch organisierte Kriminalität und Korruption anzurichten“.[15] Đukanović erhielt den Preis ein Jahr nach Wladimir Putin und ein Jahr vor Nicolás Maduro – beeindruckend für den Premier eines Staates mit nur 630 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Der Anfang vom Ende der Ära Đukanović begann am 30. August 2020. Die DPS verlor bei den Parlamentswahlen an diesem Tag zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit des Landes ihre absolute Mehrheit. Mit 35,1 Prozent wurde sie zwar stärkste Kraft, konnte aber nicht genügend Partner für eine Regierungsbildung finden. Es war das Ende der drei Jahrzehnte andauernden Dominanz der DPS. Wenn man bedenkt, dass es sich dabei um die Nachfolgepartei des Bundes des Kommunisten Montenegros handelt, war es nach über 70 Jahren Herrschaft das erste Mal, dass eine neue politische Kraft an die Macht kam. Đukanović behielt seinen Posten als Präsident – bis er im April 2023 die Stichwahl gegen Jakov Milatović verlor.

Herceg Novi: Stolze Serben am Meer

Vom Landesinneren führt keine Autobahn zur Küstenstadt Herceg Novi, man muss von Cetinje aus kommend steile Serpentinen nehmen, die eine wunderschöne Sicht auf die Bucht von Kotor ermöglichen, aber auch die Fahrkünste auf eine harte Probe stellen. In Herceg Novi an der kroatischen Grenze herrscht eine andere Stimmung als in anderen Teilen Montenegros. Es legen nicht mehrere Kreuzfahrtschiffe pro Tag an wie im nahe gelegenen Kotor, und die Stadt ist auch nicht mit neuen Hotelanlagen oder Siedlungen für wohlhabende Russen zugebaut wie Budva. Insgesamt sind weniger Investitionen nach Herceg Novi geflossen, wohl auch weil während der langen Ära unter Đukanović hier die Opposition das Sagen hatte. An den Wänden finden sich serbisch-nationalistische Parolen in kyrillischer Schrift. Obwohl nur 32 Kilometer Luftlinie zwischen Herceg Novi und Cetinje liegen, stimmten hier am 21. Mai 2006 61,3 Prozent gegen eine Unabhängigkeit von Serbien.



Platz in der Altstadt von Herceg Novi, an dem sich auch der Buchladen „So" befindet

Einer von ihnen ist der Schriftsteller Nikola Malović, damals war er Mitte 30. In der Altstadt betreibt er heute eine Buchhandlung mit dem Namen „So". Jemand wie der oben zitierte Historiker Marko Špadijer würde ihn wohl als serbischen Nationalisten bezeichnen. Malović glaubt, dass es beim EU-Beitritt darum gehe, einen Keil zwischen Serbien und Montenegro zu treiben: „Wenn Montenegro in die EU kommt, dann werden sie die Grenze zu Serbien zubetonieren. Das ist, was Europa will, weil es Serbien aus allem ausschließen will." Für ihn war der 21. Mai 2006 einer der tragischsten Tage in der Geschichte Montenegros: „An diesem Tag haben sie beschlossen, einen antiserbischen Weg einzuschlagen." Immer wieder muss er seine Ausführungen abbrechen, weil Kundinnen und Kunden in den Laden kommen. Das Sortiment in der Buchhandlung ist facettenreich, es ist nicht besonders rechtslastig oder serbisch-nationalistisch geprägt. Es finden sich auch nicht wenige linke und feministische Autorinnen und Autoren darunter.

Malović leugnet nicht, dass es eine montenegrinische Nationalidentität gibt – er hat nur wenig für sie übrig. Seiner Meinung nach wurde die montenegrinische Nationalidentität 1941 von den Kommunisten erschaffen: „Sie basiert nicht auf Errungenschaften oder einem genialen Geist, auf den man sich bezieht. Nein, ihre Ideologie ist rein antiserbisch. Die Montenegriner sind eine

neu geschaffene Nation, die der Menschheit nichts gebracht hat." Wenn man ihn auf Cetinje anspricht, meint er, dort sei der Teufel in die Montenegriner gefahren. Er meint das nicht nur sprichwörtlich, sondern tatsächlich auch in einem religiösen Sinne. Auch für den Schriftsteller Malović ist Njegoš' Epos *Der Bergkranz* der Schlüssel zum Verständnis Montenegros, aber er kommt zu einem ganz anderen Ergebnis als der Historiker Špadijer: „Die wichtigsten Worte im *Bergkranz* sind Gott *(Bog)* und Serbentum *(Srpstvo)*." Er interpretiert das Werk so, dass der Protagonist Vladika Danilo hin- und hergerissen sei, weil er nicht seine Brüder töten wolle, die zu den Osmanen übergelaufen seien, aber das Land auch nicht den Osmanen überlassen wolle. Nach Malović haben unter dem Osmanischen Reich viele den Islam angenommen, um einfacher leben zu können – und die Montenegriner machen heute das Gleiche und biedern sich der EU, der NATO und dem Westen an.

Malovićs Ausführungen werden kurz von einer Touristin unterbrochen, die für 50 Cent eine Postkarte kauft. Dann kommen zwei junge Männer, die sich ein Buch von Malović signieren lassen wollen. Die drei sprechen über den Besuch des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz im Juli 2024 und sind überzeugt, dass Deutschland Serbien in eine Bergbaukolonie verwandeln wolle (siehe Kap. 4.3). Der eine sagt: „Wir hatten schon viel schlimmere Feinde hier und wir werden auch nicht vor Scholz zurückweichen. Die Serben standen historisch immer auf der richtigen Seite, weil sie wissen, was gerecht ist." Der andere erwidert, die ersten drei Worte auf Deutsch: „Serbien muss sterbien,[16] so denken die Deutschen doch bis heute." Malović ergänzt: „Deutschland und England, das waren schon immer die großen Feinde Serbiens." Nachdem die beiden Männer den Laden verlassen haben, führt Malović seine Ausführungen zu Montenegro weiter aus. Er erklärt, dass die Serben jene seien, die sich immer gegen die großen Mächte gestellt hätten: die Osmanen, die Habsburger, die Nazis und die NATO, während die Montenegriner in die NATO gegangen seien und jetzt auch noch in die EU wollten.

Übergangsregierung

Im Dezember 2020 übernahm erstmals eine Regierung ohne die DPS die Führung in Montenegro. Die Koalition, die von Linksliberalen bis zu serbischen Nationalisten reichte, hob eine Expertenregierung unter dem proserbischen Hochschullehrer Zdravko Krivokapić ins Amt. Aufgrund der Anzahl von zwölf Ministerinnen und Ministern sowie deren Nähe zur Serbisch-Orthodoxen Kirche

sprach man in Montenegro scherzhaft auch von der „Regierung der Apostel". Diese heterogene Koalition war instabil, da ihre Mitglieder nur die Opposition zu Đukanović einte. Besonders die DPS und ihre Verbündeten warnten davor, dass Montenegro sich von der EU abwenden und Serbien sowie Russland annähern könnte. Doch trotz serbisch-nationalistischer Kräfte in der Regierung kam es nicht zu einer solchen Abkehr. Die Westbindung ist bei der Mehrheit der Bevölkerung weiterhin populär. Laut Eurobarometer von Oktober 2024 gaben 71 Prozent an, dass sie eine EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten.[17] 67 Prozent würden für einen Verbleib in der NATO stimmen – eine steigende Tendenz, wohl beeinflusst durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.[18]

Die Regierung Krivokapić zerbrach schnell an internen Spannungen zwischen proserbischen und liberalen Kräften und stürzte im Februar 2022 durch ein Misstrauensvotum. Trotz ihrer kurzen Regierungszeit haben sich in ihr Schlüsselfiguren für Montenegros aktuelle politische Landschaft hervorgetan, darunter der derzeitige Premierminister Milojko Spajić, ein Finanzexperte mit Stationen in Tokio, Paris, New York und Singapur, sowie der derzeitige Präsident Jakov Milatović, ein Wirtschaftswissenschaftler mit ebenfalls zahlreichen Auslandserfahrungen. Gemeinsam entwickelten sie das populäre Wirtschaftsprogramm „Europa Jetzt", das höhere Löhne und Renten vorsah. Nach dem Bruch der Regierung gründeten Spajić und Milatović im Juni 2022 die „Bewegung Europa Jetzt!" (PES), der sich später auch Olivera Injac anschloss, eine führende Sicherheitsexpertin, die unter Krivokapić Verteidigungsministerin war. Mit dem Sieg Milatovićs bei der Präsidentschaftswahl 2023 beendete diese kleine Gruppe international erfahrener Fachleute schließlich endgültig die drei Jahrzehnte währende Ära Đukanović.

Der erste grüne Premierminister

Nach dem Scheitern der Expertenregierung von Krivokapić übernahm im April 2022 der damals 36-jährige Dritan Abazović die Rolle des Premierministers einer Minderheitsregierung. Diese wurde von der DPS toleriert. Abazovićs Versprechen waren die Bekämpfung von Korruption, die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und die Fortsetzung der Bemühungen um eine EU-Integration Montenegros. Doch nach nicht einmal vier Monaten scheiterte auch Abazović an einem Misstrauensvotum. Zentrales Thema seiner Amtszeit war die Unterzeichnung eines umstrittenen Abkommens mit der Serbisch-Orthodoxen Kirche,



Nur wenige Monate im Amt: Premierminister Dritan Abazović tritt zusammen mit Ministerinnen und Ministern seiner Regierung am 20. August 2022 vor die Presse, nachdem das Parlament der Minderheitsregierung das Vertrauen entzogen hat. Unter ihnen ist auch auch Jovana Marović (2. v. r.), damals Vizeregierungschefin, Außenministerin und Ministerin für Europäische Angelegenheiten.

was wieder einmal zu Spannungen führte. Abazović wollte der Serbisch-Orthodoxen Kirche garantieren, dass ihr Besitz nicht angetastet werde. Das gefiel einigen im Land nicht. Bis zum Oktober 2023 blieb Abazović kommissarisch im Amt, politisch erreichen konnte er aber nicht mehr viel. Geschichte geschrieben hat er trotzdem. Dritan Abazović war nicht nur der erste ethnisch albanische und muslimische Regierungschef Montenegros, er war auch der erste grüne Ministerpräsident auf dem Balkan – und einer der ersten weltweit. Im Juni 2020 trat seine Partei URA der Europäischen Grünen Partei bei.

Für die Anbindung an die europäischen Grünen war Jovana Marović zuständig. Die 47-Jährige sitzt im Sommer 2024 in einem Raststättencafé an der Straße zwischen der touristischen Hochburg Budva und ihrem Geburtsort Kotor. Von dem Glanz der beiden Städte ist hier – neben der Bushaltestelle, ohne Sicht auf die Küste oder historische Altstädte – nichts zu bemerken. Ein eher unüblicher Ort, um ein Interview mit einer ehemaligen stellvertretenden

Ministerpräsidentin zu führen. Jovana Marović ist promovierte Politologin und hat ihre gesamte berufliche und akademische Laufbahn der EU-Integration Montenegros gewidmet. Sie blickt auf die sieben Monate zurück, in denen sie Teil der Regierung Montenegros unter Dritan Abazović war. Als Ministerin für europäische Angelegenheiten war es ihr Job, das Land auf EU-Kurs zu bringen: „Die ersten beiden Monate waren großartig. Es gab sehr viel Unterstützung aus der EU für die Regierung und unsere Ambitionen." Doch darauf folgte für sie schnell die Ernüchterung. Nach fünf weiteren Monaten war die Enttäuschung so groß, dass sie das Handtuch warf und zurücktrat: „Ich entschied mich, die Regierung zu verlassen, nachdem der Vertrag mit der Serbisch-Orthodoxen Kirche unterschrieben war."

Während in den Selbstdarstellungen der Post-Đukanović-Regierungen der Bruch mit dem großen Vorgänger hervorgehoben wird, sieht Marović vor allem Kontinuitäten: „Sie gehen die nötigen Reformen nicht an, missbrauchen öffentliche Mittel und führen sich auf, als würde ihnen die öffentliche Verwaltung gehören. Vor allem bei der Rechtsstaatlichkeit hapert es." Man habe das große Potenzial einer Wechselstimmung verpasst, wirft Marović den neuen Regierenden vor. Als die DPS bei den Parlamentswahlen 2020 abgewählt wurde, lag die Wahlbeteiligung bei knapp 77 Prozent, im Jahr 2023 dann nur noch bei 56 Prozent: „Die Hoffnung ist tot und die Apathie ist zurück." Konkret kritisiert Marović den Klientelismus, bei dem es darum gehe, den eigenen Parteimitgliedern Stellen im öffentlichen Sektor zu verschaffen: „Das Mindset hier ist, dass man loyal zu einer Partei sein muss, wenn man einen Job haben möchte. Es ist am einfachsten, so Vorteile zu bekommen. Viele springen auch von einer Partei zur nächsten."

Das größte politische Hindernis für eine baldige EU-Mitgliedschaft Montenegros bleibt laut Marović aber der Nachbar Serbien, weil in Brüssel und manchen europäischen Hauptstädten die Ansicht vertreten werde, dass es keine Erweiterung in der Region geben solle, solange die Frage der Unabhängigkeit des Kosovo nicht endgültig geklärt sei. Darunter litten dann eben auch Staaten wie Montenegro. Mit ihren Positionen hat sie sich bei der serbischen Regierung unbeliebt gemacht. Als sie im August 2023 am Flughafen Belgrad landete, wurde ihr die Einreise verweigert, weil sie „die Sicherheit Serbiens und seiner Bürger gefährde".[19] Sie sagt dazu: „Ich plane keine weiteren Reisen, solange Vučić an der Macht ist. Es war ein populistisches Schauspiel für die Öffentlichkeit. Sie wollten zeigen, dass sie Menschen bestrafen können, die ihnen nicht gefallen."

„Europa Jetzt!" übernimmt – und zerstreitet sich

Kurz nach Đukanovićs Niederlage bei der Präsidentschaftswahl erlitt die DPS auch bei den Parlamentswahlen im Juni 2023 ein Debakel. Trotz eines breiten Bündnisses erreichte sie nur 23 Prozent der Stimmen. Noch größere Verlierer waren die offen proserbischen Parteien. Wahlsieger wurde die PES mit 25,5 Prozent, womit Präsident und Premierminister nun derselben Partei angehörten. Die Regierungsbildung erwies sich jedoch als schwierig: 81 Sitze verteilten sich auf 18 Parteien, persönliche Animositäten erschwerten Koalitionsverhandlungen, und die DPS sollte außen vor bleiben. Schließlich war die proeuropäische PES auf die Unterstützung der proserbischen und prorussischen Nationalisten von „Za buducnost Crne Gore" (ZBCG, Für die Zukunft Montenegros) angewiesen – man kannte sich aus der Regierung Krivokapić. Um den EU-Beitritt nicht zu gefährden, erhielt ZBCG zunächst keine Ministerämter, dafür jedoch Schlüsselposten im Parlament, der Verwaltung und staatlichen Unternehmen. Doch auch dieses Konstrukt ließ sich nicht lange halten, weil die proserbischen Kräfte auf mehr Einfluss drängten. Im Juli 2024 erhielten sie dann doch Ministerämter, was die *Deutsche Welle* dazu veranlasste zu fragen: „Ist Montenegro für den Westen verloren?"[20] Jovana Marović sieht bei der Regierungsbildung den Einfluss des serbischen Präsidenten am Werk: „Vučić destabilisiert die ganze Region und betrachtet Montenegro als Teil seiner ‚serbischen Welt' und daran kommt aus der EU selbst leider viel zu wenig Kritik."

In der Zwischenzeit haben sich Premierminister Milojko Spajić und Präsident Jakov Milatović zerstritten. Milatović ist Anfang 2024 aus der Partei ausgetreten. Ein Hauptgrund für die Spannungen war die Entscheidung Spajićs, die PES unabhängig von anderen Parteien bei den Wahlen antreten zu lassen, was dem Wunsch Milatovićs nach einer breiteren Koalition widersprach. Zudem kritisierte Milatović offen die Zusammensetzung und Entscheidungen der neuen Regierung, einschließlich des Kurses in außenpolitischen Fragen und der inneren Verwaltung.[21]

Neben den offiziellen Gründen hat aber auch ein Machtkampf zwischen dem Parteivorsitzenden und seinem Stellvertreter – zwischen Präsidenten und Premierminister – stattgefunden: zwei Männeregos, die zu groß für eine friedvolle Koexistenz waren. Vor allem verbat sich Spajić die häufigen Interventionen Milatovićs, worauf dieser entgegnete, dass es seine Pflicht sei, die Regierung zu überwachen und auf Fehler hinzuweisen. Der Präsident Montenegros hat vor allem repräsentative Aufgaben, verfügt aber – anders als in

Deutschland – über weitergehende Befugnisse wie den Oberbefehl über die Streitkräfte.

Als bei der Regierungsumbildung im Juli 2024 die proserbischen Parteien ins Boot geholt wurden, kritisierte Präsident Milatović dies deutlich: „Montenegro ist Opfer des primitivsten politischen Handels und der Verantwortungslosigkeit, die Premierminister Milojko Spajić bei der Führung des Landes kontinuierlich an den Tag legt."[22] Der Vorsitzende der oppositionellen DPS, Andrija Nikolić, wurde noch deutlicher und kommentierte: „Es handelt sich um eine Regierung, die von Moskau und Belgrad aus geführt wird."[23] Am heftigsten reagierte der Nachbar Kroatien. Nach der Regierungsumbildung wurden drei Regierungspolitiker zu unerwünschten Personen im EU-Land erklärt: der Parlamentspräsident Andrija Mandić, der Vizepremierminister Aleksa Bečić und der Abgeordnete Milan Knežević.

Ärger mit Kroatien

Die Beziehungen Montenegros zu Kroatien erreichten einen neuen Tiefpunkt, als das montenegrinische Parlament im Juni 2024 eine Resolution zu den Verbrechen in Jasenovac während des Zweiten Weltkriegs verabschiedete. Zwischen 1941 und 1945 hatten kroatische NS-Kollaborateure der Ustascha im Konzentrationslager Jasenovac zwischen 80 000 und 100 000 Menschen ermordet. Die quantitativ größte Opfergruppe waren Serben, gefolgt von Juden und Roma. Jasenovac war das größte von Kollaborateuren selbst betriebene Todeslager während des Zweiten Weltkriegs. Die Anerkennung des von der Ustascha verübten Völkermords an Serben wäre auch für Kroatien ein wichtiger Schritt. Das kroatische Außenministerium machte allerdings darauf aufmerksam, dass der Zeitpunkt eine Instrumentalisierung der Opfer darstelle, weil es offensichtlich darum gehe, die Srebrenica-Resolution der UN zu konterkarieren.[24] Die UN hatte kurz zuvor im Mai entschieden, den 11. Juli zum Gedenktag für den Völkermord in Srebrenica zu erklären, was in Serbien eine nationalistische Mobilisierung auslöste. Präsident Vučić inszenierte sich in der UN-Generalversammlung in Serbienfahne gehüllt, die Serbisch-Orthodoxe Kirche ließ aus Protest die Glocken läuten und serbisch-nationalistische Kräfte verdrehten die Resolution als angeblichen Angriff auf ihr Volk, wobei sie besonders Deutschland für die Initiative verantwortlich machten.

Dieses Narrativ wurde von den proserbischen Kräften in der montenegrinischen Regierung übernommen, allerdings konnten sie sich nicht vollständig

durchsetzen. Premierminister Milojko Spajić erreichte mit viel Mühe, dass Montenegro die Srebrenica-Resolution in der UN mitträgt. Der Kompromiss mit den proserbischen Kräften bestand darin, dass man neben der UN-Resolution zu Srebrenica eine eigene Resolution zu Jasenovac verabschiedet.[25] Die Europa-Expertin Jovana Marović sagt dazu: „Es ist nicht zielführend für den EU-Beitritt, wenn Montenegro sich mit Kroatien zerstreitet, denn jedes einzelne EU-Land kann die Erweiterung eines neuen Mitgliedstaates verhindern." Marović ist überzeugt, dass die Zusammenarbeit mit den proserbischen und prorussischen Kräften den EU-Beitritt Montenegros weiter verzögern werde und glaubt, dass die PES, DPS und die anderen proeuropäischen Kräfte sich zusammentun sollten: „Die proeuropäischen Kräfte sind klar in der Mehrheit. Es sollten nun Bedingungen dafür aufgestellt werden, unter denen sie zusammenarbeiten."

In Chinas Schuld

Neben diesen Herausforderungen hat die montenegrinische Regierung beim EU-Beitritt finanzpolitisch mit dem Erbe der Ära Đukanović zu kämpfen. Die Schuldenquote Montenegros stieg unter der DPS von 32 Prozent im Jahr 2007 auf 107 Prozent im Jahr 2020, als die Partei abgewählt wurde. Ein Großteil dieses Schuldenbergs geht auf ein einziges Projekt zurück: die A1 – Montenegros erste Autobahn. Geplant ist sie über eine Strecke von 167 Kilometern von der Hafenstadt Bar bis an die serbische Grenzstadt Boljare. Der offizielle Baubeginn war 2009, die Fertigstellung war ursprünglich bis spätestens 2019 geplant. Eröffnet ist bislang jedoch lediglich ein 40 Kilometer langer Abschnitt in der Mitte. Die Regierung Đukanović hatte für den Bau einen Kredit von über einer Milliarde US-Dollar bei der Export-Import-Bank Chinas aufgenommen. Das Antikorruptionsnetzwerk MANS kam zu dem Ergebnis, dass es sich auf den Kilometer gerechnet um die teuerste Autobahn Europas handelt und Đukanović nahestehende Geschäftsleute viel Geld damit verdienten, während der Staat sich in immense Schulden und die Abhängigkeit von China begeben habe.[26] Hinzu kommt, dass die Trasse durch ein Naturschutzgebiet führt, welches erheblichen Schaden nimmt. Der Werbespruch für die Autobahn, „Die Straße ist Leben", wirkt da auf manche zynisch.

Gebaut wird die Autobahn vom chinesischen Unternehmen „Road and Bridge Corporation", das dafür rund 3000 eigene Arbeiter und eigenes Gerät an die Adria gesendet hat. Aufgrund finanzieller und planerischer Probleme



Extrem teuer und mit chinesischem Kredit finanziert: die Autobahn A1, hier die Moračabrücke bei Podgorica

standen lange Zeit dicke Brückenpfeiler einfach in der Berglandschaft herum. Um seine Schulden begleichen zu können, hat Montenegro 2021 bei der EU um finanzielle Hilfe gebeten. Doch die EU-Kommission lehnte ab. Das Bauprojekt habe nie EU-Standards entsprochen, und darüber hinaus sei es nicht die Aufgabe der EU, die Schulden Dritter zu begleichen. Für die Kommission ist das Projekt aus zwei Gründen problematisch: Erstens treibt es die montenegrinischen Schulden in die Höhe und zweitens erhöht es die außenpolitische Abhängigkeit des Landes von China enorm. Beides ist keine gute Grundlage, um bald der EU beizutreten. Die neue Regierung in Montenegro hat sich geirrt, wenn sie hoffte, dass die EU einen Beitrittskandidaten, der auch noch NATO-Mitglied ist, aus Eigeninteresse von seinen Schulden bei China befreien würde.[27]

Derzeit ist aber wieder Licht am Horizont zu erkennen. Die Staatsschulden wurden innerhalb weniger Jahre wieder auf rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesenkt – unter anderem weil die Löhne und damit das BIP pro Kopf seit 2020 stark gestiegen sind. Die Menschen in Montenegro haben tatsächlich mehr Geld in der Tasche, auch inflationsbereinigt. Und auch mit der Autobahn soll es vorangehen. In ihrer Reformagenda hat die Regierung Spajić drei große Projekte im Verkehrsbereich angekündigt, die aus Mitteln der EU im Rahmen des Westbalkan-Wachstumsplans vorgeschlagen wurden und zu denen auch Abschnitte der Autobahn gehören. So übernimmt die EU zwar nicht direkt die Schulden Montenegros, beteiligt sich aber doch am Bau.

Laut dem amtierenden Premierminister soll die Autobahn bis Ende 2030 fertiggestellt sein – und Montenegro zu diesem Zeitpunkt dann seit bereits fast drei Jahre in der EU sein.[28]

Das nächste EU-Mitglied?

Das Ziel, im Jahr 2028 EU-Mitglied zu werden, hält Jovana Marović für unrealistisch: „Da müsste die EU schon beide Augen zudrücken." 2030 hingegen könnte klappen, aber nur wenn „die aktuelle Regierung sich wirklich um Reformen bemüht und klar auf einem proeuropäischen Pfad bleibt". Die Mehrheit der Bevölkerung will in die EU. Doch das Land ist auch polarisiert zwischen dem alten Machtapparat der DPS und neuen proeuropäischen Kräften sowie zwischen jenen, die auf ihre montenegrinische Nationalidentität pochen, und jenen, die das Land als Teil der „serbischen Welt" sehen.

Mehr als drei Jahrzehnte wurde das Land von Milo Đukanović beherrscht. Seine Regierungszeit ist geprägt von der Westintegration, der Förderung der montenegrinischen Nationalidentität und der Unabhängigkeit des Landes, aber auch von seiner autoritären Führung, Kriminalität und Korruption. Somit wurde der frühere Förderer der EU-Integration zu deren Hindernis. Es gewann eine Partei die Wahlen, die sich „Bewegung Europa Jetzt!" nennt und einerseits mit höherem Lebensstandard und schnellerem EU-Beitritt wirbt, andererseits aber auf serbische Nationalisten als Mehrheitsbeschaffer setzt, weil sie als Anti-Đukanović-Partei nicht mit der DPS zusammenarbeiten möchte. Konflikte, die eng mit Fragen zur nationalen Identität Montenegros verbunden sind, verschärfen sich zusätzlich durch die Spannungen mit der Serbisch-Orthodoxen Kirche, aber auch dadurch, dass die serbischen Nachbarn versuchen, in Montenegro mitzumischen.

Montenegro steht auf Kurs für einen zeitnahen EU-Beitritt, aber die Einflussnahme Serbiens, der Kampf um die nationale Identität und das Erbe der autoritären Führung Đukanovićs stellen weiterhin Herausforderungen dar. Dabei spiegeln sich in Podgorica Konflikte, die so ähnlich auch in Brüssel stattfinden. Auch dort gibt es mächtige Kräfte von rechts, die an einem Scheitern der Union arbeiten. Der Schriftsteller Nikola Malović aus Herceg Novi schätzt: „Vielleicht wird Montenegro in die EU aufgenommen. Aber es wird wie die Ankunft auf einer Party, die schon vorbei ist." Es hängt auch von den Entwicklungen in der EU selbst ab, ob er damit recht behalten wird.


JA - USLUGA - PRODAJA

8. Kroatien



8.1 Das Ende der „EU-Phorie"

Im Moment seines größten Triumphs kann sich Zoran Milanović eine gewisse Süffisanz nicht verkneifen. „Es gibt da noch eine Kategorie von Bürgern, die für mich gestimmt haben, genau wie ihr", ruft er seiner im Siegestaumel schwelgenden Anhängerschaft am Abend des 12. Januar 2025 zu, „Mitglieder und Wähler der HDZ."[1] Applaus brandet auf. Die Menge ruft seinen Spitznamen: „Zoki! Zoki!" hallt es durch den Raum, während im Hintergrund auf einer Videoleinwand in großen Lettern das Wort *„Hvala"* (Danke) erscheint. Soeben hat Milanović die zweite Runde der kroatischen Präsidentschaftswahlen mit sagenhaften 75 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich entschieden und seinen Konkurrenten Dragan Primorac – aufgestellt von der konservativen Regierungspartei HDZ – geradezu gedemütigt. Tatsächlich legt das Ergebnis nahe, dass auch ein nicht geringer Anteil der HDZ-Anhängerschaft für ihn gestimmt und ihm damit zu seiner zweiten Amtszeit verholfen hat.

Rückblende in den April 2024: Knapp neun Monate vor Milanovićs Triumph ist es ein anderer Mann, der sich von seinen Anhängern feiern lässt. In der Parteizentrale der HDZ (Hrvatska demokratska zajednica, „Kroatische Demokratische Gemeinschaft") tritt Premier Andrej Plenković ans Mikrofon und verkündet stolz, dass seine Partei „zum dritten Mal in Folge überzeugend die Parlamentswahl gewonnen hat". Die Videoleinwand in seinem Rücken erstrahlt in sattem Blau, der Parteifarbe der HDZ. Die Konservativen sind mit 34,4 Prozent wieder einmal deutlich stärkste Kraft im kroatischen Parlament, dem Sabor, geworden und werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erneut die Regierung des Landes anführen. Auch Plenković kann sich den einen oder anderen Seitenhieb auf die politische Konkurrenz nicht verkneifen. „Ich will auch den anderen politischen Parteien gratulieren", sagt er zunächst

Bild S. 282/283: Wenige Tage vor dem EU-Beitritt des Landes präsentiert eine Näherin in einer Zagreber Fabrik eine neu hergestellte EU-Flagge, 28. Juni 2013.



Präsident Zoran Milanović lässt sich am Abend des 12. Januar 2025 vor seinen Anhängern für seine Wiederwahl feiern.

staatsmännisch, und fügt dann zur Erheiterung seiner Anhängerschaft hinzu: „die bei diesen Wahlen von der HDZ besiegt worden sind".[2]

Milanović gibt an diesem Aprilabend nach der Parlamentswahl keine Erklärung ab. Er stand nicht zur Wahl – zumindest nicht offiziell. Als Staatsoberhaupt darf er keiner Partei angehören. Deshalb trat er nach seinem ersten Einzug in den Präsidentenpalast auf dem Zagreber Pantovčak 2020 aus der sozialdemokratischen SDP (Socijaldemokratska partija Hrvatske) aus.[3] Zu Beginn des Wahlkampfs 2024 hatte Milanović aber zur allgemeinen Überraschung verkündet, das Präsidentenamt aufgeben und stattdessen als Premier die Regierungsgeschäfte übernehmen zu wollen, sollte das von den Sozialdemokraten geführte Oppositionsbündnis mit dem poetischen Namen „Rijeke Pravde" (Flüsse der Gerechtigkeit) die Wahl gewinnen. Als Spitzenkandidat der SDP konnte Milanović nicht auftreten. Dafür hätte er umgehend als Staatspräsident zurücktreten müssen, wie das kroatische Verfassungsgericht klargestellt hatte.[4] So begann der Wahlkampf mit einer von ihm verantworteten Farce, in der Milanović zwar Spitzenkandidat war, aber nicht als solcher auftreten durfte – und endete damit, dass die SDP und ihre Verbündeten mit 25 Prozent weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz landeten. Eine Mehrheit für einen Premierminister Milanović gab es 2024 offensichtlich nicht.

Die kroatische Wählerschaft hat es also geschafft, innerhalb weniger als eines Jahres zwei sich auf den ersten Blick klar widersprechende Voten abzugeben. Auf der einen Seite das dritte Mandat in Folge für Premier Plenković

von der HDZ, einen EU- und NATO-freundlichen Pragmatiker, unter dessen Ägide Kroatien in den Schengen-Raum und die Währungsunion aufgenommen wurde. Zumindest bis dahin hatte sich Plenković stets als klassischer Konservativer präsentiert, der – allem obligatorischen Patriotismus zum Trotz – nicht durch offenen Nationalismus oder minderheitenfeindliche Hetze aufgefallen war. Auf der anderen Seite die triumphale Wiederwahl Milanovićs, der 2020 als Kandidat des Mitte-links-Lagers das Präsidentenamt eroberte, um sich dann im Laufe seiner ersten Amtszeit zum polternden Kritiker der EU, der NATO und des „kollektiven Westens“[5] zu wandeln. Der ebenso Verständnis für Ungarns Autokraten Viktor Orbán[6] zeigt wie für Milorad Dodik,[7] den korrupten und nationalistischen Präsidenten der bosnischen Teilentität Republika Srpska. Und der insbesondere die Ukraine-Politik des Westens – bei allem Bedauern über den Angriffskrieg Russlands – für wahnwitzig hält. Vielleicht aber kommt in diesen scheinbar widersprüchlichen Voten der kroatischen Wählerschaft auch schlicht eine Ambivalenz zum Ausdruck, wie sie für den kroatischen Staat seit seiner Entstehung vor etwas mehr als drei Jahrzehnten kennzeichnend ist: Der Sehnsucht nach Integration in die „westliche Welt“ und die EU auf der einen Seite steht der Wunsch nach Abgrenzung von großen, transnationalen Gebilden auf der anderen gegenüber.

Das Versprechen

Eine zügige Anbindung Kroatiens an Westeuropa gehörte zu den Verheißungen, mit denen der Staatsgründer Franjo Tuđman Anfang der 1990er-Jahre für das Projekt der staatlichen Unabhängigkeit warb. Etwas mehr als einen Monat nach den ersten freien Wahlen in der damals noch zu Jugoslawien gehörenden Teilrepublik Kroatien verkündete der Anführer der neu gegründeten HDZ am 30. Mai 1990 im kroatischen Parlament: „Zeitgleich mit der demokratischen Umgestaltung müssen alle notwendigen Schritte für eine möglichst schnelle Einbindung Kroatiens in die Europäische Gemeinschaft unternommen werden.“[8] Im Geschichtsverständnis Tuđmans, einem Historiker und ehemaligen General der Jugoslawischen Volksarmee, handelte es sich dabei eher um eine Rückkehr zu den eigenen Ursprüngen als um eine Hinwendung zu etwas gänzlich Neuem: Kroatien sei auch in Zeiten „eingeschränkter staatlicher Subjektivität“ stets „untrennbar mit der westeuropäischen Zivilisation verbunden“ gewesen. Keine 13 Monate nach Tuđmans Parlamentsansprache, am 25. Juni 1991, verkündete

das kroatische Parlament die Unabhängigkeit von Jugoslawien, nachdem eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung diese bei einem Referendum befürwortet hatte (siehe auch Kap. 2). Nach Auffassung der Unabhängigkeitsbefürworter hatte sich Kroatien damit auf den Weg „zurück nach Westeuropa" gemacht.

Dieser Weg sollte jedoch alles andere als ein Spaziergang werden – eher ein langer und anstrengender Marsch, an dessen Ende von der ursprünglichen Begeisterung für Europa nur noch wenig zu spüren war. Am 22. Januar 2012 mussten die Bürgerinnen und Bürger Kroatiens einmal mehr in einem Referendum über die Zukunft des Landes abstimmen. Diesmal ging es um den lange versprochenen Beitritt zur Europäischen Union. Wenig überraschend sprach sich eine Mehrheit von 66 Prozent dafür aus – allerdings mit einer Wahlbeteiligung von gerade einmal 43,5 Prozent. Vom Wunschtraum war der Beitritt für viele offenkundig zu einer Nebensächlichkeit verkommen.

Dass der geplante „Sprint" Kroatiens in die EU zu einem Marathonlauf wurde, hat vielfältige Gründe. Verglichen mit dem benachbarten Slowenien – das bereits 1996 zum Beitrittskandidaten avancierte und nur acht Jahre später, 2004, in die EU aufgenommen wurde – traf der Zerfall Jugoslawiens Kroatien ungleich härter. Hatten in Slowenien die Kämpfe zwischen Jugoslawischer Volksarmee und slowenischer Territorialverteidigung im Sommer 1991 nur zehn Tage gedauert und weniger als 100 Tote gefordert,[9] kam es in Kroatien zu einem Krieg, der große Teile des Landes schwer in Mitleidenschaft zog. In den mehrheitlich von Serben bewohnten Gebieten, insbesondere in West- und Ostslawonien sowie der Krajina (der ehemaligen österreichisch-ungarischen Militärgrenze), riefen Aufständische mit Unterstützung der Jugoslawischen Volksarmee und des serbischen Milošević-Regimes eine unabhängige „Republika Srpska Krajina" aus. Ende 1991 hatten die serbischen Separatisten ein gutes Drittel Kroatiens unter ihre Kontrolle gebracht und den allergrößten Teil der nicht serbischen Bevölkerung durch gezielte Gräueltaten vertrieben. An diesem Zustand sollte sich in den kommenden vier Jahren nichts Wesentliches ändern, auch wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) die kroatische Unabhängigkeit am 15. Januar 1992 geschlossen anerkannten. Dass in den Jahren nach der Unabhängigkeit wichtige Schritte zur Integration des jungen Staates in europäische Strukturen versäumt wurden, lässt sich aber nicht allein auf den Kroatienkrieg zurückführen. Auch der Mann, der den Kroatinnen und Kroaten eine möglichst schnelle Einbindung in die EG in Aussicht gestellt hatte, trug wesentlich dazu bei.



Präsident Franjo Tuđman hält am 8. Juni 1997 eine Rede am stark beschädigten Bahnhof von Vukovar. Die Stadt wurde zum Symbol der Verheerungen des Krieges, nachdem sie 1991 mehrere Monate von serbischen Kräften belagert, weitgehend zerstört und zum Ort massiver Kriegsverbrechen geworden war.

Dabei entsprach das demonstrative Bekenntnis Franjo Tuđmans zu „Westeuropa“ durchaus seinen Überzeugungen. Sicherlich steckten dahinter auch pragmatische Überlegungen, wonach ein vergleichsweise kleiner Staat mit damals 4,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ohne Integration in die Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen Westeuropas kaum überlebensfähig sein würde. Tuđman vertrat aber auch die nationalistische beziehungsweise kulturalistische Ansicht, Kroaten und Slowenen würden einem grundsätzlich anderen Kulturkreis angehören als etwa Serben und Bosniaken. Sein „Ja zu Europa“ bedeutete unweigerlich – und vielleicht sogar vorrangig – ein „Nein zu Jugoslawien“.

Kroatiens Staatsgründer erwies sich bald selbst als alles andere als ein Musterdemokrat und Freund der Rechtsstaatlichkeit. Während er die Expansionspolitik Serbiens auf Kosten Kroatiens verdammte, unterstützte er seinerseits die separatistischen Bestrebungen der Kroaten in Bosnien-Herzegowina sowohl politisch als auch militärisch und verhandelte mit seinem Belgrader Gegenspieler Slobodan Milošević über die Aufteilung des Nachbarlandes zwischen Kroatien und Serbien.[10] Erst auf internationalen Druck hin ließ die kroatische Staatsführung von diesen Bestrebungen ab.

Trotz der erfolgreichen Rückeroberung der serbisch kontrollierten Gebiete Kroatiens im August 1995 und dem Ende des Bosnienkriegs wenige Monate

später gilt insbesondere die zweite Hälfte der 1990er-Jahre als „bleierne Zeit“ in Kroatien. Der zunehmend nationalistisch-autoritäre Kurs Tuđmans hatte dazu geführt, dass die bereits beschlossene Aufnahme des Landes in das PHARE-Programm zur Unterstützung des EG- beziehungsweise EU-Beitrittsprozesses ausgesetzt und Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen abgebrochen wurden.[11] Innenpolitisch verstärkte sich ein Klima der Repression gegenüber Opposition und kritischen Medien. Die ökonomische Transformation zur Marktwirtschaft, inklusive der Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe, war von Nepotismus, Korruption und Klientelismus geprägt.

Am 10. Dezember 1999 starb Franjo Tuđman. Er und seine Partei, die HDZ, hatten Kroatien zunächst in die Unabhängigkeit und anschließend durch ihren nationalistischen Kurs schnurstracks in die internationale Isolation geführt. Als einziges ausländisches Staatsoberhaupt wohnte der türkische Präsident Süleyman Demirel seinem Begräbnis bei. Die Aufgabe, die Weichen in Richtung EU-Integration zu stellen, sollte nach einen knappen Jahrzehnt der Eigenstaatlichkeit nun ausgerechnet einem Mann zufallen, der ursprünglich für einen Verbleib Kroatiens in einem jugoslawischen Staatsverbund geworben hatten: Ivica Račan, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen SDP – der Partei also, aus der auch der aktuelle Staatspräsident Milanović hervorgegangen ist.

Die Ernüchterung

Knapp 23 Jahre nach dem Tod Tuđmans steht Zoran Milanović Ende Dezember 2022 in der Aula einer Zagreber Militärakademie, die wie zahlreiche Institutionen in Kroatien nach dem Staatsgründer benannt ist. Milanović hält vor einer Handvoll Mikrofonen einen seiner berüchtigten Kurzvorträge. Dabei lässt er kein gutes Haar an der Europäischen Union. Die „Zentralregierung in Brüssel“ behandele Kroatien wie einen Vasallen, nicht wie ein gleichberechtigtes Mitglied. Auf seine Anfrage, ob sich kroatische Soldaten an der EU-Militärmission Althea[12] im Nachbarland Bosnien-Herzegowina beteiligen könnten, habe Kommissions-Vize Josep Borrell nicht nur herablassend reagiert, sondern auch noch „erfundene Resolutionen“ ins Feld geführt und auch ansonsten nur „Lügen, Lügen, Lügen“ verbreitet. Als eine Reporterin einwirft, dass sie noch nie jemanden so schlecht über die „Führer der EU“ habe reden hören, muss Milanović aus seiner Sicht etwas richtigstellen: „Moment mal, wie kommen Sie darauf, dass das Führer sind?“ Wer Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen denn gewählt habe, will Milanović wissen, und wer Borrell? „Diese

Leute sind als Ergebnis politischer Absprachen auf ihre Position gekommen. Das wissen wir doch alle." Ganz im Gegensatz zu ihm selbst natürlich. „Mich hat das kroatische Volk gewählt."[13]

Welche Frage genau die minutenlange Suada des kroatischen Staatspräsidenten ausgelöst hat, bleibt unklar. Wer als Journalistin oder Journalist Milanović ein Mikrofon vor den Mund hält, muss sich auf derartige Kurzvorträge gefasst machen: über die mangelnde Legitimation und die Übergriffigkeit der Politiker im fernen Brüssel, über die vermeintliche Unterdrückung der ethnischen Kroaten in Bosnien-Herzegowina, über die angeblich unfaire Politik des „kollektiven Westens", die letztlich Mitschuld trage am Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Milanovićs populistische Reden sind inzwischen sein Markenzeichen. Abgesehen von dem Verständnis, das er gegenüber den Ansprüchen Russlands aufbringt, könnte es sich in weiten Teilen auch um drei Jahrzehnte alte Ansprachen von Staatsgründer Franjo Tuđman handeln. Tatsächlich ziehen politische Kommentatoren spätestens seit Mitte der ersten Amtszeit Milanovićs immer häufiger den Vergleich zum Staatsgründer, sprechen gar von einer neuen Ära des „Tuđmanismus".[14] Auch Milanović selbst scheut den Vergleich schon lange nicht mehr. Als er 2024 zur Wiederwahl antrat, lautete sein Wahlmotto *„Predsjednik za Predsjednika"* (Den Präsidenten als Präsidenten) – exakt denselben Slogan hatte auch Tuđman bei seiner Wiederwahlkampagne 1997 verwendet.

Auch wenn sich Milanović und Tuđman in ihrer Rhetorik ähneln mögen – etwa in der Überbetonung nationaler Souveränität und der brüskierten Zurückweisung äußerer Einflussnahme –, unterscheidet sie doch Wesentliches. Ganz besonders gilt das in Bezug auf ihre Machtbefugnisse. Denn kaum hatte die SDP unter Ivica Račan im Jahr 2000 im Bündnis mit den Liberalen die Regierung übernommen, machte sie sich nicht nur daran, die internationale Isolation Kroatiens aufzubrechen, sondern auch, den Staat insgesamt zu demokratisieren. Das Präsidentenamt, bis dahin mit weitreichenden exekutiven Befugnissen versehen, wurde auf eine größtenteils repräsentative Funktion zurechtgestutzt.[15] Die eigentliche Regierungsführung oblag nun dem Ministerpräsidenten. Milanović mochte 2022 reden wie Tuđman in den 1990er-Jahren, so regieren wie er damals konnte – und kann – er nicht. Dafür hat die Partei gesorgt, der Milanović von 1999 bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten 2020 angehörte.

Der Politikwechsel unter Račan zeitigte rasch Erfolge. Bereits im Oktober 2001 unterzeichnete Kroatien ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU. Im Februar 2003 stellte die Regierung in Zagreb das offizielle



Hat neue Akzente gesetzt im Umgang mit Kriegsverbrechen in der eigenen Geschichte: Kroatiens Ministerpräsident Ivica Račan, hier bei einer Kranzniederlegung am Denkmal des Unbekannten Soldaten in Bulgarien, 7. Mai 2003.

Beitrittsgesuch. Die Thessaloniki-Agenda vom Juni 2003 (siehe Kap. 1) weckte die Hoffnung, das Land könne möglicherweise bereits 2007 zusammen mit Bulgarien und Rumänien beitreten.[16] Doch während der Bruch mit dem Tuđmanismus der 1990er-Jahre für Kroatien eine außenpolitische Notwendigkeit war, wurde sie der Regierung Račan innenpolitisch zum Verhängnis. Insbesondere die – wenn auch teilweise noch zurückhaltende – Bereitschaft, Kriegsverbrechen der kroatischen Seite im Unabhängigkeitskrieg zu adressieren und mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) zusammenzuarbeiten, brachten Teile der Bevölkerung gegen die Reformregierung auf.

Angestachelt wurden sie dabei auch von der HDZ, die systematisch an ihrer Rückkehr an die Macht arbeitete: Den „Verrat Račans“ an den „kroatischen Generälen“ machten die Erben Tuđmans mit Erfolg zum Wahlkampfthema, noch bevor der Wahlkampf überhaupt begonnen hatte. Vor einer Menge von nicht weniger als 100 000 Demonstrantinnen und Demonstranten in der Hafenstadt Split empörte sich etwa im Februar 2001 der HDZ-Vorsitzende Ivo Sanader: „Keine Nation würde ihre Helden im Stich lassen. Auch Kroatien wird seine besten Söhne nicht preisgeben – das sind General Bobetko und all die anderen Generäle, inklusive jener, die gerade nicht anwesend, aber doch im Geiste bei uns sind, wie General Mirko Norac.“[17]

Ausgerechnet Ivo Sanader, der die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ öffentlich infrage stellte sowie Stimmung gegen das Stabilisierungs- und



100 000 Menschen demonstrieren in Split gegen die strafrechtliche Verfolgung des Ex-Generals Mirko Norac und gegen die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ, 11. Februar 2001.

Assoziierungsabkommen mit der EU machte, sollte Račan Ende 2003 als Ministerpräsident ablösen. Die Reaktionen auf die erneute Machtübernahme der HDZ fielen seitens der europäischen Partner Kroatiens zunächst unterkühlt aus. Vielfach wurde ein Rückfall in den Tuđmanismus der 1990er-Jahre befürchtet. Tatsächlich aber zeigte sich schon bald, dass Sanader bestrebt war, die HDZ in eine christlich-konservative Partei nach westeuropäischem Vorbild zu transformieren. Dazu gehörte – aller Abgrenzungsrhetorik zum Trotz – die konsequente Weiterverfolgung der von der SDP-Regierung eingeleiteten EU-Integration. Im Juni 2004 erhielt Kroatien folglich den Status eines Beitrittskandidaten.

Nicht vom Tisch war damit das weiterhin heikle Thema der Anklagen gegen diverse kroatische Generäle aus dem Unabhängigkeitskrieg. Der ursprünglich anvisierte Beginn der Beitrittsverhandlungen am 17. März 2005 musste auf Oktober verschoben werden, weil Kroatien nach Ansicht der IStGHJ-Chefanklägerin Carla del Ponte nicht vollumfänglich mit dem Gerichtshof in Den Haag kooperierte. Die Regierung Sanader musste dabei den Balanceakt bewerkstelligen, einerseits den Forderungen der internationalen Partner nachzukommen, diesen Schwenk andererseits jedoch auch ihrer nationalkonservativen Wählerbasis zu erklären, die weiterhin am Heldenkult um die Generäle festhielt.

Letztlich konnte das Land diese Zerreißprobe wohl nur bewältigen, weil es die konservative Staatsgründungspartei HDZ war, die sich in dieser Frage verhandlungsbereiter zeigte als erwartet. Es steht zu vermuten, dass eine linke Regierung mit wesentlich mehr Widerstand sowohl im Parlament als auch in der kroatischen Öffentlichkeit hätte rechnen müssen. 2005 wurde der lange

flüchtige General Ante Gotovina[18] auf Teneriffa festgenommen und nach Den Haag überstellt. Wie sich später bestätigen sollte, hatten kroatische Ermittlungsbehörden die entscheiden Hinweise für die Festnahme geliefert.[19]

Die Annäherung an die EU hatte somit aus Sicht vieler Kroatinnen und Kroaten durchaus einen hohen Preis: Der Nationalmythos vom gerechten und reinen Befreiungskrieg wurde befleckt, die Helden der 1990er-Jahre fanden sich plötzlich auf Anklagebänken in Den Haag wieder. Es war die erste Ernüchterung auf dem „Weg zurück nach Europa" – die letzte sollte es nicht sein. Dass die Bevölkerung diese Entwicklung vergleichsweise widerspruchslos akzeptierte, ist wohl dem Umstand zu verdanken, dass die beiden großen politischen Blöcke des Landes diesen Kurs ab Mitte der 2000er-Jahre gemeinsam trugen.

Ivo Sanader und seiner HDZ wurde ihr Schwenk von der Wählerschaft jedenfalls verziehen. Bei den Parlamentswahlen 2007 wurde die Partei erneut stärkste Kraft. In Sanaders zweite Amtszeit fielen dann allerdings zwei Ereignisse, die die Begeisterung für die EU-Mitgliedschaft weiter abkühlen ließen. Wegen eines Streits um Seegrenzen und Fischereirechte in der Bucht von Piran blockierte das EU-Mitglied Slowenien ab Dezember 2008 zehn Monate lang die Öffnung der letzten elf Verhandlungskapitel für den EU-Beitritt Kroatiens. Der ursprünglich für 2011 angedachte Beitritt wurde daraufhin auf unbestimmte Zeit verschoben. Zugleich traf die Weltfinanzkrise von 2008 das Land mit voller Wucht: 2009 brach die Wirtschaftsleistung um 6,8 Prozent ein und schrumpfte in den folgenden fünf Jahren weiter. Erst 2015 konnte wieder ein leichtes Wachstum verzeichnet werden.[20]

Doch weder die Verhaftung der Generäle noch die slowenische Beitrittsblockade noch die fatalen Auswirkungen der Finanzkrise beendeten Sanaders politische Karriere. Dafür musste er selbst sorgen: Im Juli 2009 verkündete der Premier überraschend seinen Rücktritt ohne eine nähere Begründung. Anderthalb Jahre später, im Dezember 2010, wurde aufgrund von Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit dem Skandal um die Hypo Alpe-Adria-Bank seine parlamentarische Immunität aufgehoben. Sanader versuchte sich ins Ausland abzusetzen – und wurde schließlich auf einer Autobahn in Österreich festgenommen. In drei verschiedenen Verfahren wurde er zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 18 Jahren verurteilt.[21]

Gut ein Jahr nach Sanaders Verhaftung wurde seine Partei – die ihn inzwischen ausgeschlossen hatte – bei den Parlamentswahlen abgestraft. Eine Koalition unter Führung der Sozialdemokraten übernahm erneut die Regierung. Die SDP hatte elf Jahre zuvor die Weichen in Richtung EU-Beitritt gestellt, die HDZ



Ex-Premier Ivo Sanader am ersten Prozesstag vor Gericht in Zagreb, 28. Oktober 2011

unter Sanader in den Jahren darauf den Zug ins Rollen gebracht. Nun musste ihn der nächste Premierminister noch sicher in den Bahnhof lenken. Eine Aufgabe, die niemand Geringerem zufiel als Zoran Milanović.

Das nicht ganz so neue „Normal"

Ende Januar 2025 wird der Journalist Erich Rathfelder Zeuge merkwürdiger Szenen an der dalmatinischen Adriaküste: „Gähnende Leere an der Tankstelle in der kroatischen Hafenstadt Trogir, vor den Einkaufsmärkten Lidl und dm stehen nur einzelne Autos; in den sonst so überfüllten Cafés an der Uferpromenade von Split, wo man normalerweise nur mit Glück einen Platz ergattern kann, schauen unterbeschäftigte Kellner versonnen in die Ferne", hält der Balkan-Korrespondent der *Tageszeitung* fest.[22] Klar ist: Es wird gestreikt. Aber es sind nicht die Arbeitnehmer, die in den Ausstand getreten sind. Tatsächlich sind es die Konsumenten, die den Einzelhandel in Kroatien boykottieren. Organisiert von Verbraucherschützern über die Facebook-Gruppe „Halo Inspektore" richtet sich die Protestaktion gegen die hohen und immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten im Land – allen voran die hohen Preise für Lebensmittel. Am 24. Januar, dem ersten Boykott-Freitag, zu dem „Halo Inspektore"

aufgerufen hat, verzeichnen Einzelhandel und Gastronomie tatsächlich einen Umsatzeinbruch von rund 50 Prozent.[23]

Die Klage, dass man im Land „mit kroatischen Gehältern deutsche Preise" bezahlen müsse, ist nicht neu. Doch so berechtigt wie seit dem Ende der Coronapandemie war sie selten. Im Dezember 2024 lag die Inflationsrate in Kroatien bei 4,5 Prozent und damit fast doppelt so hoch wie im EU-Schnitt. Die Lebensmittelpreise sind seit 2022 um gut 30 Prozent gestiegen.[24] Knapp zwölf Jahre nach dem Beitritt zur EU hat sich für die kroatischen Verbraucherinnen und Verbraucher das Versprechen auf eine goldene Zukunft nicht erfüllt – zumindest nicht fühlbar in ihrem Lebensalltag.

Dabei belegen zahlreiche Indikatoren, dass Kroatien vom EU-Beitritt und der später erfolgten Integration in den Schengen-Raum und die Währungsunion profitiert hat. Im Beitrittsjahr 2013 lag das durchschnittliche Nettomonatsgehalt noch bei umgerechnet 718 Euro.[25] Ende 2024 überschritt es die Marke von 1 300 Euro.[26] Die Arbeitslosenquote, die im Jahr des EU-Beitritts bei 17,3 Prozent lag, ist mittlerweile auf etwas mehr als 5 Prozent gefallen. Allerdings haben in den Jahren 2013 bis 2023 auch rund 390 000 Menschen das Land verlassen. Unabhängig wurde Kroatien 1991 mit rund 4,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, inzwischen sind es nicht einmal mehr 4 Millionen.

Von der ambivalenten Entwicklung im Land ist in Andrej Plenkovićs Siegesansprache nach der von der HDZ gewonnenen Parlamentswahl im April 2024 wenig zu hören. Mit einem kleinen Seitenhieb macht er sich über die Oppositionsparteien lustig, die immer noch von einer „Regierung der nationalen Rettung" fantasieren würden. „Die soll uns dann wahrscheinlich vor Schengen, dem Euro, Rafale-Flugzeugen, der Pelješac-Brücke und LNG-Terminals retten."[27] Die Botschaft ist klar: Kroatien befindet sich unter seiner inzwischen acht Jahre währenden Ägide im Aufwind und muss von niemandem gerettet werden. An diesem Abend genießt Plenković seinen neuerlichen Triumph über Dauerkontrahent Zoran Milanović (bei der Parlamentswahl 2016 hatte er ihn das erste Mal besiegt). Dessen Kalkül, seine Popularität als Präsident zu nutzen, um Plenković das Ministerpräsidentenamt streitig zu machen, ist nicht aufgegangen.

Milanovićs Amtszeit als Ministerpräsident von 2011 bis 2015 war trotz des endlich vollzogenen EU-Beitritts dagegen weitgehend glücklos verlaufen. Die von ihm angeführte Regierung fand kein Rezept, um das Land aus der seit 2009 andauernden Rezession herauszuführen. Zugleich musste sie sich zahlreicher Angriffe der nationalistischen und klerikalen Rechten im Land erwehren, angetrieben auch von der wieder nach rechts gerückten HDZ unter Führung von



Ministerpräsident Plenković jubelt nach der Bekanntgabe der vorläufigen Ergebnisse der Parlamentswahl seinen Anhängern zu, 18. April 2024.

Tomislav Karamarko. 2015 endeten die Parlamentswahlen im Patt zwischen HDZ und SDP. Den Konservativen gelang es allerdings, ein Regierungsbündnis mit der klerikalen Partei MOST zu schließen, dem der parteilose Tihomir Orešković als Premier vorstand. In Erinnerung geblieben ist der in Kanada aufgewachsene Orešković vor allem durch zahlreiche sprachliche Patzer.[28] Seine Amtszeit währte nur von Januar bis Oktober 2016. Bereits im Juni 2016 entzog ihm das Parlament das Vertrauen, wobei auch HDZ und MOST für seine Abberufung stimmten. In die darauffolgenden Neuwahlen mussten die Konservativen allerdings ohne ihren Frontmann, den nationalistischen Scharfmacher Karamarko, ziehen. Dieser stolperte über einen Interessenkonflikt, als herauskam, dass seine Frau beim Verkauf von Anteilen des teilstaatlichen Mineralölkonzerns INA an den ungarischen Konkurrenten MOL als Beraterin tätig gewesen war.

Stattdessen schlug die Stunde von Andrej Plenković, einem bis dahin zwar in politischen Kreisen durchaus profilierten, in der Öffentlichkeit aber kaum wahrgenommenen Europapolitiker. Seine Unauffälligkeit sollte ihm nach dem Duell der „Lautsprecher“ Karamarko und Milanović zugutekommen. Der ideologisch aufgeladene Dauerwahlkampf in den Jahren 2015 und 2016 hatte die Öffentlichkeit offenkundig ermüdet. Die HDZ konnte bei den vorgezogenen Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil ausbauen und Plenković wurde Ministerpräsident. Milanović verkündete nach diesem ersten gescheiterten Versuch, das Ministerpräsidentenamt zurückzuerobern, seinen Rückzug aus der Politik.

Plenković übernahm die Regierungsgeschäfte zu einem Zeitpunkt, als für Kroatien die Vorteile der EU-Mitgliedschaft allmählich spürbar wurden. In den folgenden acht Jahren positionierte er sich als „Mann der Mitte", der zwar selten auf Konfrontationskurs mit Nationalisten ging, seinerseits aber auch nicht mit nationalistischen Tönen auffiel und trotz parteiinterner Kritik Vertreter der serbischen Minderheit in die Regierungskoalition einband. Die acht Jahre Plenković-Regierung bis zu einer Wiederwahl 2024 bedeuteten aus Sicht der kroatischen Wählerinnen und Wähler: langsamer, aber stetiger Fortschritt ohne Euphorie oder Utopie; ein stetiges „Weiter so", inklusive Begleiterscheinungen, die inzwischen von der Bevölkerung resigniert hingenommen werden. Korruptionsvorwürfe etwa.

Allein bis 2023 musste der Premierminister nicht weniger als 28 Ministerinnen und Minister austauschen – zahlreiche davon wegen Korruptionsvorwürfen. Dass alle diese Skandale für ihn selbst ohne Konsequenzen verliefen, wird von politischen Kommentatorinnen und Kommentatoren nicht zuletzt dem Umstand zugeschrieben, dass es innerparteilich keinen echten Konkurrenten mehr für ihn zu geben scheint. Die Klientel der HDZ ist inzwischen von Plenković mindestens ebenso abhängig wie er von ihr – beiderseits im Interesse des Machterhalts.

Doch mitten in die beinahe dröge politische Ruhe der Plenković-Jahre platzte 2020 der erste Wahlsieg von Zoran Milanović bei der Präsidentschaftswahl. Im Wahlkampf hatte sich Milanović als liberaler Gegenpol zur HDZ-Amtsinhaberin Kolinda Grabar-Kitarović positioniert. Einer seiner Wahlkampfslogans lautete schlicht *„Normalno"* (Normal).

Fünf Jahre später sieht die politische „Normalität" des EU-Landes Kroatiens so aus: Die Regierungsgeschäfte liegen in der Hand eines konservativen Premiers, der in Europa als verlässlicher Partner gilt und es geschafft hat, Kroatien in den Schengen-Raum und die Währungsunion zu führen. An der Staatsspitze steht derweil ein Sozialdemokrat, der gegen die „Brüsseler Bürokraten" wettert, sich als Verteidiger der kroatischen Minderheit in Bosnien-Herzegowina aufspielt und die westliche Hilfe für die Ukraine kritisiert.

Plenković gegen Milanović – das ist inzwischen eines der Leitmotive der Politik in Kroatien. Die Positionen, für die sie mittlerweile stehen – Stabilität und Verlässlichkeit gegenüber den europäischen Partnern (Plenković) beziehungsweise EU-Skepsis und der Wunsch nach mehr nationaler Souveränität (Milanović) –, spiegeln dabei jene politischen Pole wieder, zwischen denen Kroatien seit seiner Unabhängigkeit beständig schwankt.





9. Albanien

9.1 Exkurs in die Geschichte Albaniens im 20. Jahrhundert

Albaniens Nationalbewegung war, im regionalen Vergleich betrachtet, eine Nachzüglerin. Eine Reihe von Ländern in unmittelbarer Nachbarschaft, darunter Serbien, Montenegro, Rumänien und Griechenland, hatten bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts erfolgreich für ihre staatliche Unabhängigkeit gekämpft. Albanien, seit Ende des 14. Jahrhunderts Teil des Osmanischen Reiches, gehörte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den letzten noch verbliebenen Balkanprovinzen, die sich von der osmanischen Herrschaft loslösten.[1]

Die Nationswerdung war mit großen Hürden verbunden. Die Albaner gehörten nicht einer gemeinsamen, sondern drei unterschiedlichen Religionen an: dem Islam, dem orthodoxen Christentum sowie dem Katholizismus. Am Ende war – im Gegensatz zu vielen anderen Nationen in der Region – nicht die Religion identitätsstiftend, sondern die albanische Sprache, die sich klar von jenen der übrigen Balkanvölker abhob. Eine zentrale Rolle für die Nationalbewegung spielte in diesem Kontext die Vereinheitlichung des albanischen Alphabets, das zuvor, je nach konfessioneller Zugehörigkeit, in lateinischer, griechischer oder arabischer Schrift verwendet wurde. 1908 einigten sich albanische Intellektuelle auf dem Kongress von Monastir schließlich auf die lateinische Schreibweise – ein klarer Bruch mit der osmanischen Vergangenheit.

Das nationale Erwachen Albaniens fiel Anfang des 20. Jahrhunderts mit einer Zeit des Umbruchs in der Region zusammen: Das Osmanische Reich zerfiel, an verschiedenen Orten brachen Aufstände los. Angesichts des

Bild S. 298/299: Nach Jahrzehnten der Isolation während der kommunistischen Diktatur ist Albaniens Hauptstadt Tirana heute eine moderne Metropole – einschließlich rasant steigender Immobilienpreise.



Im Nachhinein stark heroisiert: die Ausrufung der Unabhängigkeit Albaniens durch Ismail Qemali 1912, hier ein Denkmal in Vlora aus sozialistischer Zeit, an dem auch der Bildhauer Kristaq Rama, der Vater des aktuellen Ministerpräsidenten Albaniens, mitgewirkt hat

politischen Vakuums und der aufflammenden Balkankriege 1912/13 (siehe Kap. 2) drohte das albanische Siedlungsgebiet unter den Nachbarländern Griechenland, Serbien und Montenegro aufgeteilt zu werden. Dass es anders kam, hatte – wie so oft auf dem Balkan – mit dem Einfluss rivalisierender Großmächte zu tun. Ohne seine Fürsprecher Österreich-Ungarn und Italien wäre die albanische Nationalstaatswerdung vermutlich nicht erfolgreich gewesen. Am 28. November 1912 rief Staatsgründer Ismail Qemali, der zuvor in der osmanischen Verwaltung in Istanbul tätig gewesen war, in seiner Heimatstadt Vlora die Unabhängigkeit aus. Dieser Moment wird rückblickend stark heroisiert und romantisiert. In der Realität waren jedoch weite Teile des Landes weiterhin besetzt. Das Ausrufen der Unabhängigkeit war, wie der Südosteuropa-Historiker Oliver Jens Schmitt schreibt, „ein alternativloser Akt der Verzweiflung und nicht das glorreiche Ende einer langen Entwicklung“.[2]

Bevor Qemali auf einem Balkon im Hafen von Vlora die albanische Flagge hisste, war er unter anderem nach Wien und Budapest gereist, um sich

Rückendeckung für sein Nationalstaatsprojekt zu holen. Österreich-Ungarn – das damals mit Triest den viertgrößten Hafen Europas kontrollierte – wollte seine Vorherrschaft an der Adria sichern und um jeden Preis verhindern, dass Serbien Zugang zum strategisch wichtigen Hafen von Durrës erlangt. Auf der Londoner Botschafterkonferenz von 1912/13 stritten die Großmächte über die Frage, wo die künftigen Grenzen des neuen Balkanstaates verlaufen sollten. Der eben erst ins Amt gekommene Präsident Qemali und seine provisorische Regierung hatten ursprünglich eine Art Großalbanien im Sinn, das auch den heutigen Kosovo sowie den Nordwesten Mazedoniens einschließen sollte. Russland und Frankreich, die traditionellen Verbündeten Serbiens, wollten Albanien hingegen so klein wie möglich halten. Der Kosovo wurde schließlich Serbien zugesprochen (das 1918 im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen aufging, dem späteren Jugoslawien). Schließlich einigte man sich auf die Grenzen, wie sie noch die heutige Republik Albanien kennzeichnen. Die albanische Bevölkerung „beidseits der Berge“[3] lebte fortan in getrennten Staaten. Das neu gegründete Land wurde im Ersten Weltkrieg von Italien, Frankreich und Österreich-Ungarn besetzt und kontrollierte seine völkerrechtlich anerkannten Grenzen erst ab 1920, dem eigentlichen Beginn des albanischen Nationalstaates.

Zwischen Monarchie und Mussolini

Im April 1921 wurden die ersten Parlamentswahlen in Albanien abgehalten. Die Abgeordneten in der neuen Hauptstadt Tirana vertraten jedoch weniger die breite Bevölkerung – eine in weiten Teilen verarmte Bauernschaft – als eine schmale Schicht von zumeist Großgrundbesitzern. Auch der neue Innenminister Ahmet Zogu stammte aus einer einflussreichen Adelsfamilie. In den darauffolgenden Jahren riss er, mit jugoslawischer Unterstützung, die Macht an sich und erklärte sich 1928 zum König der Albaner. Um seine Königsdiktatur aufrechtzuerhalten, war Zogu auf Geldgeber angewiesen – und fand diese auf der anderen Seite der Adria, in Benito Mussolinis Italien. Dem „Duce“ kam der Schulterschluss mit Tirana gelegen, da er ein Interesse daran hatte, Rohstoffe und Ölvorkommen auf dem Balkan zu erschließen.

So kam ein Deal zustande, der Albanien immer mehr in die ökonomische Abhängigkeit vom faschistischen Italien trieb. Mussolini sicherte Zogu Millionenkredite zu, der König verpachtete dafür bereitwillig Agrarland und vergab Lizenzen an italienische Bergbaufirmen.[4] Bei der Gründung der albanischen



Enge Zusammenarbeit: König Zogu (l.) empfängt den italienischen Außenminister Galeazzo Ciano in Tirana, April 1937.

Nationalbank waren italienische Finanzgruppen mit 75 Prozent des Stammkapitals beteiligt. Italienische Berater wurden in Ministerien, im Heer sowie in Betrieben platziert. Auch der Handel war vollends auf Rom ausgerichtet. 1938 gingen zwei Drittel der albanischen Exportgüter nach Italien, ein Jahr später bereits über 90 Prozent.[5] Diese halbkoloniale Abhängigkeit erwies sich schon bald als Risiko, denn Mussolini hegte Expansionspläne und wollte sein „Mittelmeer-Imperium" nach Südosteuropa ausdehnen. Albanien kam hier eine Schlüsselrolle zu, wie der italienische Außenminister Galeazzo Ciano in seinem Tagebuch vermerkte. Er bezeichnete Albanien als ein „Sprungbrett für weitere Expansionen"[6] – vor allem nach Griechenland.

Am 7. April 1939 fielen italienische Truppen dann tatsächlich in mehreren albanischen Häfen ein. Albanien war damit das erste Land auf dem Balkan, das unter faschistische Besatzung geriet. König Zogu floh mit seiner Frau und dem erst zwei Tage alten Sohn ins Exil nach Griechenland und später weiter nach London.

Im April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht Jugoslawien und besetzte große Teile des Landes. Adolf Hitler hatte an Albanien vorerst kein Interesse; es

war Teil der italienischen Einflusssphäre. Das sollte sich aber bald ändern: Als Mussolini im Juli 1943 stürzte, rückte die Wehrmacht auch nach Tirana vor. Man wollte die klaffende Lücke an der Südfront nicht den Alliierten überlassen, die bereits auf Sizilien gelandet waren und mit Brindisi einen Hafen kontrollierten, der gerade einmal 140 Kilometer Luftlinie vom albanischen Vlora entfernt lag. Die nationalsozialistische Besatzung Albaniens dauerte bis zum Herbst 1944, also 14 Monate lang, an. Sie fußte weniger auf der Ideologie, neuen „Lebensraum" zu erobern, als auf dem strategischen Ziel, die Küste zu sichern. Gleichzeitig muss betont werden, dass die Wehrmacht auch in Albanien Dörfer niederbrannte, Rohstoffe ausbeutete und Kriegsverbrechen beging. Kurz vor dem Abzug raubte die Wehrmacht Albaniens Staatsschatz und ließ ihn nach Berlin bringen: 23 Säcke Goldmünzen und 29 Kisten mit Goldbarren.[7]

Um eine deutschlandfreundliche Regierung in Tirana zu bilden, entsandte Hitler seinen Sonderbeauftragten für Südosteuropa, den österreichischen Diplomaten Hermann Neubacher, nach Tirana.[8] Der ehemalige Bürgermeister von Wien installierte einen Regentschaftsrat, dessen Mitglieder je eine Religionsgemeinschaft im Land repräsentierten. De facto waren der Regierung in Tirana aber die Hände gebunden. Die Minister mussten eine Loyalitätsbekundung gegenüber der Wehrmacht unterzeichnen und hatten außenpolitisch keinerlei Handlungsspielraum.[9]

Noch eine weitere Aufgabe erteilte Hitler seinem Balkan-Diplomaten Neubacher: Der Wiener Gesandte sollte antikommunistische Kräfte im Land mobilisieren, um dem wachsenden Einfluss der Partisanen entgegenzuwirken.

Der Aufstieg der Partisanen und die Kosovo-Frage

Der Widerstand gegen die Besatzung in Albanien wurde von verschiedenen, teils rivalisierenden Interessensgruppen getragen. Drei Haupakteure sind hier zu nennen: die nationalistische Balli Kombëtar (Nationale Front) rund um den Schriftsteller Midhat Frashëri, die königstreue Legaliteti, angeführt vom ehemaligen Gendarm Abaz Kupi, sowie die kommunistischen Partisanen, deren Anführer der spätere Diktator Enver Hoxha war. Alle drei einte das Ziel, die Besatzung zu beenden, aber ihre Vorstellungen bezüglich der angestrebten Nachkriegsordnung unterschieden sich deutlich. Während die Partisanen für die Errichtung eines sozialistischen Staates kämpften, setzen sich die Legaliteti („Legalisten") für die Rückkehr des Königs Zogu ein, dessen Herrschaft sie für die einzig rechtmäßige hielten. Die Balli Kombëtar verfolgten das nationalisti-

sche Ziel eines „ethnischen Großalbaniens“, was insbesondere die Kosovo-Frage zu einem spaltenden Thema innerhalb des Widerstands machte.

Um zu verstehen, warum das so war, hilft ein Blick auf die Landkarte des Balkans zur Zeit der Besatzung durch die Achsenmächte. Zwischen 1941 und 1944 existierte unter italienischer (und später deutscher) Kontrolle eine Art großalbanischer Satellitenstaat, dessen Fläche nahezu doppelt so groß war wie die Albaniens vor dem Krieg. Die Italiener gliederten Teile des Kosovo – mit der Ausnahme des unter deutscher Militärverwaltung stehenden Nordens rund um Mitrovica und des bulgarisch kontrollierten Ostens – an Albanien an. Hinzu kamen albanische Siedlungsgebiete im heutigen Nordmazedonien (Dibra, Struga und Gostivar), das im heutigen Montenegro liegende Ulcinj sowie die nordwestgriechische Region Çamëria. Das von den Besatzern künstlich geschaffene „Großalbanien“ war weniger ein souveräner Staat als ein Propagandainstrument, mit dem die Achsenmächte inneralbanische Konflikte für ihre unmittelbaren Kriegsziele nutzbar machten. So warb etwa Hitlers Balkan-Diplomat Hermann Neubacher politische und militärische Kollaborateure mit dem Versprechen an, dass nur ein Sieg des NS-Regimes zur Erhaltung eines „ethnischen Großalbaniens“ führen könne, während die jugoslawientreuen Partisanen bereit seien, den Kosovo für ihre Machterlangung zu opfern. Die Kosovo-Frage war daher einer der Gründe, warum antikommunistische Widerstandskämpfer zeitweise mit den NS-Besatzern kollaborierten. Zum Teil fuhren sie aber auch eine zweigleisige Strategie und verhandelten heimlich mit den Briten.



Nach dem Sieg der Partisanen proklamiert der spätere Diktator Enver Hoxha in Tirana die Bildung einer neuen, vermeintlich demokratischen Regierung, November 1944.

Es mag überraschen, dass sich am Ende die Partisanen und somit der Sozialismus durchzusetzen vermochten. Die traditionelle Basis, ein industrielles Proletariat, fehlte in dem Agrarland völlig. Vor dem Zweiten Weltkrieg wies Albanien die niedrigste Industrieproduktion pro Kopf in Europa auf.[10] Am Ende profitierten die Partisanen vom Kriegsverlauf, der sich 1944 immer mehr zugunsten der Roten Armee wandte. Entscheidend war im August 1944 der Abfall

Rumäniens vom ehemaligen Bündnispartner Deutschland – nach einem Putsch kämpfte das Land fortan auf sowjetischer Seite.

Den Partisanen in Albanien gelang es, von zwei Seiten zu profitieren, wie die Schweizer Historikerin Franziska Zaugg schreibt: „Sie erhielten Waffen, Ausrüstung und Ausbildner von den Engländern und Rückendeckung von den Russen.“[11] Im November 1944 verließen die letzten Truppen der Wehrmacht Albanien. Doch anstatt zum Parlamentarismus zurückzukehren, schalteten die Kommunisten ihre innenpolitischen Gegner in Schauprozessen aus. Kurz darauf errichteten sie eine Einparteiendiktatur nach sowjetischem Vorbild. In dieser fast ein halbes Jahrhundert andauernden Ära erlebte die noch vom Erbe des Osmanischen Reiches geprägte Gesellschaft Albaniens die wohl tiefgreifendste Umwälzung ihrer jüngeren Geschichte. Unter dem Diktator Enver Hoxha, schreibt der albanische Historiker Idrit Idrizi, lebten die Albanerinnen und Albaner „in einem der isoliertesten Länder der Welt und unter dem vermutlich repressivsten kommunistischen Regime Osteuropas“.[12]

Die Sozialistische Volksrepublik Albanien

Die Kommunistische Partei Albaniens (später Partei der Arbeit Albaniens) war 1941 mit jugoslawischer Hilfe gegründet worden. Ab 1943 stand sie unter Führung von Enver Hoxha, einem ehemaligen Französischlehrer aus einer bürgerlichen, muslimischen Familie im südalbanischen Gjirokastra. Hoxha hatte das französische Lycée in der Stadt Korça besucht, damals eine der besten Schulen des Landes. Danach ging er zum Studium ins Ausland, verbrachte einige Jahre in Montpellier, Paris und Brüssel und kam dort erstmals mit kommunistischen Ideen in Kontakt. Nach seiner Rückkehr nach Albanien 1936 arbeitete er zunächst als Lehrer, wurde später, unter italienischer Besatzung, jedoch mit einem Berufsverbot belegt und eröffnete ein Tabakgeschäft in Tirana, das zu einem geheimen Treffpunkt der Kommunisten wurde.

Nachdem die Partisanen siegreich aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren, rief Hoxha im Januar 1946 die „Volksrepublik Albanien“ aus (ab 1976 offiziell „Sozialistische Volksrepublik Albanien“). Sein Regime orientierte sich eng an der Politik seines Vorbilds Josef Stalin – und blieb dieser auch dann noch treu, als der sowjetische Führer längst tot war und sein Nachfolger in der Sowjetunion begann, sich vom Stalinismus zu distanzieren. Hoxha enteignete die Großgrundbesitzer, kollektivierte die Landwirtschaft und errichtete Planstädte rund um Industriebetriebe. Zum Symbol der Industrialisierung wurde die

rasch wachsende Planstadt Elbasan mit ihrem großen Stahlwerk. Durch den Bau von Wasserkraftwerken erlangte Albanien in den 1980er-Jahren Autarkie in der Energieversorgung.[13] Auch im Bildungsbereich erzielte das Land Fortschritte: Die Analphabetenrate ging im Vergleich zur Vorkriegszeit rapide zurück.

Der wohl radikalste Auswuchs der Hoxha-Diktatur war das Verbot sämtlicher Religionsausübung. Moscheen und Kirchen wurden abgerissen oder in Zweckbauten – etwa in Turnhallen – umgewandelt. Trotz bitterer Armut in der Bevölkerung verwendete Hoxha die Ressourcen des Staates, um Hunderttausende Bunker im ganzen Land errichten zu lassen – ein Ausdruck seiner stetig wachsenden Paranoia. Rückblickend betrachtet kann man dies wohl als eine sinnlose Investition erachten, denn Albanien hatte sich nie in einer militärischen Bedrohungslage befunden. Das Regime jedoch sah sich in seiner Selbstwahrnehmung und Propaganda von immer mehr Feinden umgeben – im Osten wie auch im Westen.



Propaganda-Parade zum 1. Mai 1976 mit Porträts von Hoxha und Mao – wenig später bricht der Diktator auch mit seinem letzten Verbündeten China.

Außenpolitisch bestand Hoxhas Sonderweg nicht zuletzt darin, sukzessive mit all seinen Verbündeten zu brechen: 1948 mit Jugoslawien, 1961 mit der Sowjetunion und 1978 schließlich mit China, dem letzten bis dahin verbliebenen Verbündeten. Auch aus dem Warschauer Pakt war das Land ausgeschieden (formal 1968, faktisch schon einige Jahre zuvor). Hoxha warf allen anderen sozialistischen Staaten „Revisionismus" vor und stilisierte sich zum letzten wahren Anführer des Marxismus-Leninismus auf der Welt. Die Folge war, dass er das Land von 1978 bis 1985 in die totale Selbstisolation führte – eine Phase, „die in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts beispiellos ist", wie Idrit Idrizi schreibt.[14] Ideologisch stand Albanien vollkommen allein da. Die einzige regierende kommunistische Partei, die in den 1980er-Jahren an Parteitagen in Albanien teilnahm, war diejenige Vietnams.[15]

Die häufigen außenpolitischen Kurswechsel gingen mit systematischen „Säuberungen" in den Reihen der kommunistischen Staatspartei einher. Mitte der 1970er-Jahre, nach dem Bruch mit Peking, wurden unter anderem der Verteidigungsminister, der Generalstabschef, der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission sowie der Industrieminister zum Tode verurteilt.[16]

Die Verbrechen des Hoxha-Regimes

Während die meisten kommunistischen Länder des Ostblocks im Laufe der Jahrzehnte nach Stalins Tod 1953 tendenziell etwas freier und offener wurden, regierte Hoxha immer repressiver. Dabei ging er – als Musterschüler Stalins – nach dem Prinzip der Sippenhaft vor. Bezeichnend dafür war die Einteilung der albanischen Gesellschaft in Familien mit „guten" und „schlechten" Biografien.[17] Für eine „schlechte" Biografie reichte es schon aus, dass Vorfahren in der Vergangenheit für den König Zogu gearbeitet oder im Zweiten Weltkrieg aufseiten einer der zwei antikommunistischen Widerstandsgruppen gekämpft hatten. Andere Familien fielen kollektiv in Ungnade, weil Mitglieder heimlich ausländisches Radio gehört, religiöse Feste gefeiert oder die Flucht ins Ausland geplant hatten (beziehungsweise ihnen dies unterstellt wurde).

Gesicherte Zahlen zu den Verfolgten und Exekutierten liegen nur ansatzweise vor. Idrit Idrizi beziffert die Gräueltaten des Regimes wie folgt: Über die gesamte kommunistische Periode hinweg habe es zwischen 24 000 und 34 000 politische Häftlinge, 5 500 bis 6 000 politisch motivierte Hinrichtungen und 60 000 Internierungen gegeben.[18] Das berüchtigtste Gefangenen- und Arbeitslager trug den Namen Spaç. Es lag abgelegen im Norden des Landes, umgeben



Symbol für die Verbrechen des Hoxha-Regimes: das tief in den Bergen gelegene ehemalige Gefangenen- und Arbeitslager Spaç

von zerklüfteten Bergen, sodass kein Zaun notwendig war, um die Gefangenen von der Flucht abzuhalten. Gut möglich, dass ihnen auch die Kraft dafür fehlte, denn sie mussten unter extremen Bedingungen Zwangsarbeit in einer Kupfermine leisten.

„Jeder Arbeiter musste fünf Waggons am Tag füllen. Hielten wir dieses Tagespensum nicht ein, mussten wir unsere Hände in eine eiserne Kurbel stecken, die immer enger gezogen wurde. Sie grub sich tief in das Fleisch hinein. Manche Arbeiter fielen vor Schmerz in Ohnmacht", erinnert sich Shpetim Mevlani, ein ehemaliger Gefangener, in einem Interview.[19] Mevlani stammt aus Gjirokastra, der Geburtsstadt von Hoxha. Er war ins Lager Spaç eingewiesen worden, weil er im Mai 1976 ein waghalsiges Manöver unternommen hatte: Der damals 27-Jährige versuchte, in einem Krankenwagen über die Grenze nach Griechenland zu fliehen. Es gelang ihm zwar, den Grenzzaun zu rammen, daraufhin wurde er aber festgenommen und zu 14 Jahren Haft und Zwangsarbeit verurteilt.

Anders als in Titos Jugoslawien war in Hoxhas Albanien die Ausreise ins Ausland strikt verboten. Auf Fluchtversuche standen mindestens zehn Jahre Haft bis hin zur Todesstrafe. „Die Flucht ist das schwerste Verbrechen, das der Bürger der Sozialistischen Volksrepublik Albanien begehen kann“, hieß es in Artikel 47 des Strafgesetzbuches.[20]

Der Fall des Regimes und das Chaos der 1990er-Jahre

Der Langzeitdiktator Enver Hoxha starb im April 1985, woraufhin das Regime wochenlange Staatstrauer anordnete. An die Spitze des Staates trat Ramiz Alia, sein einziger noch lebender Gefährte aus der Zeit des Partisanenkriegs. Der kommunistische Apparatschik führte Hoxhas Kurs fort, geriet wirtschaftlich aber zunehmend unter Druck. Albanien, das sich per Verfassung die Aufnahme ausländischer Kredite verboten hatte, gingen die Devisen aus. Das Land durchlebte zunehmend eine Versorgungskrise mit Lebensmittelknappheit und regelmäßigen Stromausfällen. Hinzu kam im Dezember 1989 die Ermordung des rumänischen Diktators Nicolae Ceaușescu, der ähnlich wie Hoxha zuvor einen neostalinistischen Personenkult um sich aufgebaut hatte.

Nicht ein einzelnes, sondern eine ganze Reihe von Ereignissen, in denen sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung entlud, brachte das Regime schließlich zu Fall. Den Auftakt machte der sogenannte Sturm auf die Botschaften. Im Juli 1990 – während der Fußballweltmeisterschaft in Italien, die trotz Medienzensur auch in Albanien aufmerksam verfolgt wurde – flohen Tausende Albanerinnen und Albaner in westliche Botschaften in Tirana, darunter über 3000 in den völlig überfüllten Garten der eben erst neu eröffneten Vertretung der Bundesrepublik Deutschland. Ein diplomatisches Kräfteringen zwischen Bonn und Tirana setzte ein, das schließlich – unter Vermittlung der Vereinten Nationen – dazu führte, dass die Botschaftsflüchtlinge ausreisen durften. Kurzzeitig war nicht klar, ob das Regime die Botschaft stürmen und ein Blutbad anrichten würde. Am 20. Februar 1991 brachten dann Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten die Bronzestatue von Hoxha am Skanderbeg-Platz in Tirana zu Fall – ein symbolisches Ende des Jahrzehnte währenden Personenkults. Dem vorangegangen waren Studierendenproteste, die seit Anfang des Jahres grundlegende politische Reformen, demokratische Freiheiten und ein Ende der kommunistischen Alleinherrschaft gefordert hatten.

Im März 1991 fanden die ersten Mehrparteienwahlen in Albanien statt. Zwar blieb die Partei der Arbeit Albaniens unter Ramiz Alia noch einmal



Demonstrierende stürzen am 20. Februar 1991 die Statue von Enver Hoxha, ein Symbol der verhassten Diktatur, auf dem Skanderbeg-Platz.

stärkste Kraft, doch ihre politische Macht begann sichtbar zu bröckeln. Ein Jahr darauf, im März 1992, kam es schließlich zum ersten demokratischen Machtwechsel: Der aus dem Norden Albaniens stammende Arzt Sali Berisha gewann mit der von ihm gegründeten Demokratischen Partei (PD) die Wahl und wurde zum ersten nicht kommunistischen Präsidenten Albaniens nach dem Zweiten Weltkrieg gewählt. Seine Amtszeit war von radikalen Umwälzungen geprägt.

Es war, als hätte man eine Glasglocke von Albanien gehoben: Autos, Werbung, Glücksspiel, Coca-Cola, Markenklamotten – plötzlich war all das bis dahin Verbotene zum Greifen nahe. Gleichzeitig kam es zu einem beispiellosen Massenexodus, zu Arbeitslosigkeit, Hungersnöten und einem Kollaps des staatlichen Wirtschaftssystems. Ab Mitte der 1990er-Jahre bahnte sich die nächste Katastrophe an. Immer mehr Menschen investierten Geld in hochriskante Schneeballsysteme. Dubiose Firmen versprachen gewaltige Zinssätze von 15, 20 oder gar 50 Prozent. Albanische Gastarbeiter vertrauten den Spekulanten ihr gesamtes Erspartes an, das sie auf dem Bau in Griechenland mühevoll verdient hatten. Andere verkauften ihre Häuser. Auf dem Höhepunkt hatten zwischen 65 und 75 Prozent der albanischen Familien Geld in diese Systeme investiert, insgesamt über eine Milliarde US-Dollar.[21] Das entsprach mehr als der



Heftige Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und der Polizei bei Protesten gegen die Regierung von Berisha am 20. Februar 1997 – exakt sechs Jahre nach dem Sturz der Hoxha-Statue. Die Unruhen weiteten sich in den folgenden Wochen weiter aus und führten schließlich zum weitgehenden Zusammenbruch der staatlichen Ordnung.

Hälfte des damaligen Bruttosozialproduktes. Als sich die Investitionen als betrügerisch entpuppten und Hunderttausende schlagartig ihr Geld zurückforderten, brach Anfang 1997 der sogenannte Lotterieaufstand aus. Menschen plünderten Waffendepots, Gefangene brachen aus Gefängnissen aus, im Süden Albaniens nahmen kriminelle Gangs ganze Städte ein. Der Staat brach in sich zusammen, rund 2 000 Menschen starben.[22]

Zeitgleich flammte im benachbarten Kosovo der Krieg zwischen serbischen Paramilitärs beziehungsweise der jugoslawischen Armee auf der einen und der albanischen Guerilla-Organisation UÇK auf der anderen Seite auf (siehe Kap. 5.1). Letztere profitierte von der Anarchie in Albanien und nutzte Städte im Norden, darunter Kukës und Bajram Curr, als Drehscheibe für Waffen und als Ausbildungsorte für neue Rekruten. Damit drohte beidseits der Berge ein Bürgerkrieg: im Fall des Kosovo angeheizt durch ethnische Gewalt; im Fall Albaniens richtete sich der Volkszorn gegen den Staat, der in Bezug auf die

spekulativen Schnellballsysteme seine Aufsichtspflichten nicht wahrgenommen hatte.

Unter der Führung Italiens und unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrats startete im April 1997 schließlich die „Operation Alba“. Eine multinationale Schutztruppe stellte die öffentliche Sicherheit in Albanien wieder her und gewährleistete humanitäre Hilfe. Im Juni desselben Jahres fanden unter internationaler Beobachtung erneut geordnete Parlamentswahlen statt. Diese endeten mit einem Wahlsieg der Sozialistischen Partei (PS), der Nachfolgepartei der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens, und dem Rücktritt von Berisha. Neuer Ministerpräsident wurde Fatos Nano, ein Ökonom, der noch wenige Monate zuvor wegen des Missbrauchs staatlicher Gelder im Gefängnis gesessen hatte und gerade erst begnadigt worden war. Seine Regierung ebnete im Oktober 1998 den Weg für eine Verfassungsänderung, die das semipräsidentielle System der Berisha-Ära abschaffte und im Gegenzug das Amt des Ministerpräsidenten sowie das Parlament stärkte.[23] Seit dieser wegweisenden Novellierung ist Albanien eine parlamentarische Republik und die Rolle des Präsidenten weitgehend repräsentativer Natur.

Der 1998 zum Ministerpräsidenten gewählte Fatos Nano hatte zur Zeit der Diktatur am Institut für Marxismus-Leninismus in Tirana gearbeitet. Seine Biografie macht deutlich: Auch nach dem politischen Umbruch Anfang der 1990er-Jahre hat in Albanien kein grundlegender personeller Elitenwechsel stattgefunden. Abseits der beiden großen Parteien – der Demokraten und der Sozialisten – konnte sich nie eine neue, mehrheitsfähige politische Kraft im Land etablieren. Diese Kontinuität zeigt sich bis heute: Sali Berisha, jener Politiker, der zur Zeit der Unruhen 1997 in politischer Verantwortung war, trat im Mai 2025 erneut als Spitzenkandidat der Demokraten gegen Edi Rama, den seit 2013 amtierenden Ministerpräsidenten aus der Sozialistischen Partei, an.

9.2 Vom Stalinismus in den Turbokapitalismus

Der Strand, an dem die Familie des US-Präsidenten Donald Trump ein Luxushotel inklusive Yachthafen errichten will, liegt menschenleer da. Noch ist das Haus von Panajot Stefa – ein betagter Fischer in Badeschlappen – die einzige Immobilie weit und breit. Wobei die Bezeichnungen Haus und Immobilie etwas übertrieben sind. Es handelt sich vielmehr um einen rostigen Eisenbahnwaggon aus der Zeit des Kommunismus, den Stefa zu einem Camper mit Stockbetten umfunktioniert hat.[24] Daneben steht ein mit Wellblech verkleideter Geräteschuppen mit einem Moped, einer alten Tiefkühltruhe, Brennholz und Fischköchern. Bereits zur Zeit der Diktatur arbeitete der heute 74-jährige Stefa für eine staatliche Fischzucht in der Narta-Lagune, einem malerischen Stückchen Erde nahe der Hafenstadt Vlora im Süden Albaniens. Seit dieser Zeit ist die Gegend weitgehend unverändert geblieben. Eine nicht asphaltierte Straße voller Schlaglöcher führt an Stefas Haus vorbei hinunter zum Strand und den Dünen. Straßenbeleuchtung gibt es keine. In der Nacht ist es so dunkel, dass man am Wegrand die Glühwürmchen glimmen sieht.

Der Kontrast zu dem, was die Zukunft bringen soll, könnte nicht größer sein. Denn der neue Nachbar von Panajot Stefa könnte schon bald ein Mann sein, dessen Vermögen auf mehrere Hundert Millionen US-Dollar geschätzt wird:[25] Jared Kushner, Schwiegersohn von Donald Trump und Ehemann von dessen Tochter Ivanka. Der 44-jährige Immobilienentwickler hat Großes mit dem Strand vor. Das zeigen jedenfalls Entwürfe, die Kushner am 15. März 2024 auf der Social-Media-Plattform X hochgeladen hat.[26] Zu sehen sind futuristische 3D-Pläne wie aus einem Werbekatalog für die Malediven. „Wir freuen uns, einige frühe Pläne für Entwicklungsprojekte zu teilen, die wir für die albanische Küste erstellt haben“, schreibt Kushner in dem Posting. Seine Frau Ivanka äußerte sich kurz darauf in einem Podcast zu dem Immobilienprojekt in Albanien: „Wir bringen die besten Architekten und Marken mit [...]. Es wird außergewöhnlich werden. Für mich ist es großartig, die Möglichkeit zu haben, mit Immobilien-Ideen herumzuspielen.“[27]



Ministerpräsident Edi Rama bei einer Videokonferenz am Stand Albaniens auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, 4. März 2025

Albanien, zur Zeit des Kommunismus von 1944 bis 1991 eines der isoliertesten Länder der Welt (siehe Kap. 9.1), erlebt seit der Coronapandemie einen rasanten Tourismus-Boom. 2023 verzeichnete das kleine Balkanland erstmals über zehn Millionen Touristen[28] – viermal so viele, wie es Einwohnerinnen und Einwohner hat. Im Jahr darauf meldete das Tourismusministerium bereits zwölf Millionen ausländische Besucherinnen und Besucher.[29] All das ist laut Edi Rama, seit 2013 Ministerpräsident des Landes, „nur der Anfang". Im März 2025 hielt Rama eine Rede auf der Internationalen Tourismus-Börse Berlin (ITB), der weltweit größten Messe für die Reisebranche. „Albanien ist ein aufsteigender Stern, der die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zieht",[30] schwärmte Rama. Dann erzählte er eine Anekdote aus der Zeit der Diktatur. Als Albanien noch das „Nordkorea Europas" gewesen sei, habe es am Flughafen einen Friseur gegeben, der den wenigen ankommenden Gästen einen konformistischen Haarschnitt verpasst habe. Denn lange Haare und Bärte habe Diktator Enver Hoxha genauso wenig geduldet wie Jeans oder Rockmusik. Heute trägt Rama selbst einen Bart. Und am Flughafen von Tirana stand jahrelang eine Filiale der US-Fastfood-Kette Kentucky Fried Chicken. Bis auch diese im Jahr 2025 abgerissen wurde, um Platz für einen Umbau zu machen, weil der Flughafen aus allen Nähten platzte.

Im „Worldcup des Tourismus“, wie Rama es nennt, soll Albanien in Zukunft ganz vorne mitspielen. Das wirkt sich schon jetzt auf die Art und Weise aus, wie das Land von außen wahrgenommen wird. Rama, der die Sozialistische Partei, die Nachfolgerin der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens, vollends auf seine Person zugeschnitten hat, profitiert von diesem Wandel. Angesichts der vielen positiven Berichte über Albaniens Strände gerät oftmals in Vergessenheit, dass das Land weiterhin ein massives Problem mit Geldwäsche, Drogenhandel und der Müll- und Abwasserentsorgung hat.

Noch ist unklar, ob das Ressort von Jared Kushner jemals gebaut wird. Sicher ist: Käme es, dann hätten Menschen wie Panajot Stefa und sein verrosteter Wohnwaggon keinen Platz mehr an dem Strand. Der Küstenabschnitt würde privatisiert und in ein Luxusressort verwandelt werden. Vor allem aber wäre die ökologische Vielfalt der Lagune für immer zerstört. Denn der Strand ist Teil eines Küstenfeuchtgebiets, das entlang der Adria seinesgleichen sucht: des Vjosa-Deltas. Laut einer im Februar 2024 veröffentlichten Studie handelt es sich um eines der letzten intakten und unverbauten Deltas im Mittelmeerraum.[31] Seit 2004 ist die Gegend als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

Die Vjosa: Der Lauf ist geschützt, das Delta nicht

Die Vjosa gilt als Europas letzter Wildfluss und wird mitunter als „Königin der Flüsse“[32] bezeichnet. Sie entspringt in Griechenland und mündet nahe Vlora ins Meer, wo sie ein 45 Quadratkilometer großes Delta bildet. Wo Fluss und Meer aufeinandertreffen und miteinander ringen, wo Tonnen von Sedimenten ins Meer geschoben und vom Wind als Sand an die Küste transportiert werden, entsteht ein einzigartiges Mosaik aus Lebensräumen: Inseln, Lagunen, Flachwasserzonen, Wäldern und Dünen. Mehr als 200 Vogelarten sind im Vjosa-Delta nachgewiesen.[33] Darunter der extrem seltene Krauskopfpelikan, der in Europa nur noch in einer Handvoll Ländern heimisch ist. Aber auch Rosaflamingos, die im seichten, salzigen Wasser nach Krebsen suchen.

Ursprünglich war entlang der Vjosa eine Reihe von Wasserkraftwerken geplant, die Lizenzen dafür waren zum Teil sogar schon vergeben worden. Doch nach jahrelangen Protesten von albanischen und ausländischen Umweltorganisationen, denen sich auf ihrem Höhepunkt auch die US-Outdoorbekleidungsmarke Patagonia anschloss, lenkte die Regierung ein und erklärte die Vjosa



Einer der letzten frei fließenden Flüsse Europas: die Vjosa. In ihrem Delta nahe Vlora plant Jared Kushner, ein Luxushotel zu bauen.

sowie Teile ihrer Nebenflüsse im März 2023 per Gesetz zum ersten Wildfluss-Nationalpark Europas. Doch die Sache hatte einen Haken, zumindest aus Sicht der Umweltorganisationen. Denn der Nationalpark ist auch ein ökologisches Feigenblatt, um von Bau- und Umweltsünden andernorts abzulenken. So ist etwa der ökologisch wertvollste Teil des Flusses, das Delta nahe Vlora, nicht Teil des Nationalparks. Für die Tierwelt könnte das fatale Folgen haben. Denn das Delta und die darin liegende Narta-Lagune sind so etwas wie eine natürliche „Tankstelle" für Zugvögel. Hier landen sie, um sich von ihren weiten Wanderungen zu erholen, Nester zu bauen und sich Reserven anzufressen. Doch damit könnte bald Schluss sein. Denn seit 2021 ist mitten im Delta ein Flughafen im Bau: der Vlora International Airport (VIA).



Eine von mehr als 200 Vogelarten im Vjosa-Delta: Rosaflamingos

Flughafen oder Flamingos?

Hinter dem Bau steht die Firma Mabco Constructions, eine Tochter der Mabetex Group mit Sitz in der Schweiz. Die Firma gehört Behgjet Pacolli, Kosovos ehemaligem Außenminister und einem der reichsten Unternehmer auf dem Balkan. Der Milliardär hat Großbauprojekte auf der ganzen Welt realisiert und unter anderem den Kreml in Moskau renoviert. Als im Mai 2025 – mitten im Wahlkampf – das erste Flugzeug am VIA landete, befand sich Pacolli mit an Bord der Maschine. Für den Bauherrn aus dem Kosovo ist die Teilnahme am Projekt auch eine Frage des Patriotismus. Auf eine Anfrage im April 2024 lässt Pacolli per E-Mail über einen Sprecher ausrichten: „Als albanischer Investor aus dem benachbarten Kosovo ist meine Beteiligung an diesem Projekt mehr als nur ein geschäftliches Unterfangen. Es ist eine Angelegenheit, die mein Herz zutiefst berührt." Angesprochen auf die Bedenken von Umweltorganisationen sagt er: „Der Schutz unserer Umwelt und die gleichzeitige Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ist eine Herausforderung, die sorgfältige Planung und verantwortungsvolles Handeln erfordert."

In Tirana kämpft ein ganzes Team von Juristinnen und Juristen gegen den Flughafen. Bezahlt werden sie von der internationalen Naturschutzorganisation „Euronatur“, die Umweltprojekte in ganz Europa unterstützt und sich für den Erhalt des Vjosa-Deltas einsetzt. Aus Sicht von Euronatur ist der Bau des Flughafens illegal. Einer der Anwälte ist Dorian Matlija, dessen Kanzlei „Res Publika“ im Zentrum von Tirana liegt. Für ihn ist der Flughafen ein Paradebeispiel dafür, wie sich die albanische Regierung über Verwaltungsabläufe, nationale Gesetze und internationale Konventionen hinwegsetzt.

„Als Rama und Pacolli die Baustelle am 28. November 2021 eröffneten, gab es noch gar keine Genehmigung“, sagt Matlija, „diese kam erst im Februar 2023.“[34] Über ein Jahr lang wurde also illegal gebaut. Außerdem waren Teile des Vjosa-Deltas seit 2004 als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Auch dafür gab es eine prompte Lösung: Die Regierung ließ per Gesetz kurzerhand die Grenzen der Zone neu ziehen. Matlija zeigt die Karten auf seinem Computer. Mitten im Delta und der dort liegenden Lagune klaffen zwei Löcher, die – wie mit dem Lineal – aus der Schutzzone herausgeschnitten wurden.



Der im Bau befindliche Vlora International Airport, April 2025

Die EU-Kommission hat Albanien bereits im Fortschrittsbericht aus dem Jahr 2021 aufgrund des Flughafens gerügt. Darin heißt es, die Baustelle im Vjosa-Delta stehe „im Widerspruch zu nationalen Gesetzen und internationalen Konventionen zum Schutz der biologischen Vielfalt, die Albanien ratifiziert hat". Des Weiteren findet sich darin der folgende Satz: „Albanien sollte auf die Wissenschaftsgemeinschaft und andere Interessengruppen hören, bevor es eine Entscheidung über die Neufestlegung der Grenzen von Schutzgebieten trifft."[35] Doch der Bau ging weiter. Der Anwalt Matlija hat deswegen im Namen der Umweltorganisationen zwei Klagen eingereicht. Sie richten sich gegen mehrere Ministerien und staatliche Behörden sowie gegen die Firma von Behgjet Pacolli. Die Anwälte sind bereit, den Fall bis vor den Obersten Gerichtshof zu bringen. Doch die Gerichte schieben die Klage hin und her, kein Richter und keine Richterin will sich an der „heißen Kartoffel", wie Matlija es nennt, die Finger verbrennen. Der Flughafen gilt als Prestigeprojekt des Ministerpräsidenten höchstpersönlich.

Und das Luxushotel von Jared Kushner? Auch dem Investor aus den USA wird der rote Teppich ausgerollt. Im Februar 2024, kurze Zeit nachdem Kushner seine Pläne öffentlich machte, ließ die Regierung Albaniens das Gesetz über geschützte Gebiete ändern. Fortan sollen sogenannte „strategische Investoren" dort bauen dürfen. Jared Kushner fällt in diese Kategorie.

Edi Rama hat Trumps Schwiegersohn bereits im Sommer 2023 persönlich getroffen. Davon zeugt ein Foto, das die beiden vor einem Museum in Tirana zeigt.[36] Darauf zu sehen ist auch Richard Grenell, von 2018 bis 2020 US-Botschafter in Berlin und von 2019 bis 2021 Sondergesandter für die Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Kosovo (siehe Kap. 5.2). In seiner Zeit als Balkandiplomat knüpfte er enge Kontakte zu Regierungschefs der Region – auch zu Edi Rama in Albanien und Aleksandar Vučić in Serbien. Bei den Immobilienprojekten von Kushner dürfte Grenell der Türöffner gewesen sein. Laut einem Bericht des britischen *Guardian* soll die Idee, in Albanien zu investieren, von Grenell an Kushner herangetragen worden sein.[37]

Saudisches Geld für den Balkan: Was hat Kushner vor?

Jared Kushner, in Trumps erster Amtszeit von 2017 bis 2021 Chefberater im Weißen Haus, hat eine Investmentgesellschaft namens „Affinity Partners" gegründet, ausgestattet mit rund drei Milliarden US-Dollar, davon allein zwei Milliarden aus dem saudischen Staatsfonds.[38] Die guten Kontakte

zum Kronprinzen Mohammed bin Salman hat Kushner während seiner Zeit als Vermittler im Nahen Osten aufgebaut. Einen Teil des saudischen Geldes plant Kushner auf dem Balkan zu investieren. Zum einen in ein Luxushotel in Belgrad, und zwar ausgerechnet an der Stelle des ehemaligen jugoslawischen Generalstabs, der 1999 von der NATO bombardiert wurde und dessen Ruine bis heute als Mahnmal mitten in der Stadt steht.[39] Zum anderen in Projekte an der Küste Albaniens nahe der Stadt Vlora. Zwei Orte hat Kushner hierfür ins Auge gefasst: den Strand, an dem der Eisenbahnwaggon des Fischers Panajot Stefa steht, und die vorgelagerte Insel Sazan, die zur Zeit des Kommunismus ein streng geheimer Militärposten war.[40] Just in dem Monat, als Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehrte, gab die albanische Regierung im Januar 2025 grünes Licht für die Bebauung der Insel.[41] Laut Berichten der *New York Times* sollen 1,4 Milliarden US-Dollar in ein architektonisch anspruchsvolles Ressort fließen. Entwürfe zeigen bungalowartige Luxuszimmer aus hellem Holz mit Glasfront, die über den Hang einer felsigen Küste ragen. In dem Bericht wird ein Regierungssprecher aus Tirana mit den Worten zitiert: „Die Tatsache, dass



Investor Jared Kushner (r.) zusammen mit dem damaligen US-Sondergesandten für die Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Kosovo Richard Grenell in Washington, 4. September 2020

ein so renommierter amerikanischer Unternehmer Interesse an Investitionen in Albanien zeigt, macht uns sehr stolz und glücklich."[42] Dass Kushner auch den Zuschlag für das zweite Projekt am Strand gegenüber von Sazan bekommt, gilt als wahrscheinlich. In einem im August 2025 veröffentlichten Interview mit dem deutschen *Zeit Magazin* sagte Edi Rama, dass die Planungsphase „durchlaufen" sei.[43]

Panajot Stefa, der Fischer, hofft auf Kushners Projekt. Die vielen Hotels würden sein Dorf Zvërnec, das 20 Minuten vom Strand entfernt liegt, besser an das Verkehrsnetz anbinden, glaubt er. Außerdem würden Jobs entstehen – etwas, das die wirtschaftlich abgehängte und entvölkerte Region dringend brauche. Dass es ihm selbst die Lebensgrundlage, das Fischen, entziehen sowie ein einzigartiges Naturgebiet zerstören könnte, scheint Stefa nicht umzutreiben. Mit dieser Einstellung ist er nicht allein. Spricht man mit Bewohnerinnen und Bewohnern im Vjosa-Delta, trifft man wenige, die sich kritisch zum Flughafen oder dem Kushner-Ressort äußern. Häufig fällt bei solchen Gesprächen das Wort *„zvhillim"* (Entwicklung).

Bauboom zulasten der Natur

Auch Bujar Ismaili, der im Hafen von Vlora als Feuerwehrmann arbeitet, hofft auf *zvhillim*. So wie alle hier hat er von den Neuigkeiten rund um Jared Kushner gehört. An einem lauen Frühlingsabend im April 2024 schaut er Fußball an einer Tankstelle, die wenige Kilometer vom Strand entfernt liegt. Er kommt für einen Plausch vor die Tür, setzt sich an einen Tisch und zündet sich eine Zigarette an. Die Gegend, die Kushner interessiert, sei die „allerschönste" im Delta, schwärmt er. Er gehe dort oft mit seiner Frau zum Fischen hin. Gut möglich, dass er das in Zukunft nicht mehr tun kann, wenn Kushner sein Vorhaben realisiert. Ismaili scheint das nicht zu stören: „Wir sind von Gott gesegnet, dass ein so mächtiger, junger Mann wie Kushner hierherkommt, um sein Geld zu investieren."[44]

Diese Einstellung lässt sich auch damit erklären, dass Albanien zur Zeit des Kommunismus das technologisch rückständigste Land Europas war. Moderne Infrastruktur steht in der Vorstellung vieler nicht für Zerstörung, sondern für das Versprechen auf Fortschritt. Vieles, was früher verboten war, gilt mittlerweile als erstrebenswert: Konsum, Kapitalismus und generell alles, was aus dem Ausland kommt. 1989 soll es in Albanien gerade einmal 200 Autos gegeben haben, alle in staatlichem Besitz. 1992 waren es schlagartig 120 000.[45]

Mittlerweile platzt die Hauptstadt vor SUVs aus allen Nähten, die mangels Parkmöglichkeiten die Fahrradwege versperren. Nirgendwo aber zeigt sich der Wandel so deutlich wie an den Küsten. Zur Zeit des Kommunismus waren sie militärisches Sperrgebiet, überzogen mit Betonbunkern. Die wenigen Hotels und Badeorte wurden von der Partei kontrolliert. Mittlerweile sind sie zur „Spielwiese" für Investoren geworden, die – wenn sie genug Geld mitbringen – attraktive Steuervorteile genießen und selbst in Schutzzonen Luxushotels bauen dürfen.

Naturräume und die traditionelle Art, sie zu bewirtschaften, gehen immer mehr verloren. Bei niedrigen Renten von gerade einmal rund 100 Euro im Monat sind die älteren Bewohnerinnen und Bewohner im Vjosa-Delta noch immer auf ihre Olivenhaine, Obstgärten und die Viehzucht angewiesen. So wie Astrit, ein Hirte, der seit den 1970er-Jahren mitten im Vjosa-Delta lebt. Sein Dorf Akerni liegt unweit der Landebahn des neu gebauten Flughafens. „Ich bin froh, dass der Flughafen gebaut wird. Er ist ein Glück für uns. Der ganze Süden wird davon profitieren", sagt Astrit.[46] Dabei rattern schon jetzt im Minutentakt tonnenschwere Lastwagen an seinem Stall, in dem er die Schafe hält, vorbei. Die Büsche am Straßenrand haben die Farbe gewechselt – von Grün zu Grau zu Weiß. In der Bar des Dorfes wischen die Männer mit ihren Zeigefingern über die Oberfläche der Plastiktische, um zu verdeutlichen, wie dreckig es hier geworden ist. Und doch ist niemand gegen das Projekt. Astrit hofft, dass er vor dem Flughafen gegrillte Maiskolben verkaufen kann. Angesprochen auf die Flamingos macht der Hirte eine wegwerfende Handbewegung. Hier gebe es doch nur Möwen, sagt er.

Joni Vorpsi sieht das anders. Der 29-Jährige arbeitet für PPNEA, Albaniens älteste Umweltorganisation, und beobachtet die Flamingos und ihr Brutverhalten seit Jahren. An einem frühlingshaften Tag im April 2024 steuert Vorpsi einen kleinen weißen Geländewagen über die Dünen des Strandes, an dem Jared Kushner sein Hotel errichten möchte. In etwa zwei Stunden wird die Sonne im Meer verschwinden. Weit und breit ist kein Mensch zu sehen, nur Kühe und Schafe, die auf den grünen Hügeln rund um die Lagune grasen. „Jared Kushner lebt weit weg von der Katastrophe, die er hier in Albanien anrichtet", sagt Vorpsi. Er steht auf einer steil ins Meer abfallenden Klippe. Auf der einen Seite liegt die Adria, über die es nicht weit bis zum Absatz des italienischen Stiefels ist. Auf der anderen erstreckt sich das Vjosa-Delta, das Vorpsi ein „magisches Zusammenspiel" zwischen Fluss und Meer nennt. „Alle wollen auf Kosten der Natur Profite schlagen", sagt er, „dabei sollten wir uns dafür



Der Vogelschützer Joni Vorpsi setzt sich dafür ein, dass die Natur des Deltas erhalten bleibt und der Flughafen nicht gebaut wird.

einsetzen, unsere Natur zu schützen. Die letzten Orte, die uns noch geblieben sind, werden zugebaut."

Kukës: Ein Flughafen, der nie in Betrieb ging

Während für die Touristinnen und Touristen ganze Hotelburgen aus dem Boden gestampft werden, entleeren sich Albaniens Städte in der Provinz (siehe Kap. 10). Kein Ort zeigt das so deutlich, wie Kukës, eine von hohen Bergen umschlossene Kleinstadt im Nordosten an der Grenze zum Kosovo. Seit der Jahrtausendwende ist die Bevölkerung in der Region radikal geschrumpft. Der Qark Kukës (Qark ist eine Verwaltungseinheit oberhalb der Gemeinden) besteht aus den drei Gemeinden Has, Kukës und Tropoja. Bei der letzten Volkszählung von 2023 hatte der Quark knapp 62 000 Bewohnerinnen und Bewohner.[47] Bei der Volkszählung von 2011 waren es noch 85 292 und 2001 rund

112 000 Einwohner gewesen.[48] Damit hat die Region in 25 Jahren knapp die Hälfte seiner Population verloren. Eine Reportage des *Spiegel* von 2022 über Kukës trägt den dazu passenden Titel: „Die Stadt, aus der jeder flüchten will."[49] Dabei war es in den 1990er-Jahren noch umgekehrt. Damals nahm Kukës Zehntausende Geflüchtete aus dem Kosovo auf, die über den gebirgigen Pass geflohen waren. Lokale Familien aus Kukës, die selbst nichts hatten, öffneten ihre Häuser für die traumatisierten Nachbarn. Später emigrierten die Menschen aus Kukës dann selbst – nicht wegen eines Krieges, sondern aus Perspektivlosigkeit. Bis heute zählt die Region zu den ärmsten im ganzen Land. Nirgendwo ist der Kontrast zu den Yachthäfen und Luxushotels im Süden größer als hier.

Ausgerechnet dieses in den Bergen versteckte Provinznest hat etwas, das die boomende Hafenstadt Vlora noch nicht hat: einen funktionstüchtigen Flughafen. Mehr als 23 Millionen Euro sollen seit 2018 in das Bauprojekt geflossen sein.[50] Umso sonderbarer ist es, dass der Flughafen von Kukës nicht in Betrieb ist. Das zeigt eine Ortsbesichtigung im März 2025: Der für Hunderte Fahrzeuge ausgelegte Parkplatz steht leer, ebenso die Büros der Autovermietungen. Nähert man sich dem Eingang des Flughafens, kommen einem uniformierte Polizisten entgegen, die einem freundlich erklären, dass man eine Genehmigung brauche, um hineinzugehen.

Im Oktober 2020 postete Edi Rama ein Werbevideo von den voranschreitenden Bauarbeiten auf Facebook. In dem Posting heißt es, dass ein „lang ersehntes Projekt nach EU-Standards verwirklicht wird", das Kukës zum wirtschaftlichen Zentrum des Nordostens machen werde.[51] Im Wahlkampf von 2021 erklärte Rama bei einer Wahlkampfrede im nahe liegenden Peshkopia: „Wir werden neue Tore nach Albanien eröffnen – in der Luft und zu Wasser. Unsere Flugzeuge werden über die Ozeane fliegen."[52]

Aber dieses Versprechen hat sich für den Norden nicht bewahrheitet. Nach Kukës fliegt seit 2023 nicht einmal mehr die nationale Fluggesellschaft Air Albania. Auch der ungarische Billigfluganbieter Wizz Air hat sich zurückgezogen. Offiziell wird das mit der schwierigen Lage sowie dem Wetter begründet. Kukës liegt eingebettet zwischen hohen Bergen, was den Landeanflug nur für sehr erfahrene Piloten möglich macht. Ein Insider, der in die Inbetriebnahme eingebunden war, erzählt, dass der Flughafen für die Trainings der Piloten hätte aufkommen müssen. Dadurch wurde das Projekt zu einem Minusgeschäft. Jetzt wird die Landebahn für Solarzellen und somit zur Stromgewinnung genutzt. Allerdings bräuchte man dafür eigentlich keinen Flughafen – geschweige



Fertig gebaut, aber nicht in Betrieb: der Flughafen in Kukës, 2022

denn einen, der für eine Kapazität von 750 000 Passagieren ausgelegt ist.[53] Die lokale Bevölkerung fragt sich: Wozu das Ganze? Was haben wir jetzt davon?

„Dieser Flughafen hat seinen Namen nicht verdient", sagt Rrahman Dema, der 49 Jahre alte Vorsitzende der oppositionellen Demokraten in Kukës. Er spricht stattdessen pauschal von „Oligarchen-Korruption". Damit meint er, dass beim Bau eine Firma zum Zuge kam, die als regierungsnah gilt. Im Jahr 2020 deckte das albanische Online-Medium *Exit.al* auf, dass hinter einer der beteiligten Baufirmen, die unter dem Namen „Global Technical Mechanics" registriert war, in Wahrheit die Kastrati Group steckte – das am Gewinn im Jahr 2023 gemessen zweitgrößte Unternehmen des Landes. Shefqet Kastrati, der CEO der Kastrati Group, stammt selbst aus Kukës und baute sich nach dem Ende des Kommunismus mit dem Betrieb von Tankstellen ein Imperium auf. Heute ist Kastrati 100-prozentiger Anteilseigner des Tirana International Airport und besitzt 50 Prozent der albanischen Autobahnkonzessionen.[54]

Mittlerweile mischt das Unternehmen auch in der Hotelbranche mit. Womit sich eine Verbindung zum Projekt im Vjosa-Delta im Süden Albaniens auftut. Denn es gilt als wahrscheinlich, dass Kastrati auch beim Bau von Jared Kushners Luxusressorts zum Zuge kommt. Medienberichten zufolge soll es Shefqet Kastrati gewesen sein, der das Treffen zwischen Kushner und Edi Rama in Tirana vermittelt hat. Zuvor, im Dezember 2022, war Kastrati mit dem Ex-Diplomaten Richard Grenell nach Florida gereist, wo er auch Donald Trump getroffen hatte.[55] Laut der *New York Times* kaufte Kastrati im selben Jahr für 7,5 Millionen US-Dollar ein Haus in den USA, das nicht weit von dem Anwesen Jared Kushners entfernt liegt.[56]



Afrim Cenaj führt durch die unterirdische Bunkeranlage in Kukës, März 2023.

Während die Kastrati-Gruppe schon beim nächsten Großprojekt mitzumischen scheint, hat sich der Flughafen in Kukës zu einem Flop entwickelt. „Der Flughafen ist ein großer Betrug", ärgert sich auch Afrim Cenaj, 47, ein Mann, der in Kukës eine Autowaschanlage betreibt. Er steht auf einer Anhöhe über der Stadt, von der aus man auf einen Stausee blickt. Dann weist er einen seiner Mitarbeiter an, das mit Schaum eingesprühte Auto fertig zu wischen, und macht sich auf in den Bunker – sein zweites Geschäftsmodell.

Dieses hat mit einem Geheimnis zu tun, das erst nach dem Fall des kommunistischen Regimes zutage trat: Kukës gibt es zweimal. Neben – oder besser gesagt: unter – der offiziellen Stadt an der Oberfläche existiert unterirdisch ein kilometerlanges Tunnelsystem. Aufgrund der geografischen Nähe zum benachbarten Jugoslawien wollte Diktator Enver Hoxha auf Nummer sicher gehen und sich für den Ernstfall wappnen. Im Falle eines Angriffs der jugoslawischen Feinde hätte die gesamte Stadt – 16 000 Menschen – in Deckung gehen und in einem gewaltigen Bunker unter der Erde verschwinden können. Die Geschichte des unterirdischen Kukës erscheint heute wie eine Tragikomödie des Kalten Krieges: Just in dem Moment, als die Kommunisten das Projekt nach fast 20 Baujahren fertiggestellt hatten, brach das Regime in sich zusammen.

Nach dem politischen Umbruch entdeckte Afrim Cenaj neben einer alten Baracke auf seinem Grundstück den Eingang zu den Tunneln. Bei seinen ersten Erkundungen durch das verzweigte Labyrinth band er einen Wollfaden am Eingang fest, um wieder ins Freie zu finden. Mittlerweile kennt er sich gut im Gewölbe aus. Er bietet Touren für Touristen an, allerdings nur in einem kleinen Teil der Tunnel. Wer bis ins Herz des Labyrinths vorstoßen will, braucht

ab einem gewissen Zeitpunkt eine Sauerstoffmaske, weil es kein Lüftungssystem gibt.

Cenaj hatte in seinem Leben schon viele Jobs: Er erntete Oliven in Griechenland, war Türsteher in einer Disco in Brüssel. Wenn man ihn fragt, was oder wo die Menschen in Kukës arbeiten, sagt er wie aus der Pistole geschossen: „Sie wandern aus. Die härteste Arbeit, die die Jungen hier verrichten, ist es, ihre Koffer zu packen." Weite Teile seiner eigenen Familie sind nach Großbritannien gezogen.

Massenabwanderung als Endlosspirale

Kukës wird auch „Little London" genannt. Seit Jahren bezahlen junge Männer Schlepper, um nach Großbritannien zu fliehen. Über die Preise wird in den Cafés und Bars der Stadt ganz offen diskutiert. Bis zu 20 000 Euro kostet es, wenn man mit gefälschten Papieren per Auto durch den Eurotunnel geschleust wird, der Frankreich mit Großbritannien verbindet. Die günstigere (und deutlich gefährlichere) Lösung ist es, für etwa 5 000 Euro das Schlauchboot zu nehmen. Im Jahr 2022 stieg die Zahl der albanischen Bootsflüchtlinge schlagartig an. Zwischen Mai und September machten sie mit über 11 000 Menschen fast die Hälfte der Ankommenden in Großbritannien aus. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren es gerade einmal 815 gewesen.[57] Die Gründe für den Anstieg sind vielseitig. Schleppergruppen im Norden Frankreichs begannen in jener Zeit gezielt, albanische Männer unter anderem auf der beliebten Video-Plattform TikTok anzusprechen. Zudem hat sich in den Jahren nach 2015 in Albanien herumgesprochen, dass in der EU kaum Chancen auf Asyl bestehen, weshalb sich viele in Großbritannien bessere Chancen erhofften. Viele von ihnen werden ungewollt in die Kriminalität getrieben. Um die Schlepper zu bezahlen, leihen sie sich Geld, das sie später, in Großbritannien angekommen, abarbeiten müssen – etwa auf illegalen Cannabis-Plantagen.

Bardhyl Onuzi macht das Sorgen. Er arbeitet als Lehrer in Kukës und den umliegenden Dörfern. Aber dieser Job allein reicht nicht aus, um zu überleben, sagt er. In den Sommerferien, wenn die Schule geschlossen hat, arbeitet er als Maler und auf dem Bau in Norwegen. Es ist nicht seine erste Migrationserfahrung. 1997, dem Jahr, als in Albanien die öffentliche Ordnung weitgehend zusammenbrach (siehe Kap. 9.1), setzte Onuzi auf einem Motorboot nach Italien über und ging von dort weiter nach London, wo er als Kellner arbeitete. Mittlerweile beobachtet er mit Sorge, wie seine Schüler in die Abhängigkeit der

Schlepper geraten: „Es ist ein nie endender Kreislauf. Du borgst dir das Geld, arbeitest es ab. Bis jemand Neues rekrutiert wird."

In der Volksrepublik Albanien hatten die Kommunisten die Ausreise mit Gewalt verboten. Aber wie überredet man heute jemanden zu bleiben? Das war eine der entscheidendsten Fragen bei den Parlamentswahlen am 11. Mai 2025. „Meine Partei wird einen Plan entwickeln, damit Menschen aus der Diaspora zurückkehren und in Albanien leichter ein Business eröffnen können", versprach Rrahman Dema, der Vorsitzende der oppositionellen Demokratischen Partei (PD) von Kukës. Im März 2025, zwei Monate vor den Parlamentswahlen, sitzt er in seinem kargen Büro im Zentrum der Stadt. Auf dem Schreibtisch steht ein kleiner Wimpel mit der albanischen und der EU-Flagge nebeneinander. Konkrete Ideen – bis auf Steuererleichterungen und die Erhöhung des Mindestlohns – legte aber auch er nicht vor. Sicher war er sich nur in einem: „Kukës ist die ärmste Stadt Albaniens. Dabei gäbe es so viel Potenzial."

Bei den Wahlen wird die Diaspora eine entscheidende Rolle spielen, glaubt er. Denn erstmals dürfen Auslandsalbanerinnen und -albaner per Briefwahl abstimmen. Laut der Zentralen Wahlkommission hat sich aus dem Ausland für die Briefwahl eine Rekordzahl von 294 155 Wählerinnen und Wählern registrieren lassen. Dema ist deswegen vor einigen Monaten nach London und Birmingham gereist, wo eine große albanische Gemeinde aus Kukës lebt. „Wir erwarten viele Stimmen aus dem Ausland", sagt er.

Spitzenkandidat der PD im Rennen gegen dem amtierenden Ministerpräsidenten Edi Rama von der Sozialistischen Partei ist ein Mann, dessen Bild gleich zweimal im Büro von Dema hängt: Sali Berisha, geboren 1944 in einem Dorf an der Grenze zum Kosovo. Nach seinem Medizinstudium in Tirana wurde er Kardiologe an der dortigen Universitätsklinik. Bis heute gilt: Niemand personifiziert den politischen Umbruch der 1990er-Jahre in Albanien so sehr wie Berisha. Er gilt als der Antikommunist schlechthin. Das ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass er selbst bis Anfang der 1990er-Jahre Mitglied in der Partei der Arbeit Albaniens war.

Politische Kontinuität: Edi Rama vs. Sali Berisha

Sali Berisha war 1992 der erste frei gewählte, nicht kommunistische Präsident – und bis heute mischt er auf oberster Ebene in der Politik mit. Bei den Parlamentswahlen von 2025 war er die wichtigste Oppositionsfigur, die sich Edi Rama entgegenstellte. Berisha denkt nicht ans Aufhören, obwohl er



Der wegen Ermittlungen der Antikorruptionsbehörde SPAK unter Hausarrest stehende Oppositionspolitiker Sali Berisha zeigt sich siegesgewiss, 11. September 2024.

mittlerweile 80 Jahre alt ist und zwischen Dezember 2023 und November 2024 wegen Ermittlungen der Antikorruptionsbehörde SPAK unter Hausarrest stand. Berisha nutzte die Anklage, um seine Anhängerinnen und Anhänger zu mobilisieren. Tagtäglich trat er an das Fenster seiner Wohnung im Zentrum von Tirana und sprach über ein Mikrofon zu einer Menge, die sich vor seinem Haus versammelt hatte. Mal war die ganze Straße voll, mal stand nur ein kleiner Kreis von 20 Unterstützern unter dem Fenster. Nur eines war sicher: Berisha würde an das Fenster treten und seine Rede halten.

Die „Fenster-Reden" wurden zum Ritual einer Partei, die sich nie vollständig von ihrem Gründungsvater Berisha gelöst hat, obwohl dieser im Mai 2021 wegen Korruptionsvorwürfen auf eine US-Sanktionsliste gesetzt und zur Persona non grata in den USA erklärt wurde. Für Berisha war das besonders bitter. Denn es waren einst die USA, die ihm nach dem politischen Umbruch den Weg in die Politik geebnet und den Wahlkampf der PD finanziert hatten. „Die USA sind das Land, das ich am meisten bewundere", sagt Berisha kurz nach Bekanntwerden der Sanktionen in einem Gespräch.[58] Er sitzt in seinem Büro bei einer Tasse Tee. Zur Parteizentrale im Stadtzentrum von Tirana hat er keinen Zutritt zu jener Zeit. Im Regal hinter dem massiven Holzschreibtisch sind fein säuberlich die Biografien von mehreren US-Präsidenten einsortiert. In der Ecke steht eine NATO-Flagge. Berisha wird nicht müde zu betonen, dass Albanien während seiner Amtszeit 2009 dem westlichen Militärbündnis beitrat. Und ausgerechnet er soll jetzt Persona non grata in den USA sein? Berisha wirkt tief gekränkt, aber auch

fest entschlossen. „Ich werde für Pluralismus kämpfen, so wie in den Neunzigerjahren", verspricht er im Interview. Tatsächlich wird es ihm in den Folgejahren bis zur Wahl 2025 gelingen, sich gegen seinen parteiinternen Rivalen Lulzim Basha durchzusetzen und sich zurück an die Spitze der Partei zu manövrieren.

Seinem Kontrahenten Edi Rama, seit 2013 amtierender Ministerpräsident, wirft Berisha seit Jahren routiniert vor, den „ersten und einzigen Narco-Staat Europas" errichtet zu haben – also einen Staat, in dem kriminelle Drogenbanden massiven Einfluss auf die Politik nehmen.[59] Auch sonst macht er den Ministerpräsidenten für so gut wie alles Übel im Land verantwortlich. Das Rennen zwischen Rama und Berisha zeigt, dass das postkommunistische Albanien von den immer gleichen Gesichtern regiert wurde. Berisha ist seit 35 Jahren in der Politik. Edi Rama regiert Albanien länger als jeder seiner Vorgänger seit dem demokratischen Umbruch.

Anders als im benachbarten Kosovo, wo 2021 durch einen Erdrutschsieg der Linksnationalist Albin Kurti an die Macht kam und damit neuen Wind in das Parteiengefüge brachte (siehe Kap. 5.2), hat in Albanien nie ein richtiger Elitenwechsel stattgefunden. Seit dem Umbruch Anfang der 1990er-Jahre stehen sich bei jeder Wahl die gleichen miteinander rivalisierenden Parteien gegenüber: die Sozialistische Partei (Partia Socialiste e Shqipërisë, PS) und die Demokratische Partei (Partia Demokratike e Shqipërisë, PD), die zuletzt zwischen 2005 und 2013 mit Sali Berisha den Regierungschef stellte. Während sich die PD 1990 neu gegründet hat, ist die PS aus der kommunistischen Staatspartei hervorgegangen.

Diese Kontinuität gilt auch für die Biografie von Edi Rama. Sein Vater, ein Bildhauer, hatte einst Partisanenstatuen für das Regime gemeißelt. Sein Sohn hat sich stets von der Diktatur distanziert. „Albanien war von einer Mauer umgeben", so Rama 2021 in einem Interview, „und wir mussten kleine Löcher hineinschlagen, damit ein klein wenig Licht hereinkommt."[60] Ramas „Guckloch" nach draußen war der Sport. Er habe in den 1980er-Jahren auch deswegen für das Basketball-Nationalteam gespielt, gibt er in einem Interview zu, weil er das Land verlassen wollte.[61] Später studierte er Kunst und Malerei. Weite Teile der 1990er-Jahre verbrachte Rama in Paris, bis er 1998 nach Albanien zurückkehrte und Minister für Kultur, Jugend und Sport wurde. Nichts aber sollte Ramas Image im Ausland so nachhaltig prägen wie seine Zeit als Bürgermeister von Tirana von 2000 bis 2011. Er ließ nicht nur illegal errichtete Gebäude abreißen, die nach Ende des Kommunismus wie Pilze aus dem Boden geschossen waren, sondern ließ auch die Fassaden der braunen Wohnblöcke aus Ziegelstein bunt anmalen. Damit wird er bis heute in Verbindung gebracht.

In Tirana gibt es zwei gegensätzliche Perspektiven auf diese Aktion. Von der einen Seite heißt es, Rama habe die braune Tristesse aufgebrochen und der Stadt neues Selbstbewusstsein eingehaucht. Von der anderen Seite wird kritisiert, die Maßnahme sei bloße Kosmetik gewesen. Denn eine bunte Außenfassade bekämpfe keine Armut, sondern kaschiere sie nur.

Womit wir bei einem zentralen Missverständnis über Albaniens Parteien angelangt sind: Rama, der seit Jahren eine wirtschaftsliberale Politik verfolgt und den eine Art politische Freundschaft mit der postfaschistischen Ministerpräsidentin Italiens, Giorgia Meloni, verbindet (siehe Kap. 13), ist trotz seiner Zugehörigkeit zur Sozialistischen Partei genauso wenig ein linker Politiker, wie sich der Demokrat Sali Berisha tatsächlich demokratischen Prinzipien verpflichtet fühlt. So ließ Berisha als Ministerpräsident 2011 in Tirana bei Protesten gegen Korruption und Wahlbetrug auf Demonstrantinnen und Demonstranten schießen. Dabei kamen drei Menschen ums Leben.[62] Rama ermutigte seinerseits ausländische Unternehmen in der Vergangenheit, sich in Albanien niederzulassen, weil es dort keine starken Gewerkschaften gebe.

Wie in den meisten Balkanländern fällt es in Albanien schwer, die Parteien in ein Links-rechts-Schema einzuordnen. Nicht Ideologien und Parteiprogramme entscheiden Wahlkämpfe, sondern in erster Linie Klientelnetzwerke



Bloße Kosmetik? Als Bürgermeister ließ Edi Rama die Fassaden der Wohnblöcke in Tirana bunt bemalen.

und die persönlichen Vorteile, die sie versprechen. Anstatt eines Wettstreits der besten Wahlprogramme gibt es einen Kampf um staatliche Ressourcen, darunter auch Posten in Gemeinden, der Polizei, den Behörden oder Schulen. So ist es bei Machtwechseln üblich, zahlreiche Ämter in der gesamten Verwaltung neu zu besetzen. Die Sozialisten genießen hier einen Vorteil, weil sie in fast allen der 61 Gemeinden den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin stellen. Auch Kukës, eigentlich eine Hochburg der oppositionellen Demokraten, ging 2019 erstmals an die Sozialistische Partei. Das lag allerdings weniger an der Popularität des Kandidaten als daran, dass die Demokraten den Urnengang boykottiert hatten (siehe dazu weiter unten mehr).

Albaniens bipolare Parteienlandschaft

Albanien ist, wie bereits angedeutet, ein innenpolitisch polarisiertes Land. Zwischen den rivalisierenden Blöcken hat es nach den 2000er-Jahren nie eine „Große Koalition" gegeben. Stattdessen fungierte die drittstärkste Partei im Land als Zünglein an der Waage. Die Sozialistische Bewegung für Integration (Lëvizja Socialiste për Integrim, LSI) des ehemaligen Präsidenten Ilir Meta (2017–2022) koalierte mal mit den Demokraten, mal mit den Sozialisten. In Ramas erster Amtszeit bildete die LSI den Juniorpartner. Seit 2017 verfügen die Sozialisten über eine absolute Mehrheit und sind damit auf keinen Koalitionspartner mehr angewiesen. Die LSI hat sich 2022 in „Freiheitspartei" (Partia e Lirisë) umbenannt.

Einig sind sich die beiden Parteienblöcke Albaniens nur in der Außenpolitik. Beide bekennen sich zum transatlantischen Bündnis und zum Beitritt des Landes zur Europäischen Union. Charakteristisch für die innere politische Kultur im Land sind gegenseitige Anschuldigungen sowie der Boykott von Wahlen oder der Parlamentsarbeit. Die PD boykottierte ab 2017 die parlamentarische Arbeit und legte im Februar 2019, gemeinsam mit der LSI von Ilir Meta, ihre Mandate nieder. Die Begründung: Man wolle nicht weiter „Schaufensteropposition für ein undemokratisches Regime" sein.[63] Außerdem warf die PD Rama Korruption vor. „Die Bürger wollen eine von ihnen gewählte und nicht eine von den Verbrechern und Dieben der oligarchischen Elite eingesetzte Regierung", erklärte der damalige Oppositionsführer Lulzim Basha in einer Rede vor dem Parlament.[64] Die Lage war dermaßen erhitzt, dass ein Abgeordneter der PD während einer Parlamentssitzung an Edi Rama herantrat und den Regierungschef mit Tintenfarbe bespritzte. Schließlich legten alle 43 Abgeordneten der PD sowie 19 Abgeordnete der LSI ihre Mandate nieder.



Edi Rama wird während einer Parlamentssitzung von einem Oppositionspolitiker mit Tinte bespritzt, 14. Februar 2019.

Damit wechselte auch die Partei des zu dieser Zeit amtierenden Staatspräsidenten Ilir Meta, die bis 2017 in einer Koalition mit Rama regiert hatte, die Seiten. Der Protest verlagerte sich auf die Straße. Oppositionsführer Basha hoffte, auf diese Weise an die Macht zu kommen. Auch weil es in den Monaten zuvor immer wieder zu Studierendenprotesten gekommen war, bei denen es um die geplante Erhöhung der Studiengebühren sowie den schlechten Zustand der Studentenwohnheime ging. Hinzu kam ein Bürgerprotest gegen den Abriss des Nationaltheaters, der international Aufmerksamkeit erregte. Die Stadt Tirana ließ das Gebäude mitten in der Nacht abreißen, obwohl es von Aktivisten und Künstlerinnen besetzt war.

Die PD hoffte auf ein Momentum und beschloss, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Sie organisierte mehrere Großdemonstrationen, bei denen es auch zu gewalttätigen Ausschreitungen kam. Ramas Regierungssitz wurde mit Rauchbomben beworfen, Fensterscheiben mit Steinen zertrümmert. Als Demonstrierende versuchten, das Gebäude zu stürmen, schritt die Polizei ein. Der Slogan der Proteste *„Rama ik!“* (Rama hau ab!) ist bis heute das Programm der PD. Die Opposition überzeugt weniger mit innovativen Ideen für das Land, sondern sieht im Rücktritt Ramas die Lösung aller Probleme. Sie wirft ihm unter anderem Wahlmanipulation und Verbindung zum organisierten Verbrechen vor. Dass dieser Vorwurf nicht völlig aus der Luft gegriffen scheint, legen geleakte Telefonmitschnitte der Staatsanwaltschaft nahe, die der staatliche US-Auslandssender Voice of America und das regionale Medium Balkan Investigative Reporting Network im Januar 2019 öffentlich gemacht haben.[65] Sie sollen unter anderem belegen, wie hochrangige Politiker der Sozialisten bei den Parlamentswahlen 2017 Stimmenkauf betrieben und sich mit Mafia-Größen und kriminellen Banden ausgetauscht haben. Rama kritisierte die Medienberichte scharf. Der Voice of America warf er unter anderem vor, „aus der Mülltonne zu

berichten".[66] Einem deutschen Journalisten der *Bild*-Zeitung, der ebenfalls über die Tonbänder berichtete,[67] drohte Rama sogar mit einer Klage.

Die Verfassungskrise von 2019

Angesichts der Anschuldigungen kündigte die Opposition an, nicht an den Kommunalwahlen im Sommer 2019 teilnehmen zu wollen. Präsident Ilir Meta verschob den Urnengang auf Oktober. Daraufhin schaltete sich Ministerpräsident Rama ein, erklärte den Schritt für ungültig und warf Meta vor, die Verfassung zu missachten. In einem funktionierenden Rechtsstaat würde angesichts einer solchen Pattsituation der Verfassungsgerichtshof entscheiden. Aber in Albanien war dieser zu jenem Zeitpunkt nicht beschlussfähig.

Das hat mit einer von der EU geforderten und 2016 ins Leben gerufenen Justizreform zu tun, dem Herzstück von Albaniens Reformbemühungen für einen EU-Beitritt. Im Zuge eines sogenannten Vetting-Prozesses, einer umfassenden Überprüfung der Hintergründe von Justizangestellten, waren zahlreiche Richterinnen und Richter beziehungsweise Staatsanwältinnen und Staatsanwälte entlassen worden, weil sie die Herkunft ihrer Vermögenswerte nicht erklären oder ihre Qualifikation nicht nachweisen konnten. Als Konsequenz herrschte massiver Personalmangel. Am Verfassungsgerichtshof fielen acht der neun Richterposten aus, was die Institution handlungs- und entscheidungsunfähig machte. Dasselbe galt für den Obersten Gerichtshof. „Dies führte unter anderem dazu, dass die parlamentarische Opposition nicht über die Möglichkeit einer höchstrichterlichen Überprüfung der Entscheidungen der Exekutive verfügte", schlussfolgerte das Länderbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Tirana damals in einem Bericht.[68]

Der Boykott der Kommunalwahlen durch die Opposition führte zu einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von gerade einmal 23 Prozent. In der Hälfte der Gemeinden stand – mangels oppositioneller Alternativen – nur ein sozialistischer Kandidat für das Amt des Bürgermeisters auf dem Wahlzettel. Die KAS sprach von der ersten „Ein-Parteien-Wahl seit dem Ende des Kommunismus".[69] Der Wahlboykott erwies sich für die Demokraten als Bumerang: Außerhalb der Gemeinden, die fortan in sozialistischer Hand waren, und außerhalb des Parlaments, in dem die PS die absolute Mehrheit hatte, konnte die PD keine wirkungsvolle Oppositionsarbeit leisten. Ein erster Schritt aus der innenpolitischen Krise war im Januar 2020 ein unter Vermittlung der USA und der EU eingerichteter politischer Rat, der eine Wahlrechtsreform für die kommenden

Parlamentswahlen ausarbeitete. Es gelang auch, die Reform im Juli 2020 durch das Parlament zu bringen – nicht zuletzt weil der Schritt eine Bedingung für den Beginn von Beitrittsgesprächen war.

Die Parlamentswahlen vom 25. April 2021 gewann Edi Rama mit 48 Prozent und sicherte sich damit ein zweites Mal die absolute Mehrheit. Als erster Politiker seit dem Ende des Kommunismus war es ihm gelungen, eine dritte Amtszeit anzutreten.[70] Die Demokraten kehrten mit 39 Prozent (ein Zuwachs von 10 Prozent) ins Parlament zurück, schlitterten in den darauffolgenden Jahren aber in eine schwere interne Krise und spalteten sich. Ein Flügel versammelte sich um den Gründungsvater Sali Berisha, das zweite Lager um dessen politischen Ziehsohn Lulzim Basha. Berisha konnte sich schlussendlich durchsetzen, obwohl die Justiz gegen ihn zu ermitteln begann. Rechtzeitig zum Wahlkampf 2025 wurde er aus dem Hausarrest entlassen, ging sogar auf Wahlkampftour in Italien. Berisha war nicht der erste hochrangige Politiker in Albanien, der ins Visier der Antikorruptionsbehörde SPAK geriet. Auch um den engsten Kreis von Edi Rama zieht sich die Schlinge immer enger.

Unter Korruptionsverdacht – die Ermittlungen von SPAK

SPAK ist ein Sonderermittlungsbehörde mit eigener Staatsanwaltschaft und Sondergerichten für die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Es handelt sich um eine noch recht junge Behörde, die 2016 im Rahmen der Justizreform unter Vermittlung von EU und USA ins Leben gerufen wurde. SPAK ermittelt in alle Richtungen – im Dunstkreis von Edi Rama ebenso wie bei seinen politischen Gegnern. Die Korruptionsermittlungen gegen Oppositionsführer Sali Berisha begannen im Dezember 2023. Es ging um die Privatisierung eines Sportzentrums, bei dem unter anderem sein Schwiegersohn profitiert haben soll.[71] Nach mehreren Monaten in Hausarrest erhob SPAK im Oktober 2024 Anklage gegen Berisha.

Auch der ehemalige Staatspräsident Ilir Meta wurde im Oktober 2024 nach Ermittlungen von SPAK in Untersuchungshaft genommen. Damit steht, neben Berisha, auch der zweitwichtigste Oppositionelle in Albanien im Visier der Justiz. Berisha und Meta sprechen deswegen von einer politischen Anklage und werfen Rama vor, die Fäden hinter SPAK zu ziehen. Was gegen diese Theorie spricht: Die Behörde hat auch eine Reihe von hochrangigen Sozialisten hinter Gittern gebracht oder zur Flucht getrieben. Der frühere albanische



Protestaktion vor dem Parlament in Tirana anlässlich der Verhaftung eines Abgeordneten der Demokratischen Partei, 3. Oktober 2024. Die Opposition wirft Rama eine Politisierung der Justiz vor.

Finanzminister Arben Ahmetaj, der als enger Vertrauter von Rama galt, setzte sich ins Exil in die Schweiz ab, nachdem 2023 ein Haftbefehl auf ihn ausgestellt worden war. Er soll beim Bau (beziehungsweise Nicht-Bau) von Mülldeponien mehrere Millionen Euro Steuergeld abgezweigt und veruntreut haben. „Allein für eine bis heute nicht existierende Anlage in der Hauptstadt Tirana stellten die Behörden umgerechnet über 100 Millionen Franken zur Verfügung", schreibt der in Albanien als gut vernetzt geltende Journalist Enver Robelli im Schweizer *Tagesanzeiger*.[72]

Im Juli 2024 wanderte dann der ehemalige Gesundheitsminister Ilir Beqaj, ebenfalls Mitglied von Ramas PS, ins Gefängnis. Der bis dato prominenteste Fall war im Februar 2025 die Verhaftung des Bürgermeisters von Tirana, Erion Veliaj, der kurzzeitig sogar als möglicher Nachfolger von Edi Rama gehandelt wurde. SPAK wirft dem sozialistischen Politiker vor, gemeinsam mit seiner Frau, die eine Kunstgalerie in Tirana betreibt, öffentliche Gelder veruntreut zu haben.

Mai 2025: Eine vierte Amtszeit für Edi Rama

„Ramas engster Kreis ist im Exil oder im Gefängnis. Sein schlimmster Albtraum ist nicht Berisha und der Rest der Opposition, sondern dass diese Leute sich an ihm rächen“, sagt eine Person, die die Sozialistische Partei gut kennt und in der öffentlichen Verwaltung tätig war.

„Vor Wahlen ist es üblich, dass öffentliche Bedienstete angerufen und dazu aufgefordert werden, eine gewisse Anzahl an Wählerstimmen aus dem Familienumfeld und in der Diaspora zu rekrutieren“, sagt diese Person, die anonym bleiben möchte. Im Wahlkampf werde von Mitarbeitern der Gemeinde, aber auch Lehrerinnen und Lehrern erwartet, an Veranstaltungen der Partei teilzunehmen. Es fehle eine klare Trennung zwischen Staat und Partei. Zu diesem Schluss kommt auch ein Bericht, den internationale Wahlbeobachter unter Führung der OSZE nach den Parlamentswahlen 2025 veröffentlicht haben.[73]

Bei den Wahlen 2025 sicherte sich Edi Rama eine vierte Amtszeit. Mit 53 Prozent der Stimmen konnte er das Ergebnis von 2021 sogar überbieten. Er kann mit absoluter Mehrheit und ohne Koalitionspartner weiterregieren. Ramas zentrales Wahlkampfthema war ein EU-Beitritt bis 2030. „Nur mit Edi“, stand auf den Plakaten, daneben ein roter EU-Pass mit dem albanischen Doppeladler darauf. Der albanische Rapper Noizy hatte für die Sozialisten dazu den passenden Wahlkampfsong geschrieben. Darin heißt es: *„Bashkë për një qëllim: në Europë!“* – Gemeinsam für ein Ziel: Europa!

Ein Sieg Ramas hatte sich abgezeichnet, auch wenn die Hürden bei dieser Wahl höher waren als sonst. Denn neben den zwei großen Parteien PD und PS hatten sich eine Reihe von neuen Parteien mit neuen Gesichtern aufstellen lassen, etwa die linke Lëvizja Bashke, die aus einer Bürgerbewegung hervorgegangene Shqipëria Behet oder die vom Geschäftsmann und ehemaligen PD-Politiker Agron Shehaj gegründete Partei Mundësia.

Die neuen Parteien scheiterten vor allem an Albaniens komplexem Wahlgesetz, das kleine Parteien seit jeher benachteiligt. Stimmen wandern, anders als in Deutschland, nicht national in einen Korb, sondern führen nur dann zu Mandaten, wenn sie auf Ebene der zwölf Verwaltungseinheiten (Qarks) eine gewisse Schwelle überschritten haben. Am Ende konnten die neuen Parteien gerade einmal vier der 140 Mandate erreichen. Auch die Diaspora, in der 60 Prozent für die Sozialisten stimmten, hat zum deutlichen Wahlsieg Edi Ramas beigetragen.[74]

Internationale Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter unter Führung der OSZE hielten in ihrem Bericht fest, dass der Wahlprozess korrekt, inklusiv



Nach dem Sieg bei den Parlamentswahlen umarmt Edi Rama den bekannten Rapper Noizy, der ihn im Wahlkampf unterstützt hatte, 14. Mai 2025.

und transparent abgelaufen sei.[75] Auch die Briefwahl in der Diaspora, die zum ersten Mal stattfand, sei gut organisiert worden. Die Regierungspartei habe aber einen „unangemessenen Vorteil" genossen, weil sie „administrative Ressourcen" nutzen konnte. „Es gab außerdem zahlreiche Vorwürfe, dass auf Wähler Druck ausgeübt worden sei, insbesondere auf öffentliche Angestellte", heißt es in dem Bericht. Kritik musste sich Rama dafür nicht stellen. Das Gegenteil war der Fall. Weite Teile der EU-Führung gratulierten ihm persönlich in Tirana.

Tiranas Bauindustrie und der Vorwurf der Geldwäsche

Fünf Tage nach der Wahl fand in Tirana der Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft statt, eines von der EU unabhängigen Kooperationsforums, das auf eine Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zurückgeht. Die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen aus 47 Ländern

kamen in einer eigens für den Gipfel errichteten Halle auf dem zentralen Skanderbeg-Platz zusammen, deren weiße Wände mit bunten Zeichnungen von albanischen Schulkindern austapeziert waren. Präsent waren auch der NATO-Generalsekretär Mark Rutte, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie der britische Premier Keir Starmer. Für Edi Rama, der im Wahlkampf mit einem baldigen EU-Beitritt geworben hatte, war der Gipfel ein innenpolitischer Sieg. Während die Opposition hinter der Polizeisperre Proteste wegen angeblicher Wahlfälschung abhielt, konnte sich Rama in vertrauter Pose mit der versammelten EU-Führung zeigen.

Ramas Kritiker stoßen sich seit Jahren an dieser Anbiederung. Darunter auch Fatos Lubonja. Der Schriftsteller saß in der Hoxha-Ära für 17 Jahre im Gefängnis, nachdem er sich als Student in einem Tagebucheintrag kritisch über den Diktator geäußert hatte. Der heute 74-Jährige verbringt seine Wochenenden außerhalb von Tirana in einem alten Haus mit einer knarrenden Holzveranda, auf der man die Vögel zwitschern hört. Er serviert Mokka in kleinen Tassen, während er erzählt, warum er immer öfter hier raus aufs Land fährt. Rund um seine Wohnung im Zentrum der Hauptstadt wummern die Baustellen. Überall sprießen neue, moderne Bürotürme und luxuriös anmutende Apartmentblöcke wie Pilze aus dem Boden.

Die Immobilienpreise gehen entsprechend durch die Decke und reichen mitunter an das Niveau Berlins heran – allerdings in der Hauptstadt eines Landes, in dem das durchschnittliche Einkommen bei rund 800 Euro im Monat liegt.[76] „Die Preise in Tirana sind so hoch wie in Florenz“, sagt Lubonja, „und das liegt daran, dass Drogenbanden ihr Geld in der Bauindustrie waschen.“

Lubonja war früher mit Rama befreundet und 1998 sogar für einige Monate sein Berater, nachdem Rama zum Kulturminister ernannt worden war. Heute gilt Lubonja als einer der lautesten Kritiker des Ministerpräsidenten. Ihm zufolge hat das glitzernde, boomende Albanien, das Rama verkörpert, eine Schattenseite. Viele Gebäude würden nicht gebaut, um Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sagt Lubonja, sondern um „das Geld aus dem Kokainhandel zirkulieren zu lassen“. Deswegen mache es den Eigentümern auch nichts aus, dass viele der neu gebauten Wohnungen leer stünden.

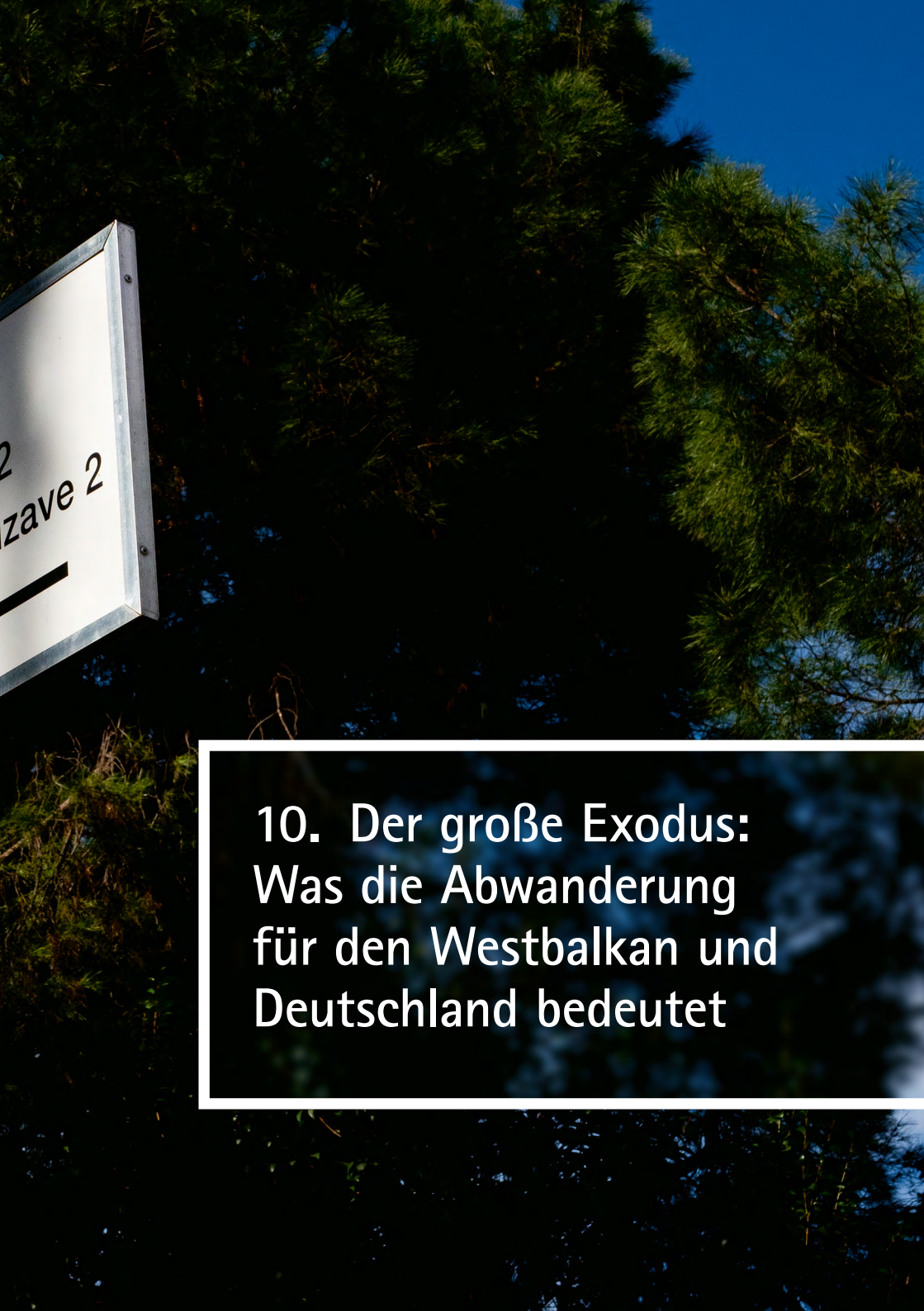
Die Folge: Selbst Besserverdiener könnten sich die exorbitanten Quadratmeterpreise kaum noch leisten. Lubonja, der sein Landhaus außerhalb von Tirana in den 1990er-Jahren, also lange vor dem Boom, günstig gekauft hat, darf sich glücklich schätzen. Er – der ehemalige Häftling der Diktatur – hat sein ruhiges Plätzchen gefunden.

Panajot Stefa, der Fischer mit dem verrosteten Wohnwaggon im Süden Albaniens, könnte seinen Platz am Meer bald verlieren. Ob Jared Kushner nun in den Strand investiert oder nicht: Stefa scheint sich mit seinem Schicksal abgefunden zu haben. „Wir Fischer werden tun, was uns die Regierung und das Ministerium sagen. Sie entscheiden für uns", sagt er. Generell zeigt er sich optimistisch: „Auf uns wartet nur Gutes."

Teil 3

Themen


Visastelle
Sektori i vi



10. Der große Exodus: Was die Abwanderung für den Westbalkan und Deutschland bedeutet

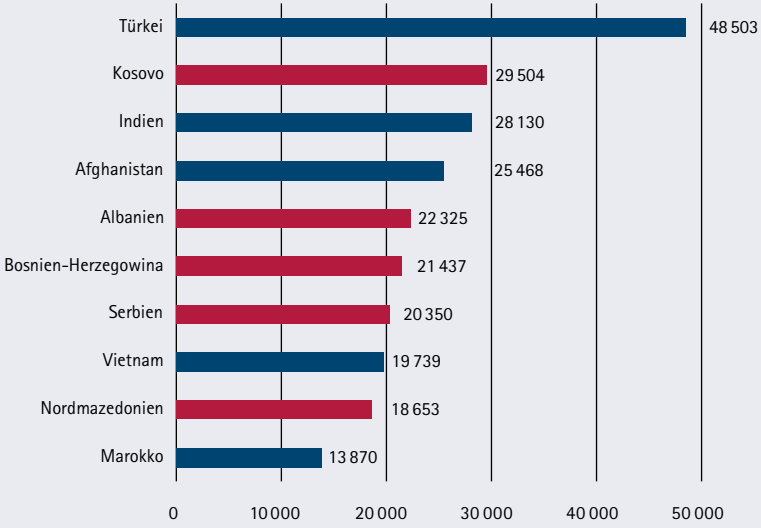
Paola Brusha steht kurz vor ihrem Abitur, als der albanische Ministerpräsident eine Rede hält, die ihren weiteren Lebensweg stark prägen wird. Es ist der 6. März 2023, ein Montag, und die albanische Regierung hat im Pallati i Kongreseve, einem brutalistischen Kongressgebäude im Zentrum von Tirana, zu einem Gipfel geladen. Es geht um die Zukunft des Gesundheitssektors und Ministerpräsident Edi Rama wird in seiner Rede etwas ansprechen, dass auf dem Westbalkan ein offenes Geheimnis ist, das aber viele politische Entscheidungsträger jahrelang ignoriert haben: Zu viele Menschen aus der Region wandern ab, insbesondere nach Deutschland. Für Deutschland ist das vor allem eine Chance, denn der deutsche Arbeitsmarkt ist langfristig auf Zuwanderung angewiesen. Die Bertelsmann Stiftung kommt in einer 2024 veröffentlichten Studie zu dem Ergebnis, dass Deutschland bis 2040 jährlich rund 288 000 neue internationale Arbeitskräfte braucht, um seinen Bedarf zu decken.[1]

Menschen aus den Westbalkanstaaten sind bereits seit vielen Jahren für den deutschen Arbeitsmarkt unverzichtbar, insbesondere für die Baubranche, das verarbeitende Gewerbe, Sicherheitsdienste, den Handel und das Gesundheitswesen. Die deutsche Bundesregierung setzt seit Jahren Anreize, damit Arbeitskräfte ins Land kommen. Das gilt nicht nur für Fachkräfte, also beispielsweise ausgebildete Pfleger oder Ärztinnen, sondern auch für unqualifizierte Arbeitskräfte, die in der Gastronomie, in der Logistik oder auf dem Bau gebraucht werden. Für unqualifizierte Arbeitskräfte wurde 2016 ein eigenes Zuwanderungsinstrument geschaffen: die sogenannte Westbalkanregelung mit einem jährlichen Kontingent zunächst von 25 000 und seit 2024 von 50 000 Menschen. Laut Koalitionsvertrag der seit Mai 2025 amtierenden schwarz-roten Bundesregierung soll die Zahl zukünftig wieder auf 25 000 abgesenkt werden, wobei bislang noch keine Umsetzung eingeleitet wurde.

Selbstverständlich arbeiten viel mehr Menschen aus der Region in Deutschland, als dieses Kontingent abdeckt. Zum Stichtag 30. Juni 2024 waren rund 506 000 Menschen aus den sechs Staaten des westlichen Balkans in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zahl wird in den nächsten Jahren wohl weiter steigen. 2024 hat die Bundesagentur für Arbeit weltweit 446 348 Zustimmungen zur Arbeitsaufnahme für Drittstaatsangehörige – also

Bild S. 344/345: Die deutsche Botschaft in Tirana. Für viele Menschen aus den Westbalkanstaaten ist Deutschland das bevorzugte Auswanderungsziel.

Die 10 Herkunftsländer mit den meisten Zustimmungen zur Arbeitsaufnahme von Drittstaatsangehörigen in Deutschland, 2024



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Personen, die nicht aus der EU, dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder der Schweiz kommen – erteilt. Auf Platz eins liegt dabei mit 48 503 Zustimmungen zwar weiterhin die Türkei. Auf Platz zwei (29 504 Zustimmungen) folgt aber bereits der Kosovo. Unter den Top Ten finden sich mit Nordmazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Albanien und Kosovo fünf von sechs Ländern des Westbalkans. Zusammengerechnet kommen sie auf mehr als 112 000 Zustimmungen für die Arbeitsaufnahme.[2]

Das zeigt, wie relevant die Region für den deutschen Arbeitsmarkt ist. Doch was für Deutschland langfristig eine Chance ist, wird für die Herkunftsländer immer mehr zur Belastungsprobe. Albanien zum Beispiel hat eine der niedrigsten Ärztedichten in Europa. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen im Jahr 2020 nur 19 Ärztinnen und Ärzte, während es in Deutschland

44 waren – mehr als doppelt so viele.[3] Prognosen zufolge dürfte sich dieser Mangel in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter verschärfen.

Die Bevölkerung schrumpft

„Wenn Demografie Schicksal ist, dann sieht die Zukunft des Balkans düster aus", schrieb der britische Journalist Tim Judah 2019 in einem Beitrag für das Balkan Investigative Reporting Network. Judah hatte als Korrespondent für den *Economist* in den 1990er-Jahren über die Kriege im ehemaligen Jugoslawien berichtet. Fast 30 Jahre später, so der Journalist, dominierten weiterhin Geschichten über Grenzen und ethnische Konflikte die journalistischen Berichte über den Balkan. Dabei sei die größte Herausforderung der Region eine andere. Ehemalige kommunistische Länder in Südosteuropa, warnte Judah, stünden vor einer „katastrophalen Entvölkerung" mit „weitreichenden sozialen und politischen Folgen".[4]

Während politische Parteien in Deutschland darüber diskutieren, wie sich Zuwanderung begrenzen und eindämmen lässt, ist es auf dem Balkan genau umgekehrt. Das beherrschende Thema ist, dass zu viele Menschen weggehen. Dementsprechend brisant sind Volkszählungen. Als Albaniens Statistikamt INSTAT im Sommer 2024 nach mehreren Monaten Verzögerung den neuen Zensus veröffentlichte, fieberte die Öffentlichkeit regelrecht darauf hin – als handle es sich um ein mit Spannung erwartetes Fußballspiel. Am Ende zeigte sich: Seit 2011 ist die Bevölkerungszahl des Landes von 2,8 auf 2,4 Millionen gesunken.[5] Diese Statistik ist letztendlich aber auch nur ein Richtwert, denn viele Menschen, die beispielsweise eine Aufenthaltsbewilligung in einem EU-Mitgliedsland beantragen, bleiben weiter in ihrem Heimatland gemeldet. Eine exakte Zahl, wie viele Menschen temporär beziehungsweise längerfristig ins Ausland gegangen sind, gibt es daher nicht.

Die offiziellen Statistiken aber sind schon aussagekräftig genug. Mit der Ausnahme von Montenegro schrumpft in allen Staaten des Westbalkans die Bevölkerung. In Serbien etwa seit 2011 von 7,2 auf 6,6 Millionen, in Nordmazedonien von gut 2 Millionen im Jahr 2002 auf 1,8 Millionen im Jahr 2021, in Bosnien-Herzegowina von 4,4 Millionen im Jahr 1991 auf 3,2 Millionen im Jahr 2023, im Kosovo von 1,8 Millionen im Jahr 2011 auf aktuell rund 1,6 Millionen. Einzig Montenegro verzeichnet ein bescheidenes Bevölkerungswachstum von 620 000 im Jahr 2011 auf 633 000 im Jahr 2023.[6] Dabei zeigt ein näherer Blick in die Statistik, dass die Küstenstädte Montenegros und die



Zu verkaufen: Die Abwanderung führt in vielen Regionen des westlichen Balkans zu einer demografischen Krise.

Hauptstadt Podgorica wachsen, während der Rest des Landes auf ähnliche Weise von Bevölkerungsrückgang betroffen ist wie die Nachbarstaaten.

Die demografische Krise ist für die betroffenen Länder eine Mammutaufgabe. Die großen Fragen, auf die die Regierungen der Region Antworten finden müssen, lauten: Wer wird die Lücke auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft füllen? Wie lassen sich die maroden – in vielen Fällen sowieso nur mangelhaft ausgebauten – Sozialsysteme finanzieren, wenn immer weniger Junge in diese (und in die Staatskasse) einzahlen? Hinzu kommt eine Frage, die auch die EU beschäftigen muss: Wie ist es um die Demokratie der Beitrittskandidaten bestellt, wenn so viele ihre Länder verlassen? Denn die Abwanderung vor allem junger und gut ausgebildeter, vielfach auch politisch engagierter und demokratisch gesinnter Menschen „schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt" und „begünstigt nationalistische Narrative", wie es ein 2024 veröffentlichtes Recherchepapier der Heinrich-Böll-Stiftung zusammenfasst.[7]

Auch wenn der Bausektor und die Tourismusbranche an der Adriaküste oft noch stärker vom Arbeitskräftemangel betroffen sind, werden die Konsequenzen der Abwanderung nirgendwo so emotional diskutiert wie in Bezug auf den Gesundheitssektor. Das ist verständlich, immerhin geht es auch um eine Generationenfrage: Wer pflegt die Alten, wenn die Jungen gehen? Während der Coronapandemie wurde vielen schlagartig klar, wie marode das Gesundheitssystem in ihren Ländern wirklich ist. Unter den weltweit zehn Staaten mit der höchsten Zahl von Covid-19-Toten pro 100 000 Einwohnerinnen und

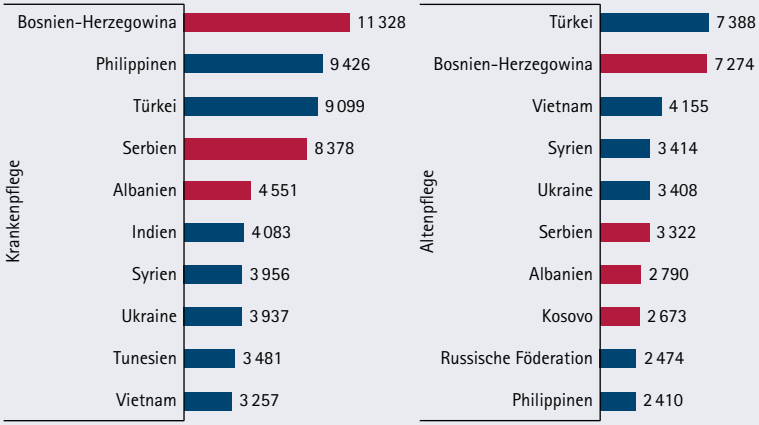
Einwohnern fanden sich mit Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Nordmazedonien zeitweise drei Länder aus der Region.[8]

Paola Brusha, die eingangs erwähnte Schülerin aus Tirana, steht deswegen vor einer Gewissensfrage. Sie will Ärztin werden. Bleibt sie in Albanien, wo die Gehälter niedrig sind? Oder geht sie ins Ausland, wo Staaten wie Deutschland händeringend nach Personal suchen? In Deutschland steigt die Zahl der ausländischen Ärztinnen und Ärzte seit Jahren und erreichte 2023 einen neuen Höchststand: Zum 31. Dezember waren es fast 64 000 – das entspricht rund 15 Prozent aller in Deutschland tätigen Medizinerinnen und Medizinern. Damit hat sich ihre Zahl innerhalb eines Jahrzehnts verdoppelt: 2013 lag sie noch bei rund 30 000.[9] 4 966 aktive Ärztinnen und Ärzte in Deutschland kommen dabei aus einem der Staaten des westlichen Balkans, und aus allen sechs Staaten steigt die Zahl im Vergleich zu den Vorjahren.[10] Die Medizinerinnen und Mediziner aus dem Ausland werden dringend gesucht, weil viele „Babyboomer" in den kommenden Jahren in Rente gehen und zu wenige Ärzte in Deutschland selbst ausgebildet wurden.

Noch dringender werden Pflegekräfte benötigt. Laut einer Berechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) dürfte sich der Bedarf bis 2049 auf 690 000 Pflegekräfte erhöhen.[11] „Ohne ausländische Beschäftigte würde das Pflegesystem wohl zusammenbrechen", schlussfolgerte die „Tagesschau" in einem Beitrag im Oktober 2024.[12] In der Altenpflege stieg die Zahl ausländischer Beschäftigter seit 2013 um 273 Prozent – das entspricht fast 87 000 zusätzlichen ausländischen Pflegekräften. Auch in der Krankenpflege wuchs die Zahl ausländischer Beschäftigter deutlich: Mit einem Zuwachs von 109 000 Personen stieg ihr Beschäftigungsstand um 256 Prozent. Innerhalb eines Jahrzehnts erhöhte sich der Anteil ausländischer Pflegekräfte in der Krankenpflege von 4,9 auf 14,5 Prozent. In der Altenpflege lag ihr Anteil 2023 bei 18,9 Prozent – ein Anstieg um 12 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013.[13] Mit Bosnien-Herzegowina, Serbien, Albanien und dem Kosovo rangieren gleich vier der sechs Westbalkanländer unter den zehn häufigsten Herkunftsländern von Altenpflegerinnen und Altenpflegern mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus Drittstaaten. Die Bosnierinnen und Bosnier sind sogar die größte ausländische Gruppe in der Krankenpflege, noch vor Beschäftigten aus Polen, den Philippinen und der Türkei.[14]

Angesichts dieser Abhängigkeit ist es nur verständlich, dass deutsche Krankenhäuser bereit sind, viel Geld in die Hand zu nehmen, um Menschen aus dem Ausland anzuwerben. Dem Balkan kommt hier aufgrund seiner geografischen

Die 10 häufigsten Herkunftsländer von Pflegebeschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus Drittstaaten in Deutschland, 2023



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf Basis der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Nähe, aber auch durch den Umstand, dass viele junge Menschen dort Deutsch sprechen oder bereits Familie in Deutschland haben, eine besondere Rolle zu.

Anders als Deutschland können die Balkanländer ihre niedrigen Geburtenraten nicht durch Zuwanderung kompensieren. Die Staaten sind traditionelle Auswandungsgesellschaften mit einer wachsenden Diaspora in der EU, den USA und der Schweiz. Wenn man Klein- und Inselstaaten ausnimmt, lagen Bosnien-Herzegowina und Albanien im Jahr 2020 weltweit auf Rang zwei und drei der Staaten mit dem höchsten Anteil von Menschen, die im Land geboren wurden, aber im Ausland leben.[15] Ein aktueller Bericht der Weltbank beziffert die Diaspora des Kosovo – ein Land mit 1,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern – auf 800 000 Menschen.[16] Mehr als die Hälfte von ihnen lebt mittlerweile in Deutschland – Tendenz steigend: Zwischen 2010 und 2023 hat sich die Anzahl der in Deutschland lebenden Menschen mit kosovarischer Migrationsgeschichte von 291 000 auf 594 000 verdoppelt.[17] Diese Zahl wird in den nächsten Jahren weiter steigen, wie eine im Dezember 2023 vom kosovarischen Wirtschaftsforschungsinstitut Gap durchgeführte Studie prognostiziert. 28 Prozent der Befragten gaben dort an, in den ersten drei Monaten des Jahres

2024 aus dem Kosovo auswandern zu wollen. Der überwiegende Teil der Befragten (72 Prozent) nannte Deutschland als Zielland.[18] Gut möglich, dass in einigen Jahren mehr Menschen mit kosovarischem Hintergrund im Ausland leben als im Kosovo selbst.

Wie dramatisch die Situation auch in Albanien ist, sieht man in der Klasse von Paola Brusha. Die heute 20-Jährige hat das Sami-Frashëri-Gymnasium in Tirana besucht, eine angesehene Schule, die einen bilingualen Zweig in deutscher Sprache anbietet. Im Sommer 2023 hat sie dort ihr Abitur abgelegt. Während die Generation ihrer Eltern nach dem Fall des kommunistischen Regimes vor allem nach Italien und Griechenland auswanderte, zieht es die Jungen heute überwiegend nach Deutschland. „Wir waren 26 in meiner Klasse", sagt Brusha, „und am Ende sind nur sechs in Albanien geblieben." Brusha ist nicht gegangen, sondern hat sich an der Medizinischen Universität in Tirana eingeschrieben. Doch ihr erstes Semester wurde von monatelangen Protesten überschattet. Die hatten mit der Rede zu tun, die Edi Rama am 6. März 2023 auf dem Gesundheitskongress gehalten hat.

Medizinstudenten hiergeblieben: Ein umstrittenes Gesetz

„Wir stehen heute vor einem Problem, das wir angehen und das wir ehrlich lösen müssen", so der albanische Ministerpräsident auf dem Gesundheitsgipfel. Es könne nicht sein, dass die Studierenden, die eine staatliche Universität besucht haben, nach Deutschland gehen, sobald sie ihr Diplom in Händen halten. „Der albanische Staat finanziert seine Studierenden nicht für das deutsche Gesundheitssystem. Dies ist ein Problem, mit dem sich viele Länder befasst haben, und es ist an der Zeit, dass auch wir es tun", so Rama.[19] Die Rede war der Vorbote für ein radikales Gesetz, das es auf dem Westbalkan so noch nicht gegeben hat. Nach einer Prüfung des albanischen Verfassungsgerichtshofs wurde es im September 2024 vom Parlament verabschiedet, in dem Ramas Sozialistische Partei die Mehrheit hat. Auch monatelange Proteste, Kritik der Opposition sowie von Experten änderten nichts daran.

Das Gesetz sieht vor, dass Studierende der Medizin – also angehende Ärztinnen und Ärzte – eine Art Vertrag mit dem Staat unterzeichnen sollen. Dieser verpflichtet sie dazu, nach Beendigung ihres Studiums drei Jahre in Albanien zu bleiben. Wer diese Pflicht nicht erfüllt, bekommt das Diplom nicht ausgehändigt. Wer das Land vor der Frist verlassen will, muss dem Staat die tatsächlichen Kosten des Studiums zurückerstatten, eine Summe von bis

zu 15000 Euro. Rama sprach dabei von einer „humanen und patriotischen Pflicht“. In einer weiteren Rede im Dezember 2023 sagte er: „Für mich ist es unvorstellbar, dass Medizinstudenten sich weigern oder sogar protestieren, diese sehr große Investition für einen kurzen Zeitraum an dieses Land und dieses Volk zurückzugeben.“ Dann stellte er erneut klar: „Die albanische Regierung finanziert nicht das Studium von Ärzten, die der Bundesrepublik Deutschland dienen.“[20]

Die Ankündigung des Gesetzes ging bereits im Sommer in den WhatsApp-Gruppen der Medizinstudierenden viral. Dea Guri, eine Studentin im fünften Semester, begann mit Kommilitonen, Proteste zu organisieren. Sie wurde so etwas wie das Gesicht der Bewegung. Guri setzte sich in Fernsehtalkshows und protestierte im weißen Kittel und mit Megafon vor dem Bildungsministerium. Sie kritisierte, mit welch martialischer Sprache der Ministerpräsident über die



Medizinstudierende protestieren vor dem Bildungsministerium in Tirana gegen die Einführung eines Gesetzes, das sie dazu verpflichtet, nach ihrem Abschluss mehrere Jahre im Land zu arbeiten – anderenfalls müssen sie ihre gesamten Studienkosten zurückerstatten, 23. Oktober 2023.

Studierenden sprach – so als ob es sich bei ihnen um Soldaten handle, die ihre „patriotische Pflicht" zu erfüllen hätten. „Ja, zu viele junge Studierende gehen aus Albanien weg", sagt sie im Interview, „aber das ist nicht der richtige Weg, um sie hierzubehalten. Nicht mit Gewalt."

Guri stammt aus Shkodra, einer katholisch geprägten Stadt im Norden des Landes, die zur Zeit der Diktatur ganz besonders von den Repressionen des kommunistischen Regimes betroffen war. Das Gesetz von Rama erinnere sie an die Zeit, als es den Albanerinnen und Albanern verboten war, das Land zu verlassen: „Wir haben heute keinen Kommunismus mehr. Enver Hoxha ist tot." Guri findet: Deutschland hat das Recht, junge Menschen abzuwerben. Immerhin gebe es die Reisefreiheit. „Menschen haben ihr Leben riskiert, um überall hingehen zu dürfen", sagt sie.

Tatsächlich waren im Juli 1990 über 3 000 Albanerinnen und Albaner in den Garten der bundesdeutschen Botschaft in Tirana geflohen und hatten Asyl erbeten (siehe Kap. 9.1). Dieser historische Ansturm löste eine diplomatische Krise zwischen Bonn und Tirana aus. Er gilt aber auch als Anfang vom Ende des kommunistischen Regimes in Albanien, zu jenem Zeitpunkt das letzte seiner Art in Europa. In den darauffolgenden Monaten brach es in sich zusammen. Wer weiß, wie lange es sich noch gehalten hätte, wenn es die Botschaftsflüchtlinge nicht gegeben hätte? Sie riskierten damals ihr Leben, denn das Gelände der deutschen Botschaft wurde von Polizei, Militär und auch Geheimdienstagenten umstellt. Ein 17-jähriger Flüchtling wurde sogar erschossen.[21]

Kein Abschied für immer: Zirkuläre Migration

Heute befindet sich in eben jener Straße, in der auch die deutsche Botschaft steht, das Goethe-Zentrum, eine bekannte Sprachschule in Tirana, die mit dem Goethe-Institut kooperiert. Wer heute nach Deutschland will, muss keine Botschaft mehr stürmen und auch kein Asyl mehr beantragen, sondern kann sich auf ein Visum bewerben. Weil man dafür, mit wenigen Ausnahmen, Sprachkenntnisse nachweisen muss, bietet das Goethe-Zentrum Intensivkurse an. Etwa 6 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer absolvieren die Kurse pro Jahr. „In den letzten sechs Jahren hat sich die Anzahl verdoppelt. Das Interesse an der deutschen Sprache ist sehr groß geworden", sagt Alketa Kuka, die Leiterin des Zentrums. Die Anzahl der Schulen, die Deutschunterricht anbieten, nehme in Albanien jedes Jahr zu. Nicht nur in Tirana, sondern auch in kleineren

Städten. Kuka ist 1996 selbst zum ersten Mal nach Deutschland gegangen und hat dort Germanistik und Kulturmanagement studiert sowie ein Praktikum im Bundestag absolviert. Jetzt ist sie zurück in ihrer Heimat. Sie sagt: „Früher war Auswandern ein Abschied für immer. Jetzt kann man kommen und gehen. Die Flüge sind preiswert und du kannst für ein Vorstellungsgespräch mal schnell nach Deutschland fliegen."

Das Phänomen, das Alketa Kuka anspricht, nennt sich zirkuläre Migration. Schon in Jugoslawien war es üblich, dass die sogenannten Gastarbeiter für einige Monate oder Jahre nach Deutschland gingen, während ihre Familie zurück in der Heimat blieb. Heute hat die junge Generation andere Möglichkeiten. Globalisierung, Billigfluglinien und das Internet haben den Balkan näher an Westeuropa gerückt. Dadurch, so schreibt der britische Journalist Tim Judah, sei der Balkan selbst zu einem Dorf geworden.[22] Wer aus einem abgeschotteten Tal in Albanien stammt oder aus einer abgehängten Kleinstadt in Serbien, kann den Bus nach Tirana oder Belgrad nehmen, um dort zu leben. Aber warum nicht direkt nach Wien oder Berlin fliegen?

Die Westbalkanregelung

Der Exodus von mehreren Hunderttausend Menschen innerhalb weniger Jahre stellt die kleinen Länder des Westbalkans vor große Herausforderungen. Das europäische Statistikamt Eurostat unterhält eine digitale Datenbank über die in EU-Ländern beantragten Aufenthaltsbewilligungen.[23] Eine solche Bewilligung braucht man, wenn man sich länger als drei Monate im Schengen-Raum aufhält: Zwischen 2015 und 2022 haben rund 1,5 Millionen Menschen aus Staaten des Westbalkans eine Aufenthaltsbewilligung in einem EU-Mitgliedsland beantragt. Ein Drittel davon in Deutschland.

Im Jahr 2016 führte die deutsche Bundesregierung – zunächst befristet bis Ende 2020 – die sogenannte Westbalkanregelung (WBR) ein. Sie ermöglicht Staatsangehörigen der sechs Westbalkanstaaten, unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation, eine Beschäftigung in Deutschland aufzunehmen. Es müssen weder ein Sprachkurs besucht noch Abschlüsse oder Berufserfahrung nachgewiesen werden. Die einzige Voraussetzung für ein Visum ist eine verbindliche Arbeitsplatzzusage (außerdem darf man in den vergangenen 24 Monaten keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben). Der Andrang war so hoch, dass in manchen Ländern das Jahreskontingent bereits innerhalb eines Monats ausgeschöpft war. Im Falle des Kosovo

bewarben sich zeitweise monatlich so viele Menschen, wie eigentlich für den gesamten Westbalkan vorgesehen waren.

Die WBR wurde von deutschen Betrieben stark in Anspruch genommen, sodass sie 2020 entfristet und das Kontingent 2024 von 25 000 auf 50 000 Menschen pro Jahr erhöht wurde. Obwohl das Modell viel Zuspruch erfuhr, beschloss die Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag von April 2025, das Kontingent erneut auf 25 000 zu reduzieren.[24] Eine Studie, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales durchgeführt hat, zeigt: Die Regelung wird überwiegend von Männern genutzt.[25] Das liegt an der starken Nachfrage in männerdominierten Branchen wie dem Baugewerbe. Weitere für die Regelung typische Berufsfelder sind Anlerntätigkeiten, für die man nicht zwingend einen Abschluss braucht: im Garten- und Landschaftsbau, in der saisonalen Erntearbeit, als Hausmeister, Gebäudereiniger oder Fahrer. Wer bei den deutschen Botschaften in der Region nachfragt, erfährt, dass die Regelung auch vor Ort äußerst populär ist – was sich auch an der regen Nachfrage zeigt.

Die Gründe, warum Menschen den Westbalkan verlassen, sind vielschichtig. Anders als in den 1960er- und 1970er-Jahren in Jugoslawien oder in den 1990er-Jahren nach der Wende in Albanien ist die Abwanderung längst nicht mehr rein ökonomisch motiviert. Es geht nicht nur um bessere Löhne, sondern auch allgemeiner um Zukunfts- und Lebensperspektiven: ein höherer Lebensstandard, ein funktionierender Sozialstaat (Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Kindergeld), ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, flächendeckende Kinderbetreuung sowie ein besseres Bildungssystem für die nächste Generation. Der Zugang zu solchen Leistungen ist in den Ländern der Region nicht selbstverständlich beziehungsweise mit Klientelwirtschaft und Korruption verbunden. Ein weiterer Abwanderungsfaktor ist ein Phänomen, das sich im Englischen *brain waste* nennt – also Verschwendung von Qualifikationen und Fähigkeiten. Gemeint ist ein Bildungssystem, das nicht auf den heimischen Arbeitsmarkt zugeschnitten ist. Zu diesem Schluss kommt auch eine im Dezember 2024 veröffentlichte Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw). Darin heißt es: „Dieses Missverhältnis zwischen den Qualifikationen verschärft das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und erschwert es selbst hochqualifizierten Personen, eine geeignete Beschäftigung zu finden."[26]

„Ohne ausländische Ärzte würde es nicht mehr gehen"

Manchmal fehlen der 34-jährigen Arnesa Wilhelmi die Worte. Nicht auf Deutsch – das spricht sie so fließend, dass man ihren Akzent nur noch erahnen kann. Wenn die Ärztin in Bayern mit Patientinnen und Patienten aus ihrem Heimatland spricht, fallen ihr manchmal einzelne Begriffe nicht mehr ein: „Es ist für mich mittlerweile anstrengend, auf Bosnisch über Fachliches zu sprechen", sagt Wilhelmi. Wenn bosnische Patienten in der Klinik nach Details zu einer Behandlung fragen, muss die Urologin Worte wie „Schläuchlein" schon mal auf Deutsch sagen, weil ihr gerade das bosnische Wort nicht einfällt. Als sie 2017 in Ochsenfurt anfing, war sie die einzige Ärztin aus dem Ausland auf ihrer Station. Heute sind sie zu zweit, in der Chirurgie gibt es noch einen weiteren Kollegen aus Bosnien-Herzegowina. „Es wird mehr", sagt Arnesa Wilhelmi. „In Deggendorf zum Beispiel", erzählt sie, „da war in der Anästhesie kein einziger Deutscher." Sie hatte dort hospitiert, ein paar Wochen lang. „Die halbe Abteilung war vom Balkan", sagt sie. „In der Umkleide, auf den Gängen – überall hat man unsere Sprache gehört. Ohne ausländische Ärzte würde es nicht mehr gehen."

Nachdem Wilhelmi ihr Medizinstudium in Tuzla abgeschlossen hatte, wollte sie Bosnien eigentlich gar nicht verlassen. Sie mochte ihr Leben und wollte bei ihrer Familie und ihren Freunden bleiben: „Wenn du eine gute Stelle als Ärztin hast, kannst du in Bosnien gut leben." Aber sie bekam keine Stelle, obwohl sie ein ganzes Jahr danach suchte. Sie schrieb Dutzende Bewerbungen und fragte in Krankenhäusern nach. Meistens bekam sie nicht einmal eine Antwort. Es ist ein Paradox, das viele ihrer Landsleute kennen. Das bosnische Gesundheitssystem ist am Limit, es fehlen Ärzte und Pflegekräfte. Trotzdem gibt es keine Jobs. *Brain waste* im großen Umfang. „Die Krankenhäuser können sich nicht genug neue Stellen leisten", sagt Wilhelmi. „Es gibt einfach nicht genug Geld."

Die bosnischen Verantwortlichen beklagen die Abwanderung, doch ändern tut sich wenig. Die wenigen freien Stellen sind oft schon unter der Hand vergeben worden – an jemanden mit Beziehungen und der richtigen Parteimitgliedschaft. Für viele gut ausgebildete Leute ist es erniedrigend, dass die eigenen Zukunftschancen nicht von der eigenen Leistung und Kompetenz abhängen, sondern von der Loyalität zu einer der vielen Parteien im Land: „Man weiß vorher, dass man die Stelle nicht kriegt, weil sie für jemand anderen reserviert ist", sagt sie. „Das ist auf dem ganzen Balkan so."

Also zog Arnesa Wilhelmi nach Deutschland und fing in Ochsenfurt an zu arbeiten. Heute lebt sie gern in Deutschland, aber der Anfang war schwer. Sie musste zweieinhalb Jahre auf ihre Approbation – die offizielle Anerkennung als Ärztin in Deutschland – warten. Sie verrichtete die gleiche Arbeit wie ihre approbierten Kollegen, verdiente dasselbe Gehalt und übernahm die gleichen Aufgaben. Der Unterschied: Die zweieinhalb Jahre wurden ihr nicht auf ihre Facharzt-Weiterbildung angerechnet. Hinzu kamen weitere Verzögerungen durch Elternzeit, Beschäftigungsverbot in der Schwangerschaft und Teilzeitarbeit nach der Geburt ihres ersten Kindes, die ebenfalls nicht vollständig angerechnet wurden.

Für manche ihrer Patienten, sagt Wilhelmi, passt es nicht immer gleich in ihr Weltbild, dass ihre Ärztin mit blonden Locken auch Muslimin ist. Seit sie den Nachnamen ihres Mannes angenommen hat, wird sie von vielen kaum noch als Migrantin wahrgenommen: „Ich bin stolz darauf, so gut integriert zu sein, aber ich bin auch stolz darauf, Muslimin und nicht nur eine Deutsche zu sein“, sagt sie. Würde sie zurück nach Bosnien gehen? „Nein. Ich bin gerne hier und habe jetzt meine Familie und mein Leben hier.“ Und dann lacht sie. „Nur die Bürokratie, die könnte weniger sein.“

Rücküberweisungen: Fluch und Segen

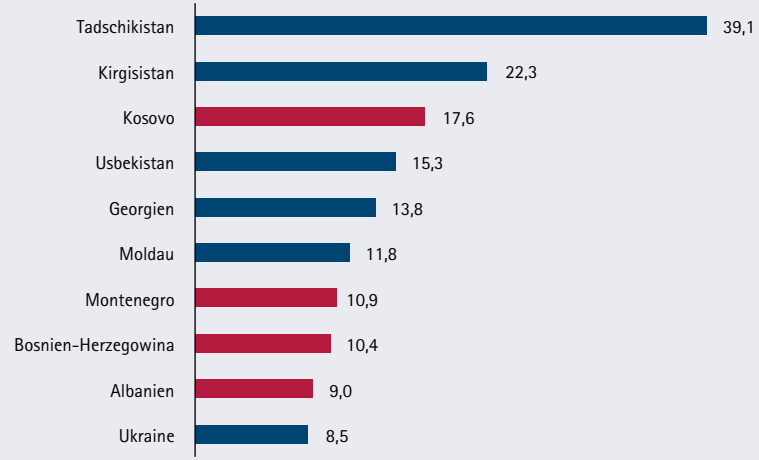
Eine schnelle Lösung, um den Exodus aufzuhalten, gibt es nicht. Denn im Kern geht es darum, Staaten zu schaffen, in denen Menschen leben wollen und in denen sie sich eine Zukunft vorstellen können. Die hastigen Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden – zumeist vor Wahlen – gehen nach dem Gießkannenprinzip vor. So werden etwa Löhne im öffentlichen Sektor erhöht oder das Kindergeld aufgestockt. Sinnvoller erscheint da die Maßnahme der albanischen Regierung, staatlich subventionierte Kreditprogramme für beispielsweise junge Paare oder gewisse Berufsgruppen anzubieten. Denn die Wohnungspreise in der Hauptstadt Tirana steigen exorbitant – auch aufgrund von Schwarzgeld, das im Bausektor gewaschen wird.[27]

Gleichzeitig schienen sich die Regierungen lange Zeit mit der Abwanderung arrangiert zu haben. Wenn Menschen gehen, dann sinkt auch die Arbeitslosenrate. Serbien zählte im Jahr 2008 knapp eine Million Arbeitslose, heute sind es weniger als 300 000. Die Regierung lobt ihren eigenen Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der zu großen Teilen darauf basiert, dass viele Menschen ausgewandert sind und jetzt woanders arbeiten. Inzwischen

herrscht in vielen Bereichen sogar Fachkräftemangel, wegen dem auch Menschen aus dem Ausland angeworben werden.[28] So fehlen allein in Serbien über 10 000 Fahrerinnen und Fahrer, die laut dem serbischen Journalisten Dragan Mišić gesucht werden wie Gold.[29] Das merkt man, wenn die Busse mal wieder ausfallen, etwas im Laden fehlt, weil eine Lieferung mit dem Lkw nicht angekommen ist, oder man wieder mal kein Taxi in Belgrad bekommt. Ein Drittel der aktiven Fahrerinnen und Fahrer ist über 55 und geht bald in Rente. Serbische Unternehmen werben Personal aus weit entfernten Staaten wie Sri Lanka an, um gegen den Fachkräftemangel vorzugehen,[30] während die eigenen Fahrer wegen höherer Löhne in die EU auswandern – insbesondere über die Westbalkanregelung nach Deutschland.

Durch die Abwanderung steigen auch die Rücküberweisungen. So haben Geldtransfers der Diaspora 2023 im Kosovo 17,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgemacht. In Montenegro waren es 10,9 Prozent, in Bosnien-Herzegowina 10,4 Prozent, in Albanien 9 Prozent und in Serbien 8 Prozent.[31]

Die 10 Länder mit dem höchsten Anteil von Rücküberweisungen am BIP (in Prozent) in Europa und Zentralasien, 2023



Quelle: Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD)

Die Rücküberweisungen ersetzen das, was es in einem Teil der Länder – vor allem in Albanien und im Kosovo – noch nicht ausreichend gibt: einen funktionierenden Sozialstaat. Im Kosovo beispielsweise hat Ministerpräsident Albin Kurti vor den Parlamentswahlen 2025 das Kindergeld erhöht. Allerdings liegt dieses immer noch bei lediglich 20 Euro monatlich pro Kind.[32]

Ein weiterer Effekt der Rücküberweisungen: Sie fließen vor allem in den Konsum. Sie führen dazu, dass sich viele arbeitsfähige Menschen nicht in den Arbeitsmarkt integrieren. Zu diesem Schluss kommt auch das Wirtschaftsforschungsinstitut Gap mit Sitz in Pristina. Auf Anfrage erläutert eine Mitarbeiterin dies genauer. Offiziell, so schreibt sie in einer E-Mail, liegt die Arbeitslosenrate im Kosovo nur bei 11,8 Prozent. Allerdings sei die Erwerbsquote insgesamt sehr niedrig. 60 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung würden sich gar nicht aktiv am Arbeitsmarkt beteiligen – also mehr als jede oder jeder Zweite –, darunter viele Frauen. Dafür sind freilich nicht nur die Rücküberweisungen verantwortlich, meint sie, auch mangelnde Kinderbetreuung spielt eine Rolle.

Zusammengefasst kann man sagen: Die Diaspora sichert zwar einen Teil des Wohlstands in den Herkunftsländern, aber sie hemmt auch Veränderung. Warum teure Reformen anstoßen, wenn die Diaspora ohnehin ihre im Land lebenden Familienmitglieder unterstützt? Vor diesem Hintergrund wirkt das an die Medizinerinnen und Mediziner gerichtete Gesetz, das der albanische Ministerpräsident vorgelegt hat, zunächst plausibel. Hält es doch Fachkräfte im Land, statt diese nach ihrer Ausbildung abwandern zu lassen. Allerdings kann man Ramas Argumentation auch hinterfragen. Diese lautet: Weil der Staat in deine Ausbildung investiert hat, musst du diesem Staat etwas zurückgeben. Die Frage ist: Warum wird hier staatliche Leistung als Kuhhandel dargestellt? Ist Bildung nicht ein universelles Gut, das ein Staat – insbesondere ein von einer dem Namen nach sozialistischen Partei geführter – allen seinen Bürgerinnen und Bürgern gewähren sollte?

Eine Strafe von 15 000 Euro mag für eine Privatperson, zumal eine junge Studentin, viel Geld sein. Die Realität ist aber auch: Für ein deutsches Altenheim oder Krankenhaus ist es das nicht. Albanische Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden ihr Land weiterhin verlassen – Ramas Regelung hin oder her. Aber in Zukunft könnte im Gegenzug Geld aus Deutschland zurück in die albanische Staatskasse fließen. Bisher hat die Regierung in Tirana keine konkreten Pläne diesbezüglich vorgelegt. Man kann also nur hoffen, dass die Geldtransfers eines Tages nachhaltig investiert werden – etwa in das Bildungssystem oder den Gesundheitssektor – und dass es nicht die albanischen

Berufseinsteiger aufbringen müssen, sondern ihre Arbeitgeber in Deutschland. Denn es sind die deutschen Krankenhäuser, die massiv von diesen Arbeitskräften profitieren.

Es ist nicht so, sagt Paola Brusha, dass angehende Ärztinnen und Ärzte in Albanien gratis studieren. Die jährliche Gebühr beläuft sich auf rund 450 Euro. Wer einen besseren Notendurchschnitt hat, zahlt die Hälfte. Nur die besten Studierenden bezahlen gar keine Gebühren und bekommen zusätzlich ein monatliches Stipendium von rund 100 Euro. Studiengebühren sind also an Leistung gekoppelt. Abseits davon fehle es an ihrer Fakultät an vielem. Es gebe keine Mensa, im Hörsaal schimmle die Wand aufgrund eines Wasserschadens. Die Gebäude seien alt und hätten längst renoviert werden müssen. Es sei also nicht so, als würde der Staat seinen Studierenden die bestmöglichen Voraussetzungen bieten, sagt Brusha. Ähnlich sei es dann in der Praxisausbildung, auch deswegen würden viele ihre Weiterbildung in Deutschland machen wollen.

Paola Brusha findet es unfair, dass sich Rama nur die Medizinstudierenden herausgepickt hat. Auch Architektinnen, Krankenpfleger, Ingenieure oder Lehrerinnen gehen auf staatliche Universitäten. Auch Bauarbeiter, Kellnerinnen oder Friseure verlassen Albanien. „Machen die keine patriotische Arbeit?“, fragt Brusha.





11. Die Roma: Zwischen Vorurteilen, Auswanderung und Chancen

„Shuto Orizari“ steht als Schriftzug in hohen weißen Lettern auf dem Marktplatz, doch die meisten nennen das Viertel einfach Šutka. Zwei Silben, die erste ausgesprochen wie das englische *shoot*, wobei sich die Zunge nach oben wölbt und hinter den oberen Schneidezähnen bleibt. Die scharfe und abgehackte Betonung von „Šutka“ passt zu den Vorurteilen, die viele Menschen von dem Stadtteil haben. Manche Bewohnerinnen und Bewohner sagen zu ihrem Viertel auch einfach „Texas“ und spielen damit auf die Anarchie aus Wild-West-Filmen an. Doch Šutka liegt nicht im amerikanischen Wilden Westen des 19. Jahrhunderts, sondern fünf Kilometer nördlich vom Zentrum Skopjes, der Hauptstadt Nordmazedoniens. Dass es weiter entfernt wirkt, liegt auch an der schlechten Anbindung mit dem Bus.

Šuto Orizari gilt manchen als die inoffizielle Hauptstadt der Roma, der größten ethnischen Minderheit in Europa. Die Roma stammen ursprünglich vom indischen Subkontinent und leben seit mindestens 700 Jahren in Europa. Sie bilden eine kulturell, sprachlich und religiös diverse Gemeinschaft, die je nach Region unterschiedliche Bezeichnungen trägt. Viele von ihnen sprechen Romanes, eine eigene Sprache mit verschiedenen regionalen Dialekten. Während sie in den meisten Ländern Südosteuropas unter dem Begriff Roma zusammengefasst werden, spricht man in Deutschland von Sinti und Roma und im Kosovo von Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern[1] – Bezeichnungen, die historische Entwicklungen sowie Selbst- und Fremdzuschreibungen widerspiegeln. In allen Staaten des Balkans stellen die Roma eine relevante Bevölkerungsminderheit dar.

In Šuto Orizari ist es umgekehrt: Hier ist die Minderheit in der Mehrheit. Laut Volkszählung aus dem Jahr 2021 leben in dem Viertel 25 726 Menschen, davon bezeichnen sich 43,8 Prozent als Roma, 34,3 Prozent als Albaner und nur 3,5 Prozent als ethnische Mazedonier. Bei rund 18 Prozent ist die ethnische Zugehörigkeit unklar, was auch daran liegt, dass viele als Roma gelesene Personen sich – auch aus Angst vor Diskriminierung – nicht als solche deklarieren.[2] Romanes ist Amtssprache und auch der Bürgermeister ist ein Rom.

Bild S. 362/363: Kinder spielen im Hof eines Romalagers in Mitrovica (Kosovo). Nach dem Ende des Kosovokriegs 1999 wurden viele Roma in der Stadt zunächst in Lagern auf verseuchtem Boden untergebracht.



Der Markt von Šuto Orizari – der Stadtteil im Norden von Skopje wird umgangssprachlich meist Šutka genannt.

Feministische Initiative im Romaviertel

Salija Bekir-Halim leitet die „Fraueninitiative von Šuto Orizari". In den Büroräumen ist ein großer roter Knopf installiert, der bei Betätigung einen Alarm auslösen kann: „Der ist da, um uns vor wütenden Männern zu schützen. Bislang mussten wir ihn aber nie benutzen." Die 43-Jährige arbeitet hier und setzt sich für die Rechte von Romnja ein – den Frauen in der Community. Die aktuelle Lage bezeichnet sie als hoch problematisch. Viele Frauen im Viertel stünden dem Arbeitsmarkt schon deswegen nicht zur Verfügung, weil sie nur drei Jahre Grundschulbildung erhalten haben: „Die Arbeitslosigkeit von Romnja ist um ein Vielfaches höher als in der Gesamtbevölkerung und auch höher als bei den Männern in der Community. Nur sehr wenige Frauen gehen hier einer formellen Arbeit nach." Dem versucht die feministische Initiative mit Fortbildungsprogrammen für Frauen entgegenzutreten: „Wir bilden viele Frauen in den Grundlagen der Pflege aus. Vor allem in der Altenpflege." Der Bedarf an solchen Pflegekräften ist in Nordmazedonien hoch – noch größer ist er jedoch im Ausland. Viele der im Land ausgebildeten Fachkräfte wandern nach Deutschland, Österreich oder in die Schweiz aus (siehe Kap. 10).

Die Fraueninitiative von Šuto Orizari hat zur Lage der Romnja geforscht. Laut Salija Bekir-Halim behindern primär zwei Faktoren ihr Fortkommen: Zum einen seien dies traditionelle Rollenbilder in der Community selbst und die Einstellung, dass Frauen keine Bildung bräuchten, wenn es doch ihre eigentliche Aufgabe sei, sich um den Haushalt und die Kinder zu kümmern. Zum anderen



Salija Bekir-Halim von der Fraueninitiative in Šuto Orizari

sei es die gesellschaftliche Diskriminierung. Oft würden Romnja und Roma – unabhängig vom Geschlecht – als lernbeeinträchtigt eingestuft und auf Sonderschulen geschickt: „Bis vor 15 Jahren war das üblich", sagt Bekir-Halim. „Inzwischen ist es in Skopje etwas besser geworden. Im ländlichen Raum wird die Praxis aber weiter betrieben, vor allem wenn es nur wenige Roma gibt." Nicht viel besser geworden sei jedoch die gesellschaftliche Integration: „Dieses System basiert auf Segregation. In unserer weiterführenden Schule sind fast alle Kinder Roma, dafür gibt es an anderen Schulen fast keine. Wir sind ein multikulturelles Land, aber so lernen die Menschen nichts übereinander." Bekir-Halims Tochter geht auf eine staatliche Schule in einem anderen Stadtteil, in der sie wiederum die einzige Romni in ihrer Klasse ist. Die Segregation zwischen den Bevölkerungsgruppen gibt es auch innerhalb des Stadtteils Šuto Orizari. Das Büro der Fraueninitiative befindet sich direkt an der Grenze zwischen zwei Gruppen. Südlich davon leben vor allem Albanerinnen und Albaner, nördlich davon Roma und Romnja.

Ähnliche Beobachtungen hat die 19-jährige Psychologiestudentin Sara gemacht, die bei der Fraueninitiative arbeitet und bis vor Kurzem noch selbst

die Schule hier besucht hat: „Die Roma und Albaner bleiben lieber unter sich. An dieser Schule neben unserem Zentrum sind hauptsächlich albanische Kinder und nur wenige Roma. Auf der anderen Schule sind fast nur Roma." Sie beschreibt auch eine klare Hackordnung, die im Land herrsche: „Mazedonier haben die meisten Privilegien, danach kommen die Albaner und weit hinten wir." Sara sieht sich selbst als ein Beispiel dafür, dass viele Dinge besser geworden sind: „Wegen meiner guten Noten habe ich ein Stipendium bekommen. Die Zahl der Schulabschlüsse und auch der Studierenden aus der Roma-Community steigt. Es gab im Bildungsbereich schon viel Veränderung zum Guten, aber wir müssen weiter daran arbeiten."

Während Salija Bekir-Halim und Sara über ihre Arbeit erzählen, wird plötzlich die Tür zum Büro aufgestoßen. Herein kommt eine junge Frau, die aus der Puste ist, weil sie gerade von einem Mob durch die Straßen gejagt wurde. Sie stellt sich als Selma vor, atmet angestrengt ein und aus. Sie erzählt, dass es als sichtbare trans Frau nicht einfach auf den Straßen von Šuto Orizari sei. Sie sagt: „Ich will raus aus diesem Land, hier ist alles nur scheiße." Sie sagt es auf Deutsch. Vor einiger Zeit lebte Selma mit ihren Eltern in der Nähe von Nürnberg, wurde dann aber abgeschoben. Zu der Abschiebung kam auch eine mehrjährige Wiedereinreisesperre. Diese ist inzwischen abgelaufen, aber Selma sagt, sie könne das Land nicht verlassen, weil ihr Vater das nicht will: „Mein Vater hat meinen neuen Pass zerstört, damit ich nicht wegkann." Selma sagt, sie habe sich mit ihren Eltern zerstritten und lebe seither bei ihrer Tante: „Ich habe kein Geld, keine Arbeit und keine Zukunft." Ihren Lebensunterhalt bestreitet sie mit Betteln. Die Fraueninitiative bietet ihr als Hilfe ein Safe House an, also eine Wohnung an einem unbekannten Ort, in der man als von Gewalt betroffene Frau oder LGBTQI-Person unterkommen kann. Doch Selma winkt ab, sie will in kein Safe House in Skopje oder irgendwo sonst in Nordmazedonien. Sie will aus dem Land raus. Sie fragt immer wieder, ob sie nicht nach Deutschland zurückkönne.

Die Frauen aus der Initiative erklären ihr, dass sie dort unter den aktuellen Umständen keine realistische Bleibeperspektive habe. Sara sagt: „Wenn sie denkt, es gebe nur die geringste Chance, dann wird sie es versuchen." Sie ist sichtlich berührt von Selmas Lage, sieht sich aber außerstande, mehr zu tun: „Es ist hier nicht sicher für Transgender-Personen, aber wir können ihr nicht helfen, wenn sie das nicht möchte. Wir können nicht ihre Grenzen überschreiten." Selma verbringt etwa 20 Minuten im Büro und wartet, bis der Mob weg ist. Dann sagt sie, sie laufe zu ihrer Tante und hoffe einfach nur, dieses Land bald verlassen zu können.

Arbeitskräfte rein, Asylbewerber raus

Viele Menschen aus Šuto Orizari haben im Laufe der Jahre einen Asylantrag in Deutschland gestellt, nur die wenigsten haben Asyl erhalten. Das ist ein landesweites Phänomen. Im Jahr 2024 wurden in Deutschland 3 817 Asylanträge aus Nordmazedonien entschieden, davon hat nur eine Person subsidiären Schutz erhalten und bei sieben wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt.[3] Die Chance auf einen Schutzstatus in Deutschland liegt für Personen aus dem Land also nahe null. In den Jahren 2014 und 2015 wurden alle sechs Westbalkanstaaten von der damaligen Bundesregierung zu „sicheren Herkunftsstaaten" erklärt. Bis dahin kam ein nicht geringer Teil der Asylanträge aus der Region von Romnja und Roma, die vor rassistischer Diskriminierung und bitterer Armut flohen. In der Praxis bedeutet der Status als „sicherer Herkunftsstaat", dass Asylanträge von Personen aus diesen Ländern als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt werden und „ihr Rechtschutz auf ein Minimum reduziert wird", so die Organisation Pro Asyl.[4]

Eine kontroverse Rolle bei der Einschätzung der Westbalkanstaaten spielte Winfried Kretschmann, der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Kretschmann stimmte im Bundesrat für eine Ausweitung der „sicheren Herkunftsstaaten", was entscheidend für die notwendige Mehrheit war – und das, obwohl seine Partei eigentlich dagegen war. Kritiker warfen Kretschmann vor, die Grundsätze der Grünen verraten zu haben und die Lage von Roma und anderen diskriminierten Gruppen nicht zu berücksichtigen. Kretschmann verteidigte sich damit, dass durch den Schritt das Asylsystem entlastet werde und die Anträge ja sowieso zum überwiegenden Teil abgelehnt würden. Sein Kalkül bestand nicht darin, dass weniger Migrantinnen und Migranten aus dem Westbalkan nach Deutschland kommen sollten. Im Gegenteil: Die Wirtschaft in Baden-Württemberg brauchte dringend Arbeitskräfte und die sollten auch aus dem Westbalkan kommen. Es ging also darum, dass die Asylanträge aus den Westbalkanstaaten sinken sollten, während die Migration von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erleichtert wurde. Kretschmanns Deal ist als „Westbalkanregelung" bekannt: Die 2015 verabschiedete Sonderregelung ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern der sechs Westbalkanstaaten, nach Deutschland zu kommen und eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, wenn sie einen Arbeitsvertrag vorweisen können (siehe Kap. 10). Die Regelung schließt jene aus, die in den vergangenen 24 Monaten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben. Faktisch geht es dabei vor allem darum, bereits



Eine Roma-Familie kehrt nach Nordmazedonien zurück, nachdem sie in Deutschland keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten hat, November 2011.

abgelehnte Asylbewerber auszuschließen sowie diejenigen, die von ihrem Herkunftsland aus keine Arbeitsstelle in Deutschland finden konnten. Weder Nordmazedonien noch Deutschland führen Statistik darüber, welcher Gruppe die Asylantragstellenden angehören, allerdings scheint es sich zu einem überproportional großen Anteil um Romnja und Roma zu handeln.

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden Sinti und Roma im Deutschen Reich sowie den von NS-Deutschland besetzten oder mit ihm verbündeten Ländern systematisch verfolgt. Aus Südosteuropa wurden viele in Vernichtungslager deportiert oder bei Massenerschießungen und Massakern durch die Wehrmacht, SS-Einheiten oder NS-Kollaborateure in den jeweiligen Gebieten ermordet. Die Zahl der Opfer wird auf bis zu 500 000 geschätzt.[5] Während es sich die Bundesrepublik Deutschland zur Aufgabe machte, nach dem größten Menschheitsverbrechen der Geschichte die Einwanderung von Jüdinnen und Juden, insbesondere aus Osteuropa, zu erleichtern, hat man diese Verantwortung gegenüber Romnja und Roma nie empfunden. Dies hängt auch mit den weitverbreiteten Ressentiments zusammen. 52 Prozent der Ostdeutschen und 43,6 Prozent der Westdeutschen hätten ein Problem damit, wenn sich Sinti und Roma in ihrer Nähe aufhielten. 58,7 Prozent der Ostdeutschen und 46,7 Prozent der Westdeutschen stimmen zu, dass Sinti und Roma zu Kriminalität neigen. In

Ost- und Westdeutschland sind 40 Prozent der Meinung, man solle Sinti und Roma aus den Innenstädten „entfernen".[6]

Es sind auch solche Einstellungen, an denen die Empfehlungen aus dem Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (UKA) mit dem Titel „Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation." scheitern. Dort wird unter anderem ein sofortiger Abschiebestopp für Roma gefordert sowie die Rücknahme der Einstufung der Westbalkanstaaten als „sichere Herkunftsstaaten".[7] Zudem wird empfohlen, Roma als besonders schutzbedürftige Gruppe anzuerkennen und ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren.

Obwohl die Bleibeperspektive für die meisten Roma aus Nordmazedonien in Deutschland also schlecht ist, gibt es weiterhin einige aus Šuto Orizari, die versuchen, in Deutschland Asyl zu erhalten. Die Sozialhilfe für eine vierköpfige Familie liegt in Nordmazedonien bei 150 bis 200 Euro, je nachdem wie alt die Kinder sind und ob sie zur Schule gehen. Salija Bekir-Halim sagt, dass den meisten durchaus bewusst sei, dass sie keine Aussicht auf einen Schutzstatus in Deutschland hätten, aber: „Die Lage hier ist so verzweifelt, dass es manchen einfach nur darum geht, ein warmes Zimmer im Winter zu haben."

Es gibt keine belastbaren Studien, die belegen, dass Sozialleistungen für Schutzsuchende ein relevanter Pull-Faktor sind, der maßgeblich ihre Entscheidung beeinflusst, nach Deutschland zu migrieren. Wissenschaftliche Untersuchungen kommen vielmehr zu dem Ergebnis, dass Menschen vor allem dort Schutz suchen, wo sie bereits andere Menschen kennen sowie Sicherheit und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt vermuten.[8] Menschen fliehen nicht aufgrund eines im Asylbewerberleistungsgesetz festgelegten monatlichen Anspruchs von 441 Euro aus Afghanistan und Syrien nach Deutschland.

In Šuto Orizari allerdings ist die Logik eine andere. Von Armut betroffene und diskriminierte Menschen gehen für eine zeitlich beschränkte Zeit nach Deutschland, weil ihre sozialen Grundrechte in Nordmazedonien nicht geachtet werden. Ein weitverbreitetes Phänomen ist etwa, dass schwangere Frauen das Land verlassen, um woanders eine adäquatere (oder überhaupt eine) medizinische Versorgung zu erhalten: „Die Frauen haben das Recht darauf, behandelt zu werden, doch in der Praxis wird es ihnen oft einfach verweigert", sagt Salija Bekir-Halim. Manche Kinder ziehen später mehrfach zwischen Deutschland und Nordmazedonien hin und her, was bei einigen zu Herausforderungen in der Bildungsbiografie führt. Wegen der Schulwechsel zwischen Deutschland und Nordmazedonien kommen manche in keinem der Schulsysteme mit, müssen Klassen wiederholen oder schaffen ihren Abschluss nicht. Bei allem

Verständnis für den Wunsch nach einem besseren Leben gehe es so auch nicht, sagt Salija Bekir-Halim: „Eine Veränderung zum Guten muss von uns selbst ausgehen." Allerdings gebe es da schon Dinge, die auch vom Staat und der Mehrheitsgesellschaft geleistet werden müssten: „Wichtig ist eine Verbesserung der medizinischen Versorgung, vor allem für Schwangere. Ein anderer Schwerpunkt ist eine bessere Integration in die Bildung und in den Arbeitsmarkt." Denn Bildung sei das eine. Diese helfe aber auch nur bedingt, wenn man aufgrund rassistischer Diskriminierung keine adäquate Arbeitsstelle finde.

Klischees und Realität

Den Roma von Skopje wurde filmisch ein fragwürdiges Denkmal gesetzt. Dort spielt ein großer Teil des Films *Zeit der Zigeuner* (1989) von Emir Kusturica. Der 1954 in Sarajevo in eine muslimische Familie geborene Regisseur wandte sich im Laufe seines Lebens zunehmend serbisch-nationalistischen Positionen zu und ließ sich 2005 orthodox auf den Namen Nemanja Kusturica taufen. Der energiegeladene Soundtrack Goran Bregovićs, der Roma-Blasmusik mit Pop- und Volksmusikelementen mischt, untermauert Kusturicas in weiten Teilen extrem stereotype bis groteske Darstellung von Roma musikalisch. Dabei lässt Kusturica kein Vorurteil aus. Die Roma in seinen Filmen sind spiel- und streitsüchtig, stehlen, entführen Kinder, um sie zu verkaufen, oder verkaufen gleich die eigenen. Sie betreiben professionelle Bettelbanden, arbeiten als Zuhälter oder Wunderheiler und lesen die Zukunft aus Händen ab. Dabei geht es nicht darum, Roma als grundsätzlich gefährlich oder kriminell darzustellen – das wird nur nebenbei in Kauf genommen. Vielmehr wird Armut und Ausgrenzung als selbstgewähltes Leben in Freiheit und außerhalb der Mehrheitsgesellschaft romantisiert.

Kusturica hat diese klischeebehaftete Darstellung nicht erfunden, sie ist bereits Jahrhunderte alt. Sie findet sich schon in dem Werk *La gitanilla* (dt. *Das Zigeunermädchen*) des spanischen Nationaldichters Miguel de Cervantes aus dem Jahr 1613. Roma werden als freiheitsliebend, exotisch, aber auch stehlend, kriminell und aus freien Stücken außerhalb der Gesellschaft stehend dargestellt. Die Filmwissenschaftlerin Radmila Mladenova arbeitet an der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg und hat einen eigenen Sammelband zum Thema Antiziganismus und Film veröffentlicht.[9] Sie sagt im Gespräch: „Diese Darstellung dient der Mehrheit allein dazu, sich selbst in Abgrenzung zum Anderen zu definieren, indem sie ein Bild des ‚Zigeuners' schafft

und damit all jene, die sich nicht den Vorgaben der Mehrheit unterwerfen, zu disziplinieren. Dieses Muster gibt es schon so lange und es hat für die Nationenbildung in Europa eine wichtige Rolle gespielt."

Wie das in den vergangenen 600 Jahren funktioniert hat, kann man in Klaus-Michael Bogdals Buch *Europa erfindet die Zigeuner* nachlesen.[10] Das Werk steht in der Tradition von Edward Saids *Orientalism*[11] und Maria Todorovas *Imagining the Balkans*.[12] Ersteres beschreibt, wie der Westen den Orient als „Anderen" geschaffen hat, um koloniale Machstrukturen zu rechtfertigen; Letzteres zeigt, wie der Balkan als das „nahe Andere" konzipiert wurde, damit West- und Mitteleuropa sich ihre eigene Zivilisiertheit mit bequemen Vorurteilen vor Augen führen konnten. Bogdal macht etwas Ähnliches, indem er nachweist, wie die Roma in Europa über 600 Jahre lang in der europäischen Literatur, Kunst und Wissenschaft zum „verachteten Volk" gemacht wurden, zu dem man größtmögliche Distanz suchte. Während der Nationenbildungsprozesse vom 18. bis ins 20. Jahrhundert wurde die Zugehörigkeit zu einer Nation zunehmend über gemeinsame Merkmale wie Sprache, Kultur, Religion und Geschichte beziehungsweise Abstammung definiert. Roma, die nicht in diese homogenisierenden Vorstellungen passten, wurden als „Andere" konstruiert, um eine klare Abgrenzung zwischen der nationalen Gemeinschaft und den „Anderen" zu schaffen.

Trotz dieser langen Tradition der Vorurteile gegenüber Roma hat wohl kein Duo den heutigen Blick auf Roma in Südosteuropa so stark geprägt, wie die beiden Nicht-Roma *(Gadjo)* Kusturica und Bregović. Damit das Ganze eine Authentizität ausstrahlt, die es in Wirklichkeit gar nicht hat, werden in Kusturicas Filmen Roma als Statisten und Laiendarsteller eingesetzt. Im Falle von *Zeit der Zigeuner* aus dem Viertel Šuto Orizari. Die deutsche Variante des Titels tut ihr Übriges. Der Originaltitel des Films lautet *Dom za vešanje*, was übersetzt so viel wie „Ein Zuhause zum Aufhängen" bedeutet und auf zwei Szenen im Film bezogen werden kann: eine Szene, in der der Hauptprotagonist Perhan versucht sich zu erhängen, weil er seine große Liebe nicht haben kann, und eine andere, in der das Haus der Familie von einem betrunkenen Spielsüchtigen im wahrsten Sinne des Wortes mithilfe eines Seils an einem Wagen aufgehängt wird. Schon dieser Titel beinhaltet eine Anspielung auf das Vorurteil, dass Roma nicht sesshaft seien – doch diese subtile Anspielung geht im deutschen Titel verloren. Stattdessen wird das diskriminierende „Z-Wort" verwendet. Laut der Forscherin Radmila Mladenova ist das allerdings auch folgerichtig: „Kusturica arbeitet mit einer ‚Zigeunerfigur', die eine rassistische Imagination



Eine Szene aus dem Film *Aus dem Leben eines Schrottsammlers* zeigt Nazif Mujić mit seiner Familie.

darstellt. Diese Imagination wird den Roma übergestülpt. Es geht ihm nicht um die tatsächlichen Menschen."

Ein Film, der die Lebenssituation einer Romafamilie auf dem Balkan weniger klischeebehaftet darstellt, ist der halbdokumentarische Film *Aus dem Leben eines Schrottsammlers* (2013) des Regisseurs Danis Tanović. Darin spielt der Schrottsammler Nazif Mujić aus einem bosnischen Dorf bei Tuzla sich selbst. Die Kamera begleitet ihn dabei, wie er in harter Knochenarbeit Metall sammelt, um es für ein paar Euro an Schrotthändler zu verkaufen. Sein Ziel ist es, 490 Euro zu sparen, um die medizinische Behandlung für seine Frau Senada Alimanović zu bezahlen, die gerade eine Fehlgeburt erlitten hat. Eine wahre Geschichte, die die beiden für den bosnischen Starregisseur Tanović nachgestellt haben. Auf der Berlinale 2013 erhielt Nazif Mujić nicht nur viel Applaus, sondern auch den Silbernen Bären als bester Darsteller. Doch weder der Preis noch seine Gage von rund 1 300 Euro für 26 Drehtage konnten seine Probleme lösen. Im November 2013 kam Nazif Mujić mit seiner Frau und seinen drei Kindern zurück nach Berlin, beantragte dort Asyl und lebte mehrere Monate lang in einer Asylunterkunft im Ortsteil Gatow. Der Antrag wurde rasch abgelehnt, und nachdem ihm und seiner Familie aus humanitären Gründen noch eine Winterduldung erteilt worden war, musste der Berlinale-Preisträger die Stadt Berlin im Frühling 2014



Nazif Mujić mit dem Silbernen Bären für seine Hauptrolle in *Aus dem Leben eines Schrottsammlers*, 16. Februar 2013. Wenig später verkaufte er den Preis, um in seiner bosnischen Heimat über die Runden zu kommen – und starb 2018 schließlich mittellos infolge seiner Diabetes-Erkrankung.

verlassen. In Bosnien verkaufte er seinen Silbernen Bären für 4000 Euro, um seine Familie über die Runden zu bringen. Mujić behauptet, dass Verwandte von Kusturica ihm mehr Geld für den Bären boten, er ihnen den Bären aber auf keinen Fall geben wollte.[13] Im Februar 2018 verstarb der an Diabetes erkrankte Nazif Mujić, der oft kein Geld hatte, um sich Insulin zu kaufen, verarmt im Alter von 46 Jahren.[14] Er hinterließ seine Frau und vier Kinder.

Ohne Minderheitenrechte kein EU-Beitritt

Die konkrete Politik gegenüber der Minderheit der Roma und der Grad an gesellschaftlicher Ausgrenzung beziehungsweise Integration unterscheiden sich in den Staaten des Balkans in Teilen, doch ist das Verhältnis der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Roma-Communitys im besten Fall von Ambivalenz geprägt. In Serbien etwa werden Musik und Kultur der Roma durchaus gepflegt und haben Einzug in die Popkultur gehalten. Gleichzeitig findet sich ein großer Teil der Romnja und Roma immer noch am gesellschaftlichen Rand, wird institutionell und im Alltag diskriminiert. Roma-Musiker werden zwar im Fernsehen gefeiert, informelle Roma-Siedlungen aber seit Jahren immer wieder aufgelöst. Die Bewohnerinnen und Bewohner landen allzu

oft in Behelfssiedlungen am Stadtrand. Viele Roma sehen sich wiederum einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt: zum einen als Roma und zum anderen weil sie aufgrund ihrer Herkunft von manchen als Albaner angesehen werden. Im Kosovo floh ein nicht unerheblicher Teil der Roma nach Ende des Krieges 1999 aus dem Land, weil die Minderheit der Kooperation mit den serbischen Truppen beschuldigt wurde. Nach dem Krieg wurden Hunderte Roma und Aschkali nahe des kosovarischen Mitrovica in Lager umgesiedelt, die auf hochgradig verseuchtem Boden errichtet wurden. Diese Gebiete befanden sich in der Nähe einer stillgelegten Bleimine, was zu massiven gesundheitlichen Schäden führte, insbesondere bei Kindern. Trotz internationaler Kritik und medizinischer Warnungen lebten viele Menschen dort jahrelang unter lebensgefährlichen Bedingungen, bevor alternative Unterkünfte bereitgestellt wurden.[15]

In Bosnien-Herzegowina kommt neben der überall präsenten Diskriminierung hinzu, dass Roma und andere Minderheiten sogar von der Kandidatur für bestimmte politische Ämter ausgeschlossen sind. So können sie etwa nicht für das dreiköpfige Staatspräsidium kandidieren, weil dafür nur jeweils ein bosniakisches, ein serbisches und ein kroatisches Mitglied vorgesehen ist (siehe Kap. 6.1). Der Rom Dervo Sejdić und der Jude Jakob Finci haben deswegen geklagt und argumentiert, dass die bosnische Verfassung sie als Angehörige von Minderheiten diskriminiere. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gab ihnen im Jahr 2009 recht und urteilte, dass die Regularien in Bosnien-Herzegowina gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.[16] Nur umgesetzt wurde das Urteil bis heute nicht. Diese Praxis zeigt: Der Umgang mit Minderheiten ist ein Stolperstein auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft. Es ist schwer vorstellbar, dass Bosnien-Herzegowina mit einem Wahlsystem EU-Mitglied wird, das so offensichtlich gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt. Allerdings gibt es im Land selbst wenig Motivation, etwas an diesem Wahlsystem zu ändern, weil es als Teil des Friedensvertrags von Dayton eben von jenen ethnonationalistischen Kräften vereinbart wurde, die seither das Sagen haben. Und die haben wenig Interesse, an dem Ast zu sägen, auf dem sie sitzen (siehe Kap. 6.1).

Noch während des Bosnienkriegs verabschiedete der Europäische Rat am 22. Juni 1993 die sogenannten Kopenhagener Kriterien, die erfüllt sein müssen, damit ein Land Mitglied der Europäischen Union werden kann. Dort wurde festgehalten: „Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die

Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben."[17] Kurz: ohne Minderheitenrechte kein EU-Beitritt. Im Jahr 2020 hat die EU-Kommission einen Rahmen für die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma bis 2030 ausgearbeitet, der die Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten auffordert, nationale Strategien zur Integration der Roma zu entwickeln und umzusetzen. Thema sind hier Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Wohnverhältnisse, aber auch die Bekämpfung von Antiziganismus und Förderung der politischen Teilhabe von Roma. Dabei wurden Mindestziele formuliert, etwa dass 95 Prozent der Roma bis 2030 Zugang zu sauberem Leitungswasser haben und ihre Lebenserwartung im Durchschnitt um mehrere Jahre steigt.[18]

Auf dem Westbalkan wird die Umsetzung dieser Politik finanziell durch die EU unterstützt, vor allem durch das sogenannte Instrument für Heranführungshilfe (IPA), wobei die Mittelvergabe zumindest theoretisch an die Fortschritte der jeweiligen Länder gekoppelt ist. Laut dem „Roma Integration Factsheet"[19] der Europäischen Kommission haben die Westbalkanstaaten nationale Strategien zur Integration von Roma und Romnja entwickelt und bestimmte Maßnahmen umgesetzt. Dennoch bleiben Diskriminierung und soziale Ausgrenzung weit verbreitet und die Anstrengungen in den Ländern müssten intensiviert werden.

Was in dem Factsheet nicht steht, sich aber auch auf das Leben von Roma auf dem Westbalkan auswirkt: der Antiziganismus in Mittel- und Westeuropa. Insbesondere rechte und rechtsextreme politische Akteure schüren Ängste vor Bevölkerungsgruppen wie Roma, aber auch Muslimen, um gegen eine EU-Erweiterung zu agitieren. Diesen Ängsten beugen sich auch demokratische Kräfte bis zu einem gewissen Grad. In Deutschland führte bereits die EU-Erweiterung 2007 um Rumänien und Bulgarien im Vorfeld zu ressentimentgeladenen Debatten, die mit der visafreien Einreise von Roma als EU-Staatsbürger infolge der Erweiterung zusammenhingen. Politikerinnen und Politiker warnten vor „Armutsmigration" und „Sozialtourismus" und stigmatisierten Roma damit als Bedrohung für das deutsche Sozialsystem. Auch undifferenzierte Medienbeiträge bestärkten antiziganistische Vorurteile. Ein Beispiel ist der Umgang mit den Lebensverhältnissen in einem Duisburger Hochhaus, in das nach der EU-Erweiterung 2007 viele Roma aus Südosteuropa zogen. Diese wurden in zahlreichen Medienberichten als „dreckig" und „nicht integrierbar" dargestellt. Dass dort schlicht zu viele Menschen in extrem kleinen, baufälligen Wohnungen lebten, für die sie zu hohe Mieten zahlten, wurde seltener berichtet.[20]

In der Slowakei ist die Ablehnung gegen Roma in Teilen der Bevölkerung so stark, dass 12,5 Prozent der Wahlberechtigten bei den Europawahlen 2024

ihr Kreuz bei der Partei „Hnutie Republika“ (Republik-Bewegung) setzten. Dadurch wurde der rechtsextreme Politiker Milan Mazurek ins Europaparlament gewählt, der in der Vergangenheit Romakinder mit „Tieren im Zoo“ verglichen hatte.[21] Der Vorsitzende der rechtsextremen bulgarischen Partei „Wasraschdane“ (Wiedergeburt), Kostadin Kostadinov, dessen Partei bei den letzten Parlamentswahlen 13,4 Prozent holte, beschimpfte Roma sogar öffentlich als „Parasiten“ und „Ungeziefer“, die nichts in Bulgarien verloren hätten.[22] Die weiterhin prekäre Lage von Roma in Staaten wie Ungarn, Bulgarien, Rumänien oder Tschechien führt vor Augen, dass ein EU-Beitritt noch lange keine Garantie dafür ist, dass die Minderheitenrechte auch in der politischen Praxis Priorität genießen.

Kulturelles Erbe und Identität

Trotz der heißen Mittagssonne ist der Markt in Šuto Orizari belebt. Es gibt günstige Kleidung, auf die die Logos teurer Marken gestickt wurden, viel Plastik, frisches Obst und Gemüse. Wer das Klischee sucht, wird auch Pferdekarren, Goldzähne und Frauen in langen, bunten Faltenröcken finden – fast wie in einem Kusturica-Film –, aber das ist nur ein kleiner Teil dessen, was es zu



Marktstände an der Hauptstraße „Šuto Orizari“ im gleichnamigen Viertel

sehen gibt. Die gleichnamige Hauptstraße „Šuto Orizari“ entspricht nicht dem, was sich viele unter einem „Roma-Ghetto“ vorstellen, und schon gar nicht dem Bild, dass Kusturica und viele andere davon gezeichnet haben. Es gibt zahlreiche kleine Geschäfte. Viele Familien leben in mehrstöckigen Häusern mit kleinen Wiesen und Gartenzäunen davor. Frisch gestrichene Fassaden sind neben abblätterndem Putz zu sehen.

Über die Klischees, die zu seinem Stadtteil erzählt werden, kann der Journalist Sali Mehmed nur müde lächeln: „Das Leben hier ist viel gewöhnlicher, als sich das viele vorstellen.“ Mehmed arbeitet für den öffentlich-rechtlichen Sender MRT, ist hier aufgewachsen und lebt gern weiterhin in dem Viertel. Vor ihm liegt ein Notizbuch mit Kontakten und Aufzeichnungen. Er berichtet über Themen, die außerhalb der Community selten Schlagzeilen machen: die prekäre Infrastruktur und schlechte Anbindung des Viertels, Erfolgsgeschichten von Roma und Romnja oder Begebenheiten aus dem Alltag der Bewohnerinnen und Bewohner. MRT produziert ein eigenes Programm auf Romanes. Auch wenn es mit dem *Mit*einander weiterhin oft nicht zu einem zufriedenstellenden Grad klappt, informiert der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Nordmazedonien zumindest über das *Neben*einander der verschiedenen Gemeinschaften. Sali Mehmed zählt auf: „Wir machen neben Mazedonisch und Romanes auch Programm auf Türkisch, Serbisch, Bosnisch und sogar Aromunisch – die sind eine noch kleinere Minderheit als wir.“ Sali Mehmed sagt: „Es gibt hier alles. Sehr arme und sehr reiche Menschen. Vielfalt und spannende Kultur. Leider auch soziale Probleme und Drogenabhängigkeit. Aber die meisten Menschen leben hier einfach ein ganz normales Leben.“





12. Soft power und harte Fakten: Der russische Einfluss in der Region

In der jüngeren Geschichte der Republik Serbien wurde bislang kein Staatsgast so pompös empfangen wie der russische Präsident Wladimir Putin am 16. Oktober 2014. An diesem Tag marschierten 4 500 Soldaten auf, Panzer rollten durch die Hauptstraßen Belgrads und auch Kriegsschiffe wurden auf der Donau zur Schau gestellt. Die große Militärparade endete mit der russischen Kunstflugstaffel „Strischi". Putin hielt vor Zehntausenden Fans eine kurze Rede und bekam großen Applaus, als er rief: „Es lebe das brüderliche Serbien!"[1] Dann legte er einen Kranz für die gefallenen Befreier Belgrads im Zweiten Weltkrieg nieder. Ein kleiner Schönheitsfehler: Belgrad wurde erst am 20. Oktober 1944 durch die jugoslawischen Partisanen und die dritte ukrainische Front der Roten Armee befreit. Doch für Putin, dessen Terminkalender noch am gleichen Tag eine Reise zum europäisch-asiatischen Gipfeltreffen in Mailand vorsah, wurden die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung einfach vier Tage vorverlegt. Zum Dank nahm sich Putin ganze sechs Stunden Zeit für seinen Besuch in der serbischen Hauptstadt.[2]

Bei Putins nächstem großen Besuch in Belgrad 2019 lag die religiöse Verbundenheit Serbiens und Russlands im Fokus. Wieder kamen Zehntausende Menschen und jubelten dem russischen Präsidenten zu, als er gemeinsam mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić den Dom des Heiligen Sava in Belgrad betrat. Viele von ihnen hielten Plakate in die Höhe, auf denen Putins Gesicht zu sehen war. 7 000 Polizisten waren im Einsatz, um den Besuch abzusichern.[3] Die russische Regierung hatte mit rund 30 Millionen Euro Ikonen und Mosaike im Dom des Heiligen Sava finanziert – dem zentralen Wallfahrtsort der Serbisch-Orthodoxen Kirche.

Im Vergleich zu den Investitionen und Wirtschaftshilfen der EU ist der Umfang der Gelder aus Russland zwar gering, doch werden sie in prestigereiche Projekte investiert, die möglichst viel Aufmerksamkeit erhalten sollen. Es geht darum, die *soft power* Russlands zu stärken, also dessen Einfluss im Land mit Mitteln zu erhöhen, die weder militärisch noch rein wirtschaftlich sind, sondern auf symbolisch-kulturelle Vorherrschaft abzielen. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz verlieh Putin höchstpersönlich dem serbischen Präsidenten

Bild S. 380/381: Der russische Präsident Wladimir Putin nimmt am 16. Oktober 2014 an einer Militärparade in Belgrad anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung der Stadt teil. Die Feierlichkeiten wurden für den Staatsgast extra um mehrere Tage vorverlegt.



Im Inneren des Dom des Heiligen Sava: Für die Ikonen und Mosaike gab es finanzielle Unterstützung aus Russland.

Aleksandar Vučić den Alexander-Newski-Orden, eine der höchsten staatlichen Auszeichnungen Russlands. Damit befindet sich Vučić in Gesellschaft anderer Staats- und Regierungschefs, die den Orden bereits erhalten haben, darunter der belarussische Diktator Aljaksandar Lukaschenka, der ehemalige kasachische Diktator Nursultan Nasarbajew sowie der ehemalige Diktator Gurbanguly Berdimuhamedow, dessen Sohn mittlerweile die Regierungsgeschäfte in Turkmenistan führt. Putin begründete die Verleihung des Preises an Vučić mit den an ihn gerichteten Worten: „Es ist weitgehend Ihrem persönlichen Engagement zu verdanken, dass die russisch-serbische Zusammenarbeit in allen Bereichen erfolgreich und unabhängig von der internationalen und politischen Konjunktur voranschreitet.“[4] Vučić bedankte sich brav auf Russisch für den Orden und widmete ihn seinem Vater, in dessen Dorf „die Serben Russland immer genauso geliebt haben wie Serbien“.[5]

Es gibt wohl kaum einen anderen Staat auf der Welt, in dem Wladimir Putin von der Bevölkerung freiwillig so enthusiastisch bejubelt wird wie in Serbien. Putin ist für viele Serbinnen und Serben nicht irgendein Staatsmann. Er ist *der* Staatsmann. Noch im Juni 2022, also mehrere Monate nach dem russischen Überfall auf die gesamte Ukraine, bezeichneten 45 Prozent der befragten Serbinnen und Serben Wladimir Putin als den „besten Spitzenpolitiker“ weltweit. Auf dem zweiten Rang folgte mit weitem Abstand und lediglich

12 Prozent der Befragten der chinesische Staatspräsident Xi Jinping.[6] Neben der gemeinsamen Religion und historischen Verbundenheiten spielt dabei auch Russlands Status als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat eine Rolle. Dort nutzt Putin seit vielen Jahren sein Einspruchsrecht, um eine Anerkennung des Kosovo zu verhindern, und verteidigt damit Serbiens Position gegen die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Provinz. Zugleich zieht Putin den Kosovo(krieg) immer wieder zur Rechtfertigung eigener territorialer Ansprüche heran, etwa im Falle der Annexion der Krim.

Auch bei anderen Fragen stimmte Russland in UN-Gremien im Sinne der Belgrader Machthaber ab. So verhinderte Russland 2015 in einer Abstimmung im UN-Sicherheitsrat die Anerkennung des Massakers von Srebrenica als Völkermord. Und als einer von nur 19 Staaten votierte Russland 2024 gegen die Einführung eines Srebrenica-Gedenktags in der Generalversammlung. Diese Unterstützung macht Putin in den Augen vieler Serbinnen und Serben zu einem verlässlichen Beschützer und Partner. Zudem glauben dank der Desinformationskampagnen regierungsnaher serbischer Medien viele Menschen, Russland und China seien die wichtigsten Handelspartner des Landes, obwohl die Wirklichkeit anders aussieht: 2023 entfielen rund 60 Prozent des serbischen Außenhandels auf die Europäische Union und nur rund 4 Prozent auf Russland. China wird immer wichtiger und macht 8,6 Prozent des Außenhandels aus.[7] Dennoch ist Serbien aufgrund von Gaslieferungen von Russland abhängig. Serbien importiert Energie, insbesondere Erdgas, zu günstigen Preisen aus Russland und exportiert vor allem landwirtschaftliche Produkte dorthin.

Desinformation durch regierungsnahe Medien

Die Titelseiten regierungsnaher Medien in Serbien sind bekannt dafür, verzerrte Darstellungen der Realität zu liefern. Doch mit dem, was sie in Bezug auf den russischen Überfall auf die gesamte Ukraine schrieben, übertrafen sie sich selbst: „Die Ukraine greift Russland an“, prangte am 22. Februar 2022 auf der Titelseite der Boulevardzeitung *Informer*, einer der auflagenstärksten Zeitungen des Landes. In dem dazugehörigen Artikel wird ein Angriff der ukrainischen Armee auf das Staatsgebiet der Russischen Föderation bei Rostow am Don fingiert, der einen direkten Krieg zwischen beiden Staaten ausgelöst habe. Die Tageszeitung *Alo!* titelte: „Die Welt am Rande einer großen Katastrophe: Die Ukraine hat Russland angegriffen!“, während sich der *Kurir* für ein Bild von Putin auf der Titelseite entschied und diesen mit den Worten



Held *(Heroj)* oder Verbrecher *(zločinac)*? Graffiti an den Wänden Belgrads zeigen den Kriegsverbrecher Ratko Mladić und das Z-Symbol des russischen Angriffskriegs.



T-Shirts in der Fußgängerzone von Belgrad. Neben Shirts von Sportlern werden auch solche mit dem Konterfei Putins oder dem Z-Symbol angeboten.

zitierte: „Wir haben alles für Frieden in der Ukraine getan". Der *Srpski Telegraf* wählte eine regionale Bezugnahme und behauptete, Putin würde seine Truppen senden, um die Republik Serbien mit der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina zu verbinden – der bosnisch-serbisch dominierten Entität des Nachbarlandes.

Ein Ergebnis dieser Desinformation konnte man am 4. März 2022 auf den Straßen Belgrads beobachten. Wie in anderen Hauptstädten Europas gingen auch in Serbien Tausende Menschen auf die Straße, um ihre Position zum russischen Angriffskrieg kundzutun. Nur dass sich ihre Meinung in einem zentralen Punkt von den Demonstrierenden in Berlin, Prag oder Warschau unterschied: Sie gingen nicht für Frieden und die Ukraine auf die Straße, sondern demonstrierten für Wladimir Putin und seinen Krieg. Während in serbischen Fußgängerzonen vorher schon Putin-Shirts feilgeboten wurden, kamen jetzt noch Shirts mit einem großen „Z" dazu – dem Symbol der von Russland so genannten „Spezialoperation" in der Ukraine. Auch an den Hauswänden ist das „Z" verbreitet, oftmals in Kombination mit dem Konterfei des wegen Völkermord verurteilten Kriegsverbrechers Ratko Mladić. Zwei Tage später gingen in Belgrad auch Menschen gegen Putins Angriffskrieg auf die Straße, erklärten sich mit der Ukraine solidarisch und ein Russe verbrannte aus Protest sogar seinen Pass – doch nahmen an dieser Demonstration deutlich weniger Menschen teil.[8]

Der Pro-Putin-Protest bestätigte das Bild, dass sich viele in der EU von Serbien und seiner Regierung als „verlängerten Arm Putins" gemacht haben. Doch auch dieses Bild von Serbien hat einen „Schönheitsfehler": Die prorussischen

Kräfte demonstrierten nicht für, sondern gegen die amtierende serbische Regierung. Zu der Demonstration hatten rechtsextreme Gruppen wie „Obraz“ (Ehre) und die „Narodna Patrola“ (Volkspatrouille) aufgerufen, weil Serbien am 2. März 2022 in der UN-Generalversammlung dafür gestimmt hatte, die russische Aggression auf die Ukraine zu verurteilen. Die Demonstrierenden skandierten Parolen wie „Serben und Russen, Brüder für immer“, „Verrat, Verrat“ oder auch schlicht „Russland, Russland“.[9] Der Vorwurf des Verrats richtete sich gegen den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, dem sie vorwarfen, nicht ausreichend auf der Seite Putins zu stehen. Außerdem griffen die rechtsextremen Demonstrierenden das Thema Kosovo auf und warfen Vučić vor, dort „heiliges serbisches Land“ verraten zu haben.

Kriegsangst wird geschürt

Doch diese Feinheiten wurden von manchen internationalen Beobachterinnen und Beobachtern geflissentlich ignoriert. So wurde etwa der Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo als Stellvertreterkonflikt zwischen Russland und der Ukraine auf dem Balkan imaginiert. Am 31. Juli 2022 trendeten auf Twitter unter #Kosovo und #Serbia Hunderttausende Beiträge, von denen viele Desinformation über einen bevorstehenden Krieg verbreiteten. In Wirklichkeit kam es lediglich zu zwei Straßenblockaden und damit im Zusammenhang stehenden Vorkommnissen, wie sie sich seit Jahren wiederholen. Dennoch verbreiteten sich auf der Social-Media-Plattform je nach Loyalitäten zwei Narrative zu den Ereignissen. Das erste geht so: Serbien sei der verlängerte Arm des russischen Präsidenten Wladimir Putin, und um Europa zu destabilisieren, lässt dieser die serbische Armee nun im Kosovo einmarschieren. Prominent verbreitet wurde diese Version vom ukrainischen Parlamentsabgeordneten Oleksiy Goncharenko aus dem politischen Block des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Er twitterte um 19.43 Uhr: „Die Ukraine ist bereit, mit Bodentruppen einzugreifen. Serbien versucht, einen Angriffskrieg zu beginnen. Nach dem Vorbild Putins. Serbien ist Putins Trojanisches Pferd in Europa.“[10] Der Tweet ist weiterhin online. Goncharenko verbreitete Panik, Fehlinformationen und eine verkürzte Darstellung der serbischen Regierungspolitik. Außerdem drohte er, dass ukrainische Bodentruppen aufseiten des Kosovo eingreifen könnten – dabei erkennt die Ukraine den Kosovo überhaupt nicht als unabhängigen Staat an.

In der zweiten Interpretation des angeblich gerade ausbrechenden Krieges zwischen Serbien und dem Kosovo waren Serbien beziehungsweise Russland

die Opfer. Der serbisch-bosnische Publizist Nebojša Malić, der auch regelmäßig für RT (früher Russia Today) arbeitet, twitterte am gleichen Abend, dass der Kosovo einen Kampf mit Serbien provoziere, und deutete an, das liege daran, dass es für den Westen in der Ukraine so gut laufe und dieser darum jetzt noch eine weitere Front aufmache.[11] Auch dieser Tweet ist weiterhin online. Ein Krieg drohte damals jedoch zu keiner Zeit. Serbien würde seine Armee kaum in den Kosovo schicken, solange dort über 4000 internationale Soldaten aus 33 Staaten stationiert sind – die meisten davon aus NATO-Staaten.[12]

Schaukelpolitik zwischen Ost und West

Auch die Meinungen in Serbien sind komplexer, als es viele Menschen hierzulande wahrnehmen. Das Belgrader Institut für Sicherheitsstudien veröffentlichte im Dezember 2022 eine Studie, aus der hervorgeht, dass die Bevölkerung in Serbien die Putin-freundlichste aller untersuchten Staaten ist (darunter waren neben EU-Staaten auch Staaten wie Senegal, Tunesien, Nigeria oder Indien, wo viele Menschen dem „Westen" die Schuld am Krieg in der Ukraine geben). 63 Prozent der Bevölkerung in Serbien sahen die Schuld beim „Westen", nur 12 Prozent bei Russland. Eine sehr große Mehrheit von über 80 Prozent lehnte Sanktionen gegen Russland laut dieser Studie ab. Viele von ihnen nannten als Grund auch die Sanktionen gegen „Restjugoslawien" in den 1990er-Jahren, unter denen sie persönlich gelitten hätten. Die große Mehrheit der Menschen in Serbien hält Russland und China demnach für Freunde und die NATO für Feinde.[13] Angesichts dieser Ergebnisse könnte man vermuten, die serbische Bevölkerung stehe mehr oder weniger geschlossen hinter der russischen Aggression auf die Ukraine, doch dem ist nicht so. In derselben Studie gaben 45,5 Prozent der Menschen an, Serbien solle in jedem Fall neutral bleiben – sehr viel mehr als jene, die eine explizite Unterstützung Russlands oder der Ukraine forderten. Eine gefühlte Nähe zum großen „orthodoxen Brudervolk" und weitverbreitete Sympathien für Wladimir Putin bedeuten also noch lange nicht, dass die Serbinnen und Serben sich in einen Krieg hineinziehen lassen wollen. Hier hört die Freundschaft zu Russland für viele auf.

Die Russlandnähe vieler Serbinnen und Serben basiert vor allem auf der Vorstellung, dass man die christlich-orthodoxe Religion teile und Russland historisch oft an der Seite Serbiens gestanden habe, was sich bis heute etwa darin zeige, dass es sich gegen die Anerkennung des Kosovo als unabhängigen Staat einsetze. In Wirklichkeit reisen Serben jedoch kaum nach Russland,

wissen wenig über das Land und schauen auch keine russischen Filme. Nicht die russischen Medien sind es, die in Serbien Desinformation verbreiten – sie finden dort wenig Beachtung –, sondern regierungsnahe serbische Medien, die russische Narrative aufgreifen und popularisieren.

Der russische Angriff auf die Ukraine brachte den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić – bekannt für seine Schaukelpolitik zwischen Ost und West – zunächst in eine schwierige Lage. Vučić inszenierte sich als leidenden Präsidenten, der die Welt nicht mehr verstehe – als jemanden, der vom Krieg stark getroffen ist und nun nicht weiß, wie er reagieren soll. Es ist falsch, Serbien als verlängerten Arm Putins in der Region zu bezeichnen. Vučić macht nicht einfach das, was Putin ihm aufträgt. Vučić macht, was seinen Interessen und seinem Machterhalt dienlich ist. Manchmal überschneidet sich dies mit dem, was der Kreml möchte, manchmal ist es aber auch das Gegenteil davon.

Eine Sache, die Putin nicht gefallen dürfte, ist, dass Serbien Waffen und vor allem Munition an die Ukraine liefert. Dabei handelt es sich unter anderem um Artilleriegranaten, die offiziell an EU-Staaten verkauft werden, von denen die Regierung in Serbien aber genau weiß, dass sie für die Ukraine bestimmt sind. Es handelt sich dabei nicht bloß um geringfügige Mengen, sondern um Rüstung im Wert von über 800 Millionen Euro – viel Geld für Serbien.[14] Die Beziehungen zwischen Aleksandar Vučić und Wladimir Putin sind also keineswegs eindeutig, sondern von wechselhafter Natur.

Man könnte auch sagen, Vučićs Außenpolitik ist wie ein Fähnchen im Wind. Auf einer Sicherheitskonferenz in Prag im September 2024 meinte Vučić, dass er seit mehr als zwei Jahren nicht mit Putin gesprochen habe, und betonte: „Ich habe keine engen Verbindungen zu Putin."[15] Im Folgemonat nutzte Vučić dann den 80. Jahrestag der Befreiung Belgrads als Anlass, um – diesmal wirklich am 20. Oktober – mit Putin zu telefonieren. Laut Aussage des serbischen Präsidenten ging es bei dem Telefonat darum, sich für die fortgesetzten günstigen Gaslieferungen zu bedanken und noch einmal zu bekräftigen, dass Serbien keine Sanktionen gegen Russland plane. Am 25. Februar 2025 stimmte Vučić in der UN-Generalversammlung jedoch für eine Resolution, die Russland als „Aggressorstaat" bezeichnete. Vučić erklärte nach der Abstimmung allerdings, er habe nur deswegen dafür gestimmt – statt sich wie geplant zu enthalten –, weil er müde und überlastet gewesen sei.[16] Der Kreml akzeptierte Vučićs Entschuldigung. Die Beziehungen zwischen den Regierenden in Moskau und Belgrad haben sich inzwischen wieder so verbessert, dass Aleksandar Vučić am 9. Mai 2025 bei der Feier zum 80. Jahrestag des Sieges über



Im Rahmen seiner Schaukelpolitik sucht Präsident Aleksandar Vučić immer wieder die Nähe zu Putin – hier durch die Teilnahme an den offiziellen Feierlichkeiten anlässlich des 80. Jahrestags des Sieges im Zweiten Weltkrieg in Moskau am 9. Mai 2025.

den Faschismus in Moskau teilnahm und sich dort russisches Militärgerät vorführen ließ, das gerade nicht in der Ukraine zum Einsatz kam.

Russinnen und Russen in Serbien

Die sichtbarste Veränderung in den Beziehungen zwischen Serbien und Russland sieht man aber nicht in den Staatsbesuchen, diplomatischen Protokollen oder Handelsbilanzen; es sind die Menschen auf den Straßen Serbiens. Nachdem jahrelang vor allem Menschen aus Serbien wegzogen, kamen in den vergangenen Jahren auf einmal viele neu ins Land. Rund 100 000 Menschen aus Russland sollen es seit 2022 sein, zusätzlich Tausende aus Belarus und der Ukraine. Serbien ist für viele Russinnen und Russen auch deshalb attraktiv, weil sie relativ einfach in das Land einreisen, dort arbeiten und Unternehmen gründen dürfen. In die EU können dagegen nur die wenigsten legal einreisen und sofort arbeiten. Die Russinnen und Russen in Serbien sind überwiegend liberal-demokratisch eingestellt und lehnen sowohl das Regime von Wladimir

Putin als auch den Krieg in der Ukraine mehrheitlich ab. Dies spiegelt sich auch in Wahlergebnissen wider: Bei der russischen Präsidentschaftswahl im März 2024 erhielt Putin laut Nachwahlbefragungen der Organsiation „Vote Abroad" von der serbischen Diaspora nur drei Prozent der Stimmen.[17] Dass viele Menschen aus Russland nach Serbien kommen, die nicht viel von Putin halten oder sich einfach weigern, in seinen Krieg zu ziehen, zeigen auch die Preise für Flugtickets von Moskau nach Belgrad: Kurz nach der Generalmobilmachung im September 2022 stiegen diese zeitweise auf bis zu 9 000 Euro an – normalerweise kostet die einfache Strecke mit Air Serbia zwischen 300 bis 500 Euro. Air Serbia hat die Zahl seiner Flüge stark erhöht, weil Serbien eines der wenigen europäischen Länder ist, das seinen Luftraum nicht für russische Flugzeuge gesperrt hat.

Die russischen Immigranten sind nicht so, wie viele Serben sich Russen vorstellen. Einer von ihnen ist Peter Nikitin. Der 43-Jährige sitzt an einem warmen Septembernachmitttag 2024 im Buchladencafé „Dobar Dabar" – eines von vielen russischen Geschäften, die seit Februar 2022 in Belgrad aus dem Boden geschossen sind. Er trägt ein weißes T-Shirt, auf dem der ermordete Oppositionsführer Alexej Nawalny abgebildet ist, darunter dessen Worte: „Russland



Der russische Exilaktivist Peter Nikitin im Buchladen „Dobar Dabar" in Belgrad. Auf seinem T-Shirt trägt er den ermordeten Oppositionellen Alexej Nawalny.

wird glücklich sein." Er blättert in einem Bildband über Sankt Petersburg – eine der schönsten Städte der Welt, wie er sagt. „Warum sollten Menschen, die dort leben, nicht glücklich sein? Und doch ist die Stadt voller unglücklicher, armer, erniedrigter und unterdrückter Menschen." Als immer mehr Russinnen und Russen nach Belgrad kamen, wurde er von der Exilcommunity gebeten, die oppositionellen Kräfte zu sammeln. Er gehe dabei, wie er sagt, ein geringeres Risiko ein als andere, weil er neben seiner russischen auch eine niederländische Staatsangehörigkeit habe. Sollte er Probleme bekommen, würde er schlimmstenfalls in Amsterdam landen und nicht im russischen Straflager.

Nikitin gründete mit anderen 2022 die Russian Democratic Society (RDS) in Belgrad und organisiert Proteste gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine. Anfangs kamen rund 3 000 Menschen: „Es waren fast ausschließlich Russen da und noch ein paar Ukrainer. Für eine reine Emigrantendemonstration war das riesig." 2022 konnten oppositionelle Russinnen und Russen in Serbien recht frei agieren. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet aufgrund der guten Beziehungen zwischen Russland und Serbien russische Kriegsgegner in das europäische Land flüchten konnten, in dem Putin wohl mit Abstand am beliebtesten ist. Nationalistische Serben hofften darauf, dass Russen kommen würden, um mit ihnen den Kosovo zurückzuerobern. Doch stattdessen kamen vor allem liberale Russinnen und Russen ins Land, die Putin hassen, gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine demonstrieren und auf die Pride-Parade in Belgrad strömen. Nikitin erklärt, dass es schon merkwürdig sei mit den Serben. Sie mögen die Russen, aber sind verwirrt von den Russen, die jetzt kommen. Er sagt: „Ich lebe gern in Serbien und ich mag die Menschen sehr, aber viele sind gehirngewaschen von den Medien hier. Die treffen Russen, die gegen Putin sind, und verstehen die Welt nicht mehr."

Belgrad hatte das Potenzial, zu einem „Hub" für Putin-Kritiker und Kriegsgegner zu werden – doch 2023 drehte sich der Wind in Serbien. Peter Nikitin erfuhr das am eigenen Leib, als er im Juli 2023 in Belgrad einreisen wollte, nachdem er mit seiner Mutter in Portugal Urlaub gemacht hatte. Die serbischen Behörden ließen ihn nicht ins Land, obwohl er eine Aufenthaltsgenehmigung hat und seine Familie dort lebt. Die Polizeibeamten erklärten ihm, dass sie auf Weisung des serbischen Geheimdienstes agierten, und baten ihn nach Hause zu reisen: „Da habe ich ihnen erklärt, dass Belgrad mein Zuhause ist und ich nicht einfach gehen werde." Nikitin weigerte sich zurückzufliegen und machte es sich auf dem Belgrader Flughafen gemütlich. Durch seinen Kopf gingen Szenen des Films *Terminal*, in dem Tom Hanks einen aus dem fiktiven Staat

Krakosien stammenden Mann spielt, der auf dem New Yorker John-F.-Kennedy-Flughafen strandet und dort monatelang ausharrt. Nach einiger Zeit und medialer Aufmerksamkeit, die der Fall auf sich zog, ließen die Behörden Nikitin doch einreisen: „Es ist offensichtlich, dass sie mich wegen meines Engagements gegen den Krieg verhaftet haben, einen anderen Grund gibt es nicht. Wir wissen, dass Aleksandar Vulin die Person dahinter ist. Er ist ein russischer Spion."

Der Mann Moskaus

Als Peter Nikitin die Einreise verweigert wurde, war Aleksandar Vulin noch Chef des serbischen Geheimdienstes BIA. Am 2. Mai 2024 wurde er sogar stellvertretender Ministerpräsident Serbiens und bekleidete das Amt bis zur Regierungsumbildung am 16. April 2025. In der außenpolitischen Schaukelpolitik Aleksandar Vučićs ist Vulin derjenige, der für die guten Beziehungen zu Moskau verantwortlich ist – kurz gesagt: „der Mann Moskaus", wie er vielfach genannt wird. Tatsächlich ließ der Vizepremier in seiner Zeit als Innenminister (2020–2022) Russen in Belgrad abhören und schickte die Transkripte nach Moskau – was dort laut Aussage des russischen Oppositionellen Wladimir Kara-Mursa zur Verhaftung von Menschen führte.[18] Als öffentlich wurde, dass Vulin Feindeslisten erstellen ließ, kommentierte dieser das öffentlich mit den Worten: „Es tut mir nur leid, wie viel Abschaum zu Unrecht vergessen wurde."[19]

Aleksandar Vulin begann seine politische Karriere als junger Mann in den 1980er-Jahren. Er war ein Verfechter von Slobodan Milošević und dessen sogenannter antibürokratischer Revolution (siehe Kap. 2, 4.2 und 5.1). Er sah sich als Kommunist und betrachtet sich auch heute noch als einen Linken. Bekannt ist er aber vor allem als überzeugter serbischer Nationalist. 1994 gründete er die Partei „Jugoslawische Linke" mit, die von Slobodan Miloševićs Ehefrau Mirjana Marković dominiert wurde. In oppositionellen Kreisen wurde er als ihr „Schoßhündchen" belächelt. Aus der Zeit gibt es noch Fotos von ihm in rotem Che-Guevara-Shirt und blauer Latzhose. Seit 2012 gehört Vulin zu Aleksandar Vučićs engem Machtzirkel und war seitdem unter anderem Minister für Kosovo-Fragen, Arbeit, Veteranen, Soziales, Verteidigung und Inneres – und das obwohl seine 2008 gegründete Partei „Bewegung der Sozialisten" kaum Wählerinnen und Wähler mobilisierte und auch nicht als „Zünglein an der Waage" gebraucht wurde. Manche sprechen daher von einer „Satellitenpartei" der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) oder bezeichnen sie als „Systemopposition". Andere vermuten, dass Vulin vor allem deswegen seit langer Zeit wichtige

Posten erhält, weil er als Interessenvertreter des Kremls mit am Regierungstisch sitzen soll.

Vulin ist ein Mann fürs Grobe. Er testet Stimmungen aus und sagt Dinge, die Präsident Aleksandar Vučić nicht einfach so sagen könnte, ohne internationale Kritik zu ernten. So formulierte Vulin in Anlehnung an den Begriff *„Russki Mir"* (Russische Welt) die Idee einer „Serbischen Welt" *(Srpski svet)*[20] – was viele schlicht für eine Neuauflage großserbischer Fantasien halten. Vulin schlug vor, sogenannte Verbaldelikte einzuführen, um bestimmte Meinungsäußerungen unter Strafe zu stellen. Insbesondere ging es dabei um solche, die die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen, das Massaker von Srebrenica als Völkermord bezeichnen oder die NATO-Bombardierung von 1999 als gerechtfertigt darstellen.

Vulin kennt man nicht nur in Russland, sondern auch in den USA. Dort hat er es auf die Sanktionsliste geschafft. Die Begründung des US-Finanzministeriums hat es in sich. Vorgeworfen werden ihm Korruption, Verwicklung in illegale Waffen- und Drogengeschäfte, Amtsmissbrauch und die Destabilisierung des westlichen Balkans durch seine Unterstützung russischer Aktivitäten in der Region.[21] Die Sanktionen wurden im Juli 2023 erlassen, wenige Tage bevor Peter Nikitin die Einreise in Serbien verweigert wurde. Die Repressionen gegen russische Friedensaktivisten in Serbien gingen zu dieser Zeit richtig los. Nikitin glaubt, dass Russland und Serbien zusammenarbeiten, um zu verhindern, wovor die Machthaber in Moskau und Belgrad am meisten Angst haben: eine Farbrevolution.

Was heute als Farbrevolution bezeichnet wird, begann um die Jahrtausendwende in Serbien. Im Oktober 2000 wurde Slobodan Milošević weitgehend friedlich gestürzt (siehe Kap. 4.2). Der Aktivist der Organisation „Otpor!" Srđa Popović wurde im Anschluss zu einem weltweit gefragten Politikberater und schulte Aktivistinnen und Aktivisten aus zahlreichen Ländern – auch solche aus Georgien und der Ukraine, wo es 2003 beziehungsweise 2004 zu sogenannten Farbrevolutionen kam. Zwei im Kreml denkbar unbeliebte Bewegungen. In Nordmazedonien nahmen Demonstrierende im Jahr 2016 den Begriff sogar wörtlich, riefen eine „Bunte Revolution" aus, besprühten die Regierungsgebäude mit Farbe und erwirkten den Rücktritt des autokratischen, tendenziell russlandfreundlichen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski, woraufhin die proeuropäischen Sozialdemokraten gemeinsam mit albanischen Parteien an die Macht kamen (siehe Kap. 3.1).

Aus Sicht der Machthaber in Belgrad und Moskau gibt es also einiges zu befürchten, wenn die Bevölkerung massenhaft auf die Straße geht. So reiste Aleksandar Vulin, damals Innenminister, im Dezember 2021 – als russische Truppen bereits an der ukrainischen Grenze aufmarschierten – nach Moskau, um sich mit dem Sekretär des Sicherheitsrats der Russischen Föderation, Nikolai Patruschew, zu treffen. Beide vereinbarten eine Kooperation und gründeten eine „Arbeitsgruppe zum Kampf gegen Farbrevolutionen", die die Aufgabe haben sollte, Massendemonstrationen zu verhindern und eine ständige Überwachung von Oppositionellen, Nichtregierungsorganisationen und unabhängigen Journalisten durchzuführen.[22] Diese Angst vor Protesten und die repressiven Antworten darauf sollten nicht überraschen, sitzen heute doch einige Leute an den Machthebeln in Belgrad, die bereits unter Milošević wichtige Ämter bekleideten – allen voran Präsident Aleksandar Vučić, der bis zu dessen Sturz Miloševićs Informationsminister war (siehe Kap. 4.1). Damals hat er gelernt, wie gefährlich es werden kann, wenn man Protest und Widerstand nicht im



Aleksandar Vulin (l.), zu diesem Zeitpunkt Innenminister Serbiens, mit Nikolai Patruschew, dem Sekretär des russischen Sicherheitsrats, bei einem Treffen am 3. Dezember 2021 in Moskau. Die beiden kündigten eine enge Sicherheitszusammenarbeit an, um gegen „Farbrevolutionen" vorzugehen.

Keim erstickt.[23] Vučić verkündete im Februar 2025 sogar in Reaktion auf die Studierendenproteste im Land, er werde ein Sachbuch mit dem Titel „Wie ich die Farbrevolution bezwang" schreiben, dass sich weltweit gut verkaufen werde.[24] Angesichts dieser engen Sicherheitskooperation ist es wenig überraschend, dass die Repressionen auch russische Kriegsgegner in Serbien treffen.

Repressionen

Elena Koposova sieht nicht aus wie ein „untragbares Sicherheitsrisiko". Die 55-Jährige lebt mit ihrem Mann und ihren beiden Kindern in dem Tausend-Seelen-Dorf Rogača, eine Autostunde südlich von Belgrad. Sie kümmert sich um die Kinder und arbeitet freiberuflich als Übersetzerin. Ihr Mann ist im Baugewerbe tätig. Ihre Einrichtung ist modern; das hart verdiente Geld fließt in das Haus und den Garten. Elena Koposova ist ein Familienmensch, der auf dem Land lebt, keine Frau, die regelmäßig auf Großdemonstrationen geht. Die Familie zog 2019 aus Russland nach Serbien und ist bestens integriert. Probleme mit dem Gesetz oder der Polizei hatte sie nie. Weil es für sie und ihre Familie gut lief, beantragte sie im September 2023 neue Dokumente und wollte sich später auf eine serbische Staatsbürgerschaft bewerben. Zunächst wunderte sie sich, warum die Antwort so lange auf sich warten ließ: „Dann kam der Anruf", erzählt Koposova. Im Februar 2024 teilten ihr die serbischen Behörden mit, dass nicht nur ihr Antrag auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis abgelehnt, sondern auch ihre temporäre Aufenthaltserlaubnis entzogen wird, weil sie ein „untragbares Sicherheitsrisiko" darstelle: „Sie haben gesagt, ich soll Serbien innerhalb von 30 Tagen verlassen. Damit wollten sie uns alles wegnehmen, was wir uns hier aufgebaut haben. Wir können nicht einfach nach Russland zurück, wir können aber auch nicht in ein EU-Land einreisen."

Einfach der Anweisung der Behörden zu folgen, war keine Option. Also versuchte Koposova herauszufinden, wo das Problem lag. Sie merkte bei der Online-Recherche schnell, dass andere Russinnen und Russen, die sich offen gegen den Krieg in der Ukraine aussprachen, ähnliche Probleme hatten. Außerdem stellte sie fest, dass ein von ihr mitunterzeichneter offener Brief vom März 2022 in serbischen Medien aufgegriffen und ihr Name dort genannt wurde. Die Unterzeichnenden forderten in dem Brief, den Krieg zu stoppen, und benannten Russland dabei klar als Aggressor. Den Brief hat Koposova unterschrieben, obwohl sie ansonsten politisch nicht sehr aktiv ist: „Ich habe noch nie gegen ein Gesetz verstoßen oder sowas. Deswegen bin ich sicher, dass



In ihrem Haus in Rogača zeigt Elena Koposova im Februar 2024 ein altes Foto von sich und ihrem Mann aus Russland. Nach ihrer Unterschrift unter einem offenen Brief gegen den Angriffskrieg in der Ukraine drohte ihr die Ausweisung aus Serbien.

es daran liegt. Ich bin als Russin gegen den Krieg und will nicht Teil davon sein." Die Familie machte daraufhin erst online und später in serbischen Medien auf ihre Situation aufmerksam. Das Ergebnis war eine Petition mit über 3 000 Unterschriften von Menschen, die sich für die Familie starkmachten. Die meisten waren Serbinnen und Serben. Nach einem Monat wurde ihr seitens der Behörden mitgeteilt, dass ihre temporäre Aufenthaltserlaubnis um zwei Jahre verlängert wurde. Koposova denkt nun, dass sie erstmal sicher ist – zumindest bis ihr Pass im März 2026 ausläuft.

Andere Russinnen und Russen mussten Serbien verlassen, nachdem sie aufgrund ihrer Haltung gegen den Krieg in der Ukraine Repressionen ausgesetzt waren. Darunter die Künstlerin Elisabeth Irzhansky und der Konzertveranstalter Yevgeny Irzhansky. Beide waren nach Putins Überfall auf die Ukraine nach Belgrad geflohen und hatten sich dort eine Existenz aufgebaut. Die politische Stimmung in Russland fanden sie unerträglich. Elisabeth Irzhanskys Vater stammt aus Mali. Im Gespräch erzählt sie, wie sich ihre Lage auch in ihrer Heimatstadt Sankt Petersburg veränderte: „Es gibt in Russland nicht viele Schwarze Menschen, aber Sankt Petersburg war früher noch sehr liberal. Inzwischen ist der Rassismus aber auch dort schlimmer geworden."

Yevgeny Irzhansky begann in Belgrad, Konzerte für die russische Diaspora zu organisieren. Es kamen vor allem Putin-Gegner, und das zahlreich: Die Besucherzahlen gingen in den vierstelligen Bereich, obwohl kaum Serbinnen und Serben im Publikum waren: „Die Serben hören die Musik nicht und haben

sich nicht besonders für die Veranstaltungen interessiert." Sein Geschäft lief in den ersten Monaten, doch dann kippte die Stimmung. Yevgeny Irzhanskys Probleme begannen mit der Organisation eines Konzerts, das am 12. Februar 2023 in Belgrad im Dom Omladine stattfinden sollte. Eingeladen war die belarussische Punkband Lyapis Trubetskoy, deren Protestsong *Krieger des Lichts (Воины Света)* zu einer wichtigen Hymne der Maidan-Proteste in der Ukraine 2013/14 wurde und auch bei den Protesten gegen Präsident Lukaschenka in Belarus 2020 gesungen wurde. Der geplante Aufritt in Belgrad war Teil einer Tour zur Unterstützung der Ukraine. Beworben wurde das Konzert mit den Worten: „Kauft eine Karte, damit Selenskyj Drohnen kaufen kann." Die rechtsextreme und prorussische Kleinpartei „Dveri" mobilisierte in Serbien gegen die Show. Die lokalen Behörden in Belgrad knickten vor dem Druck ein und das Konzert fand nicht statt.[25]

Kurz darauf wurde Yevgeny Irzhansky die Aufenthaltserlaubnis entzogen. Bei einem Verhör wurde angedeutet, er werde wegen seiner Aktivitäten als „Sicherheitsrisiko" gesehen. Er musste Serbien verlassen und durfte nicht mehr einreisen. Elisabeth und Yevgeny Irzhansky gingen danach für ein paar Monate nach Montenegro und hofften, bald wieder nach Serbien einreisen zu können – doch das klappte nicht: „Es war ein sinnloser Kampf, in dem wir versucht haben, unsere Unschuld zu beweisen", sagt Elisabeth Irzhansky. Weil die Künstlerin Spanisch spricht und Kontakte im Land hat, zog das Ehepaar schließlich nach Argentinien.

Der Fall Andrei Gnyot

Ein Fall, der die serbische Schaukelpolitik zwischen Ost und West auf die Probe stellte, war die Inhaftierung des belarussischen Oppositionellen Andrei Gnyot. Der damals 43-jährige Filmemacher wurde am 30. Oktober 2023 am Flughafen von Belgrad verhaftet. Er war nach Serbien gereist, um dort einen Werbefilm zu drehen, doch die Behörden informierten ihn, dass gegen ihn ein internationaler Haftbefehl vorliege – ausgestellt von Belarus wegen angeblicher Steuerhinterziehung. Tatsächlich geht es wohl um seine politische Arbeit: Gnyot ist Mitbegründer der regierungskritischen Organisation „SOS BY", ein Verein von Sportlerinnen und Sportlern aus Belarus, die dafür kämpften, dass die Eishockey-WM 2021 nicht in Belarus stattfindet und der Präsident des belarussischen Nationalen Olympischen Komitees (NOK) abgesetzt wird. In mindestens einem Punkt waren sie erfolgreich: Der Eishockey-Weltverband IIHF entzog

Belarus die WM-Austragungsrechte, und das Internationale Olympische Komitee schloss den belarussischen NOK-Präsidenten von allen olympischen Aktivitäten aus. Diesem dürfte das nicht gefallen haben. Denn es handelte sich um Diktator Aljaksandar Lukaschenka höchstpersönlich. Zu seiner Absetzung kam es jedoch nur indirekt – seit 2021 führt sein Sohn Wiktar Lukaschenka das NOK.

Gnyot musste aus Belarus fliehen und zog nach Thailand. Nach seiner Festnahme in Serbien saß er dort mehr als sieben Monate im Gefängnis. 22 Stunden in der Zelle, zwei Stunden auf dem Hof, kein Kontakt zur Außenwelt. Seine einzige Verbindung war sein Bruder in Thailand – vier Telefonate pro Monat, je 15 Minuten. Dann wurde er entlassen und unter Hausarrest gestellt. Seine Tage verbrachte er in einer winzigen Einzimmerwohnung in Belgrad, mit einer elektronischen Fußfessel am linken Knöchel. Der Raum war nur zwölf Quadratmeter groß, dazu eine kleine Küche, ein Bad und ein Flur. Mindestens 23 Stunden täglich musste er in der Wohnung bleiben, nur eine Stunde durfte er hinaus. „Zum Mond und zurück", scherzte er im September 2024 im Gespräch, als er noch im Belgrader Hausarrest saß. In Wahrheit nutzte er die Zeit für Lebensmitteleinkäufe und gelegentlich für Sport. Währenddessen drohte ihm die Auslieferung nach



Andrei Gnyot in seiner Belgrader Wohnung während des Hausarrests im September 2024. Die Einzimmerwohnung durfte er nur für eine Stunde am Tag verlassen.

Belarus, wo politische Gefangene Folter oder sogar den Tod erwarten können. Die serbische Justiz – nicht gerade bekannt für ihre Unabhängigkeit – entschied mehrfach, er solle ausgeliefert werden. Doch der internationale Druck war riesig. Berühmte Filmschaffende und Schauspielerinnen wie Wim Wenders, Sandra Hüller und Juliette Binoche sowie die belarussische Oppositionsführerin Swjatlana Zichanouskaja setzten sich öffentlichkeitswirksam für Gnyot ein. Auch aus den ausländischen Botschaften in Belgrad – allen voran aus der deutschen – wurde Druck ausgeübt, Gnyot nicht auszuliefern.[26]

Die Machthaber in Belgrad hatten sich damit in eine unangenehme Situation gebracht. Sie konnten dem Gericht schlecht befehlen, das Urteil zu revidieren, ohne dass das serbische Justizsystem wie ein Witz gewirkt hätte. Sie konnten ihn aber auch nicht ausliefern, ohne dass Serbien wie ein williger Komplize eines Schurkenstaates ausgesehen hätte. Das Ergebnis: Am 31. Oktober 2024, genau ein Jahr nach seiner Festnahme, durfte Andrei Gnyot Serbien verlassen. (Länger dürfen Personen laut serbischem Recht in einem solchen Fall nicht festgehalten werden.) Am Belgrader Flughafen hatte er das Gefühl eines Déjà-vus: Vor seiner Abreise musste er in demselben Raum warten, in dem er ein Jahr zuvor verhaftet worden war. Er stieg in eine Maschine nach Berlin und dankte, dort angekommen, seinen zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern auf der ganzen Welt.

Russischer Einfluss außerhalb Serbiens

Abseits von Serbien ist die Bevölkerung und Politik in den Staaten des westlichen Balkans entweder deutlich proukrainisch ausgerichtet oder – in der Regel entlang der Bevölkerungsgruppen im Land – gespalten. Im klar prowestlichen Albanien wurde die Straße, auf der sich die russische Botschaft befindet, nur wenige Tage nach Beginn des russischen Angriffskriegs offiziell in „Straße der freien Ukraine“ umbenannt. Prorussische Kräfte spielen hier politisch keine relevante Rolle. Ähnlich sieht es im Kosovo aus, mit Ausnahme der serbisch-dominierten Landesteile vor allem im Norden (siehe Kap. 5.2). In Montenegro und Bosnien-Herzegowina verlaufen die Konfliktlinien in weiten Teilen parallel zu ethnischen Zugehörigkeiten im Land.

Die bosnischen Kroaten und Bosniaken stehen mehrheitlich an der Seite der Ukraine und sehen die Schuld am Krieg bei Russland, viele bosnische Serben sehen Russland hingegen als Opfer. Der wohl größte Putin-Freund in der bosnischen Politik ist Milorad Dodik, Präsident der Republika Srpska. Die Beziehung

der beiden basiert auf einem gemeinsamen Feindbild: dem „kollektiven Westen“ im Allgemeinen und der NATO im Besonderen. Russland hat außerhalb des Energiesektors kaum wirtschaftlichen Einfluss in Bosnien-Herzegowina, doch dient die enge Beziehung zu den bosnischen Serben als strategisches Instrument, um Einfluss in der Region geltend zu machen und somit vor allem die EU und die USA zu verärgern. Im Gegensatz zu Aleksandar Vučić macht Dodik keinerlei Anstalten, sich von Wladimir Putin zu distanzieren oder sich um eine differenzierte Betrachtung zu bemühen. Im Interview mit der rechtspopulistischen Schweizer *Weltwoche* sagte Dodik noch im Oktober 2024: „Putin ist ein Mann des Friedens.“[27] Und als selbst ehemals enge Verbündete auf Abstand zu Putin gingen, reiste Milorad Dodik noch nach Russland. Den Alexander-Newski-Orden bekam Dodik deutlich später als Vučić – im Februar 2024 – von Putin überreicht, also zwei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die gesamte Ukraine. Als Dank sorgte Dodik dafür, dass die bosnischen Serben im Staatspräsidium des Landes verhinderten, dass Bosnien-Herzegowina Sanktionen gegen Russland verhängt – obwohl die Bevölkerungsmehrheit im Land hinter der Ukraine steht.

Geholfen haben ihm dabei auch die kroatischen Nationalisten der HDZ BiH – nicht unbedingt, weil dort die Sympathien für Putin besonders groß wären. Wohl aber, weil sie wie Dodik den Gesamtstaat Bosnien-Herzegowina schwächen wollen und dafür bereit sind, mit Dodik und Putin zusammenzuarbeiten. So hat die HDZ BiH im März 2022 im Haus der Völker Bosnien-Herzegowinas – dem Oberhaus des Zweikammerparlaments (siehe Kap. 6.1) – gegen die Einführung von EU-Sanktionen gegen Russland gestimmt.[28] Dies geschah trotz der offiziellen Unterstützung der Partei für einen EU- und NATO-Beitritt Bosnien-Herzegowinas. Außerdem blockierte die HDZ BiH den Bau einer Pipeline, die das Land unabhängiger von russischem Gas machen sollte, da – so die Argumentation – die staatliche Firma BH-Gas, die für die Leitung des Projekts vorgesehen war, ihrer Ansicht nach nicht ausreichend bosnisch-kroatische Interessen vertrete.[29]

Montenegro stellte sich hinter die Forderungen der EU und erließ Sanktionen gegen Russland. Das ist bemerkenswert, da es dem Land wehtut. Kein Flächenstaat Europas ist so sehr vom Tourismus abhängig: Rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts des kleinen Landes wird von dieser Branche erwirtschaftet. Ein großer Anteil dieses Geldes kam in der Vergangenheit aus Russland: „Es war schwierig, die Sanktionen gegen Russland zu verabschieden und dem Rat der EU zu folgen. Es war schwierig, aber wir haben es geschafft“, sagte

Präsident Jakov Milatović und erinnerte mit diesen Worten daran, dass die EU im Gegenzug auch in der Verantwortung stehe.[30]

Bei der Volkszählung 2023 gaben 12 824 Einwohnerinnen und Einwohner Montenegros an, sie seien Russen (rund 2,1 Prozent der Bevölkerung) – 2003 waren es gerade einmal 240.[31] Viele von ihnen haben sich Häuser in Küstennähe gekauft, und wegen der politischen Lage gibt man in der Regel nicht gleich sein Ferienhaus oder gar seinen neuen Erstwohnsitz auf. Für 30 Tage kann man weiterhin recht unkompliziert aus Russland einreisen, zwar nicht via Direktflug, aber mit Umstieg in Belgrad. Außerdem nutzten bis Ende 2022 einige Russinnen und Russen die inzwischen abgeschaffte Möglichkeit, durch Investitionen im Land an eine montenegrinische Staatsbürgerschaft zu gelangen. Die Bevölkerungsmehrheit in Montenegro steht hinter der Ukraine, eine Minderheit – vor allem der Serben – sympathisiert hingegen mit Putin. Ihr Einfluss auf die Außenpolitik Montenegros ist jedoch beschränkt. Wenn die prorussischen Parteien allerdings als Koalitionspartner und „Zünglein an der Waage" gebraucht werden, können sie durchaus Einfluss ausüben – und diesen für eine putinfreundliche Agenda nutzen (siehe Kap. 7.1).

Im jüngsten EU-Staat Kroatien steht die Bevölkerungsmehrheit ebenfalls hinter der Ukraine. Viele Menschen im Land interpretieren den Konflikt auf der Folie ihrer eigenen Erfahrungen aus dem Krieg der 1990er-Jahre. In diesem Sinne identifiziert sich die Bevölkerung mit den Ukrainerinnen und Ukrainern, die ihr Land verteidigen, und vergleicht die russischen Aggressoren mit den damaligen serbischen. Doch es gibt auch Stimmen, die die westliche Politik gegenüber Russland kritisieren – am lautesten tut das ausgerechnet Präsident Zoran Milanović. Nominell handelt es sich um einen Sozialdemokraten, allerdings steht er bei vielen Themen inzwischen rechts der konservativen HDZ (siehe Kap. 8.1). Nach seinem Wahlsieg im Januar 2025 bezeichnete die ukrainische Zeitung *Kyiv Independent* ihn als „russlandfreundlich" und erinnerte daran, dass er die Euromaidan-Proteste von 2013/14 als „Staatsstreich" abgetan hatte.[32] Zudem verweigerte Milanović im Oktober 2024 die Zustimmung zur Teilnahme kroatischer Soldaten an einer NATO-Mission zur Unterstützung der Ukraine und kritisierte die Sanktionen gegen Russland, weil diese nicht im kroatischen Interesse seien. Das in London ansässige „Centre for Information Resilience" fand Hinweise darauf, dass prorussische Social-Media-Bots Milanovićs Wahlkampf unterstützt haben könnten.[33] Während des Präsidentschaftswahlkampfs rückten Milanovićs Gegner seine Positionen zu Russland in den Fokus. Doch diese Kritik prallte teilweise an ihm ab. In der großen



Für viele Serbinnen und Serben ist die Verbundenheit zu Russland ein identitätspolitisch aufgeladenes Anliegen. Hier empfangen Anhänger von Wladimir Putin den russischen Präsidenten bei seinem Staatsbesuch in Belgrad am 16. Oktober 2014.

Präsidentschaftsdebatte gegen Dragan Primorac (HDZ) im kroatischen Fernsehen stellte er etwa klar, dass Wladimir Putin selbstverständlich festgenommen werden müsse, sollte er kroatischen Boden betreten.[34]

Russlandnähe als Identitätspolitik

Die Russische Föderation ist ein relevanter Akteur auf dem westlichen Balkan, auch wenn ihre wirtschaftliche Bedeutung – insbesondere im Vergleich mit der EU – relativ gering ist. Das liegt unter anderem darin begründet, dass einige der Staaten auf russische Energielieferungen angewiesen sind. Es besteht also eine Abhängigkeit, die durchaus Raum zur Instrumentalisierung lässt. Darüber hinaus geschieht politische Einflussnahme etwa über den Ausbau und Einsatz von *soft power* oder durch Russlands Vetorecht im UN-Sicherheitsrat. Für Serbien und serbische Kräfte in anderen Westbalkanstaaten ist es relevant, dass Russland mit seinem Vetorecht eine Anerkennung des Kosovo als unabhängigen Staat verhindert. Davon abgesehen handelt es sich bei der Putin-Affinität eines nicht geringen Teils der serbischen Bevölkerung vor allem um eine identitätspolitisch aufgeladene Ablehnung des Westens. Diese speist sich unter anderem aus der

NATO-Bombardierung während des Kosovokriegs 1999 und der Parteinahme westlicher Staaten für eine Unabhängigkeit des Kosovo (siehe Kap. 5.1).

Bei den harten Machtfaktoren – militärischen wie wirtschaftlichen – ist Russland nur einer von vielen Akteuren auf dem Balkan. Der Einfluss Russlands in Serbien rührt nicht zuletzt daher, dass die serbische Regierung – im Rahmen ihrer durch eigene Interessen geleiteten Schaukelpolitik – die Bedeutung der Beziehungen zu Russland in Szene setzt. So sind es serbische regierungsnahe Medien, die mit prorussischen Narrativen das politische Weltbild vieler Serbinnen und Serben prägen, während russische Medien selbst kaum Einfluss im Land haben. Eine interessante Entwicklung ist der Zuzug von Menschen aus Russland, Belarus und der Ukraine in eine Region, die in den vergangenen Jahren vor allem von Auswanderung und Bevölkerungsrückgang geprägt war. Insbesondere der Zuzug jüngerer Menschen bringt eine neue Dynamik nach Serbien und auch nach Montenegro.

Die auch in Deutschland oft geäußerte Vorstellung, dass es sich bei Serbien und der Regierung Vučić um den „verlängerten Arm Putins" in der Region handle, ist eine falsche beziehungsweise deutlich verkürzte. Russland hat über Personen wie den ehemaligen serbischen Vizeministerpräsidenten Aleksandar Vulin erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten in der Region. Doch Machthaber wie Vučić tun vor allem, was ihnen selbst und ihrem Machterhalt dienlich ist, nicht was Putin ihnen befiehlt – im Fall von Serbien etwa, wenn es um die Lieferung von Waffen (über Umwege) in die Ukraine geht.

Im Kosovo, in Montenegro und in Bosnien-Herzegowina sind es vor allem Teile der serbischen Bevölkerung, die mit Russland – auch im Angesicht der Aggression in der Ukraine – sympathisieren. Vielfach geben sie dem Westen die Schuld an dem Krieg und versuchen ihren Einfluss zu nutzen, um die Politik in eine russlandfreundlichere Richtung zu lenken. Allerdings zeigen Beispiele wie der kroatische Präsident Zoran Milanović, der im Januar 2025 trotz seiner kritischen Haltung gegenüber der westlichen Ukraine-Unterstützung mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt wurde, dass geopolitische Positionierungen – auch jenseits von Serbien oder serbischen Bevölkerungsteilen – in den Westbalkanstaaten mitunter widersprüchlicher und vielschichtiger sind, als sie auf den ersten Blick erscheinen.


No one leave
Home unless
Is the



13. Der Balkan als Pufferzone: Migrationsabkommen, Pushbacks und Zäune

Im Dorfladen von Aleksandar Preka brennen Kerzen. In Gjadër, einem kleinen Dorf mit rund 500 Einwohnerinnen und Einwohnern im Norden Albaniens, hat es an diesem Januarsonntag geschneit. Nur ein wenig, aber das reicht schon, damit hier für mehrere Stunden der Strom ausfällt. Preka, ein Mann mit schwarzer Lederjacke, kennt das Dorf wie kein anderer. Vor über 30 Jahren hat er mit seiner Frau einen Supermarkt im Erdgeschoss seines Hauses eröffnet. Er kümmert sich außerdem um die Busverbindungen. Seit einigen Jahren ist Preka der *kryeplaku* des Dorfes, was aus dem Albanischen übersetzt so viel wie „Vorsitzender" bedeutet. Gemeint sind Repräsentanten – meist Männer –, die Orte vertreten, die zu klein sind, um einen eigenen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin zu stellen. Gjadër, ein Dorf mit drei Cafés, einer katholischen Kirche und einer Volksschule, ist so ein Ort. Es liegt im albanischen Hinterland, umgeben von Feldern, auf denen Schafherden grasen. Die Hafenstadt Shëngjin, im Sommer ein beliebter Urlaubsort, ist nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt. Aber weil Gjadër hinter einem Karsthügel liegt, der das Dorf von der Küste abschirmt, muss man einen circa 30 Minuten langen Umweg nehmen, um es mit dem Auto zu erreichen. Während des Kommunismus lebten noch rund 900 Familien im Dorf, erinnert sich Preka. Nach dem Umbruch Anfang der 1990er-Jahre sank die Bevölkerungszahl rasant, mehr als die Hälfte des Dorfes wanderte aus. Früher habe es 400 Schüler im Ort gegeben, heute seien es nur noch 70.

Preka erzählt, wie so viele Menschen in entvölkerten Dörfern auf dem Balkan, eine ganz persönliche Geschichte über Migration. Es gibt in Gjadër wohl keine Familie, aus der nicht zumindest ein Mitglied nach Italien ausgewandert ist. Auch Aleksandar Prekas Sohn lebt dort. Nach 2010, als Albanien die Visafreiheit für den Schengen-Raum erhielt, gingen noch mehr Einwohnerinnen und Einwohner weg. Mittlerweile dürfen die Menschen legal für drei Monate in die EU reisen. Seitdem der Tourismus in Albanien boomt und Billigfluglinien von Tirana aus mehrmals täglich italienische Städte ansteuern, ist die Reise auch erschwinglich geworden. In den 1990er-Jahren war das noch anders. Damals setzten sich albanische Flüchtlinge in Boote und versuchten, illegal und unter großem Risiko nach Italien zu gelangen. Auch von Shëngjin aus, der nahe gelegenen Hafenstadt, stachen damals Schlepperboote in See.

Bild S. 404/405: In den alten Lagerhallen hinter dem Bahnhof in Belgrad entwickelte sich im Winter 2016/17 eines der größten informellen Flüchtlingslager Europas.



Abgeschottet von einem Karsthügel im Hinterland von Nordalbanien: das Lager in Gjadër, wohin dem Plan nach italienische Asylverfahren ausgelagert werden sollten. Seit März 2025 dient es vorerst als Abschiebezentrum.

Jetzt soll sich dies umkehren: Menschen, die nach Europa fliehen und auf hoher See von der italienischen Küstenwache aufgegriffen werden, sollen nach Shëngjin und später nach Gjadër kommen. Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni ließ an der albanischen Küste ein Erstaufnahmelager für Geflüchtete und im Hinterland ein weiteres Lager errichten, in dem im Schnellverfahren über den Asylstatus entschieden werden soll. Wer schutzberechtigt ist, darf nach Italien. Der Rest soll in die Herkunftsländer zurückgeführt werden. Damit betritt Italien Neuland. Als erstes Land in der EU will es Asylverfahren außerhalb der Union in einem Drittstaat abwickeln.

Soweit die Theorie. In der Praxis hat sich Melonis Migrationsdeal mit Albanien bislang als Luftnummer erwiesen. Im Sommer 2025 stehen die dafür errichteten Camps weitgehend leer. Italienische Gerichte haben Melonis Prestigeprojekt mehrmals einen Strich durch die Rechnung gemacht. Sie haben untersagt, dass die Menschen in Albanien festgehalten werden dürfen. Schnellverfahren seien nur zulässig, wenn die Menschen aus einem sicheren Herkunftsland kommen. Mehrere Staatsangehörige aus Bangladesch und Ägypten, die nach Albanien gekommen waren, hatten mit Erfolg geklagt. In einer lange erwarteten Grundsatzentscheidung gab ihnen im August 2025 auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Kern recht.

Melonis Experiment mit Albanien ist juristisch also alles andere als wasserdicht. Dennoch stieß das Modell im Rest Europas auf großes Interesse. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zeigte sich offen: „Mit der Inbetriebnahme des Italien-Albanien-Protokolls werden wir auch in der Lage sein, Lehren aus diesen Erfahrungen in der Praxis zu ziehen", schrieb sie in einem Brief an die Mitgliedstaaten.[1] Selbst unter Sozialdemokraten weckt das Projekt Interesse. „Ich schaue mit Spannung darauf, was Italien gemeinsam mit Albanien macht", sagte die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in einem Interview mit dem *Stern* im Mai 2024.[2] Bayerns Ministerpräsident Markus Söder nannte den Albanien-Deal „ein hilfreiches Modell"[3] und CDU-Chef Friedrich Merz sprach von einem „Vorbild".[4] Auch das österreichische Bundeskanzleramt erklärte auf Anfrage des Nachrichtenmagazins *profil*, dass man sich über das Projekt auf dem Laufenden halte.

Die Wortmeldungen zeigen: Immer mehr politische Akteure sind bestrebt, mit Ländern außerhalb der EU – also Drittstaaten – in Migrations- und Asylfragen zusammenarbeiten. Dem Westbalkan kommt hier aufgrund seiner geografischen Lage eine zentrale Rolle zu. Der Zeitgeist scheint zu lauten: Die Staaten an der Peripherie Europas sollen es richten – oder im Fall Albaniens: ein kleines Dorf im Hinterland.

Im Flüchtlingslager in Gjadër sollten den Ankündigungen Melonis zufolge ursprünglich rund 3 000 Menschen pro Monat Platz finden – sechsmal so viele, wie das Dorf Einwohnerinnen und Einwohner hat. Im Vorfeld gab es keine umfangreichen Konsultationen mit der Bevölkerung vor Ort. Sogar der katholische Priester – ein Italiener – hat, wie sich bei einem Gespräch mit ihm herausstellt, von den Neuigkeiten erst aus dem Fernsehen erfahren. Auch in der Hauptstadt Tirana zeigten sich viele von dem Abkommen überrascht – inklusive der Opposition. Der Deal soll auf höchster Ebene eingefädelt worden sein, konkret während Melonis Sommerurlaub in Albanien im Jahr 2023.[5] Ihr Amtskollege Edi Rama, mit dem Meloni eine Art politische Freundschaft verbindet, lud sie in seine Ferienresidenz am Meer ein.

November 2023: Der Meloni-Rama-Pakt

Auf den ersten Blick scheinen die beiden Regierungschefs nicht recht zusammenpassen. Hier Rama, Vorsitzender einer sozialistischen Partei und Ministerpräsident eines Landes, das im Zweiten Weltkrieg von Italien unter Diktator Benito Mussolini überfallen wurde. Dort die weit rechts stehende Meloni, deren Partei



Politische Freunde dies- und jenseits der Adria: Edi Rama begrüßt Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni auf dem Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Tirana mit einem Kniefall, 16. Mai 2025.

Fratelli d'Italia Wurzeln im (Post-)Faschismus hat. In Melonis Partei gibt es weiterhin Mitglieder, die Mussolini verehren – einen Diktator also, der Albanien als seine Kolonie ansah. Abseits davon trennt Rama und Meloni aber auch die Art und Weise, wie sie über das Thema Migration sprechen. Rama hat hier zuletzt Ansichten vertreten, die humanitäre Belange in den Vordergrund rücken.

Bereits 2018 legte die EU ein ähnliches Konzept auf den Tisch, wie es Meloni nun ins Leben gerufen hat. Es trug den sperrigen Titel „Regionale Ausschiffungsplattformen in Drittstaaten".[6] Bereits damals war Albanien als Kooperationspartner im Gespräch, doch Edi Rama schmetterte die Idee ab. „Wir werden niemals solche EU-Flüchtlingslager akzeptieren", sagte er damals der deutschen *Bild*-Zeitung, „denn es bedeutet, verzweifelte Menschen irgendwo abzuladen wie Giftmüll, den niemand will."[7]

Inzwischen hat Edi Rama seine Meinung geändert. Für Italien – ein Land, das in den 1990er-Jahren albanische Bootsflüchtlinge aufgenommen hat und heute der wichtigste Handelspartner Albaniens ist – wolle man eine Ausnahme machen. Am 6. November 2023 stehen Edi Rama und Giorgia Meloni Seite an Seite im Palazzo Chigi in Rom. Stuck an der Decke, alte Gemälde an den Wänden, staatstragende Pose. Auf dem Tisch: ein bilaterales Abkommen zur „Bewältigung der Migrationsströme". Die Neuigkeit überrascht alle: die Opposition in Italien und Albanien, Spitzendiplomatinnen und -diplomaten in Tirana und Rom, ja zum Teil sogar Ministerinnen und Minister der jeweiligen Regierungen. Das Albanien-Abkommen, so erzählt ein italienischer Abgeordneter, war Melonis privates Dossier und wurde im kleinen Kreis ausverhandelt. Westliche

Diplomaten in Tirana zeigen sich in Hintergrundgesprächen darüber leicht pikiert und wundern sich, warum sie nicht im Vorfeld eingeweiht wurden. Offenbar handelte es sich um ein bis zum letzten Moment geheim gehaltenes Projekt der Ministerpräsidenten Rama und Meloni.

Auf der Pressekonferenz sagt Italiens Ministerpräsidentin: „Die massenhafte irreguläre Einwanderung ist ein Phänomen, das die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten nicht allein bewältigen können. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den derzeit Nicht-EU-Ländern eine entscheidende Rolle spielen." Italien werde „auf eigene Kosten" und „unter seiner eigenen Gerichtsbarkeit" zwei Zentren in Albanien bauen.[8] Das erste im Hafen von Shëngjin, wo die Registrierung der Ankömmlinge stattfindet, und das zweite in Gjadër, wo die Menschen während ihres Asylverfahrens untergebracht werden sollen. Meloni nennt in der Pressekonferenz auch schon erste Zahlen. Sie kündigt an, monatlich bis zu 3 000 Personen nach Albanien schicken zu wollen, was 36 000 Menschen pro Jahr entspräche. Vom Abkommen ausgenommen seien Kinder, Frauen und andere vulnerable Gruppen. Hinzu kommt eine weitere Einschränkung: Nur jene, die von der italienischen Küstenwache in internationalen Gewässern aufgegriffen werden, die also noch keine italienischen Hoheitsgewässer oder italienischen Boden erreicht haben, sollen überhaupt nach Albanien kommen. Zudem sollen in den Lagern italienische Gesetze gelten, obwohl sie sich in Albanien befinden. Es handelt sich damit um die „Eröffnung des ersten exterritorialen Flüchtlingslagers eines EU-Landes", wie die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung in einem Bericht schreibt.[9]

Was hat Albanien davon?

Meloni kündigte in der Pressekonferenz in Rom an, die Flüchtlingslager bereits in wenigen Monaten, im Frühjahr 2024, eröffnen zu wollen. Danach nahmen die Dinge sehr schnell ihren Lauf. Im Januar 2024 winkte der albanische Verfassungsgerichtshof das Abkommen durch. Im darauffolgenden Monat nahm das Parlament, in dem Ramas Sozialistische Partei (PS) die absolute Mehrheit hält, das Abkommen an. Die oppositionelle Demokratische Partei (PD) mobilisierte gegen die Errichtung der Lager, unterstützt von einer kleinen lokalen Protestgruppe. Dabei ging es vor allem um die mangelnde Transparenz des Deals. Eine der am häufigsten gestellten Fragen in der Öffentlichkeit lautete, was denn Albanien von dem Abkommen habe. Sie lässt sich bis heute nicht



Endet hier der europäische Traum? Zivilgesellschaftliche Gruppen protestieren in Shëngjin gegen die Asylauslagerungspläne von Meloni und Rama, 16. Oktober 2024.

vollumfänglich beantworten. Warum hat sich Rama auf Melonis Experiment eingelassen? Der Regierungschef rechtfertigte den Deal mit historischen und moralischen Argumenten. Er sagte, dass die Albaner selbst einmal Bootsflüchtlinge gewesen seien, die nach Italien wollten. „Wenn Italien uns ruft, dann antworten wir", verkündete er bei der Pressekonferenz mit Meloni im November 2023. „Wir sind dazu verpflichtet, immer zu reagieren und da zu sein, wann immer wir können. In diesem Fall geht es darum, bei der Bewältigung einer schwierigen Situation für Italien zu helfen", so Rama.[10] In einem Interview mit dem ZDF bemerkte Albaniens Ministerpräsident außerdem süffisant: „Italiener sind Albaner, die Versace tragen. Uns trennt zwar das Meer und auch die Geschichte. Aber wir sind vom gleichen Schlag."[11]

Ist das wirklich der Grund, warum man seinem Nachbarland derart weitreichende Kompetenzen überlässt? Die Albaner geben mit dem Migrationsdeal einen Teil ihrer staatlichen Souveränität ab. Das zeigt sich bei einem Treffen mit Sander Marashi, dem Direktor des Hafens von Shëngjin im Mai 2024. Das Areal hat nichts vom Urlaubsflair der Promenade ein paar Hundert Meter weiter nebenan. Am Pier rosten die Boote im öligen Wasser vor sich hin, am Ufer liegt Plastikmüll. Marashi zählt in seinem Büro die Hauptexportgüter seines Hafens auf: Schrott, Schotter und Baumaterialien. Dann führt er über das Gelände und an einem Gitterzaun vorbei, hinter dem weiße Container stehen. Wenn alles fertig gebaut ist, sollen die italienischen Flüchtlingslager ein Drittel der Hafenfläche belegen. „Wenn ich diesen Teil betreten will, brauche ich eine

Genehmigung von den italienischen Behörden", sagt Marashi. Er ist also, wenn man so will, nicht mehr der Chef im eigenen Haus. Das scheint ihn aber nicht weiter zu stören: „Albanien ist ein kleines Land. Aber wir haben ein offenes Herz und wir wollen Italien dabei helfen, ihr Migrationsproblem zu lösen."[12]

Was erhofft sich Albanien von dem Deal? Geht es Rama um eine Beschleunigung des EU-Beitrittsprozesses? Meloni jedenfalls macht bereits Werbung für Albaniens Mitgliedschaft. Das Land habe gezeigt, dass es „nicht nur ein Freund Italiens, sondern auch ein Freund der Europäischen Union" sei.[13] Albanien sei noch kein Mitglied, verhalte sich aber „de facto" bereits wie eines. Arilda Leshi, eine albanische Aktivistin, die Proteste gegen die Flüchtlingslager organisiert hat und für einen oppositionellen Abgeordneten im Parlament tätig war, kann darüber nur den Kopf schütteln. „Es gibt klare Kriterien, um der EU beizutreten. In keinem davon steht, dass man Migranten aufnehmen muss", sagt sie im Gespräch. Vielmehr gelte es für Albanien, Reformen in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaat umzusetzen.

Um zu verstehen, wie Albanien und andere Staaten des westlichen Balkans so zentral für die europäische Flüchtlingspolitik geworden sind, muss man jedoch etwas weiter ausholen und einen Blick in die Vergangenheit werfen: in das Jahr 2015.

Sommer 2015: „Wir schaffen das"

In Deutschland herrschte im Sommer und Herbst 2015 eine Stimmung, die aus heutiger Sicht wie ein singulärer Moment der Humanität und Solidarität anmutet. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel machte Selfies mit Geflüchteten, die *Bild*-Zeitung rief in der Kampagne #refugeeswelcome zu Hilfe für Ankommende auf, die rechtsradikale Alternative für Deutschland (AfD) saß noch nicht im Deutschen Bundestag und an den deutschen Hauptbahnhöfen versammelten sich Tausende Menschen, um Kriegsflüchtlinge aus Syrien willkommen zu heißen. Schon damals begründete Angela Merkel ihre Entscheidung, die deutschen Grenzen nicht zu schließen, auch damit, dass andernfalls Instabilität in Europa und vor allem auf dem Balkan drohe. Am 31. August 2015 sagte Merkel bei der Bundespressekonferenz einen Satz, der prägend für ihre gesamte Amtszeit wurde: „Wir schaffen das." Was die damalige Bundeskanzlerin kurz nach diesen berühmt gewordenen Worten sagte, geriet allerdings schnell in Vergessenheit. Sie warnte eindringlich davor, dass dieses Thema zum Sprengstoff für die europäische Einigung werden könne, dass man den Staaten des westlichen

Balkans eine Perspektive eröffnen müsse und dass weder das Durchwinken auf der Balkanroute noch der Bau von Zäunen eine „zufriedenstellende Situation" darstelle. Zudem bezeichnete Merkel Serbien und Mazedonien als „Leidtragende" eines dysfunktionalen Asylsystems in der Europäischen Union.[14]

Angela Merkel hatte den westlichen Balkan bei der Pressekonferenz wohl auch deshalb im Blick, weil sie fünf Tage zuvor bei der Westbalkan-Konferenz in Wien zu Gast war. Ein Fußballspiel sollte am Abend des 26. August der ganzen Welt zeigen, dass sich die Beziehungen zwischen den Staaten der Region normalisieren. In der Generali-Arena des FK Austria Wien kam es zu einem Match zwischen dem „FC Future EU" – einer Auswahl von Regierungspolitikern aus den Westbalkanstaaten – und dem „FC EU", dem führende Politiker aus Österreich und Slowenien angehörten. Die Westbalkanauswahl gewann mit 4:2, auch dank zweier Tore des damaligen mazedonischen Premierministers Nikola Gruevski.[15] Der große Fan von Roter Stern Belgrad Aleksandar Vučić und der Ex-Basketballnationalspieler Edi Rama spielten nicht mit – warum ist nicht bekannt.

Auf der Westbalkan-Konferenz 2015 einigten sich Bosnien-Herzegowina und Montenegro in einem Vertrag auf die Grenzziehung zwischen beiden Staaten, und auch Serbien und der Kosovo legten mit einem Abkommen den Grundstein für die Normalisierung ihrer Beziehungen. Außerdem wurde ein



Österreichs Außenminister Sebastian Kurz (r.) und Hashim Thaçi, damaliger Außenminister und Vizepremier Kosovos, beim Spiel „FC Future EU" gegen „FC EU" am Rande der Westbalkan-Konferenz im August 2015 in Wien

616 Millionen Euro schweres Paket für den westlichen Balkan beschlossen und künftige Investitionen in Transportwesen und Energie als Schwerpunkt festgelegt. Doch all dies kam in der Medienberichterstattung nur noch am Rande vor, denn am Morgen des 27. August schlug eine Nachricht auf der Konferenz ein, die das ganze Treffen überschattete.

Nur 50 Kilometer von der Wiener Hofburg, dem Austragungsort der Konferenz, entfernt entdeckte die österreichische Polizei auf der A4 bei Parndorf einen Kühllastwagen mit 71 toten Geflüchteten.[16] 59 Männer, acht Frauen und vier Kinder waren im luftdichten Raum des 7,5 Tonnen schweren Lkw erstickt. Vier Haupttäter aus der Schlepperbande wurden später in Ungarn zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt – wegen Mordes unter besonders grausamen Umständen, da sie das Ersticken bemerkt hatten, aber nicht eingeschritten waren. Gegen zehn weitere Beschuldigte wurden Gefängnisstrafen von drei bis zwölf Jahren verhängt. Später veröffentlichten die Investigativressorts von WDR, NDR und *Süddeutscher Zeitung* eine gemeinsame Recherche, die belegte, dass die ungarische Polizei die Telefone der Schlepper vor dem Unglück abgehört hatte und die Katastrophe durch ein rechtzeitiges Einschreiten hätte verhindern können.[17]

71 Tote auf der Flucht. Das waren Dimensionen, die man von Unglücken auf dem Mittelmeer kannte, nicht aber von einer Autobahn in Österreich. Von hier an bestimmte die sogenannte Balkanroute die Berichterstattung – und auch die Politik der EU-Staaten. Innerhalb der Staatengemeinschaft wurden Deutschland und Österreich zu Hauptaufnahmeländern von syrischen Kriegsflüchtlingen.

Merkel gegen Kurz

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der österreichische Außenminister Sebastian Kurz verfolgten dabei ab Herbst 2015 zwei unterschiedliche Ansätze, um die Zahl der Ankünfte über diese Route zu verringern. Angela Merkel plädierte für eine europäische Lösung und warnte vor nationalen Alleingängen. Sie betonte, dass das Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kenne und die Staaten Europas untereinander solidarisch handeln müssten. Ihre Strategie setzte auf einen Deal zwischen der Türkei und der EU, um die Zahl der Ankünfte in der EU zu senken. Als Architekt des sogenannten EU-Türkei-Deals gilt der österreichische Migrationsforscher Gerald Knaus.

An einem Februarmorgen im Jahr 2025 sitzt Knaus in einer Bio-Bäckerei mit Café in Berlin-Treptow, unweit des Standorts der ehemaligen Mauer, die

über Jahrzehnte die Stadt teilte. Er schreibt an seinem neuen Buch *Welches Europa brauchen wir?* und wird dabei oft von Anrufen unterbrochen, in denen er über die großen Fragen der Weltpolitik spricht. Trump und Musk, Studierendenproteste in Serbien, Koalitionsgespräche in Österreich. Vor ihm ein Stapel Bücher, ganz oben liegt George Orwells *1984*. Im September 2015 hatte sein Thinktank „Europäische Stabilitätsinitiative" (ESI) ein Papier veröffentlicht, das er so zusammenfasst: „Unser Vorschlag war, einen Stichtag einzuführen, ab dem alle, die über die Türkei rüberkommen, zurückgeschickt werden. Gleichzeitig sollten Menschen aus der Türkei über ein geordnetes Resettlement-Programm aufgenommen werden." Die Idee: Statt die eigenen Grenzen abzuschotten, arbeitet man mit Drittstaaten an den Außengrenzen der EU zusammen, um Kontrolle über die Ankunftszahlen von Geflüchteten zurückzugewinnen. Knaus beschreibt das Papier als Antwort auf den Versuch des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, die Lage zu nutzen, um die liberalen Demokratien in Europa mit dem Thema Migration und Angst vor Muslimen zu erschüttern; aber auch als Antwort auf die Nachricht vom Tod des zweijährigen syrischen Jungen Alan Kurdi, der leblos am Strand von Bodrum an der türkischen Mittelmeerküste



Löste weltweit Mitgefühl und Empörung aus: das Bild des ertrunkenen syrischen Jungen Alan Kurdi. Hier arbeitet der indische Sandkünstler Sudarsan Pattnaik an einer Skulptur zum Andenken an Kurdi, 4. September 2015.

gefunden worden war – ein Bild, das damals um die Welt ging. Knaus Vorschlag sollte verhindern, dass Menschen in Boote steigen und so ihr Leben riskieren. In Angela Merkels Biografie *Freiheit* wird Gerald Knaus nicht erwähnt und es ist umstritten, wie genau Angela Merkel zu ihrem Standpunkt kam. Fakt ist, dass Angela Merkel ab Oktober 2015 öffentlich das Modell von Knaus vertrat und sich für einen Deal mit der Türkei einsetzte.

In Wien verfolgte der damals 29-jährige Außenminister Sebastian Kurz eine andere Strategie. Für ihn wurde eine restriktive Flüchtlingspolitik unter dem Motto „Schließung der Balkanroute" zum Markenzeichen – ein Projekt, das er über Jahre hinweg verfolgte. Gerald Knaus, selbst Österreicher, sagt: „Ohne das Thema wäre Sebastian Kurz niemals Bundeskanzler geworden. Keine Chance." Kurz warb für Grenzzäune und „Hotspots" auf Inseln wie Lesbos, was der damalige Bürgermeister von Lesbos, Spyros Galinos, als „Kriegserklärung" bezeichnete und keinesfalls hinnehmen wollte.[18] Sebastian Kurz setzte außerdem auf Verbündete aus dem Westbalkan, vor allem auf den zunehmend autoritär regierenden Nikola Gruevski in Mazedonien. Im November 2016 reiste der österreichische Außenminister nach Skopje und machte Wahlkampf für den Ministerpräsidenten, obwohl sich auch in Wien und in Brüssel längst rumgesprochen hatte, dass Gruevski zunehmend autoritär regierte und dabei war, Demokratie und Rechtsstaat auszuhöhlen (siehe Kap. 3.1). In seiner Rede warb Kurz nicht nur für Gruevski, er sagte auch ganz offen, wofür er ihm dankbar sei: die Schließung der Grenze zu Griechenland mit einem Zaun im März 2016, was zu einer Senkung der Ankunftszahlen geführt habe: „Ohne eure Regierung wäre die Westbalkanrouten-Schließung nicht möglich gewesen."[19] Zuvor hatte Kurz für die Schließung eben dieser Grenze lobbyiert. In Skopje selbst beschwerten sich einige über die mangelnde Anerkennung seitens der EU, weil zwar viel über den EU-Türkei-Deal, aber wenig darüber gesprochen werde, dass Mazedonien die Grenze zu Griechenland physisch dicht gemacht habe – also zu jenem EU-Land, in dem mit Abstand die meisten geflüchteten Menschen ankamen und anschließend über die sogenannte Balkanroute in EU-Länder wie Österreich und Deutschland gelangten.

Gerald Knaus widerspricht Sebastian Kurz' Erzählung: „Der Grenzzaun von Mazedonien zu Griechenland hat die Balkanroute nicht geschlossen und ohne die Zusammenarbeit mit der Türkei wäre das noch viel offensichtlicher geworden." Stattdessen macht Knaus darauf aufmerksam, dass Kurz eigentlich eine andere Strategie vertreten habe: „Er wollte die Balkanstaaten die Drecksarbeit machen lassen und setzte auf illegale Pushbacks. Eine Politik, die auf

permanenten Rechtsbruch setzt." Sebastian Kurz näherte sich inhaltlich der rechtspopulistischen FPÖ an und warb innerhalb der ÖVP mit seinem vermeintlichen Beitrag zur Schließung der Balkanroute um Unterstützung. Im Juli 2017 wurde Kurz schließlich zum Parteivorsitzenden gewählt, woraufhin er die ÖVP ganz auf seine Person ausrichtete und selbst die Parteifarben von Schwarz zu Türkis ändern ließ. Bei der Parlamentswahl im Oktober 2017 stand nicht mehr die Österreichische Volkspartei auf dem Wahlzettel, sondern die „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei". 31,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben ihr ihre Stimme und Sebastian Kurz koalierte mit der in Teilen rechtsextremen FPÖ, obwohl es auch mit den Sozialdemokraten für eine komfortable Regierungsmehrheit gereicht hätte.

Zu Beginn des Jahres 2016 konkurrierten also die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Außenminister Sebastian Kurz darum, welcher Kurs sich hinsichtlich der Balkanroute durchsetzen – und damit auch, wer in Zukunft die EU-Flüchtlingspolitik bestimmen – würde.[20] Merkel setzte auf gemeinsame europäische Lösungen, Zusammenarbeit mit Drittstaaten und die Wahrung des Grundrechts auf Asyl. Kurz sah in nationalen Alleingängen, Pushbacks und neuen Zäunen die Lösung. Merkels Ansatz beachtete einerseits deutlich stärker humanitäre Belange, brachte anderseits aber auch das Problem mit sich, dass man an den europäischen Außengrenzen mit Autokraten kooperieren musste und sich von diesen erpressbar machte. Auf die Frage, welcher der beiden Ansätze sich durchgesetzt habe, antwortet Gerald Knaus knapp zehn Jahre später. „Wir haben heute kein einziges funktionierendes EU-Abkommen mit einem Drittstaat, aber täglich Pushbacks an den Grenzen."

Der Balkan wird zur Hauptroute

Bis 2014 galten die Westbalkanstaaten vor allem als bedeutende Herkunftsregion von Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen. Noch im Jahr 2014 befanden sich Serbien, Albanien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien allesamt in den Top Ten der Hauptherkunftsländer. Serbien war sogar auf Rang zwei, direkt hinter Syrien. Von den 173 072 Erstanträgen kamen dabei knapp 44 800 aus den Westbalkanstaaten – etwas mehr als ein Viertel.[21] Die damalige Bundesregierung begann, rigide gegen die hohe Zahl an Antragstellern aus der Region vorzugehen. Unter diesen befanden sich auch viele Roma, die in ihren Herkunftsländern Diskriminierungen ausgesetzt sind (siehe Kap. 11). Im Sommer 2015 verwandelte sich der westliche Balkan dann



Von Geflüchteten abgestreifte Rettungswesten am Strand der griechischen Insel Lesbos, Oktober 2015

von einem der größten Herkunftsregionen von Schutzsuchenden zur größten Transitzone von Schutzsuchenden aus anderen Regionen – vor allem aus dem Bürgerkriegsland Syrien.

Die Route verlief über das türkische Festland bis zur Westküste, wo viele in überfüllten Schlauchbooten auf die griechischen Inseln gelangten, vor allem nach Lesbos, Chios, Kos, Samos und Leros. Davon zeugen die Pressefotos aus jener Zeit. Sie zeigen riesige Müllhalden, auf denen unzählige rote und orange Rettungswesten zu sehen sind, abgestreift von jenen Menschen, die es in die EU geschafft haben. Nach ihrer Ankunft wurden sie registriert und auf das griechische Festland gebracht. Griechenland konnte das Dublin-Abkommen – laut dem der Asylantrag in dem Land bearbeitet werden muss, in dem der Antragsteller in der EU ankommt – angesichts dieser Ankunftszahlen nicht mehr erfüllen. Die Geflüchteten machten sich vom griechischen Festland aus auf den Weg in andere europäische Staaten – Schweden, Österreich und insbesondere Deutschland waren wichtige Ziele.

Als das Scheitern des Dublin-Systems immer offensichtlicher wurde, kam aus Berlin die Forderung nach verbindlichen Quoten auf, die für eine gerechte Verteilung der Geflüchteten zwischen den EU-Staaten sorgen sollten. Bis dahin hatte sich die Bundesregierung recht zufrieden mit dem Dublin-System gezeigt, das die Herausforderungen im Wesentlichen den Staaten an den EU-Außengrenzen überlassen hat. Die Tatsache, dass die Geflüchteten nicht in Griechenland blieben und immer mehr von ihnen in Deutschland ankamen, führte zu einem Umdenken.

Von Griechenland aus machten sich die Menschen zunächst auf den Weg nach Mazedonien. Zum zentralen Punkt wurde der Grenzübergang zwischen dem griechischen Idomeni und der mazedonischen Stadt Gevgelija. Mazedonien sah sich nun mit der neuen Situation konfrontiert, dass täglich Tausende Menschen irregulär aus einem EU-Land einreisten. Als immer mehr Menschen an der Grenze standen, erlaubte die mazedonische Regierung ab Juni 2015 die Durchreise. Dabei starben mindestens 28 Geflüchtete, weil sie von Zügen erfasst wurden, davon 14 bei einem einzigen Unglück.[22] Das kleinste Land auf der Balkanroute zählte in diesem Zeitraum die meisten Toten. Der Grund: Viele Menschen orientierten sich auf ihrem Weg zur serbischen Grenze an den Zuggleisen – die Nutzung der Züge war ihnen zunächst jedoch nicht erlaubt. Die Regierung lenkte schließlich ein und erlaubte den Schutzsuchenden, den Zug zur serbischen Grenze zu nehmen. Durchaus zum wirtschaftlichen Vorteil der mazedonischen Staatsbahn: Während der reguläre Preis für eine Fahrt von Gevgelija an der griechischen Grenze nach Tabanovce an die serbische Grenze etwa sechs Euro betrug, wurde der Preis für die Menschen auf der Flucht erst



Einsatzkräfte der mazedonischen Polizei halten Flüchtende am 19. August 2015 an der Grenze zu Griechenland fest. Da es den Menschen anfangs untersagt wurde, den Zug bis an die serbische Grenze zu nehmen und sich viele von ihnen trotzdem an den Gleisen orientierten, kam es zu Unfällen mit mehren Toten.

auf zehn, später auf 25 Euro erhöht. Wie es zu dieser Entscheidung gekommen sei, was mit den Mehreinnahmen geplant sei und wie genau bei Kontrolle und Verkauf der Tickets zwischen Flüchtlingen und anderen Passagieren unterschieden werde, wurde auch nach mehrmaliger Anfrage nicht beantwortet.

Obwohl das „Durchwinken" funktionierte, erklärte die mazedonische Regierung schließlich den Notstand. Am 20. August 2015 rückte das Militär aus, um die Grenze zu Griechenland abzuschotten, und ging mit Tränengas, Blendgranaten und Schlagstöcken gegen die Ankommenden vor. Ein stichhaltiger Grund für die Gewalt war nicht auszumachen. Um eine endgültige Schließung der Grenze für Kriegsflüchtlinge schien es nicht zu gehen, denn diese war kurz nach dem Vorfall wieder offen. Es entstand der Eindruck, dass ein Notstand inszeniert wurde, der in Wahrheit nur dazu diente, die Aufmerksamkeit der EU-Regierungen zu gewinnen. Als der Einsatz gegen die Schutzsuchenden durchgeführt wurde, waren Serbien und Mazedonien rund 1,5 Millionen Euro zugesichert worden, um der Lage Herr zu werden[23] – angesichts der Situation eine mickrige Summe. Es ist wohl kein Zufall, dass die Situation an der Grenze nur wenige Tage vor der Westbalkan-Konferenz in Wien eskalierte. Die Nachricht kam in Berlin, Wien und Brüssel an. Die Gelder wurden erhöht und Serbien wie Mazedonien tauchten in den Reden der wichtigsten Politiker nun regelmäßig auf – auch in Angela Merkels berühmter „Wir schaffen das"-Rede. Insbesondere der zunehmend autoritär regierende Nikola Gruevksi hatte einen Hebel gefunden, die EU-Politik in seinem Sinne zu beeinflussen. Wenige Monate später folgte dann der Wahlkampfbesuch von Sebastian Kurz in Mazedonien.

Die erste Station in Serbien war für viele Schutzsuchende die Grenzstadt Preševo. Die serbische Regierung verstand die Krise damals zunächst als humanitäre Katastrophe, bei der man zu helfen habe. Aleksandar Vučić – damals noch recht frisch im Amt des Ministerpräsidenten – inszenierte sich und seine Politik als „europäischer" als die der EU-Staaten und wurde dabei gefilmt, wie er Menschen auf der Flucht am Park in Nähe des Belgrader Hauptbahnhofs Mut zusprach und Flüchtlingskindern über den Kopf streichelte. Vučić brachte das Schicksal der Schutzsuchenden mit der Biografie vieler Serbinnen und Serben in Verbindung, die im Laufe des 20. Jahrhunderts auch mehrfach Opfer von Vertreibungen geworden seien. Die serbische Regierung betonte zudem, dass sie keinen Zaun errichten werde, um Geflüchtete davon abzuhalten, nach Serbien zu kommen. In einem Interview mit dem deutschen Sender Phoenix im September 2015 sprach sich Vučić für das von Deutschland geforderte Quotensystem aus und sagte: „Serbien ist auch bereit, wenn es sonst kein Land der EU

ist, einen Teil der Flüchtlinge dauerhaft aufzunehmen. Wir würden uns an dem Quotensystem beteiligen."[24] Mit dieser offenen Haltung, von der heute in Serbien nicht mehr viel übrig ist, kommunizierte man damals nach Brüssel, dass man bereit für eine baldige EU-Mitgliedschaft sei und sich schon viel konstruktiver verhalte als so mancher Mitgliedstaat.

Im Juni 2015 hatte Serbien zwar bereits die größte EU-Euphorie hinter sich, doch laut Umfrage des zuständigen Ministeriums sprachen sich immerhin noch 49 Prozent für und nur 28 Prozent gegen eine Mitgliedschaft aus.[25] Selbst in der vor Hetze gegen unliebsame Personengruppen ansonsten nicht zurückscheuenden regierungsnahen Boulevardpresse in Serbien fand sich zu dem Zeitpunkt keine negative Berichterstattung über die Flüchtenden. Wenn dann doch mal jemand gegen Schutzsuchende Stimmung machte, gab es aus diesen Medien teilweise sogar Gegenwind. So ernannte die Zeitung *Kurir* den Bürgermeister der Grenzstadt Kanjiža zum „Schwachkopf des Jahres", weil er gegen Flüchtlinge sei, obwohl doch seine Familie selbst 1956 aus Ungarn nach Jugoslawien hatte fliehen müssen.[26] Kanjiža ist ein Grenzort, in dem zum überwiegenden Teil Ungarn leben, die sich in ungarischen Medien informieren. Dort war die Stimmung eine ganz andere.



Serbiens Ministerpräsident Aleksandar Vučić begrüßt geflüchtete Kinder in Belgrad, 19. August 2015.

Neue Mauern in Europa

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán verfolgte von Beginn an eine strikte Politik gegenüber Flüchtenden, stellte die Menschen, die vor Assads Fassbomben flohen, als Gefahr für die christliche Identität Europas dar und verbreitete Verschwörungserzählungen, in deren Zentrum häufig der ungarischstämmige jüdisch-amerikanische Milliardär George Soros stand. Die ungarischen Medien, insbesondere die regierungsnahen, unterstützten diese Rhetorik, indem sie Geflüchtete als Gefahr für die nationale Sicherheit und die öffentliche Ordnung darstellten. Es gab in Ungarn – vor allem in der Hauptstadt Budapest – aber auch eine große zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich ehrenamtlich für Geflüchtete einsetzte. Doch in der Gesamtbevölkerung stellte eine solche humanistische Gesinnung eine Minderheitenmeinung dar. Die ungarische Regierung begann mit dem Bau eines 175 Kilometer langen Zauns nach Serbien, wofür sich die flache pannonische Tiefebene geografisch besonders gut eignete. Der Zaun wurde nach wenigen Monaten Bauzeit Mitte September 2015 fertiggestellt und läutete 26 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs einen neuen Boom für Grenzanlagen in Europa ein.

Nach Errichtung des Grenzzauns reisten die Flüchtenden weiterhin über Ungarn in westliche EU-Staaten – nur mussten sie fortan einen Umweg über Kroatien nehmen. Hier wurde der Bahnhof der kleinen Grenzstadt Tovarnik zum Zentrum der Ankommenden. Auch hier kam es erneut zu unwürdigen Zuständen, unter denen die Menschen litten. Die Lage vor Ort ähnelte dem, was man bereits aus Idomeni kannte. Am Bahnhof gab es so gut wie nichts, außer rund 4000 Menschen, die schnell weiterwollten und ohne Matten tagsüber auf dem von der Sonne erhitzten Asphalt saßen. Schattige Plätze gab es nur wenige. Nachts wurde es kalt. Wenn ein Zug kam, drängten sich die Menschen in die völlig überfüllten Waggons. Einmal beschlug das Glas mit feuchtem Kondensat, und in der trüben Schicht hinterließ ein Flüchtender mit zitternden Fingern das Zeichen „O_2“ – ein stummer Hilferuf, weil die Luft zum Atmen kaum reichte. Der überfüllte Zug kam nach wenigen Metern wieder zum Stehen. Doch trotz der Enge wollte kaum jemand aussteigen. Zu groß war die Angst, in Ostslawonien stecken zu bleiben und nicht weiter ins Zielland zu gelangen.[27]

Diese Situation fiel in Kroatien mitten in den Wahlkampf für die Parlamentswahlen. Die Mitte-links-Regierung des damaligen Premierministers (und heutigen Präsidenten) Zoran Milanović versuchte, mit populistischer Rhetorik zu punkten, und stellte dafür die Beziehungen zu mehreren Nachbarländern auf

die Probe. Zu Serbien ließ man die Grenze auch für den Güterverkehr schließen, was zu kilometerlangen Lkw-Schlangen führte. Fahrer blieben teilweise tagelang im Stau stecken und konnten weder vor noch zurück. Aus Ungarn gab es Beschwerden, weil die kroatische Regierung die Flüchtenden mit Zügen und Bussen direkt an die ungarische Grenze brachte. Diese konterte mit dem Hinweis, dass der ungarische Grenzzaun zu Serbien auch kein Zeichen europäischer Solidarität sei. Zugleich kritisierte die kroatische Regierung wiederum Serbien dafür, dass es Flüchtende an die kroatische Grenze weiterleitete.[28] Zum Sieg geführt hat der Populismus Milanovićs in diesem Wahlkampf – im Gegensatz zu späteren Präsidentschaftswahlkämpfen (siehe Kap. 8.1) – allerdings nicht. Sein sozialdemokratisches Bündnis verlor die Wahl knapp gegen die rechtskonservative HDZ.

Einen Monat nachdem der kleine Bahnhof in Tovarnik weltweit in die Schlagzeilen geraten war, verschwand er wieder von der öffentlichen Bildfläche. Die Lage hatte sich nochmals grundsätzlich gewandelt. Slowenien war im



Menschen versuchen verzweifelt, in die Züge zu kommen, um die kroatische Grenzstadt Tovarnik in Richtung Zagreb zu verlassen, 20. September 2015.



Am 23. Oktober 2015 eskortiert die slowenische Polizei Geflüchtete von der kroatisch-slowenischen Grenze zum Lager Brežice. An diesem Tag treffen rund 14 000 Menschen in Slowenien ein.

Oktober über Nacht zum Transitland für Menschen auf der Flucht geworden, nachdem Ungarn nun auch einen Grenzzaun zu Kroatien gebaut hatte. Die Nachrichten über den Bau des Grenzzauns und mögliche weitere Grenzschließungen auf der Balkanroute schürten eine Torschlusspanik. Viele Flüchtende versuchten, ihre Zielländer schnell noch vor Wintereinbruch zu erreichen. Der Rekordwert wurde am 23. Oktober 2015 erreicht: Rund 14 000 Menschen kamen an einem einzigen Tag in Slowenien an – einem Land mit gerade einmal zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Überforderung der slowenischen Polizei war riesig. Pensionierte Beamte wurden in den Dienst zurückgeholt und das Militär zur Unterstützung herangezogen. Trotz dieser Maßnahmen konnten die Behörden die Situation in den ersten Tagen kaum bewältigen. Die Grenze zwischen Kroatien und Slowenien erstreckt sich über 670 Kilometer. Ein Polizist beschrieb die Lage verzweifelt: „Es kommen jeden Tag Tausende. Wir wissen nicht mehr, was wir tun sollen.“[29]

Es war absehbar, wohin sich die Route verschieben würde, sobald der Grenzzaun von Ungarn nach Kroatien fertiggestellt ist. Angemessen vorbereitet hatte man sich in Slowenien darauf aber nicht. An der Grenze wurden nun Tausende Menschen festgehalten – vor allem damit in der Zwischenzeit die für die Weiterreise nach Österreich nötige Infrastruktur herbeigeschafft werden



Turnhalle in Dobova (Slowenien) im Oktober 2015. Da die Behörden sich weigern, die Geflüchteten dezentral und außerhalb des Grenzgebiets unterzubringen, müssen die Ankommenden draußen schlafen oder dürfen – wenn sie mit Familien unterwegs sind – in der Turnhalle übernachten.

konnte. Allerdings kam unter Flüchtenden Panik auf, weil ihnen niemand erklärt hatte, dass sie nur kurze Zeit in eingezäunten Bereichen im Freien bleiben sollten. Es waren Tage voller Missverständnisse. Weil es an Unterkünften fehlte, mussten viele Menschen draußen in der Kälte bei teilweise nur vier Grad auf matschigem Boden schlafen. Doch auch in den Unterkünften war die Lage nicht viel besser. In Brežice, nahe der kroatischen Grenze, warteten rund 2 000 Menschen in einem überfüllten Lager. In Dobova wurde eine alte Turnhalle notdürftig als Erstaufnahmezentrum genutzt. Eine Mitarbeiterin des Roten Kreuzes beschrieb die Zustände dort mit den Worten: „Wenn ihr die Hölle sehen wollt – dort drinnen ist sie.“[30] Es mangelte an Platz und die hygienischen Bedingungen waren furchtbar. Und das alles, obwohl es in Slowenien viel mehr Platz gegeben hätte. Doch die slowenische Regierung weigerte sich, die Menschen ins Landesinnere zu bringen.

Während sich die slowenischen Behörden überfordert zeigten, wuchs die politische Uneinigkeit in der Region weiter an. Slowenien warf Kroatien vor, zu viele Menschen unkontrolliert weiterzuleiten. Kroatien wiederum gab Serbien die Schuld, weil es die Geflüchteten einfach an die Grenze transportierte. Alle zusammen kritisierten Griechenland, das sich nicht an das Dublin-Abkommen halte und die Menschen einfach weiterziehen lasse. Die slowenische Regierung

forderte von Kroatien, die Grenzübergänge auf maximal 2 500 Personen pro Tag zu beschränken. Doch der kroatische Innenminister lehnte dies mit dem Hinweis ab, dass es in Österreich und Deutschland auch keine Begrenzungen gebe und Kroatien auf so einen Rückstau nicht adäquat reagieren könne.[31] Ähnlich argumentierten auch andere Staaten. Die Lage war nur dank des Einsatzes vieler freiwilliger Helferinnen und Helfer nicht noch viel schlimmer. Sie kamen aus ganz Europa, um Wasser, Essen und warme Decken zu verteilen. Ohne sie wäre die Versorgung wohl zusammengebrochen. Dass der slowenische Katastrophenschutz aus „Hygienegründen" zeitweise die Verteilung warmer Mahlzeiten untersagte, war angesichts des Staatsversagens in dieser Situation nur noch zynisch.

Der Grenzzaun von Ungarn nach Kroatien veränderte auch die Lage in Österreich. Statt im Grenzort Nickelsdorf an der ungarischen Grenze, kamen die meisten Menschen nun in Spielfeld an der slowenischen Grenze an. Die damalige österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) besuchte Spielfeld und forderte den „Ausbau der Festung Europa".[32] Diese Route von Griechenland bis Österreich blieb bis zum Frühjahr 2016 besonders frequentiert, danach gingen die Zahlen herunter. Migrationsexperte Gerald Knaus sagt rückblickend im Gespräch: „Die Balkanroute war nie wirklich geschlossen. Es gibt immer noch Menschen, die es über die Route schaffen. Die Zahlen sind aber ab März 2016 wegen des EU-Türkei-Abkommens deutlich gesunken." Ein weiterer, etwas banalerer Grund dafür, dass weniger Menschen aus Syrien flohen, war der, dass viele, die das wollten, bereits geflohen waren.

Hotspots und Elendslager

Als die Politik des Durchwinkens auf der sogenannten Balkanroute vorbei war, begannen sich an mehreren Orten zu verschiedenen Zeiten Rückstaus und „Hotspots" zu bilden – also Orte, an denen besonders viele Menschen strandeten. Der Brand des völlig überfüllten Lagers Moria auf der griechischen Insel Lesbos im September 2020 wurde zum Symbol des Versagens der europäischen Flüchtlingspolitik. Dabei hatte sich bereits im Winter 2016/17 auf dem Balkan eines der größten informellen Flüchtlingslager Europas gebildet. In verfallenen Lagerhallen hinter dem Busbahnhof in Belgrad lebten bis zu 1 500 Menschen, vor allem Männer aus Afghanistan, unter unwürdigsten Bedingungen – ohne sanitäre Anlagen und bei eisigen Temperaturen. Sie wuschen sich, teils bei Minustemperaturen, in ihrer Unterwäsche im Freien. Wasser erwärmten die Männer, indem sie





Winter 2016/17: In den Baracken am Belgrader Busbahnhof gab es weder sanitäre Einrichtungen noch fließendes Wasser. Die Geflüchteten behalfen sich, indem sie Wasser in alten Metallfässern auf einem Feuer erhitzten.

es in alte Metallfässer füllten und auf einem Holzfeuer erhitzten. Alte Balken aus den Schienenanlagen neben dem Gelände wurden zu Feuerholz verarbeitet. In den Gebäuden konnte man kaum etwas sehen, so sehr stand der beißende Rauch in der Luft. Manche Flüchtlinge lebten hier monatelang. Unter den Bewohnern waren auch viele Kinder, die jüngsten noch keine zehn Jahre alt.

Von der anfänglichen Gastfreundschaft Serbiens war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr viel übrig geblieben. Die serbische Regierung schien die Situation bewusst prekär zu halten, um die Menschen auf der Flucht zu einer schnellen Weiterreise zu motivieren und mit der humanitären Lage Druck auf die EU auszuüben. So als wolle man damit klar kommunizieren, dass Serbien sich nicht als Drittstaat eigne, um dort möglichst viele Geflüchtete unterzubringen.[33] Für diese Interpretation spricht auch, dass die serbische Polizei kaum gegen die Schlepper vorging, die in Belgrad, aber auch in der Stadt Subotica nahe der ungarischen Grenze ganz offen ihre Dienste anpriesen.

Den Titel als elendigstes aller Elendslager auf der Balkanroute hat sich jedoch das Flüchtlingslager Vučjak nahe der Stadt Bihać in Bosnien-Herzegowina „verdient". Hier wurden Hunderte Menschen auf eine ehemalige Mülldeponie ins Nirgendwo gezwungen – keine fünf Kilometer Luftlinie von der kroatischen Grenze und somit von der EU entfernt. Zeitweise hausten hier bis zu 1 000 Männer und Jugendliche unter katastrophalen Bedingungen, ohne Strom, fließendes Wasser oder medizinische Versorgung. Internationale Organisationen verweigerten die Anerkennung des Lagers, da es nicht den Mindeststandards entsprach. Entstanden war es, weil Zehntausende Geflüchtete über Bihać und Umgebung in die EU reisen wollten, sich an der Grenze zu Kroatien aber ein Rückstau bildete, da die kroatischen Behörden systematisch Pushbacks durchführten, also Flüchtende – oftmals gewaltsam – nach Bosnien zurückwiesen.

Auf Druck der EU und des Europarats wurde das Lager im Winter 2019 geschlossen. Im Frühjahr 2020 finanzierte die EU dann ein neues Lager nahe der bosnischen Stadt Lipa mit. Abgelegen in den Bergen – nicht weit von der kroatischen Grenze entfernt –, verfügte es kaum über ausreichende Infrastruktur. Ursprünglich war es als Notlösung gedacht, doch es entwickelte sich zu einem dauerhaften Lager unter prekären Bedingungen. Im Dezember 2020 brannte Lipa vollständig nieder. Hunderte Menschen blieben ohne Schutz bei eisigen Temperaturen.[34] Trotz internationaler Kritik wurde es später wieder errichtet, während Pushbacks und Gewalt an der Grenze andauerten.

Ein besonders perfides Muster der Pushbacks ist, dass Menschen oft nicht in das Land zurückgedrängt werden, aus dem sie gekommen sind, sondern auf

komplizierten Wegen woandershin gebracht werden. So gibt es Berichte, dass Personen, die ursprünglich aus Serbien nach Kroatien gekommen waren, nach Bosnien gebracht wurden. Auf diese Weise wird Verantwortung hin- und hergeschoben, während die Geflüchteten unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern oder auf der Straße stranden. Ein Fall, der auf skurrile Weise den Rassismus und die Brutalität dieses Vorgehens aufzeigt, ereignete sich im Winter 2019. Kroatische Polizisten nahmen zwei junge Männer aus Nigeria in Zagreb fest und zwangen sie laut Angaben der beiden Männer mit gezogener Schusswaffe über die Grenze nach Bosnien-Herzegowina. Dabei waren Eboh Kenneth Chinedu und Abia Uchenna Alexandro nach Kroatien gekommen, um in Pula als Teil einer nigerianischen Studentenauswahl an einem universitären Tischtennisturnier teilzunehmen. Bei einem Besuch in der Hauptstadt Zagreb wurden die beiden von der Polizei verschleppt und mit anderen in einem Van an die bosnische Grenze gebracht, wo sie unter Androhung von Gewalt die Grenze nach Bosnien übertreten sollten. So landeten zwei nigerianische Studenten in einem bosnischen Flüchtlingslager, obwohl sie sich völlig legal in Kroatien aufhielten. Nach einem öffentlichen Aufschrei klärte sich der Fall und die beiden konnten nach Nigeria zurückkehren.[35]

Systematischer Rechtsbruch an der Grenze

Zahlreiche NGOs,[36] internationale Organisationen, investigative Journalistinnen[37] und das Anti-Folter-Komitee[38] des Europarats haben detaillierte Berichte über die brutalen und systematischen Pushbacks an der kroatischen Außengrenze veröffentlicht. Geflüchtete berichteten von Schlägen, dem Einsatz von Polizeihunden, Demütigungen, sexualisierter Gewalt sowie der Zerstörung persönlicher Gegenstände. Manche wurden gezwungen, sich nackt auszuziehen, bevor sie über die Grenze zurückgeschickt wurden. Besonders erschreckend ist, dass selbst Familien mit Kindern und unbegleitete Minderjährige betroffen waren. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Kroatien bereits wegen solcher Pushbacks verurteilt. Konkret geschah dies im Fall der afghanischen Familie Hussiny, deren sechsjähriges Kind Madina bei einem solchen Pushback ums Leben kam.[39] Dennoch geht die Praxis weiter, da es kaum Konsequenzen für die Verantwortlichen gibt.

Ernüchternd ist die Reaktion der EU-Kommission auf diesen täglichen Rechtsbruch. Wenn Fälle bekannt werden, zeigt sich die Kommission „besorgt“, allerdings wurde bisher weder der systematische Charakter des Rechtsbruchs

anerkannt, noch wurden effektive Maßnahmen ergriffen, um diese zu sanktionieren. Interne E-Mails der Europäischen Kommission belegen, dass Beamte sogar zu vertuschen versuchten, dass Kroatien bereitgestellte Mittel zur Überwachung der Grenzpolizei nicht korrekt eingesetzt hatte. Ein Menschenrechts-Monitoring war eigentlich Bedingung für die EU-Gelder, doch die EU-Beamten hielten bewusst Informationen zurück, weil dies „als Skandal wahrgenommen" werden könnte.[40] Trotz aller Versprechungen existiert bis heute keine funktionierende Kontrolle des Verhaltens von Einsatzkräften an der kroatischen Außengrenze und die Pushbacks gehen weiter. Kroatien erhält weiter EU-Mittel für den Grenzschutz, womit europäische Steuergelder weiter für schwere Menschenrechtsverletzungen ausgegeben werden.

Kroatien ist am 1. Januar 2023 dem Schengen-Raum beigetreten. Seitdem entfallen die Grenzkontrollen an den Landes- und Seegrenzen zu anderen Schengen-Staaten. Gleichzeitig ist belegt, dass Kroatien systematisch gegen Artikel 4 des Schengener Grenzkodex verstößt, der besagt, dass Schengen-Mitglieder die Grundrechtecharta der EU und die Genfer Flüchtlingskonvention einhalten müssen. Während die EU-Kommission in offiziellen Reden und Papieren die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und europäischen Werten betonte und sich „besorgt" über Pushbacks und massive Gewalt äußerte, waren die tatsächlichen Machtverhältnisse andere: Von Kroatien wurde genau das erwartet – Menschen mit allen Mitteln von der Einreise abzuhalten –, um in den Schengen-Club aufgenommen zu werden. Die Pushbacks, nicht nur durch Kroatien, sind Teil einer breiteren Abschreckungsstrategie der EU, die Länder an ihren Außengrenzen dazu bringen soll, die „Drecksarbeit" zu erledigen und Migration mit Gewalt zu verhindern.

Wie wenig das alles noch mit Recht und Gesetz zu tun hatte, belegt der Umgang mit einem konkreten Fall von massiver Gewalt, der an der kroatischen Grenze dokumentiert wurde. Der *Spiegel*, das ARD-Magazin „Monitor", das SRF und weitere internationale Medien veröffentlichten im Oktober 2021 ein Video, auf dem zu sehen ist, wie vier maskierte kroatische Polizisten Foltermethoden anwendeten. Sie zwangen Geflüchtete, in Richtung Bosnien zu rennen, und prügelten im Lauf noch mit einem Schlagstock auf sie ein.[41] Erst nach massivem Druck suspendierte die kroatische Polizei für kurze Zeit drei Polizisten vom Dienst – obwohl auf dem Video vier zu sehen und noch weitere zu hören sind.[42] Statt die Pushbacks daraufhin zu beenden, erhielten die kroatischen Beamten – so das Ergebnis investigativer Recherchen – eine Anleitung für deren Durchführung. Darin wurde beispielsweise empfohlen, die Umgebung



Ankunft der ersten Asylsuchenden im Lager in Shëngjin im Zuge des Italien-Albanien-Abkommens am 16. Oktober 2024. Wenig später mussten sie aufgrund von Gerichtsentscheidungen zurück nach Italien gebracht werden.

nach Kameras abzusuchen, damit man nicht mehr in Aktion gefilmt werde.[43] Die suspendierten Polizisten konnten wenig später in den Dienst zurückkehren. Im Februar 2025 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen sie endgültig ein, weil es „keinen begründeten Verdacht" gebe, dass sie Straftaten begangen hätten.[44] Selbst der Videobeweis genügte dafür scheinbar nicht.

Leere Camps: Ist Melonis Abkommen tot?

Während Pushbacks europarechtlich ganz klar illegal sind, sind Italiens Flüchtlingslager im Drittland Albanien juristisch umstritten. Auch wenn Gerichte dem Experiment vorerst einen Strich durch die Rechnung gemacht haben, steht Ministerpräsidentin Meloni wie eine Gewinnerin da. Sie kann sich als eine Politikerin inszenieren, die alles dafür tut, damit weniger Geflüchtete nach Italien kommen. Im März 2025 wurden die Camps in ein Rückführungszentrum umgewandelt. Der Unterschied zum ursprünglichen Plan: Jetzt sollen dort erst einmal nur Menschen hinkommen, deren Asylgesuch in Italien bereits abgelehnt wurde.

Aleksandar Preka, der inoffizielle Bürgermeister des albanischen Örtchens Gjadër, stört sich nicht an dem Rummel in seinem Dorf. Sein Laden liegt etwa zehn Minuten Fußmarsch vom Flüchtlingslager entfernt. Er fragt sich: Was hat

mein Dorf davon? Bereits in der Bauphase hätten die Bewohner profitiert: Sie konnten auf der Baustelle anheuern, wo Gehälter von 800 Euro und mehr bezahlt wurden. Die Diaspora wiederum vermietete ihre leer stehenden Häuser an das von außen kommende Baupersonal. Es gab eine steigende Nachfrage nach Lebensmitteln, wovon Preka, der Supermarktbesitzer, profitierte.

Und dann wäre da noch die Geschichte mit dem italienischen Botschafter. „Er war hier im Dorf und er hat zu mir gesagt, dass Italien in Gjadër investieren wird und es in fünf Jahren so schön wird wie ein Dorf in Italien", erinnert sich Preka an einem Januarabend bei Kerzenlicht in seinem Laden. Seitdem tritt Aleksandar Preka entschieden für das Projekt ein. Die Internetverbindung sei bereits besser und schneller geworden, weil die Italiener eine Antenne auf dem Lagergelände gebaut hätten. Jetzt müsse man noch in die Stromleitungen investieren, sagt er, damit nicht beim ersten Schneesturm das Licht ausgehe. Auch sonst gebe es viel zu tun: Die Straßen sind voller Schlaglöcher, überall stehen alte Baracken noch aus Zeiten der kommunistischen Diktatur. Schafhirten melken ihre Tiere in einem alten Bunker. Abgesehen von einem Zementwerk gibt es in der näheren Umgebung kaum Jobs.

Das Lager wurde im Oktober 2024 offiziell in Betrieb genommen, ein halbes Jahr später als angekündigt. Seitdem stand es die meiste Zeit über leer. Bis Februar 2025 kamen – in drei Etappen – Boote mit insgesamt wohl 70 Geflüchteten in Shëngjin an,[45] doch italienische Gerichte verhinderten stets, dass die Menschen in Albanien blieben. Nach Auffassung der Richter kamen die Migranten nicht aus sicheren Herkunftsländern, was der EuGH im August 2025 im Kern bestätigt hat. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass Melonis Albanien-Experiment tot ist. Mitte 2026 tritt eine EU-Asylrechtsreform in Kraft, die es leichter machen wird, Herkunftsländer als sicher einzustufen. In der Zwischenzeit nutzt Italien die Camps in Albanien als ein überteuertes Abschiebegefängnis in „Übersee". Die Sinnhaftigkeit einer solchen Nutzung wird bezweifelt, da es derartige Einrichtungen bereits in Italien selbst gibt. Aber Meloni ist es wohl ohnehin immer mehr um Symbolpolitik als um eine echte Lösung gegangen.

Pufferzone Westbalkan

Die Staaten des westlichen Balkans dienen inzwischen als eine Art Pufferzone für die auf Abschottung setzende Flüchtlingsstrategie der EU. Das hat auch direkte Auswirkungen auf deren Beitrittschancen zur Staatengemeinschaft. Allerdings existieren hierzu unterschiedliche Einschätzungen: Die albanische

Regierung stellt ihr Abkommen mit Italien als Fortschritt auf dem Weg zur Mitgliedschaft dar. Mit dem Bau von italienischen Lagern zur Abwicklung von Asylverfahren will sich das Land als verlässlicher Partner präsentieren. Tatsächlich jedoch widerspricht die Rolle als sogenannter Drittstaat, in den die EU Schutzsuchende abschieben kann, dem politischen Ziel einer vollen Integration. Je reibungsloser solche Abkommen funktionieren, desto eher festigt sich Albaniens Status als externer Partner – und nicht als künftiges Mitglied.

Es stellt sich außerdem die ganz praktische Frage: Ist das Albanien-Modell überhaupt in der Lage, das mit ihm verbundene Ziel zu erreichen, also für Abschreckung zu sorgen? Wer sich bis nach Nordafrika durchgeschlagen hat, wird vermutlich nicht kehrtmachen, nur weil er nach Albanien kommt – ein Land, das von EU-Mitgliedsländern umgeben ist. Melonis Deal bekämpft das massenhafte Sterben von Flüchtenden im Mittelmeer nicht. Stattdessen will Italien Menschen, die es bereits nach Europa geschafft haben, von der einen Seite der Adria auf die andere schieben.[46] Hinzu kommt, dass die Vereinbarungen zwischen Albanien und Italien, ohne parlamentarische Debatte oder breite gesellschaftliche Diskussionen innerhalb Albaniens, ausschließlich durch die Exekutivspitze ausgehandelt wurden.

Die Erwartungen der EU an die Westbalkanstaaten sind insgesamt widersprüchlich. Einerseits mahnt Brüssel die Umsetzung und Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit an, andererseits fordert es von ihnen – zumindest implizit und indirekt – ihre Grenzen mit allen, im Zweifel auch rechtswidrigen Mitteln abzuschirmen, um Menschen am Weiterkommen zu hindern. Am deutlichsten wird diese Praxis im Umgang mit dem jüngsten EU-Mitglied Kroatien, das trotz dokumentierter, systematischer und rechtswidriger Behandlung von Schutzsuchenden 2023 in den Schengen-Raum aufgenommen wurde. Die Kommission war sich bewusst, dass Kroatien EU-Gelder für Grenzschutz nicht ordnungsgemäß genutzt und keine funktionierende unabhängige Kontrolle der Polizei eingeführt hatte. Dennoch wurden kritische Informationen bewusst zurückgehalten, um einen Skandal zu vermeiden.

Diese Politik der EU sendet eine gefährliche Botschaft: Nicht Rechtsstaatlichkeit ist die entscheidende Voraussetzung für die Integration in europäische Strukturen, sondern die Bereitschaft, sich im Zweifel zum Zweck der Migrationsabwehr über diese hinwegzusetzen. Das führt zu einer strukturellen Schieflage in den EU-Beitrittsprozessen, weil es die Glaubwürdigkeit der EU als Wertegemeinschaft, in der dem Grundrechteschutz eine fundamentale Bedeutung zukommt, infrage stellt.

Ausblick

Seit Jahren steckt die Erweiterung der Europäischen Union in der Sackgasse. Nach dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 ist kein weiterer Staat hinzugekommen – und es spricht wenig dafür, dass sich dies allzu bald ändern wird. Den Ländern des westlichen Balkans ist bereits 2003 beim Gipfel von Thessaloniki eine europäische Perspektive zugesichert worden. Doch seither verläuft der Weg in die Union zäh und widersprüchlich. Montenegro eröffnete seine Beitrittsverhandlungen 2012 und konnte bislang (mit Stand Oktober 2025) sieben von 33 Kapiteln abschließen – damit liegt es noch am weitesten vorn. Serbien begann 2014 und brachte es bisher nur auf zwei abgeschlossene Kapitel. Albanien hat zwar 28 Kapitel eröffnet, aber kein einziges abgeschlossen. Nordmazedonien wartet noch auf den Beginn konkreter Gespräche, Bosnien-Herzegowina steht erst am Anfang des Prozesses und der Kosovo wird von fünf EU-Staaten nicht einmal als unabhängiger Staat anerkannt. Eine baldige Erweiterung der EU auf dem Westbalkan ist derzeit nicht in Sicht.

In einem streng institutionellen Verfahren würden allein die Kopenhagener Kriterien und die Fortschritte in den Verhandlungen darüber entscheiden, welche Staaten wann Mitglied der Europäischen Union werden. Doch die Realität ist längst eine andere: Die Debatte über eine Erweiterung wird ebenso von geopolitischen Erwägungen wie von internen Machtkämpfen in der EU geprägt. Diese internen Konflikte stehen im scharfen Kontrast zu den außenpolitischen Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist. Spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die gesamte Ukraine im Februar 2022 hat das Thema Erweiterung neue Dringlichkeit gewonnen. Zugleich werfen die Präsidentschaft Donald Trumps und dessen Umgang mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dem russischen Machthaber Wladimir Putin und der NATO die Frage auf, wie Europa seine sicherheitspolitische Rolle überhaupt definieren will. Mitten in Südosteuropa bleibt eine Leerstelle in der europäischen Integration bestehen – ein Raum, in dem Russland wie auch China zunehmend Einfluss suchen.

Sicher ist: Der Weg in die Europäische Union war schon einmal leichter. Zwischen dem Fall des Eisernen Vorhangs und der großen EU-Osterweiterung im Jahr 2004 herrschte beinahe eine EU-Euphorie. Dieses historische Zeitfenster

nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich jedoch geschlossen. Auslöser waren die anhaltenden Krisen westlicher Demokratien, der Brexit sowie der Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa. Diese lehnen oft nicht nur eine weitere Erweiterung ab – viele stellen die EU als Ganzes infrage. Seit der letzten großen Erweiterungsrunde von 2004, als gleich zehn Staaten der Europäischen Union beitraten, ist der Beitrittsprozess deutlich anspruchsvoller geworden. Mit der 2020 eingeführten neuen Methodologie ist nicht nur für die Eröffnung von Beitrittsgesprächen Einstimmigkeit aller Mitgliedsländer erforderlich, sondern auch in zahlreichen Zwischenschritten – etwa bei der Freigabe neuer sogenannter Cluster (Themenbereiche, über die gemeinsam verhandelt wird). Damit haben sich zusätzliche Gelegenheiten eröffnet, Vetos strategisch einzusetzen: Mitgliedstaaten nutzen sie, um innerhalb der Union oder gegenüber Beitrittskandidaten Zugeständnisse zu erzwingen, die mit dem eigentlichen Prozess kaum etwas zu tun haben.

Und doch hat sich das Blatt gewendet. Nach einer Phase blockierter Verhandlungen, in der die Erweiterung faktisch zum Stillstand kam und vielerorts bereits totgesagt wurde, erlebt sie seit Putins Angriff im Februar 2022 eine geopolitisch bedingte Rückkehr auf die europäische Agenda. Diese Dynamik hat sich noch verstärkt, seit Donald Trump ins Weiße Haus zurückgekehrt ist.

Unsicherheitsfaktor Trump

Donald Trumps Rückkehr ist eine Zeitenwende für Europa, wie der deutsche Politologe Herfried Münkler es ausdrückt.[1] Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Sorge der europäischen Staatengemeinschaft, schutzlos dazustehen, nicht mehr so real. Das Bröckeln der transatlantischen Beziehungen bedeutet für den Westbalkan neue Unsicherheiten. Das gilt insbesondere für Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Donald Trump, bekannt für seine transaktionale Politik und seine Vorliebe für spektakuläre „Deals“, könnte sich in Zukunft wieder stärker in den Konflikt zwischen Kosovo und Serbien einmischen. Scheitert der seit 2011 laufende, von der EU geführte Normalisierungsprozess zwischen beiden Ländern, könnten erneut territoriale Lösungen, etwa die Abtrennung des mehrheitlich serbisch besiedelten Nordens Kosovos, diskutiert werden. Ähnliche Initiativen drohen Bosnien-Herzegowina.

Solche „schnellen Lösungen“ passen zu Trumps wenig nachhaltigem Ansatz, möglichst viele Krisen der Welt kurzfristig beizulegen und damit eigene Erfolge zu inszenieren. Neue Grenzziehungen nach ethnischen Prinzipien

würden auf dem Balkan jedoch alte Wunden aufreißen. Zum Redaktionsschluss dieses Buches hat Trump sich in seiner aktuellen Amtszeit noch nicht intensiv in den Westbalkan eingemischt. Zu sehr dominieren die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten die internationale Agenda. In seiner vorherigen Amtszeit lud er noch am 4. September 2020 den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić und den damaligen Premierminister des Kosovo, Avdullah Hoti, ins Weiße Haus, um den Konflikt zwischen beiden Staaten zu lösen.[2] Nachhaltige Effekte blieben aus. Dennoch behauptete Trump später bei einer Wahlkampfveranstaltung in Nebraska, Vučić und Hoti hätten sich nach Jahrhunderten der Feindschaft zwischen ihren Völkern nach 20 Minuten in seinem Büro umarmt und geküsst und er hätte damit den Kosovokrieg beendet – der zu dem Zeitpunkt bereits seit 21 Jahren beendet war.[3]

Es bleibt möglich, dass Donald Trump in seiner aktuellen Amtszeit wieder ein größeres Augenmerk auf die Region richtet – allein schon weil sein Schwiegersohn Jared Kushner umfangreiche Immobilienprojekte in Serbien und Albanien plant. Besonders umstritten ist das Projekt, einen Trump Tower an der Stelle zu errichten, an der bis heute die Ruinen des ehemaligen jugoslawischen Generalstabs an die NATO-Bombardierung 1999 erinnern.[4] Es kann aber auch sein, dass Trump sich nicht intensiver mit der Region beschäftigen wird – seriös vorhersagen kann das derzeit wohl niemand.

Ein Phänomen, das sich bereits jetzt über die gesamte Region erstreckt, ist das Versiegen US-amerikanischer Entwicklungsgelder – insbesondere für Diversitätsprojekte (LGBTQI, Gleichstellung), Justizreformen und zivilgesellschaftliche Initiativen im Allgemeinen, vor allem aus den Töpfen von USAID, der US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit, die zum 1. Juli 2025 komplett geschlossen wurde. Mit Trump haben die USA deutlich an Strahlkraft als Lobbyisten demokratischer Grundwerte in der Welt eingebüßt. Wie soll Washington künftig zu freien und fairen Wahlprozessen mahnen, wenn Donald Trump seine eigene Wahlniederlage gegen Joe Biden im Jahr 2020 bis heute nicht anerkennt? Wie glaubwürdig ist es, Länder wie Albanien zu Justizreformen aufzufordern, wenn der US-Präsident selbst regelmäßig Richterinnen und Richter angreift? Der Rückzug der USA als „Demokratie-Watchdog“ auf dem Balkan fällt in eine Zeit des Wiedererstarkens Russlands und Chinas und markiert eine Ära, in der sich das Recht des Stärkeren gegenüber einer Orientierung an Regeln durchzusetzen scheint. Hier bietet es sich für die EU an, selbst tätig zu werden und die Leerstelle zu füllen, die die USA hinterlassen. Ob die EU damit endlich zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik findet, bleibt abzuwarten. Notwendig wäre es allemal.

Wo stehen die Staaten

Ein erster Schritt in diese Richtung könnten klare Worte der EU-Institutionen bezüglich autoritärer Tendenzen in den Staaten mit Kandidatenstatus sein. Der Fall Serbien zeigt jedoch, dass diese Worte selten fallen und selbst immer autoritärer agierende Machthaber wie Aleksandar Vučić weiter auf Unterstützung hoffen können. Trotz dokumentierter Unregelmäßigkeiten bei Wahlen, einer immer stärker gleichgeschalteten Medienlandschaft und des gewaltvollen Vorgehens gegen friedliche Demonstrierende ist Präsident Vučić ein enger Partner der EU geblieben, während die Protestbewegung gegen seine autoritäre Herrschaft keine relevante Unterstützung aus Brüssel erhält. Das schadet dem Ansehen der EU als Hüterin von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – vor allem bei jenen, die sich für diese Werte und Standards in der Region einsetzen. Die EU agiert hier zunehmend transaktional, wie das Österreichische Institut für Internationale Politik (oiip) in einer geopolitischen Analyse für den Balkan schreibt.[5] Das heißt, sie orientiert sich im eigenen Handeln eher an kurzfristigen und pragmatischen Zielen und weniger an normativen Vorstellungen.

Obwohl derzeit unklar ist, ob und wann sich Serbien wieder auf EU-Kurs begeben wird, ist seine Entwicklung als größtes Land auf dem Westbalkan ein zentraler Gradmesser dafür, wie es um die Zukunft der Region insgesamt bestellt ist. Nimmt die EU ihre eigenen Kriterien ernst, so könnte Serbien unter Aleksandar Vučić nicht der Union beitreten – umso verwirrender ist es, wenn die Kommissionspräsidentin und mehrere Staats- und Regierungschefs behaupten, Serbien sei auf einem guten Weg in die EU, während sich viele Menschen im Land Sorgen machen, dass dieses immer autoritärer regiert wird. Das oiip prognostiziert in seiner Analyse für Serbien eine „engere Abstimmung mit Russland“ und eine „Hinwendung zu einer autoritären gesellschaftlichen und geopolitischen Positionierung, die dem Vorbild von Trump oder dem engen politischen Verbündeten Viktor Orban folgt“. Ein Hinweis darauf sei das immer brutaler werdende Vorgehen gegen Demonstranten, das „nach Weissrussland bzw. Russland-Rezept“ erfolge.[6] Bei der EU-Annäherung gilt außerdem die ungelöste Kosovofrage als schwer zu überwindendes Hindernis.

Der Kosovo steht weiterhin vor der Herausforderung, von sämtlichen EU-Mitgliedstaaten anerkannt zu werden. Diese offene Statusfrage bremst den Annäherungsprozess erheblich. Zugleich zeigen sich im Innern Fortschritte bei Demokratisierung und Institutionenbildung. Die junge Bevölkerung ist stark proeuropäisch orientiert, was Chancen für eine langfristige Integration bietet.

Dennoch bleibt die Normalisierung der Beziehungen zu Serbien die zentrale Bedingung für substanzielle Fortschritte in den EU-Beitrittsbemühungen.

Auch andere Staaten zeigen Reformwillen – hier sind vor allem Albanien, Montenegro und Nordmazedonien zu nennen. Nordmazedonien hat über viele Jahre gezeigt, dass es bereit ist, schwierige Kompromisse einzugehen, um seine EU-Perspektive zu sichern – besonders sichtbar im Namensstreit mit Griechenland. Dennoch führten wiederholte Blockaden im Beitrittsprozess zu Frustration in der Bevölkerung. Der weitere Verlauf hängt entscheidend davon ab, ob die EU ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen kann und politischen Willen zur Aufnahme des Landes zeigt – aber auch davon, ob die wieder an der Macht stehenden Rechtskonservativen der VMRO-DPMNE überhaupt bereit sind, Nordmazedonien auf Pro-EU-Kurs zu halten.

Albanien hat in den letzten Jahren erhebliche Reformanstrengungen unternommen, insbesondere im Bereich der Justiz. Das Land gilt als einer der dynamischeren Beitrittskandidaten, auch wenn strukturelle Schwächen – etwa in der Verwaltung, bei Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung – fortbestehen. Die Bevölkerung zeigt eine starke proeuropäische Haltung, was der Regierung Rückhalt für ihren Reformkurs gibt. Ministerpräsident Edi Rama hat die EU-Integration zur Schicksalsfrage der gesamten Nation und zum zentralen Ziel seiner mittlerweile vierten Amtszeit erklärt. Damit kann er im Ausland Sympathiepunkte sammeln. Gleichzeitig wird oft übersehen, wie viel Macht Rama im Innern des Landes auf seine Person zentriert hat. Immer wieder trifft er Entscheidungen im Alleingang – ohne Mitsprache von Opposition, zivilen Organisationen oder unabhängigen Fachleuten. Exemplarisch dafür steht der Migrationsdeal mit der italienischen Rechtsaußen-Ministerpräsidentin Giorgia Meloni im Herbst 2023.

Montenegro galt als „Musterschüler“ im Erweiterungsprozess und ist das Land mit den am weitesten fortgeschrittenen Verhandlungen. In den letzten Jahren kam es jedoch zu Rückschritten. Ein Streit zwischen den beiden großen proeuropäischen Blöcken verkompliziert die Lage, weil ein Block für die Mehrheitsbeschaffung proserbische und prorussische Kräfte ins Boot holen muss, die einer EU-Annäherung kritisch gegenüberstehen.

Bosnien-Herzegowina bleibt das politisch komplizierteste Land der Region. Das ethnisch segmentierte politische System erschwert kohärente Reformen und blockiert immer wieder Fortschritte. Zwar hat das Land im Dezember 2022 den Status eines Beitrittskandidaten erhalten, doch konkrete Schritte hängen von tiefgreifenden institutionellen Anpassungen ab. Ohne eine Stärkung der

gemeinsamen staatlichen Strukturen und die Überwindung nationalistischer Blockaden wird Bosnien-Herzegowina nur schwer vorankommen. Gleichzeitig gilt die EU-Perspektive hier als wichtiges Stabilisierungselement und eine Mehrheit der Bevölkerung spricht sich grundsätzlich für einen EU-Beitritt aus.

Zusammenfassend zeigt sich, dass der EU-Beitritt der Westbalkanstaaten nicht primär eine technische Frage der Reformen innerhalb der Beitrittsländer, sondern zunehmend eine geopolitische und strategische Entscheidung sowohl aufseiten Kandidatenländer als auch der Union selbst ist. Die EU steht vor der Aufgabe, die Glaubwürdigkeit ihrer Erweiterungspolitik zu wahren, ohne dabei die eigenen Standards aufzugeben. Für die Region gilt: Fortschritte sind möglich, aber nur dann nachhaltig, wenn sowohl die Staaten selbst Reformbereitschaft zeigen, als auch die EU eine klare, verlässliche Perspektive bietet.

Von der Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheiten

Es gibt noch ein weiteres Hindernis, das (ebenso wie die geopolitische Situation) wenig mit dem Reformwillen der Beitrittsländer zu tun hat. Dieser letzte Faktor dreht sich um die institutionelle Verfasstheit der EU und ihre künftige Konsensfähigkeit. Wie kann eine Europäische Union mit über 30 Mitgliedern in Zukunft weiter handlungsfähig bleiben? Eine zentrale Befürchtung, die mit der Erweiterung einhergeht, ist jene, dass die EU mit einer Vielzahl neuer, kleiner Mitglieder eben das nicht mehr sein könnte.

Derzeit herrscht in der Außen- und Sicherheitspolitik mit wenigen Ausnahmen (etwa in der Ernennung eines Sonderbeauftragten) das Prinzip der Einstimmigkeit im EU-Ministerrat. Das bedeutet: Einzelne Staaten können sich querstellen. Wenn nur ein Staat nicht zustimmt, gibt es kein Ergebnis. Das führt mit den aktuell 27 Mitgliedstaaten bereits oft zu Problemen. Mit einer Umstellung auf eine qualifizierte Mehrheit würde sich das ändern. Dann wäre nur noch die Zustimmung von 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die zudem 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten müssen, notwendig. Eine solche Reform wäre nicht nur bedeutsam für die Entscheidungsfähigkeit der EU, sondern auch förderlich, um die weitverbreitete Skepsis gegenüber den neuen Mitgliedern in Südosteuropa abzubauen. Denn Letztere nährt sich unter anderem aus der Vorstellung, dass ein Land wie Montenegro mit gerade einmal 630 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alleingang EU-weite Entscheidungen blockieren könnte.

Deutschland hat im Mai 2023 die „Freundesgruppe für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ ins Leben

gerufen, der aktuell Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Slowenien und Spanien angehören.[7] Hintergrund waren der Krieg in der Ukraine und das Ziel, die Rolle der EU als globaler Akteur zu stärken. Zuvor hatte Ungarn durch taktisch eingesetzte Vetos immer wieder Hilfslieferungen an die Ukraine verhindert sowie das Eröffnen von Beitrittsgesprächen mit dem angegriffenen Land blockiert. Auch bei der Erweiterung auf dem Balkan kam es zu einer Reihe von Blockaden durch einzelne Mitgliedstaaten. Immer mehr wurde klar: Um wachsen zu können und handlungsfähig zu bleiben, muss sich die EU einer umfangreichen Reform unterziehen.

Im September 2023 legte eine von der französischen und der deutschen Regierung eingesetzte „Arbeitsgruppe zu institutionellen Reformen in der EU" einen Bericht vor.[8] Darin werden unter anderem eine Veränderung der Mitgliederzahl in der EU-Kommission, eine punktuelle Erweiterung der Anwendung der qualifizierten Mehrheit, eine Erhöhung des EU-Budgets sowie die Einführung neuer Eigenmittel vorgeschlagen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt, diese Reformen schrittweise bis zur nächsten Wahl zum Europäischen Parlament 2029 umzusetzen. Doch die Hürden dafür sind hoch. „Dass sich alle EU-Mitgliedstaaten für mehr Mehrheitsentscheidungen aussprechen, scheint aktuell in weiter Ferne", heißt es dazu in einer Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).[9] Insbesondere kleinere und mittelgroße EU-Staaten befürchten, dass ihre nationalen Interessen durch EU-Beschlüsse überstimmt werden könnten. Dazu kommt, dass die Dominanz Deutschlands und Frankreichs innerhalb der EU wachsen könnte. „Da sich die qualifizierte Mehrheit entlang der Bevölkerungsgröße berechnet, brauchen Deutschland (18,7 Prozent) und Frankreich (15,1 Prozent) nur wenige Partner, um die Blockademinderheit von mindestens 35 Prozent der repräsentierten EU-Bevölkerung zu erreichen, wobei mindestens vier Staaten insgesamt notwendig sind", schreibt dazu die SWP. Kleinere Staaten, wie Estland oder Tschechien hätten nicht mehr das gleiche Stimmgewicht und würden daher größere Staaten als Partner benötigen.

Bei der EU-Erweiterung in Südosteuropa geht es also nicht nur um Reformen in den Beitrittsländern, sondern auch in der Union selbst. Die EU hat signalisiert, dass sie wachsen will. Jetzt muss sie zeigen, dass sie das auch kann. Ein Beitritt Montenegros bis 2030 – wie er zumindest offiziell weiterhin angestrebt wird – könnte mit solchen ersten internen Reformen einhergehen. Die Krux der Debatte: Um das Ende der Einstimmigkeit zu besiegeln, braucht es, zumindest noch einmal, Einstimmigkeit.

Migration

Während die sechs Staaten des Westbalkans weiter eine Mitgliedschaft in der EU anstreben, sind viele ihrer Bürgerinnen und Bürger schon längst dort. Denn die Region ist längst ein Herkunftsgebiet für Arbeitsmigration in die EU. Die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte stellt für alle Länder der Region eine zentrale Herausforderung dar. Vor allem junge, gut ausgebildete Menschen verlassen Serbien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien in Richtung EU, insbesondere mit den Zielen Deutschland, Österreich und dem Nicht-EU-Land Schweiz. Dieser Braindrain führt zu einem erheblichen Fachkräftemangel in den Herkunftsländern und belastet deren langfristige Entwicklungsfähigkeit. Die EU-Länder dagegen profitieren von dieser Arbeitsmigration, da sie Arbeitskräfte in Bereichen wie der medizinischen Versorgung oder dem Baugewerbe dringend benötigen. Maßnahmen zur Steuerung von Migration, etwa durch bilaterale Arbeitsabkommen oder Visa-Liberalisierungen (wie jüngst für den Kosovo), gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung. Eine nachhaltige Migrationspolitik müsste sowohl legale Wege der Arbeitsmigration bieten, als auch die Entwicklungsperspektiven in der Region selbst stärken, damit junge Menschen eine faire Wahl haben, ob sie in wohlhabendere Staaten auswandern oder sich doch unter würdigen Bedingungen etwas in ihrem Herkunftsland aufbauen.

Zugleich ist der Westbalkan eine wichtige Route für Geflüchtete aus anderen Regionen der Welt geworden. Zwar wurde die sogenannte Balkanroute durch Abkommen, Grenzschließungen und illegale Pushbacks eingeschränkt, doch bleibt die Region ein neuralgischer Punkt der europäischen Flüchtlingspolitik, wie nicht zuletzt die asylrechtlichen Experimente zeigen, die Italien aktuell in Albanien durchführt und die vorerst von italienischen Gerichten und dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) kassiert wurden. Hier bleibt einerseits abzuwarten, wie Gerichte sich zukünftig zu einer solchen Auslagerung von Asylverfahren positionieren und wie die EU andererseits ihre gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik weiterentwickelt. So oder so ist davon auszugehen, dass die Westbalkanstaaten sowohl als Herkunfts- als auch als Transitstaaten von Migration von Bedeutung bleiben – auch jenseits der Frage ihrer konkreten EU-Beitrittsperspektive. Wozu die widersprüchlichen Erwartungen der EU auch gegenüber ihren Mitgliedstaaten bezüglich Rechtsstaatlichkeit auf der einen und Abwehr von Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite führen können, zeigt das jüngste EU- und Schengen-Mitglied Kroatien.

Dort dokumentierten in den vergangenen Jahren investigative Journalistinnen und Journalisten zahlreiche Pushbacks und schwere Menschenrechtsverstöße – ohne dass die EU jedoch bislang wirklich etwas zur Unterbindung des rechtswidrigen Vorgehens unternommen hätte. Zwar wurde stets betont, dass sich die Außengrenzstaaten selbstverständlich an Recht und Gesetz zu halten haben; zugleich wurde jedoch – weniger offen, aber unmissverständlich – vermittelt, dass Kroatien Geflüchtete aufzuhalten habe, um Teil des Schengen-Raums werden zu können. Darin offenbart sich ein zentrales Problem für die Glaubwürdigkeit der EU gegenüber den Beitrittskandidaten auf dem Balkan: Von den Beitrittskandidaten verlangt die EU Rechtsstaatlichkeit, während zahlreiche Mitgliedstaaten selbst gegen geltendes Recht verstoßen – oft ohne ernsthafte Konsequenzen befürchten zu müssen.

Anmerkungen

Einleitung

1 Jürgen Habermas, Krieg und Empörung, 29.4.2022, https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/das-dilemma-des-westens-juergen-habermas-zum-krieg-in-der-ukraine-e068321.

2 Stern, Scholz: „Wir müssen dafür sorgen, dass Krieg in Europa undenkbar bleibt", 15.2.2022, https://www.stern.de/politik/ausland/olaf-scholz-zu-ukraine-krise---wir-muessen-dafuer-sorgen--dass-krieg-in-europa-undenkbar-bleibt--31630584.html.

3 Marc Lehmann, Amherd: „Vielleicht hat man sich bis jetzt zu sicher gefühlt.", 2.3.2022, https://www.srf.ch/news/international/krieg-in-der-ukraine-amherd-vielleicht-hat-man-sich-bis-jetzt-zu-sicher-gefuehlt.

4 Europäische Kommission, Rede von Präsidentin von der Leyen auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments zu Russlands Aggression gegen die Ukraine, 1.3.2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_1483.

5 Das bereits 2004 der EU beigetretene Slowenien wurde von Anfang an seltener mit diesem Begriff erfasst.

1. Wie versprochen, so gebrochen? Die Westbalkanstaaten und die EU-Erweiterung

1 Florian Bieber, Pulverfass Balkan. Wie Diktaturen Einfluss in Europa nehmen, München 2023, S. 43.

2 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 11.

3 EU-Kommission, Gipfeltreffen EU – westliche Balkanstaaten Thessaloniki, 21. Juni 2003, Abschlusserklärung, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/pres_03_163.

4 Die Bundesrepublik Jugoslawien wurde durch eine neue Verfassung am 4. Februar 2003 zur Staatengemeinschaft Serbien und Montenegro.

5 Florian Bieber, Pulverfass Balkan. Wie Diktaturen Einfluss in Europa nehmen, München 2023, S. 66.

6 European Stability Initiative (ESI), The Balkan Turtle Race – A warning for Ukraine, 13.7.2022, https://www.esiweb.org/publications/balkan-turtle-race-warning-ukraine.

7 WeBalkans, Annual Survey: Albania, Juni 2025, https://webalkans.eu/wp-content/uploads/2021/05/WEBALKANS_Annual-Survey_Spring-2025_Overview_ALBANIA.pdf.

8 Zit. nach Franziska Tschinderle, Nikola Dimitrov: „Macrons Vorschlag ist nicht durchsetzbar", 14.7.2022, https://www.profil.at/ausland/nikola-dimitrov-macrons-vorschlag-ist-nicht-durchsetzbar/402074266.

9 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Kopenhagener Kriterien – Voraussetzungen zum EU-Beitritt, https://osteuropa.lpb-bw.de/kopenhagener-kriterien (3.6.2025).

10 Zit. nach Franziska Tschinderle, Nikola Dimitrov: „Macrons Vorschlag ist nicht durchsetzbar", 14.7.2022, https://www.profil.at/ausland/nikola-dimitrov-macrons-vorschlag-ist-nicht-durchsetzbar/402074266.

2. Jugoslawien – eine Geschichte von Anziehung und Abstoßung

1 Yutel televizija, Intervju Bahrudin Kaletović, 27. jun 1991, https://www.youtube.com/watch?v=4nsX7qwHrhk (hochgeladen am 10.3.2018), eigene Übers.

2 Alexander Sarovic, Jugoslawienkrieg – Antworten auf die zehn wichtigsten Fragen, 28.6.2016, https://www.spiegel.de/geschichte/jugoslawien-krieg-antworten-auf-die-wichtigsten-fragen-a-1099538.html.

3 Zit. nach Dejan Jović, Rat i mit. Politika identiteta u suvremenoj Hrvatskoj, Zaprešić 2017, S. 221 f., eigene Übers.

4 Ebd., S. 221 ff.

5 Der viel zitierte Ausspruch wird Josip Broz „Tito" zugeschrieben, was jedoch nicht historisch belegt ist. Vollständig lautet er: „Ich regiere ein Land mit zwei Alphabeten, drei Sprachen, vier Religionen und fünf Nationalitäten, die in sechs Republiken leben, von sieben Nachbarn umgeben sind und mit acht Minderheiten auskommen müssen."

6 Volker Wagener, Jugoslawien – geliebt, gehasst, vorbei, 1.12.2018, https://www.dw.com/de/kommentar-100-jahre-jugoslawien-geliebt-gehasst-vorbei/a-46532952.

7 Vgl. dazu Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main 1991.

8 Siehe für eine sehr ausführliche und kritische Darstellung: Zoran Jovic, Zeithistorische Reflexion der Geschichte Serbiens und Bosniens im 19. Jahrhundert, Wien 2016.

9 Der Name geht zurück auf das antike Volk der Illyrer, um das sich viele Sagen ranken und auf das sich seit dem 19. Jahrhundert verschiedene Völker des Balkans als ihren (vermeintlichen) Ursprung beziehen.

10 Nikša Stančić, Hrvatska nacija i nacionalizam u 19. i 20. stoljeću, Zagreb 2002, S. 7 ff.

11 Aufruf in der Literaturzeitschrift *Danica Ilirska*, dem Organ der Illyrischen Bewegung, 23. November 1839, eigene Übers.

12 Als „štokavisch" werden jene südslawischen Dialekte bezeichnet, die das Fragewort *što* bzw. *šta* (was) verwenden. Dazu zählen die Standardvarianten des Serbischen, Kroatischen, Bosnischen und Montenegrinischen.

13 Zustimmend dazu: Aleksandar Milanović, Vukovi Srbi, svi i svuda, 13.2.2017, https://www.politika.rs/sr/clanak/374117/vukovi-srbi-svi-i-svuda.

14 So skizziert vom serbischen Politiker und späteren Ministerpräsidenten Ilija Garašanin in seinem Geheimpapier *Načertanije*. Ausführlich dazu: Edislav Manetovic/Ilija Garasanin, *Nacertanije* and Nationalism, in: Historical Review 3/2008, S. 137–173.

15 Marie-Janine Calic, Geschichte des Balkans. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2023, S. 78 ff.

16 Vgl. dazu Edin Hajdarpasic, Whose Bosnia? Nationalism and Political Imagination in the Balkans, 1840–1914, Ithaca, NY 2015, S. 114 ff.

17 Thomas Schmidinger, Kosovo. Geschichte und Gegenwart eines Parastaates, Wien 2019, S. 31.

18 Zit. nach Yale Books Blog, Gavrilo Princip and the Great War für Peace, 26.6.2014, https://yalebooksblog.co.uk/2014/06/26/gavrilo-princip-william-mulligan, eigene Übers.

19 Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 64 ff.

20 Ebd., S. 76.

21 Niška Deklaracija. Izjava vlade kraljevine Srbije, 7.12.1914, https://znaci.org/00001/138_4.pdf, eigene Übers.

22 Andrej Mitrović, The Yugoslav Question, the First World War and the Peace Conference, 1914–1920, in: Dejan Djokić (Hrsg.), Yugoslavism: Histories of a Failed Idea, London 2003, S. 42–56.

23 Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 78 ff.

24 Jože Pirjevec, Tito. Die Biografie, München 2016, S. 20 ff.

25 Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 136.

26 Die Ustascha war dabei für Hitler und Mussolini nur die zweite Wahl. Diese hätten eine Regierung unter Führung der Kroatischen Bauernpartei bevorzugt, die eine Kooperation mit den Besatzern jedoch ablehnte. Sehr ausführlich dazu: Boris Rašeta/Goran Gavranović, 10 dana u travnju – uspon i pad NDH, Zagreb 2021.

27 So die zentrale These in: Alexander Korb, Im Schatten des Weltkriegs. Massengewalt der Ustaša gegen Serben, Juden und Roma in Kroatien 1941–1945, Hamburg 2013.

28 Zit. nach Andreas Schwarz, Die Proklamation und Entwicklung der „Föderative Volksrepublik Jugoslawien" (1945–1963), https://pelagon.de/die-proklamation-und-entwicklung-der-foederative-volksrepublik-jugoslawien-1945-1963 (14.10.2025).

29 Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 189 f.

30 Kominform war die Abkürzung für das „Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien", das von 1947 bis 1956 einen internationalen Zusammenschluss kommunistischer Parteien unter der Führung der sowjetischen KPdSU darstellte. Bis zum Bruch zwischen Jugoslawien und Stalins Sowjetunion war das Büro der Kominform in Belgrad angesiedelt.

31 Catharine Samary, Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung – Eine kurze Geschichte, in: Paul Michel (Hrsg.), Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung – Licht und Schatten, S. 72–90.

32 Holm Sundhaussen, Der späte Tito-Staat, 16.1.2014, https://www.wissenschaft.de/magazin/weitere-themen/der-spaete-tito-staat.

33 Andreas Schwarz, Die jugoslawische und makedonische Verfassungsrevision von 1974, http://pelagon.de/die-jugoslawische-und-die-makedonische-verfassungsrevision-von-1974.

34 Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 180 ff.

35 Noel Malcolm, Bosna: Kratka Povijest, Sarajevo 2011, S. 348 ff.

36 Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 181–183.

37 Ebd., S. 251 ff.

38 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 35 ff.

39 Ebd., S. 297 ff.

40 Dem kroatischen Schriftsteller Miroslav Krleža wird die Aussage zugeschrieben: „Kroaten und Serben sind derselbe Kuhfladen, der vom Rad der Geschichte in zwei Hälften geteilt wurde."

3. Nordmazedonien

1 Europäischer Rat, Remarks by President Donald Tusk after the European Council meeting on 17 and 18 October 2019, Pressemitteilung vom 18. Oktober 2019, https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2019/10/18/remarks-by-president-donald-tusk-after-the-european-council-meeting-on-18-october-2019.

2 Damir Fras, Merkel und Macron: Zoff überschattet Ende des EU-Gipfels, 18.10.2019, https://www.rnd.de/politik/westbalkan-staaten-mussen-sich-gedulden-unmut-uber-eu-HX2AD6FTOZAMU53K4VCTZRFACI.html.

3 Holger Romann, Offenes Tor für den Westbalkan?, 16.2.2018, https://www.tagesschau.de/ausland/eu-aussenminister-159.html.

4 Europäischer Rat, Gipfeltreffen EU – Westliche Balkanstaaten, 21.3.2003, https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/misc/76317.pdf.

5 Bundeszentrale für politische Bildung, Vor 30 Jahren: Unabhängigkeit Nordmazedoniens, 7.9.2021, https://www.bpb.de/339883.

6 Je nach Definition gehören außerdem noch kleinere Gebiete in Albanien und Serbien dazu.

7 Die Abkürzung steht für Vnatrešna Makedonska Revolucionerna Organizacija – Demokratska Partija za Makedonsko Nacionalno Edinstvo (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit).

8 Krsto Lazarević, Mazedoniens starker Mann agiert wie Erdogan, 3.7.2016, https://www.welt.de/politik/ausland/article156773921/Mazedoniens-starker-Mann-agiert-wie-Erdogan.html.

9 Zit. nach Krsto Lazarević, Groteskes Bauprojekt unter Beschuss, 14.9.2016, https://tageswoche.ch/politik/das-groteske-bauprojekt-der-parteibonzen-ist-unter-beschuss/index.html.

10 Erich Rathfelder, Abhöraffäre in Mazedonien – Zusammenstöße auf Demo in Skopje, 7.5.2015, https://taz.de/Abhoeraffaere-in-Mazedonien/!5009114.

11 Krsto Lazarević, Bunte Revolution in Mazedonien, 23.6.2016, https://www.derstandard.at/story/2000039635634/bunte-revolution-in-mazedonien.

12 Krsto Lazarević, „Sie wollten uns töten, das war ihr einziges Ziel" – Interview mit Zoran Zaev, 14.4.2017, https://www.welt.de/politik/ausland/plus164118860/Sie-wollten-uns-toeten-das-war-ihr-einziges-Ziel.html.

13 Boris Georgievski/Keno Verseck, Der Gruevksi-Krimi, 26.11.2018, https://www.dw.com/de/der-gruevski-krimi-half-ungarn-dem-mazedonischen-ex-premier-bei-der-flucht/a-46450056.

14 Das Abkommen vom 17. Juni 2018 ist online verfügbar unter: https://www.mfa.gr/images/docs/eidikathemata/agreement.pdf.

15 Krsto Lazarević, Schutzraum für faschistische Angriffe, 8.2.2018, https://www.woz.ch/1806/namensstreit-um-mazedonien/schutzraum-fuer-faschistische-angriffe.

16 Proto Thema, New poll: 68,3 % say „NO" to the Tsipras-Zaev agreement!, 17.6.2018, https://en.protothema.gr/2018/06/17/new-poll-683-say-no-to-the-tsipras-zaev-agreement.

17 Michael Lehmann, Ende eines denkwürdigen Streits, 25.1.2019, https://www.tagesschau.de/ausland/mazedonien-nordmazedonien-101.html.

18 European Stability Initiative (ESI), Hamster in the Wheel. Credibility and EU Balkan policy, 15.1.2020, https://www.esiweb.org/sites/default/files/reports/pdf/ESI%20-%20Hamster%20in%20the%20Wheel%20-%2015%20January%202020_0.pdf.

19 MAKSTAT (Statistikamt Nordmazedoniens), Census of Population, Households and Dwellings in the Republic of North Macedonia, 2021 – Final Data, Skopje 2022, https://www.stat.gov.mk/publikacii/2022/POPIS_DZS_web_EN.pdf, S. 32, 63.

20 Daniel Braun/Davor Pasoski, Die Volkszählung in Nordmazedonien – Instrument für Statistik oder ethnische Fragen? Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 27.4.2022, https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/die-volkszaehlung-in-nordmazedonien-instrument-fuer-statistik-oder-ethnische-fragen.

21 Michael Martens, Mazedonisch soll nur ein Dialekt sein, 18.9.2023, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nordmazedonien-bulgarien-blockiert-weiter-eu-beitrittsverhandlungen-19183152.html.

22 Krsto Lazarević, Tomislav Kezarovski: „Mein Leben in der Schachtel", 11.12.2016, https://www.derstandard.at/story/2000049121412/mein-leben.

23 Zit. nach Jannis Papadimitriou, Im Namen von „Mazedonien" – Alter Streit neu entfacht, 15.5.2024, https://www.dw.com/de/im-namen-von-mazedonien-alter-streit-neu-entfacht/a-69083999.

24 Ebd.

4. Serbien

1 B92, Aleksandar Vučić interviewt von Jugoslav Ćosić in der Sendung „Između dve vatre" vom 28.2.2012, https://www.youtube.com/watch?v=asZte6WHPnE.

2 Zit. nach Guy De Launey, Serbia transforming from pariah to EU partner, 21.1.2014, https://www.bbc.com/news/world-europe-25808463, eigene Übers.

3 Ralf Borchardt, Beitrittsverhandlungen – Serbien will bis 2020 in die EU, 21.1.2014, https://www.tagesschau.de/ausland/serbieneu-ts-100.html.

4 Center for Research, Transparency and Accountability (CRTA), Government in Focus, Opposition Almost Invisible, 12.5.2025, https://crta.rs/en/media-monitoring-2024-government-in-focus-opposition-almost-invisible.

5 Zit. nach M. R. Milenković, Vučić stvarno iskočio iz frižidera, ali u spotu: „Neuspeo pokušaj montipajtonovskog humora", 16.3.2022, https://www.danas.rs/vesti/politika/vucic-stvarno-iskocio-iz-frizidera-ali-u-spotu-neuspeo-pokusaj-montipajtonovskog-humora-video, eigene Übers.

6 Markus Kaiser, Wahl im Schatten des allmächtigen Präsidenten, 15.12.2023, https://www.freiheit.org/de/westliche-balkanlaender/wahl-im-schatten-des-allmaechtigen-praesidenten.

7 Krsto Lazarević, AfD-Wahlkampf in Sachsen – Treffen der antisemitischen Putin-Freunde, 21.2.2025, https://taz.de/AfD-Wahlkampf-in-Sachsen/!6071106.

8 OSZE, International Election Observation Mission. Republic of Serbia – Early Parliamentary Elections, 17.12.2023, https://www.osce.org/files/f/documents/6/8/560650_1.pdf.

9 Europäisches Parlament, Angenommene Texte – Die Lage in Serbien nach den Wahlen, 8.2.2024, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0075_DE.html.

10 Auswärtiges Amt, Tweet vom 18.12.2023, https://x.com/AuswaertigesAmt/status/1736839530655699376.

11 Diana Resnik, Betrug bei Wahlen in Serbien? Die Menschen skandieren „Vucic, Du Dieb!" 18.12.2023, https://de.euronews.com/2023/12/18/betrug-bei-wahlen-in-serbien-die-menschen-skandieren-vucic-du-dieb.

12 Die Presse, Vučić erklärt sich zum Sieger, Opposition spricht von Betrug, 18.12.2023, https://www.diepresse.com/17925397/vucic-erklaert-sich-zum-sieger-opposition-spricht-von-betrug.

13 Franziska Tschinderle, Wahlbetrug mit Briefkästen: Wie in Serbien getrickst wurde, 13.1.2024, https://www.profil.at/ausland/wahlbetrug-mit-briefkaesten-wie-in-serbien-getrickst-wurde/402738904.

14 Zit. nach Adelheid Wölfl, Wahlbeobachter kritisieren Vermischung von Staat und Partei in Serbien, 3.3.2024, https://www.derstandard.de/consent/tcf/story/3000000210007/wahlbeobachter-kritisieren-vermischung-von-staat-und-partei-in-serbien.

15 Siehe etwa Freedom House, Serbia, https://freedomhouse.org/country/serbia (4.6.2025).

16 Pascal Siggelkow, Serbische Medien: Wie deutsche Firmen Desinformation finanzieren, 20.3.2023, https://www.tagesschau.de/faktenfinder/serbien-medien-finanzierung-101.html.

17 Srdjan Govedarica, Serbien – Journalisten im Visier der Finanzbehörden, 2.8.2020, https://www.deutschlandfunk.de/serbien-journalisten-im-visier-der-finanzbehoerden-100.html.

18 Auf Serbokroatisch hieß das Fach *Javno Informisanje*, was wörtlich übersetzt „Öffentliche Information" bedeutet.

19 Index.hr, Vučić se prisjetio dana kada se tukao s Boysima na Maksimiru: Bilo je to očekivano, osjećala se mržnja, 13.5.2015. https://www.index.hr/sport/clanak/Vucic-se-prisjetio-dana-kada-se-tukao-s-Boysima-na-Maksimiru-Bilo-je-to-ocekivano-osjecala-se-mrznja/819788.aspx.

20 Dario Bretin, Mythos Maksimir, 14.8.2020, https://ballesterer.at/2020/08/13/mythos-maksimir.

21 Kurir, VUČIČ U LONDONU: Radio sam ovde kod Indijca za dve funte dnevno!, 27.10.2014, https://www.kurir.rs/vesti/politika/1599954/vucic-u-londonu-radio-sam-ovde-kod-indijca-za-dve-funte-dnevno.

22 Anonimni Engelz, Šrafovi u mesari – fantomski posao premijera Vučića, 4.11.2014, https://pescanik.net/srafovi-u-mesari-fantomski-posao-premijera-vucica.

23 Radio Sarajevo, Snimak iz 1992: Pogledajte Aleksandra Vučića kao novinara na paljanskom Kanalu S, 2.1.2019, https://radiosarajevo.ba/vijesti/bosna-i-hercegovina/snimak-iz-1992-god-pogledajte-aleksandra-vucica-kao-novinara-na-paljanskom-kanalu-s/323031.

24 Predsednik Republike Srbije, Biografija, https://www.predsednik.rs/lat/predsednik/biografija (28.2.2025).

25 Aleksandar Vučić, Biografie, https://vucic.rs/n38/Biografija (28.2.2025).

26 Danas, „Naš srpski prijatelj Vučić – saučesnik u genocidu", 2.7.2024, https://www.danas.rs/svet/leon-hartvel-vucic-genocid.

27 ICTY (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien), The Prosecutor of the Tribunal against Vojislav Šešelj, https://www.icty.org/x/cases/seselj/ind/en/ses-ii030115e.pdf, S. 7.

28 Jean-Arnault Dérens/Laurent Geslin, Brüssels Liebling, 12.3.2020, https://monde-diplomatique.de/artikel/%215668096.

29 Zit. nach Jutarnji list, VUČIĆEV „BULEVAR RATKA MLADIĆA". Predsjednik Srbije danas govori o okretanju budućnosti, a pogledajte kakav je performans izvodio prije 10 godina, 22.11.2017, https://www.jutarnji.hr/vijesti/svijet/vucicev-bulevar-ratka-mladica-predsjednik-srbije-danas-govori-o-okretanju-buducnosti-a-pogledajte-kakav-je-performans-izvodio-prije-10-godina-6772326?utm, eigene Übers.

30 A. Srzić, Što je Vučić govorio u okupiranoj Glini 1995, 28.2.2017, https://www.tportal.hr/vijesti/clanak/sto-je-vucic-govorio-u-okupiranoj-glini-1995-20140319.

31 Zit. nach Holm Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011: Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, Wien 2012, S. 461.

32 Für den Wortlaut des Gesetzes auf Englisch siehe Committee to Protect Journalists, Serbian Public Information Law: Full Text, https://cpj.org/reports/2000/08/serb-info-law (30.5.2025).

33 Slavko Ćuruvija/Aleksandar Tijanić, „Šta je sledeće, Miloševiću", in: Evropljanin, Ausgabe 13, 19.10.1998, https://www.slavkocuruvijafondacija.rs/sta-je-sledece-milosevicu-tekst-zbog-kojeg-je-zabranjen-evropljanin.

34 Zit. nach Vesna Rakić Vodinelić, Odrađivanje ozbiljnog pravosudnog posla – slučaj Ćuruvija. 15.12.2020, https://pescanik.net/odradjivanje-ozbiljnog-pravosudnog-posla-slucaj-curuvija, eigene Übers.

35 Eine Ausnahme war die oppositionelle Zeitung *Vreme*. Die damals verantwortliche Redakteurin schildert, wie sie mit Vučić verhandelte, damit das Blatt einen eigenen Beitrag über den Mord veröffentlichen konnte: Jelena Zorić, Slučaj Slavko Ćuruvija: Pucali su „naši", 4.12.2022, https://vreme.com/vesti/slucaj-slavko-curuvija-pucali-su-nasi.

36 Aussage zu hören im Dokumentarfilm: Birn Srbija, „SNS: Početak", 26.11.2024, https://www.youtube.com/watch?v=zGF9sezCfsk (Min. 0:03:09), eigene Übers.

37 Government of the Republic of Serbia/Ministry of European Integration, European Orientation of Serbian Citizens. Public opinion poll, Dezember 2022, https://www.mei.gov.rs/upload/documents/nacionalna_dokumenta/istrazivanja_javnog_mnjenja/opinion_poll_dec_2022.pdf.

38 Wikileaks, Public Library of US-Diplomacy: Serbia. New Configurations of the Serbian Right, 19.11.2008, https://wikileaks.org/plusd/cables/08BELGRADE1189_a.html.

39 Thomas Roser, Hungerstreik aus Machthunger, 22.4.2011, https://www.diepresse.com/652457/serbien-hungerstreik-aus-machthunger.

40 HINA, EU leaders by mistake congratulate Nikolic on winning Serbian election, 20.5.2012, https://hina.hr/OTS/4232375.

41 Andrej Ivanji, Serbische Wahlen: Mit Rückendeckung der EU, 21.12.2023, https://taz.de/Serbische-Wahlen/%215975837.

42 Michael Martens, Der Gewandelte, 19.3.2014, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/im-portraet-aleksandar-vu-i-der-gewandelte-12853969.html.

43 Adelheid Wölfl, Vučić in der Rolle des serbischen Willy Brandt, 15.8.2017, https://www.derstandard.de/story/2000062732878/vucic-in-der-rolle-des-serbischen-willy-brandt.

44 Vgl. dazu die Podcast-Folge: Neues vom Ballaballa-Balkan, Präsidentschaftswahlen in Serbien, 5.4.2017, https://ballaballa-balkan.de/episode/praesidentschaftswahlen-in-serbien https://ballaballa-balkan.de/episode/praesidentschaftswahlen-in-serbien.

45 Sophia Khatsenkova, Emmanuel Macrons Besuch in Serbien: Was diese Reise so wichtig macht, 28.8.2024, https://de.euronews.com/my-europe/2024/08/28/emmanuel-macrons-besuch-in-serbien-was-diese-reise-so-wichtig-macht.

46 European Commission, Serbia 2024 Report, 30.10.2024, https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/document/download/3c8c2d7f-bff7-44eb-b868-414730cc5902_en?filename=Serbia%20Report%202024.pdf.

47 Markus Söder, Tweet vom 15.3.2024, https://x.com/Markus_Soeder/status/1768619881551863953.

48 Government of the Republic of Serbia/Ministry of European Integration, European Orientation of Serbian Citizens. Public opinion poll, Dezember 2022, https://www.mei.gov.rs/upload/documents/nacionalna_dokumenta/istrazivanja_javnog_mnjenja/opinion_poll_dec_2022.pdf.

49 WeBalkans, Annual Survey 2025 – Serbia, 2.9.2025, https://webalkans.eu/wp-content/uploads/2021/05/WEBALKANS_Annual-Survey_Spring-2025_Factsheet_SERBIA_EN.pdf.

50 Zit. nach Krsto Lazarević, Protestwelle in Serbien: Pfeifen und Traktoren, 20.2.2025, https://www.woz.ch/2508/protestwelle-in-serbien/pfeifen-und-traktoren/!30TTDF3HSZC3.

51 Vgl. dazu die Podcast-Folge: Neues vom Ballaballa-Balkan, Semester der Protestler – Update aus Kragujevac, 21.2.2025, https://ballaballa-balkan.de/episode/semester-der-protestler-update-aus-kragujevac.

52 Michael Martens, Massenproteste in Serbien: Können sie die Verhältnisse ändern?, 2.2.2025, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/massenproteste-in-serbien-koennen-sie-die-verhaeltnisse-aendern-110266279.html.

53 N1 Info, Aleksandar Vučić: Neću bježati kao Asad, 10.12.2024, https://n1info.hr/regija/aleksandar-vucic-necu-bjezati-kao-asad.

54 Deutsche Welle, Massive Kritik an Serbien nach Ausweisung von NGO-Vertretern, 24.1.2025, https://www.dw.com/de/massive-kritik-an-serbien-nach-ausweisung-von-ngo-vertretern/a-71395379.

55 Der Spiegel, Serbien: Polizei führt Razzien bei regierungskritischen Organisationen durch, 25.2.2025, https://www.spiegel.de/ausland/serbien-polizei-fuehrt-razzien-bei-regierungskritischen-organisationen-durch-a-4eb569d2-7ceb-4f4c-a717-453ceca35f8f.

56 CRTA, Istraživanje javnog mnjenja – februar 2025, Februar 2025, https://crta.rs/wp-content/uploads/2025/02/Crta-Istrazivanje-javnog-mnjenja-februar-2025.pdf.

57 Amnesty International, „A Digital Prison". Surveillance and the Suppression of Civil Society in Serbia, 16.12.2024, https://www.amnesty.org/en/documents/eur70/8813/2024/en.

58 Nemanaja Rujević, Serbien: Kritiker mit Spionagesoftware überwacht, 20.12.2024, https://www.dw.com/de/serbien-kritiker-mit-spionagesoftware-%C3%BCberwacht/a-71119849.

59 Die Abkürzung steht für „Students Against Authoritarian Rule". Zugleich bedeutet das serbische Wort *stav* aber auch „Haltung".

60 Krsto Lazarević, „Sogar Madonna unterstützt die Proteste", Interview mit Doroteja Antić , 13.2.2025, https://jungle.world/artikel/2025/07/serbien-vucic-sogar-madonna-unterstuetzt-die-proteste.

61 Blokada Dunp, Instagram-Posting vom 27.2.2025, https://www.instagram.com/blokada.dunp/reel/DGdbl6-ic-1/?locale=my&thl=af.

62 NIN, Protest studenata ispred prostorija SNS-a zbog napada u Novom Sadu, 28.1.2025, https://www.nin.rs/politika/vesti/67285/protest-studenata-ispred-prostorija-sns-a-zbog-napada-u-novom-sadu.

63 Ivan Mitkovski, Đoković posvetio pobedu povređenoj studentkinji Sonji Ponjavić, 17.1.2025, https://vreme.com/vesti/novak-posvetio-pobedu-povredjenoj-studentkinji-sonji-ponjavic.

64 N1, Vučić najavio aboliciju za devojku koja je autom udarila studentkinju na Novom Beogradu, 16.7.2025, https://n1info.rs/vesti/vucic-najavio-aboliciju-za-devojku-koja-je-autom-udarila-studentkinju-na-novom-beogradu.

65 Miloš Vasić, Kako je bilo i urbane legende, 9.3.2011, https://vreme.com/vreme/kako-je-bilo-i-urbane-legende.

66 Holm Sundhaussen, Geschichte Serbiens. 19.–21 Jahrhundert, Wien 2007, S. 422 f.

67 Zit. nach Podcast-Folge: Neues vom Ballaballa-Balkan, No Nostalgija in the Dijaspora – Weihnachten mit Danko Rabrenović, 22.12.2023, https://ballaballa-balkan.de/episode/no-nostalgija-in-the-dijaspora-weihnachten-mit-danko-rabrenovic.

68 Ivan Čolović/Aljoša Mimica (Hrsg.), Druga Srbija – 10 godina posle 1992–2002, Belgrad 2002, https://pescanik.net/wp-content/uploads/2023/02/DRUGA-SRBIJA-knjiga.pdf.

69 Das SKC war bis zu den Studentenprotesten von 1968 in Jugoslawien ein Gebäude des Geheimdienstes, das dann in ein studentisches Kulturzentrum umgewandelt wurde.

70 Die Studierenden bei den aktuellen Protesten stellten sich in diese Tradition, indem sie das SKC besetzten.

71 Nemanja Stokrp, Der Rock 'n' Roll und das Antikriegs-Engagement während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien von 1991–1995, 13.5.2024, https://www.bpb.de/547941.

72 Marija Janković, Protesti u Srbiji – šta se dogodilo na ekološkim demonstracijama, 24.12.2021, https://www.bbc.com/serbian/lat/balkan-59700623.

73 Norbert Mappes-Niediek, OSZE: Serbiens Opposition ist Wahlsieger, 28.12.1996, https://www.berliner-zeitung.de/archiv/vermittler-gonzalez-legt-bericht-vor-milosevic-polizei-pruegelt-auf-demonstranten-ein-osze-serbiens-opposition-ist-wahlsieger-li.1041273.

74 Das zentrale Motto der Proteste „Gotov je" lässt übersetzen mit: Er ist fertig.

75 Srdja Popović, Protest! Wie man die Mächtigen das Fürchten lehrt, München 2015.

76 Bojan B. Dimitrijević, Zoran Đinđić, Belgrad 2023.

77 Miloš Vasić, Atentat na Zorana Đinđića, Belgrad 2005, https://site-364088.mozfiles.com/files/364088/Atentat_na_Zorana_Djindjica.pdf.

78 B.G., Ko je rušio Savamalu: Pitanje bez odgovora koji svi znaju, 24.4.2023, https://vreme.com/vesti/ko-je-rusio-savamalu-pitanje-bez-odgovora-koji-svi-znaju.

79 Nemanja Rujević, Blutige Nacht in Belgrad – warum protestieren die Serben?, 8.7.2020, https://www.dw.com/de/blutige-nacht-in-belgrad-warum-protestieren-die-serben/a-54094290.

80 Kosovo Online, Obraćanje predsednika Republike Srbije Aleksandra Vučića, 3.5.2023, https://www.youtube.com/watch?v=L8U_pQsBDNA (ab Min. 56:00).

81 Jabucanac & Darko Lazic – PUMPAJ PUMPAJ, https://www.youtube.com/watch?v=HoA7dj_S134 (hochgeladen am 12.3.2022).

82 Krsto Lazarević, Das serbische Protestalphabet, 25.4.2025, https://taz.de/Widerstand-in-Serbien/!6074782.

83 FDU u blokadi: Kameleon, https://www.youtube.com/watch?v=g_AsS2K4ZDc (hochgeladen am 23.3.2025).

84 Krsto Lazarević, Protestwelle in Serbien – Pfeifen und Traktoren, 20.2.2025, https://www.woz.ch/2508/protestwelle-in-serbien/pfeifen-und-traktoren/!30TTDF3HSZC3.

85 Krsto Lazarević, Er ist am Ende, 20.3.2025, www.woz.ch/2512/massenproteste-in-serbien/er-ist-am-ende/!CD4FBPKRDZ0T.

86 Saša Dragojlo, Srpska policija već koristila zvučno oružje – i to na migrantima, 19.3.2025, https://birn.rs/srpska-policija-zvucno-oruzje-migranti-sombor.

87 Lawrence Abu Hamdan/Fabio Claudio Cervi/Caline Matar/Adnan Naqvi, Sonic Attack on a Silent Vigil, 17.3.2025, https://earshot.ngo/investigations/sonic-attack-on-a-silent-vigil.

88 @studenti_u_blokadi, Instagram-Posting vom 5.5.2025, www.instagram.com/p/DJSKP8mAFud/?img_index=1.

89 Đoði Prenos uživo Vidovdanskog protesta 28. Jun, https://www.youtube.com/watch?v=y5y4sf0yOOU&t=13751s (hochgeladen am 28.6.2025), hier ab Min. 3:24:10, eigene Übers.

90 Krsto Lazarević, Jetzt bloß nicht die alten Fehler machen, 4.7.2025, https://taz.de/Proteste-in-Serbien/!6095422.

91 Krsto Lazarević, Die Altlasten der Geschichte, 17.7.2025, https://www.woz.ch/2529/aufstand-in-serbien/die-altlasten-der-geschichte/!J5MYH8996TT7.

92 Roland Zschächner, Serbien: „Wir stehen vor dem Konflikt zwischen zwei Zukünften", Interview mit Igor Štiks, 11.7.2025, https://www.nd-aktuell.de/artikel/1192527.proteste-serbien-wir-stehen-vor-dem-konflikt-zwischen-zwei-zukuenften.html.

93 Vgl. auch Franziska Tschinderle, Ein Schatz für die deutsche Autoindustrie, 18.8.2024, https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-08/lithium-serbien-batterien-elektromobilitaet-metall.

94 European Commission, Critical Raw Materials Resilience: Charting a Path towards greater Security and Sustainability, 3.9.2020, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52020DC0474.

95 Zit. nach Europäische Kommission, Kommission kündigt Maßnahmen an, um Europa sicherer und nachhaltiger mit Rohstoffen zu versorgen, Pressemitteilung vom 3. September 2020, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1542.

96 Europäische Union, Verordnung 2024/1252 vom 11. April 2024 über ein Rahmenprogramm zur Gewährleistung der sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32024R1252.

97 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Wege aus der Abhängigkeit: Wie Deutschland die Rohstoffe für eine zukunftsfähige Wirtschaft sichert, 11.11.2024, https://bdi.eu/publikation/news/wege-aus-der-abhaengigkeit-wie-deutschland-die-rohstoffe-fuer-eine-zukunftsfaehige-wirtschaft-sichert.

98 Zit. nach BDI, Rohstoffkongress: Mehr Rohstoffsouveränität wagen – wie wird unsere Versorgung resilienter?, 11.11.2024, https://bdi.eu/artikel/news/rohstoffkongress-mehr-rohstoffsouveraenitaet-wagen-wie-wird-unsere-versorgung-resilienter.

99 Zit. nach Bundesregierung, Pressekonferenz des Kanzlers in Serbien – Lithium-Abkommen: Wohlstand und Frieden im Westbalkan stärken, 19.7.2024, https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pk-in-serbien-2299998.

100 Judith Henke/Jakob Blume, Neue Hoffnung für Europas wertvollste Lithium-Mine, 19.6.2024, https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/devisen-rohstoffe/rohstoffe-neue-hoffnung-fuer-europas-wertvollste-lithium-mine/100046198.html.

101 Zit. nach Tagesschau, Gipfeltreffen in Belgrad: Xi und Vucic beschwören „eiserne Freundschaft", 8.5.2024, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/xi-vucic-serbien-100.html.

102 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Wege aus der Abhängigkeit: Wie Deutschland die Rohstoffe für eine zukunftsfähige Wirtschaft sichert, 11.11.2024, https://bdi.eu/publikation/news/wege-aus-der-abhaengigkeit-wie-deutschland-die-rohstoffe-fuer-eine-zukunftsfaehige-wirtschaft-sichert, S. 12.

103 Ebd., S. 13.

104 European Commission, Memorandum of Understanding between the European Union and the Republic of Serbia on the Strategic Partnership on Sustainable Raw Materials, Battery Value Chains and Circular Economy, 19.7.2024, https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/6fe0e605-9299-45c3-b846-2efb85585251_en.

105 Manager Magazin, Mercedes-Chef unterstützt Batteriezell-Produktion in Serbien, 19.7.2024, https://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/mercedes-chef-ola-kaellenius-unterstuetzt-batteriezell-produktion-in-serbien-a-8e2b74d5-b5e2-4b0e-aacc-19d0e88859cb.

106 Zit. nach Bundesregierung, Pressekonferenz des Kanzlers in Serbien – Lithium-Abkommen: Wohlstand und Frieden im Westbalkan stärken, 19.7.2024, https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pk-in-serbien-2299998.

107 Euronews, Serbien: Vucic verurteilt Proteste gegen Lithium-Bergwerk als „undemokratisch", 12.8.2024, https://de.euronews.com/my-europe/2024/08/12/serbien-vucic-verurteilt-proteste-gegen-lithium-bergwerk-als-undemokratisch.

108 FoNet, Vučić o litijumu: Određene zapadne službe žele da spreče brzi napredak Srbije, 30.6.2024, https://n1info.rs/vesti/vucic-o-litijumu-odredjene-zapadne-sluzbe-zele-da-sprece-brzi-napredak-srbije.

109 Veljko Petranović, DVA SU CILJA Vučić o protestima: Jedan je rušenje Vučića, drugi podrška stranim silama, 7.8.2024, https://www.alo.rs/vesti/politika/940056/aleksandar-vucic-o-protestima-protiv-rudarenja-litijuma/vest.

110 Amnesty International, Serbia: „A Digital Prison": Surveillance and the suppression of civil society in Serbia, 16.12.2024, https://www.amnesty.org/en/documents/eur70/8813/2024/en.

111 Deutsche Welle, Serbia cancels plan for lithium mine, 20.1.2022, https://www.dw.com/en/serbia-cancels-plan-for-lithium-mine-following-protests/a-60502362.

112 Sasa Dragojlo, Rio Tinto Spends Million Euros on Serbian Land since Mine Cancellation, 23.2.2023, https://balkaninsight.com/2023/02/23/rio-tinto-spends-million-euros-on-serbian-land-since-mine-cancellation.

113 Beta, Vučić o litijumu: Ispao sam najgluplji predsednik na svetu, 28.11.2022, https://n1info.rs/vesti/vucic-o-litijumu-ispao-sam-najgluplji-predsednik-na-svetu.

114 Deutsches Außenministerium, Tweet vom 18.12.2023, https://x.com/GermanyDiplo/status/1736847421974397201, eigene Übers.

115 Patrick Mayer, Baerbock als „Prostituierte" beschimpft: Anti-deutsche Debatten im Serben-TV, 30.3.2023, https://www.merkur.de/politik/annalena-baerbock-gruene-serbien-tv-prostituierte-pro-russland-zdf-lidl-henkel-dm-92165728.html.

116 Zit. nach Erich Rathfelder, Staatssekretärin über Lithium: „Es gibt keinen Rabatt", 12.8.2024, https://taz.de/Staatssekretaerin-ueber-Lithium/!6026645.

117 Ebd.

118 Vedran Džihić, Mining Lithium, Undermining a Democratic Future: EU Deal Takes Serbia Further from Europe, 30.9.2024, https://www.boell.de/en/2024/09/30/mining-lithium-undermining-democratic-future-eu-deal-takes-serbia-further-europe, eigene Übers.

119 Marina Kormbaki, Pistorius und die Hochzeitstänzer, 7.2.2024, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/boris-pistorius-auf-auslandsreise-hochzeitstaenze-auf-dem-balkan-a-0bf93918-e883-4167-8792-ecce97f47d0c.

120 Adelheid Wölfl, Serbien: China kauft Kupfermine in Europa – und spielt nach eigenen Regeln, 14.1.2022, https://www.fr.de/wirtschaft/serbien-china-kupfermine-arbeitsrecht-umweltschutz-vucic-ausbeutung-sklaverei-91234459.html.

121 Michael Martens, Gefahr bei Ostwind, 12.8.2021, https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/umweltverschmutzung-in-serbien-gefahr-in-ostwind-17471603.html.

122 Miodrag Soric, Lukrativer Lithium Abbau, 20.9.2024, https://www.br-klassik.de/video/serbien-lithium-abbau-102.html.

123 Andrzej Rybak, Serbisches Lithium für die Energiewende – „Warum baut ihr das nicht in Deutschland ab?", fragen betroffene Bauern, 23.10.2024, https://www.nzz.ch/international/jadartal-protest-gegen-lithiumabbau-durch-rio-tinto-in-serbien-ld.1848610.

124 Rio Tinto, The Jadar Project, https://riotintoserbia.com/en (25.6.2025).

125 Dragana Đorđević et al., The influence of exploration activities of a potential lithium mine to the environment in Western Serbia, in: Nature Scientific Reports 14/2024, https://www.nature.com/articles/s41598-024-68072-9, eigene Übers.

126 Rio Tinto, Letter to the Editor, Nature – Scientific Reports, 19.8.2024, https://riotintoserbia.com/en/communications/press-releases/2024/2024-08-19-Letter-to-the-Editor-Nature-Scientific-Reports, eigene Übers.

127 Zit. nach Kerstin Kullmann/Christoph Seidler, Der Schatz aus dem Jadar-Tal, 13.1.2025, https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/lithium-vorkommen-in-serbien-was-wird-uns-bleiben-a-6c7f3200-d971-4b4e-beb2-9f4d20a6e86e.

128 European Commission, Recognising certain critical raw material projects located in third countries and in overseas countries or territories as Strategic Projects under Regulation (EU) 2024/1252 of the European Parliament and of the Council, 4.6.2025, https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/download/808502c2-21c7-4ca8-855f-ff0b528f91c4_en?filename=C_2025_3491_1_EN_ACT_part1_v4.pdf.

129 Adelheid Wölfl, EU erklärt serbische Lithium-Mine zum strategischen Projekt, 4.6.2025, https://www.derstandard.de/story/3000000272727/eu-erklaert-serbische-lithium-mine-zum-strategischen-projekt.

5. Kosovo

1 Deutscher Bundestag, Vor 25 Jahren: Bundestag stimmt erstmals für Kriegseinsatz der Bundeswehr, 11.10.2023, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw42-kalenderblatt-kriegseinsatz-970602.

2 Deutscher Bundestag, Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt, 12.10.1998, https://dserver.bundestag.de/btd/13/114/1311469.pdf.

3 Rede verfügbar unter: SWR2 Archivradio, Grüner Außenminister Joschka Fischer für Kriegseinsatz der Bundeswehr im Kosovo, 13.5.1999, https://www.swr.de/swrkultur/wissen/archivradio/joschka-fischer-nie-wieder-auschwitz-als-begruendung-fuer-kosovo-kriegseinsatz-100.html.

4 Zit. nach Radio-Beitrag von Norbert Mappes-Niediek, 78 Tage Bomben- und Nervenkrieg auf dem Balkan, 24.3.2024, https://www.deutschlandfunk.de/kosovokrieg-bundeswehr-100.html.

5 Erich Rathfelder, Kosovo. Geschichte eines Konflikts, Berlin 2010, S. 9.

6 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 361.

7 Zit. nach Franziska Tschinderle, „Die Bomben waren illegal, aber legitim", 30.3.2024, https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-03/kosovokrieg-nato-serbien-wolfgang-petritsch.

8 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 331.

9 Stellungnahme des Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin vom 31. März 1999 (Wortlaut), dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai 1999, https://www.blaetter.de/ausgabe/1999/mai/stellungnahme-des-praesidenten-der-russischen-foederation-boris-jelzin-vom-31-maerz-1999-wortlaut.

10 Florian Bieber, Pulverfass Balkan. Wie Diktaturen Einfluss in Europa nehmen, München 2023, S. 66.

11 Ebd., S. 57.

12 Humanitarian Law Center, Record of murdered/killed and disappeared persons in connection with the war in Kosovo, 9.12.2014, http://www.hlc-rdc.org/?p=27779&lang=de.

13 Human Rights Watch, Civilian Deaths in the NATO Air Campaign, Februar 2000, https://www.hrw.org/reports/pdfs/g/general/natbm002.pdf.

14 Humanitarian Law Center, Zivile Opfer der NATO-Intervention, https://www.hlc-rdc.org/db/nato/index.html (10.7.2025).

15 Bundeszentrale für politische Bildung, 1999: Beginn des NATO-Einsatzes im Kosovo, 20.3.2024, https://www.bpb.de/546700.

16 Siehe etwa Elisa Satjukow, Die andere Seite der Intervention. Eine serbische Erfahrungsgeschichte der NATO-Bombardierung 1999, Bielefeld 2020.

17 Das Interview mit Stela Jovanović wurde 2022 geführt und in folgender Reportage verarbeitet: Franziska Tschinderle, Der Zug, 23.4.2022, https://www.republik.ch/2022/04/23/der-zug.

18 Deutsche Welle, Kosovo feiert mit Clinton „20 Jahre Freiheit", 12.6.2019, https://www.dw.com/de/kosovo-feiert-mit-clinton-20-jahre-freiheit/a-49166430.

19 Franziska Tschinderle, Serbien vor der Wahl: Wie eng ist die Freundschaft zu Russland?, 1.4.2022, https://www.profil.at/ausland/serbien-vor-der-wahl-wie-eng-ist-die-freundschaft-zu-russland/401959019.

20 Oliver Jens Schmitt, Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Köln 2008, S. 229.

21 Ebd., S. 255.

22 Marie-Janine Calic, Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region, München 2016, S. 568.

23 Oliver Jens Schmitt, Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Köln 2008, S. 274.

24 Denis Drobyshev, „Wem gehört Kosovo?" Die Geschichte eines Konflikts, in: Ost-West. Europäische Perspektiven 3/2005, https://www.owep.de/artikel/465-wem-gehoert-kosovo-geschichte-eines-konflikts.

25 Oliver Jens Schmitt, Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Köln 2008, S. 302.

26 Ebd., S. 258.

27 Ebd., S. 247.

28 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 301.

29 Zit. nach Tim Judah, Kosovo. What everyone needs to know, Oxford 2008, S. 58, eigene Übers.

30 Zit. nach ebd., S. 62, eigene Übers.

31 Jens Reuter, Die Entstehung des Kosovo-Problems, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 34/1999, https://www.bpb.de/539006.

32 Rede von Slobodan Milošević zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld, dokumentiert in: János Bak/Karl Kaser/Martin Prochazka (Hrsg.), Selbstbild und Fremdbilder der Völker des östlichen Europa (Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens 18), Klagenfurt 2006, S. 648, https://eeo.uni-klu.ac.at/wwwg.uni-klu.ac.at/eeo/Milosevic_Rede.pdf.

33 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 310.

34 Oliver Jens Schmitt, Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Köln 2008, S. 314.

35 Ebd., S. 319.

36 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 315.

37 Bujar Bukoshi zit. nach Erich Rathfelder, Kosovo. Geschichte eines Konflikts, Berlin 2010, S. 147.

38 Ebd., S. 157.

39 Neue Zürcher Zeitung, Die Vergessenen von Dayton, 18.2.2008, https://www.nzz.ch/die_vergessenen_von_dayton-ld.465015.

40 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 317.

41 Erich Rathfelder, Kosovo. Geschichte eines Konflikts, Berlin 2010, S. 192.

42 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 297.

43 Erich Rathfelder, Kosovo. Geschichte eines Konflikts, Berlin 2010, S. 188.

44 Oliver Jens Schmitt, Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Köln 2008, S. 325.

45 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 326.

46 Elisa Satjukow, Die andere Seite der Intervention. Eine serbische Erfahrungsgeschichte der NATO-Bombardierung 1999, Bielefeld 2020, S. 65.

47 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 333.

48 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Pressemitteilung vom 17. März 1999, https://www.osce.org/cio/52362.

49 Der Spiegel, Keine Beweise für Massaker von Racak, 17.1.2001, https://www.spiegel.de/politik/ausland/kosovo-krieg-keine-beweise-fuer-massaker-von-racak-a-112775.html.

50 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent. Berlin 2022, S. 333.

51 Ebd., S. 336.

52 Zit. nach Vesko Garcevic, NATO's Intervention Changed Western-Russian Relations Forever, 22.3.2019, https://balkaninsight.com/2019/03/22/natos-intervention-changed-western-russian-relations-forever, eig. Übers.

53 Karl Kaser, Die Verhandlungen in Rambouillet und Paris. Die Fragen der Souveränität Jugoslawiens und der Unabhängigkeit für Kosovo, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 1–2/2000, S. 62, https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/soeu-2000-491-205/html?lang=de&srsltid=AfmBOoq7ncNfwIEzyQ3UA3OZkZfqlHQV3lZscYzUVlPifwY9-s4fuaDj.

54 Vgl. dazu die Podcast-Sonderfolge zu Peter Handke: Neues vom Ballaballa-Balkan, Extra: Noch einmal zu Handke …, 4.12.2019, https://ballaballa-balkan.de/episode/extra-noch-einmal-zu-handke.

55 Karl Kaser/Wolfgang Petritsch/Robert Pichler, Kosovo – Kosova. Mythen, Daten, Fakten, Klagenfurt 1999, S. 389.

56 Fernsehansprache von US-Präsident Bill Clinton vom 24. März 1999, verfügbar unter: https://millercenter.org/the-presidency/presidential-speeches/march-24-1999-statement-kosovo (7.10.2025).

57 Human Rights Watch, Civilian Deaths in the NATO Air Campaign, Februar 2000, https://www.hrw.org/reports/pdfs/g/general/natbm002.pdf.

58 Elisa Satjukow, Die andere Seite der Intervention. Eine serbische Erfahrungsgeschichte der NATO-Bombardierung 1999, Bielefeld 2020, S. 65.

59 Franziska Tschinderle, Der Zug, 23.4.2022, https://www.republik.ch/2022/04/23/der-zug.

60 Amnesty International, Federal Republic of Yugoslavia (FRY)/NATO: „Collateral damage" or unlawful killings?, 5.6.2000, https://www.amnesty.org/en/documents/eur70/018/2000/en, S. 33.

61 Human Rights Watch, Civilian Deaths in the NATO Air Campaign, Februar 2000, https://www.hrw.org/reports/pdfs/g/general/natbm002.pdf.

62 Elisa Satjukow, Die andere Seite der Intervention. Eine serbische Erfahrungsgeschichte der NATO-Bombardierung 1999, Bielefeld 2020, S. 13.

63 Marie-Janine Calic, Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region, München 2016, S. 575.

64 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 342.

65 Abschlussbericht an die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (englische Abkürzung: ICTY für International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) vom 16. Juni 2000, https://www.icty.org/en/press/final-report-prosecutor-committee-established-review-nato-bombing-campaign-against-federal#IVB5.

66 Ian Fisher, They Were Human Shields When 80 Died, Kosovars Say, 31.5.1999, https://archive.nytimes.com/www.nytimes.com/library/world/europe/053199kosovo-refugees.1.jpg.html.

67 Ebd., eigene Übers.

68 Abschlussbericht an die Anklagebehörde des ICTY vom 16. Juni 2000, https://www.icty.org/en/press/final-report-prosecutor-committee-established-review-nato-bombing-campaign-against-federal#IVB5, eigene Übers.

69 Bundeswehr, 11. Juni 2024: 25 Jahre KFOR-Einsatz im Kosovo, https://www.bundeswehr.de/de/meldungen/25-jahre-kfor-einsatz-kosovo (7.10.2025).

70 Kai Lehmann, Der Luftkrieg der NATO und die deutsche Beteiligung am Einmarsch in das Kosovo 1999, in: Bernhard Chiari/Agilolf Keßelring (Hrsg.), Kosovo. Wegweiser zur Geschichte, S. 85–94, hier S. 92.

71 Erich Rathfelder, Kosovo. Geschichte eines Konflikts, Berlin 2010, S. 283.

72 President of the Republic of Kosovo, President Osmani commemorated the 25th anniversary of the Korisha Massacre, 13.5.2024, https://president-ksgov.net/en/president-osmani-commemorated-the-25th-anniversary-of-the-korisha-massacre, eigene Übers.

73 Zit. nach Kosovo Online, Vučić: We will never join NATO, we are preserving military neutrality, 24.3.2024, https://www.kosovo-online.com/en/news/politics/vucic-we-will-never-join-nato-we-are-preserving-military-neutrality-24-3-2024, eigene Übers.

74 Franziska Tschinderle, Platzverweis, 16.4.2017, https://www.zeit.de/sport/2017-04/mitrovica-kosovo-spaltung-fussball-serbien-albanien-konflikt.

75 Zit. nach Andreas Ernst, Eine Brücke in Kosovo trennt Albaner und Serben, 15.8.2024, https://www.nzz.ch/international/kosovo-kurti-will-die-bruecke-oeffnen-die-albaner-und-serben-trennt-ld.1843462.

76 Emirjeta Vllahiu, Preliminary Results: Vetëvendosje and PDK Candidates Win Snap Local Elections in the North, 23.4.2023, https://prishtinainsight.com/preliminary-results-vetevendosje-and-pdk-candidates-win-snap-elections-in-northern-municipalities.

77 European Stability Initiative, Invented Pogroms. Statistics, lies and confusion in Kosovo, 19.2.2024, https://www.esiweb.org/sites/default/files/reports/pdf/ESI_Invented%20pogroms%20-%20Statistics%20and%20the%20vanishing%20of%20Serbs%20-%2019%20Feb%202024.pdf.

78 International Crisis Group, Den Kosovo-Serbien-Dialog wiederbeleben, 25.1.2021, https://www.crisisgroup.org/de/europe-central-asia/balkans/kosovo/262-relaunching-kosovo-serbia-dialogue.

79 Der Thinktank Balkans Policy Research Group (BPRG) hat auf dieser Website sämtliche seit 2011 verabschiedeten Abkommen als PDF im Original hochgeladen: https://dialogue-info.com.

80 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Kosovo, https://www.bmz.de/de/laender/kosovo (13.5.2025).

81 Bundeswehr, Der Einsatz im Kosovo, Juni 2024, https://www.bundeswehr.de/resource/blob/41752/74532c7b4071472040b8f64696863a44/download-broschuere-kfor-data.pdf.

82 Interview mit Albin Kurti bei Sky News, https://www.youtube.com/watch?v=t9oy_Madi3M&t=181s&tab_channel=ZyraeKryeministritt%C3%ABKosov%C3%ABs (hochgeladen am 2.3.2022).

83 Zit. nach RTK, Kosovo President: Vucic obviously playing by Putin's book, 28.2.2022, https://www.rtklive.com/en/news-single.php?ID=20626, eigene Übers.

84 Franziska Tschinderle, Experte zum Angriff auf Kosovo: „Das waren keine Zivilisten", 27.9.2023, https://www.profil.at/ausland/experte-zum-angriff-auf-kosovo-das-waren-keine-zivilisten/402609698.

85 Ebd.

86 Zentrale Wahlkommission des Kosovo, Municipal Assembly Elections 2021, https://kqz-ks.org/an/municipal-assembly-elections/municipal-assembly-elections-2021 (15.7.2025).

87 Vedran Džihić, Serbien und Kosovo in der selbstverschuldeten Sackgasse? Eine Analyse der Beziehung zwischen Belgrad und Pristina im Lichte der jüngsten Krisen, Arbeitspapier für das österreichische Institut für internationale Politik (oiip), Juni 2019, https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/64464/ssoar-2019-dzihic-Serbien_und_Kosovo_in_der.pdf?sequence=1&isAllowed=y.

88 Xhorxhina Bam/Milica Stojanovic, Serbs Stage Mass Resignation from Kosovo State Institutions, 5.11.2022, https://balkaninsight.com/2022/11/05/serbs-stage-mass-resignation-from-kosovo-state-institutions.

89 Zit. nach Adelheid Wölfl, Nationalisten im Nordkosovo boykottieren Institutionen, 6.11.2022, https://www.derstandard.de/story/2000140580279/sorge-vor-eskalation-im-schilderstreit-nationalisten-im-nord-kosovo-boykottieren.

90 Delegation of the European Union to the Council of Europe, Belgrade-Pristina Dialogue: Agreement on the path to normalisation between Kosovo and Serbia, 27.2.2023, https://www.eeas.europa.eu/eeas/belgrade-pristina-dialogue-agreement-path-normalisation-between-kosovo-and-serbia_en?s=51.

91 The Diplomatic Service of the European Union, Belgrade-Pristina Dialogue: Press remarks by High Representative Josep Borrell after the Ohrid Meeting with President Vučić and Prime Minister Kurti, 19.3.2023, https://www.eeas.europa.eu/eeas/belgrade-pristina-dialogue-press-remarks-high-representative-josep-borrell-after-ohrid-meeting_en, eigene Übers.

92 Zit. nach N1, Vucic says he does not want ‚legal agreements with Kosovo', 19.3.2023, https://n1info.rs/english/news/vucic-says-he-does-not-want-legal-agreements-with-kosovo, eigene Übers.

93 Marina Vulović, Der Normalisierungsprozess zwischen Kosovo und Serbien, in: SWP-Aktuell 17/2023, 9.3.2023, https://www.swp-berlin.org/publikation/der-normalisierungsprozess-zwischen-kosovo-und-serbien.

94 Zit. nach Alice Taylor-Braçe, Kaum Beteiligung: Serbien bezeichnet Kosovo-Wahlen als Farce, 24.4.2023, https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/kaum-beteiligung-serbien-bezeichnet-kosovo-wahlen-als-farce.

95 Kosovo Online, Hovenier: US recommends that mayors do not work from municipal buildings but from other buildings, 29.5.2023, https://www.kosovo-online.com/en/news/politics/hovenier-us-recommends-mayors-do-not-work-municipal-buildings-other-buildings-29-5.

96 Paul Lewis, Former US diplomat backs Albanian nationalist in Kosovo elections, 12.12.2010, https://www.theguardian.com/world/2010/dec/12/former-diplomat-backs-albanian-nationalist.

97 Julia Amalia Heyer, Die Puppenspieler, 7.8.2011, https://www.spiegel.de/international/europe/tito-we-miss-you-young-kosovars-lose-patience-with-foreign-helpers-a-779236.html.

98 Zit. nach Franziska Tschinderle, Der Unruhestifter, März 2018, https://datum.at/der-unruhestifter.

99 Zit. nach Tagesspiegel, Djoković irritiert mit politischer Botschaft zum Kosovokonflikt, 30.5.2023, https://www.tagesspiegel.de/sport/tennisstar-uber-serbische-gewalt-im-kosovo-novak-djokovic-schreibt-politische-botschaft-in-paris-9897935.html.

100 Bundeswehr, Der Kosovo Force-Einsatz war, ist und bleibt unverzichtbar, 16.1.2024, https://www.bundeswehr.de/de/auftrag/einsaetze/kfor-einsatz-war-ist-bleibt-unverzichtbar-5727406.

101 Zit. nach Adelina Gashi/Franziska Tschinderle, Droht in Kosovo ein Krieg?, 28.10.2023, https://www.republik.ch/2023/10/28/droht-in-kosovo-ein-krieg.

102 Zit. nach ebd.

103 Martina Alcheva, Red Star Belgrade displays war message directed at Kosovo, 27.7.2023, https://worldsoccertalk.com/news/red-star-belgrade-displays-war-message-directed-at-kosovo-20230727-WST-445853.html, eigene Übers.

104 RTK – Radio and Television of Kosovo, Tweet vom 26.9.2023, https://x.com/rtklivecom/status/1706621281808871879?s=20.

105 Der Kosovo hat einseitig den Euro als Zahlungsmittel übernommen, ohne offiziell Teil der Europäischen Währungsunion zu sein. Zuvor wurde die Deutsche Mark verwendet.

106 Zit. nach Adelheid Wölfl, Tabubruch auf dem Balkan, 8.12.2019, https://www.fr.de/politik/tabubruch-balkan-10964104.html.

107 Zit. nach Kosovo Online, Grenell: Germany on the wrong side of history, supporting Kurti, 19.12.2023, https://www.kosovo-online.com/en/news/politics/grenell-germany-wrong-side-history-supporting-kurti-19-12-2023, eigene Übers.

6. Bosnien-Herzegowina

1 Kartonrevolucija, TikTok-Posting vom 6.10.2024, https://www.tiktok.com/@kartonrevolucija/video/7422703422069034246, eigene Übers.

2 Vreme, Posle Vučićevog komentara: Zabranjen ulazak u Srbiju aktivisti iz BiH, 12.7.2024, https://vreme.com/vesti/posle-vucicevog-komentara-zabranjen-ulazak-u-srbiju-aktivisti-iz-bih.

3 Siehe etwa Tagesschau, Bosnien und Herzegowina: Nationalisten geben den Ton an, 3.10.2022, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/bosnien-herzegowina-wahlen-101.html; Deutsche Welle, Stichwort: Das politische System Bosnien-Herzegowinas, 11.11.2011, https://www.dw.com/de/stichwort-das-politische-system-bosnien-herzegowinas/a-6642062.

4 Transparency International, Corruption Perceptions Index 2024, 11.2.2025, https://www.transparency.de/cpi/cpi-2024.

5 World Justice Project, Rule of Law Index 2024 – Bosnia and Herzegovina, https://worldjusticeproject.org/rule-of-law-index/country/2024/Bosnia%20and%20Herzegovina (14.5.2025).

6 Saša Gavrić, Warum Bosnien und Herzegowina eine Verfassungsreform braucht, in: Ost-West. Europäische Perspektiven 4/2011, https://www.owep.de/artikel/885-warum-bosnien-und-herzegowina-eine-verfassungsreform-braucht.

7 Die Zahl „99" bezog sich auf die Frequenz, unter der das Radio-Programm empfangen werden konnte.

8 Siehe etwa Reymer Klüver, Die 1 425 Tage von Sarajevo: Die Geschichte der längsten Belagerung des 20. Jahrhunderts, 5.2.2024, https://www.geo.de/wissen/weltgeschichte/jugoslawienkonflikt--belagerung-von-sarajevo-34413122.html.

9 Siehe etwa Erich Rathfelder, Beginn des Bosnienkriegs vor 30 Jahren: Hilflos, unklar und teils vergessen, 6.4.2022, https://taz.de/Beginn-des-Bosnienkriegs-vor-30-Jahren/!5843289.

10 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, S. 228 ff.

11 INDEXHR, Rat u Bosni i Hercegovini odnio 97 207 života, 22.6.2007, https://www.index.hr/vijesti/clanak/rat-u-bosni-i-hercegovini-odnio-97207-zivota/351603.aspx, Originalquelle: Research and Documentation Center Sarajevo, archiviert abrufbar unter: https://web.archive.org/web/20101203232759/http://www.idc.org.ba/index.php?option=com_content&view=section&id=35&Itemid=126&lang=bs.

12 Zur Diskussion über die „Muslime im nationalen Sinne" im sozialistischen Jugoslawien: Jasmin Mujanović, Bošnjaci – Nacija nakon genocida, Zenika 2024, S. 133 ff.

13 Referendum o nezavisnosti BiH: Historijska prekretnica, 29.2.2023: https://www.vijesti.ba/clanak/684150/referendum-o-nezavisnosti-bih-historijska-prekretnica.

14 Wie schwerfällig diese Verhandlungen verliefen, wird detailliert beschrieben in: George Packer, Our Man. Richard Holbrooke and the End of the American Century, New York 2019, S. 367 ff.

15 Das war im ehemaligen Jugoslawien noch anders. Dort wurde die „Nationalität" des Inhabers in den Ausweisdokumenten festgehalten.

16 EGMR, Urteil vom 22. Dezember 2009 im Fall Sejdić und Finci gegen Bosnien und Herzegowina, Nr. 27996/06 und 34836/06, https://hudoc.echr.coe.int/fre#{%22itemid%22:[%22001-96491%22]}.

17 Adelheid Wölfl, Bahnbrechendes Urteil für ein bürgerliches Bosnien, 28.8.2023, https://www.derstandard.de/story/3000000184646/bahnbrechendes-urteil-f252r-ein-b252rgerliches-bosnien.

18 Bis Mitte August 2025 hatte der EGMR lediglich die Kurzfassung des Urteils veröffentlicht. Die Veröffentlichung der ausführlichen Urteilsbegründung stand noch aus: EGMR, Operative provisions in the Grand Chamber case Kovačević v. Bosnia and Herzegovina, 25.6.2025, https://hudoc.echr.coe.int/eng-press#{%22itemid%22:[%22003-8268398-11636047%22]}.

19 Radio Slobodna Evropa, Komšić proglasio pobjedu, https://www.youtube.com/watch?v=cnfqxx1zTfM (hochgeladen am 8.10.2018), eigene Übers.

20 Matija Perić, U nekim općinama Komšić dobio 40 puta više glasova nego što u njima živi Hrvata, 9.10.2018, https://www.vecernji.ba/vijesti/u-nekim-opcinama-komsic-dobio-40-puta-vise-glasova-nego-sto-u-njima-zivi-hrvata-1277013; Željko Trkanec, Podatak koji sve govori o Komšićevoj pobjedi: u gradu sa 6,5 posto Hrvata dobio 27 posto glasova, 3.10.2022, https://www.jutarnji.hr/vijesti/svijet/podatak-koji-sve-govori-o-komsicevoj-pobjedi-u-gradu-sa-6-5-posto-hrvata-dobio-27-posto-glasova-15256444.

21 Vera Soldo, Komšić: predsjednik bez hrvatske licence, 18.10.2018, https://www.dw.com/bs/kom%C5%A1i%C4%87-predsjednik-bez-hrvatske-licence/a-46060766.

22 HINA, Čović: Hrvati u BiH izloženi pokušaju majorizacije i na to smo morali odgovoriti, 11.6.2022, https://dnevnik.hr/vijesti/hrvatska/covic-hrvati-u-bih-izlozeni-pokusaju-majorizacije-i-na-to-smo-morali-odgovoriti---728374.html.

23 Erich Rathfelder, Protest gegen Wahlgesetz, 26.7.2022, https://taz.de/Umstrittene-Gesetzesaenderung-in-Bosnien/!5869973.

24 Sven Petke/Suljo Ćorsulić, „Zukunft als Aufgabe" – Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, 1.8.2021, https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/zukunft-als-aufgabe-der-hohe-repraesentant-fur-bosnien-und-herzegowina.

25 Norbert Mappes-Niediek, Der Herr der Gesetze, 12.8.2021, https://monde-diplomatique.de/artikel/!5891506.

26 Siehe auch Maximilian Popp, Wie ein Kolonialherr, 20.7.2022, https://www.spiegel.de/ausland/christian-schmidt-rastet-in-bosnien-und-herzegowina-aus-wie-ein-kolonialherr-kommentar-a-0d5163af-82ba-4bea-8db1-209460ef3116.

27 Jasmina Rose, Bosnien und Kosovo: Europas vergessene Protektorate, 12.2.2017, https://www.dw.com/de/bosnien-und-kosovo-europas-vergessene-protektorate/a-37600228.

28 Michael Martens, Bosnien-Hercegovina: Wie die EU Christian Schmidt zum König gemacht hat, 26.2.2023, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bosnien-hercegovina-wie-die-eu-christian-schmidt-zum-koenig-gemacht-hat-18703925.html.

29 Milan Peh, Inzko poništio odluke o izboru predsjednika i dopredsjednika Federacije BiH, 27.3.2011, https://www.jutarnji.hr/vijesti/svijet/inzko-ponistio-odluke-o-izboru-predsjednika-i-dopredsjednika-federacije-bih-1969494.

30 Gordana Simonović, Odjek na događaje u BiH suzdržan, 29.3.2011, https://www.dw.com/hr/odjek-na-doga%C4%91aje-u-bih-suzdr%C5%BEan/a-14951197.

31 Michael Martens, Bosnien-Hercegovina: Wie die EU Christian Schmidt zum König gemacht hat, 26.2.2023, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bosnien-hercegovina-wie-die-eu-christian-schmidt-zum-koenig-gemacht-hat-18703925.html.

32 Radio Sarajevo, „Kvar" uoči presude Suda BiH: Dodikova blokada isporuke plina Sarajevu po ruskom receptu, 12.1.2025, https://radiosarajevo.ba/vijesti/bosna-i-hercegovina/kvar-uoci-presude-suda-bih-dodikova-blokada-isporuke-plina-sarajevu-po-ruskom-receptu/580213.

33 RTRS vijesti, Dodik: Srpska ima pravo na svoje postojanje; Ovo je miting volje i podrške i daje mi snagu, https://www.youtube.com/watch?v=Lr6AjshK9Xs (hochgeladen am 25.2.2025).

34 N1, Uprkos odlukama Ustavnog suda BiH danas u RS proslava 9. januara, 9.1.2020, https://n1info.ba/vijesti/a402678-Uprkos-odlukama-Ustavnog-suda-BiH-danas-u-RS-proslava-9-januara.

35 Florian Naumann, Sorge vor Eskalation: Zerbricht Bosnien-Herzegowina? Präsident droht – auch der Nato, 20.10.2021, https://www.merkur.de/politik/bosnien-herzegowina-dodik-srpska-armee-russland-putin-nato-sarajevo-schmidt-csu-un-91063413.html.

36 Chris Bird, Bosnian Serb president is sacked by the West, 6.3.1999, https://www.theguardian.com/world/1999/mar/06/balkans.

37 B. R., Kako je Dodik govorio o visokom predstavniku nakon što ga je Poplašen pokušao smijeniti: Pravo koje je iznad ustava, 22.2.2025, https://www.klix.ba/vijesti/bih/kako-je-dodik-govorio-o-visokom-predstavniku-nakon-sto-ga-je-poplasen-pokusao-smijeniti-pravo-koje-je-iznad-ustava/250222071.

38 A. L., Dodik otkrio što će odmah napraviti: „Od danas nema više BiH kakvu ste zamišljali", 26.2.2025, https://dnevnik.hr/vijesti/svijet/dodik-otkrio-sto-ce-odmah-napraviti-od-danas-nema-vise-bih-kakvu-ste-zamisljali---899026.html.

39 Matthias Fink, Srebrenica – Chronologie eines Völkermords oder Was geschah mit Mirnes Osmanović, Hamburg 2015, S. 224.

40 Die Zahl beruht auf Schätzungen der Organisation „Remembering Srebrenica": https://srebrenica.org.uk/what-happened/history/column. Das Srebrenica Memorial Center spricht von 15 000 Männern und Jungen, von denen mehr als zwei Drittel getötet worden seien: https://srebrenicamemorial.org/en/page/genocide-in-srebrenica/26 (14.5.2025).

41 Matthias Fink, Srebrenica – Chronologie eines Völkermords oder Was geschah mit Mirnes Osmanović, Hamburg 2015, S. 842 ff.

42 Zit. nach Jan Puhl, Keine Reue, keine Demut, 8.6.2021, https://www.spiegel.de/ausland/ratko-mladic-lebenslang-fuer-den-schlaechter-von-srebrenica-a-939ec49e-7201-4f7f-a6dc-7f2446c03dc1.

43 In der serbischen Propaganda der 1990er-Jahre wurden die bosnischen Muslime vielfach als „Türken" bezeichnet, womit sie als „Überbleibsel" und Kollaborateure der einstigen osmanischen Herrschaft markiert werden sollten. Mladićs Auftritt in Srebrenica wurde filmisch festgehalten: The Mladic Files: Mladic Entering Srebrenica – July 11, 1995, https://www.youtube.com/watch?v=QfInjlNoT4Q (hochgeladen am 21.10.2011), eigene Übers.

44 Matthias Fink, Srebrenica – Chronologie eines Völkermords oder Was geschah mit Mirnes Osmanović, Hamburg 2015, S. 553 ff.

45 Ebd., S. 477 ff.

46 Eric Schmitt, Spy Photos Indicate Mass Graves At Serb Held Town, US say, in: New York Times, 10.8.1995; David Rhode, Witness finds evidence of Serb Killing Fields, in: The Guardian, 19.8.1995.

47 Sadik Salimović/Meliha Kešmer, Dodik o genocidu u Srebrenici: Od priznanja do negiranja bez kazne, 23.2.2023, https://www.slobodnaevropa.org/a/milorad-dodik-potocari-srebrenica-genocid-bosna-hercegovina/32284742.html, eigene Übers.

48 Azra Husarić Omerović, Zašto su nekažnjiva najmanje 23 negiranja genocida Milorada Dodika, 23.5.2024, https://detektor.ba/2024/05/23/zasto-je-nekaznjivo-najmanje-23-negiranja-genocida-milorada-dodika.

49 Zit. nach Al Jazeera Balkan, Dodik opet negirao genocid u Srebrenici i izrazio spremnost da robija, 21.8.2021, https://balkans.aljazeera.net/news/balkan/2021/8/12/dodik-apsolutno-bih-prije-isao-u-zatvor-nego-priznao-da-se-u-srebrenici-desio-genocid, eigene Übers.

50 Der Spiegel, Leugnung von Srebrenica-Völkermord strafbar, 23.7.2021, https://www.spiegel.de/ausland/bosnien-herzegowina-leugnung-von-srebrenica-voelkermord-strafbar-a-63e2ce51-0394-4dc5-9431-5251f02f5536.

51 Im englischen Original: „The Trial Chamber stated that it was ‚convinced beyond any reasonable doubt that a crime of genocide was committed in Srebrenica'", Pressemitteilung des IStGHJ vom 2. August 2001, https://www.icty.org/en/press/radislav-krstic-becomes-first-person-be-convicted-genocide-icty-and-sentenced-46-years.

52 Die umfassende Prozessgeschichte sowie die Urteile der verschiedenen Instanzen gegen Mladić und Karadžić sind auf der offiziellen Webseite des IStGHJ abrufbar: https://www.icty.org/en/case/mladic bzw. https://www.icty.org/en/case/karadzic (25.7.2025).

53 Marion Kraske, Entschuldigung nach Jahren des Leugnens, 12.11.2004, https://www.spiegel.de/politik/ausland/massaker-von-srebrenica-entschuldigung-nach-jahren-des-leugnens-a-327571.html.

54 Independent International Commission of Inquiry on the Suffering of All People in the Srebrenica region between 1992 and 1995, General Conclusions to the Official Report, https://incomfis-srebrenica.org/wp-content/uploads/General-conclusions-English.pdf, S. 1037 f.

55 Nermina Kuloglija-Prutina, Israeli Historian Will, Correct Srebrenica Death Toll in Bosnian Serb Report, 20.1.2022, verfügbar unter https://balkaninsight.com/2022/01/20/israeli-historian-will-correct-srebrenica-death-toll-in-bosnian-serb-report.

56 Ebd.

57 Jüdische Allgemeine, Israelischer Historiker Greif erhält doch kein Verdienstkreuz, 31.12.2021, https://www.juedische-allgemeine.de/politik/bundespraesidialamt-israelischer-historiker-greif-erhaelt-doch-kein-verdienstkreuz.

58 Cathrin Schütz, „Gefechtstote werden geleugnet", 10.7.2010, https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/147338.gefechtstote-werden-geleugnet.html.

59 Krsto Lazarević, Srebrenica und die deutsche Linke, 23.7.2020, https://jungle.world/artikel/2020/30/srebrenica-und-die-deutsche-linke.

60 Adelheid Wölfl, Peter Handke und die Mär vom Rachemassaker, 4.11.2019, https://www.derstandard.de/story/2000110626189/peter-handke-und-die-maer-vom-rachemassaker.

61 Alida Bremer, Literatur-Nobelpreis in den falschen Händen, 11.10.2019, https://www.dw.com/de/handke-und-der-balkan-nobelpreis-in-den-falschen-h%C3%A4nden/a-50794184.

62 Zit. nach Goran Katić, Šta kaže Dodik, a šta su činjenice o Srebrenici, 17.4.2024, https://www.slobodnaevropa.org/a/tacno-netacno-milorad-dodik-srebrenica/32907832.html, eigene Übers.

63 Zum Hintergrund der Srebrenica-Resolution: Marinko Sekulic/Zoran Arbutina, Srebrenica-Resolution: Ein wichtiger symbolischer Akt, 14.2.2025, https://www.dw.com/de/srebrenica-resolution-ein-wichtiger-symbolischer-akt/a-69156301.

64 Samir Huseinović, Rezolucija o Srebrenici neće donijeti ono što govore Vučić i Dodik?, 16.4.2024, https://www.dw.com/sr/rezolucija-o-srebrenici-ne%C4%87e-doneti-ono-%C5%A1to-govore-vu%C4%8Di%C4%87-i-dodik/a-68836542, eigene Übers.

65 Siehe etwa Bojan Aležina, Republika Srpska je genocidna tvorevina, a Federacija BiH nepravedna, 5.3.2025, https://www.vecernji.hr/vijesti/republika-srpska-je-genocidna-tvorevina-a-federacija-bih-nepravedna-959373.

66 Jasmin Mujanović, Bošnjaci – Nacija nakon genocida, Zenika 2024, S. 158 ff.

67 Chris Hedges, From One Serbian Militia Chief, a Trail of Plunder and Slaughter, 25.3.1996, https://www.nytimes.com/1996/03/25/world/from-one-serbian-militia-chief-a-trail-of-plunder-and-slaughter.html.

68 Jasmin Mujanović, Bošnjaci – Nacija nakon genocida, Zenika 2024, S. 158 f.

69 Zahlen der letzten offiziellen Volkszählung von 2013, http://www.statistika.ba/?show=12&tid=29800 (28.7.2025).

70 Angaben des bosnischen Statistikamtes, http://www.statistika.ba/?show=12&tid=20168 (28.7.2025).

71 Transkript der 16. Sitzung des Parlaments des serbischen Volkes in Bosnien-Herzegowina vom 12. Mai 1992, https://srebrenicamemorial.org/app/tg/transkripti-genocida.html, eigene Übers..

72 Matthias Fink, Srebrenica – Chronologie eines Völkermords oder Was geschah mit Mirnes Osmanović, Hamburg 2015, S. 141 f.

73 Siehe etwa Christoph Mörgeli, Das Heldenvolk der Serben, 9.1.2022, https://weltwoche.ch/story/heldenvolk-der-serben.

74 Norbert Mappes-Niediek, Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent, Berlin 2022, 173 f.

7. Montenegro

1 Vijesti, Krivokapić: An attack on the police is an attack on the state, the principals and organizers, the leadership of the DPS with criminal groups, 5.9.2021, https://en.vijesti.me/news-b/politika/565081.

2 MONSTAT (Statistikamt Montenegros), The 2023 Census of Population, Households, and Dwellings, 15.10.2024, S. 2, https://www.monstat.org/uploads/files/popis%202021/saopstenja/SAOPSTENJE_Popis%20stanovnistva%202023%20II_ENG.pdf.

3 Ebd.

4 Cetinje war bis 1918 Hauptstadt des Landes. Heute ist die Hauptstadt Montenegros Podgorica, in Cetinje befindet sich der Amtssitz des Präsidenten Montenegros.

5 Zit. nach N1, Milatović: „Rekli smo zbogom posljednjem diktatoru u Europi", 2.4.2023, https://n1info.hr/regija/milatovic-rekli-smo-zbogom-posljednjem-diktatoru-u-europi.

6 Zit. nach Nikola Dragaš, Đukanović čestitao Milatoviću: Crna Gora je izabrala, i taj izbor poštujem, 2.4.2023, https://www.vijesti.me/vijesti/politika/650654/djukanovic-cestitao-milatovicu-crna-gora-je-izabrala-i-taj-izbor-postujem.

7 MONSTAT (Statistikamt Montenegros), The 2023 Census of Population, Households, and Dwellings, 15.10.2024, S. 6 f., https://www.monstat.org/uploads/files/popis%202021/saopstenja/SAOPSTENJE_Popis%20stanovnistva%202023%20II_ENG.pdf.

8 Zit. nach Vijesti online, Šta je Đukanović govorio od 1990. do danas, 9.11.2012, https://www.vijesti.me/vijesti/politika/298709/sta-je-dukanovic-govorio-od-1990-do-danas, eigene Übers.

9 Vanja Majetić, Crnu Goru opet vodi čovjek koji je zamrzio šah zbog Hrvata, 18.10.2016, https://www.tportal.hr/vijesti/clanak/crnu-goru-opet-vodi-covjek-koji-je-zamrzio-sah-zbog-hrvata-20161017.

10 Zit. nach Predrag Tomović, Biografija Mila Đukanovića, 21.12.2010, https://www.slobodnaevropa.org/a/milo_djukanovic_biografija/2254876.html, eigene Übers.

11 Komnen Radević, Mandić, Knežević i ostali oslobođeni optužbi u predmetu poznatom kao „državni udar", 12.7.2024. https://www.vijesti.me/vijesti/crna-hronika/715497/mandic-knezevic-i-ostali-oslobodjeni-optuzbi-u-predmetu-poznatom-kao-drzavni-udar.

12 Leo Sisti, The Montenegro Connection. Love Tobacco and the Mafia, 2.6.2009. https://www.icij.org/investigations/tobacco-underground/montenegro-connection.

13 Bojana Barlovac, Djukanovic Defends Cigarette Trade in 1990s, 22.12.2009, https://balkaninsight.com/2009/12/22/djukanovic-defends-cigarette-trade-in-1990s.

14 Vanja Ćalović Marković/Dejan Milovac, Pandora papiri: Đukanovići skrivali vlasništvo preko pet država, 3.10.2021, https://www.mans.co.me/pandoramontenegro.

15 Organized Crime and Corruption Reporting Project, Person of the Year in Organized Crime and Corruption, https://www.occrp.org/en/person-of-the-year (16.5.2025).

16 Der Satz stammt aus einer Propagandaabbildung aus dem Jahr 1914, mit der der Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien gerechtfertigt wurde, der dann zum Ersten Weltkrieg eskalierte, https://ww1.habsburger.net/de/medien/serbien-muss-sterbien-propagandapostkarte-1914 (17.7.2025).

17 European Commission, Standard Eurobarometer 102 Autumn 2024: Montenegro, November 2024, https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=95634.

18 Vijesti, Za ostanak Crne Gore u NATO na referendumu glasalo bi 67 odsto ispitanika, 5.7.2024, https://www.vijesti.me/vijesti/politika/714654.

19 ORF, Serbien hindert montenegrinische Ex-Politikerin an Einreise, 24.8.2023, https://orf.at/stories/3328646.

20 Nenad Kreizer, Ist Montenegro für den Westen verloren?, 2.8.2024, https://www.dw.com/de/ist-montenegro-f%C3%BCr-den-westen-verloren/a-69810210.

21 Željka Vučinić, Frequent clashes between Milatović and Spajić, 6.8.2024, https://en.vijesti.me/news-b/politika/718890/road-clashes-between-Milatovica-and-Spajica%2C-cohabitation-is-becoming-increasingly-difficult%2C-who-cares-about-elections-and-who-cares-about-the-state.

22 Zit. nach Nenad Kreizer, Ist Montenegro für den Westen verloren?, 2.8.2024, https://www.dw.com/de/ist-montenegro-f%C3%BCr-den-westen-verloren/a-69810210.

23 Zit. nach ebd.

24 Ministerium für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten der Republik Kroatien, Pressemitteilung von 28. Juni 2024, https://mvep.gov.hr/press-22794/press-release-273557/273557.

25 Michael Martens, KZ Jasenovac: Kroatien und Montenegro streiten über Gedenken, 19.7.2024, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kz-jasenovac-kroatien-und-montenegro-streiten-ueber-gedenken-19845185.html.

26 Vanja Ćalović Marković/Dejan Milovac/Ines Mrdović, Second Report on the construction of Bar – Boljare Highway, April 2019, https://www.mans.co.me/en/wp-content/uploads/2019/06/Autoput2EN.pdf

27 Krsto Lazarević, Autobahn in die Abhängigkeit, 29.4.2021, https://jungle.world/artikel/2021/17/autobahn-die-abhaengigkeit.

28 Goran Kapor, Vlada za EU fondove sprema dvije dionice autoputa, 15.10.2024, https://www.vijesti.me/vijesti/ekonomija/728483/vlada-za-eu-fondove-sprema-dvije-dionice-autoputa.

8. Kroatien

1 Offizieller Youtube-Kanal von Zoran Milanović, Pobjednički govor predsjednika Milanovića u Tvornici kulture, Zagreb – predsjednički izbori 2025, https://www.youtube.com/watch?v=Lv_jZebm1QI (hochgeladen am 13.1.2025), eigene Übers.

2 Offizieller Youtube-Kanal der HDZ, Pobjednički govor predsjednika Andreja Plenkovića u izbornoj noći, https://www.youtube.com/watch?v=7r8mf9bBIIA (hochgeladen am 18.4.2024), eigene Übers.

3 Maja Šurina, Zoran Milanović i službeno prestao biti član SDP-a, 10.2.2020, https://www.tportal.hr/vijesti/clanak/milanovic-i-sluzbeno-prestao-biti-clan-sdp-a-foto-20200210.

4 Radio Slobodna Europa, Ustavni sud Hrvatske: Milanović mora dati ostavku ako se želi kandidovati na izborima, 18.3.2024, https://www.slobodnaevropa.org/a/hrvatska-izbori-milanovic-ustavni-sud-sdp/32866558.html.

5 Radio Slobodna Europa, Milanović protiv slanja oružja Ukrajini, 30.1.2023, https://www.slobodnaevropa.org/a/zoran-milanovic-ukrajina-oruzje/32245822.html.

6 Volker Pabst, Erdrutschsieg für den „kroatischen Trump" – geht noch ein ostmitteleuropäisches Land auf Konfrontation mit Brüssel?, 13.1.2025, https://www.nzz.ch/international/kurswechsel-in-kroatien-erdrutschsieg-des-populisten-milanovic-ld.1865873.

7 HINA/N1 Sarajevo, Croatia's Milanovic says Dodik is the Serb he wants for a neighbour in Bosnia, 28.10.2022, https://n1info.ba/english/news/croatias-milanovic-says-dodik-is-the-serb-he-wants-for-a-neighbour-in-bosnia.

8 Jadranka Jureško-Kero, Franjo Tuđman sanjao je europsku Hrvatsku još od 1968, 1.7.2013, https://www.vecernji.hr/vijesti/franjo-tudjman-sanjao-je-europsku-hrvatsku-jos-od-1968-577188; die vollständige Rede findet sich unter: https://www.sabor.hr/hr/o-saboru/povijest-saborovanja/znameniti-govori/govor-franje-tudmana-u-saboru-30-svibnja-1990 (17.7.2025), eigene Übers.

9 Dejan Djokić, Ten Days That Ended Yugoslavia: The Forgotten War in Slovenia, 30 Years Later, 10.6.2021, https://www.zois-berlin.de/en/publications/ten-days-that-ended-yugoslavia-the-forgotten-war-in-slovenia-30-years-later.

10 Al Jazeera Balkans, Mesić: Tuđman je bio oduševljen Miloševićevim prijedlogom o podjeli BiH, 24.12.2017, https://balkans.aljazeera.net/news/balkan/2017/12/24/mesic-tudman-je-bio-odusevljen-milosevicevim-prijedlogom-o-podjeli-bih.

11 Siniša Kusić, Kroatiens Weg in die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 17/2013, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/158164/kroatiens-weg-in-die-eu.

12 Die Operation Althea ist eine seit 2004 bestehende EU-geführte Militärmission in Bosnien-Herzegowina. Sie dient der Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton und unterstützt die bosnischen Behörden bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität im Land. Die Mission trat die Nachfolge der NATO-geführten Stabilisation Force (SFOR) an.

13 Milanović o EU liderima: „Tko je izabrao Von der Leyen? To su birokrati koje nitko nije izabrao", https://www.youtube.com/watch?v=IZwMmPvZZzk (hochgeladen am 20.12.2022), eigene Übers.

14 Sven Milekić, Croatia's Milanovic Risks Becoming the ‚New Tudjman', 13.10.2020, https://balkaninsight.com/2020/10/13/croatias-milanovic-risks-becoming-the-new-tudjman.

15 Gerald Knaus/Snjezana Vukic, Before Tudjman, after Tudjman. Ivica Racan and Croatia' first steps towards the EU, 18.2.2012, https://www.esiweb.org/cafe-europe/tudjman-after-tudjman.

16 Siniša Kusić, Kroatiens Weg in die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 17/2013, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/158164/kroatiens-weg-in-die-eu.

17 Zit. nach Kristof Bender, Ending the age of heroes. Ivo Sanader and the battle for a European Croatia, 4.4.2012, https://www.esiweb.org/cafe-europe/ending-age-heroes, eigene Übers.

18 Der Prozess gegen Ante Gotovina sowie gegen Mladen Markač begann 2008. Im Jahr 2011 wurden beide erstinstanzlich wegen Kriegsverbrechen während der Rückeroberung der serbisch besetzten Gebiete zu 24 beziehungsweise 18 Jahren Haft verurteilt. Ende 2012 wurden beide Angeklagten im Berufungsverfahren jedoch freigesprochen.

19 Ivica Đikić, General, Kriegsverbrecher, Märtyrer, 11.1.2013, https://monde-diplomatique.de/artikel/!525516.

20 Angaben des kroatischen Statistikamts, 18.10.2024, https://podaci.dzs.hr/2024/hr/77031.

21 HINA, Sanaderu presude za korupciju objedinjene u 18 godina i 8 mjeseci zatvora, 20.7.2023, https://www.index.hr/vijesti/clanak/tri-sanaderove-korupcijske-afere-objedinjene-u-18-godina-i-8-mjeseci-zatvora/2430858.aspx.

22 Erich Rathfelder, Weniger einkaufen und bei Besuchen in Restaurants sparen, 1.2.2025, https://taz.de/Streik-in-Kroatien/!6063248.

23 Ntv, Boykott wegen Inflation in Kroatien: Neue Protestaktion richtet sich gegen Lidl und dm, 30.1.2025, https://www.n-tv.de/ticker/Boykott-wegen-Inflation-in-Kroatien-Neue-Protestaktion-richtet-sich-gegen-Lidl-und-dm-article25527524.html.

24 Ebd.

25 Angaben des kroatischen Statistikamts, https://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2014_03_32_596.html (17.5.2025).

26 Republika Hrvatska/Državni zavod za statistiku (Statistikamt Kroatiens), Prosječna neto plaća za studeni 2024. iznosila 1 366 eura, 21.1.2025, https://dzs.gov.hr/vijesti/prosjecna-neto-placa-za-studeni-2024-iznosila-1-366-eura/2116.

27 Mit „Raffale" spielt Plenković auf den Erwerb von gleichnamigen französischen Kampfflugzeugen für die kroatische Luftwaffe 2024 an; die Pelješac-Brücke war eines der langwierigsten Großprojekte und verbindet seit 2022 die südliche Exklave um Dubrovnik mit dem kroatischen Kernland unter Umgehung Bosniens. Offizeller Youtube-Kanal der HDZ, Pobjednički govor predsjednika Andreja Plenkovića u izbornoj noći, https://www.youtube.com/watch?v=7r8mf9bBIIA (hochgeladen am 18.4.2024), eigene Übers.

28 Das bekannteste und am häufigsten zitierte Beispiel lieferte Orešković am 23. Dezember 2015, kurz nachdem er von der damals amtierenden Präsidentin Kolindar Grabar-Kitarović mit der Regierungsbildung beauftragt worden war. In seiner ersten Ansprache vor Medien sprach er statt von Bürgern *(gračani)* von Bauwerken *(gračevine)*. Siehe auch: Adelheid Wölfl/Tihomir Orešković, Freund der kroatischen Präsidentin aus kanadischen Zeiten, 27.12.2015, https://www.derstandard.at/story/2000028147715/tihomir-oreskovic-kolindas-freund-aus-kanadischen-zeiten.

9. Albanien

1 Franziska Tschinderle, Albanien, 2.3.2022, https://www.bpb.de/themen/europa/suedosteuropa/326393/albanien/#node-content-title-0.

2 Oliver Jens Schmitt, Die Albaner. Eine Geschichte zwischen Orient und Okzident, München 2018, S. 144.

3 Mit „Albanern beidseits der Berge" bezeichnet der Historiker Oliver Jens Schmitt die albanische Bevölkerung diesseits und jenseits der albanisch-jugoslawischen Grenze ab 1918, die fortan in zwei getrennten Staaten mit gänzlich unterschiedlichen politischen Systemen lebte. Ebd. S. 159 ff.

4 Bernd Tönnes, Sonderfall Albanien. Enver Hoxhas eigener Weg und die historischen Ursprünge seiner Ideologie, München 1980, S. 375–379.

5 Hubert Neuwirth, Widerstand und Kollaboration in Albanien 1939–1944, Wiesbaden 2008, S. 25.

6 Zit. nach ebd., S. 27.

7 Michael Rüegg, Wie Dervish Duma Gesandter eines Königs ohne Reich wurde, 1.1.2019, https://www.republik.ch/2019/01/01/wie-dervish-duma-gesandter-eines-koenigs-ohne-reich-wurde.

8 Zur Person Hermann Neubacher siehe: Franziska Tschinderle, Hermann Neubacher – Hitlers Sonderbeauftragter in Südosteuropa. Seine Netzwerke und seine Rolle im besetzten Albanien 1943–44, Masterarbeit an der Universität Wien, 4.12.2021, https://phaidra.univie.ac.at/detail/o:1397068.

9 Marenglem Kasmi, Albanien und die deutsche Besatzung 1943–1944. Die Errichtung der Besatzungsmacht und die Haltung der politischen Kräfte, in: Albanische Hefte, Zeitschrift der Gesellschaft der Freunde Albaniens 1/2015, S. 18–23, https://www.chwev.de/download/ah/Albanische%20Hefte%202015-1.pdf.

10 Idrit Idrizi, Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus, Oldenburg 2018, S. 46.

11 Franziska Zaugg, Albanische Muslime in der Waffen-SS. Von Großalbanien zur Division Skanderbeg, Paderborn 2016, S. 97.

12 Idrit Idrizi, Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus, Oldenburg 2018, S. 12.

13 Oliver Jens Schmitt, Die Albaner. Eine Geschichte zwischen Orient und Okzident, München 2018, S. 162.

14 Idrit Idrizi, Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus, Oldenburg 2018, S. 12.

15 Ebd., S. 45.

16 Ebd., S. 50.

17 Sehr anschaulich beschreibt dies Lea Ypi anhand der Biografie ihrer Eltern in ihrem autobiografischen Buch: Frei. Erwachsenwerden am Ende der Geschichte, Berlin 2022, S. 42 ff.

18 Idrit Idrizi, Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus, Oldenburg 2018, S. 52.

19 Franziska Tschinderle, Albanien. Aus der Isolation in eine europäische Zukunft, Wien 2022, S. 168.

20 Zit. nach Idrit Idrizi, Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus, Oldenburg 2018, S. 44.

21 Bernd J. Fischer/Oliver Jens Schmitt, A Concise History of Albania, Cambridge 2022, S. 342.

22 Herwig Jedlaucnik, Der albanische Staat in der Krise, August 1999, https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/01_ask_01_ask.pdf.

23 Norma Osterberg-Kaufmann, Albanien: Parlamentarisches System und patronale Gesellschaft, in: Sonja Priebus/Timm Beichelt (Hrsg.), Die politischen Systeme im östlichen Europa, Wiesbaden 2025, S. 159.

24 Vgl. dazu die Radio-Reportage: Franziska Tschinderle/Silke Hahne/Margarete Wohlan, Luxusresort im Schutzgebiet, 14.8.2024, https://www.deutschlandfunkkultur.de/jared-kushner-trump-albanien-luxusresort-schutzgebiet-100.html.

25 Handelszeitung, So reich sind Ivanka Trump und Jared Kushner wirklich, 3.4.2017, https://www.handelszeitung.ch/panorama/so-reich-sind-ivanka-trump-und-jared-kushner-wirklich.

26 Jared Kushner, Tweet vom 15.3.2024, https://x.com/jaredkushner/status/1768738488118116389.

27 Lex Fridman Podcast #436, Ivanka Trump: Politics, Family, Real Estate Fashion, Music, and Life, 2.7.2024, https://www.youtube.com/watch?v=2oxdDKHdcM8 (ab Min. 1:12:44), eigene Übers.

28 MIA (Albanische Medien- und Informationsagentur), Albania meets the record of 10 million foreign tourists, https://mia.gov.al/en/albania-meets-the-record-of-10-million-foreign-tourists.

29 Euronews, Numer of tourists who visited Albania during 2024, 13.1.2025, https://euronews.al/en/numer-of-tourists-who-visited-albania-during-2024.

30 Rede von Edi Rama auf der ITB im März 2025, https://www.youtube.com/watch?v=ZeETLlKVqo4 (hochgeladen am 4.3.2025).

31 Ulrich Schwarz, Mediterranean Deltas. Assessment of general intactness based on hydromorphological criteria and land use obstruction, 15.2.2024, https://balkanrivers.net/uploads/files/3/Fluvius_Med-Deltas_15022024_final.pdf.

32 Stefan Willeke, Die Königin der Flüsse, 18.12.2021, https://www.zeit.de/2021/52/vjosa-albanien-fluss-wasserkraft-umweltschutz.

33 Euronatur Stiftung, Gegenwind für albanischen Flughafen wird stärker, 14.9.2023, https://www.euronatur.org/unsere-themen/aktuell/gegenwind-fuer-albanischen-flughafen-wird-staerker.

34 Franziska Tschinderle, Vögel oder Touristen: Wer darf hier landen?, 5.8.2023, https://www.profil.at/ausland/voegel-oder-touristen-wer-darf-hier-landen/402546485.

35 European Commission, Albania 2021 Report, 19.10.2021, https://enlargement.ec.europa.eu/system/files/2021-10/Albania-Report-2021.pdf, S. 114–115.

36 Muzeu Kombetar „Shtepia me Gjethe", Facebook-Posting vom 26.7.2023, https://www.facebook.com/muzeugjethi/posts/785855880087092?ref=embed_post.

37 Marzio Mian, Sold to the Trump family: one of the last undeveloped islands in the Mediterranean, 24.6.2025, https://www.theguardian.com/world/2025/jun/24/trump-family-kushner-undeveloped-island-mediterranean-sazan-albania.

38 David D. Kirkpatrick/Kate Kelly, Before Giving Billions to Jared Kushner, Saudi Investment Fund Had Big Doubts, 10.4.2022, https://www.nytimes.com/2022/04/10/us/jared-kushner-saudi-investment-fund.html.

39 Una Hajdari, A Trump-style tower in Belgrade? Serbs say it reopens war wounds, 29.4.2024, https://www.politico.eu/article/trump-tower-belgrade-serbia-jared-kushner-donald-trump-richard-grenell-yugoslav-army-headquarters-building-kosovo-balkans.

40 Anja Troelenberg, Albanien: Umweltzerstörung durch Luxus-Tourismus?, 5.6.2024, https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/albanien-tourismus-naturschutz-trumps-schwiegersohn-kushner-100.html.

41 Gjergj Erebara, Albania Greenlights Jared Kushner Plan to Develop Island as Luxury Resort, 15.1.2025, https://balkaninsight.com/2025/01/15/albania-gov-grants-strategic-investor-status-to-kushner-project-for-sazan-island.

42 Eric Lipton, Albania Gives Jared Kushner Hotel Project a Nod as Trump Returns, 15.1.2025, https://www.nytimes.com/2025/01/15/us/politics/albania-kushner-trump.html.

43 Stephan Lebert/Stefan Willeke, „Zu Hause habe ich die härteste Opposition, die ich jemals erlebt habe", Interview mit Edi Rama, 4.8.2025, https://www.zeit.de/zeit-magazin/2025/32/edi-rama-karriere-opposition-macht-frau/komplettansicht.

44 Zit. nach Franziska Tschinderle, Trumps Schwiegersohn greift nach einem der schönsten Deltas am Mittelmeer, 7.5.2024, https://www.republik.ch/2024/05/07/trumps-schwiegersohn-greift-nach-einem-der-schoensten-deltas-am-mittelmeer.

45 Bernd J. Fischer/Oliver Jens Schmitt, A Concise History of Albania, Cambridge 2022, S. 333.

46 Franziska Tschinderle, An Dua Lipas Strand, 21.9.2023, https://www.woz.ch/2338/tourismus/an-dua-lipas-strand/!Z849NGJM7DFG.

47 INSTAT (Statistikamt Albaniens), Albania Population and Housing Census 2023: Kukës, https://www.instat.gov.al/media/14961/cens-2023-kukesi.pdf.

48 INSTAT (Statistikamt Albaniens), Albanian Population and Housing Census 2011: Kukës, https://www.instat.gov.al/media/3066/8__kukes.pdf.

49 Muriel Kalisch, Die Stadt, aus der jeder flüchten will, 28.12.2022, https://www.spiegel.de/ausland/fluechtlinge-aus-albanien-warum-so-viele-maenner-aus-einer-stadt-nach-grossbritannien-wollen-a-a124fb31-45b6-4cb8-9229-789cfaac2a16.

50 Martin Dichler, Vom albanischen Gebirge nach Köln, Stuttgart und Zürich, 20.4.2023, https://www.aerotelegraph.com/kukes-airport-eroffnung-vom-albanischen-gebirge-nach-koeln-stuttgart-und-zuerich.

51 Edi Rama, Facebook-Posting vom 22.10.2020, https://www.facebook.com/watch/?v=365590888021189, eigene Übers.

52 Franziska Tschinderle, Edi Ramas dritter Wurf, 1.5.2021, https://www.republik.ch/2021/05/01/edi-ramas-dritter-wurf.

53 Martin Dichler, Vom albanischen Gebirge nach Köln, Stuttgart und Zürich, 20.4.2023, https://www.aerotelegraph.com/kukes-airport-eroffnung-vom-albanischen-gebirge-nach-koeln-stuttgart-und-zuerich.

54 Monitor.al, Die Übertragung des Flughafens Rinas an die Kastrati-Gruppe für 71 Millionen Euro ist offiziell, 24.12.2020, https://monitor.al/de/zyrtarizohet-kalimi-i-aeroportit-te-rinasit-te-kastrati-group-per-71-milione-euro.

55 Adelheid Wölfl, Trump-Schwiegersohn Kushner plant Immoprojekte in Serbien und Albanien, 18.3.2024, https://www.derstandard.de/story/3000000212122/trump-schwiegersohn-kushner-plant-immoprojekte-in-serbien-und-albanien.

56 Eric Lipton/Jonathan Swan/Maggie Haberman, Kushner Developing Deals Overseas Even as His Father-in-Law Runs for President, 15.3.2024, https://www.nytimes.com/2024/03/15/us/politics/jared-kushner-pursuing-development-deals-in-albania-and-serbia.html.

57 UK Government, Factsheet: Small boat crossings since July 2022, 2.11.2022, https://www.gov.uk/government/statistics/factsheet-small-boat-crossings-since-july-2022/factsheet-small-boat-crossings-since-july-2022#further-information.

58 Zit. nach Franziska Tschinderle, Albanien. Aus der Isolation in eine europäische Zukunft, Wien 2022, S. 62.

59 Zit. nach Koha.mk, Berisha responds to Rama from Germany, 1.2.2025, https://koha.mk/en/berisha-i-pergjigjet-rames-nga-gjermania-shares-profesionist-nuk-foli-per-te-ardhmen-e-te-rinjve, eigene Übers.

60 Franziska Tschinderle, Edi Ramas dritter Wurf, 1.5.2021, https://www.republik.ch/2021/05/01/edi-ramas-dritter-wurf.

61 Ebd.

62 Human Rights Watch, Albania: Independent Inquiry Needed Into Protester Deaths, 26.1.2011, https://www.hrw.org/news/2011/01/26/albania-independent-inquiry-needed-protester-deaths.

63 Zit. nach Tobias Rüttershoff, Die Qual mit der (Nicht-)Wahl, Länderbericht des Länderbüros Albanien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Juli 2019, https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Länderbericht+zu+den+Kommunalwahlen+in+Albanien+%28pdf%29.pdf/9f4742d8-0cf5-d1b4-9862-843d69254a60?version=1.1&t=1562781496411, S. 1.

64 Zit. nach Der Standard, Oppositionsabgeordnete in Albanien wollen ihre Mandate niederlegen, 19.2.2019, https://www.derstandard.de/story/2000098213860/oppositionsabgeordnete-in-albanien-wollen-ihre-mandate-niederlegen.

65 Aleksandra Bogdani, Konkurset publike në Burgje kthehen në fushatë punësimi për zyrtarët e PS, 14.1.2019, https://www.reporter.al/2019/01/14/konkurset-publike-ne-burgje-kthehen-ne-fushate-punesimi-per-zyrtaret-e-ps.

66 Zit. nach Bundeszentrale für politische Bildung, Parlamentswahlen in Albanien, 22.4.2021, https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/331775/parlamentswahl-in-albanien.

67 Peter Tiede, Wahlmanipulation in Albanien. Ein Staat versinkt im Mafia-Sumpf, 19.6.2019, https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/wahlmanipulation-in-albanien-ein-staat-versinkt-im-mafia-sumpf-62698312.bild.html.

68 Tobias Rüttershoff, Die Qual mit der (Nicht-)Wahl, Länderbericht des Länderbüros Albanien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Juli 2019, https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Länderbericht+zu+den+Kommunalwahlen+in+Albanien+%28pdf%29.pdf/9f4742d8-0cf5-d1b4-9862-843d69254a60?version=1.1&t=1562781496411, S. 2.

69 Tobias Rüttershoff, Albanien vor den Parlamentswahlen, Länderbericht des Länderbüros Albanien der Konrad-Adenauer-Stiftung, März 2021, https://www.kas.de/documents/252038/10987758/Albanien+vor+den+Parlamentswahlen.pdf/d1411e06-2873-ef53-b1c2-1107530fe12f?version=1.0&t=1615481780787, S. 2.

70 Franziska Tschinderle, Edi Ramas dritter Wurf, 1.5.2021, https://www.republik.ch/2021/05/01/edi-ramas-dritter-wurf.

71 Matthias Rüb, Früherer albanischer Präsident Sali Berisha in Hausarrest, 1.1.2024, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/albanien-haftbefehl-gegen-frueheren-praesidenten-berisha-19419796.html.

72 Enver Robelli, Hat dieser albanische Ex-Minister Asyl in der Schweiz beantragt?, 2.2.2024, https://www.tagesanzeiger.ch/albanien-arben-ahmetaj-soll-asyl-in-der-schweiz-beantragt-haben-189457946392.

73 International Election Observation Mission, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, 12.5.2025, https://www.osce.org/files/f/documents/4/f/590598_4.pdf.

74 Franziska Tschinderle, Der ewige Edi Rama: Albaniens EU-Sehnsucht, Juni 2025, https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/juni/der-ewige-edi-rama-albaniens-eu-sehnsucht.

75 International Election Observation Mission, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, 12.5.2025, https://www.osce.org/files/f/documents/4/f/590598_4.pdf.

76 Radio Televizioni Shqiptar, Gonxhja: Durchschnittsgehalt in Albanien erreicht 830 € im Jahr 2024, https://rtsh.al/rti/de/gonxhja-durchschnittsgehalt-in-albanien-erreicht-830-e-im-jahr-2024 (11.8.2025).

10. Der große Exodus: Was die Abwanderung für den Westbalkan und Deutschland bedeutet

1 Alexander Kubis/Lutz Schneider, Zuwanderung und Arbeitsmarkt – Eine Analyse für Deutschland und die Bundesländer, 25.11.2024, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Zuwanderung_und_Arbeitsmarkt_Kubis_Schneider_2024.pdf, S. 13.

2 Bundesagentur für Arbeit, Zustimmungen und Ablehnungen zur Arbeitsaufnahme von Drittstaatsangehörigen. Deutschland – Berichtsjahr 2024, https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202412/iiia6/ae-aezu/aezu-dlkrd-0-202412-xlsx.xlsx;jsessionid=F6299AEF7069AB294072F0F734353ABD?__blob=publicationFile&v=1.

3 Statistisches Bundesamt, Basistabelle Ärztedichte, https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_Aerzte.html (27.5.2025).

4 Tim Judah, Bye-Bye, Balkans! A region in Critical demographic decline, 14.10.2019, https://balkaninsight.com/2019/10/14/bye-bye-balkans-a-region-in-critical-demographic-decline.

5 INSTAT (Statistikamt Albaniens), Albania Population and Housing Census 2023, https://www.instat.gov.al/media/13626/cens-2023-census-botim.pdf, S. 7.

6 Die Zahlen sind den offiziellen Angaben der jeweiligen nationalen Statistikämter entnommen.

7 Franziska Tschinderle/Anja Troelenberg, Germany Calling. Wie die Abwanderung den Westbalkan verändert, November 2024, https://www.boell.de/sites/default/files/2024-11/e-paper_germany-calling_wie-die-abwanderung-den-westbalkan-veraendert.pdf, S. 16.

8 Thomas Roser, Wie der Balkan das neue Norditalien wird, 29.11.2021, https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-11/corona-suedosteuropa-impfgegner-balkan-kroatien.

9 Bundesärztekammer, Ärztestatistik zum 31. Dezember 2023, https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/BAEK/Ueber_uns/Statistik/AErztestatistik_2023_Update_Juni_2024.pdf, S. 9.

10 Ebd., S. 38.

11 Jeanette Carstensen/Holger Seibert/Doris Wiethölter, Internationalisierung der Pflege – Pflegekräfte mit ausländischer Staatsangehörigkeit und ihr Beitrag zur Fachkräftesicherung, in: IAB Forschungsberichte 22/2024, https://doku.iab.de/forschungsbericht/2024/fb2224.pdf, S. 13.

12 Tagesschau, Ohne ausländische Pflegekräfte geht nichts mehr, 15.10.2024, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/auslaendische-pflegekraefte-studie-100.html.

13 Jeanette Carstensen/Holger Seibert/Doris Wiethölter, Internationalisierung der Pflege – Pflegekräfte mit ausländischer Staatsangehörigkeit und ihr Beitrag zur Fachkräftesicherung, in: IAB Forschungsberichte 22/2024, https://doku.iab.de/forschungsbericht/2024/fb2224.pdf, S. 13.

14 Ebd., S. 17.

15 Katharina Buchholz, The World's Biggest Diasporas, 22.11.2022, https://www.statista.com/chart/4237/the-countries-with-the-most-people-living-overseas.

16 The World Bank, International mobility as a development strategy: Kosovo Country Report, Juni 2024, https://documents1.worldbank.org/curated/en/099062524135521211/pdf/P1813201033cf70518d3b117cd10a7f41d.pdf, S. 71.

17 Gap Institute, Employment of Kosovars in Germany and Kosovo, Oktober 2024, https://www.institutigap.org/documents/93900_Employment%20of%20Kosovars%20in%20Germany%20and%20Kosovo.pdf, S. 3.

18 Gap Institute, Propensity to emigrate from Kosovo following visa liberalization, Januar 2024, https://www.institutigap.org/documents/64525_Visa%20liberalization.pdf, S. 11 f.

19 Edi Rama, Rede auf dem Gesundheitskongress vom 6. März 2023, https://www.kryeministria.al/newsroom/46498-2 (28.5.2025).

20 Edi Rama, Rede vom 20. Dezember 2023, https://kryeministria.al/newsroom/nis-zbatimi-i-programit-te-kredive-te%20-favorshme-per-shtepi-per-familjet-e-reja-te-mjekeve-ushtarakeve-dhe-punonjesve-te-policise-se%20-shtetit (28.5.2025).

21 Vgl. dazu die Podcast-Serie: Anja Troelenberg/Franziska Tschinderle, Die Botschaft – Als die deutsche Mauer in Albanien fiel, 4.11.2024, https://www.deutschlandfunk.de/podcast-serie-die-botschaft-episode-01-die-letzte-bastion-dlf-kultur-ddb6a055-100.html.

22 Tim Judah, Bye-Bye, Balkans! A region in Critical demographic decline, 14.10.2019, https://balkaninsight.com/2019/10/14/bye-bye-balkans-a-region-in-critical-demographic-decline.

23 Eurostat, First permits by reason, length of validity and citizenship, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/migr_resfirst__custom_8782239/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=f7908040-135c-40ae-ae03-9d4be21b7430 (28.5.2025).

24 Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode, 9.4.2025, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, S. 93.

25 Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Evaluierung der Westbalkanregelung, Forschungsbericht 544, April 2020, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb544-evaluierung-der-westbalkanregelung.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 15.

26 Mahdi Ghodsi et al., The Impact of Migration to the EU on Labour Shortages in the Western Balkans – Policy Implications, wiiw Policy Notes and Reports 87, Dezember 2024, https://wiiw.ac.at/the-impact-of-migration-to-the-eu-on-labour-shortages-in-the-western-balkans-policy-implications-dlp-7087.pdf, S. 15.

27 Anja Troelenberg, Korruption in Albanien: Wie man mit Hochhäusern Geld wäscht, 21.2.2024, https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/albanien-korruption-100.html.

28 Vreme, Odlazak domaćih i dolazak stranih radnika u Srbiju: Kakva je statistika?, 25.9.2024, https://vreme.com/drustvo/odlazak-domacih-i-dolazak-stranih-radnika-u-srbiju-kakva-je-statistika.

29 Dragan Mišić, Traženi kao zlato, naši odlaze, strani dolaze – koliko vozača nedostaje Srbiji, 30.1.2025, https://www.rts.rs/lat/vesti/ekonomija/5639128/vozaci-licence-gradski-prevoz.html.

30 FoNet, U Beograd stiglo 30 budućih vozača GSP-a iz Šri Lanke, 1.11.2022, https://www.danas.rs/vesti/beograd/u-beograd-stiglo-30-buducih-vozaca-gsp-a-iz-sri-lanke.

31 Mahdi Ghodsi et al., The Impact of Migration to the EU on Labour Shortages in the Western Balkans – Policy Implications, wiiw Policy Notes and Reports 87, Dezember 2024, https://wiiw.ac.at/the-impact-of-migration-to-the-eu-on-labour-shortages-in-the-western-balkans-policy-implications-dlp-7087.pdf, S. 15.

32 Koha Ditore, Die Regierung erhöht das Kindergeld, die Entscheidung gilt als Vorwahlkalkulation, 18.7.2024, https://www.koha.net/de/arberi/qeveria-i-rrit-shtesat-per-femijet-vendimi-shihet-si-kalkulim-parazgjedhor.

11. Die Roma: Zwischen Vorurteilen, Auswanderung und Chancen

1 Im Kosovo spricht man von RAE *(Romët, Ashkalinjtët, Egjiptianët)*, Roma, Aschkali und (Balkan-) Ägyptern, da sich die Aschkali und Balkan-Ägypter von den Roma abgrenzen. Allerdings werden auch diese Gruppen von der Mehrheitsbevölkerung oft als Roma gelesen und unter dieser Abkürzung subsummiert.

2 Angaben des Statistikamts Nordmazedoniens, 30.3.2022, https://www.stat.gov.mk/pdf/2022/2.1.22.10-mk-en.pdf, S. 24.

3 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Asylgeschäftsstatistik – Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistik 2024, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Asylgeschaeftsstatistik/hkl-antrags-entscheidungs-bestandsstatistikl-kumuliert-2024.pdf?__blob=publicationFile&tv=7, S. 1.

4 Pro Asyl, Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten und seine Geschichte, 18.3.2016, https://www.proasyl.de/hintergrund/das-konzept-der-sicheren-herkunftsstaaten-und-seine-geschichte.

5 Bundeszentrale für politische Bildung, Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma, 27.7.2023, https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/523633/europaeischer-holocaust-gedenktag-fuer-sinti-und-roma.

6 Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler, Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen, Heinrich-Böll-Stiftung, 2024, S. 67, https://www.boell.de/sites/default/files/2024-11/leipziger-autoritarismus-studie-2024-vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen.pdf.

7 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, Juni 2021, https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/UKA/Bericht_UKA_Perspektivwechsel_Nachholende_Gerechtigkeit_Partizipation.pdf.

8 Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich), Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland, 2017, https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/documents/downloads/Studie_Wie_gelingt_Integration.pdf.

9 Radmila Mladenova et al. (Hrsg.), Antigypsyism and Film/Antiziganismus und Film, Heidelberg 2020, https://heiup.uni-heidelberg.de/catalog/book/650?lang=de.

10 Klaus-Michael Bogdal, Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung, Berlin 2011.

11 Edward W. Said, Orientalism. Western Conceptions of the Orient, London 2003.

12 Maria Todorova, Imagining the Balkans, Oxford 1997.

13 Vgl. das Radio-Feature: Zoran Solomun, Nazif und der silberne Bär – Vom Schrotthändler zum Filmstar und zurück, 14.2.2018, Transkript: https://www.swr.de/swrkultur/programm/download-swr-10064.pdf.

14 Sunny Riedel/Rüdiger Rossig, Armut trotz Ruhm auf der Berlinale, 20.2.2018, https://taz.de/Armut-trotz-Ruhm-auf-der-Berlinale/!5482854.

15 Jasna Causevic, Langzeitschäden bei Bleivergiftung bei Roma aus verseuchten UN-Flüchtlingslagern mehren sich!, März 2018, https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2018/Kosovo_Langzeitschaeden_bei_Bleivergiftung_Report_GfbV.pdf.

16 EGMR, Urteil vom 22. Dezember 2009 im Fall Sejdić und Finci gegen Bosnien und Herzegowina, Nr. 27996/06 und 34836/06, https://hudoc.echr.coe.int/fre#{%22itemid%22:[%22001-96491%22]}.

17 Europäischer Rat, Schlußfolgerungen des Vorsitzes – Kopenhagen, 21./22. Juni 1993, https://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf, S. 13.

18 European Commission, A Union of Equality: EU Roma strategic framework for equality, inclusion and participation, 7.10.2020, https://commission.europa.eu/document/download/99cc0720-68c2-4300-854f-592bf21dceaf_en?filename=eu_roma_strategic_framework_for_equality_inclusion_and_participation_for_2020_-_2030.pdf, S. 5.

19 European Commission, Roma Integration Factsheet, 18.9.2024, https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/roma-integration-factsheet_en.

20 Hülya Gürler, Antiziganistische Realitäten – das Beispiel Duisburg, 23.7.2013, https://www.migazin.de/2013/07/23/antiziganistische-realitaeten-das-beispiel.

21 The Slovak Spectator, Far-right MP Mazurek found guilty; he will lose his seat, 3.9.2019, https://spectator.sme.sk/politics-and-society/c/far-right-mp-mazurek-found-guilty-he-will-lose-his-seat.

22 Krsto Lazarević, AfD-Wahlkampf in Sachsen: Treffen der antisemitischen Putin-Freunde, 21.2.2025, https://taz.de/AfD-Wahlkampf-in-Sachsen/!6071106.

12. Soft power und harte Fakten: Der russische Einfluss in der Region

1 Wladimir Putin, Rede zu Ehren des 70. Jahrestages der Befreiung Belgrad, 16.10.2014, Transkript: http://kremlin.ru/events/president/transcripts/46812, eigene Übers.

2 Krsto Lazarević, Putin lässt sich in Serbien mit Militärparade feiern, 16.10.2014, https://www.welt.de/politik/ausland/article133355913/Putin-laesst-sich-in-Serbien-mit-Militaerparade-feiern.html.

3 Jelena Maksimović, Putin četvrti put među Srbima, 16.1.2019, https://www.bbc.com/serbian/lat/srbija-46893532.

4 Wladimir Putin, Rede zur Verleihung des Alexander-Newski-Orden an den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, 17.1.2019, Transkript: http://kremlin.ru/events/president/transcripts/59692, eigene Übers.

5 Zit. nach ebd.

6 Thomas Brey, Russische Medien auf dem Balkan und ihre Rolle im Angriffskrieg gegen die Ukraine. Fallstudie: RT Balkan, Juli 2023, https://shop.freiheit.org/download/P2@1503/747003/2023_PP_RussMedien-auf-dem-Balkan_web_FINAL_.pdf, S. 9.

7 EU in Serbia (Delegation der Europäischen Union in Serbien), Main Trade Partners of Serbia in 2023, https://europa.rs/trade/?lang=en (20.5.2025).

8 Jovana Gec, Russians living in Serbia join rally against Ukraine war, 6.3.2022, https://apnews.com/article/russia-ukraine-vladimir-putin-business-nato-belgrade-ba3d38df487cbe9f52a5332bfe55ec6e.

9 Krsto Lazarević, Proteste für den großen Bruder, 24.3.2023, https://jungle.world/artikel/2022/12/proteste-fuer-den-grossen-bruder.

10 Oleksiy Goncharenko, Tweet vom 31.7.2022, https://x.com/GoncharenkoUa/status/1553798565037805568.

11 Nebojša Malić, Tweet vom 31.7.2022, https://x.com/NebojsaMalic/status/1553822517508411394.

12 NATO KFOR, Contributing Nations, https://jfcnaples.nato.int/kfor/about-us/welcome-to-kfor/contributing-nations (21.5.2025).

13 Vuk Vuksanović/Srđan Cvijić/Maksim Samorukov, Beyond Sputnik and RT: How Does Russian Soft Power in Serbia Really Work?, 14.12.2022, https://bezbednost.org/wp-content/uploads/2022/12/How-does-Russian-soft-power-in-Serbia-really-work.pdf.

14 Alec Russell/Marton Dunai, Serbia turns blind eye to its ammunition ending up in Ukraine, 22.6.2024, https://www.ft.com/content/136ed721-fd50-4815-8314-d9df8dc67fd6.

15 Euronews, Vučić: „Ich habe keine engen Verbindungen zu Putin", 1.9.2024, https://de.euronews.com/my-europe/2024/09/01/vucic-ich-habe-keine-enge-verbindungen-zu-putin.

16 Tagesspiegel, „Wahrscheinlich müde" Serbien stimmt in der UN versehentlich mit der Ukraine – und entschuldigt sich, 25.2.2025, https://www.tagesspiegel.de/internationales/wahrscheinlich-mude-serbien-stimmt-in-der-un-versehentlich-mit-der-ukraine--und-entschuldigt-sich-13274230.html.

17 Laut offiziellen Ergebnissen der russischen zentralen Wahlkommission waren es 11 Prozent. Srđan Cvijić/Kristina Nikolić, Non-Malign Influence: What Does the Russian Community in Serbia Think and Do?, 20.2.2025, https://bezbednost.org/wp-content/uploads/2023/02/russia-eng-fin.pdf.

18 Andrej Ivanji, Ko za koga prisluškuje: Kara-Murza optužuje Aleksandra Vulina, 12.1.2022, https://vreme.com/vesti/ko-za-koga-prisluskuje-kara-murza-optuzuje-aleksandara-vulina.

19 Zit. nach N1, Vulin: Ja sam pravio spiskove onih koji nisu dobrodošli u Srbiju, 27.8.2024, https://n1info.rs/vesti/vulin-ja-sam-pravio-spiskove-onih-koji-nisu-dobrodosli-u-srbiju, eigene Übers.

20 Die Presse, Serbiens Innenminister Vulin will „serbische Welt" errichten, 19.7.2021, https://www.diepresse.com/6010123/serbiens-innenminister-vulin-will-serbische-welt-errichten.

21 U.S. Department of the Treasury, Treasury Sanctions Official Linked to Corruption in Serbia, Pressemitteilung vom 11. Juli 2023, https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy1606.

22 Danas, Vulin i Patrušev – Srbija i Rusija zajedno protiv obojenih revolucija, 4.12.2021, https://www.danas.rs/vesti/politika/vulin-i-patrusev-srbija-i-rusija-zajedno-protiv-obojenih-revolucija.

23 Florian Bieber, Pulverfass Balkan, Wie Diktaturen Einfluss in Europa nehmen, Berlin 2023, S. 93 ff.

24 Filip Švarm, Sumrak jedne karijere, 19.2.2025, https://vreme.com/vreme/sumrak-jedne-karijere.

25 Gemma Teres Arilla, Auftrittsverbot für belarussische Band: Antikriegslieder nicht erlaubt, 17.2.2023, https://taz.de/Auftrittsverbot-fuer-belarussische-Band/!5916818.

26 Krsto Lazarević, Gefangen in Serbien: „Kämpft die Demokratie jetzt auch für mich?", 19.9.2024, https://www.woz.ch/2438/gefangen-in-serbien/kaempft-die-demokratie-jetzt-auch-fuer-mich/!JVMX60DJ7J2J.

27 Roger Köppel, „Putin ist ein Mann des Friedens". Interview mit Milorad Dodik, 11.10.2024, https://weltwoche.de/story/putin-ist-ein-mann-des-friedens.

28 Radio Sarajevo, Dragan Čović u 3 riječi „odgovorio" zašto nije glasao za sankcije Rusiji, 24.3.2022, https://radiosarajevo.ba/vijesti/bosna-i-hercegovina/covic-u-3-rijeci-odgovorio-zasto-nije-glasao/451467.

29 Dragan Maksimović, Ukapljeni američki interes u BiH, 24.1.2024, https://www.dw.com/sr/ukapljeni-ameri%C4%8Dki-interes-u-bih/a-68069867.

30 Euronews, „Ich habe keine engen Verbindungen zu Putin", 1.9.2024, https://de.euronews.com/my-europe/2024/09/01/vucic-ich-habe-keine-enge-verbindungen-zu-putin.

31 MONSTAT (Statistikamt Montenegros), The 2023 Census of Population, Households, and Dwellings, 15.10.2024, https://www.monstat.org/uploads/files/popis%202021/saopstenja/SAOPSTENJE_Popis%20stanovnistva%202023%20II_ENG.pdf, S. 2.

32 Dmytro Basmat, Russian-friendly incumbent Zoran Milanovic re-elected president of Croatia, 13.1.2025, https://kyivindependent.com/russian-friendly-incumbent-zoran-milanovic-re-elected-president-of-croatia.

33 Centre for Information Resilience, Disinformation campaign uncovered by researchers ahead of Croatian presidential run-off, 8.1.2025, https://www.info-res.org/cir/articles/disinformation-campaign-uncovered-by-researchers-ahead-of-croatian-presidential-run-off.

34 HRT Vijesti, Predsjednički izbori – drugi krug, 7.1.2025, https://www.youtube.com/watch?v=8Zl9peGt_Vo.

13. Der Balkan als Pufferzone: Migrationsabkommen, Pushbacks und Zäune

1 Zit. nach Kathrin Schmid, Von der Leyen offen für Melonis Asylmodell, 15.10.2024, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-asylverfahren-ausland-100.html.

2 Zit. nach Jan Rosenkranz/Florian Schillat, Innenministerin Faeser zieht Albanien-Modell für Drittstaaten-Verfahren in Betracht, 27.5.2024, https://www.stern.de/politik/deutschland/nancy-faeser--innenministerin-zieht--albanien-modell--in-betracht-34743010.html.

3 Zit. nach Die Welt, Söder hält Flüchtlingslager in Albanien für hilfreiches Modell, 18.1.2024, https://www.welt.de/politik/deutschland/article249604738/CSU-Chef-Soeder-haelt-Fluechtlingslager-in-Albanien-fuer-hilfreiches-Modell.html.

4 Zit. nach Der Spiegel, 60 000 bis 100 000 pro Jahr – Merz will deutlich weniger Geflüchtete in Deutschland, 16.3.2024, https://www.spiegel.de/politik/friedrich-merz-will-deutlich-weniger-fluechtlinge-in-deutschland-60-000-bis-100-000-pro-jahr-a-2e7ea3da-b221-42a6-b4dd-b30914098f6f.

5 Angelo Amante/Alvise Armellini, Italy's migrant deal with Albania faces rights hurdles and red tape, 7.11.2023, https://www.reuters.com/world/europe/italys-migrant-deal-with-albania-faces-rights-hurdles-red-tape-2023-11-07.

6 Europäische Kommission, EU-Kommission konkretisiert Konzepte zur Ausschiffung von Migranten auf beiden Seiten des Mittelmeer, Pressemitteilung vom 24. Juli 2018, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-konkretisiert-konzepte-zur-ausschiffung-von-migranten-auf-beiden-seiten-des-2018-07-24_de.

7 Zit. nach Dirk Hoeren, Albanien will keine Asyl-Lager für die EU bauen, 27.6.2018, https://www.bild.de/politik/ausland/fluechtlinge/will-keine-asyl-lager-fuer-die-eu-56128578.bild.html.

8 Zit. nach Italian Government, President Meloni's press statement with the Prime Minister of Albania, Pressemitteilung vom 6. November 2023, https://www.governo.it/en/articolo/president-meloni-s-press-statement-prime-minister-albania/24195, eigene Übers.

9 Thomas Kunze/Christopher Heß, Italienisches Flüchtlingsaufnahmelager in Albanien, Länderbericht des Länderbüros Albanien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2024, https://www.kas.de/documents/252038/29447862/Italienisches+Flüchtlingsaufnahmelager+in+Albanien.pdf/f965cca9-b033-4152-c5de-8375c259cc6b?version=2.0&t=1716798269247, S. 1.

10 Zit. nach Albanian Government, Prime Minister Rama meets with Italian PM Meloni in Rome, Pressemitteilung vom 6. November 2023, https://www.kryeministria.al/en/newsroom/rome-kryeministri-rama-takon-kryeministren-e-italise-giorgia-meloni, eigene Übers.

11 Zit. nach ZDF Auslandsjournal, Festung Europa? Europa schottet sich ab, 19.5.2024, https://www.youtube.com/watch?v=Ssofopm7JNM (ab Min. 19:00).

12 Zit. nach Franziska Tschinderle, Melonis albanisches Dorf, 5.6.2024, https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-05/abkommen-albanien-italien-migranten-eu-wahlkampf.

13 Zit. nach Italian Government, President Meloni's press statement with the Prime Minister of Albania, Pressemitteilung vom 6. November 2023, https://www.governo.it/en/articolo/president-meloni-s-press-statement-prime-minister-albania/24195, eigene Übers.

14 Zit. nach Phoenix, Sommer-Pressekonferenz der Kanzlerin zu aktuellen Themen am 31.08.2015, https://www.youtube.com/watch?v=5eXc5Sc_rnY.

15 Siegfried Lützow/Adelheid Wölfl, Teilnehmer der Westbalkan-Konferenz spielen Fußball, 27.8.2015, https://www.derstandard.at/story/2000021326038/teilnehmer-der-westbalkan-konferenz-spielen-fussball.

16 Krsto Lazarević, Die Verhandlungen im Schatten der Tragödie, 28.8.2015, https://tageswoche.ch/politik/die-verhandlungen-im-schatten-der-tragoedie/index.html.

17 Volkmar Kabisch/Katrin Kampling/Elena Kuch/Amir Musawy/Sebastian Pittelkow, Erstickte Flüchtlinge in Lkw: Eine vermeidbare Katastrophe?, 23.10.2019, https://www.tagesschau.de/ausland/erstickte-fluechtlinge-101.html.

18 Kleine Zeitung, Bürgermeister von Lesbos empört über „Flüchtlinge internieren", 9.6.2016, https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5003981/Fluechtlinge-internieren_Buergermeister-von-Lesbos-empoert-ueber.

19 Adelheid Wölfl, Kurz macht in Mazedonien Werbung für umstrittene Regierungspartei, 28.11.2016, https://www.derstandard.at/story/2000048381453/kurz-macht-in-mazedonien-werbung-fuer-umstrittene-regierungspartei.

20 Robin Alexander, Die Getriebenen: Merkel und die Flüchtlingspolitik. Report aus dem Innern der Macht, München 2017.

21 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesamt in Zahlen 2014 – Asyl, Migration und Integration, Nürnberg 2015, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2014.pdf?__blob=publicationFile&v=14, S. 18 ff.

22 Der Spiegel, Zug überrollt Flüchtlinge in Mazedonien, 24.4.2015, https://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-zugunglueck-in-mazedonien-a-1030432.html.

23 Zana Cimili/Krsto Lazarević/Marko Risović, Endstation Gevgelija – die Reise der Flüchtlinge über den Balkan nach Europa, 24.8.2015, https://tageswoche.ch/politik/endstation-gevgelija-die-reise-der-fluechtlinge-ueber-den-balkan-nach-europa/index.html.

24 Zit. nach Phoenix, Flüchtlingspolitik in Europa: Interview mit Aleksandar Vučić vom 28.09.2015, https://www.youtube.com/watch?v=Cdd5YUEOUo4 (ab Min. 3:20).

25 Government of the Republic of Serbia/Ministry of European Integration, European Orientation of Serbian Citizens. Public opinion poll, Dezember 2022, https://www.mei.gov.rs/upload/documents/nacionalna_dokumenta/istrazivanja_javnog_mnjenja/opinion_poll_dec_2022.pdf.

26 Dirk Auer, Erinnerung an die eigene Fluchtgeschichte, 27.8.2015, https://www.woz.ch/1535/balkan/erinnerung-an-die-eigene-fluchtgeschichte.

27 Krsto Lazarević, Tausende sind in Kroatien angekommen, vorbereitet ist das EU-Mitglied darauf nicht, 20.9.2015, https://www.tageswoche.ch/gesellschaft/tausende-sind-in-kroatien-angekommen-vorbereitet-ist-das-eu-mitglied-darauf-nicht/index.html.

28 Krsto Lazarević, Auf dem Wartegleis – der beschwerliche Weg durch Europa, in: Ilse Fischer/Johannes Hahn (Hrsg.), Europa Neu Denken. Band 3: Die andere(n) Seite(n) des Meeres, Salzburg 2016, S. 195–205.

29 Zit. nach Krsto Lazarević, „Wir wissen nicht mehr, was wir tun sollen", 22.10.2015, https://www.welt.de/politik/ausland/article147905574/Wir-wissen-nicht-mehr-was-wir-tun-sollen.html.

30 Zit. nach Krsto Lazarević, In Slowenien müssen Flüchtlinge draussen schlafen – oder in der „Hölle", 26.10.2015, https://tageswoche.ch/politik/in-slowenien-muessen-fluechtlinge-draussen-schlafen-oder-in-der-hoelle/index.html.

31 Krsto Lazarević, Auf dem Wartegleis – der beschwerliche Weg durch Europa, in: Ilse Fischer/Johannes Hahn (Hrsg.), Europa Neu Denken, Band 3: Die andere(n) Seite(n) des Meeres, Salzburg 2016, S. 195–205.

32 Zit. nach Krsto Lazarević, „Für jeden, der weiter darf, kommen zwei Neue an", 24.10.2015, https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article147987293/Fuer-jeden-der-weiter-darf-kommen-zwei-Neue-an.html. Heute ist Mikl-Leitner Landeshauptfrau von Niederösterreich und regiert dort mit dem FPÖ-Politiker Udo Landbauer als ihrem Vize. Dieser war zwischenzeitlich von seinen Ämtern zurückgetreten, weil in einem Liederbuch seiner Burschenschaft, deren stellvertretender Vorsitzender er war, der Holocaust glorifiziert wurde. Kurze Zeit später war er wieder da. Siehe dazu Zeit Online, FPÖ-Politiker kehrt in den Landtag zurück, 29.8.2018, https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/liederbuch-skandal-oesterreich-landbauer-fpoe-antisemitismus.

33 Krsto Lazarević, Frieren vor den Toren der EU, 26.1.2017, https://jungle.world/artikel/2017/04/frieren-vor-den-toren-der-eu.

34 Erich Rathfelder, Nach Brand in bosnischem Camp. Menschen harren in Bussen aus, 30.12.2020, https://taz.de/Nach-Brand-in-bosnischem-Camp/!5740937.

35 Zoran Arbutina, Ein bizarrer Albtraum nigerianischer Studenten in Kroatien, 5.12.2019, https://www.dw.com/de/nigerianische-studenten-und-ihr-albtraum-in-kroatien/a-51545359.

36 Border Violence Monitoring Network, Testimonies Archive, https://borderviolence.eu/testimonies (29.5.2025).

37 Nicole Vögele/Martin Jäschke/Steffen Lüdke, Kroatien, Geflüchtete an EU-Außengrenze: „Wir sind für sie wie Tiere", 23.6.2021, https://www.spiegel.de/ausland/kroatien-videos-dokumentieren-systematische-pushbacks-a-4463a93d-0467-4960-814a-6d959e1df193.

38 Council of Europe, Report to the Croatian Government on the visit to Croatia carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 10 to 14 August 2020, 3.12.2021, https://rm.coe.int/1680a4c199.

39 Bartholomäus Laffert, Europäische Flüchtlingspolitik. Der Fall Madina, 26.3.2020, https://www.woz.ch/2013/europaeische-fluechtlingspolitik/der-fall-madina.

40 Lorenzo Tondo/Daniel Boffey, EU ‚covered up' Croatia's failure to protect migrants from border brutality, 15.6.2020, https://www.theguardian.com/global-development/2020/jun/15/eu-covered-up-croatias-failure-to-protect-migrants-from-border-brutality.

41 Nicole Vögele/Sarah Serafini, Pushbacks an EU-Grenze – Video-Beweis: Kroatische Polizisten prügeln Migranten aus der EU, 6.10.2021, https://www.srf.ch/news/international/pushbacks-an-eu-grenze-video-beweis-kroatische-polizisten-pruegeln-migranten-aus-der-eu; Giorgos Christides et al., Griechenland und Kroatien. Die Schattenarmee, die Flüchtlinge aus der EU prügelt, 6.10.2021, https://www.spiegel.de/ausland/fluechtlinge-wie-eine-schattenarmee-an-europas-grenzen-menschen-misshandelt-a-131dc319-36e8-4204-8e57-7dc04b1d68f3; ARD Monitor, Rohe Gewalt: Pushbacks an EU-Außengrenze – MONITOR, 11.10.2011, https://www.youtube.com/watch?v=GAdgFwUoNiA.

42 Zeit Online, EU-Außengrenzen: Kroatien suspendiert Polizisten nach illegalen Push-backs, 9.10.2021, https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-10/eu-aussengrenzen-kroatien-pushbacks-fluechtlinge-bosnien.

43 Steffen Lüdke/Nicole Vögele: Illegale Pushbacks in Kroatien. Bitte nicht filmen lassen!, 11.2.2022, https://www.spiegel.de/ausland/illegale-pushbacks-in-kroatien-bitte-nicht-filmen-lassen-a-e2501cfe-6941-4e94-b20d-bb66af2ca094.

44 Oliver Soos, Kroatien – Ermittlungen wegen Gewalt bei Pushbacks eingestellt, 6.2.2025, https://www.deutschlandfunk.de/kroatien-ermittlungen-wegen-gewalt-bei-pushbacks-eingestellt-100.html.

45 Elona Elezi, Has Italy's Albania migrant deal completely failed?, 24.2.2025, https://www.dw.com/en/has-italys-albania-migrant-deal-completely-failed/a-71694722.

46 Théo Bourgery-Gonse, Von der Leyens Idee der Rückführungszentren, 17.10.2024, https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/news/von-der-leyens-idee-der-rueckfuehrungszentren.

47 Franziska Tschinderle, Das Sterben im Mittelmeer wird weitergehen, 8.11.2023, https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/italien-albanien-migration-aufnahme-eu/komplettansicht.

Ausblick

1 Franziska Tschinderle, Politologe Münkler: „Das ist eine zweite Zeitenwende", Interview mit Herfried Münkler, 7.3.2025, https://www.profil.at/ausland/politologe-muenkler-das-ist-eine-zweite-zeitenwende/403018977.

2 President Trump Observes a Signing Ceremony with the Republic of Serbia and the Republic of Kosovo, https://www.youtube.com/watch?v=iG3srA1j42I (hochgeladen am 4.9.2020).

3 Joe Walsh, Trump Takes Credit For Ending Kosovo War, Which Ended In 1999, 28.10.2020, https://www.forbes.com/sites/joewalsh/2020/10/28/trump-takes-credit-for-ending-kosovo-war-which-ended-in-1999.

4 Eric Lipton/Pavle Kosic, Trump-Kushner Hotel Project in Serbia Hits a Snag: Alleged Forgery, 14.5.2025, https://www.nytimes.com/2025/05/14/us/politics/trump-kushner-hotel-serbia.html.

5 Vedran Dzihic/Thomas Eder/Veronika Nechaeva, Neue Geopolitik am Balkan: Wie Drittstaaten wie China und Russland zur Autokratisierung und neuen Unsicherheiten beitragen und die fragile Sicherheitsordnung bedrohen, Working Paper 124, April 2024, https://www.oiip.ac.at/cms/media/working-paper-neue-geopolitik-am-balkan.pdf.

6 Ebd., S. 16.

7 Auswärtiges Amt, Gemeinsame Mitteilung der Außenministerien zum Start der Freundesgruppe für Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Pressemitteilung vom 4. Mai 2023, https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2595302-2595302.

8 Bericht der Deutsch-Französischen Arbeitsgruppe zu institutionellen Reformen der EU, Unterwegs auf hoher See: Die EU für das 21. Jahrhundert reformieren und erweitern, Berlin/Paris, 18.9.2023, https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2627316/386102116ff34689169fb8df7ef63ec5/230919-deu-fra-bericht-data.pdf.

9 Nicolai von Ondarza/Isabella Stürzer, Zum Stand der Konsensfähigkeit der EU. Kleine oder große Lösung, um qualifizierte Mehrheitsentscheidungen auszuweiten?, SWP-Aktuell 2024/A 24, 19.4.2024, https://www.swp-berlin.org/10.18449/2024A24.

Bildnachweis

1. Wie versprochen, so gebrochen? Die Westbalkanstaaten und die EU-Erweiterung

S. 14/15 Dursun Aydemir / Anadolu via Getty Images

S. 25 picture alliance / SIPA | Spasa DAKIC

2. Jugoslawien – eine Geschichte von Anziehung und Abstoßung

S. 26/27 Bettmann / Getty Images

S. 29 Screenshot aus: Yutel televizija, Intervju Bahrudin Kaletović, 27. jun 1991 (hochgeladen am 10.3.2018), https://www.youtube.com/watch?v=4nsX7qwHrhk

S. 36 Walter Tausch / Europeana 1914–1918 via Wikimedia Commons, Lizenz: CC BY-SA 3.0

S. 38 Bain News Service / Library of Congress via Wikimedia Commons, Lizenz: Public Domain

S. 41 picture-alliance / dpa

S. 42 Milan Roglić / Digital Library of Slovenia via Wikimedia Commons, Lizenz: Public Domain

S. 43 Narodowe Archiwum Cyfrowe (NAC) via Wikimedia Commons, Lizenz: Public Domain

S. 44 picture alliance / KEYSTONE | STR

S. 45 Museum of Yugoslavia

3. Nordmazedonien

S. 54/55 Konstantinos Tsakalidis / Bloomberg via Getty Images

S. 59 Krsto Lazarević

S. 60 JOHN KELLERMAN / Alamy

S. 62 Tomislav Georgiev / n-ost

S. 63 picture alliance / dpa | Georgi Licovski

S. 64 picture alliance / abaca | AA/ABACA

S. 68 picture alliance / AA | Ayhan Mehmet

S. 72 picture alliance / AP Photo | Boris Grdanoski

S. 75 Krsto Lazarević

4. Serbien

S. 76/77 ANDREJ ISAKOVIC / AFP via Getty Images
S. 79 picture alliance / REUTERS | ZORANA JEVTIC
S. 81 Krsto Lazarević
S. 83 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Darko Vojinovic
S. 86 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Renato Brandjolica
S. 91 ANDREJ ISAKOVIC / AFP via Getty Images
S. 92 picture-alliance / dpa | Sasa_Stankovic
S. 96 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Markus Schreiber
S. 99 Krsto Lazarević
S. 100 Krsto Lazarević
S. 104 Doroteja Antić
S. 106 Krsto Lazarević
S. 107 Krsto Lazarević
S. 109 (oben) Jean-Michel TURPIN / Gamma-Rapho via Getty Images
S. 109 (unten) Jean-Michel TURPIN / Gamma-Rapho via Getty Images
S. 111 Antoine GYORI / Sygma via Getty Images
S. 113 Yannis Kontos / Sygma via Getty Images
S. 114 Barca Nadezdic / Newsmakers via Getty Images
S. 116 ANDREJ ISAKOVIC / AFP via Getty Images
S. 119 ANDREJ ISAKOVIC / AFP via Getty Image
S. 120 Krsto Lazarević
S. 121 Krsto Lazarević
S, 123 Krsto Lazarević
S. 124 Krsto Lazarević
S. 131 Oliver Bunic / Bloomberg via Getty Images
S. 133 Franziska Tschinderle
S. 137 Oliver Bunic / Bloomberg via Getty Images
S. 141 Oliver Bunic / Bloomberg via Getty Images
S. 143 Franziska Tschinderle
S. 144 picture alliance / REUTERS | Marko Djurica

5. Kosovo

S. 148/149 Ferdi Limani / Getty Images
S. 151 picture-alliance / dpa | epa Louisa Gouliamaki
S. 152 picture-alliance/ dpa/dpaweb | Bernd Thissen

S. 155 picture-alliance / dpa | epa Louisa Gouliamaki
S. 157 Tomas Gaubys /Alamy
S. 158 Franziska Tschinderle
S. 161 Agron Berisha via Wikimedia Commons, Lizenz: CC BY-SA 4.0
S. 163 Gertrud Vogler / Schweizerisches Sozialarchiv
S. 168 MANOOCHER DEGHATI / AFP via Getty Images
S. 170 picture-alliance / dpa | Jack_Guez
S. 174 picture alliance / Associated Press | DARKO VOJINOVIC
S. 176 picture-alliance / dpa | epa Brankovic
S. 178 picture-alliance / dpa | Peter Kneffel
S. 180 Franziska Tschinderle
S. 182 picture alliance / Associated Press | LEFTERIS PITARAKIS
S. 185 picture alliance / REUTERS | Valdrin Xhemaj
S. 187 EPA / DJORDJE SAVIC
S. 190 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Uncredited
S. 191 Franziska Tschinderle
S. 192 AFP via Getty Images
S. 199 picture-alliance / dpa/dpaweb | Valdrin_Xhemaj
S. 200 picture alliance / REUTERS | Laura Hasani
S. 202 picture alliance / AA | Erkin Keci
S. 205 Franziska Tschinderle

6. Bosnien-Herzegowina

S. 212/213 PASCAL GUYOT / AFP via Getty Images
S. 215 ELVIS BARUKCIC / AFP via Getty Images
S. 216 Adi Selman und Nedim Musić
S. 221 picture alliance / imageBROKER | Gabriele Thielmann
S. 222 picture-alliance/ dpa | Maxppp Wostok Press
S. 225 picture-alliance / dpa
S. 229 picture alliance / REUTERS | STRINGER
S. 230 picture alliance/AP Photo | Amel Emric
S. 233 Vedad Ceric / Alamy
S. 235 picture alliance / PIXSELL | Armin Durgut
S. 238 picture alliance / REUTERS | Amel Emric
S. 242 picture alliance / REUTERS | Amel Emric
S. 245 picture alliance / AP Photo | Anonymous

S. 246 Selma Jahić

S. 249 picture-alliance / dpa | epa Demir

S. 255 RUSMIR SMAJILHODZIC / AFP via Getty Images

7. Montenegro

S. 256/257 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Risto Bozovic

S. 259 picture alliance / REUTERS | Stevo Vasiljevic

S. 260 picture alliance / REUTERS | Stevo Vasiljevic

S. 262 imageBROKER.com / Alamy

S. 263 picture alliance / REUTERS | Stevo Vasiljevic

S. 266 HERWIG VERGULT / BELGA / AFP via Getty Images

S. 268 DIMITAR DILKOFF / AFP via Getty Images

S. 271 Krsto Lazarević

S. 274 picture alliance / REUTERS | Stevo Vasiljevic

S. 279 picture alliance / Xinhua News Agency | Wang We

8. Kroatien

S. 282/283 Simon Dawson / Bloomberg via Getty Images

S. 285 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Darko Bandic

S. 288 Antonio Bat / EPA / Shutterstock

S. 291 picture-alliance / dpa | Vassil_Donev

S. 292 picture-alliance / dpa | epa Dubravec

S. 294 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Darko Bandic

S. 296 picture alliance / REUTERS | Antonio Bronic

9. Albanien

S. 298/299 Ilir Tsouko

S. 301 Dennis Beetlestone / Alamy

S. 303 The Picture Art Collection / Alamy

S. 305 Sovfoto / Universal Images Group via Getty Images

S. 307 Sovfoto / Universal Images Group via Getty Images

S. 309 picture alliance / Pacific Press | Magdalena Chodownik

S. 311 Sovfoto / Universal Images Group via Getty Images
S. 312 picture-alliance / dpa | epa
S. 315 picture alliance /dpa | Jörg Carstensen
S. 317 Ilir Tsouko
S. 318 Ilir Tsouko
S. 319 Ilir Tsouko
S. 321 Drew Angerer / Getty Images
S. 324 Ilir Tsouko
S. 326 Albinfo via Wikimedia Commons, Lizenz: CC BY-SA 4.0
S. 327 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Franc Zhurda
S. 330 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Armando Babani
S. 332 Inna Zabotnova / Alamy
S. 334 STRINGER / AFP via Getty Images
S. 337 IMAGO / ZUMA Press Wire
S. 339 IMAGO / Light Studio Agency

10. Der große Exodus: Was die Abwanderung für den Westbalkan und Deutschland bedeutet

S. 344/345 Ilir Tsouko
S. 349 Christoph Baumgarten
S. 353 ADNAN BECI / AFP via Getty Images

11. Die Roma: Zwischen Vorurteilen, Auswanderung und Chancen

S. 362/363 Kathrin Harms / laif
S. 365 Krsto Lazarević
S. 366 Salija Bekir-Halim, Fraueninitiative von Šuto Orizari
S. 369 Jonas Opperskalski / laif
S. 373 picture alliance / dpa | drei-freunde
S. 374 picture alliance / dpa | Jens Kalaene
S. 377 Ignacio Martinez / iStock

12. Soft power und harte Fakten: Der russische Einfluss in der Region

S. 380/381 picture alliance / dpa | Srdjan Suki
S. 383 Krsto Lazarević
S. 385 (Mitte oben) Krsto Lazarević
S. 385 (rechts oben) Krsto Lazarević
S. 389 picture alliance / dpa / Russian President Press Office | Mikhail Metzel
S. 390 Nataša Illić
S. 394 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Uncredited
S. 396 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Darko Vojinovic
S. 398 Nataša Illić
S. 402 picture alliance / PIXSELL | Marko Mrkonjic/PIXSELL

13. Der Balkan als Pufferzone: Migrationsabkommen, Pushbacks und Zäune

S. 404/405 Erik Marquardt
S. 407 picture alliance / REUTERS | Florion Goga
S. 409 ADNAN BECI / AFP via Getty Images
S. 411 ADNAN BECI / AFP via Getty Images
S. 413 Talha Ozturk / Anadolu Agency via Getty Images
S. 415 ASIT KUMAR / AFP via Getty Images
S. 418 Erik Marquardt
S. 419 Erik Marquardt
S. 421 Kristina Maslarevic / Anadolu Agency via Getty Images
S. 423 Jeff J Mitchell / Getty Images
S. 424 Jeff J Mitchell / Getty Images
S. 425 Krsto Lazarević
S. 427 (oben) Erik Marquardt
S. 427 (unten) Erik Marquardt
S. 431 IMAGO / ZUMA Press Wire

Wir danken allen Lizenzgebern für die Abdruckgenehmigungen der Bilder. Trotz intensiver Recherchen ist es uns nicht gelungen, sämtliche Rechteinhaber der verwendeten Abbildungen zu ermitteln. Berechtigte Ansprüche können bei der Bundeszentrale für politische Bildung geltend gemacht werden.


1 : 17 000 000
0
500 km
© mr-kartographie, 2025
Abkürzungen:
AND Andorra
BIH Bosnien-Herzegowina
JOR Jordanien
K Kosovo
LI Liechtenstein
LUX Luxemburg
MC Monaco
ME Montenegro
MK Nordmazedonien
SM San Marino
SVN Slowenien
VAT Vatikanstadt
Die Europäischen Union (EU) – Mitglieder und Beitrittskandidaten
Mitglieder und Erweiterungen der EU (EWG, EG)
Gründungsmitglied 1957
Norderweiterung 1973
Süderweiterung 1981
Süderweiterung 1986
EFTA-Erweiterung 1995
Osterweiterung 2004
Osterweiterung 2007
Erweiterung um Kroatien 2013
Mitgliedschaft von 1973 bis 2020 (EU-Austritt des Vereinigten Königreichs, „Brexit“)
EU-Beitrittskandidaten, Stand September 2025
offizieller EU-Beitrittskandidat
potenzieller EU-Beitrittskandidat
* Türkei: Beitrittsverhandlungen seit 2018 faktisch eingefroren
** Georgien: Beitrittsprozess seit 2024 ins Stocken geraten
Staaten mit Euro (€) als Landeswährung
EU-Mitgliedstaat (Eurozone)
Bulgarien: Beitritt zur Eurozone am 1.1.2026
Nicht-EU-Mitglieder:
assoziierte Euronutzer (eigene Euromünzen)
„passive“ Euronutzer (keine eigenen Euromünzen)
Europäisches Nordmeer
Nordsee
Atlantischer Ozean
Ärmelkanal
Golf von Biskaya
Mittelmeer
Schwarzes Meer
Ostsee
Adria
Ägäis
Ionisches Meer
Tyrrhenisches Meer
Balearen
Hebriden
Shetland-In.
Orkney-In.
Färöer (dän)
Kanal-In. (brit.)
Man
Korsika
Sardinien
Sizilien
Menorca
Mallorca
Ibiza
Ionische In.
Kreta
Rhodos
Krim
Gotland
Öland
Bornholm
Åland-In.
(zu Russland)
NORWEGEN
Oslo
Bergen
Stavanger
Kristiansand
Trondheim
Ålesund
SCHWEDEN
Stockholm
Göteborg
Malmö
Gävle
Sundsvall
Umeå
Oulu
Norrköping
Kopenhagen
DÄNEMARK
FINNLAND
Helsinki
Vaasa
Tampere
Turku
Petrosawodsk
St. Petersburg
Nowgorod
ESTLAND
Tallinn
LETTLAND
Riga
LITAUEN
Kaunas
Vilnius
RUSSLAND
Smolensk
Wizebsk
Minsk
BELARUS
Homel
Kaliningrad
Gdańsk
Szczecin
Poznań
Warschau
Brest
POLEN
Lublin
Wrocław
Kraków
Lwiw
Kyjiw
Shytomyr
Winnyza
UKRAINE
Hamburg
Bremen
Berlin
Leipzig
Dresden
NIEDER-LANDE
Amsterdam
DEUTSCH-LAND
Brüssel
BELGIEN
Köln
Frankfurt
Stuttgart
München
Straßburg
LUX
Prag
TSCHECHIEN
SLOWAKEI
Bratislava
Wien
Budapest
ÖSTERREICH
UNGARN
RUMÄNIEN
Chișinău
MOLDAU
Iași
Galați
Timișoara
Odesa
Sewastopol
Krim
Sotschi
GEORGIEN**
Constanța
Varna
Bukarest
Belgrad
SERBIEN
Pristina
Niš
Sofia
BULGARIEN
Skopje
MK
Saloniki
GRIECHEN-LAND
Athen
Patras
Kreta
Ankara
TÜRKEI*
İstanbul
Bursa
Eskişehir
İzmir
Antalya
Konya
Adana
Mersin
Gaziantep
Şanlıurfa
Diyarbakır
Kayseri
Sivas
Samsun
Trabzon
SYRIEN
Nikosia
ZYPERN
LIBANON
ISRAEL
JOR
Paris
Rennes
Nantes
Le Havre
Lille
Dijon
Lyon
Bordeaux
Toulouse
Montpellier
Marseille
Nizza
FRANKREICH
Bern
LI
SCHWEIZ
Zürich
Mailand
Turin
Genua
Venedig
Bologna
Florenz
MC
SM
ITALIEN
Rom
VAT
Neapel
Palermo
Catania
Bari
Cagliari
Ljubljana
SVN
Zagreb
KROATIEN
Split
Sarajevo
BIH
Podgorica
ME
Tirana
ALBANIEN
Aberdeen
Edinburgh
Glasgow
Belfast
Newcastle
Manchester
Birmingham
Bristol
London
Dublin
IRLAND
Cork
VEREINIGTES KÖNIGREICH
Gijón
Bilbao
Vigo
Porto
Valladolid
Zaragoza
Madrid
Barcelona
Valencia
Murcia
Sevilla
Córdoba
Málaga
Lissabon
PORTUGAL
SPANIEN
AND
Algier
Oran
Melilla (span.)
Ceuta (span.)
Tanger
Gibraltar (brit.)
Rabat
MAROKKO
ALGERIEN
Constantine
Tunis
TUNESIEN
Valletta
MALTA

Der Westbalkan

„Die Zukunft der Balkanstaaten liegt in der Europäischen Union“ – so lautet das Versprechen, das die EU bereits 2003 abgegeben hat. Mehr als 20 Jahre später warten sechs Staaten, die inzwischen als „Westbalkan“ zusammengefasst werden, noch immer auf ihre Mitgliedschaft. Wo stehen diese Staaten heute im Beitrittsprozess? Wie entwickeln sich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie? Welche Konflikte und Probleme prägen die jeweiligen Gesellschaften? Die Journalistin Franziska Tschinderle sowie die Journalisten Krsto Lazarević und Danijel Majić beleuchten die aktuelle Lage in den einzelnen Ländern, lassen vielfältige Perspektiven zu Wort kommen und analysieren die zentralen politischen Konflikte und Akteure. Sie zeichnen den – mitunter bizarr anmutenden – Namensstreit um Nordmazedonien nach, blicken auf das politische System in Bosnien-Herzegowina, das seit drei Jahrzehnten jene ethnische Spaltung reproduziert, die es eigentlich überwinden sollte, und zeigen, wie die Massenproteste in Serbien seit dem Frühjahr 2025 die Macht des zunehmend autokratisch regierenden Präsidenten Aleksandar Vučić herausfordern. Es geht um die Erinnerung an den Völkermord von Srebrenica, die NATO-Intervention im Kosovo 1999, den Tourismusboom zulasten der Umwelt in Albanien, den russischen Einfluss in der Region – und darum, welche Konsequenzen es hat, wenn immer mehr Menschen den Westbalkan verlassen, um ihr Glück in der EU und vor allem in Deutschland zu suchen.

bpb:
Bundeszentrale für politische Bildung